Anika Oettler

Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde · Hamburg
Band 60

Anika Oettler

Erinnerungsarbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala

Vervuert Verlag · Frankfurt am Main 2004

Institut für Iberoamerika-Kunde · Hamburg

Verbund Stiftung Deutsches Übersee-Institut

Das Institut für Iberoamerika-Kunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Iberoamerika-Kunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika.

Das Institut für Iberoamerika-Kunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.
(Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg; Band 60)
ISBN 3-86527-110-3

© Vervuert Verlag, Frankfurt am Main 2004
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Konstantin Buchholz
Gedruckt auf säure- und chlorfrei gebleichtem,
alterungsbeständigen Papier
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Eine Verbeugung in viele Richtungen 9

1 Einleitung 11

2 Das vergangenheitspolitische Instrument der Wahrheitskommission 37
- 2.1 Aufklärung und Strafverfolgung 37
- 2.2 Heilung und Versöhnung 46
- 2.3 Historische „Wahrheit“ und Erinnerung 55
- 2.4 Langzeitwirkungen 58

3 Die Dekade der Diskussion um die Einsetzung der guatemaltekischen Wahrheitskommission (1984-1994) 61
- 3.1 Der Kampf um das „lebendige Wiedererscheinen“ der Verschwundenen 62
- 3.1.1 Die erste guatemaltekische Untersuchungskommission 65
- 3.1.2 Die zweite guatemaltekische Untersuchungskommission 68
- 3.2 Die Wahrheitskommission im Verhandlungsmarathon 72
- 3.2.1 Die Ausgangslage 72
- 3.2.2 Die Debatte um die Verhandlungsagenda (1988-1991) 74
- 3.2.3 Unvereinbarkeit der Verhandlungspositionen im Kontext zivilgesellschaftlicher Bewegung (1992-1993) 80
- 3.2.4 Die Wahrheitskommission als Stolperstein (1993-1994) 85
- 3.2.5 Kritik an der Vertragsunterzeichnung 91

4 Krieg und Frieden 95
- 4.1 Der Friedensschluss 96
- 4.2 Die Abwesenheit des Krieges 98
- 4.3 Vergangenheitspolitik 101

5 Methodik und Umsetzung der institutionalisierten Wahrheitsfindung 105
- 5.1 „Was wäre geschehen, wenn die ersten Christen geschwiegen hätten?“ (Die Entwicklung des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung – REMHI) 105
- 5.1.1 Die Entstehung der Projektidee 105
- 5.1.2 Die erste Phase: Schaffung von Kommunikationsräumen 110
- 5.1.3 Die zweite Phase: Kontakt mit den Zeugen 118
- 5.1.4 Die dritte Phase: Analyse der Zeugenaussagen 125
- 5.2 Zur Entstehung der offiziellen Wahrheit 129

5.2.1 Das Mandat der „kastrierten“ Kommission 129
5.2.2 Die Vorbereitungsphase 135
5.2.3 Beweisaufnahme 143
5.2.4 Die Auswertungsphase 150

6 Zwei historische Werke 155
6.1 Zur Einführung 155
6.1.1 Lesen 155
6.1.2 Schwerpunkte der Berichterstattung 158
6.1.3 Anfang und Ende der »bewaffneten Auseinandersetzung« 162
6.2 Das historische Narrativ 164
6.2.1 Die Einheit der Nation 166
6.2.2 Die Kontinuität der Repression 167
6.2.3 Die genozidalen Dimensionen des Terrors 171
6.3 Die Zurechnung von Schuld 174
6.3.1 Die Guerilla 174
6.3.2 Der Staat 178
6.3.3 Unternehmen – Profiteure des Terrors 182
6.3.4 Internationale Akteure 184
6.3.5 Die katholische Kirche 187
6.3.6 Zivilbevölkerung 191
6.4 Sozialpsychologie des Terrors 194
6.4.1 Angst und Widerstand 195
6.4.2 Sexuelle Gewalt 197
6.4.3 Brüchige Fundamente der Demokratie 201
6.5 Die Herkunft der Empfehlungen 203

7 Geschichtsstunden und ihre Folgen 213
7.1 Die Bedeutung des öffentlichen Aktes 213
7.1.1 Die Bedeutung des öffentlichen Aktes I (REMHI) 213
7.1.2 Auftakte zum Tag der Wahrheit 219
7.1.3 Die Bedeutung des öffentlichen Aktes II (CEH) 224
7.2 Nach der Geschichtsstunde 231
7.2.1 Unmittelbare Reaktionen 232
7.2.2 Zwischen Schweigen und Entschuldigung 235
7.2.3 *Justicia* 242
7.2.4 Reparationen 244
7.2.5 *Follow-Up* 246

8 Erinnerungsarbeit und das Gewicht der Vergangenheit 249
8.1 Der vergangenheitspolitische Kontext 250
8.1.1 Das Verfassungsreferendum 250
8.1.2 Das Militärtagebuch 253
8.1.3 Wahlen 256
8.2 Der Kampf um die Umsetzung der Empfehlungen 263
8.3 Extrahierung und Verbreitung der offiziellen Wahrheit 270
8.4 Formen der Wiederaneignung der historischen Erinnerung 275
8.4.1 Folgen eines Mordes 275
8.4.2 Das „Projekt zur psychosozialen Reparation“ 278
8.4.3 Die Rückübermittlung im »Landesinneren« 280
8.4.4 Die Formung der kollektiven Erinnerung 290

9 Versöhnung und historische Erinnerung 303
9.1 Der soziale Prozess der Versöhnung 303
9.1.1 Wahrheit 305
9.1.2 Verzeihen 308
9.1.3 Gerechtigkeit 312
9.1.4 Frieden 315
9.2 Wissen und Verstehen 317

10 Schluss 327

Anhänge 341
Abkürzungsverzeichnis 341
Glossar 345
Literatur und Quellenmaterial 347
Englisches Abstract 364

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen	Seite
Tab. 1: Soziale Indikatoren für Guatemala	26
Tab. 2: Die Verhandlungsagenda	78
Tab. 3: Interviewfragen (REMHI)	117
Tab. 4: Inhaltsstruktur der Berichte von REMHI und CEH	159
Tab. 5: Vorgaben für Vorschläge zu den Empfehlungen der CEH	204
Tab. 6: Der Empfehlungskatalog der CEH	206

Abbildungen	
Abb. 1 Demonstration am 25.2.2000 in Guatemala-Stadt – hauptstädtischer Demonstrationszug	38
Abb. 2: Demonstration am 25.2.2000 in Guatemala-Stadt – Demonstrationszug aus dem »Landesinneren«	64
Abb. 3: Die Struktur des REMHI-Projektes	109
Abb. 4: Regionalstruktur CEH	140
Abb. 5: Titel der REMHI-Berichte	295
Abb. 6: Gerardi als Märtyrer	298
Abb. 7: Versöhnung nach J. P. Lederach	304

Eine Verbeugung in viele Richtungen

Eine Promotion ist zwar über weite Strecken eine einsame Angelegenheit, zugleich jedoch in einen wichtigen Kommunikations- und Unterstützungszusammenhang eingebunden. Deshalb sollen dieser Arbeit eine herzliche Danksagung und eine tiefe Verbeugung vorangestellt sein.

Am Anfang steht natürlich der Dank an all diejenigen, die den Arbeitsprozess durch ihre Gesprächsbereitschaft bereichert haben und die sich, da alle Interviews anonymisiert wurden, nicht namentlich im Text wiederfinden werden. Somit bietet sich an dieser Stelle die Gelegenheit, mich für die vielen Einblicke und Hilfestellungen zu bedanken, die mir unter anderen Yolanda Aguilar, Miguel Ángel Albizurez, Marcel Arévalo, Elisabeth Avalos, Vilma Duque, Judith Eraso, Dr. Julio Arango Escobar, Claudia Estrada, Rodolfo Godínez, Edgar Gutiérrez, Keisi und Edgar Hernández, María Estela Pérez López, Konrado Martínez, Marcie Mersky, Michael Mörth, Esperanza de Ochoa, Tania Palencia, Torivio Pinera, Mario Polanco, José Antonio Puac, Luis Solorzano, Arturo Taracena, Roberto Tepoz, Edgar Balsells Tojo (†), Christian Tomuschat, Ruth del Valle, Luis González Vargas B. und Juana Isabel Velázquez gewährt haben. Unschätzbare Unterstützung habe ich in Guatemala von Danuta Sacher erfahren, die mich nicht nur in ihrem Haus aufgenommen hat, sondern mich auch mit Diskussionsstoff, Kontakten und Ablenkungen versorgte.

Auch in Deutschland haben viele Personen auf unterschiedlichste Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Dabei gilt mein Dank zunächst dem Dunstkreis der „Informationsstelle Guatemala e.V.“ im Allgemeinen und Ina Hilse im Besonderen.

Hans-Jürgen Burchardt, Nina Elsemann, Gunda Frärks, Corinna Genz, Christine Hatzky, Meike Heckt, Jens Kastner, Blanca Mazón, Rolf Pohl und Sylke Schmeissing haben sich in den verschiedenen Stadien der Abfassung der Arbeit mit Teilen des Manuskriptes auseinander gesetzt und viele wichtige Kommentare und Anregungen geliefert. Kritische Anstöße und wertvolle Hinweise verdanke ich ferner Klaus Meschkat und Wolfgang Gabbert. Ein besonders herzlicher Dank gebührt Volker Wünderich, der sich mit seinen kritischen Anmerkungen und seiner praktischen und moralischen Unterstützung sehr engagiert für das Gelingen des Projektes eingesetzt hat.

Last but not least danke ich Antje Funke, die den gesamten Arbeitsprozess begleitet (und ertragen) hat.

Eine Reihe von Institutionen haben das Promotionsprojekt unterstützt und finanziell erst ermöglicht: Die Universität Hannover hat durch ihre Graduiertenförderung ein finanzielles Fundament für die Promotion geschaffen, und der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Heinrich-Böll-Stiftung haben die Reisen nach Guatemala wesentlich getragen. Dem Institut für Iberoamerika-

Kunde danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe des Instituts. Mein Dank gilt hier vor allem Ditta Kloth und Wolfgang Bauchhenß für die finale Betreuung des Manuskripts.

Für ihre moralische und finanzielle Unterstützung danke ich schließlich meiner Großmutter Hilla Wieland, die das Ende der Arbeit nicht mehr erleben konnte und der dieses Buch gewidmet ist.

Hamburg, im Oktober 2003

1 Einleitung

I.

Als die Mitarbeiter des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung (REMHI – *Recuperación de la Memoria Histórica*) noch vor der formalen Beendigung der »bewaffneten Auseinandersetzung«[1] begannen, die Gewalterfahrungen der Menschen in vielen der *comunidades*, in denen der Terror gewütet hatte, zu dokumentieren, fragten sie unter anderem nach Ideen, wie einer Wiederholung des Grauens vorzubeugen sei. In den Antworten spiegelte sich die Situation vieler Opfer, die die Ausübung brutalster Gewalt durch Nachbarn, Verwandte und Mitglieder ihrer *comunidades* erlitten hatten. Nach dem Friedensschluss bestand die psychologische und politische Notwendigkeit, mit einer Geschichte des Terrors umzugehen, die von vielen im lokalen Rahmen erlebt und interpretiert worden war.

> Das, was wir wollen, ist, dass es Prozesse gegen die Täter oder Verantwortlichen gibt und dass es bewiesen wird. Es hat ihnen nicht Leid getan, unseren Familien Schaden zuzufügen. Dass es Gerichtsverfahren gibt; dass man gegen alle ermittelt, die für den Tod dieser Märtyrer verantwortlich sind, weil sie ein zufriedenes und ruhiges Leben mit zwei oder drei Häusern, Frauen, Autos und Läden führen (Fall 5339, Massaker Plan de Sánchez, Rabinal, Baja Verapaz, 1982)[2].

> [...] es bringt uns überhaupt nichts, sie [die Täter] vor Gericht zu bringen. Die Korruption wird in Guatemala mit jedem Tag schlimmer, und es gewinnt der, der am meisten Geld hat. Wenn ich welches habe und einen guten Anwalt, und den, der über mich richtet, bezahle, dann werde ich gut wegkommen. Aber wenn ich kein Geld habe, werde ich so etwas nicht erreichen, und er bleibt in Freiheit [...]. Es sollte konsequentere und kompetentere Behörden geben. Im Moment wird ja mehr Autorität, sagen wir, mehr Polizei, eingesetzt, aber dieses ganze Geld geht verloren, da es vor allem Polizisten sind,

---

1 Zur Zitierweise: Französische Spieße (»…«) zeigen Begriffe an, die in ihrer Unschärfe nur unangemessen einen Sachverhalt beschreiben, aber dennoch verwendet werden, um diese Unschärfe zu betonen. Diese Begriffe sind im Glossar aufgeführt. In den Zitaten sind Auslassungen wie gewohnt mit […] angegeben; kürzere bzw. längere Gesprächspausen sind mit .. bzw. … wiedergegeben.

2 Zit. nach: ODHAG; Guatemala: Nunca Más. Informe Proyecto Interdiocesano de Recuperación de la Memoria Histórica (REMHI), Guatemala 1998, Bd. I, S. 263ff. Die Fragmente der Zeugenaussagen sind, so weit vorhanden, mit Angaben (Ort, Zeit, Tatbestand) zu den zugrunde liegenden Verbrechen versehen. (Alle englisch- oder spanischsprachigen Zitate, die in der vorliegenden Arbeit Verwendung fanden, wurden ins Deutsche übertragen. Im Falle von Zitaten, die den selbst durchgeführten Interviews entstammen, findet sich der spanische Originaltext in den Fußnoten).

die diese Dinge machen. In der Zeitung steht immer, dass Polizisten Morde begangen oder Autos gestohlen haben (Fall 3077, Salamá, Baja Verapaz, 1982).

Ich möchte wissen, ob sie ihn umgebracht haben. Ich will, dass genaue Untersuchungen durchgeführt werden, damit geklärt wird, warum er beschuldigt wurde. Beim Richter sein Wiedererscheinen erbitten, auch wenn es nur seine Überreste sind. Und dann den Verantwortlichen, N.C.T., einsperren (Fall 3107 Santa Cruz Sebax, Senahú, Alta Verapaz, 1988).

Ich möchte wenigstens die Knochen sehen (Fall 9925, El Chal, Petén, 1981) .

Ich will in Frieden leben. Dass diese Gewalttaten sich nicht für unsere Kinder wiederholen. Wir wollen, dass die Guerilla die Menschen nicht mehr täuscht, weil es nicht wahr war, was sie gesagt haben. Sie haben uns nicht vor den Soldaten beschützt. Alle diese Toten sind unschuldig, es ist Zivilbevölkerung, aber die Guerilleros fliehen, stellen sich nicht der Armee entgegen. Nein, sie haben die Bevölkerung zurückgelassen. Die Armee und die PAC [*Patrulla de Autodefensa Civil*, Zivile Selbstverteidigungspatrouille] haben alle ermordet. [...] Wir wollen, dass der Frieden unterzeichnet wird, weil die, die leiden, sind wir, die Armen (Fall 2454, Chipal, San Juan Cotzal, Quiché, 1982).

Und damit es keine Gewalt mehr gibt, damit das Problem endgültig gelöst wird, muss das Land an die Armen verteilt werden (Fall 6629, Finca Sapalau, Cobán, Alta Verapaz, 1981).

Ich fühle mich mit meiner Zeugenaussage erleichtert, weil ich alles, was ich erlitten habe, gesagt habe. Dank Ihnen, die Sie uns besuchen, um unsere Zeugenaussagen [*testimonios*, auch: Zeugnisse] aufzunehmen: dadurch fühlen wir uns erleichtert, weil wir sehr bedrückt sind, Gott sei Dank können wir uns nun so Luft machen. Hoffentlich geben sie uns ein Buch, damit es als Geschichte erhalten bleibt, damit unsere Kinder von unserem Leiden erfahren können (Fall 7462, Aldea Chichupac, Baja Verapaz, 1982).

Uns von dieser Traurigkeit befreien. [...] Vielleicht gibt es irgendeine Methode, um uns zu helfen, uns vom Schlechten, das wir aufgrund dieser großen Traurigkeiten behalten haben, zu befreien (Fall 3907, Nebaj, Quiché, 1980).

Zuallererst wollen wir, dass sie uns helfen, diese Brüder, die an diesem verlassenen Ort liegen, christlich zu bestatten. Und das zweite ist, dass die Regierung unsere comunidad vollkommen vergessen hat, wir haben keine Kommunikationsmittel, keine Wege. Die Regierung hat nichts anerkannt, sie hat uns aufgegeben (Fall 560, Cobán, Alta Verapaz, 1981).

Mehr über die Dinge zu wissen, ist die Form, damit es sich nicht wiederholt. Darum haben sie uns täuschen können, aber von jetzt an wird es nicht mehr so einfach sein, es gibt nun Schulen (Fall 10522, Cobán, Alta Verapaz, 1983).

Hoffentlich wird das alles schriftlich festgehalten, damit die kleinen Kinder von heute es eines Tages wissen und versuchen zu verhindern, dass es sich wiederholt (Fall 11418, Caserío El Limaonar, Jacaltenango, Huehuetenango, 1982).

In den Äußerungen der Zeugen ist das gesamte Spektrum vergangenheitspolitischer Maßnahmen enthalten, das einer Gesellschaft zur Verfügung steht, um ak-

tiv mit ihrer blutigen Vergangenheit umzugehen.[3] Zu den Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Umgangs mit den Verbrechen einer Diktatur oder eines Bürgerkrieges zählen zunächst Gerichtsverfahren gegen administrativ Verantwortliche, aber auch gegen die willigen oder gezwungenen Vollstrecker unaussprechlicher Grausamkeiten. Eine zweite, als „Säuberung“ oder „Lustration“ bezeichnete Form der Vergangenheitspolitik besteht im administrativen Ausschluss von „belasteten“ Personen aus dem öffentlichen Dienst. In der Praxis bedeutet dies die kollektive Entlassung ganzer Kategorien von Angestellten oder aber die individuelle, öffentliche oder nicht-öffentliche Überprüfung der Vorgeschichte von staatlichen Bediensteten oder von Anwärtern auf politische Posten. Die „Wiedergutmachung“ dessen, was niemals wieder gutzumachen ist, ist die dritte traditionelle Form des politischen Umgangs mit früheren Verbrechen. Dabei handelt es sich um ein breites Spektrum von Maßnahmen, das von der moralischen Rehabilitierung der Opfer, etwa durch offizielle Gedenkstätten und -tage, bis hin zu monetären und infrastrukturellen Entschädigungs- und Reparationsleistungen reicht. Ein vierter Baustein der Vergangenheitspolitik, der bis Ende der 1970er Jahre keine institutionelle Ausformung kannte, ist die „Wahrheit“, die Aufklärung vergangenen Unheils. Diese Form des Umgangs mit der Vergangenheit erlebte ihren Aufschwung vor dem doppelten Hintergrund der bundesrepublikanischen Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Erbe und der Praxis des Verschwindenlassens in afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern.[4] In der Bundesrepublik Deutschland erstarkte in den 1960er/1970er Jahren die Kritik an der Tabuisierung der Vergangenheit und gleichzeitig die Forderung nach einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Idee, eine ganze Gesellschaft solle sich mit den Ursprüngen und Manifestationen vergangener Gräuel auseinandersetzen, damit diese sich nie wiederholen könnten, entstand

---

[3] Als Norbert Frei den Begriff der „Vergangenheitspolitik“ in seinem gleichnamigen Werk einführte, bezog er sich damit auf den konkreten rechtlichen und materiellen Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen BRD. Die Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik folgte, so Frei, auf die Säuberungspolitik der Alliierten und fand hauptsächlich in den 1950er Jahren statt, als Amnestie, Integration und normative Abgrenzung die Pfeiler eines konsensuell praktizierten Umgangs mit der Vergangenheit wurden (vgl. Norbert Frei; Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999, S. 16f.). Der Begriff der „Vergangenheitspolitik“ wird in der vorliegenden Arbeit aus dem konkreten bundesrepublikanischen Kontext herausgelöst und zur Bezeichnung der politischen und administrativen Maßnahmen verwandt, die nach einschneidenden gesellschaftlichen/politischen Umwälzungen ergriffen werden, um der Notwendigkeit eines unmittelbaren Umgangs mit den Verbrechen der Vergangenheit zu begegnen. In diesem Kontext werden Wahrheitskommissionen als vergangenheitspolitische Instrumente bezeichnet. Der Begriff der „Erinnerungspolitik“ verweist indes auf politische Intentionen, die auf die Bewahrung historischer „Wahrheit“ zielen. (vgl. auch Kapitel 10).

[4] Zur Bedeutung des Verschwindenlassens vgl. Kapitel 2.1.

zudem im Kontext der Entwicklung individual- und sozialpsychologischer Theorien zur Überwindung traumatischer Erlebnisse.

In der Auseinandersetzung mit einer blutigen Vergangenheit werden die vier vergangenheitspolitischen Instrumente zumeist kombiniert angewandt.

> Die Auswahl eines Weges und das Ausmaß, in dem man jedem dieser Wege folgen kann, hängt von dem Charakter der vorangegangenen Diktatur ab, von der Art des Übergangs und der besonderen Lage der nachfolgenden Demokratie – wenn es denn eine Demokratie wird.[5]

Mitte der 1980er Jahre wurde ein neues Instrument des gesellschaftlichen Umgangs mit der Vergangenheit erdacht und binnen weniger Jahre etabliert, das den vierten genannten Baustein, die „Wahrheit", in den Mittelpunkt der Vergangenheitspolitik stellt: die „Wahrheitskommission".[6] Dabei handelt es sich um zeitlich befristet eingerichtete Untersuchungsorgane, die die in einem festgelegten Zeitraum begangenen Verbrechen untersuchen und ihre Ergebnisse in einem Bericht präsentieren sollen. Die Beweisaufnahme stützt sich auf die Erhebung von Zeugenaussagen durch die Mitarbeiter der Kommission und auf die Auswertung von offiziellen und nicht-offiziellen Dokumenten. Neben der Aufklärung vergangener Menschenrechtsverletzungen beinhaltet das Mandat von Wahrheitskommissionen in der Regel die Formulierung von Empfehlungen zur nachfolgenden Politikgestaltung. Mit der Einsetzung einer Wahrheitskommission im – zumeist unmittelbaren – Anschluss an Diktaturen und Bürgerkriege ist, wie im folgenden Kapitel noch ausführlich geschildert werden wird, ein breites Spektrum von Zielen verbunden. Am Beginn der noch jungen Geschichte der Wahrheitskommissionen stand das Ziel, den Angehörigen von Verschwundenen Gewissheit über das Schicksal ihrer Eltern, Lebensgefährten und Kinder zu verschaffen, damit ein Prozess der Trauer eingeleitet werden könne. Damit verbunden war die Idee einer moralischen Verurteilung der Täter in Gesellschaften, die sich in komplexen und fragilen Übergangssituationen befanden und in denen eine strafrechtliche Ahndung der Verbrechen ein erneutes Aufbegehren des Militärs heraufbeschworen hätte. In den 1990er Jahren wurden diese beiden anfänglichen Ziele zunehmend von weiteren Intentionen umgeben, die mit den

---

[5] Timothy Garton Ash; Diktatur und Wahrheit, in: Lettre Nr. 10, Frühjahr 1998, S. 12 (englische Fassung: ders.; The Truth about Dictatorship, in: The New York Review of Books, 19.2.1998, S. 36).

[6] In der wissenschaftlichen und politischen Debatte hat sich der Begriff der „Wahrheitskommission" allmählich eingebürgert und den unverfänglicheren der „Untersuchungskommission" in den Hintergrund gerückt. Auch wenn grundsätzlich daran zu zweifeln ist, dass diese Kommissionen „die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit" aufzudecken vermögen, soll der Terminus der „Wahrheitskommission" im Folgenden als Bezeichnung für ein spezifisches vergangenheitspolitisches Instrument und ohne Anführungszeichen verwendet werden.

Stichworten „Heilung“, „Katharsis“, „Versöhnung“, „Wiedergutmachung“ und „nationale Einheit“ an dieser Stelle nur angedeutet werden sollen.

Wahrheitskommissionen wurden weltweit mit dem Ziel eingerichtet, Opfern bei der Überwindung ihrer traumatischen Erfahrungen zu helfen und gleichzeitig die gesamte Gesellschaft in den Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit einzubeziehen.[7] Im vergangenheitspolitischen Diskurs werden die Begriffe der „Versöhnung“ und „Heilung“ nicht ausschließlich auf die individuelle psychische Verarbeitung traumatischer Erlebnisse oder auf konkrete Interaktionen bezogen, sondern auch auf gesellschaftliche Prozesse. Die sich im öffentlichen Raum vollziehende Aufklärung vergangener Verbrechen soll den Grundstein einer friedlichen Zukunft legen und wesentlich dazu beitragen, eine sich seit Generationen drehende Spirale der Gewalt anzuhalten.

Margarete und Alexander Mitscherlich haben im Zusammenhang mit der unmittelbaren deutschen Nachkriegspraxis, die vorangegangene Epoche des Grauens zu tabuisieren, die Bedeutung der kommunikativen Aufarbeitung des Vergangenen herausgestellt:

> Wenn es ein Rezept gegen die Fortdauer von unbewusst wirksamen Motivationen gibt, so ist es die Förderung einer neuen Aufklärung an allen Stellen, an denen sich die Gesellschaft den nachwachsenden Generationen vermittelt.[8]

Können Wahrheitskommissionen ein Mittel sein, um verbreitetes Schweigen zu brechen und Prozesse einer kommunikativen Aufarbeitung des Vergangenen einzuleiten, die sowohl Opfer und Täter als auch die sich als unbeteiligt verstehende Bevölkerungsmehrheit einbeziehen?

Die Problematik der Aufarbeitung von Vergangenheit ist ein heikles Gebiet, in dem sich verschiedenste Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung durchkreuzen. Der Übergang zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung ist kein gradliniger Prozess, sondern zeichnet sich zumeist durch Fort- und Rückschritte und durch das von Gewalttaten durchsetzte Auspendeln eines neuen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses aus. Viele der Gesellschaften im Übergang sind von

---

[7] Die Formulierung der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ habe sich, so schrieb Theodor W. Adorno 1959, „als Schlagwort höchst verdächtig gemacht [...]. Mit Aufarbeitung der Vergangenheit ist in jenem Sprachgebrauch nicht gemeint, daß man das Vergangene im Ernst verarbeite, seinen Bann breche durch helles Bewußtsein. Sondern man will einen Schlußstrich ziehen und womöglich es selbst aus der Erinnerung wegwischen.“ (Theodor W. Adorno; Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders.; Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a. M. 1970, S. 10). Die von Adorno formulierte Kritik trifft eher auf den Begriff der „Vergangenheitsbewältigung“ zu, der das Moment des Gewaltsamen in sich trägt. „Aufarbeitung von Vergangenheit“ wird im Folgenden im Sinne einer aktiven Bearbeitung, eines (Hin-) Aufarbeitens auf eine „helle“ Bewusstseinsstufe und in Anlehnung an das freudsche „Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten“ verwandt.

[8] Margarete Mitscherlich/Alexander Mitscherlich; Die Unfähigkeit zu trauern [1967], München 1994, S. 135.

asynchronen Abläufen geprägt: Derweil in das nationale politische Spiel bereits demokratische Prinzipien Einzug gehalten haben, ist das Leben in den Bezugsrahmen des Lokalen oftmals vom Fortbestand repressiver Strukturen und somit von der Beschneidung der Möglichkeiten für eine konkrete Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gekennzeichnet.

Das Projekt einer offiziell sanktionierten Wahrheitsfindung anhand entsprechender Kommissionen ist auf der Ebene der nationalen Politik angesiedelt. Die Frage, inwieweit die Arbeit von Wahrheitskommissionen Eingang in die Erfahrungswelten der Menschen zu nehmen vermag, deren alltägliches Erleben sich in lokalen Zusammenhängen und oftmals weit entfernt von der Welt der nationalen Politikgestaltung vollzieht, ist der Leitfaden der vorliegenden Untersuchung.

> Die vier guatemaltekischen Armeehubschrauber, die um ein Uhr den Himmel über dem Stadion von Santa Cruz del Quiché durchkreuzten, zogen sofort die Aufmerksamkeit von 5000 Menschen, mehrheitlich indigene Maya-Quiché, auf sich, die seit 9 Uhr morgens auf das Eintreffen des Präsidenten gewartet hatten. Es war der 29. Dezember 1998, und Präsident Álvaro Arzú, begleitet von 150 Personen, kam nach Quiché, um den zweiten Jahrestag der Unterzeichnung der Friedensverträge zu zelebrieren. Außerdem war angekündigt worden, dass der Präsident für die Verbrechen, die die Regierung während des 36-jährigen Krieges begangen hatte, um Verzeihung bitten würde. [...] Männer, Frauen und Kinder waren in LKW, Bussen und Pick-ups aus weit entlegenen Ecken Quichés herangebracht worden, um an Arzús öffentlicher Entschuldigung teilzunehmen oder zumindest anwesend zu sein. Die brennende Sonne, die trockene Hitze und die Unbequemlichkeit, stundenlang zu stehen, ließ viele Schatten unter Schirmen suchen oder ihre Köpfe mit Kleidungsstücken bedecken. [...] Eine halbe Stunde, nachdem sie vorbeigeflogen war, erreichte die Gruppe um den Präsidenten schließlich das Stadion. Hand in Hand mit seiner Frau trat Arzú durch den Haupteingang ein. Die Organisatoren und wachsames Sicherheitspersonal bildeten einen menschlichen Schutzschild, damit der Präsident durch die Menge laufen konnte. Dann hießen ihn die *cofrades*, Hüter der religiösen katholisch-indigenen Traditionen, willkommen, tanzten, verbrannten Weihrauch und entzündeten für ihn Feuerwerkskörper. Der Präsident schien das zu seiner Ehre vollzogene Ritual nicht zu bemerken und schritt weiter der Bühne entgegen [...]. Die Zeremonie begann spät, und als der Zeremonienmeister die Nationalhymne anstimmte, schien es, als ob lediglich die offiziellen Teilnehmer den Text kannten. Es war etwas anderes, als der Bischof von Quiché, Julio Cabrera, das Vaterunser sprach: inbrünstige, volle Stimmen waren aus dem ganzen Stadion zu vernehmen. Danach sprach der Verteidigungsminister, Barrios Celada, über den Krieg, über den Feind, mit dem die Armee konfrontiert war, über das Blut, welches geflossen war [...]. Barrios Celada gestand weder die von der Armee begangenen Massaker ein, noch sagte er, dass sich die Armee für das, was passiert war, verantwortlich fühle. [...] Als Präsident Arzú sprach, bat er für das, was der Staat während des Krieges getan hatte, um Verzeihung, rief zur Versöhnung auf, aber erwähnte keine Wiedergutmachungsleistungen. Das Publikum blieb ruhig, und es schien, als ob die spanischen Worte des Prä-

sidenten es nicht schafften, das Publikum zu erreichen. [...] Als alles vorüber war, war um Verzeihung gebeten worden – aber in einer anderen Sprache.[9]

II.

Als der guatemaltekische Präsident Álvaro Arzú im Dezember 1998 für die während der langen Jahre des Krieges begangenen Verbrechen öffentlich um Verzeihung bat, lag der Friedensschluss zwei Jahre zurück. Während der Friedensverhandlungen war die Frage, wie mit den Gräueln der Vergangenheit umzugehen sei, erbittert umstritten gewesen. Ergebnis dieses Disputes, der sich zum Hindernis für den gesamten Verhandlungsgang entwickelt hatte, war das am 27. Juni 1994 unterzeichnete Abkommen über die Einsetzung der Kommission zur historischen Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten, die bei der guatemaltekischen Bevölkerung Leid verursacht haben (CEH – *Comisión para el Esclarecimiento Histórico*). Um die Arbeit der künftigen Wahrheitskommission zu unterstützen, rief im darauffolgenden Jahr die katholische Kirche das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung (REMHI) ins Leben. Im Zuge der Projektvorbereitung wurde eine Methodik für die Wahrheitsfindung entwickelt, die auf der längerfristigen Begleitung der Zeugen und ihres sozialen Umfeldes beruht und somit als alternative Form der historischen Aufklärung zu verstehen ist. Methodisch entwickelte sich REMHI zu einem komplementären Projekt zur offiziellen Kommissionstätigkeit. Während REMHI die Arbeit noch vor dem im Dezember 1996 unterzeichneten „festen und dauerhaften“ Friedensabkommen aufnahm und bis zum heutigen Tage an der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ arbeitet, war die offizielle Wahrheitsfindung durch die CEH ein zeitlich begrenztes Unternehmen. Nach einer mehrmonatigen Phase der Konstituierung startete sie ihr Projekt offiziell im Juli 1997 und löste sich nach der Präsentation des Abschlussberichtes im Februar 1999 auf.

Mit der Wahrheitsfindung durch eine offiziell legitimierte Wahrheitskommission und ein „wahrheitskommissionsartiges“ Projekt verband sich die Absicht, eine jahrzehntelange blutige Geschichte aufzuarbeiten, die mit den Begriffen „Bürgerkrieg“ und »bewaffnete Auseinandersetzung« nur sehr unzureichend beschrieben ist.[10] Die Periode „der Gewalt“ (*la violencia*), die von der Wahrheitskommission investigativ aufzuarbeiten war, begann in den frühen 1960er

---

[9] Ricardo Miranda; Asking for Forgiveness in Another Language, in: Gidley, Ruth M./ Kee, Cynthia/ Norton, Reggie (Hrsg.); Guatemala: Thinking about the Unthinkable, Oxon (Association of Artists for Guatemala) 1999, S. 64f.

[10] Die »bewaffnete Auseinandersetzung« entwickelte sich vor dem Hintergrund einer autoritären und repressiven Tradition, deren Wurzeln bis in die Kolonialzeit zurückreichen. Mit dem CIA-geleiteten Putsch von 1954 und der nachfolgenden „antikommunistischen“ Praxis hatte die Aufstandsbekämpfung erste Höhepunkte erreicht (vgl. Kapitel 6.2).

Jahren, als die ersten Guerillaverbände den bewaffneten Kampf aufnahmen. Die folgenden Jahrzehnte waren von einer militärischen Strategie der Aufstandsbekämpfung geprägt, die sich zunehmend gegen die Zivilbevölkerung richtete. Nahezu in ganz Lateinamerika war die zweite Hälfte des „kurzen 20. Jahrhunderts“[11] von Militärdiktaturen bestimmt, die ideologisch auf der Doktrin der Nationalen Sicherheit fußten. Grundlage dieser maßgeblich von US-amerikanischen Militärstrategen propagierten Doktrin war die Verortung des (kommunistischen) Feindes inmitten der Gesellschaft und somit eine aufstandsbekämpfende Strategie, die nicht nur auf die Bekämpfung des bewaffneten, in Guerillaverbänden oder kommunistischen Bewegungen organisierten Feindes, sondern auf die repressive Durchdringung der gesamten Gesellschaft abzielte. Die auf dem gesamten Kontinent eingesetzten Techniken des Terrors, die von der Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit bis hin zu Folter, extralegalen Hinrichtungen und Verschwindenlassen reichten, wurden in Guatemala Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre von einer Strategie ergänzt, die als „Politik der verbrannten Erde“ Eingang in das Vokabular des Horrors gefunden hat. Im Kern handelte es sich um die flächendeckende Massakrierung der im westlichen Hochland ansässigen indigenen Bevölkerung und um die Zerstörung unzähliger Dörfer und kultureller Stätten. Ein immenser Flüchtlingsstrom, der sich nach Mexiko und in die Elendsviertel der Hauptstadt ergoss, war die Folge. Die Strategie des Terrors gipfelte in der Einbeziehung der Zivilbevölkerung in die Gewaltausübung und in der umfassenden Kontrolle des täglichen Lebens. Zivilkommissionare, Zivile Selbstverteidigungspatrouillen (PAC) und „Modelldörfer“ waren die Pfeiler des lokalen Terrorsystems, das eine besonders tragische Färbung dadurch erhielt, dass unvorstellbare Grausamkeiten von den in den PAC organisierten Nachbarn und Verwandten (mit-)begangen wurden.

Mit der Politik der verbrannten Erde nahm die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« eine entscheidende Wendung. Das Militär antwortete auf die sozialen und politischen Organisationsbestrebungen, die auch im Hochland in den 1970er Jahren sichtbar wurden, mit einer Ausrottungspraxis, die die Geschichte der vorangegangenen und nachfolgenden Repression der sozialen und revolutionären Bewegung in den Städten und im Osten des Landes in den Hintergrund der kollektiven Erinnerung treten ließ.

---

[11] Eric Hobsbawm fasst in seinem universalhistorischen Werk „Das Zeitalter der Extreme“ die Periode vom Ausbruch des 1. Weltkrieges (1914) bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion (1991) als das „kurze 20. Jh.“ zusammen, welches im Schatten der Auseinandersetzung von liberalem Kapitalismus und Kommunismus stand (vgl. Eric Hobsbawm; Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2000, S. 20f.).

III.

Diktaturen und Bürgerkriege werden von den Angehörigen zeitgenössischer Generationen unterschiedlich erlebt und erinnert. „Gemeinsam ist die Nichtgemeinsamkeit“, schrieb Karl Jaspers im Anschluss an den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschlands und bezog sich dabei auf die bis zur Unvereinbarkeit verschiedenen inneren Haltungen der Deutschen.[12] Gleichwohl bildet sich die jeweils eigene Erfahrung im Kontext kollektiver Erfahrung und ist somit durch die Zugehörigkeit zu Generationen, sozialen Schichten, Kulturen und den Kollektiven von Opfern, Tätern und „Unbeteiligten“ vorstrukturiert. Wahrheitskommissionen sind in zweierlei Hinsicht an den Prozess des Erinnerns angebunden. Die Aufnahme von Zeugenaussagen und somit die Dokumentation individueller Erinnerungsgehalte stellt erstens einen wesentlichen Input für die Erarbeitung der Abschlussberichte dar. Zweitens enthalten die Abschlussberichte, da sie als offiziell legitimierte Geschichtsschreibung rezipiert werden, das Potenzial eines sozial anerkannten Bezugsrahmens für das individuelle Erinnern. Das Fundament einer Auseinandersetzung mit der Funktion von Wahrheitskommissionen für das individuelle und kollektive Gedächtnis ist die theoretische Betrachtung der Interdependenzen zwischen individueller und kollektiver Erfahrung, zwischen individueller und kollektiver Erinnerung und schließlich zwischen individueller und kollektiver Identität.

In der soziologisch orientierten Gedächtnisforschung erfuhr der theoretische Ansatz von Maurice Halbwachs in den vergangenen Jahren eine Renaissance. In seinem Hauptwerk „Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen“ entwickelte er die These, dass ohne letztere kein individuelles Gedächtnis existieren könne. Erinnern vollziehe sich in sozialen Bezugsrahmen, deren grundlegendster die Sprache sei. „Es gibt kein mögliches Gedächtnis außerhalb derjenigen Bezugsrahmen, deren sich die in der Gesellschaft lebenden Menschen bedienen, um ihre Erinnerungen zu fixieren“.[13] Erinnerung ist ein sozial vermittelter Prozess. Die in der von Halbwachs eingeführten Theorie des sozialen Gedächtnisses aufgeführten grundlegenden Charakteristika des Erinnerns wurden in den ver-

---

[12] Karl Jaspers; Die Schuldfrage (1946), in: ders.; Lebensfragen der deutschen Politik, München 1963, S. 39.

[13] Maurice Halbwachs; Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Berlin/Neuwied 1966, S. 121. Mit seinen Ideen befand Halbwachs sich durchaus in prominenter Gesellschaft. In verschiedenen Schriften, u.a. in der „Genealogie der Moral“, hatte bereits Nietzsche auf die Bedeutung des Sozialen für die individuelle Erfahrung, Sittlichkeit und Meinungsbildung aufmerksam gemacht. In diesen Zusammenhang fallen ebenfalls die von Freud angestellten Überlegungen zur Reaktivierung von Erinnerungsspuren und zur Bedeutung sozialer Einflüsse für die Bildung des Über-Ichs.

gangenen Jahren im Kontext unterschiedlicher historischer Entwicklungen immer wieder nachgewiesen.[14]

Erinnern vollzieht sich erstens in kommunikativen Zusammenhängen. Die Bedingung der Möglichkeit von Erinnerung liegt, so Halbwachs, in der zwischenmenschlichen Kommunikation, die sich innerhalb verschiedenster Bezugsrahmen vollzieht. Umgekehrt sei Vergessen die Folge ausbleibender Kommunikation. Durch die für das menschliche Leben bedeutenden sozialen Zusammenhänge werden die Bezugsrahmen der kollektiven Erinnerung gebildet, deren Spektrum von Formen gemeinschaftlichen Zusammenlebens wie der Familie bis hin zu den abstrakteren Gebilden von Religionsgemeinschaften, gesellschaftlichen Klassen und, so könnte hinzugefügt werden, Ethnien und Nationen, reicht. Das gesellschaftliche Ganze zerfällt in eine Vielzahl von Erinnerungsgemeinschaften, innerhalb derer Vergangenheit rekonstruiert wird und für die ein emotionales Moment konstitutiv ist.

Erinnern ist zweitens rekonstruktiv.[15] Ein wichtiges Verdienst der Theoriebildung Halbwachs` liegt darin, auf die Instabilität der Erinnerungsinhalte aufmerksam gemacht zu haben. „Reproduzieren [von Vergangenheit] ist aber nicht Wiederfinden, es bedeutet vielmehr Rekonstruieren“.[16] Halbwachs definierte die kollektive Erinnerung als fluktuierend, wechselhaft und als Produkt des Interesses an der Auswahl und Formung einer kollektiven Geschichte. Aus dem Fundus des Vergangenen aktualisiert eine soziale Gruppe die Elemente, die dem erinnernden Bedürfnis derselben entsprechen.

Damit ist Erinnern drittens instrumentell. In der Erinnerung wird die Vergangenheit zu einem Bild verformt, das den gegenwärtigen Interessen erinnernder Kollektive und Individuen entspricht. Die mit dem Vorgang des Erinnerns verbundene instrumentelle Rekonstruktion der Vergangenheit schafft ein Bild der Geschichte, welches zum Mythos gerinnt und damit zum identitätsstiftenden Narrativ eines Kollektivs wird. Der Mythos fungiert als handlungsleitendes Narrativ im Kontext gegenwärtiger Bedürfnisse. Kollektive Erinnerung als sozial vermittelte greift auf kulturelle Erzeugnisse (u.a. Gedenktage und -stätten sowie literarische, wissenschaftliche und filmische Darstellungen) zurück. Die unmittelbaren Produkte der Tätigkeit von Wahrheitskommissionen, ihre Abschlussbe-

---

[14] Vgl. z.B. Moshe Zuckermann; Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998 und Michael Schudson; Watergate in American Memory: How we remember, forget and reconstruct the past, New York 1992.

[15] Der Vorgang der erinnernden Rekonstruktion ist eine der Grundfragen der Erinnerungsforschung. Zu den Entwicklungen der neuropsychologischen, psychoanalytischen und psychologischen Theoriebildung vgl. Daniel L. Schacter; Memory Distortion: History and Current Status, in: ders. (Hrsg.); Memory Distortion: How Minds, Brains and Societies Reconstruct the Past, Cambridge 1995, S. 1-43.

[16] Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, a.a.O., S. 136. An anderer Stelle (S. 231) bezeichnet er diesen Vorgang als „Retuschierung“ von Geschichte.

richte, reihen sich in den Fundus erinnerungsstützender kultureller Artefakte ein. Doch welche Kollektive oder Erinnerungsgemeinschaften sind in Guatemala in den Prozess der Rekonstruktion der Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« eingebunden? Wie und wo finden kollektive Verständigungsprozesse statt?

Jan Assmann nahm die Verzahnung von individueller und kollektiver Erinnerung zum Ausgangspunkt seiner Bestimmung des kollektiven Gedächtnisses, das er in ein kommunikatives und ein kulturelles Gedächtnis unterteilte. Diese Unterscheidung basiert auf der Beobachtung des Anthropologen Jan Vansina, der in der mündlichen Überlieferung einen *floating gap* ausmachte, welcher die Grenze zwischen der (mythischen) Ursprungszeit einer Gesellschaft und der jüngsten Vergangenheit bezeichnete. Die jüngste Vergangenheit, wie sie mündlich überliefert wird, umfasst eine Zeitspanne von 80-100 Jahren und enthält eigenes Erleben sowie die durch Zeitzeugen vermittelte Erinnerung. Diese beiden Elemente des Erinner- und Mitteilbaren – jüngste Vergangenheit und Ursprungszeit – fasst Assmann als „Vergangenheitsregister" auf, die den „Gedächtnis-Rahmen" des kommunikativen und kulturellen Gedächtnisses entsprächen.[17] Die beiden Formen des kollektiven Gedächtnisses werden in der vorliegenden Arbeit als *idealtypische Konstruktionen* verwendet. Dabei abstrahiert die definitorische Abgrenzung von den vielfachen Wechselwirkungen, die zwischen beiden Formen des kollektiven Gedächtnisses bestehen.[18]

Unter „kommunikativem Gedächtnis" ist nach Assmann eine Erinnerungsform zu verstehen, die in Zeitzeugen verkörpert ist, in Situationen informeller Alltagskommunikation zirkuliert und sowohl konkrete biographische Erlebnisse als auch Elemente des Hörensagens beinhaltet. Als typischer Fall wird das Generationengedächtnis herangezogen:

> es entsteht in der Zeit und vergeht mit ihr, genauer: mit seinen Trägern. [...] Meist vergeht das kommunikative Gedächtnis leise und unmerklich. „In aller Stille" wird ein Gedächtniskapitel nach dem anderen geschlossen.[19]

Das Phänomen des Generationengedächtnisses vermag in besonderer Weise das Fluktuierende der durch alltägliche Kommunikation erzeugten kollektiven Erinnerung aufzuzeigen, da die soziale Wirklichkeit durch eine jeweils spezifische Generationenkonstellation gekennzeichnet ist, die sich im Laufe der Zeit wan-

---

[17] Vgl. Jan Assmann; Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1999, S. 50.

[18] Auch Assmann verweist darauf, dass die Unterscheidung der beiden Erinnerungsformen mehr zwei Extrempolen auf einer fließenden Skala denn einer realen Dualität von Systemen entspricht (vgl. ebda., S. 55).

[19] Jan Assmann; Die Katastrophe des Vergessens. Das Deuteronomium als Paradigma kultureller Mnemotechnik, in: Assmann, Aleida/ Harth, Dietrich (Hrsg.); Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung, Frankfurt a. M. 1991, S. 342f.

delt und immer neue „führende“ Generationen hervorbringt.[20] In der Weitergabe von Erinnerung im intra- und intergenerationellen Austausch zeigen sich die Instabilität und Divergenz des Erinnerten. Mehr als in anderen Nationen spiegelte sich dies im Deutschland des 20. Jh. wider, das von der „*Zerstrittenheit* und *Zerrissenheit* verschiedener Kollektive mit jeweils eigenen Traditionen und verselbstständigten Mythen“ und der „*Kurzfristigkeit* und *Kurzlebigkeit* einer Einigung auf Erinnerungsstrategien“[21] gekennzeichnet war. Wenn in der alltäglichen Kommunikation über die Vergangenheit Momente derselben rekonstruiert werden, greifen die Beteiligten immer auch auf zirkulierende Elemente des kulturellen Gedächtnisses zurück. Auch im alltäglichen Dialog vollzieht sich ein Verständigungsprozess über normative Grundlagen der Gesellschaftsordnung, und somit sind die beiden Stränge des kollektiven Gedächtnisses verwoben.

Das „kulturelle Gedächtnis“ benennt eine institutionell geformte und gestützte Erinnerung, die anhand normativer Texte oder Riten und über spezielle Träger den sozialen und historischen Sinn einer Gemeinschaft erhält und vermittelt. Im Gegensatz zur kommunikativen Erinnerung ist das kulturelle Gedächtnis nicht in der Alltagssphäre, sondern im Feld der zeremoniellen Kommunikation verortet, deren typische Ausprägung das Fest ist. Der soziale Sinn kultureller Erinnerung besteht in der immer neuen Ausformung und Tradierung einer sozialen Identität, die dem Fluss der Zeiten längerfristig zu trotzen vermag. „In der Erinnerung an ihre Geschichte und in der Vergegenwärtigung der fundierenden Erinnerungsfiguren vergewissert sich eine Gruppe ihrer Identität“.[22] Für den Zusammenhang der Aufarbeitung von Vergangenheit scheint die Feststellung hilfreich, dass sich eine Tradierung von historischem Sinn außerhalb der Sphäre alltäglicher Kommunikation und durch spezialisierte Träger der kulturellen Erinnerung vollziehen kann. Gleichwohl bedarf es der beständigen Auswahl und Aktualisierung von Vergangenheitselementen. Im Begriff des kulturellen Gedächtnisses ist das Vorhandensein eines Fundus von aktualisierbaren Elementen des Vergangenen mit dem außeralltäglichen Prozess einer kommunikativen (ritualisierten) Verständigung hinsichtlich der erwünschten Gestalt der Vergangenheit zusammengeführt. Das kulturelle Gedächtnis bezeichnet somit „den in jeder Gesellschaft eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern und -Riten [...], in deren „Pflege“ sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt“.[23]

---

[20] Vgl. Heinz Bude; Die Erinnerung der Generationen, in: König, Helmut/ Kohlstruck, Michael/ Wöll, Andreas (Hrsg.); Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts, Leviathan Sonderheft, Opladen, 18/1998, S. 70ff.

[21] Alexander von Plato; Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriß, in: BIOS, Jg. 13, 1/2000, S. 11.

[22] Assmann; Das kulturelle Gedächtnis, a.a.O., S. 53.

[23] Jan Assmann; Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Assmann, Jan/ Hölscher, Tonio (Hrsg.); Kultur und Gedächtnis, Frankfurt a. M., 1988, S. 15.

Assmann führt ferner einen auch von ihm selbst im weiteren Verlauf seiner Analyse des kulturellen Gedächtnisses wieder vernachlässigten Aspekt ein: das Moment der Herrschaft. Das kulturelle Gedächtnis formt sich nicht in einem Machtvakuum, sondern ist von einer „Allianz zwischen Herrschaft und Erinnerung“[24] geprägt. Der Bestand des kulturellen Gedächtnisses wird von spezialisierten Trägern desselben geschaffen und gepflegt und ist damit Produkt einer kulturellen und politischen Elite. „Schreiben und Wissen, Schreiben und Verwalten, Schreiben und Herrschen gehen untrennbar Hand in Hand“.[25] In der kulturellen Erinnerung verdichtet sich, um es mit Gramsci auszudrücken, die politische Hegemonie. „Die sogenannte „öffentliche Meinung“ ist eng mit der politischen Hegemonie verknüpft. Sie ist der Berührungspunkt zwischen „Gesellschaft“ und „Staat“, zwischen Konsensus und Macht“.[26] Und damit markiert der hegemoniale Diskurs nicht nur den Rahmen des kulturellen Gedächtnisses, sondern wirkt auch überall dort, wo sich Erinnerung in kommunikativen Zusammenhängen formt.

IV.

Mit der Unterteilung des kollektiven Gedächtnisses in ein kulturelles und ein kommunikatives führte Assmann ein Konzept in die Gedächtnisforschung ein, das den Prozess der Weitergabe und Verformung von Geschichtsbewusstsein in zwei verschiedenen Sphären verortet: der alltäglichen und der rituellen Kommunikation über die Vergangenheit eines Kollektivs. Diese Konzeption eines zweigeteilten kollektiven Gedächtnisses ist für die Analyse der guatemaltekischen Erinnerungsgeschichte in besonderem Maße brauchbar, da sich letztere vor dem Hintergrund der Herausbildung eines einzigartigen Verhältnisses von indigenen *comunidades* und Nationalstaat entwickelt hat.[27]

Erinnern vollzieht sich in emotional besetzten Erinnerungsgemeinschaften und ist dabei von der rituellen Kommunikation über die Vergangenheit berührt. Die Anbindung an Erinnerungsgemeinschaften ist indes nur bedingt das Ergebnis einer freien Wahl, sondern – im Gegenteil – sozial vorstrukturiert. Karl Mannheim beschrieb das „Phänomen der *verwandten Lagerung* der Menschen

---

[24] Assmann; Das kulturelle Gedächtnis, a.a.O., S. 71.

[25] Ebda., S. 149.

[26] Antonio Gramsci; Philosophie der Praxis, Frankfurt a. M. 1967, S. 429.

[27] Vgl. den von Carol A. Smith herausgegebenen Sammelband „Guatemalan Indians and the State 1540 to 1988”. Der Band stellt den ersten umfassenden Versuch einer Sozialgeschichtsschreibung dar, der das Verhältnis der indigenen Bevölkerung zum ladinischen Staat in den Vordergrund der Analyse stellt.

im sozialen Raume“[28], welche nicht zwangsweise mit der Entwicklung eines einheitlichen Bewusstseins einhergehe, eine solche jedoch fördere.

> *Klassenlage* und *Generationslage* (Zugehörigkeit zueinander verwandter Geburtsjahrgänge) haben das Gemeinsame, dass sie, als Folge einer spezifischen Lagerung der durch sie betroffenen Individuen im gesellschaftlich-historischen Lebensraume, diese Individuen auf einen bestimmten Spielraum möglichen Geschehens beschränken und damit eine spezifische Art des Erlebens und Denkens, eine spezifische Art des Eingreifens in den historischen Prozess nahelegen.[29]

Die *verwandte Lagerung* verweist mit anderen Worten auf das Bestehen von Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften, da die sich in einer „verwandten Lage“ befindlichen Personen einen jeweils spezifischen Ausschnitt des kollektiven Geschehens auf einer vergleichbaren Erfahrungsgrundlage erleben. Im guatemaltekischen Gesellschaftsgefüge lässt sich neben der Klassenlage und der Generationslage eine weitere bedeutende kollektive Zugehörigkeit identifizieren, die das individuelle Denken, Erinnern und Handeln vorstrukturiert: die ethnische Zugehörigkeit.

Die Generationslage

Seit 1975 hat sich die guatemaltekische Bevölkerung fast verdoppelt. Das exponentielle Bevölkerungswachstum deutet auf ein Charakteristikum der guatemaltekischen Gesellschaft am Beginn des 21. Jh. hin, welches bezüglich der potenziellen Auswirkungen der offiziellen Wahrheitsfindung eine große Bedeutung besitzt. Die Altersstruktur zeichnet sich dadurch aus, dass fast die Hälfte der Bevölkerung jünger als 15 Jahre ist und somit die Phase „der Gewalt“ und insbesondere die Zeit der Massaker und der Vertreibungen Anfang der 1980er Jahre nicht bewusst erlebt hat. Im Gegenteil, der überwiegende Teil der guatemaltekischen Gesellschaft befindet sich in einer Generationslage, zu deren verbindenden Erlebnisgehalten nicht mehr die »bewaffnete Auseinandersetzung« zählt.

Die „Klassenlage“

Die von Mannheim im Duktus seiner Zeit als „Klassenlage“ bezeichnete sozioökonomische Stellung ist ein komplexes Phänomen.

> „Besitz“ und „Besitzlosigkeit“ sind [...] die Grundkategorien aller Klassenlagen [...]. Innerhalb dieser aber differenzieren sich die Klassenlagen weiter, je nach der Art des zum

---

[28] Karl Mannheim; Das Problem der Generationen, in: ders.; Wissenssoziologie, Neuwied/Berlin 1970, S. 526 (Hervorhebung im Original).

[29] Ebda., S. 528 (Hervorhebung im Original).

Erwerb verwertbaren Besitzes einerseits, der auf dem Markt anzubietenden Leistungen andererseits.[30]

Guatemala ist trotz der schwindenden volkswirtschaftlichen Bedeutung des Agrarsektors ein Agrarland, das sich durch die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und durch die extreme Ungleichverteilung des landwirtschaftlichen Besitzes auszeichnet.

Die soziale Ungleichheit, die die gesamte guatemaltekische Geschichte kennzeichnete, ist mit der Schuldenkrise der 1980er Jahre und der Implementierung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik noch größer geworden. Dabei ist die in ganz Lateinamerika auszumachende Verschärfung der sozialen Ungleichheiten in Zentralamerika noch weit ausgeprägter als in den südlichen Ländern des Kontinents. Die soziale Misere manifestiert sich in Guatemala vor allem darin, dass weit über die Hälfte der Bevölkerung in Armut lebt und die grundlegenden Bedürfnisse nicht oder nur teilweise befriedigen kann. In den letzten Jahrzehnten haben einschneidende Umstrukturierungen in der Agrarexportökonomie und auch das exponentielle Bevölkerungswachstum eine Änderung der sozialen Situation der Bevölkerung im westlichen Hochland bewirkt. Aufgrund des Rückgangs der Kaffeeproduktion und der Ersetzung des arbeitsintensiven Anbaus von Baumwolle durch Zuckerrohr ist die Nachfrage nach saisonalen Arbeitskräften in der Agrarexportökonomie stark zurückgegangen. Gleichzeitig bewirkte der zunehmende Bevölkerungsdruck im Nordwesten des Landes einen Rückgang der pro Person zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche.[31] Somit bestand die Notwendigkeit, das mit der Bewirtschaftung der eigenen Parzelle und der Saisonarbeit erzielte Einkommen durch weitere Einkommensquellen zu ergänzen: Handel, Dienstleistungen, Kunstgewerbe, Tourismus und die Migration nach Mexiko und in die USA gewannen zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund waren die Verschärfung der sozialen Dichotomie und die Pauperisierung von sozio-ökonomischen Differenzierungsprozessen begleitet, die innerhalb der *comunidades* sichtbare Unterschiede des Lebensstandards hervorgebracht haben. Auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene betrachtet, ist die soziale und ökonomische Situation Guatemalas durchaus mit den meisten Ländern der Region vergleichbar. Guatemala besitzt indes eine Sonderstellung, die sich aus den regionalen Disparitäten und der sozialen Exklusion der indigenen Bevölkerung ableitet. Die ethnische Zugehörigkeit ist, wie etwa die signifi-

---

[30] Max Weber; Wirtschaft und Gesellschaft, 8. Kapitel, § 6, 2. Halbband, Köln/Berlin 1964, S. 679.

[31] Vgl. Sistema de Naciones Unidas en Guatemala; Guatemala: El rostro rural del desarollo humano, Guatemala 1999, S. 143f. Die Bevölkerungsdichte im Westen Guatemalas stieg von 44 EW/qm² (1950) auf 123 EW/qm² (1994). In einer Studie über die Situation von neun *municipios* in den Cuchumatanes wurde festgestellt, dass die pro Person zur Verfügung stehende Parzelle von durchschnittlich 0,96 *manzanas* (1950) auf 0,35 *manzanas* (1994) gesunken ist.

kant höhere Betroffenheit von Armut, Kindersterblichkeit, Analphabetismus oder die Unterversorgung mit sozialen Diensten zeigen, eine in Guatemala bedeutende Determinante der Klassenlage. Eine besondere Bedeutung für die verwandte Lagerung erhält die ethnische Zugehörigkeit zusätzlich dadurch, dass sie die Anbindung an Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften und somit an kulturell tradierte historische Erfahrungsgehalte nahe legt.

Tab. 1: Soziale Indikatoren für Guatemala

Bevölkerung[1]	1975: 6,0 Mio	1999: 11,1 Mio	2015: 16,3 Mio (Schätzung)
Landbevölkerung (in % der Gesamtbevölkerung)[1]	1999: 60,6 Vergleich: Costa Rica 52,4%, El Salvador 53,7%, Honduras 48,4%, Nikaragua 44,2%, (Ø Lateinamerika 23%[3])		
Human Development Index-Rang (1-162)[1]	1999: 108 Vergleich: Costa Rica 41, El Salvador 95, Honduras 107, Nikaragua 106, Argentinien 34, Kolumbien 62, Peru 73		
Landverteilung[2] (Quelle: Zensus von 1979)	2,5% der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über 65% des Kulturlandes (durchschnittliche Betriebsgröße: 200 ha). 88% der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über 16% des Kulturlandes (durchschnittliche Betriebsgröße: 1,5 ha).		
Armut[1] (in % der Gesamtbevölkerung. Armutsgrenze: 50% des nation. Durchschnittseinkommens)[1]	1999: 57% Vergleich: Honduras 53%, Nikaragua 50,3%, El Salvador 48,3%, Panama 37,3%, Argentinien 17,6%, Kolumbien 17,7%, Peru 49%		
Extreme Armut[2] (in % der Gesamtbevölkerung. Armutsgrenze: Preis eines minimalen Lebensmittelkorbes)	Guatemala insges. Indigene Bevölkerung Nicht-indigene Bevölkerung Nordwestliche Region Metropolitane Region	58% (1995) 81% (1995) 45% (1995) 88% (1995) 29% (1995)	
Pro-Kopf-Einkommen[3] (1 Q = 0,148 €)		Pro Jahr in Q (1998)	Pro Monat in €
	Guatemala insges.	5.277	63,25
	Rurale nordwestliche Region	1.894	22,67
	Urbane metropolitane Region	13.594	162,92
	Männer	7.586	90,92
	Frauen	3.073	36,82

Quellen:

1 United Nations Development Programme; Human Development Report 2001: Making New Technologies Work for Human Development (www.undp.org/hdr2001 – Stand: 10.3.2002).

2 World Bank; Guatemala – An Assessment of Poverty, Sector Report 12313-GU, Washington 1995 (www-wds.worldbank.org/servlet – Stand: 10.3.2001).

3 Sistema de Naciones Unidos en Guatemala; Guatemala: El rostro rural del desarollo humano, Guatemala 1999.

Die ethnische Zugehörigkeit

Seit dem späten 19. Jh. ist die guatemaltekische Gesellschaft von einer ethnischen Dichotomie gekennzeichnet, die auf der Unterscheidung zwischen *indígenas* und *ladinos* beruht und von dem Blick auf eine mächtige „weiße" Minorität ergänzt wird. Die Zuschreibung zu einer der beiden Gruppen gilt als Resultat kultureller Praktiken und wird insbesondere auf die Sprache, die Weltanschauung und das Gemeinschaftsleben zurückgeführt.[32] In besonderem Maße ist die ethnische Zuschreibung von der „traditionellen" Kleidung der Frauen, den Trachten (*trajes*) geprägt.[33] In der indigenen ethnischen Kategorie werden die Angehörigen der mehr als 20 Maya-Sprachgruppen sowie die Gruppen der Xinca und Garífuna zusammengefasst. Dabei verweist die ethnische Zuordnung der Garífuna, deren Kultur von afrikanischen und karibischen Elementen geprägt ist, darauf, dass es sich bei der ethnischen Zweiteilung Guatemalas um ein Konstrukt handelt. Die Identifikation mit einer der beiden ethnischen Kategorien ist nicht selbstverständlich. Als ein wesentlicher Bezugspunkt der kollektiven indigenen Identifizierung gilt bis zum heutigen Tage der lokale Rahmen der *comunidad*.[34] In vielen Regionen Guatemalas steht weniger die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder zur guatemaltekischen Nation im Mittelpunkt der Selbstverortung, sondern die Herkunftsgemeinde (die *comunidad*) oder das zugehörige *municipio*.[35] Häufig grenzt sich die *comunidad* von umliegenden *comunidades* durch die Bezogenheit auf die (lokale) heilige Erde, durch die Verehrung von Heiligen oder durch die Sprache und Kleidung – die selbst Produkte historischer Entwicklungen sind – ab. Gleichwohl brachten der Kontakt mit katholischen Geistlichen seit den 1950er Jahren, die Herausbildung einer breiten sozialen Bewegung sowie die Repressionserfahrung der späten 1970er/frühen 1980er Jahre eine Verschiebung der Bezugspunkte kollektiver Identifizierung mit sich. Zu-

---

[32] Vgl. Edelberto Torres-Rivas; La Sociedad: La Dinámica Poblacional, Efectos Sociales de la Crisis, Aspectos Culturales y Étnicos, in: ders. (coord.); Historia General de Centroamérica, tomo VI, Madrid 1993, S. 183. Die Definition der ethnischen Zugehörigkeit wird durch ein Photo illustriert, das indigene Frauen in Chimaltenango zeigt (vgl. ebda., S. 185).

[33] Vgl. Diane M. Nelson; A Finger in the Wound: Body Politics in Quincentennial Guatemala, Los Angeles/London 1999, Kapitel 5. Die Autorin verweist u.a. auf den Umstand, dass indigene Männer zunehmend auf Trachten verzichten, da diese nicht als männliche Kleidung wahrgenommen werden. Die ethnische Zugehörigkeit wird durch Frauen repräsentiert.

[34] Vgl. Carol A. Smith; Social Relations in Guatemala over Time and Space, in: dies. (Hrsg.); Guatemalan Indians and the State, a.a.O., S. 18. Siehe auch: Nelson; A Finger in the Wound, a.a.O., S. 5, sowie Richard Wilson; Resurgimiento Maya en Guatemala. Experiencias Q´eqchi´es, Guatemala 1999, S. 33ff.

[35] So finden sich häufig Selbstidentifizierungen als Sacapultecos, San Pedranos oder Ixtahuatecos etc. (vgl. Meike Heckt; Guatemala. Interkulturelle Bildung in einer ethnisch gespaltenen Gesellschaft, Münster/New York/München/Berlin 2000, S. 63).

nehmend wurden größere Zusammenhänge (Ethnie und, in eingeschränkterem Maße, die Klasse) in den Rahmen der Identitätsbildung mit einbezogen.

Anfang der 1970er Jahre entstand erstmals in der guatemaltekischen Geschichte eine indigene Bewegung, deren Handlungsraum nicht auf lokale oder regionale Bezüge beschränkt war, sondern die im nationalen Rahmen zu agieren und Forderungen an den Staat zu richten begann. In den 1980er Jahren wurde die bis dato nur im wissenschaftlichen Kontext der Mesoamerika-Forschung gebräuchliche Bezeichnung „Maya" von den Protagonisten der wachsenden indigenen Bewegung in den eigenen Diskurs und somit als Selbstzuschreibung übernommen. „Unter Bezug auf gemeinsame historische Erfahrungen der Marginalisierung begann sich die neue kollektive ethnische Identität der „Maya" herauszubilden".[36] Diese neue kollektive ethnische Identität ist in den Schriften und Reden der Protagonisten der Maya-Bewegung deutlich zu vernehmen und fand etwa mit der „Akademie der Maya-Sprachen" oder dem Dachverband „Majawil Q´ij" einen institutionellen Ausdruck.

Im gegenwärtigen Guatemala ist zweifellos eine kollektive Identität der Maya auszumachen, und dennoch hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht eine Maya-Identität entwickelt, die die vormals bestehenden kollektiven Identitätsmuster vollständig ablöste. Der soziale indigene Raum ist vielmehr seit mehreren Jahrzehnten von sozialen Differenzierungsprozessen geprägt, die ein „Patchwork kollektiver Identitäten" hervorgebracht haben. Entscheidend für die Selbstverortung und kollektive Identifizierung ist die Zugehörigkeit zu jeweils eigenen Erfahrungsgemeinschaften. Diesbezüglich ist festzustellen, dass sich in einer einzigen *comunidad* ein ganzes Netz von sich ergänzenden oder bekämpfenden Erfahrungsgemeinschaften befinden kann. Die sozialen Zusammenhänge von *comunidad*, Ethnie und Nation werden von anderen Zugehörigkeiten überlagert, in denen sich Erfahrungen kristallisieren. Solche sozialen Zusammenhänge, die zugleich Kommunikations- und Erinnerungsräume sind, bilden sich etwa durch die Zugehörigkeit zu Generationen, sozialen Schichten oder auch zu religiösen Gruppierungen oder „Fincabelegschaften". Die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jh. vollzogenen Differenzierungsprozesse wurden durch die Erfahrungen im Rahmen der »bewaffneten Auseinandersetzung« noch akzeleriert. In einer *comunidad* leben gegenwärtig Menschen mit so divergenten Erfahrungen wie der Vertreibung hinter die Landesgrenzen, dem jahrelangen Überleben in den Wäldern oder in den Elendsgürteln der Hauptstadt, dem angstvollen Ausharren im Panopticon[37] der Modelldörfer oder der aktiven Integration in die lokalen Strukturen der Repression.

---

[36] Heckt; a.a.O., S. 67.

[37] Jeremy Bentham entwarf die architektonische Struktur einer Strafanstalt, die sich durch die Möglichkeit auszeichnet, jederzeit jegliche Bewegung der Gefangenen einzusehen. Das Panopticon als Disziplinaranlage zeichnet sich durch die permanente Wirkung der Überwachung aus, die bei den unterworfenen Individuen das Bewusstsein für das bestehende

Das ethnische Selbstverständnis der nicht-indigenen Bevölkerung, die bislang nicht im Mittelpunkt des anthropologischen Forschungsinteresses gestanden hatte, ist nicht von einer positiv ausgefüllten Selbstzuschreibung als *ladino* geprägt. Der ladinischen Identität liegt vielmehr ein „pigmentokratisches System“[38] zugrunde, das die nicht-indigene Identität in „Weiße“, „Kreolen“, „Mestizen“, *ladinos blancos* und *ladinos pardos* („braune *ladinos*“) auffächert. Diese Kategorien der Selbstzuschreibung werden im Zusammenhang einer doppelten Abgrenzung (von der indigenen Bevölkerung und der US-amerikanischen Hegemonialkultur) insbesondere in den akademischen und mittelständischen Zirkeln der Hauptstadt durch die Bezeichnungen „Guatemalteke“ und *chapín*[39] ergänzt.

Die ethnische Zuschreibung bewegt sich in Guatemala in einem Spannungsfeld, das von der kulturellen Bestimmung des Ethnischen und der biologischen Konzeption von Rassen gebildet wird. Hinter der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung (und der der „braunen *ladinos*“) verbirgt sich ein biologischer Rassismus, der sich durch alle sozialen Schichten zieht.[40] Obwohl die ethnische Tei-

---

Machtverhältnis unabhängig von der tatsächlichen Machtausübung schafft (vgl. Michel Foucault; Überwachen und Strafen, Frankfurt a. M. 1989, S. 256ff.).

38 Demeterio Cojtí Cuxil; Heterofobía y Racismo Guatemalteco. Perfil y Estado Actual, in: Rodolfo E. Bolaños (Hrsg.); ¿Racismo en Guatemala? Abriendo el debate sobre un tema tabú, Guatemala 1999, S. 203. Vgl. auch Mario Roberto Morales; La Identidad y la Patria del Ladino (o el Síndrome de Maximón), in: Claudia Dary (comp.); La construcción de la nación y la representación ciudadana en México, Guatemala, Perú, Ecuador y Bolivia, Guatemala 1998, S. 417. Als sich die Dichotomie *ladino-indígena* im Zuge der Ausweitung der Kaffeeökonomie herausgebildet hatte, erhielt der Begriff des *ladino* für die indigene Bevölkerung eine zweifache Bedeutung: er bezeichnete sowohl die „Unterdrücker“ im westlichen Hochland als auch die „heimatlosen“ Arbeiter in den Städten und im »Landesinneren« (vgl. Carol A. Smith; Origins of the National Question in Guatemala, in: dies. (Hrsg.); Guatemalan Indians and the State, a.a.O., S. 86).

39 Der Begriff „*chapín*“, der seine Wurzeln in der Kolonialzeit hat, vermischt die Bedeutungen des Ladinischen, Hauptstädtischen und Provinziellen (vgl. Mario Roberto Morales; Esencialismo „Maya“, Mestizaje Ladino y Nación Intercultural. Los discursos en debate, in: Bolaños; ¿Racismo en Guatemala?, a.a.O. S. 265). Der Begriff wurde im zentralamerikanischen Zusammenhang verwandt und grenzte die Guatemalteken insbesondere von den Salvadoreños (*guanacos*) ab. Der Begriff hatte und hat eine große Bedeutung für die Selbstverortung von Exilanten und Migranten und wurde zunehmend als positive Form der Selbstzuschreibung auch in Guatemala übernommen.

40 Vgl. Marta Elena Casaús Arzú; La Metamorfosis del Racismo en la Élite de Poder en Guatemala, in: Bolaños (Hrsg.); ¿Racismo en Guatemala?, a.a.O., S. 67-72. Jorge Ramón González-Ponciano verweist darauf, dass die Kultur und Weltanschauung der verarmten *ladinos* signifikante Übereinstimmungen mit der indigenen Kultur aufweist (vgl. ders.; „Esas Sangres No Están Limpias“. Modernidad y pensamiento civilizatorio en Guatemala (1954-1977), in: ebda., S. 38.

lung Guatemalas wesentlich eine kulturelle ist,[41] wird das Konzept der biologischen Abstammung tradiert. Dieses besitzt – zusammen mit einer Form des kulturellen Rassismus – eine große Bedeutung für die alltägliche Praxis. Zu Beginn des 21. Jh. hat sich in der offiziellen guatemaltekischen Politik eine Konzeption von Ethnizität etabliert, die sich aus kulturellen Differenzen ableitet und von der Existenz rassistischer Abgrenzungen abstrahiert.[42]

VI.

Das Forschungsinteresse an den Themen der individuellen und kollektiven Erinnerung und Identität erwachte in Guatemala bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, als die guatemaltekische Anthropologin Myrna Mack begann, die Situation rückkehrender Flüchtlinge zu untersuchen.[43] Sie führte ab 1987 lange Interviews mit Flüchtlingen im Ixcán, in Alta Verapaz und in Huehuetenango und versuchte erstmals, auf der Grundlage subjektiver Zeugnisse die Auswirkungen des Krieges gegen die indigene Bevölkerung in den Hochlandregionen Guatemalas zu dokumentieren. Nachfolgend wurde eine Vielzahl von Untersuchungen veröffentlicht, die sich den Prozessen der Identitäts- und Erinnerungskonstruktion in indigenen *comunidades* widmeten.[44] In diesen Studien, die zumeist auf lokal begrenzter Feldforschung beruhten, wurde die Bedeutung des historischen Kontextes für die Interpretation vergangener Ereignisse nachgewiesen. Dabei konnte nicht nur die lokale und regionale Unterschiedlichkeit, sondern auch die Verformung der Erinnerungsgehalte im Zeitverlauf aufgezeigt werden. Im Verlaufe der Feldforschung zeigte sich dabei immer, dass sich hinter der öffentlich geäußerten und kollektiv legitimierten Erinnerung eine beschwiegene Erinnerung an die mit der »bewaffneten Auseinandersetzung« verbundenen

---

[41] Die europäische und US-amerikanische Einwanderung erreichte in Guatemala keine Quantität, die zu einer „faktischen Abstufung der Hautfarben" in bedeutendem Umfang geführt hätte.

[42] Dies bezieht sich auf die theoretische Erfassung der „ethnischen Vielfalt", wie sie z.B. im „Abkommen über die Rechte und Identität der indigenen Völker" niedergelegt ist, und nicht auf den politischen Umgang mit faktischer Diskriminierung.

[43] Myrna Mack/AVANCSO; Política Institucional hacia el desplazado interno en Guatemala, Cuadernos de Investigación N° 4, Guatemala 1988; Dies.; ¿Dónde está el futuro? Procesos de reintegración en comunidades de retornados, Cuadernos de Investigación N° 8, Guatemala 1992.

[44] Vgl. insbes. Ricardo Falla; Masacres de la selva, Ixcán, Guatemala, 1975-1982, Guatemala 1992; Matilde González; La Historia Oral, una vía para la reconfiguración del sentido, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript von 1998; Beatriz Manz/ Elizabeth Oglesby/ José García Noval; De la memoria a la reconstrucción histórica, Guatemala (AVANCSO) 1999; Nelson; A Finger in the Wound, a.a.O.; Smith (Hrsg.); Guatemalan Indians and the State, a.a.O.; Wilson; Resurgimiento Maya en Guatemala, a.a.O.; Judith N. Zur; Violent Memories. Mayan War Widows in Guatemala, Boulder 1998.

Ereignisse verbarg. Das Bild der Vergangenheit, welches erst nach einem langen vertrauensbildenden Prozess im Interview vorgestellt wurde, entsprach dabei dem aktuell anerkannten historischen Narrativ. So enthielt etwa das lokal akzeptierte Narrativ über die in einer *comunidad* verübten Gräueltaten 1987 keine Angaben über die Täter ("A saber quiénes fueron..." – „Wer weiß, wer es getan hat..."). Zwei Jahre später war es bereits möglich, die Verantwortlichen zu benennen: Der soziale Kontext und somit auch die sozialen Rahmen des Gedächtnisses hatten sich zu ändern begonnen.[45] Hinter den erzählten Geschichten verbergen sich immer auch andere Dimensionen des vergangenen Erlebens und beschwiegene Facetten der Wahrheit. Die mit den Methoden der *oral history* dokumentierte Komplexität und Wandelbarkeit der individuellen und kollektiven Erinnerung vor dem Hintergrund traumatischer Erlebnisse bildet einen wesentlichen theoretischen Bezugsrahmen der vorliegenden Untersuchung.

Der zweite wesentliche Bezugsrahmen der Analyse der guatemaltekischen Vergangenheitspolitik und Erinnerungsgeschichte besteht in einer Vielzahl von Untersuchungen auf dem Gebiet des *comparative past-beating*.[46] Obwohl bereits seit Beginn der 1980er Jahre Demokratien die lateinamerikanischen Diktaturen abzulösen begannen und in diesem Kontext vergangenheitspolitische Maßnahmen debattiert wurden, hat das wissenschaftliche Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit erst in der Folge des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staatenwelt zugenommen. Seitdem wurde die vergangenheitspolitische Praxis von Bemühungen um die juristische, politikwissenschaftliche oder psychologische Analyse derselben begleitet. Mit der Einsetzung der südafrikanischen Wahrheitskommission, die insbesondere aufgrund der Praxis öffentlicher Anhörungen und der Möglichkeit einer Amnestiegewährung für aussagewillige Täter zum Gegenstand der internationalen Medienberichterstattung wurde, begann die Konjunktur des Forschungsgegenstandes der „Wahrheitskommission".[47] Zunehmend begannen nun auch Theologen, Linguisten und Historiker, sich für die Praxis und Wirkungsweise der offiziellen Wahrheitsfindung zu interessieren. Während die Zahl der Publikationen zum südafrikanischen „Wahrheits- und

---

[45] Elizabeth Oglesby; Desde los Cuadernos de Myrna Mack. Reflexiones sobre la violencia, la memoria y la investigación social, in: Manz et al.; De la memoria a la reconstrucción histórica, a.a.O., S. 23-38.

[46] Timothy Garton Ash; True Confessions, in: The New York Review of Books, 44, 12 (17.7.1997), S. 38.

[47] Im Jahr der Einsetzung der südafrikanischen Wahrheitskommission wurde das erste umfassende vergangenheitspolitische Kompendium veröffentlicht: Kritz, Neil J. (Hrsg.); Transitional Justice: how emerging democracies reckon with former regimes, 3 Bde, Washington, D.C. 1995. Eine an der südafrikanischen Erfahrung orientierte Bibliographie präsentierte Gunnar Theissen unter: http://userpage.fu-berlin.de/~theissen/biblio/TJB-FContents.html – Stand 10.2.2002). Zu den neueren vergleichenden Untersuchungen gehört der von Alexandra Barahona de Brito et al. editierte Band „The Politics of Memory: Transitional Justice in Democratizing Societies" (Oxford 2001).

Versöhnungsprozess“ in den vergangenen Jahren explodierte,[48] ist die guatemaltekische Wahrheitskommission nicht zum Brennpunkt des wissenschaftlichen Interesses an der Aufarbeitung der Vergangenheit geworden.

Der theoretische Ansatz der vorliegenden Arbeit ist, da er auf die Verknüpfung anthropologischer, psychologischer, juristischer, geschichts- und politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze zielt, ein interdisziplinärer. Zugleich wird eine soziologische Perspektive eingenommen, welche die Priorität auf die Erfassung von gesellschaftlichen Verflechtungen im konkreten welthistorischen Kontext des beginnenden 21. Jh. legt. Das individuelle Denken, Erinnern und Handeln schreibt sich, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, in historisch gewachsene gesellschaftliche Strukturen und die entsprechend aktualisierten historischen Narrative ein. In der Untersuchung der guatemaltekischen Bemühungen um die Aufarbeitung der Vergangenheit wird – und damit unterscheidet sie sich wesentlich von anthropologischen Studien – vom Handeln Einzelner abstrahiert und die Verknüpfung der Ebenen von Individuen, *comunidades* und Gesellschaft fokussiert.

In der forschungspraktischen Umsetzung bedeutete die soziologische Perspektive die Konzeption einer Methodik, welche auf die Erfassung der vergangenheitspolitischen Prozesse auf den genannten Ebenen zielte. Um ein möglichst umfassendes Bild von der guatemaltekischen Nachkriegsgesellschaft zeichnen zu können, wurde der Feldforschung eine doppelte methodische Strategie zugrundegelegt. Diese beruhte einerseits auf der teilnehmenden Beobachtung der Arbeit des kirchlichen Projektes REMHI in sechs der insgesamt 14 Diözesen Guatemalas. Während der Aufenthalte in den Departments San Marcos, Huehuetenango, El Quiché/Ixcán, Alta Verapaz und Chimaltenango wurde der Blick auf die Projektpraxis durch die Einschätzungen ergänzt, welche die Mitarbeiter anderer kirchlicher, staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Einrichtungen äußerten. Den eigentlichen Pfeiler der Forschungstätigkeit bildete indes ein Set von problemzentrierten qualitativen Interviews, die mit vergangenheitspolitischen Protagonisten und mit Vertretern der sozialen und politischen Bewegung geführt wurden. Die Auswahl von erzählgenerierenden Fragen zielte darauf, erstens das subjektive Erleben der guatemaltekischen Vergangenheitspolitik sichtbar zu machen und zweitens die im wissenschaftlichen und politischen Diskurs gängigen Begrifflichkeiten von „Heilung“ und „Versöhnung“ auf ihre Substanz hin zu überprüfen. Die Interviews lieferten somit das Material für eine Diskursanalyse, welche die mit der Tätigkeit von Wahrheitskommissionen verbundenen Mythen aufzuspüren beabsichtigte.[49] Die Interviewpartner, in ihrer Funktion als Vertre-

---

[48] Vgl. Neville Alexander; Südafrika. Der Weg von der Apartheid zur Demokratie, München 2001, S. 157.

[49] „*Wissenschaftler sind* [...] *Mythenjäger*; sie bemühen sich, durch Tatsachenbeobachtung nicht zu belegende Bilder von Geschehenszusammenhängen, Mythen, Glaubensvorstellungen und metaphysische Spekulationen durch Theorien zu ersetzen, also durch Modelle von

ter einer Institution oder Organisation in den Interviewsample aufgenommen, traten im Gespräch zumeist in ebendieser Funktion auf und präsentierten die offiziellen Haltungen der durch sie repräsentierten Institution oder Organisation. Im Interviewverlauf, der sich oftmals über mehrere Stunden erstreckte oder von langen Phasen „informeller" Gespräche begleitet war, wurde jedoch zunehmend vom eigenen Erleben berichtet.[50] Die problemzentrierten Interviews wurden in einer ersten Auswertungsphase vollständig transkribiert und bildeten zusammen mit den Protokollen, in denen der Verlauf der Gespräche mit „unbeteiligten Zeitzeugen" festgehalten wurde, die Basis einer Analyse desjenigen sozialen Handelns, welches einen Beitrag zur Aufarbeitung der guatemaltekischen Vergangenheit zu leisten beabsichtigte. In den Interviews wurden sowohl die Motivationen als auch der Ablauf und die Wirkungen des eigenen vergangenheitspolitischen Engagements dargelegt. Dabei zeigten sich gravierende Unterschiede zwischen den Erfahrungen der im Kontext der nationalen Politik Agierenden und derer, die in der alltäglichen Arbeit mit den individuellen, lokalen und regionalen Bedürfnissen und Kriegsfolgen konfrontiert waren. Die in den Interviews geäußerten Erfahrungen und die Beobachtungen im guatemaltekischen »Landesinneren« und in der Hauptstadt stellen das Fundament der Untersuchung der Wirkungsweise der institutionalisierten Wahrheitsfindung dar. Das Ziel der in den folgenden Kapiteln präsentierten Untersuchung ist eine Grundlegung: Mit der Analyse der Wirkungen von REMHI und CEH auf die Bezugsrahmen des kommunikativen (Alltags-) Gedächtnisses und des kulturellen Gedächtnisses wird eine alternative Herangehensweise an das Phänomen der institutionellen Wahrheitsfindung präsentiert. Die darin aufgezeigten fundamentalen Problematiken wären sowohl bei der Fortführung der guatemaltekischen Vergangenheitspolitik als auch bei der Einrichtung künftiger Wahrheitskommissionen zu bedenken.

VII.

Im folgenden Kapitel wird ein kurzer Überblick über das vergangenheitspolitische Instrument der Wahrheitskommission gegeben. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit den grundlegenden Zielen der institutionalisierten Wahrheitsfindung, die sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zunehmend aus dem Kontext fragiler Übergangsprozesse und der psychischen Tragödie des Verschwindenlassens herausgelöst haben. Die Vielzahl der mit der Einsetzung

---

Zusammenhängen, die durch Tatsachenbeobachtungen überprüfbar, belegbar und korrigierbar sind." (Norbert Elias; Was ist Soziologie?, Weinheim/München 1991, S. 53f., Hervorhebung im Original).

[50] Dies ist der wesentliche Grund dafür, dass die Interviews mit den guatemaltekischen Interviewpartnern für die vorliegende Arbeit anonymisiert wurden.

von Wahrheitskommissionen verbundenen Zielsetzungen wird kurz skizziert und kritisch hinterfragt.

Das dritte Kapitel nimmt seinen Ausgang in der Beobachtung, dass die Einsetzung von Wahrheitskommissionen zu einem weit verbreiteten Instrument der Vergangenheitspolitik geworden ist und fragt danach, wie die Idee einer Wahrheitskommission Einzug in die guatemaltekische Politik hielt. Wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern, forderten zunächst die Angehörigen von Verschwundenen die offizielle Untersuchung über den Verbleib ihrer Kinder, Ehegatten und Eltern. Diese Forderung wurde in den folgenden Jahren Bestandteil der Agenda der Friedensverhandlungen und entwickelte sich zu einem wesentlichen Hindernis für den Fortgang derselben.

Im vierten Kapitel wird die „postkonfliktive" Gesellschaft charakterisiert und das Spektrum der Reformen skizziert, die mit der Unterzeichnung der Friedensverträge verbunden waren. Das Reformwerk bildete mit den vergangenheitspolitischen Vereinbarungen im engeren Sinne einen bedeutenden Kontext für die institutionalisierte Wahrheitsfindung.

Das fünfte Kapitel kreist um die Arbeitsprozesse der Wahrheitskommission und des „wahrheitskommissionsähnlichen" kirchlichen Projektes. Es wird nachgezeichnet, mit welcher Methodik jeweils gearbeitet wurde, und wie sich aus dieser eine Anbindung an Erinnerungsgemeinschaften und eine spezifische kulturhistorische Relevanz entwickelte.

Das sechste Kapitel widmet sich den unmittelbaren Produkten der Wahrheitsfindung, den Abschlussberichten „Guatemala – nunca más!" (REMHI) und „Die Erinnerung an das Schweigen" (CEH). Beide Berichte wurden unmittelbar nach ihrer Präsentation zu weithin anerkannten normativen Grundlagentexten und somit zu elementaren Bausteinen des kulturellen Gedächtnisses. In den Berichten wurde ein Geschichtsbild entworfen, welches den Bedürfnissen der katholischen Erinnerungsgemeinschaft einerseits und der guatemaltekischen Gesellschaft am Beginn des 21. Jh. andererseits entspricht.

Die Auseinandersetzung mit den Wirkungen der institutionalisierten Wahrheitsfindung findet in zwei Etappen statt. Im Mittelpunkt des siebten Kapitels stehen die Präsentationen der Abschlussberichte von REMHI und CEH, die in den Kontext der allgemeinen und der vergangenheitspolitisch relevanten gesellschaftlichen Entwicklung gestellt werden. Das Kapitel endet mit einer Darstellung der auf die Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" folgenden unmittelbaren Reaktionen.

Das achte Kapitel, welches mit einer gerafften Darstellung wesentlicher Ereignisse in den auf die Übergabe des CEH-Berichtes folgenden Monaten beginnt, ist den Wirkungen beider Bemühungen um eine Aufarbeitung der Vergangenheit gewidmet. Die gesellschaftlichen Folgen der offiziellen Wahrheitskommission werden aus einer zeitlichen Distanz von neun bis 13 Monaten betrachtet. Die Betrachtung der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" richtet sich hingegen auf einen Prozess, der Anfang des Jahres 2000 noch nicht

abgeschlossen war, sondern, im Gegenteil, einen erneuten Aufschwung zu nehmen begann.

Im neunten Kapitel wird auf der Basis der durchgeführten Interviews eine Gesamtbetrachtung der beiden Prozesse vorgenommen, welche die Verzahnung von individueller, kommunikativer und kultureller Erinnerung fokussiert und zudem wesentliche Ziele des vergangenheitspolitischen Instrumentes der Wahrheitskommission einer kritischen Prüfung unterzieht.

Das abschließende zehnte Kapitel fasst die Ergebnisse zusammen und skizziert die aus den Ergebnissen resultierenden Herausforderungen für die künftige forschende und praktische Auseinandersetzung mit dem vergangenheitspolitischen Instrument der Wahrheitskommission.

Es existiert eine Konstante in der guatemaltekischen Geschichte:

> Die Tragödie spielt sich immer auf dem Land ab, und sie ist Ausdruck der Furcht, die die Eliten der Oberschicht, die Mittelschichten und die Ladinos gegenüber dem Schäumen des „Meeres der Indios“ empfinden.[51]

Diese Arbeit ist von der Überzeugung getragen, dass die kommunikative Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zwar kein Garant für die Nicht-Wiederholung vergangener und immer auch gegenwärtiger Gräuel ist, aber dennoch einen wichtigen Beitrag zu leisten vermag.

> Die alte Gesellschaft kann tatsächlich nur dann von der Betrachtung ihres Bildes im Spiegel der Vergangenheit abgebracht werden, wenn in diesem Spiegel selbst neue Bilder erscheinen, vielleicht mit weniger klaren Umrissen und weniger vertraut, die ihr aber weitere Perspektiven eröffnen.[52]

---

[51] Victor Hugo Acuña Ortega; Autoritarismus und Demokratie in Mittelamerika: Die „longue durée“, in: Tangermann, Klaus-Dieter (Hrsg.); Demokratisierung in Mittelamerika. Demokratische Konsolidierung unter Ausschluß der Bevölkerung, Münster 1998, S. 55. (Das Zitat ist auf Mittelamerika bezogen).

[52] Halbwachs; Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, a.a.O., S. 359.

2 Das vergangenheitspolitische Instrument der Wahrheitskommission

Gewiß, wir brauchen Historie, aber wir brauchen sie anders, als sie der verwöhnte Müßiggänger im Garten des Wissens braucht, mag derselbe auch vornehm auf unsere derben und anmutlosen Bedürfnisse und Nöte herabsehen. Das heißt, wir brauchen sie zum Leben und zur Tat. (Friedrich Nietzsche)

2.1 Aufklärung und Strafverfolgung

In der zweiten Hälfte des 20. Jh. stützten viele der lateinamerikanischen Militärdiktaturen ihre gewaltsame Unterdrückungspraxis auf eine neue, als „Verschwindenlassen" bezeichnete Repressionstechnik, die zunehmend das öffentliche Foltern, Ermorden und Massakrieren in ihrer Bedeutung ablöste. Da die Strategen des Terrors erkannt hatten, dass Trauerarbeit – verstanden als psychische Verarbeitung des Verlustes eines Beziehungsobjektes – nur dann einsetzen kann, wenn dessen Tod eindeutig erwiesen ist, wurde mit dem Verschwindenlassen eine Repressionstechnik eingeführt, die vorrangig auf das paralysierte soziale Umfeld des Opfers wirkte.[53]

In ganz Lateinamerika wurden ab den späten 1960er Jahren Zehntausende von Menschen verschleppt; am helllichten Tage oder „bei Nacht und Nebel"[54] aus ihren privaten oder beruflichen Zusammenhängen gerissen. Um die Verschleppungen wuchs eine Mauer des Schweigens: In Krankenhäusern, Gefängnissen und Leichenhallen wurde den fortan suchenden Angehörigen mitgeteilt, es sei nichts über das Schicksal der Verschwundenen bekannt. Während offizielle Stellen vehement die Verantwortung für die Verbrechen leugneten, überprüften die Angehörigen jedes Gerücht über mögliche Aufenthaltsorte der Opfer. Es vergingen Tage, Wochen, Monate und schließlich lange Jahre der Ungewissheit, in denen die Angehörigen in einem unheimlichen Schwebezustand verharrten. Im

---

[53] Während des Vietnam-Krieges hatten die Vereinigten Staaten die neue Technik, die die Schaffung von Märtyrern zu verhindern suchte, systematisch erprobt. Hintergrund war die Erkenntnis, dass nicht „so sehr der Tod von Dorfmitgliedern oder Familienangehörigen [...] die in den Krieg verwickelten Vietnamesen psychisch verwundbar [machte], sondern die Unmöglichkeit, die einem Toten zustehende Trauer- und Abschiedszeremonie vollziehen zu können". Vgl. Horacio Riquelme; Südamerika: Menschenrechte und psychosoziale Gesundheit, in: ders (Hrsg.); Zeitlandschaft im Nebel. Menschenrechte, Staatsterrorismus und psychosoziale Gesundheit in Südamerika, Frankfurt a. M. 1996, S. 39.

[54] Das „Verschwindenlassen" gilt als Erfindung des deutschen Nationalsozialismus, der diese Repressionstechnik gezielt im Kampf gegen die französische Widerstandsbewegung einsetzte, um keine Märtyrer zu schaffen (vgl. Elías Padilla Ballesteros; La memoria y el olvido, Santiago de Chile 1995, S. 34).

Laufe der Zeit wurde es immer unwahrscheinlicher, dass die Verschwundenen lebend wieder auftauchen würden, und dennoch war es psychologisch unmöglich, den Verlust der Angehörigen trauernd zu verarbeiten: Würde der Tod des Verschwundenen angenommen und ein Prozess von Trauer, Tröstung und schließlich Lösung eingeleitet, würden sich die Überlebenden gleichsam des Verrats an dem womöglich noch Lebenden schuldig machen. Dieses unlösbare Dilemma bildete den psychologischen Hintergrund eines langen Kampfes um das „lebendige Wiedererscheinen" der Verschwundenen.

Am 30. April 1977, als sich die ersten Mütter von Verschwundenen trafen, um die Aufklärung über das Schicksal ihrer Angehörigen einzufordern, begann auf der „Plaza de Mayo" von Buenos Aires der lange argentinische Kampf gegen die Folgen des Verschwindenlassens. Mit dem ersten öffentlichen Auftreten der *Madres de Plaza de Mayo*, die sich seitdem wöchentlich mit weißen Kopftüchern und den Bildern ihrer Angehörigen versammelten und zunehmend die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf sich zogen, begann eine Geschichte, die schnell in anderen Ländern Nachahmerinnen fand.

Abb. 1: Demonstration am 25.2.2000 in Guatemala-Stadt
- hauptstädtischer Demonstrationszug -

Photo: A. Oettler.

Der Erfolg der Gruppe stand dabei in engem Zusammenhang mit der seit dem Amtsantritt von Carter gewandelten außenpolitischen Haltung der USA, die zunehmend die Achtung der Menschenrechte auf die Agenda der internationalen Diplomatie setzten. Die ursprünglichste Forderung der *Madres* war die Offenle-

gung dessen, was ihren Angehörigen widerfahren war: „Wir fragen nach nichts anderem als der Wahrheit", lautete die Überschrift der Annonce, mit der die *Madres* erstmals medial in Erscheinung traten.[55] Diese Forderung wurde in den folgenden Jahren durch die nach einer Verurteilung der Schuldigen ergänzt, und die Wahrheit wurde zu einem Bestandteil der Gerechtigkeit. Als das Militär sich schließlich 1983 in die Kasernen zurückzog, versuchte der erste Präsident des neuen demokratischen Zeitalters, Raúl Alfonsín, auf zweierlei Weisen mit der blutigen Hinterlassenschaft seiner Vorgänger umzugehen. In den ersten Tagen nach seinem Amtsantritt dekretierte er erstens die Einsetzung der Nationalen Kommission zum Verschwinden von Personen (*Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas* – CONADEP). Noch im selben Jahr sollte zweitens die Amnestieregelung, mit der das Militär den demokratischen Übergang verbunden hatte, aufgehoben und erste Prozesse gegen Militärangehörige eingeleitet werden.

Die Einsetzung der ersten bedeutenden Wahrheitskommission in Lateinamerika folgte explizit dem bolivianischen Beispiel. Auch in Bolivien verordnete 1982 der erste demokratische Präsident die Einsetzung einer Kommission, die das Schicksal der Verschwundenen aufklären sollte. Als diese Kommission 1984 ihre Arbeit beendete, hatte sie zwar die Fälle von 155 Verschwundenen aufgenommen, jedoch keinen Abschlussbericht erarbeitet.[56] Das erste, jüngst erschienene Kompendium zum vergangenheitspolitischen Instrument der Wahrheitskommission listet insgesamt 21 Wahrheitskommissionen auf, die zwischen 1974 (in Uganda) und 2000 (in Sierra Leone) eingerichtet wurden. Das Mandat der ersten vier Kommissionen in Uganda, Bolivien, Argentinien und Uruguay umfasste ausschließlich die Aufklärung über den Verbleib von Verschwundenen,[57] und somit stand die Entwicklung dieses vergangenheitspolitischen Instruments in engem Zusammenhang mit der Problematik des Verschwindenlassens, der aus dieser Praktik resultierenden psychischen Tragödie und schließlich der daraus abgeleiteten politischen Forderung nach offizieller Aufklärung. Mit der Einsetzung von Wahrheitskommissionen versuchten die neugewählten Präsidenten nicht nur, der diesbezüglichen Forderung seitens der Angehörigenorganisationen zu entsprechen, sondern suchten auch den Willen zur demokratischen Transition

---

[55] Zit. nach Kuno Hauck/Rainer Huhle; 20 Jahre Madres de Plaza de Mayo. Geschichte, Selbstverständnis und aktuelle Arbeit der Madres de Plaza de Mayo in Argentinien, in: Detlef Nolte (Hrsg.); Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika, Frankfurt a. M. 1996, S. 110. Auch die chilenische Organisation der Angehörigen von Verschwundenen forderte z.B. in einem Brief öffentlich die Wahrheit über das Schicksal der Verschleppten ein und fragte nach den konkreten Einzelschicksalen (vgl. „758 Preguntas al Ministro del Interior", in: Análisis, 20.-26.5.1986, Nr. 143, Jg. IX).

[56] Vgl. Priscilla B. Hayner; Unspeakable Truths. Confronting State Terror and Atrocity, London/New York 2001; S. 53 und S. 258 (Fußnote 2, Kapitel 4).

[57] Vgl. ebda., S. 291 (Anhang 1).

in einem internationalen Umfeld unter Beweis zu stellen, welches durch eine stetig anwachsende Bedeutung der Menschenrechtsthematik gekennzeichnet war. Die Aktivität von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), aber auch von internationalen Organisationen, führte in den letzten Jahrzehnten des 20. Jh. zu einem zunehmenden Druck auf repressive Regierungen, die sich allmählich gezwungen sahen, ihre Resistenz gegenüber den vielfältigen Anklagen aufzugeben.[58] Nachdem anfänglich in internationalen Gremien die Praxis der Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich geleugnet wurde, begannen viele Regierungen (z.B. in Argentinien und Guatemala) mit der Menschenrechtsbewegung zu kooperieren und gleichzeitig repressive Praktiken beizubehalten. Erst allmählich und im Zuge der demokratischen Transition waren konkrete Verbesserungen auszumachen. Die Einsetzung einer Wahrheitskommission demonstrierte u.a. die Abgrenzung von den repressiven Praktiken der Vergangenheit und richtete sich als öffentliches Ereignis sowohl an die nationale als auch an die internationale Öffentlichkeit.

In den letzten Jahrzehnten wurde, so Hayner, in 21 Fällen auf diese Weise der Bruch mit der Vergangenheit markiert. Die meisten Wahrheitskommissionen wurden in Afrika eingesetzt (Uganda, Zimbabwe, Tschad, Südafrika, Burundi, Nigeria, Sierra Leone). Drei weitere bearbeiteten die Vergangenheit in Sri Lanka, Nepal und Deutschland.[59] Eine große Bedeutung für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit besaßen Wahrheitskommissionen schließlich in Lateinamerika und der Karibik, wo das neue vergangenheitspolitische Instrument in Bolivien, Argentinien, Uruguay, Chile, El Salvador, Haiti, Ekuador und schließlich in Guatemala eingesetzt wurde.[60] Während das Mandat der ersten Wahrheitskommissionen ausschließlich die Aufklärung über das Schicksal von Verschwundenen umfasste, wurde die Aufgabenstellung seit Mitte der 1980er Jahre ausgeweitet. Zunehmend wurde erstens auch die Dokumentation anderer Menschenrechtsverletzungen, wie Folter und illegale Hinrichtungen, in das Mandat

---

[58] Die Zahl der weltweit mit der Menschenrechtsthematik befassten internationalen NGOs stieg zwischen 1950 und 1999 von 38 auf 275; die Anzahl der nationalen NGOs aus dem Menschenrechtsbereich stieg allein in Lateinamerika in den letzten Jahren von 220 (1981) auf 550 (1990). Auch internationale Organisationen beachteten in immer stärkerem Maße diese Thematik: 1990 hatten 27 internationale Organisationen die Menschenrechte in den Katalog ihrer Arbeitsbereiche aufgenommen (vgl. Kathryn Sikkink; Human Rights, principled issue-networks, and sovereignty in Latin America, in: International Organization Vol. 47, No. 3, Summer 1993, S. 418f.).

[59] Mit der deutschen Wahrheitskommission ist die 1992 vom Bundestag eingesetzte „Enquête-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gemeint. Die Aufnahme dieser Kommission in den Reigen der Wahrheitskommissionen zeigt, dass eine Wahrheitskommission nicht immer von der Bevölkerung auch als solche wahrgenommen wird. Es zeigt sich diesbezüglich auch die mögliche Überlagerung durch andere vergangenheitspolitische Diskussionen.

[60] Weitere Wahrheitskommissionen wurden 2001 in Panama und in Peru eingesetzt.

einbezogen. Zweitens wurden die Kommissionsmitglieder nicht mehr nur mit der Aufklärung konkreter Fälle betraut, sondern damit, die gesamte historische Periode, in der die Menschenrechtsverletzungen verübt worden waren, zu analysieren. Dies zeigte sich bereits mit dem Abschlussbericht der chilenischen Nationalen Kommission für Wahrheit und Versöhnung (*Comisión Nacional para la Verdad y Reconciliación*), der über die Dokumentation der Fälle hinausgeht und eine historische Schilderung der Vorgeschichte und der Entwicklung der Diktatur präsentiert. Die Arbeit und die Wirkungen der Kommissionen waren, wie auch die den Untersuchungen zugrunde liegenden historischen Entwicklungen, von Land zu Land verschieden. Dennoch wiesen alle Kommissionen gemeinsame Charakteristiken auf, die von Hayner zu einer vorläufigen Bestimmung des Begriffs der „Wahrheitskommission" zusammengefasst wurden:

> (1) Wahrheitskommissionen beziehen sich auf die Vergangenheit; (2) sie untersuchen eher die auf einen Zeitraum bezogenen Übergriffe als ein einzelnes Vorkommnis; (3) eine Wahrheitskommission ist eine zeitlich beschränkte Einrichtung, die gewöhnlich für sechs Monate bis zwei Jahre besteht und ihre Arbeit mit der Präsentation eines Berichts abschließt; und (4) diese Kommissionen sind offiziell genehmigt, autorisiert, oder staatlich gefördert (und manchmal, wie im Falle eines Friedensabkommens, auch durch die bewaffnete Opposition).[61]

Wahrheitskommissionen sind das Produkt präsidialer Dekrete, parlamentarischer Entscheidungen oder aber auch Bestandteil von Friedensabkommen. So unterschiedlich wie die Wege ihrer Entstehung, sind auch die Zusammensetzung der Wahrheitskommissionen, die Budgetierung und das ihrer Arbeit zugrunde liegende Mandat. Im Mittelpunkt der Wahrheitsfindung steht, wie bereits betont, die Aufklärung vergangener Menschenrechtsverletzungen. In den mit der Einsetzung dieses vergangenheitspolitischen Instrumentariums verbundenen Debatten sind die Grenzen der aufzuklärenden „Wahrheit" zumeist erbittert umstritten. Besonders diskutiert wird dabei die Frage, ob die Namen der Täter im Abschlussbericht aufgeführt werden dürfen. Der Position des Militärs und seiner Verbündeten, die sich grundsätzlich gegen eine Offenlegung der Täteridentitäten wehren, steht dabei die Ansicht der Opfer gegenüber, dass sich die Aufklärung einer Gewalttat nicht auf die Festlegung institutioneller Verantwortlichkeiten beschränken ließe, sondern das Wissen um die Person des Täters einschließe.

Das Thema der Offenlegung von Täteridentitäten verweist auf einen Grund für die Entstehung und Etablierung des vergangenheitspolitischen Instruments der Wahrheitskommission, welcher neben der oben skizzierten Problematik des Verschwindenlassens von fundamentaler Bedeutung für diesen Weg des gesellschaftlichen Umgangs mit den Gräueln der Vergangenheit ist: die Frage nach dem strafrechtlichen Umgang mit den Tätern. Das Verhältnis zwischen den ver-

[61] Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 14.

gangenheitspolitischen Instrumenten der Wahrheitskommission und der Strafverfolgung zeichnet sich dadurch aus, dass eine enge Verbindung zwischen beiden *wahrgenommen* wird.[62] Besonders in Bezug auf die lateinamerikanischen Transitionsprozesse wird die Einsetzung von Wahrheitskommissionen auf die angesichts der Fragilität des demokratischen Übergangs begrenzten Möglichkeiten zur Strafverfolgung zurückgeführt:

> Als Ausweg aus dem Dilemma zwischen der gesellschaftlichen Forderung nach einer Aufklärung der Verbrechen gegen die Menschenrechte und einer moralischen Verurteilung der Täter auf der einen Seite und den rechtlichen und machtpolitischen Hindernissen, die einer juristischen Aufarbeitung der Vergangenheit in den Weg gelegt wurden, griffen viele lateinamerikanische Regierungen auf das Instrument von „Wahrheitskommissionen" zurück.[63]

Nach einer Periode von mehreren Jahrzehnten, in denen Lateinamerika, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von Militärdiktaturen beherrscht wurde, zeichnete sich seit den frühen 1980er Jahren eine Demokratisierungswelle in Lateinamerika ab, die ihren Ausgang 1979 in Ekuador nahm und ihren Abschluss 1990 in Chile fand.[64] Das allmähliche Verschwinden der Militärregierungen ist grundsätzlich auf einen Legitimationsschwund derselben zurückzuführen. Einerseits hatten die autoritären Militärregierungen es nicht vermocht, die „Entwicklungskrise" der 1970er Jahre zu überwinden. Die z.B. in Chile eingeleitete neoliberale Wirtschaftspolitik hatte in den 1980er Jahren vielmehr eine Verschärfung der sozialen Situation für breite Teile der Bevölkerung hervorgebracht und vor diesem Hintergrund zunehmend an Unterstützung verloren. Andererseits begann sich das ideologische Fundament der Militärdiktaturen, das in der Rettung vor dem „Gespenst des Kommunismus" bestanden hatte, aufzulösen.

Die Weltgeschichte war bereits seit Ende der 1970er Jahre von einer Schwächung der realsozialistischen Staatenwelt geprägt, deren Wirtschaften zu stagnieren begannen. „Nach dem Prager Frühling war deutlich geworden, dass die kommunistischen Satellitensysteme im größten Teil dieser Region [Osteuropa] ihre Legitimität als solche verloren hatten".[65] Mit der Ernennung Michael Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU zeichnete sich 1985 deutlich die Aufweichung der Blockkonfrontation ab. Die (vermeintliche) Gefahr einer

---

[62] Vgl. Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 87.

[63] Detlef Nolte; Wahrheit und Gerechtigkeit oder Vergessen? Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika, in: ders. (Hrsg.); Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika, a.a.O., S. 16.

[64] Nach der Revolution in Nikaragua 1979 hatte der FSLN (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*) versucht, Elemente des politischen Pluralismus mit dem avantgardistischen Anspruch der eigenen Institutionen zu vereinen. Mit der Wahlniederlage reihte sich 1990 auch dieses zentralamerikanische Land in den Reigen der neoliberalen Parteiendemokratien ein.

[65] Hobsbawm; Das Zeitalter der Extreme, a.a.O., S. 588.

kommunistischen Machtübernahme, mit der die Diktatoren Lateinamerikas ihre Herrschaft zu legitimieren gesucht hatten, verflüchtigte sich in dem Maße, wie sich die bestehenden realsozialistischen Staaten zu öffnen begannen. Auch die realen Bemühungen zur kommunistischen Machtübernahme verloren an ideologischer und materieller Unterstützung durch die realsozialistische Staatenwelt. Vor dem doppelten Hintergrund des ökonomischen Versagens, welches sich deutlich in der Schuldenkrise der 1980er Jahre manifestierte, und dem beginnenden Ende des Kalten Krieges zogen sich die lateinamerikanischen Generäle allmählich in ihre Kasernen zurück. Die demokratische Transition fußte folglich nicht auf einem Aufstand der Bevölkerung – wenngleich z.B. in Chile und Argentinien Massendemonstrationen stattgefunden hatten –, sondern auf der Einsicht der Militärs, dass die Zeit ihrer offenen Herrschaftsausübung beendet war. Der Übergang zur Demokratie fand somit unter der Kontrolle des Militärs statt und ließ die politischen Strukturen weitgehend intakt.

Die „autoritär implementierten Demokratien“[66] zeichneten sich durch eine starke Exekutive, ausbleibende Reformen des Justizwesens, der Polizei und des Militärs sowie durch eine Kontinuität der ökonomischen Misere breiter Bevölkerungsteile aus. In Zentralamerika waren die Demokratisierungsprozesse in weit stärkerem Maße als in den südamerikanischen Ländern auf externe Einwirkungen zurückzuführen. Die Übergänge zu formaldemokratischen Regierungsformen, die sich in den 1980er Jahren in Honduras, El Salvador und Guatemala vollzogen haben, waren zu einem wesentlichen Teil das Resultat der US-amerikanischen Einflussnahme. In El Salvador und Guatemala fand die demokratische Transition in einer Situation statt, die durch die Existenz bewaffneter Aufstandsbewegungen und durch die Ausübung staatlichen Terrors gekennzeichnet war. Mit der Unterzeichnung der Friedensverträge 1992 bzw. 1996 begann eine zweite Stufe des Demokratisierungsprozesses, die von der politischen Auseinandersetzung um die Umsetzung der vereinbarten Reformwerke gekennzeichnet war. Auch in den Ländern Zentralamerikas ließ sich feststellen, dass das Militär sich zwar aus der offenen Politikgestaltung zurückgezogen hatte, dennoch aber einen der entscheidenden Machtfaktoren darstellte. Es handelte sich um präsidiale Demokratien im Schatten des Militärs. Bei der Konstruktion der neuen Demokratien wurde insbesondere in Zentralamerika ein politisches Modell wieder aufgegriffen, welches bereits vor der Periode der Militärdiktaturen existiert hatte: das einer Demokratie mit schwacher Gewaltenteilung und einer starken Exekutive.[67] Die Wechsel der Regierungssysteme traten jedoch

---

[66] Klaus-Dieter Tangermann; Mittelamerikas ungefestigte Demokratien, in: ders. (Hrsg.); Demokratisierung in Mittelamerika. Demokratische Konsolidierungen unter Auschluss der Bevölkerung, Münster 1998, S. 17.

[67] 1922 hatte der guatemaltekische Parteipolitiker Dr. Julio Bianchi die Eigenheiten dieses Modells in einem Brief an das US-amerikanische State-Department charakterisiert: „Die Krankheit des Isthmus wurzele“, so Bianchi, „darin, dass den Verfassungen zwar Wert-

vielfach gleichzeitig mit einer anwachsenden sozialen Bewegung auf oder schufen Spielräume für das Entstehen einer solchen. Zunehmend artikulierte sich die Forderung nach einer demokratischen Öffnung, die sich nicht nur auf die regelmäßige Abhaltung von Wahlen beschränken dürfe.

Vor dem Hintergrund des Fortbestandes der institutionellen staatlichen Strukturen und der unangetasteten machtpolitischen Bedeutung des Militärs wurde in vielen Ländern Lateinamerikas das Instrument der Wahrheitskommission gewählt, um die Verbrechen der Vergangenheit aufzuarbeiten. Angesichts der Weigerung militärischer Protagonisten, sich Prozessen zu unterziehen und der strukturellen Mängel des Justizsystems erschien die Wahl des vergangenheitspolitischen Instruments der Wahrheitskommission als Kompromiss, um ein Mindestmaß an Gerechtigkeit walten zu lassen und eine moralische Verurteilung der Täter zu erreichen. Wahrheitskommissionen zielen, so eine weit verbreitete Interpretation, auf eine „Amnestie *ohne* Amnesie".[68] Diese *Wahrnehmung* der Verbindung zwischen Wahrheitskommissionen und Strafprozessen entsprach der vergangenheitspolitischen Haltung der für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen, die der Einsetzung einer Wahrheitskommission zustimmten, jedoch einer Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit deutlich ablehnend gegenüber standen. In diesem Sinne äußerte sich auch 1994 der guatemaltekische Verteidigungsminister Mario Enríquez: „Wir unterstützen eine Wahrheitskommission voll und ganz. Genau wie in Chile: Wahrheit, aber keine Prozesse".[69]

De facto existierte jedoch nie eine alternative Entscheidung zwischen den beiden vergangenheitspolitischen Instrumenten. In der noch jungen Geschichte der Wahrheitskommissionen bestanden vielfältige Beziehungen zwischen der Arbeit dieser Kommissionen und der Einleitung oder Blockierung von Prozessen. Der Vorstellung des guatemaltekischen Verteidigungsministers entsprachen die Entwicklungen in Chile, wo das Militär vor der Machtübergabe eine bis 1999 gültige Amnestie erlassen hatte, und in El Salvador, wo wenige Tage nach der Präsentation des Abschlussberichtes der Wahrheitskommission eine Amnestie für die im Bericht namentlich genannten Täter verabschiedet wurde. In anderen Ländern indes führte die Arbeit einer Wahrheitskommission zur Stärkung strafrechtlicher Verfahren. In Argentinien hatte die Wahrheitskommission CONADEP nicht nur einen Bericht erstellt, sondern unmittelbar nach der Präsentation desselben ihre Akten an die Gerichte weitergeleitet. Es folgte eine rasche

---

schätzung zuteil werde, man sich aber nicht dazu verpflichtet sähe, diese auch zu befolgen. In diesem Teil der Erde sei Regierung gleichbedeutend mit exekutiver Macht und exekutive Macht mit dem Präsidenten der Republik." (Acuña Ortega; Autoritarismus und Demokratie in Mittelamerika, a.a.O., S. 45.)

68 Gary Smith; Ein normatives Niemandsland? Zwischen Gerechtigkeit und Versöhnungspolitik in jungen Demokratien, in: ders./Avishai Margalit; Amnestie oder Die Politik der Erinnerung in der Demokratie, Frankfurt a. M. 1997, S. 14 (Hervorhebung im Original).

69 Zit. nach: Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 86.

Vorbereitung der Prozesse gegen neun ehemalige führende Junta-Mitglieder auf der Grundlage der Unterlagen, die die CONADEP zusammengestellt hatte.

Der Umgang mit den Verantwortlichen vollziehe sich, so einige Menschenrechtsaktivisten, in zwei Etappen; einer „Phase der Wahrheit“ und einer „Phase des Gerichtsverfahrens“.[70] In der Geschichte der Aufarbeitung der lateinamerikanischen Diktaturen der 1960er bis 1980er Jahre scheint sich die Richtigkeit dieser Unterscheidung zu zeigen, da in keinem Land der Kampf gegen die Straflosigkeit mit der Einsetzung einer Wahrheitskommission beendet war. Das oben zitierte Schlagwort des chilenischen Weges der „Wahrheit, aber ohne Prozesse“ entspricht, von einer längerfristigen Perspektive aus betrachtet, nicht der Realität. Neun Jahre nach dem Ende der chilenischen Diktatur und acht Jahre nach der Präsentation des diesbezüglichen Wahrheitsberichtes wurde die Amnestie im Falle von Verschwindenlassen aufgehoben und somit die Möglichkeit einer strafrechtlichen Ahndung eröffnet. Die Alternative zwischen einer Wahrheitskommission und der Einleitung von Strafverfahren ist somit keine endgültige. Zunehmend werden die Ergebnisse der institutionalisierten Wahrheitsfindung zur Untermauerung der Anklagen verwendet und stellen fundiertes Beweismaterial dar.[71] Angesichts dieser neueren Entwicklung, die verdeutlicht, dass die Einsetzung einer Wahrheitskommission de facto nicht mit Amnestie verbunden ist, bleibt mit Spannung zu erwarten, welche grundsätzliche Haltung die für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen in den Ländern einnehmen werden, in denen gegenwärtig über die Einsetzung einer Wahrheitskommission diskutiert wird: Bosnien, Serbien, Indonesien, Osttimor, Peru, Kolumbien, Surinam, Jamaika, Liberia, Mali, Namibia, Malawi, Kenia, Burundi, Philippinen und in Ruanda.[72]

In den vorangegangenen Abschnitten wurden zwei grundsätzliche Motivationen beschrieben, die wesentlich zur Entstehung und Etablierung des vergangenheitspolitischen Instruments der Wahrheitskommissionen beigetragen haben. Die in Lateinamerika weit verbreitete repressive Technik des Verschwindenlassens hatte dazu geführt, dass die Hinterbliebenen die offizielle Aufklärung über das Schicksal der Verschwundenen einzufordern begannen. Dieser Forderung wurde mit der Einrichtung von Wahrheitskommissionen – zumindest teilweise – entsprochen. Der zweiten, von Opferverbänden artikulierten, zentralen Forde-

---

[70] Vgl. Aryeh Neier; What Should be Done about the Guilty?, in: The New York Review of Books, 1.2.1990, S. 34.

[71] Nachdem die guatemaltekische Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú Tum im Dezember 1999 beim Obersten Spanischen Gerichtshof eine Klage gegen führende guatemaltekische Militärangehörige eingereicht hatte, legten im Oktober 2000 Carlos Martín Berístain, ehemaliger Mitarbeiter des REMHI-Projektes, und Alfredo Balsells Tojo, Mitglied der CEH, Zeugenaussagen ab, um die Authentizität des kirchlichen und des offiziellen Wahrheitsberichtes zu bescheinigen.

[72] Zu der Länderliste vgl. Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 257 (Fußnote 26).

rung nach einer Verurteilung der Täter wurde hingegen angesichts der Fragilität vieler der „neuen“ Demokratien nicht unmittelbar nachgegeben. Die Forderung nach einer konsequenten Anwendung des Strafrechtes hätte in vielen Ländern den „Selbstmord“ der gewählten Regierungen und somit eine erneute Machtübernahme durch das Militär bedeutet.[73] Die vom Militär tolerierte Einsetzung einer Wahrheitskommission schien zumindest eine kollektive moralische Verurteilung der Täter zu ermöglichen. Mit den beiden genannten Motivationen verbanden sich umfassendere Ziele der Kommissionstätigkeit, die im Laufe der noch jungen Geschichte der Wahrheitskommissionen zunehmend an Bedeutung gewannen.

2.2 Heilung und Versöhnung

> *Nach welchem Kriterium soll der „Erfolg“ bemessen werden? Wahrheit? Gerechtigkeit? Versöhnung? Bewältigung* (closure)*? Heilung? Nationale Einheit? Vorbeugung gegen künftige Taten? Und natürlich werden wir nie erfahren, was ohne eine Wahrheitskommission geschehen wäre.*[74]

Nicht nur in der wissenschaftlichen und feuilletonistischen Diskussion um die Wahrheitskommissionen, sondern auch in den der Kommissionstätigkeit zugrunde liegenden Gesetzen und Verträgen sowie in den Abschlussberichten und öffentlichen Äußerungen der Kommissionsmitglieder kursieren die Begriffe von „Wahrheit“, „Gerechtigkeit“, „Versöhnung“, „Heilung“, „Prävention“ und „nationaler Einheit“.[75] Das genannte Vokabular wird weltweit von militärischen Protagonisten, Feuilletonisten, Wissenschaftlern, Staatspräsidenten, Kirchenoberhäuptern und Vertretern von Opferverbänden verwendet. Handelt es sich dabei um ausgereifte Konzepte oder um einen „Bausatz von semantischen Mollusken“[76], der herangezogen wird, um eine spezifische Form der Aufarbeitung von Vergangenheit zu beschreiben, deren Wirkungen sich erst langfristig fest-

---

[73] Vgl. Neier; What Should be Done about the Guilty?, a.a.O., S. 34.

[74] Ash; True Confessions, a.a.O., S. 36.

[75] So z.B. Luis Pérez Aguirre, der im Zusammenhang mit der uruguayischen Diskussion auf offene Wunden verwies, „und die einzige Möglichkeit, sie zu schließen, wäre eine echte nationale Aussöhnung, die auf der Wahrheit und der Gerechtigkeit hinsichtlich dessen aufbaut, was sich ereignet hat“ (zit. nach Esteban Cuya; Wahrheitskommissionen in Lateinamerika, in: Detlef Nolte (Hrsg.); Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika, a.a.O., S. 35). Cuya selbst verweist darauf, dass durch Wahrheitskommissionen „tiefsitzende, von der Gewalt erzeugte Traumata überwunden werden [sollen,] und so verhindert werden, dass sich derartige Ereignisse in naher Zukunft wiederholen.“ (ebda., S. 36).

[76] Lutz Niethammer; Kollektive Identität; Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek 2000, S. 33. Niethammer bezieht sich auf eine Liste „konnotativer Stereotype“, die Uwe Pörksen 1988 aufgestellt hatte, um das Vorhandensein und den Gebrauch einer Reihe von inhaltsleeren „Plastikworten“ zu dokumentieren.

stellen lassen? Die Idee, die Arbeit einer Wahrheitskommission trage zur „Heilung“ bei, stützt sich auf die Vorstellung, das Sprechen über traumatische Erlebnisse sei die erste Stufe ihrer Überwindung: Durch den Prozess der institutionalisierten Wahrheitsfindung werde den Opfern die Möglichkeit gegeben, über das ihnen Widerfahrene in einem Umfeld zu sprechen, welches die Wahrhaftigkeit des Bezeugten nicht abstreitet. Zudem werde der Wahrheitsgehalt dessen, was jahrelang bestritten wurde, durch den Bericht und prominente Stellungnahmen offiziell bestätigt.

Den Zeugenaussagen, die vor den Mitarbeitern einer Wahrheitskommission, oder, wie im Fall der südafrikanischen Wahrheitskommission, in öffentlichen Hearings abgelegt werden, liegen traumatische Erlebnisse wie Folter, Vergewaltigung, Massaker, Verschwindenlassen, Hinrichtungen und Exil zugrunde. Diese Praktiken aus dem Arsenal des Terrors bedeuten für die Opfer Diskontinuität, Bruch und die Unmöglichkeit, das Unfassbare mitzuteilen. Löwenthal beschrieb die „Transformation eines Menschen vom Individuum, dessen Wesen Kontinuierlichkeit von Erfahrungen und Erinnerungen bedeutet, zum bloßen Bündel fragmentierter Reaktionen“[77] neben dem Zusammenbruch der Persönlichkeit und der Reduktion des Menschen zu einem „potenziellen Kadaver“ als Grundzüge des Terrors. Damit ist bereits der Begriff der „Extremtraumatisierung“ umrissen, der aus der Verbindung des von Bruno Bettelheim angesichts seiner Erfahrungen in deutschen Konzentrationslagern eingeführten Begriffes der „Extremsituation“ mit dem Freudschen Traumabegriff entstand.[78] Bei der als Extremtraumatisierung beschriebenen Gewalterfahrung handelt es sich um einen

> Zusammenbruch der Struktur des Selbst auf allen wichtigen Ebenen (*referential planes*), der aus dem Zusammentreffen einer katastrophischen Bedrohung mit einer chaotischen Reaktion resultiert. Dies hat [...] eine Erfahrung des Autonomieverlustes zur Folge.[79]

Diese Erfahrung ist keine kohärente Erfahrung, sondern eine Anhäufung zusammenhangsloser Fragmente, die immer wieder in die Gegenwart einbrechen und somit den biographischen Fluss des Lebens zerstören. Es handelt sich ferner um eine Erfahrung, die nicht oder kaum nur mitteilbar ist und in einem gesellschaftlichen Umfeld, das die Existenz des Terrors abzustreiten sucht, Teil einer unheimlichen und gefährlichen Welt wird.[80] Angesichts der mit der extremtrau-

---

[77] Leo Löwenthal; Individuum und Terror, in: Dan Diner (Hrsg.); Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988, S. 17.

[78] Vgl. Bruno Bettelheim; Individuelles und Massenverhalten in Extremsituationen, in: ders.; Erziehung zum Überleben. Zur Psychologie der Extremsituation, Stuttgart 1980, S. 58.

[79] Benyakar/Kutz, zit. nach David Becker; Ohne Haß keine Versöhnung. Das Trauma der Verfolgten, Freiburg 1992, S. 137.

[80] In den Arbeiten der mit dem chilenischen *Instituto Latinoamericano de Salud Mental y Derechos Humanos* verbundenen Therapeuten (u.a. Elizabeth Lira, Eugenia Weinstein und

matischen Situation verbundenen existentiellen Zerstörungen und Bedrohungen scheint zunächst zweifelhaft, ob eine Zeugenaussage der „Heilung“ zu dienen vermag. „Wahrheitskommissionen [...] bieten keine Langzeittherapie, sie bieten Überlebenden eine einmalige Gelegenheit, ihre Geschichte zu erzählen, i.d.R. einem Fremden, den sie vermutlich nie wieder sehen werden“.[81] Es wäre vermessen, so auch Hayner, diese einmalige Gelegenheit mit vollendeter „Heilung“ gleichzusetzen; sie kann nur einen ersten Schritt auf einem langen Weg darstellen. Durch die Tätigkeit einer Wahrheitskommission wird ein öffentlicher Raum geschaffen, in dem Terroropfer (und auch Täter) nicht nur gefahrlos über das ihnen Widerfahrene sprechen können, sondern in dem ihrem Leid zudem Anerkennung zuteil wird. Nach Jahrzehnten der Isolation wird die offizielle Verleugnungspraxis durchbrochen und anerkannt, dass das, was geschah, *wirklich* geschah.

> Für die Etablierung der Realität und Wahrheit des Traumas, das vorher selbst von den Beteiligten nicht zu assimilieren und unfassbar war, ist die Zeugenaussage sehr wichtig, weil sie das Ereignis, wenn auch verspätet, zu einer Erfahrung macht, die als reales, persönliches historisches Geschehen stattgefunden hat und mitgeteilt werden kann.[82]

Mit der Zeugenaussage ist somit die Möglichkeit einer doppelten Integration verbunden: eine Integration der traumatischen Erfahrung in die eigene Lebensgeschichte und eine Integration des Opfers in den gesellschaftlichen Zusammenhang, in welchem die Existenz des Terrors zuvor verleugnet wurde. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die beschriebene Wirkungsweise keine generell zu beobachtende ist. Die Therapeuten des chilenischen *Instituto Latinoamericano de Salud Mental y Derechos Humanos* hatten ihre Patienten gebeten, ihre Erfahrungen niederzuschreiben oder auf Tonband zu sprechen und dabei entdeckt, dass das so abgelegte Zeugnis dazu beitrug, die traumatische Erfahrung in das eigene Leben zu integrieren. Zugleich zeigte sich, dass es sich beim Erzählen des Erlittenen nicht um einen einfachen Vorgang handelte.

> Während sich die Aufmerksamkeit zunächst auf das Ergebnis konzentrierte, wurde nach und nach immer deutlicher, dass der Prozess, in dem das *testimonio* [Zeugenaussage, Zeugnis] entstand, sehr viel entscheidender war: der therapeutische Dialog, das Ge-

---

David Becker) wird ausführlich der lange therapeutische Prozess geschildert, in dem allmählich erst das Schweigen gebrochen wird. Das Äußern ist somit zwar möglich, bedarf aber eines langen Prozesses. Ebenso werden in diesen Arbeiten die vielfältigen psychopathologischen Symptome und Abwehrmechanismen beschrieben, die aus den Gewalterfahrungen folgen und sich auf das familiäre und soziale Umfeld des Opfers erstrecken.

[81] Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 135.

[82] Dori Laub/Stevan M. Weine; Die Suche nach der historischen Wahrheit: Psychotherapeutische Arbeit mit bosnischen Flüchtlingen, in: Psyche 12/1994, S. 1118.

spräch über die Zweifel, die Widersprüche, die partielle Integration von privater und öffentlicher Geschichte und die zunehmende Entprivatisierung des erlittenen Leides.[83]

Viele Opfer von Gewalttaten beschreiben ein Gefühl der Erleichterung, welches sie verspürten, nachdem sie ihre Zeugenaussage abgegeben hatten. Dieses anfängliche Gefühl kann sich erhalten, verstärken, oder aber sich in Enttäuschung verwandeln. Das Entstehen eines Gefühls der Erleichterung ist zunächst durch das *Setting* und die Atmosphäre bestimmt, in der sich die Zeugenaussage vollzieht: Zu den wichtigsten Faktoren zählt diesbezüglich die Haltung des Interviewers, die eine technische oder eine einfühlende sein kann. Im weiteren Verlauf ist die emotionale Haltung des Opfers vom gesellschaftlichen Kontext beeinflusst, in dem sich der Prozess der Wahrheitsfindung vollzieht, vom weiteren Verlauf der Kommissionstätigkeit sowie von den offiziellen Reaktionen auf die Präsentation der im Abschlussbericht niedergelegten Ergebnisse. Der Schritt, die eigenen Schrecken öffentlich vorzutragen und somit die eigenen Abwehrmechanismen zu durchbrechen, ist für die Opfer unaussprechlicher Gewalttaten außerordentlich schwer. Mit dem Entschluss, öffentlich über das Erlebte zu sprechen, verbindet sich unausweichlich die Hoffnung darauf, dass auf das Projekt der Wahrheitsfindung *etwas* folge.[84] Dabei kann es sich um die Hoffnung auf Denkmäler, Entschädigungszahlungen, Bestrafung der Täter oder aber auch darum handeln, dass die für die Gräueltaten Verantwortlichen öffentlich ihre Schuld eingestehen und um Verzeihung bitten. Letzteres stellt den Abschluss eines mit der Zeugenaussage eingeleiteten Prozesses zur öffentlichen Anerkennung und Bestätigung des Geschehenen dar.

In Chile verhalf die offizielle Reaktion auf die Arbeit der Wahrheitskommission dazu, das Gefühl der Erleichterung aufrechtzuerhalten. Am 4. März 1991 wandte sich der Staatspräsident Patricio Aylwin in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung und stellte nicht nur die Ergebnisse des Abschlussberichtes vor, sondern erkannte die darin dokumentierten Taten und historischen Entwicklungen als wahr:

Der Bericht [...] deckt die Wahrheit auf. [...] Damit will ich nicht sagen, dass es sich um eine „offizielle“ Wahrheit handelt. Der Staat hat nicht das Recht, eine Wahrheit „aufzuzwingen“. Aber ich bin von ihr überzeugt, und rufe alle meine Landsleute dazu auf, sie anzunehmen und in Zukunft danach zu handeln.[85]

---

[83] Becker; Ohne Haß keine Versöhnung, a.a.O., S. 237.

[84] Vgl. Margaret Popkin/Naomi Roht-Arriaza; Truth as Justice: Investigatory Commissions in Latin America, in: Kritz, Neil J. (Hrsg.); Transitional Justice, a.a.O., Bd. I, S. 276.

[85] Rede des chilenischen Staatspräsidenten Patricio Aylwin an die Nation vom 4. März 1991 anlässlich der Bekanntgabe des von der Kommission „Wahrheit und Versöhnung“ erstellten Untersuchungsberichts, in: Nolte (Hrsg.); Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika, a.a.O., S. 133.

Auf der Grundlage der Akzeptanz des im Abschlussbericht Dokumentierten bat er „als Vertreter der gesamten Nation“ die Angehörigen um Verzeihung und kündigte politische Konsequenzen u.a. in Bezug auf monetäre Wiedergutmachungsleistungen und den juristischen Umgang mit der Problematik des Verschwindenlassens an. Mit der Haltung des chilenischen Präsidenten wurde somit der Hoffnung vieler Opfer entsprochen, die Wahrheit über das ihnen Zugefügte würde endlich anerkannt und in Projekte zur Verbesserung ihrer Lebenssituation eingesetzt.[86] In vielen anderen Fällen jedoch weigerte sich die „Vertretung des Volkes“, die moralische Verantwortung für die – den Opfern immer noch gegenwärtigen – Schrecken der Vergangenheit zu übernehmen (El Salvador, Uruguay, Guatemala). Ebenso selten war die Umsetzung der Empfehlungen, die die Wahrheitskommissionen zur Prävention einer Wiederholung des Schreckens formuliert hatten und die zumeist auf die Reformierung von Justizwesen und Polizei, auf eine institutionalisierte Stärkung der Menschenrechte und auf verschiedene Maßnahmen zur „Wiedergutmachung“ zielten. Im Zuge ausbleibender Reformen und/oder öffentlicher Schuldeingeständnisse kann sich das Gefühl der Erleichterung, das sich mit der Abgabe der Zeugenaussage eingestellt hatte, leicht in ihr Gegenteil, in grenzenlose Enttäuschung, verkehren.[87]

In den Ländern, in denen Wahrheitskommissionen eingesetzt wurden, wirkte nicht nur der Terror traumatisierend auf die Menschen. Dieser trat vielmehr gepaart mit der ökonomischen und sozialen Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten auf. Die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte ist in großen Teilen der Welt nicht nur eine Geschichte von physischer Gewalt und blutigem Terror, sondern zugleich eine viel ältere Geschichte ökonomischer Unsicherheiten und eines täglichen Überlebenskampfes. Mit der politischen Repression dramatisierte sich die Geschichte der Ungleichheit. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich „Psychopathologien des Politischen, des institutionalisierten Horrors“, die zusammen mit der „Psychopathologie des Elends“[88] auftraten. Ein „Heilungsprozess“, der zu einer Überwindung der Traumata beitrüge, müsste folglich auf der Bearbeitung von zweierlei „Pathologien“ beruhen und an Lebensgeschichten ansetzen, die nicht nur von der politischen Repression, sondern ebenso von der ökonomischen Aussichtslosigkeit geprägt sind. Die „Heilung“

---

[86] Dabei handelte es sich jedoch um keine stabile Tendenz. Kurz nach der Präsentation des Abschlussberichtes erschütterte eine Terrorwelle das Land und ließ die Diskussion um die Vergangenheit, die nach der Fernsehansprache eingesetzt hatte, wieder versiegen (vgl. Juana Kovalskys/Elizabeth Lira; Trauma Social y Reparación, in: Elizabeth Lira (Hrsg.); Reparación, Derechos Humanos y Salud Mental, Santiago de Chile 1996, S. 35f.).

[87] Vgl. dazu auch Medico International (Hrsg.); Der Preis der Versöhnung. Südafrikas Auseinandersetzung mit der Wahrheitskommission (Medico-Report 21), 1998. Darin wird darauf verwiesen, dass ausbleibende Verbesserungen der Lebenssituation bei vielen südafrikanischen Opfern eine „Re-Traumatisierung“ bewirkt hätten.

[88] Vgl. Becker; Ohne Haß keine Versöhnung, a.a.O.

des terrorisierten Individuums ist mit der „Heilung“ des gesellschaftlichen Kontextes und damit sowohl mit demokratischen Reformen als auch mit der Verbesserung der Lebenssituation verbunden.

Die Einsetzung einer Wahrheitskommission führt, so lässt sich zusammenfassend konstatieren, nicht automatisch zu einem „Heilungsprozess“ oder der Überwindung von Traumata. Die offizielle Anerkennung des bezeugten Leides kann lediglich ein erster Schritt eines komplexen Heilungsprozesses sein. Der Begriff der „Heilung“ wird im Diskurs über das vergangenheitspolitische Instrument der Wahrheitskommission jedoch nicht ausschließlich verwendet, um die Wirkung der institutionalisierten Wahrheitsfindung auf verletzte Individuen anzuzeigen: Im *politischen* Diskurs wird die Arbeit von Wahrheitskommissionen zudem auf die Möglichkeit der Heilung ganzer Gesellschaften bezogen. So leitete z.B. der chilenische Präsident Patricio Aylwin die bereits erwähnte Fernsehansprache mit Worten ein, die die Metaphorik von „Verwundung“ und „Heilung“ enthalten:

> Als ich mein Regierungsamt übernahm, sprach ich davon, dass diese offene Wunde in der Seele unseres Volkes [die der Menschenrechtsverletzungen] nur dann vernarben wird, wenn es uns gelingt, uns auf der Grundlage von Wahrheit und Gerechtigkeit wieder zu versöhnen. In dieser Absicht wurde die nationale Kommission „Wahrheit und Versöhnung“ geschaffen.[89]

Die „Heilung“ der gesellschaftlichen Wunden wurde bereits in drei Fällen in den Namen der Wahrheitskommission aufgenommen, die in Chile, Südafrika und Sierra Leone „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ hießen. Der quasireligiöse Begriff der „Versöhnung“ kann, wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird, als Synonym für die „Heilung“ gesamter Gesellschaften gelten.[90] „Die Vorstellung, die Vergangenheit mittels einer nationalen Wahrheitskommission aufzuarbeiten, schreibt einer Nation eine kollektive Identität zu und nimmt an, dass Nationen eine Psyche besitzen, die wie Individuen Traumata erleben“.[91] Diese Grundannahme wurde in der Auseinandersetzung um die Wirksamkeit von Wahrheitskommissionen bereits verschiedentlich problematisiert, indem die

---

[89] Rede des chilenischen Präsidenten P. Aylwin vom 4.3.1991, a.a.O., S. 128. So äußerte sich auch Desmond Tutu am 16. Dezember 1995, als er sagte, die südafrikanische Wahrheitskommission sei mit dem Ziel geschaffen worden, „Teil des Heilungsprozesses unserer Nation, unseres Volkes, von uns allen“ zu sein (zit. nach Brandon Hamber/Richard Wilson; Symbolic Closure through Memory, Reparation and Revenge in Post-Conflict Societies, Centre for the Study of Violence and Reconciliation, Paper presented at the Traumatic Stress in South Africa Conference, Johannesburg 27.-29.1.1999).

[90] Vgl Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 133f. Zu den religiösen Dimensionen des Versöhnungskonzeptes vgl. ausführlich Kapitel 9.

[91] Hamber/Wilson; Symbolic Closure through Memory, Reparation and Revenge in Post-Conflict Societies, a.a.O.

Setzung einer kollektiven nationalen Identität und somit die Verwundung *einer* Nation bezweifelt wurde.

> Es ist schon problematisch genug, einen Einzelnen mit *einer* Identität auszustatten: unser Innenleben gleicht mehr einem Schlachtfeld, auf dem ein unsicherer Waffenstillstand herrscht; die Identität einer Nation spaltet sich zusätzlich noch in regionale und ethnische Zugehörigkeit, Klasse und Bildung.[92]

Das Vorhandensein eines nationalen Zugehörigkeitsgefühls, welches sich bis zu nationalistischen Weltanschauungen zu steigern vermag, und somit die Existenz einer nationalen *imagined community* sollen nicht bestritten werden. Im Zusammenhang mit der Problematik der Aufarbeitung von Vergangenheit ist jedoch auf die Existenz anderer Bezugsrahmen der Zugehörigkeit und der kollektiven Identität zu verweisen, die oftmals in der Lebenswelt der Menschen einen größeren Stellenwert besitzen als der nationale. In konzentrischen Kreisen ordnen sich um das erlebende und sich identifizierende Subjekt Erlebnis- und Erinnerungsgemeinschaften wie Familie, Schule, Freundeskreis, berufliches Umfeld, Dorf, Region und Generation – die Nation bildet einen der äußersten Kreise. Die durch die „aufzuarbeitenden" Verbrechen verursachten Verwundungen manifestieren sich entsprechend in der Zerrissenheit von Individuen, Familien, Freundeskreisen, Dörfern etc. Die „Verwundung" der Nation indes ist eine Metapher, die ihre diskursive Verwendung in einem Umfeld findet, welches durch die konzentrische Umlagerung der Subjekte durch reale Zerrissenheiten charakterisiert ist.

Die Idee der „Versöhnung" einer, mit einem verwundeten Körper gleichgesetzten Nation fußt somit auf einer Psychologisierung von „Nation", die Gefahr läuft, individuelle und soziale Bedürfnisse dem politischen Streben nach nationaler Einheit und Versöhnung unterzuordnen.[93] Der Begriff der Versöhnung, oftmals in unmittelbarer Verbindung mit der Metaphorik der Verwundung eines Ganzen verwandt, ist somit von der Idee der „Heilung" abzulösen. „Die Stärke einer Wahrheitskommission liegt darin", so Hayner, „der Versöhnung auf einer nationalen und politischen Ebene näher zu kommen".[94] Im alltagssprachlichen Gebrauch bezeichnet „Versöhnung" eine Umgangsform zwischen zwei Menschen, die sich gestritten haben und nun wieder aufeinander zugehen, über den Streit sprechen und sich auf der Basis eines Schuldeingeständnisses die Hände reichen, d.h. die durch den Streit verursachte Disharmonie in die Vergangenheit verweisen. Elemente der Versöhnung sind Kommunikation, Schuldein-

---

[92] Michael Ignatieff; Die Zivilisierung des Krieges. Ethnische Konflikte, Menschenrechte, Medien, Hamburg 2000, S. 211.

[93] Vgl. Hamber/Wilson; Symbolic Closure through Memory, Reparation and Revenge in Post-Conflict Societies, a.a.O.

[94] Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 135.

geständnis und Verzeihen. Bei der Übertragung dieses Konzeptes auf eine nationale und politische Ebene ist zunächst die Frage aufzuwerfen, welche Kollektive in den Prozess der Versöhnung einbezogen werden. Da die Auswüchse des Terrors Gegenstand der Untersuchungen durch eine Wahrheitskommission sind, ist anzunehmen, dass sich Versöhnung im kommunikativen Austausch zwischen „den Opfern“ und „den Tätern“ vollziehe. Das so unterstellte Kollektiv „der Opfer“ tritt im Versöhnungsprozess selbst nicht als Verzeihendes in Erscheinung, sondern lediglich als eines, welches seine Geschichte niederlegt und eventuell Forderungen an die künftige Politikgestaltung formuliert. Die Vergebung durch das Kollektiv der Opfer offenbart sich lediglich im Verzicht auf Rache.

Das unterstellte Kollektiv „der Täter“ ist dasjenige, welches im Prozess der öffentlich vollzogenen Versöhnung kommunikativ in Erscheinung tritt. So bat etwa der chilenische Präsident Aylwin „als Vertreter der gesamten Nation“ und in „aller Namen“ die Opfer um Verzeihung und vollzog einen symbolischen Akt, der die Grundbedingung für den politischen Prozess der Versöhnung ist. Dennoch bleibt zu bemerken, dass das Kollektiv „der Täter“ selbst aus einer Vielzahl von „Sub-Kollektiven“ zusammengesetzt ist. Das im engsten Sinne für die Gräueltaten verantwortliche Kollektiv ist das Militär, welches in der Geschichte der Wahrheitskommissionen nur selten seine Schuld eingestand. Nachdem der chilenische Präsident im Namen aller um Verzeihung gebeten hatte, wurde in den militärischen Hauptquartieren an „Antworten“ auf die Wahrheitsfindung gearbeitet, die am 28. März 1991 veröffentlicht wurden und den Versuch enthielten, die brutale Gewaltanwendung zu legitimieren.[95]

In die Ausübung des Terrors sind immer, aktiv oder unterlassend, weitere „Sub-Kollektive“ verstrickt. Ein ernstgemeinter nationaler politischer Versöhnungsprozess umschlösse auch öffentliche, schuldeingestehende Statements der „Sub-Kollektive“ Legislative, Judikative und der Profiteure des Terrors.[96] Der Prozess einer nationalen und politischen Versöhnung schafft schließlich die Möglichkeit, auch die gesellschaftlichen Sektoren in den Prozess der Aufarbeitung des gegenwärtigen Vergangenen einzubeziehen, die sich als außenstehend wähnten: die Bevölkerungsmehrheit, die sich mit Diktatur und Terror immer zu arrangieren wusste. Durch die Tätigkeit einer Wahrheitskommission kann, in den Worten von Karl Jaspers, ein moralisches Schuldbewusstsein aufgrund der Unterlassungen und stillschweigenden Anpassung erwachsen, deren Instanz das je eigene Gewissen ist:

---

[95] Vgl. Respuestas de las Fuerzas Armadas y de Orden al Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación, in: Estudios Públicos, Nr. 41, Sommer 1991, S. 449-504.

[96] Der guatemaltekische Jurist und Menschenrechtsaktivist Frank La Rue wies wenige Wochen nach der Präsentation des guatemaltekischen Wahrheitsberichtes darauf hin, dass auch der Kongress und der Oberste Gerichtshof zu den Ergebnissen der Untersuchung Stellung beziehen sollten (vgl. La Hora, 19.3.1999).

> Im Sichfügen der Ohmacht blieb immer ein Spielraum zwar nicht gefahrloser, aber mit Vorsicht doch wirksamer Aktivität. Ihn ängstlich versäumt zu haben, wird [oder besser: kann] der einzelne als seine moralische Schuld anerkennen: die Blindheit für das Unheil der anderen, diese Phantasielosigkeit des Herzens, und die innere Unbetroffenheit von dem gesehenen Unheil.[97]

Die Arbeit einer Wahrheitskommission *kann* dazu führen, dass das Unheil der anderen nachträglich gesehen und die Stimmen der Opfer von zuvor verschlossenen Ohren vernommen werden. Dies kann etwa dann geschehen, wenn öffentliche Anhörungen, wie im Fall der südafrikanischen Kommission, von Fernsehen und Radio übertragen werden, oder wenn die Berichte jahrelang, wie in Argentinien, zu nationalen Bestsellern werden. Der Prozess der nationalen politischen Versöhnung ist in diesem Falle eine Möglichkeit für die private Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Vergangenheit, die sonst Gefahr liefen, vom Tabu überlagert zu werden.

Oftmals stimmt die Definition von „Versöhnung" als ein Prozess, der die drei Elemente Kommunikation, Schuldeingeständnis und Verzeihen umfasst, nicht mit den Vorstellungen der in den Versöhnungsprozess eingebundenen Protagonisten überein. „Versöhnung" wird nicht auf den kommunikativen Austausch zwischen zwei Streitenden bezogen, sondern einzig auf ihr realpolitisches Produkt: „Versöhnung" ist der gelungene Eintritt in das demokratische Zeitalter. So definierte z.B. Alejandro Gonzalez, der Direktor der chilenischen *Follow-Up*-Institution, „Versöhnung" als „Respektierung der demokratischen Spielregeln. Es besteht ein zivilisierter Dialog zwischen Regierung und Opposition und kein Sektor intendiert eine undemokratische Machtübernahme".[98] Die zunächst erstaunlich anmutende Gleichsetzung von „Versöhnung" und „Demokratie" abstrahiert, wie bemerkt, vom Versöhnungs-*Prozess* und rückt das Ergebnis in den Vordergrund der Betrachtung.

Wahrheitskommissionen wurden in den 1980er und 1990er Jahren eingerichtet, um die Geschichte von Gräueltaten zu bearbeiten, die vor dem Hintergrund des zentralen weltgeschichtlichen Konflikts des „kurzen 20. Jh." begangen wurden. Auf der Folie der Zweiteilung der Welt in „realsozialistische" und „realdemokratische" Staaten entstanden im Laufe des 20. Jh. weltweit nationale revolutionäre Bewegungen, Guerillaverbände oder Versuche eines „Dritten Weges". Die folgende Repression – abgeleitet aus dem lateinischen „repressio" (das Zurückdrängen) – steigerte sich zur flächendeckenden Anwendung unvorstellbarer Praktiken des Terrors. Nach dem Ende des Kalten Krieges war die Doktrin der Nationalen Sicherheit, mit der die lateinamerikanischen Armeen ihre antikommunistischen Terrorstrategien legitimierten, nur noch bedingt einsetzbar. Die revolutionären Bewegungen erlahmten, und in manchen Ländern wurde nicht

---

[97] Jaspers; Die Schuldfrage (1946), a.a.O., S. 74.

[98] Zit. nach Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 159.

nur Frieden geschlossen, sondern die ehemals Aufständischen in das politische, demokratische Spiel integriert. In der Welt des ausgehenden 20. Jh. flammten in vielen Ländern sogenannte ethnische Konflikte auf und es zeigten sich immer deutlicher die Folgen von Globalisierung und ungezügelter ökonomischer Liberalisierung. Dem Aufweichen der Blockkonfrontation auf der (welt-) politischen Ebene entsprach eine Verflüchtigung der ideologischen Konfrontation des 20. Jh. Die westliche Welt der politischen Ideen war nunmehr vom Begriff der „Demokratie" ausgefüllt. Es wurde das „Ende der Geschichte" ausgerufen und sogleich bestritten, und dennoch schoben sich Kategorien gesellschaftlicher Diagnose in den Vordergrund des öffentlichen Diskurses, die aus der liberalen politischen Tradition entsprangen. Vor diesem Hintergrund, so drei südafrikanische Autoren, bedeute Versöhnung, „unwillkommenen Wahrheiten ins Angesicht zu blicken, um unvergleichbare Weltsichten zu harmonisieren, so dass unvermeidliche und fortdauernde Konflikte und Differenzen zumindest in einem einzigen Universum von Verständlichkeit stehen".[99]

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Staatenwelt implizierte die Möglichkeit einer einvernehmlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. „Die Ereignisse von 1989 entfernten diese Ursache, Illusion und oder diesen Vorwand"[100], die der Kalte Krieg für die Anwendung terroristischer Praktiken geliefert hatte. Sowohl in Osteuropa als auch in Afrika und Lateinamerika bildete der welthistorische Umschwung, der 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer einen vorläufigen Höhepunkt erfuhr, die Bedingung der Möglichkeit einer öffentlichen Auseinandersetzung mit den Gräueln der Vergangenheit. In einem diskursiven Umfeld, in dem die „großen Erzählungen" unbedeutend geworden waren, schrieben vielerorts Wahrheitskommissionen die ersten Kapitel einer gemeinsamen Geschichte, die zur Fundierung der neuen Nationen dienten.

2.3 Historische „Wahrheit" und Erinnerung

Als bedeutendes Ziel von Wahrheitskommissionen wurde in der Diskussion der vergangenen Jahre offiziell sanktioniertes *fact finding* bestimmt, welches weniger die Suche nach verborgenen Taten, sondern vielmehr die offizielle Anerkennung zuvor verleugneter und bestrittener Geschehnisse sei.[101] Wie bereits bemerkt, hat sich in den vergangenen Jahren ein Wandel der Aufgabenstellung, mit der die Wahrheitskommissionen betraut wurden, vollzogen. Hatte es sich im

---

[99] Kader Asmal/Louise Asmal/Ronald Suresh Roberts, zit. nach Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 162.

[100] Ash; True Confessions, a.a.O., S. 33.

[101] Vgl. Priscilla B. Hayner; Fifteen Truth Commissions – 1974 to 1994: A Comparative Study, in: Kritz (Hrsg.); Transitional Justice, a.a.O., S. 227f.; Ash; True Confessions, a.a.O., S. 38; Neier; What Should be Done about the Guilty?, a.a.O., S. 34.

Falle der ersten vier Wahrheitskommissionen noch ausschließlich darum gehandelt, das Schicksal von Verschwundenen aufzuklären und somit tatsächlich *fact finding* zu betreiben, wurden in den nachfolgenden Bemühungen um eine institutionalisierte Wahrheitsfindung weitere Terrorpraktiken zum Gegenstand der historischen Aufklärung. Schließlich sollte das Mandat der Wahrheitskommissionen zunehmend die historische Interpretation einer geschichtlichen Periode umfassen. Die Abschlussberichte der Wahrheitskommissionen besaßen zunehmend die Form von Geschichtsbüchern, die in einem ersten Teil die Landesgeschichte referierten und sich erst in einem zweiten Teil den konkreten Verbrechen zuwandten. In diesen Texten spiegelte sich die diskursive Aufhebung der vormaligen ideologischen Zerrissenheit: Dargestellt wurden die Leidensgeschichten gespaltener Länder, welche sich nun auf der Basis der Wahrheit zu versöhnen beabsichtigten. Mit der Tätigkeit von Wahrheitskommissionen ist in einem ersten Schritt die Suche nach Informationen in Gestalt mündlicher Zeugnisse und schriftlicher Dokumente verbunden. Im Zuge dieser Beweisaufnahme werden Archive angelegt und somit „Schatzkammern des nationalen Gedächtnisses“[102] geschaffen. Dabei besteht grundsätzlich die Herausforderung, die Erinnerung von traumatisierten Individuen (Opfern und Tätern) zu dokumentieren. Bei der Erinnerung an traumatische Ereignisse wirken verschiedene psychologische Mechanismen, die mit den Begriffen der Dissoziation, Amnesie, Depersonalisierung, Unterdrückung, Verdrängung, Verleugnung und Abspaltung an dieser Stelle nur angedeutet werden sollen.[103] Gemein ist allen genannten Mechanismen die starke Verformung der Erinnerung an das langfristig emotional präsente traumatische Erlebnis.

Der von Wahrheitskommissionen unternommene Versuch einer umfassenden Geschichtsschreibung beruht – neben der Auswertung schriftlicher Dokumentationen – auf der Summe der im Rahmen der Beweisaufnahme vorgetragenen individuellen Zeugnisse, welche die Erinnerungen an traumatische Erlebnisse fixieren. Diese Erinnerungen werden von den Zeugen im Kontext des aktuellen Geschichtsverständnisses formuliert und von den Mitarbeitern der Kommission vor eben diesem Hintergrund interpretiert.

---

[102] Vgl. Mike Featherstone, der die Bedeutung von Archiven im Frankreich und England des 19. Jh. auf die Konstitution von „Schatzkammern nationaler Erinnerung“ zurückführt. (vgl. ders.; Archiving Cultures, in: British Journal of Sociology, Vol. 51, Nr. 1/2000, S. 168f.). Die Zusammenstellung von Archiven, in denen die Geschichte der Menschenrechtsverletzungen aufbewahrt wird, hat in den Ländern eine herausragende Bedeutung, in denen während der Repressionsphasen Archive von Menschenrechtsorganisationen – im wahrsten Sinne des Wortes – Opfer der Flammen wurden.

[103] Vgl. John H. Krystal et al.; Post Traumatic Stress Disorder: Psychobiological Mechanisms of Traumatic Remembrance, in: Schacter; Memory Distortion, a.a.O., S. 150-172; Ignacio Martín-Baró (Hrsg.); Psicología social de la guerra: trauma y terapia, San Salvador 1990; Becker; Ohne Haß keine Versöhnung, a.a.O., S. 200.

Wahrheitskommissionen konstruieren auf diesem Fundament historische Narrative, welche den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Gegenwart entsprechen und die ideologischen Grundüberzeugungen der „postkonfliktiven" Gesellschaft nicht nur widerspiegeln, sondern auch stärken.[104] In diesen Narrativen, die als offiziell sanktionierte Geschichtsschreibung in den erinnerungsstützenden und identitätsstiftenden Fundus der kollektiven Erinnerung eingehen, wird die Vergangenheit moralisiert. Mit dem Auftrag der Kommissionsmitglieder ist, um dies nochmals zu betonen, nicht nur die Schaffung eines Archivs verbunden: ihnen wird das „hermeneutische Recht"[105] zugesprochen, die in das Archiv eingehenden Informationen zu interpretieren und auf dieser Grundlage über die Vergangenheit (moralisch) zu urteilen.

Mit der Einsetzung einer Wahrheitskommission ist das zumeist implizite Ziel verbunden, eine „autorisierte Geschichte"[106] zu schreiben. Wahrheitskommissionen konstruieren damit einen historischen Bezugsrahmen für die Deutung konkreter Erlebnisse seitens der Opfer des Terrors[107] und können (und nicht: müssen) zu einer Modifizierung der Sinngebung des Geschehenen führen. Durch die Arbeit von Wahrheitskommissionen wird ein Bezugsrahmen des Gedächtnisses konstruiert, der das Potenzial enthält, den vormaligen Bezugsrahmen, welcher im guatemaltekischen Fall von der Idee der Aufstandsbekämpfung dominiert war und unter den Bedingungen der Angst das Nicht-Erinnern und Nicht-Kommunizieren bedeutete, abzulösen.

Die Transformation des Geschichtsbildes und -bewusstseins resultiert jedoch nicht automatisch aus der Veröffentlichung eines Wahrheitsberichtes und der dargebotenen Möglichkeit, über das gegenwärtige Vergangene zu sprechen. Timothy Garton Ash verglich das vergangenheitspolitische Instrument der Wahr-

---

[104] Michael Schudson benennt vier grundlegende Prozesse der Verformung kollektiver Erinnerung: die Distanzierung von der Vergangenheit, die Instrumentalisierung und die Konventionalisierung der Vergangenheit und die Konstruktion von Narrativen. Insbesondere die letzten drei Phänomene deuten auch Grundprobleme der Erinnerungspolitik an (vgl. Michael Schudson; Dynamics of Distortion in Collective Memory, in: Schacter (Hrsg.); Memory Distortion, a.a.O., S. 346-364).

[105] Derrida führt den Begriff des „Archivs" auf seine griechischen Ursprünge zurück und verweist darauf, dass dem *arkheion* ein „Archivbeamter (*Archon*) vorstand, der nicht nur mit der Verwaltung der Dokumente betraut war, sondern zudem das hermeneutische Recht der Interpretation und der Rechtsprechung besessen hatte (vgl. Jacques Derrida; Archive Fever. A Freudian Impression, Chicago 1996, S. 2).

[106] Popkin/Roht-Arriaza; Truth as Justice: Investigatory Commissions in Latin America, a.a.O., S. 269.

[107] So z.B. Kovalskys/Lira, die darauf verweisen, dass die vom chilenischen Präsidenten anerkannte Wahrheit die Möglichkeit geborgen habe, den Menschenrechtverletzungen im Rahmen einer erweiterten ethischen, historischen und politischen Anschauung einen neuen Sinn zu verleihen (vgl. Kovalskys/Lira; Trauma Social y Reparación, a.a.O., S. 38).

heitskommission mit einer „öffentlichen Geschichtsstunde“[108] und beschrieb damit ein zentrales Moment im Prozess der historischen Aufklärung. Der Grad der öffentlichen Teilnahme am gesamten Prozess der Wahrheitsfindung und auch die Ausgestaltung der abschließenden Präsentation variiert stark, und dennoch lässt sich in Bezug auf alle Kommissionen konstatieren, dass sie einen Diskurs über die Vergangenheit eröffnen.

Geschichte und historischer Sinn indes bilden sich nur durch Kommunikation. Die Arbeit von Wahrheitskommissionen vermag lediglich Erinnerungsgemeinschaften zu erreichen, die an den nationalen Diskurs über die Geschichte angebunden sind. Durch den Terror wird ein Klima von Schweigen und Angst erzeugt, welches sich noch lange Jahre nach Beendigung von Krieg oder Diktatur erhält. In einem von Gewaltausübung und ideologischer Indoktrinierung genährten Umfeld werden den Möglichkeiten des öffentlichen und somit sozialen Erinnerns enge Grenzen gesetzt. Die Bezugsrahmen des Gedächtnisses sind nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler, dörflicher, beruflicher oder familiärer Ebene von der Ideologie des Terrors geprägt.[109] Mit der Tätigkeit von Wahrheitskommissionen verbindet sich der Versuch, eine Nationalgeschichte zu etablieren, welche die „historischen Tatsachen“ vom postkonfliktiven Standpunkt aus interpretiert. Inwieweit die Erarbeitung eines neuen nationalen Bezugsrahmens der Erinnerung dazu beiträgt, auf den verschiedenen Ebenen des kommunikativen Erinnerns in die Rekonstruktion der Vergangenheit einzugreifen, ist eine Frage, die in der Auseinandersetzung um das vergangenheitspolitische Instrument der Wahrheitskommission bislang nur wenig beachtet wurde.

2.4 Langzeitwirkungen

Die Arbeit von Wahrheitskommissionen ist in zweifacher Hinsicht nicht auf die Bearbeitung der Vergangenheit beschränkt. Dem Ziel, einer Wiederholung der vergangenen Gräuel vorzubeugen, entsprechen Wahrheitskommissionen zunächst mit der Formulierung von Empfehlungen zur künftigen Politikgestaltung. Die Abschlussberichte enthalten in der Regel Maßnahmenkataloge, die von Formen des offiziellen Gedenkens, öffentlich vorgetragenen Entschuldigungen, moralischen und monetären „Wiedergutmachungsmaßnahmen“, der Einleitung von Strafverfahren bis hin zu Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Strukturen reichen.

In der Geschichte der Wahrheitskommissionen hat es sich als Hindernis erwiesen, dass die Empfehlungen einer Kommission, von wenigen Ausnahmen

---

[108] Ash; The Truth About Dictatorship, a.a.O., S. 36.

[109] Vgl. z.B. Héctor Faúndez; Die Sprache der Furcht. Individuelle und kollektive Dynamiken der Kommunikation unter dem Terror, in: Riquelme (Hrsg.); Zeitlandschaften im Nebel, a.a.O., S. 143f.

abgesehen, für die jeweiligen Regierungen unverbindlich waren. Unter den Bedingungen fragiler Transitionsprozesse wurden oftmals nur wenige der Empfehlungen in die politische Praxis integriert. Die Weigerung vieler Regierungen, vergangenheitspolitische Projekte durchzuführen und substantielle Reformen zur Stärkung der demokratischen Institutionen einzuleiten, verweist auf große Hindernisse auf dem Weg zur politischen Versöhnung. Dabei vollzieht sich die Umsetzung oder Blockierung der von einer Wahrheitskommission vorgeschlagenen Reformen und Maßnahmen im Gesamtzusammenhang der politischen Transition. Wenn sich letztere auf die Abhaltung regelmäßiger Wahlen beschränkt und die autoritären Strukturen von Staat und Gesellschaft intakt lässt, sind die Möglichkeiten für eine Umsetzung der Empfehlungen begrenzt. Auch Maßnahmen, die auf eine Rehabilitierung der Opfer zielen, werden unter solchen Bedingungen zumeist nicht realisiert. Die Geschichte des Erfolges oder Misserfolges einer Wahrheitskommission schreibt sich in den Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, zu denen sowohl Regierungspraktiken und ökonomische Tendenzen als auch die Formung zivilgesellschaftlicher Strukturen zählen, ein.[110] Abschließend sei erneut das Problem von Erfolgskriterien aufgeworfen. Diesbezüglich seien, so Hayner, drei unterschiedliche Ebenen zu beachten:

> die Verfahrensweisen einer Kommission (wie sie mit den Opfern arbeitet, ob sie die Öffentlichkeit mit einbezieht), das Kommissionsprodukt (die Qualität des Berichts und das Maß an Wahrheit, die aufgedeckt wurde) sowie die Langzeitwirkung der Kommissionsarbeit (ob empfohlene Reformen umgesetzt werden, ob der Bericht weite Verbreitung findet).[111]

Alle drei Ebenen – Verfahrensweise, Produkt und Langzeitwirkung der Wahrheitskommission – stehen in Zusammenhang mit der Formung und Vermittlung von Geschichtsbewusstsein. „Etwas, das mir als sehr schwerwiegend erscheint", so die Vorsitzende des lateinamerikanischen Dachverbandes der Angehörigenorganisationen von Verschwundenen (FEDEFAM – *Federación Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Detenidos-Desaparecidos*), „ist, dass der [chilenische] Bericht nicht ausreichend verbreitet wurde. Die chilenische Gesellschaft – und besonders die Jugend – ignoriert, was passiert ist".[112]

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der Wirkungsweise sollte – und von dieser Anschauung ist die vorliegende Arbeit getragen – die Untersuchung der Vermittlungsprozesse zwischen der auf einer nationalen Ebene institutionalisierten Wahrheitsfindung und den Ebenen stehen, auf denen sich die Kommuni-

---

[110] Vgl. Priscilla B. Hayner; Commissioning the Truth: further research questions, in: Third World Quarterly, 17/1 1996, S. 28. Die Frage nach dem Zusammenspiel zwischen Kommissionsarbeit und anderen „Transitionsinitiativen" und der Beitrag der Wahrheitskommissionen zu notwendigen Reformen wird hier als offene Forschungsfrage formuliert.

[111] Priscilla B. Hayner im Interview in: taz, 14./15.7.2001.

[112] Jeanneth Bautista im Interview in: El Periódico, 1.3.1999.

kation über vergangene Verbrechen vollziehen kann. Dabei ist zu untersuchen, welche Erinnerungsgemeinschaften wie in das Projekt der historischen Aufklärung einbezogen sind. Erst auf der Basis einer solchen Analyse lässt sich feststellen, ob Wahrheitskommissionen zu „Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung, Closure, Heilung, oder nationaler Einheit“ beizutragen vermögen. Die Liste der häufig verwendeten Erfolgskriterien für Wahrheitskommissionen wurde in den vorangegangenen Abschnitten zwar nicht gänzlich verworfen, dennoch aber in Zweifel gezogen. Die Arbeit einer Wahrheitskommission kann jeweils nur ein Schritt auf einem langen Weg sein.

3 Die Dekade der Diskussion um die Einsetzung der guatemaltekischen Wahrheitskommission (1984-1994)

Die Geschichte der guatemaltekischen Wahrheitskommission begann, wie auch in anderen Ländern Lateinamerikas, mit der verzweifelten Suche nach Verschwundenen und der Organisierung der Angehörigen. In den vergangenen Jahrzehnten trat eine guatemaltekische Menschenrechtsorganisation, die „Gruppe zur gegenseitigen Unterstützung für das lebendige Wiedererscheinen unserer Kinder, Eltern, Gatten und Geschwister" (GAM – *Grupo de Apoyo Mutuo por el Aparecimiento con Vida de nuestros Hijos, Padres, Esposos y Hermanos*), als vehemente Verfechterin der Forderung nach einer Wahrheitskommission auf.[113] Mehr noch, die Idee einer solchen Kommission wurde von GAM in den guatemaltekischen Diskurs und die politische Praxis getragen. Davon berichtet die folgende Vorgeschichte der Wahrheitskommission, die zunächst die Entstehung der Idee einer derartigen Institution in und für Guatemala nachzeichnet.

Obwohl nur eine Menschenrechtsorganisation vehement die Idee einer Wahrheitskommission vertrat, wurde die diesbezügliche Diskussion in den 1990er Jahren zu einem der größten Hindernisse im Friedensprozess. Als die Guerilla das Thema der Wahrheitskommission in ihren Verhandlungskatalog aufnahm, hatte GAM vor dem Hintergrund der ersten Erfahrungen mit nationalen Untersuchungskommissionen die strafrechtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen in den Mittelpunkt seiner vergangenheitspolitischen Forderungen gestellt. Die Aufklärung war zur *conditio sine qua non* für die Verurteilung der Täter geworden. Als die Regierung und die URNG (*Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*) in den 1990er Jahren begannen, um die Einsetzung einer

[113] Zwar schlossen sich auch andere Organisationen der Forderung nach einer Wahrheitskommission an, doch stellten sie diese nie in das Zentrum ihres eigenen politischen Programms. Mit CONAVIGUA (*Coordinación Nacional de Viudas de Guatemala*, 1988), den Widerstandsdörfern (1984), CCPP (*Comisiones Permanentes de Refugiados*, 1987), CERJ (1988) und CONDEG (*Consejo de Desplazados de Guatemala*, 1989) gründeten sich noch in den 1980er Jahren weitere vergangenheitspolitisch relevante Opferverbände. Von GAM spaltete sich 1992 eine zweite Organisation von Familienangehörigen Verschwundener ab, FAMDEGUA (*Familiares de Detenidos-Desaparecidos de Guatemala*). Diese Gruppe enthielt sich einer inhaltlichen Annäherung an die URNG. Die Forderung nach einer Untersuchungskommission wurde von FAMDEGUA zwar unterstützt, war jedoch für die politische Praxis der Gruppe zweitrangig. Die CDHG (*Comisión de Derechos Humanos de Guatemala*), die *unter anderem* auch die Forderung nach einer Untersuchungskommission unterstützte, arbeitete in Mexiko, dokumentierte die Menschenrechtssituation und betrieb internationale Lobby-Arbeit.

Wahrheitskommission zu verhandeln, wurde das Konzept einer Aufarbeitung der Vergangenheit durch die Aufklärung vergangener Verbrechen und eine moralische Verurteilung der Schuldigen einzig von der katholischen Kirche vertreten, die in den 1980er Jahren die von GAM aufgestellten Forderungen unterstützt hatte und zunehmend die Idee von Versöhnung zu vertreten begann.

In der Analyse des Verhandlungsprozesses wird nicht nur die Bedeutung der vergangenheitspolitischen Diskussion für die Friedensverhandlungen skizziert, sondern zugleich ein detailliertes Bild von der Gesamtheit der verhandelten Reformen und der Position der »organisierten Zivilgesellschaft« innerhalb der guatemaltekischen Demokratie gezeichnet. Sowohl die Entstehung als auch die Arbeit und die Wirkungen der Kommission zur historischen Aufklärung sind im Kontext des gesamten Friedensprozesses zu werten, da dieser einerseits wesentlich die Möglichkeiten von Versöhnung bedingt und andererseits für die Kraft entscheidend ist, die hinter der Forderung nach der Umsetzung der von der Wahrheitskommission unterbreiteten Empfehlungen steht.

3.1 Der Kampf um das „lebendige Wiedererscheinen“ der Verschwundenen

Die Geschichte der guatemaltekischen Wahrheitskommission beginnt nicht mit der Politik der verbrannten Erde. Als das Militär 1981 und 1982 im »Landesinneren« mehr als 600 Massaker beging und Hunderttausende vertrieb,[114] hatten die Opfer noch kein Sprachrohr. Monate später, nach der Absetzung von Ríos Montt, setzte im August 1984 eine Repressionsphase ein, die insbesondere die Zerrüttung der Anfang der 1980er Jahre wiederbelebten Gewerkschaftsbewegung bedeutete. In den ersten acht Monaten der Regierung Mejía Victores wurden in der Hauptstadt 635 Fälle von Verschwindenlassen registriert.[115] Einige dieser offiziell geleugneten Entführungen sollten sich für die künftige Entwicklung des Landes als sehr folgenschwer herausstellen. Am 18. Februar 1984 wurde Edgar Fernando García, ein 27-jähriger Student der Nationaluniversität, der sowohl der Gewerkschaftsbewegung als auch der kommunistischen Partei (PGT – *Partido Guatemalteco del Trabajo*) verbunden war, an einer Straßensperre angehalten, angeschossen und entführt. Fünf Tage später verschwand der 33-jährige Universitätsdozent Sergio Saúl Linares Morales. Der Student und Angestellte der Universitätsdruckerei Rubén Amílcar Farfán war 40 Jahre alt, als er am 15. Mai 1984 gewaltsam entführt wurde. In allen drei Fällen verfügten die nachforschenden Familienangehörigen noch Monate nach dem Verschwinden-

[114] Zur temporären Verteilung der Massaker vgl. Comisión para el Esclarecimiento Histórico; Guatemala, Memoria del Silencio, Guatemala 1999 (im Folgenden zit. als CEH), Bd. III, S. 257 (Graphik 14), S. 422 (§ 3601).

[115] Amnesty International, nach CEH, Bd. VI, S. 146 (ci 48).

lassen über Hinweise darauf, dass diese noch lebten. Auf der Suche nach den Verschwundenen wurden Anträge zur Feststellung des Haftortes (*exhibición personal*) eingereicht, Protagonisten des öffentlichen Lebens um Hilfe ersucht und in Krankenhäusern, Leichenschauhäusern und Gefängnissen nachgeforscht. Die ersten Schritte fanden in einem Klima der Angst um die Verschwundenen, aber auch um die noch Lebenden und somit potenziellen Opfer statt, und endeten immer wieder an den Mauern der offiziellen Lüge: Wiederholt trafen die Angehörigen auf staatliche Vertreter, die den Vorgang des Verschwindenlassens leugneten. Die verzweifelte Suche konzentrierte sich auf die Hauptstadt und führte mehrere Frauen dadurch zusammen, dass sie sich immer wieder begegneten. Um Nineth Montenegro entstand eine kleine Gruppe von *ladinas*, die sich gegenseitig unterstützten und gemeinsam zu den täglichen Gängen aufbrachen.[116] Nachdem zu weiteren Angehörigen von Verschwundenen Kontakt aufgenommen worden war, trat die Gruppe GAM am 4. Juni 1984 zum ersten Mal öffentlich auf.

Der Arbeitsschwerpunkt dieser Gruppe, die anfangs etwa 25 Mitglieder zählte, war zunächst die Suche nach den Angehörigen, die vielleicht noch lebten. Zugleich versuchte GAM sehr erfolgreich, die Thematik des Verschwindenlassens im öffentlichen Diskurs zu verankern. Zu den Aktionen der Gruppe, die in den ersten Monaten von der katholischen Kirche nicht nur mitgetragen, sondern aktiv unterstützt wurden und schnell einen großen Niederschlag in der Öffentlichkeit fanden, zählten Bittgottesdienste in der hauptstädtischen Kathedrale. Besonders in den ersten Monaten stand das Bemühen im Mittelpunkt, offiziellen Stellen die Wahrheit über das den Verschwundenen Widerfahrene zu entlocken. Am 10. August 1984 fand ein erstes Treffen von Vertreterinnen der GAM mit Mejía Víctores statt, der einräumte, 16 der 100 gesuchten Verschwundenen seien verhaftet worden. Das mit diesem Eingeständnis verbundene Versprechen auf Freilassung wurde jedoch nie eingelöst. Zeitgleich erweiterte sich der Radius der GAM, da immer mehr Angehörige von Verschwundenen, auch aus dem »Landesinneren«, von den Aktivitäten der Gruppe angezogen wurden. Eine Demonstration, die von San Lucas Sacatepequez 30 km in die Hauptstadt führte, war die erste dieser Art seit der Terrorwelle der frühen 1980er Jahre und zeugte vom

[116] Es handelte sich hier nicht um das erste Mal, dass sich Angehörige von Opfern zusammengeschlossen hatten. Bereits 1966, als nach einem Grundsatztreffen des PGT innerhalb weniger Tage viele Parteimitglieder verschwanden, versuchten die Hinterbliebenen gemeinsam, die Ermordung ihrer Angehörigen zu verhindern. Dieser Fall ist als der „Fall der 28“ zu trauriger Berühmtheit gelangt. Bei den Bemühungen um ein Wiedererscheinen der Verschwundenen, deren tatsächliche Zahl ebenso wenig geklärt werden konnte wie die Umstände der Ermordung, wurde ein Motto verwandt, welches Parallelen zu den Mottos des GAM aufweist: *Hasta Encontrarlos con Vida* („Bis sie lebendig wiedergefunden werden“) (vgl. CEH, Bd. VI, S. 89ff.; Carlos Figueroa Ibarra; Los que siempre estarán en ningúna parte. La desaparición forzada en Guatemala, México 1999, S. 169ff.). Der Kampf der Angehörigen der „28“ beinhaltete noch nicht die Forderung nach einer Wahrheitskommission.

Anwachsen des öffentlichen Druckes. Zudem erhielt die Gruppe nicht nur aus dem Ausland Unterstützung, sondern auch von gewichtigen guatemaltekischen Institutionen wie der Journalistenvereinigung und den katholischen und evangelischen Kirchen.

Abb. 2: Demonstration am 25.2.2000 in Guatemala-Stadt - Demonstrationszug aus dem »Landesinneren« -

Photo: A. Oettler.

Wichtige Unterstützung erfuhr die Gruppe ferner durch die Angehörigenorganisationen, die sich zuvor bereits in anderen Ländern gebildet hatten und nun entscheidende Impulse für die politische Praxis gaben. Seit der Gründung der ersten Angehörigenorganisation in Argentinien, der *Madres de Plaza de Mayo*, waren sieben Jahre verstrichen, in denen diverse Aktionsformen erprobt worden waren. Inzwischen hatten sich in vielen Ländern Lateinamerikas vergleichbare Gruppen gebildet und sich in Dachverbänden organisiert. Für Guatemala waren der lateinamerikanische Dachverband FEDEFAM und der 1982 gegründete zentralamerikanische Zusammenschluss ACAFADE (*Asociación Centroamericana de Familiares de Detenidos Desaparecidos*) bedeutend. GAM als 1984 jüngstes Mitglied von FEDEFAM rekurrierte auf die Erfahrungen in anderen Ländern und entwickelte auf dieser Basis die eigenen Forderungen, zu denen insbesondere eine offizielle Stellungnahme über den Verbleib der Verschwundenen gehörte. Vor dem Hintergrund der Veröffentlichung des argentinischen Wahrheitsberichtes wurde auch für Guatemala eine Untersuchungskommission eingefordert, die das Schicksal der Verschwundenen aufklären sollte. 1984 beschränkte sich die Forderung

nach einer Untersuchungskommission noch auf das Schicksal der Verschwundenen und zielte nicht auf die allgemeine Aufklärung über die Praktiken des Terrors.

3.1.1 Die erste guatemaltekische Untersuchungskommission

Gestärkt durch die öffentliche Meinung in Guatemala und die länderübergreifenden Netzwerke trafen sich am 19. und 20. November 1984 erneut Vertreterinnen des GAM mit Mejía Víctores, der offizielle Untersuchungen der Fälle von Verschwindenlassen in Aussicht stellte. Nach einem weiteren Gespräch am 30. November 1984 wurde die erste Untersuchungskommission der guatemaltekischen Geschichte eingerichtet, die „Dreierkommission" (*Comisión Tripartita*), die aus zwei zivilen und einem militärischen Repräsentanten der Regierung bestand.[117] Nach sechs Monaten präsentierte die Kommission ein dreiseitiges Papier, welches, so die CEH, die Empfehlung enthalten habe, eine neue Kommission unter Ausschluss offizieller Stellen zu kreieren, da so eher das Vertrauen der Angehörigen in die Ergebnisse zu gewährleisten sei.[118] Im Interview erinnerte sich der heutige Vorsitzende der GAM im Dezember 1999 ebenfalls an eine Untersuchungskommission, die Ende 1984/Anfang 1985 das Schicksal der Verschwundenen bearbeitet habe und aus einem Geistlichen, einem Politiker und einem Militärangehörigen zusammengesetzt gewesen sei.

> Nach einer schwierigen und gründlichen Untersuchung, die ein paar Monate dauerte, übergaben sie einen Bericht, in dem detailliert geschildert wurde – in einer sehr objektiven und klaren Art und Weise –, dass es hier in Guatemala keinen einzigen Verschwundenen gab.[119]

Der Kampf von GAM war in der Anfangszeit von der Hoffnung der Einzelnen geprägt, ihre Angehörigen wiederzufinden – eine Hoffnung, die auch der Grund war, sich der Gruppe anzuschließen. Die Mottos der Anfangsjahre zeugten von dieser Hoffnung: „Lebend hat man sie uns genommen, lebend wollen wir sie wieder!" (*¡vivos se los llevaron, vivos los queremos!*) und „1985...Jahr Deiner Wiederkehr!" (*¡1985...Año de tu regreso!*). Zugleich waren die in GAM zusammengeschlossenen Angehörigen damit konfrontiert, dass die Verschwundenen wahrscheinlich ermordet worden waren, und so änderte sich bereits in den

---

[117] Nach: Amnesty International; Disappearances in Guatemala under the Government of General Óscar Mejía Victores (August 1983 – January 1985), AMR 34/01/85, S. 12. Kommissionsmitglieder waren Gustavo Adolfo Lopez Sandoval (Regierungsminister), Coronel Raúl Albizures Arriola (Vize-Verteidigungsminister) und Hugo Pallecer Robles (Vorsitzender des Ministeriums für Öffentlichkeit und Generalprokurator der Nation).

[118] Vgl. CEH, Bd. VI, S. 150 (Fußnote 474). Die CEH bezog sich auf den Americas-Watch-Bericht „The Group for Mutual Support 1984-1985", Washington, D.C. 1985, S. 54.

[119] „después de una ardua y profunda investigación que duró un par de meses, ellos emitieron un informe, en el cual se detallaba, si al fondo, de una manera muy objetiva y clara, de que aquí ni había ni un solo desaparecido" (R.M., Interview).

ersten Monaten der Charakter von GAM.[120] Die Gruppe verwandelte sich, so der heutige Vorsitzende, von einem Zusammenschluss individuell kämpfender Angehöriger in ein Kollektiv, das allgemeinere Forderungen vertreten konnte.

Der Zusammenschluss von Familienangehörigen, der während der gegen studentische und gewerkschaftliche Zusammenschlüsse gerichteten Aufstandsbekämpfung der ersten Regierungsmonate von Mejía Víctores entstanden war, konnte einen sprunghaften Anstieg der Mitgliederzahlen verzeichnen: Nach acht Monaten hatten sich bereits 355 Familien integriert, die nicht nur aus der Hauptstadt, sondern im Wesentlichen aus dem Hochland Guatemalas stammten. Binnen kürzester Zeit wurde GAM zu einer multiethnischen Vereinigung, die von einer Gruppe von Hauptstädterinnen angeführt wurde. Mit dem Verweis auf die „stille Kraft" der aus dem Hochland Hinzugekommenen ließe sich das anfängliche Verhältnis zur ladinischen Kerngruppe andeuten.[121] Mit der Integration von *indígenas* in die Reihen des GAM veränderte sich zugleich allmählich die politische Perspektive, da die Problematik des Verschwindenlassens durch die Probleme der Menschen, die Terror und Vertreibung im »Landesinneren« überlebt hatten, ergänzt wurde.

In den ersten Monaten seines Bestehens war GAM weitgehend von Repression verschont. Die zukünftig wichtigste guatemaltekische Menschenrechtsorganisation war zu einem Zeitpunkt entstanden, als Guatemala in internationalen Gremien bereits zunehmend wegen der Missachtung der Menschenrechte kritisiert wurde und staatliche Repräsentanten somit einen Ausblick auf die demokratische Öffnung zu präsentieren suchten. Eine brutale Auslöschung einer „unpolitischen" humanitären Organisation, die von Anbeginn an über breite nationale und internationale Unterstützung (z.B. Friedensbrigaden) verfügte, hätte die internationale Kritik und die Forderung nach einer Einstellung der internationalen monetären und militärischen Unterstützung untermauert.

1985 änderte sich die Situation mit einer Vielzahl von Morddrohungen und extralegalen Hinrichtungen dramatisch. Zwei politische Morde wurden zu Marksteinen der Erinnerung an die Geschichte der Menschenrechtsbewegung. Am 28. März 1985 wurde Héctor Orlando Gómez Calito, Sprecher von GAM, entführt und am nächsten Tag tot aufgefunden. Von den Folterspuren, die der Körper aufwies, war besonders die herausgeschnittene Zunge als Warnung zu verstehen. Am 4. April 1985 wurde María del Rosario Godoy, Vize-Präsidentin und Gründungsmitglied des GAM, zusammen mit ihrem jüngeren Bruder und ihrem zweijährigen Sohn entführt. Alle drei wurden später in ihrem Auto am Grunde eines Abhangs gefunden. Die Presse beschrieb detailliert den Hergang

---

[120] R.M., Interview. Damit waren die Gruppenmitglieder in der durch das Verschwindenlassen erzeugten psychologischen Ausweglosigkeit gefangen.

[121] Vgl. Santiago Bastos/Manuela Camus; Quebrando el Silencio. Organizaciones del pueblo maya y sus demandas, Guatemala 1996, S. 70.

des vermeintlichen Autounfalls,[122] doch wiesen auch in diesem Falle Folterspuren auf eine grauenhaftere Todesursache hin: Dem Kleinkind hatte man die Fingernägel herausgerissen. Hatte die Regierung in den ersten Monaten nach der Entstehung von GAM noch verbales Entgegenkommen gezeigt, änderte sich nun der Charakter der offiziellen Verlautbarungen. Die Mehrheit der Personen, die GAM suche, seien in die USA emigrierte *espaldas mojadas* („nasse Rücken"), ließ der Regierungssprecher Anfang Oktober 1985 verlauten.[123] Bei verschiedenen offiziellen Anlässen wurde GAM „Subversion" vorgeworfen. Auch die katholische Kirche zog ihre uneingeschränkte Unterstützung zurück. Penados del Barrio, der noch 1984 den ersten Bittgottesdienst geleitet hatte, kritisierte zwei Jahre später den GAM aufgrund seiner zunehmenden Radikalisierung und Einmischung in politische Angelegenheiten.[124] Die Forderung nach der Einsetzung einer Untersuchungskommission – als Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Versöhnung – sollte die katholische Kirche jedoch beibehalten.

Die folgenden Jahre waren für GAM durch das stete Bemühen um die Einsetzung einer Untersuchungskommission gezeichnet, durch friedliche Besetzungen und öffentliche Aktionen.[125] Zugleich hatte sich die vergangenheitspolitische Positionierung der Gruppe nach ihrer Entstehungsphase insofern gewandelt, als die Forderung nach der Bestrafung der Schuldigen zu einem zweiten Pfeiler der politischen Praxis wurde.[126] Mit der Einsetzung einer Untersuchungskommission wäre die Arbeit der Gruppe nicht beendet gewesen (und so ist sie auch heute nicht beendet). In der offiziellen Feststellung der Verbrechen lag vielmehr die c*onditio sine qua non* für die Bestrafung der Täter.[127]

---

[122] Prensa Libre, 8.4.1985.

[123] Ramón Zelada Carillo, zit. nach: Palabra, 8.10.1985.

[124] Vgl. Prensa Libre, 13.8.1986. Ein Beispiel ist eine Annonce (*campo pagado*) des GAM anlässlich der Ankündigung einer Untersuchungskommission, die mit den Worten schloss: „Das vereinigte Volk wird niemals besiegt sein! Vorwärts, *compañeros* Arbeiter. Eure Forderungen sind gerecht. Wir unterstützen sie." (in: Gráfico, 15.4.1987). (Die zunehmende Politisierung wurde u.a. von Verbindungen zwischen Mitgliedern des GAM und der URNG getragen).

[125] Im August 1986, zu einem Zeitpunkt als sich die soziale Bewegung neu zu formieren begann, veranstaltete GAM eine Demonstration in der Hauptstadt, bei der 15.000 Unterschriften überreicht wurden, die für eine Untersuchungskommission plädierten.

[126] Zugleich war GAM ein Büro, welches Fälle von Menschenrechtsverletzungen dokumentierte und veröffentlichte. 1988 begann GAM die Existenz geheimer Friedhöfe öffentlich anzuzeigen und um Exhumierungen zu kämpfen.

[127] Zur Veranschaulichung dieser Position sei auf eine Annonce des GAM vom 4. April 1989 verwiesen, deren Anlass der vierte Jahrestag der Ermordung von Rosario Godoy de Cuevas und Héctor Gómez Calito war. Vorangestellt waren die folgenden Verse Nerudas: „Für die, die das Vaterland in Blut tränkten / Fordere ich Bestrafung / Für den Henker, der diesen Tod schickte / [...] / Für den Verräter, der aufgrund des Verbrechens befördert wurde / [...] / Für den, der den Befehl zur Agonie gab / [...] / Für die, die dieses Verbrechen rechtfertigten/ [...] / Ich will nicht, dass sie mir die Hand reichen / Die in unserem Blut gebadet ist /

3.1.2 Die zweite guatemaltekische Untersuchungskommission

Der Kampf um die Aufklärung der Verbrechen sollte in den kommenden Jahren von einer Mehrzahl nicht eingehaltener präsidialer Zusagen geprägt sein. Vinicio Cerezo, der erste Präsident des neuen demokratischen Zeitalters, kündigte mehrmals die Einrichtung einer Kommission zur Untersuchung des Verbleibs der Verschwundenen an, doch ebenso oft verschleppte er deren tatsächliche Einsetzung.

Vinicio Cerezo hatte aufgrund des permanenten Ersuchens des GAM um eine Audienz einer solchen schließlich für den Morgen des 4. April 1987 zugestimmt. Die Vertreter des GAM, so der heutige Vorsitzende, fanden sich bereits zwei Stunden vor dem Gesprächstermin ein und mussten schließlich vernehmen, dass der Präsident den Termin aufgrund ihrer Verspätung abgesagt habe.[128] Der Vorfall, der nur einer von vielen Versuchen war, die Mitglieder des GAM zu erniedrigen, bedeutete jedoch keineswegs, dass Cerezo sich gänzlich vom Thema der Untersuchungskommission distanzierte. Noch im selben Monat kündigte er die Einsetzung einer regierungsnahen Untersuchungskommission an.[129] Entgegen der Forderung des GAM nach einer Kommission, in der verschiedene gesellschaftliche Sektoren vertreten sein sollten, besaß das von Cerezo angekündigte Konzept einen ausschließlichen Regierungscharakter.[130] Aufgabe der Untersuchungskommission sollte es sein, innerhalb von drei Monaten einen Bericht über den Verbleib der von GAM als „verschwunden" angezeigten Personen zu erstellen. Die Ankündigung stieß sogleich auf harsche Kritik, da die Sprecher des GAM zusätzlich Bischof Juan Gerardi, Adolfo Pérez Esquivel, einen Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes sowie einen Anwalt in die Kommission integriert wissen wollten. Auch Abgeordnete des Kongresses kritisierten das Vorhaben mit dem Verweis darauf, Cerezo habe zuvor nicht ihre Zustimmung

---

Ich fordere Bestrafung / Ich will sie nicht als Botschafter / Und auch nicht ruhig in ihren Häusern / Ich will sie hier gerichtet sehen / Auf diesem Platz, an diesem Ort" (in: El Gráfico).

[128] Die Geschichte einer vermeintlichen Verspätung, die in einem Land mit einem anderen Zeitregiment zu einem skurrilen Mittel der Missachtung gehört, ist als Moment der kollektiven Gruppenerinnerung eine Erfahrungstatsache, der ein übertreibendes Moment innewohnen mag.

[129] Cerezo trug seinen Vorschlag vor dem Nationalpalast vor und war dabei von fünf Mitgliedern des EMP (*Estado Mayor Presidencial*) umringt (vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 734, 9.4.1987).

[130] Vorgesehen war eine Kommission, die aus Rodolfo González Roche (Regierungsrepräsentant), Carmen Rosa de León Escribal (Vertreterin des Außenministeriums und Beauftragte für die Rückführung von Flüchtlingen aus Mexiko), einem noch nicht nominierten Vertreter des Regierungsministeriums sowie einem ebenfalls noch zu bestimmenden Delegierten der Menschenrechtskommission des Kongresses bestehen sollte.

zu einem Projekt eingeholt, welches aufgrund seiner Regierungslastigkeit kein unabhängiges Ergebnis erbringen könne.[131]

Zwei Monate nach der Ankündigung hatte die Untersuchungskommission ihre Arbeit noch nicht aufgenommen und GAM versuchte gemeinsam mit Amnesty International, den öffentlichen Druck aufrechtzuerhalten. Als drei Monate und somit die anvisierte Arbeitsspanne der Untersuchungskommission verstrichen waren, hatte die Kommission weder ihre Arbeit aufgenommen noch war auf die mündliche Ankündigung eine schriftliche Verfügung gefolgt. Um ein Treffen mit dem Präsidenten und somit ein Gespräch über die Mängel der angekündigten Untersuchungskommission und die ausbleibende Wahl des Menschenrechtsprokurators einzufordern, führte GAM am 16. Juli 1987 eine friedliche eintägige Kongressbesetzung durch. Während der Aktion, die von mehreren Abgeordneten mit Wohlwollen bedacht wurde, gaben die beiden ernannten Mitglieder der Kommission, de León Escribal und González Roche bekannt, dass diese noch nicht bestehe und weder über ein Budget noch über Räumlichkeiten verfüge.[132] Noch im selben Monat wurde ein inzwischen vereinbartes Treffen zwischen Cerezo und einer Delegation des GAM abermals abgesagt.[133] Anfang August wurde die Audienz schließlich gewährt und Cerezo kündigte die Arbeitsaufnahme der Untersuchungskommission für denselben Monat an. Einziger greifbarer Fortschritt war die Bekanntgabe der vollständigen Zusammensetzung der Kommission, die neben den bereits ernannten Mitgliedern aus je einem Vertreter der Exekutive und Legislative bestehen sollte.[134] GAM, um die Nichteinhaltung des Versprechens fürchtend, zeigte mit einer Mahnwache vor dem Nationalpalast Präsenz.[135] Im September erhielt GAM von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission Unterstützung, die in ihrem jüngsten Bericht zur Lage der Menschenrechte ihr Bedauern über die Konfrontation zwischen GAM und Cerezo ausgedrückt und den Unwillen der Regierung, das Schicksal der Verschwundenen zu klären, kritisiert hatte.[136] Im November 1987 berief das Re-

---

[131] Vgl. Análisis Político, 23.4.1987, in: Spiegel der lateinamerikanischen Presse, Hamburg, Nr. 4, 1987.

[132] Vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 748, 23.7.1987.

[133] Diesmal war die Abordnung der Menschenrechtsaktivisten auf einen Kordon von Sicherheitskräften gestoßen, die den Eintritt in den Nationalpalast untersagten. Nach einem kurzen Handgemenge und der abermaligen Forderung nach einem Gesprächstermin wurde ein solcher zugesagt (vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 749, 30.7.1987).

[134] Carlos Humberto Rosales Martínez (Regierungsministerium) und Marco Antonio Dardón Castillo (Kongressabgeordneter).

[135] Inzwischen war auch der erste Menschenrechtsprokurator Guatemalas gewählt worden. Diese Wahl wurde indes nicht als wichtiger Impuls für die Wahrung der Menschenrechte wahrgenommen, da die Einsetzung des 82-jährigen Gonzalo Menéndez de la Riva, der versichert hatte, keine harschen Maßnahmen zu ergreifen, weder eine gewichtige Unterstützung für die Aufarbeitung des Vergangenen noch den Schutz vor künftigen Menschenrechtsverletzungen zu garantieren versprach.

[136] Vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 759, 8.10.1987.

gierungsministerium eine in der Exekutive angesiedelte Menschenrechtskommission ein,[137] die sowohl dem Präsidenten in Menschenrechtsfragen zuarbeiten als auch sämtliche Informationen bezüglich der in den Amtsjahren von Cerezos Vorgängern Verschwundenen bündeln sollte, um öffentlich darüber zu informieren.[138] Damit hatte die Regierung, obwohl sie die Einsetzung einer aus staatlichen Vertretern bestehenden Untersuchungskommission zugesichert hatte, die Bearbeitung des Verschwindenlassens einer weiteren, dem Präsidenten direkt unterstellten Instanz zugeteilt.

In den folgenden Monaten rückte das Thema der investigativen Kommission zunehmend in den Hintergrund des politischen Lebens, das von der Zuspitzung der ökonomischen Krise dominiert wurde.[139] Letztere brachte eine Welle von Protesten und Streiks hervor, die über den Jahreswechsel 1987/1988 hinaus das politische Leben bestimmten. Diese Welle schlug gleichsam über dem Thema der Untersuchungskommission zusammen und verdrängte es von der tagespolitischen Agenda.[140] Mitte März 1988 vereinbarte Cerezo mit der Vertretung der »organisierten Zivilgesellschaft« UASP[141] einen Sozialpakt, der ein breites Themenspektrum beinhaltete, welches von Mindestlöhnen, Elektrizitätspreisen, Preisontrollen für Lebensmittel, Rückkehrbedingungen für Flüchtlinge bis zur legalen Anerkennung des Bauernverbandes CUC (*Comité de Unidad Campesina*) reichte.[142] Ein Unterpunkt des Abkommens sah die Einsetzung der zuvor bereits vereinbarten Untersuchungskommission vor.[143]

Einen Tag vor Ablauf der Frist, die in diesem Abkommen für die Einsetzung einer Untersuchungskommission gesetzt worden war, veröffentlichte das „präsidiale Sekretariat für Öffentlichkeitsarbeit“ eine Liste der Personen, die die Untersuchungskommission bilden und erstmals nicht ausschließlich aus staatlichen

---

[137] COPADEH – *Comisión para el Asesoramiento sobre Derechos Humanos*.

[138] Vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 764, 12.11.1987.

[139] Von den vielen möglichen Indikatoren der Krise sei nur einer genannt: Anfang 1988 betrug der tägliche Mindestlohn Q 5,80. Um den Grundbedarf einer Familie abzudecken, wurden am Tag Q 16 benötigt (vgl. REMHI, Bd. III, S. 290).

[140] Im Oktober 1987 hatte GAM begonnen, gegen Militärangehörige und Mitglieder von „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“ beim Obersten Gerichtshof und im Büro des Menschenrechtsprokurators Anzeigen einzureichen und Strafprozesse einzufordern.

[141] UASP – *Unidad de Acción Sindical y Popular* – Einheit der Gewerkschafts- und Volksorganisationen. Dieser 1988 gegründete Zusammenschluss schuf erstmalig ein Netzwerk der »organisierten Zivilgesellschaft«, das vor allem zu einer Anbindung von Gruppierungen aus dem »Landesinneren« an die in der Hauptstadt stattfindende nationale Politik führte (vgl. Rachel M. McCleary; Imponiendo la democracia: Las elites guatemaltecas y el fin del conflicto armado en Guatemala, Guatemala 1999, S. 146f.).

[142] Vgl. Robert H. Trudeau; Guatemalan Politics: The Popular Struggle for Democracy, Boulder 1993, S. 104f.

[143] Vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 780, 17.3.1988.

guatemaltekischen Institutionen stammen würden.[144] Als Vorsitzende war Carmen Rosa de León Escribal vorgesehen und somit als eine der Personen, die die Kommission ursprünglich hatten bilden sollen, in das erneuerte Projekt übernommen worden. Doch die Ernennung neuer Kommissionsmitglieder war nicht mit dem Beginn der Untersuchungen gleichzusetzen.[145] Anlässlich verschiedener Demonstrationen und Kundgebungen wurde in den folgenden Monaten wiederholt die Forderung nach einer Untersuchungskommission auf die Protestagenda gesetzt.[146] Insgesamt jedoch wurde das Thema von den sozioökonomischen Motiven der Protestbewegung, von den Putschversuchen im Mai und schließlich von den Aussichten auf einen Friedensprozess in den Hintergrund gedrängt. Die politische Debatte war in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 von der Diskussion um die Aufnahme des „Nationalen Dialoges" geprägt.

Vor diesem Hintergrund erregte es kein Aufsehen, als die Untersuchungskommission schließlich ein Abschlussdokument vorlegte. Eine zweite Untersuchungskommission, so die CEH, habe während der Präsidentschaft von Vinicio Cerezo gearbeitet und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Verschwundenen alle tot seien und es besser wäre, zu verzeihen, zu vergessen und sich zu versöhnen.[147] GAM sollte auch in den 1990er Jahren die treibende Kraft hinter der Forderung nach einer Wahrheitskommission bleiben. Die Arena, in der der Kampf um die Einsetzung einer solchen ausgetragen wurde, verlagerte sich jedoch auf das Terrain der Friedensverhandlungen, da die in diesem Rahmen unterzeichneten Zusagen der Regierung einen höheren Grad an Verbindlichkeit besitzen würden.

---

[144] Vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 783, 14.4.1988. Vorgesehen waren die christdemokratische Vize-Ministerin für spezielle Angelegenheiten, Liuva Martínez, zwei Abgeordnete der Christdemokraten, Jorge Archila Amézquita und Ana María Suyax, ein Repräsentant internationaler Organisationen, Abel López Sosa und ein UNO-Vertreter, Héctor Gross Spiel.

[145] Nineth Montenegro sollte rückblickend feststellen, „dass die Regierung der Republik nach fünf Jahren eines permanenten Kampfes um die Respektierung der Menschenrechte und die Untersuchung des Verbleibes der Verschwundenen, nicht einen Finger gerührt hat, damit die Kommission ehrenhafter Personen eingesetzt wird." (zit. nach El Gráfico, 29.5.1989).

[146] Dazu zählten die Kundgebung des „Comité de Familiares – 21 de junio" im Juni 1988, die Demonstration der UASP im August 1988 und die Kundgebung des GAM Mitte September 1988.

[147] Vgl. CEH, Bd. VI, S. 150 Fußnote 473 (ci 48). Auch der heutige Vorsitzende des GAM erwähnte Ende 1999 im Interview eine Kommission, die eigentlich nur aus einer Person, Carmen Rosa de León Escribal, bestanden habe.

3.2 Die Wahrheitskommission im Verhandlungsmarathon

Im Vorangegangenen wurde beschrieben, wie zunächst das Aufbegehren von Angehörigen Verschwundener gegen die immergleichen Lügen offizieller Stellen einen organisierten Ausdruck fand. Bei dieser Schilderung wurde von dem politischen Transformationsprozess abstrahiert, der sowohl ein Abrücken von offenen Militärdiktaturen als auch – nach einem Jahrzehnt zäher Verhandlungen – das Ende der »bewaffneten Auseinandersetzung« hervorbrachte. Hintergrund dieses Prozesses war ein militärischer Patt, das Umdenken nationaler Eliten im Kontext internationaler Veränderungen (Glasnost) und ökonomischer Rezession, eine gewandelte US-Außenpolitik und schließlich die Realisierung eines politischen Projektes, welches von einem als „institutionalistisch" bezeichneten Flügels des Militärs um General Gramajo entwickelt worden war. Von der Aufnahme erster Kontakte zwischen Guerilla und Regierung führte ein langer Weg bis zur Unterzeichnung des Abkommens über die Einsetzung der CEH.

Als der Verhandlungsprozess 1987 seinen Anfang nahm, war das Thema der Wahrheitskommission, obwohl bereits Bestandteil der nationalen öffentlichen Debatte, noch kein Verhandlungsgegenstand. Erst in den 1990er Jahren entwickelte die Diskussion um den Einsatz dieses vergangenheitspolitischen Instruments eine Brisanz, die den gesamten Friedensprozess mehrmals zu blockieren drohte. 1991 wurde das Thema der Wahrheitskommission in die Verhandlungsagenda aufgenommen und in den Jahren 1992 und 1993 kontrovers diskutiert.

3.2.1 Die Ausgangslage

Mit der Wahl einer verfassunggebenden Versammlung setzte 1984 der politische Transformationsprozess ein. Obwohl mit der Verabschiedung der Verfassung im darauffolgenden Jahr demokratische Grundprinzipien (wieder) eingeführt und erstmals die Rechte der indigenen Bevölkerung niedergelegt wurden, blieb der Status quo einer militarisierten Gesellschaft unangetastet. Nachdem mit Vinicio Cerezo ein demokratisch gewählter Präsident das höchste Staatsamt übernommen hatte, begann die URNG noch 1986 – zunächst folgenlos – ihre Verhandlungsbereitschaft zu suggerieren.[148]

Das erste offizielle Gespräch zwischen URNG und Regierung fand erst im Oktober 1987 in Madrid statt und endete ergebnislos, als sich zeigte, dass gravierende Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Verhandlungsinhalte und -modalitäten bestanden.[149] Die Positionen der beiden Kriegsparteien standen sich dabei diametral gegenüber: Die Regierungsdelegation war mit der Forde-

[148] Vgl. REMHI, Bd. III, S. 243f. Die ersten geheimen Kontakte wurden dadurch erleichtert, dass sich Cerezo und einige URNG-Vertreter bereits persönlich kannten (vgl. Gabriel Aguilera Peralta; Realizar un Imaginario: La Paz en Guatemala, in: Torres-Rivas, Edelberto et al.; Desde el Autoritarismo a la Paz, Guatemala 1998, S. 125).

[149] Vgl. Aguilera Peralta; Realizar un Imaginario, a.a.O., S. 126.

rung angetreten, dass die URNG sich zur Waffenniederlegung als Ausgangspunkt für Verhandlungen über Demobilisierung und Wiedereingliederung bereit erklären solle. Die URNG hingegen lehnte diese Verhandlungsposition ab und vertrat das schließlich 1991 angenommene Konzept von Verhandlungen, die um ein breites Themenspektrum kreisen und all jene sozialen, ökonomischen und institutionellen Aspekte einbeziehen sollten, die die Aufstandsbewegung erst erzeugt hatten. Als der Dialog im Anschluss an das genannte fruchtlose Treffen monatelang aussetzte, zeigte sich, dass beide Verhandlungspartner den Verhandlungsweg noch nicht als einzig mögliche Form der Beendigung des Krieges anerkannten, sondern vorrangig aufgrund des externen Druckes eingeleitet hatten.

Der entscheidende Wendepunkt der zentralamerikanischen Geschichte der 1980er Jahre wurde von einem zentralamerikanischen Gipfeltreffen markiert, welches auf die Initiative des costa-ricanischen Präsidenten Óscar Arias zurückging und das als „Esquipulas II" bekannt gewordene Dokument hervorbrachte.[150] Dieses war von der Überzeugung getragen, dass Demokratie und die friedliche Lösung der bewaffneten Konflikte den Grundpfeiler einer stabilen ökonomischen Entwicklung darstellten. Vor diesem Hintergrund verpflichteten sich die zentralamerikanischen Präsidenten zur Konsolidierung der Demokratie und zur Aufnahme von Friedensprozessen. Zudem wurde die Einrichtung „Nationaler Dialoge" und „Nationaler Versöhnungskommissionen" vorgesehen. Mit der Aufnahme erster Friedensgespräche folgte die guatemaltekische Regierung somit der aus der Einbindung in die zentralamerikanische Integrationsinitiative erwachsenen Verpflichtung.

Die nationale Bedingung der Möglichkeit von Friedensverhandlungen war die zustimmende Haltung der beiden Konfliktparteien. Zum Zeitpunkt der Aufnahme der ersten Gespräche war das Militär in zwei Flügel gespalten, den „harten" und den „institutionalistischen". Letzterer vermochte, wenngleich das Kräfteverhältnis instabil war, die politische Haltung und Praxis der Institution zu bestimmen. Bereits Anfang der 1980er Jahre (!) hatte General Gramajo ein politisches Projekt entwickelt, welches von der Erkenntnis einer notwendigen Demokratisierung getragen war, die er in Anlehnung an die berühmte Formel von Clausewitz als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln begriff.[151] Die Anerkennung der Verfas-

---

[150] Diesem Gipfeltreffen waren langjährige Bemühungen um eine Befriedung der Region im Kontext der fortgesetzten US-amerikanischen Einflussnahme (Contrakrieg, Granada) vorangegangen, die in den frühen 1980er Jahren von Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela getragen wurden. Mit der Wahl der Präsidenten Cerezo und Arias ging die Initiative auf Zentralamerika über.

[151] Einen genauen Einblick in die „politische Mentalität und kulturelle Logik" (S. 27) des „institutionalistischen" Flügels ermöglichte Jennifer Schirmer, die skizzierte, wie die Doktrin der Nationalen Sicherheit von der „These der nationalen Stabilität" abgelöst wurde. Das Militär definierte sich trotz des Bekenntnisses zur Gewaltenteilung als gewichtigste Kraft im Staate und als „mitverantwortlich für die Regierungspolitik" (General Gramajo, zit. nach Jennifer Schirmer; Las intimidades del proyecto político-militar de los militares en

sung und der zivilen Regierung bedeutete indes weder die Entmilitarisierung der Politik noch ein gänzliches Abrücken von dem Ziel, die Guerilla auf militärischem Wege zu besiegen.

Der gesamte Verhandlungsprozess entwickelte sich vor dem Hintergrund eines Spannungsverhältnisses, welches zwischen ziviler Regierung und Militärspitze einerseits[152] und zwischen der „institutionalistischen" und der „harten" militärischen Fraktion andererseits bestand. Die Vertreter der „harten" Linie konnten sich auf das Gros der Militärangehörigen aus dem »Landesinneren« stützen, welche inmitten der langen Kriegsjahre politisch sozialisiert worden waren und mithin die Aufnahme eines Dialogs mit dem Erzfeind als schweren Verrat an der eigenen Sache ansahen.[153]

Auch in den Reihen der URNG war lange Jahre die Vorstellung von einer Beendigung des Krieges auf dem Verhandlungswege nicht die einzige Option. Noch 1986/87 war für einige Führungspersönlichkeiten die Aufnahme von Verhandlungen ein rein taktischer Zug. Erst 1994 hatte sich die Überzeugung von der Sinnhaftigkeit eines verhandelten Friedens konsolidiert.[154]

3.2.2 Die Debatte um die Verhandlungsagenda (1988-1991)

Trotz der Ergebnislosigkeit der ersten Gespräche wurde der Friedensprozess 1988 mit der Einrichtung der in der Esquipulas II-Deklaration vorgesehenen „Nationalen Versöhnungskommission" indirekt fortgesetzt. Diese Kommission setzte sich aus Vertretern der Regierung, der katholischen Kirche, politischer

---

Guatemala, Guatemala, 1999, S. 319). Grundlage des militärischen Handelns wurde ein erweitertes Feindbild, welches vom Drogenhandel bis hin zu Streiks, illegaler Migration, Korruption und Kapitalflucht (vgl. S. 390ff.) reichte. Die Fronten hatten sich am Ende des 20. Jh. nicht aufgelöst, sondern vervielfacht (Schirmer; Las intimidades del proyecto político-militar de los militares en Guatemala, a.a.O. Zur Haltung der Institutionalisten bezüglich der Friedensverhandlungen vgl. insbes. S. 405ff.).

[152] Das Militär als eine Kraft, die sich für die Regierungspolitik „mitverantwortlich" fühlte, bewegte sich außerhalb des gesetzlichen Rahmens. Insbesondere aufgrund der fortgesetzten Praxis der Menschenrechtsverletzungen traten Spannungen zwischen Militär und Regierung auf.

[153] Im Nachbarland El Salvador hingegen wurden die Offiziere aus dem »Landesinneren«, die den Terror vollstreckt hatten, zu den Vertretern der Verhandlungslösung und waren dabei mit der unnachgiebigen Haltung der hauptstädtischen Führungsriege konfrontiert.

[154] Vgl. Susanne Jonas; De centauros y palomas. El proceso de Paz Guatemalteco, Guatemala 2000, S. 125. Vgl. auch Albert Sterr; Guatemala: lautloser Aufstand im Land der Maya: Interviews, Analysen, Reportagen, Köln 1994, S. 113: Im Interview verneinte Pablo Monsanto 1992 die Frage, ob die Guerilla ein Druckmittel für ein politisches Ende des bewaffneten Konfliktes sei: „Ich würde sagen, nein. In unserer Gesamtkonzeption sind die Guerillakräfte das Rückgrat der Revolution. Sie garantieren nicht nur günstige Bedingungen für die Verhandlungen, sondern unterstützen auch die Volksbewegungen in ihrer Gesamtheit. Es ist bei entsprechenden Bedingungen auch möglich, dass es zu einer Volkserhebung oder zu einer militärischen Niederlage des Gegners kommt. Die Guerilla ist kein Druckmittel, sondern die Hauptachse der revolutionären Strategie".

Parteien und aus Honoratioren zusammen und sollte während der kommenden Jahre eine tragende Rolle im Friedensprozess spielen. Nachdem Vinicio Cerezo und auch die Militärspitze ihren Unwillen bekundet hatten, vor einem einseitigen Waffenstillstand durch die URNG weitere Gespräche zu führen, trat die Nationale Versöhnungskommission in einen Dialog mit der URNG ein. Sowohl die ersten diesbezüglichen Treffen als auch die Unterzeichnung des Sozialpaktes galten als Anlässe für einen Putschversuch am 11. Mai 1988. Die putschenden „Offiziere der Berge" konnten schnell zur Aufgabe bewegt werden, doch hatte Cerezo die Warnung verstanden: Er sollte den Sozialpakt nie umsetzen. Unterdessen verschlechterte sich die Menschenrechtssituation,[155] und somit fanden die ersten Friedensgespräche vor dem doppelten Hintergrund der fortgesetzten Repression zivilgesellschaftlichen Engagements und der Fortführung von Kriegshandlungen, Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten statt.

Im darauffolgenden Jahr berief die Nationale Versöhnungskommission mit dem „Nationalen Dialog" eine Instanz ein, die erstmals die »organisierte Zivilgesellschaft« explizit in den Friedensprozess einbezog. An der ersten Versammlung, die im März 1989 im Nationaltheater von Guatemala-Stadt stattfand, nahmen 84 Delegierte von insgesamt 47 Organisationen teil, die ein breites zivilgesellschaftliches Spektrum repräsentierten, nicht jedoch den Unternehmerverband CACIF (*Comité Coordinador de Asociaciones Agrícolas, Comerciales y Financieras*) und die rechten Parteien MLN (*Movimiento de Liberación Nacional*) und PID (*Partido Institucional Democrático*). Aufgrund einer Vielzahl von Morddrohungen hatte Ende April keine der 15 vorgesehenen Unterkommissionen die Arbeit aufgenommen und mehrere der Organisationen noch keine Delegierten für diese ernannt.[156] Ein deutlicher Ausdruck der innerhalb des Militärs bestehenden Unzufriedenheit war ein zweiter, besser geplanter Putschversuch am 9. Mai 1989, der ebenso fehlschlug wie sein Vorgänger. Die Putschisten suchten nicht so sehr die staatlichen Institutionen zu übernehmen als vielmehr einen Wechsel innerhalb der obersten Führungsriege des Militärs herbeizuführen.[157] In diesen Monaten erreichte die gegen die »organisierte Zivilgesellschaft« gerichtete Repression ein Niveau, welches der Terrorwelle der frühen 1980er Jahre vergleichbar war.[158] Vor diesem Hintergrund und angesichts der Erfahrung der

---

[155] Die UN-Menschenrechtskommission verwies allein für die Monate Januar bis Mai 1988 auf 225 Fälle von politischer Gewalt mit Todesfolge (vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 791, 9.6.1988). Ende November 1988 bewegte das Massaker von El Aguacate die Öffentlichkeit.

[156] Vgl. Trudeau; Guatemalan Politics, a.a.O., S. 136.

[157] Vgl. REMHI, Bd. III, S. 286.

[158] Vgl. REMHI, Bd. III, S. 291. Die Repression war in diesen Monaten sektorübergreifend, wie die Fälle des Unternehmers Ramiro Castillo Love und des Christdemokraten Danilo Barillas zeigten. Der in Deutschland mit dem Fall der Berliner Mauer assoziierte November 1989 war in Zentralamerika von der Eskalation der »bewaffneten Auseinandersetzung« in El Salvador geprägt. Anfang November begann die Offensive des FMLN (*Frente Fara-*

Nicht-Umsetzung des im vergangenen Jahr erbittert verhandelten Sozialpaktes war Ende des Jahres weder ein hohes Maß an Enthusiasmus für die Arbeit des „Nationalen Dialoges“ zu verspüren, noch waren konkrete Ergebnisse zu verzeichnen.[159]

Das Jahr 1990 brachte neue Initiativen für den Friedensprozess. Während eines Treffens zwischen der Nationalen Versöhnungskommission und der URNG (26.-30.3.1990) wurden sowohl die Aufnahme eines Dialoges zwischen Guerilla und Zivilgesellschaft als auch direkte Friedensverhandlungen zwischen Regierung und URNG vorbereitet. In den folgenden Monaten führte die URNG Gespräche mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Sektoren und bekräftigte darin den Willen zur Aufnahme von Friedensverhandlungen. Das in Ottowa mit dem Unternehmersektor abgehaltene Treffen brachte zwar keine gemeinsame Erklärung hervor, jedoch formulierte der CACIF eine politische Position, die in der Beendigung der »bewaffneten Auseinandersetzung« einen fundamentalen Baustein einer nachhaltigen und stabilen ökonomischen Entwicklung sah und den Fortgang des Krieges eindeutig ablehnte.[160] Weitere Treffen fanden 1990 mit den politischen Parteien in El Escorial (Spanien), mit dem Spektrum gewerkschaftlicher und Volksorganisationen in Metepec (Mexiko), mit dem kirchlichen Sektor in Quito (Ekuador) und schließlich mit „dem Zusammenschluss der noch verbliebenen Sektoren der Zivilgesellschaft“, der Instanz der Akademiker, Kooperativen, Berufsverbände, Unternehmer und *pobladores*[161] in Atlixco (Mexiko) statt. In diesen Treffen, die gleichsam eine Fortsetzung des fehlgeschlagenen „Nationalen Dialoges“ mit anderen Mitteln darstellten, wurden drei zentrale Forderungen der »organisierten Zivilgesellschaft« hinsichtlich des Friedensprozesses bekräftigt. Neben der Öffentlichkeit der Verhandlungen wurde die Einbindung der Zivilgesellschaft in selbige eingefordert. Drittens schließlich wurde die Vorstellung von substantiellen Verhandlungen artikuliert, welche sich nicht in der Diskussion um Waffenstillstand und Demobilisierung erschöpfen dürften,

---

bundo Martí para la Liberación Nacional), die versuchte, San Salvador einzunehmen. Das Militär reagierte mit der Bombardierung der städtischen Armutsviertel und einer Reihe von Mordanschlägen, u.a. auf sechs Geistliche der Jesuitenuniversität (UCA – *Universidad Centroamericana*).

[159] Einzig die Unterkommission zum Thema der Menschenrechte hatte ein Papier präsentiert und darin die Auflösung von PAC sowie Entwicklungspolen, Unterstützungen für Witwen und die Lösung der Landfrage gefordert.

[160] Vgl. Universidad Rafael Landívar/ MINUGUA (Hrsg.); Acuerdos de Paz, Guatemala 1997 (im Folgenden zit. als Acuerdos de Paz), S. 83. Zu diesem Stimmungswandel hatte die internationale Umbruchsituation, die im Februar 1990 ihren besonderen regionalen Niederschlag in der Wahlniederlage des nikaraguanischen FSLN fand, beigetragen.

[161] *Pobladores* sind die Bewohner der illegal besiedelten urbanen Randgebiete.

sondern das gesamte politische und soziale Fundament Guatemalas neu erarbeiten müssten.[162]

Auch 1990 war die zögerliche Weiterführung des Dialoges in das Korsett der antidemokratischen Alltagspolitik eingeschnürt. Vinicio Cerezo, der erste Präsident des neuen demokratischen Zeitalters, schied zu einem Zeitpunkt aus dem Amt, als er kaum noch öffentliche Unterstützung für sich verbuchen konnte. Neben der ökonomischen Krise und sich häufenden Korruptionsvorwürfen[163] trug dazu vor allem die prekäre Menschenrechtssituation bei.[164] Mit dem Verweis auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen fror der Kongress der USA schließlich 1990 die Militärhilfe von ca. drei Mio. US-$ ein und setzte somit ein weiteres Zeichen für den erwarteten Wandel der guatemaltekischen Innenpolitik. Ende 1990 fand die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in einer Atmosphäre von Gewalt und Repression, die sich u.a. in der Ermordung von neun Kandidaten für lokale Ämter manifestierte, statt.[165] Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Diskreditierung der korrupten und programmlosen politischen Parteien schien sich ein Wahlsieg von Ríos Montt abzuzeichnen, der sich als unabhängiger Kandidat hatte aufstellen lassen und von drei rechten Parteien unterstützt wurde.[166] Somit stellte sich bereits wenige Jahre nach der Terrorwelle der frühen 1980er Jahre (und nicht erst im Jahre 2000) die Frage, warum die Person, die als Putschist und Staatsoberhaupt für Massaker und Vertreibung verantwortlich war, ein hohes Maß an Unterstützung für sich verbuchen konnte. General Ríos Montt, der während seiner Amtszeit regelmäßig Fernsehansprachen gehalten und Tugenden gepredigt hatte, galt als bekennendes Mitglied der Sekte *El Verbo* als ehrenhaft und als immun gegen die Verlockungen der Macht.[167] Doch kurz vor dem Wahltermin fällte die Oberste Wahlbehörde das später vom Obersten Gerichtshof bestätigte Urteil, dass die Kandidatur eines ehemaligen Putschisten verfassungswidrig sei. Der bis dato relativ unbekannte Jorge Serrano Elías stellte insofern lediglich die zweite Wahl dar.[168] Der Amts-

---

[162] Die Einrichtung einer Wahrheitskommission wurde in diesen Erklärungen, die auf den Dialog und auf breitgefächerte Verhandlungen hinarbeiteten, nicht erwähnt.

[163] Vgl. McCleary; Imponiendo la Democracia, a.a.O., S. 149, Fußnote 191.

[164] Die „Aufstandsbekämpfung" richtete sich im »Landesinneren« neben den Guerillaverbänden vornehmlich auf Bauernorganisationen und Menschenrechtsgruppen. In der Hauptstadt waren mit Michael Devine und Myrna Mack prominente Opfer zu beklagen.

[165] Vgl. Trudeau; Guatemalan Politics, a.a.O., S. 143.

[166] Unterstützer waren die Nationale Einheitsfront (FUN – *Frente de Unidad Nacional*), die Demokratische Kraft des Volkes (FDP – *Fuerza Democrática Popular*) und die Partei der institutionalisierten Demokratie (PID). Die hohe Wahrscheinlichkeit eines Wahlsieges wurde durch Meinungsumfragen belegt. Vgl. McCleary; Imponiendo la Democracia, a.a.O., S. 149ff.; Trudeau; Guatemalan Politics, a.a.O., S. 145.

[167] Vgl. Kapitel 8.

[168] Auch Serrano war Protestant. Unter Ríos Montt war er Präsident des Staatsrates (*Consejo de Estado*), und unter Cerezo Mitglied der „Nationalen Versöhnungskommission".

antritt von Serrano bedeutete zugleich den Übergang von der indirekten Gesprächsführung hin zu direkten Friedensverhandlungen. Mit einer öffentlichen Erklärung, der „Initiative für den totalen Frieden der Nation“ schuf der neugewählte Präsident nicht nur eine orwellianische Worthülse, sondern leitete eine neue Etappe des Friedensprozesses ein.

Eine erste Verhandlungsrunde zwischen Regierung und URNG endete am 27. April 1991 mit der Unterzeichnung des Abkommens von Mexiko, das den Weg der Verhandlungen vorzeichnete. Im ersten Teil des Abkommens wurden Modalitäten der Verhandlungen festgelegt und insbesondere die Funktionen der Nationalen Versöhnungskommission, der UNO und des Vermittlers Quezada Toruño sowie die Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen bestimmt. Ein zweiter Teil legte die elf inhaltlichen Bereiche fest, die im Laufe der Verhandlungen abzuarbeiten seien. Am Anfang dieser Liste stand das Thema der Menschenrechte, welches auch die Diskussion um die Einsetzung einer Wahrheitskommission enthielt:

Tab. 2: Die Verhandlungsagenda

(1)	Demokratisierung, Menschenrechte
(2)	Stärkung der Zivilgewalt und Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft
(3)	Identität und Rechte der indigenen Völker
(4)	Verfassungsreformen und Wahlen
(5)	Sozioökonomische Aspekte
(6)	Agrarsituation
(7)	Wiederansiedelung der entwurzelten Bevölkerung
(8)	Grundlagen der Wiedereingliederung der URNG in das politische Leben des Landes
(9)	Regelungen für einen definitiven Waffenstillstand
(10)	Zeitplan für die Implementierung, Durchführung und Verifizierung der Abkommen
(11)	Unterzeichnung des festen und dauerhaften Friedens und Demobilisierung

Quelle: Acuerdos de Paz, a.a.O., S. 108.

Mit dem Abkommen von Mexiko wurden substantielle Reformen, wie von der »organisierten Zivilgesellschaft« und der URNG gefordert, in die Verhandlungsagenda aufgenommen.

Nach einer ergebnislosen zweiten Verhandlungsrunde brachte die dritte Verhandlungsrunde das Abkommen von Querétaro (25.7.1991) hervor, welches die theoretischen Bausteine einer „funktionierenden und partizipatorischen Demo-

kratie“ benannte. Als solche wurden die Überordnung der Zivilgewalt über das Militär, die Rolle der Zivilgesellschaft, die Rechte der indigenen Bevölkerung und der gerechte Zugang zu Ressourcen aufgeführt.[169] Die Friedensverhandlungen, deren inhaltlicher und formeller Verlauf im Abkommen von Mexiko skizziert worden war, gerieten schnell ins Stocken; das erste substantielle Teilabkommen sollte erst drei Jahre später unterzeichnet werden. Die Verzögerung des Friedensprozesses war sowohl auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen als auch auf die Diskussion um die Wahrheitskommission zurückzuführen.[170]

Bereits Ende 1991 drohte ein Aussetzen der Verhandlungen, da sich die Positionen der beiden Kriegsparteien nahezu unversöhnlich gegenüberstanden. Die Differenzen hinsichtlich der Menschenrechte waren so gravierend, dass der gesamte Verhandlungsprozess zu scheitern drohte. Im Vordergrund standen gegensätzliche Auffassungen zu vier verschiedenen Bereichen. Ein erster Punkt war die von der URNG eingebrachte Forderung nach der sofortigen Auflösung der „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“, die vom Militär nicht nur verbal, sondern auch durch die Schaffung von Tatsachen abgelehnt wurde: Eine gegen die ORPA gerichtete Offensive wurde durch die Einbeziehung der örtlichen PAC verstärkt.[171] Neben der von der Guerilla geforderten sofortigen Anerkennung und Anwendung des im Protokoll II der Genfer Konvention niedergelegten humanitären Kriegsrechts bestand in der Einsetzung einer „Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit“ ein dritter Streitpunkt. Die Forderung nach einer Wahrheitskommission hatte die URNG auf Drängen der »organisierten Zivilgesellschaft« in ihren Verhandlungskatalog aufgenommen. Viertens schließlich waren sich die Konfliktparteien über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der zu unterzeichnenden Abkommen uneinig: Während die URNG die Meinung vertrat, eine Wahrheitskommission solle unmittelbar nach der Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens ihre Arbeit aufnehmen, sprach sich die Regierungsdelegation dafür aus, ein solches Abkommen erst nach der Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens in Kraft treten zu lassen.

---

[169] Gleichzeitig setzten beide Konfliktparteien ihre Kriegshandlungen fort. In der Hauptstadt manifestierte sich die selektive Repression in der Ermordung Prominenter. Anfang August wurde José Miguel Mérida Escobar ermordet, der als Leiter der polizeilichen Mordkommission den Fall der Erschießung von Myrna Mack untersuchte und ein Mitglied der Präsidentengarde EMP, Noel de Jesús Beteta, hatte verhaften lassen.

[170] Im Dezember 1991 fanden personelle Umbesetzungen in der obersten Militärriege statt, die zu einer Stärkung des „harten“ Flügels führten (vgl. REMHI, Bd. III, S. 301).

[171] Mitte 1992 kündigte die Regierung die Bewaffnung von 1500 bis 2000 PAC-Mitgliedern im Süden Guatemalas an (vgl. Inforpress Centroamericana, Nr. 981, 7.5.1992).

3.2.3 Unvereinbarkeit der Verhandlungspositionen im Kontext zivilgesellschaftlicher Bewegung (1992-1993)

Ende 1991, zu Beginn der Weihnachtsferien, kündigte die Regierung an, die Verhandlungen bis Januar auszusetzen.[172] De facto wurden sie indes erst im August 1992 wieder aufgenommen. Am 31. Dezember 1991 hatten die Regierung El Salvadors und der FMLN das „Protokoll von New York I" unterzeichnet und damit einen endgültigen Friedensschluss in Aussicht gestellt.[173] Dieses Abkommen wurde im Nachbarland zwar generell begrüßt, jedoch ebenso kritisch beäugt, da es sich bei den schließlich am 16. Januar 1991 unterzeichneten Friedensabkommen um sehr weitreichende Übereinkünfte handeln sollte. Zum Jahreswechsel war bereits bekannt, dass jene Verträge eine Reduzierung der Streitkräfte, die Schaffung neuer Sicherheitsorgane unter Beteiligung der Guerilla (FMLN) sowie eine „Säuberung" der Streitkräfte beinhalten würden. Die ersten Protagonisten des öffentlichen guatemaltekischen Lebens, die sich zur Beendigung der salvadorianischen »bewaffneten Auseinandersetzung« äußerten, bemühten sich, die Verschiedenheit der beiden Länder zu unterstreichen. Carlos Vielman, Vizepräsident des CACIF, warnte vor einem vorschnellen Friedensschluss, da ein solcher zu viele Konzessionen an die Guerilla impliziere.[174] Der Friedensschluss in El Salvador führte dennoch zu einem steigenden Druck auf die guatemaltekischen Konfliktparteien, ebenso zu einer Lösung zu gelangen. Vor diesem Hintergrund deutete sich zwar noch im Januar die Wiederaufnahme der Verhandlungen und auch eine stärkere Einbeziehung der Vereinten Nationen, die bislang nur als Beobachter an den Friedensgesprächen teilgenommen hatten, an, doch gelang es schließlich nicht, die beiden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Im März 1992 drohte die Gruppe „Junge Offiziere der Streitkräfte" unverhohlen mit einem Putsch, falls eine Untersuchungskommission für Menschenrechtsverletzungen einberufen werde.[175]

Als sich 1992 der Protest gegen die soziale Misere und die Praxis der Menschenrechtsverletzungen deutlich regte, genoss er eine internationale Beachtung und Anerkennung, die er in dem Maße zuvor nie besessen hatte.[176] Die „Entdeckung" Lateinamerikas jährte sich 1992 zum 500. Mal, und in der (kulturellen) Erinnerung an die Ausbeutung und Massakrierung der indigenen Völker des Kontinents entwickelte sich in Lateinamerika eine breite Protestbewegung. Auch für Guatemala bedeutete dies den Aufschwung der indigenen Bewegung,

---

[172] Vgl. poonal, Nr. 25, 16.1.1991.

[173] Vgl. Misión de Observadores de las Naciones Unidas en El Salvador (ONUSAL) (Hrsg.); Acuerdos de El Salvador: en el camino de la paz, San Salvador 1993 (2ª ed.).

[174] Vgl. Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 92; poonal, Nr. 26, 13.1.1992.

[175] Vgl. poonal Nr. 37, 30.3.1992.

[176] Zu den Protesten zählten Landbesetzungen (vgl. Trudeau; Guatemalan Politics, a.a.O., S. 161), Schülerproteste und der traditionelle Demonstrationszug der Studenten (*Huelga de Dolores*).

die sich Mitte der 1980er Jahre neu zu formieren begonnen hatte und sich 1992 in zahlreichen Veranstaltungen Gehör verschaffte. Als Rigoberta Menchú im Oktober 1992 den Friedensnobelpreis erhielt (und wenig später Helen Mack den alternativen Friedensnobelpreis), waren die Vorgänge in Guatemala weltweit Thema der Medienberichterstattung. Für die Öffentlichkeit in Guatemala selbst bedeutete die Verleihung des Preises an eine Maya-Frau eine brisante Debatte, in der sich die Gegensätzlichkeit der bestehenden Vorstellungen von der guatemaltekischen multikulturellen Nation deutlich manifestierte. Als Vertreter der Maya-Organisationen Anfang der 1990er Jahre die Idee einer multi*nationalen* Gesellschaft vorgestellt und mit kulturellen und politischen Autonomieforderungen verbunden hatten,[177] wurde die ladinische Angst vor einem Aufbegehren der „Indios" geschürt. Uralte Ressentiments vermischten sich in den Äußerungen zum 500. Jahrestag der Eroberung mit paternalistischen Konzepten von der guatemaltekischen Nation.[178] Vor diesem Hintergrund zeichnete sich ab, dass auch das Thema der „Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung" zu den umstrittensten Aspekten der Verhandlungsagenda zählen würde.

Auch die Verbesserung der Lebenssituation wurde in diesen Monaten vehement eingefordert; Ende April beging der CUC den 14. Jahrestag seines Bestehens mit einer beachtlichen Demonstration, und im Juli befanden sich ca. 200.000 Beschäftigte im Streik, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Zur gleichen Zeit wurde die Hauptstadt von einer Flut von Bombendrohungen und -anschlägen erschüttert, die nicht nur Menschenrechtsorganisationen und Medien betrafen, sondern auch staatliche und kommerzielle Einrichtungen.[179] Die auf rechte Gruppierungen zurückgeführte Serie von Anschlägen wurde als Versuch gewertet, den Friedensprozess zu blockieren. Ende Juli 1992 belegte die von mehreren Augenzeugen beobachtete Entführung der *Guerillera* Maritza Urrutia den Unwillen des Militärs, sich von den Terrorpraktiken der Vergangenheit zu lösen. Sechs Tage nach der Entführung wurde im Fernsehen ein Video gezeigt, in dem die Gefolterte öffentlich der Guerilla abschwor und auch ihre *compañeros* dazu aufrief. Weder die psychologische Kriegsführung des Militärs noch die zeitgleich von der ORPA durchgeführte Offensive regten zu einer Wiederaufnahme der Friedensgespräche an.[180]

---

[177] Vgl. Bastos/Camus; Quebrando el Silencio, a.a.O., S. 147ff.

[178] In mehreren Äußerungen wurde die Metaphorik familiärer Bindungen bemüht, die die Ebenen des schicksalhaft Intimen und des Patriarchalen umschließt. Dabei wird das Indigene mit weiblichen Attributen belegt und somit die Rolle der *indigenas* in der guatemaltekischen Familie vorgezeichnet (vgl. insbes. Nelson; A Finger in the Wound, a.a.O., S. 26).

[179] Dazu zählten das Grundbuchamt, das Erziehungsministerium, eine McDonalds-Filiale und die „Nationale Bank für Wohnungsbau" (vgl. Trudeau; Guatemalan Politics, a.a.O., S. 171).

[180] Zur Offensive der ORPA (*Organización del Pueblo en Armas*) in Esquintla, Quetzaltenango, Retalhuleu und San Marcos vgl. REMHI, Bd. III, S. 305.

Dennoch verlief der Friedensprozess nicht gänzlich im Sande. In erster Linie der Vermittlungstätigkeit des Vorsitzenden der Nationalen Versöhnungskommission, Quezada Toruño, war es zu verdanken, dass indirekte Gespräche fortgeführt wurden. Im Mai 1992 präsentierte die URNG ein Papier, welches die Vorstellungen hinsichtlich des Friedensprozesses und der Inhalte der zu diskutierenden Abkommen enthielt. Die Regierung reagierte im Juni mit einem entsprechenden Dokument und erklärte sich zu einer Wiederaufnahme der Gespräche bereit. Der CACIF seinerseits reagierte prompt mit einer sechsseitigen Zeitungsanzeige, in der vor Kompromissen mit der Guerilla gewarnt wurde.[181] Auf das Treffen der URNG mit den Vertretern der gewerkschaftlichen und Volksorganisationen in Metepec vom Oktober 1990 war die Gründung der „Koordination der Zivilen Sektoren" (CSC – *Coordinadora de Sectores Civiles*) gefolgt. Dabei handelte es sich um einen Zusammenschluss von 73 Organisationen aus dem religiösen, indigenen, gewerkschaftlichen und Menschenrechtsspektrum, der um die Einbeziehung in die Verhandlungen focht.[182] Als dieser Zusammenschluss im Mai 1992 einen Vorschlag zum Thema der Menschenrechte veröffentlichte, der die Forderungen nach der Auflösung der Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen, der Beendigung der Zwangsrekrutierungen, der Anerkennung des internationalen humanitären Rechtes und der Einsetzung einer „Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit" enthielt, stockte der Verhandlungsprozess erneut.[183] Mit dem Vorschlag hatte die »organisierte Zivilgesellschaft« das von GAM entwickelte Konzept einer Wahrheitskommission, die auf der Basis von Zeugenaussagen die Verbrechen der letzten Jahre (!) untersuchen, materielle und intellektuelle Verantwortliche feststellen und Empfehlungen aussprechen sollte, unterstrichen. Am 3. August 1992 begann schließlich eine weitere Verhandlungsrunde zum Thema der Menschenrechte. Bei einem der beiden im August stattfindenden Treffen wurde über die Einsetzung einer Wahrheitskommission verhandelt. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurden lediglich die zuvor artikulierten unterschiedlichen Standpunkte zu Protokoll gegeben. Zu diesem Zeitpunkt wurden unterschiedliche Ansprüche an die künftige Kommission öf-

---

[181] Der vereinbarte Verhandlungskatalog wurde darin verworfen. „Der CACIF vertritt die Meinung, dass der Charakter und der Inhalt der in Mexiko-Stadt am 26. April 1991 vereinbarten Themen den Gesprächsrahmen, der der URNG zukommt, sprengt." Ebenso abgelehnt wurde die Einbeziehung der »organisierten Zivilgesellschaft« (zit. nach poonal, Nr. 50, 29.6.1992).

[182] Vgl. Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 167. Dabei integrierten sich einige Organisationen in mehrere Diskussionsforen gleichzeitig. GAM, CONAVIGUA, CUC, CCPP und die CPR (*Comunidades de Población en Resistencia*) verstanden sich sowohl als Teil des „Gewerkschafts- und Volkssektors" als auch des „Mayasektors".

[183] Vgl. Karen Ponciano Castellanos; El rol de la sociedad en Guatemala y El Salvador: procesos de negociación comparados, in: INCEP (Hrsg.): Panorama Centroamericano. Temas y documentos de debate, Guatemala 4/1996, S. 78f.

fentlich debattiert.[184] Neben ihrer Zusammensetzung bestand ein wesentlicher Streitpunkt hinsichtlich der Funktionen einer solchen investigativen Instanz und hinsichtlich der Frage, ob die Kommission die für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen namentlich aufzuführen befugt sein sollte.[185] In diesen Monaten stand die Unterzeichnung eines Abkommens kurz bevor, doch bewirkten personelle Umbesetzungen[186] und die Ereignisse im südlichen Nachbarland das Abrücken von der Verhandlungsposition, welche die Regierungsdelegation zuvor vertreten hatte.[187]

Im März 1993 präsentierte die salvadorianische Wahrheitskommission, die damit beauftragt gewesen war, gesellschaftlich besonders bedeutende Gewalttaten zu untersuchen, ihren Abschlussbericht.[188] Die Kommission hatte einen Bericht erarbeitet, der mehr als 30 solcher Fälle nicht nur dokumentierte, sondern auch die Verantwortlichen namentlich aufführte. In ihren Empfehlungen hatte die Kommission zwar die strafrechtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen ausgenommen, aber die „Säuberung" staatlicher Institutionen nahegelegt.[189] Zusätzlich hatte im Vorfeld die „Ad-hoc-Kommission", ebenfalls Produkt der salvadorianischen Friedensverträge und damit beauftragt, die Beteiligung von Militärangehörigen an Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, dem UN-Generalsekretär einen Abschlussbericht übergeben, welcher eine Liste von mehr als 100 teilweise hochrangigen Militärs enthielt. Vor diesem Hinter-

---

[184] Ein Konzept des GAM sah ein Spektrum von Kommissionsmitgliedern vor, das Anwaltskammer, katholische und evangelische Kirchen, National- und Privatuniversitäten, Gewerkschaften, Studenten, CIIDH (*Centro Internacional para Investigaciones en Derechos Humanos*) und Menschenrechtsprokurator berücksichtigen sollte. Zusätzlich sollten Repräsentanten des GAM und der beiden Konfliktparteien vertreten sein. Ein von CONAVIGUA vorgestelltes Konzept schloss zudem Vertreter der UNO ein (vgl. La Comisión de Verdad en la óptica de la sociedad, in: Noticias de Guatemala, September 1992, S. 3f.).

[185] Nineth Montenegro präsentierte das Konzept einer Kommission, die sowohl Fälle von besonderer nationaler und internationaler Bedeutung als auch unbekanntere Fälle, die konkrete Beweise über die materiellen und intellektuellen Tatverantwortlichen beibringen könnten, untersuchen sollte (vgl. Nineth Montenegro; Cómo se debe integrar la Comisión de la Verdad, in: Noticias de Guatemala, 20.4.1993). Eine Wahrheitskommission stellte sich hier nicht mehr vorrangig als Instrument zur Aufklärung individueller Schicksale und somit zur persönlichen Gewissheit über das Schicksal der Angehörigen dar, sondern als *conditio sine qua non* für die Verurteilung von Tätern.

[186] Mit der Absetzung zweier Mitglieder der Regierungsdelegation, General Julio Balconi Turcis und General Rafael Rosito wurde Ende 1992 die verhandlungsunwillige „harte" Linie gestärkt.

[187] Vgl. das Schreiben des US-Botschafters vom 20. Januar 1994, abgedruckt in: Gregory Grandin (Hrsg.); Denegado en su Totalidad. Documentos estadounidenses liberados, Guatemala 2002.

[188] Vgl. De la locura a la esperanza. Informe de la Comisión de la Verdad para El Salvador, San Salvador (ohne Ortsangabe [1993]), S. 261.

[189] Vgl. Thomas Buergenthal; The United Nations Truth Commission for El Salvador, in: Kritz; Transitional Justice, a.a.O., Bd. I.

grund wurde die Unterzeichnung des Abkommens über die Einsetzung einer Wahrheitskommission abgelehnt und die Gespräche auf Bereiche verlagert, die nicht Bestandteil der 1991 vereinbarten Verhandlungsagenda waren. Die Verhandlungen wurden zu einem leeren Ritual, und die Regierung schien eine Einigung auf die Zeit nach einer militärischen oder politischen Kapitulation der Guerilla verschieben zu wollen.

Serranazo

Die innenpolitische Situation in den ersten Monaten des Jahres 1993 war von einer sich immer deutlicher abzeichnenden Regierungskrise geprägt, die sich an der beabsichtigten Privatisierung des Elektrizitätswesens entzündete.[190] Die anhaltenden Proteste gegen die Regierungspolitik galten als Anlass für einen Selbstputsch, den Serrano Ende Mai 1993 unternahm.[191] Er dekretierte die Auflösung von Kongress und Oberstem Gerichtshof, setzte die General- und Menschenrechtsprokuratoren ab und 50 Verfassungsartikel außer Kraft. Gleichzeitig betonte er, dass es sich um eine Aktion der „Säuberung" handele und wies die Oberste Wahlbehörde an, binnen 60 Tagen Neuwahlen für den Kongress durchführen zu lassen. Die gesamte Gesellschaft, einschließlich des (konservativen) Privatsektors und großer Teile des Militärs, lehnte den Selbstputsch ab und entwickelte in den folgenden Tagen eine schlagkräftige Widerstandsbewegung. Ein wesentlicher Impuls ging dabei vom „Strategischen Komitee" des CACIF aus, das den Dialog zu anderen Unternehmerkreisen, Gewerkschaften, politischen Parteien, diplomatischen Kreisen und der »organisierten Zivilgesellschaft« aufnahm und das „Multisektorale Forum" gründete. Daraus entstand wenig später die „Nationale Konsensinstanz", die bemüht war, ein breiteres Spektrum von Organisationen in die Widerstandsbewegung einzubinden. Nach einigen Protestaktionen und diversen Treffen war etwa zeitgleich mit dem „Multisektoralen Forum" das „Soziale Multisektorale Forum" entstanden, welches auf der politischen Landkarte weiter links zu verorten war und während der gesamten Episode eigenständige Protestaktionen durchführte. Angeführt von Rigoberta Menchú, Helen Mack und Alfonso Fuentes Soría (Rektor der Nationaluniversität), sprach sich dieser Zusammenschluss von gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen (u.a. FAMDEGUA und GAM) gegen die Zusammenarbeit mit

[190] Der Protest gegen die von Serrano verordneten Strompreiserhöhungen wurde zunehmend von koalitionstragenden Abgeordneten der DC (*Democracia Cristiana*) unterstützt. Schließlich rief der Kongresspräsident José Lobo Dubón die Bevölkerung zur Ignorierung der Stromrechnungen auf (vgl. McCleary; Imponiendo la Democracia, a.a.O., S. 178.). Auch der Menschenrechtsprokurator und das Verfassungsgericht sprachen sich gegen die unpopuläre Maßnahme aus. Anfang Mai waren in der Hauptstadt zudem Studenten-/Schülerproteste zu verzeichnen.

[191] Am frühen Morgen des 25. Mai verwies Serrano in einer Fernsehansprache darauf, die Entscheidung aufgrund des Verfalls der demokratischen Institutionen eigenständig getroffen zu haben (vgl. McCleary; Imponiendo la Democracia, a.a.O., S. 183 und 192f.).

der Militärspitze aus.[192] Dennoch reihten sich viele Mitgliedsorganisationen des „Sozialen Multisektoralen Forums“ in die „Nationale Konsensinstanz“ ein, die neben der friedlichen Rückkehr zur legalen Ordnung und der Etablierung eines intersektoralen Dialoges zur Lösung der mittel- und langfristigen Probleme des Landes auch die Konsolidierung des Friedensprozesses verfolgte. Internationale Organisationen, die Presse und die Organisationen der Zivilgesellschaft übten auch in den folgenden Tagen starken Druck aus, Bestechungsversuche Serranos misslangen und schließlich kursierte das Gerücht, der Unternehmerverband CACIF plane einen Streik.[193] Die Episode wurde mit einem zweiten unblutigen Putsch beendet, der von ranghohen Militärangehörigen geplant und mit Zustimmung zivilgesellschaftlicher Sektoren am 1. Juni durchgeführt wurde. Nach der Absetzung Serranos fanden kurze Verhandlungen zwischen der „Nationalen Konsensinstanz“ und dem Verfassungsgericht statt, und es wurde vereinbart, dass erstere eine Liste von drei Interimspräsidentschaftskandidaten vorlegen solle. Als im Plenum der „Nationalen Konsensinstanz“ über jene Kandidaten entschieden wurde, enthielt sich die »organisierte Zivilgesellschaft« der Stimme, da ihr keiner der Kandidaten akzeptabel erschien.[194] Am 5. Juni wählte der Kongress den vorigen Menschenrechtsprokurator Ramiro de León Carpio zum neuen Präsidenten.

Die kurze undemokratische Episode zeigte vor allem eines überdeutlich: Die nationalen Eliten waren nicht mehr bereit, eine zumindest formaldemokratische Grundstruktur aufzugeben. Zudem wurde der Dialog zunehmend als Instrument der Konfliktlösung anerkannt. Während der Unternehmersektor dabei die Akzente setzte, wurde die »organisierte Zivilgesellschaft«, die eine tragende Rolle in der Protestbewegung gespielt hatte, im Moment der Absetzung Serranos an den Rand gedrängt. Das Muster einer konzertierten Aktion, in der die linken Organisationen der Zivilgesellschaft ihre Position nicht durchsetzen konnten, sollte sich, wie auch die Bildung und recht baldige Auflösung von Zusammenschlüssen, in den darauffolgenden Jahren wiederholen. Die „Nationale Konsensinstanz“ beendete ihre Arbeit faktisch Anfang Oktober 1993.

3.2.4 Die Wahrheitskommission als Stolperstein (1993-1994)

Obwohl die Ernennung de León Carpios zunächst Hoffnungen geschürt hatte, zeigte sich schnell, dass seine Ernennung weder mit einer Abnahme der Menschenrechtsverletzungen noch mit einer sofortigen Wiederaufnahme der Frie-

[192] Zwei Mitglieder des „Multisektoralen Forums“, Amílcar Burgos und Ernesto Viteri, hatten als Delegierte Serranos den Friedensverhandlungen beigewohnt. Dabei hatte sich ersterer mit General Enríquez Morales angefreundet, und so wurde die Kooperation bei der Absetzung Serranos erleichtert.

[193] Vgl. McCleary; Imponiendo la Democracia, a.a.O., S. 251.

[194] Vgl. ebda., S. 299ff.

densverhandlungen verbunden war.[195] Im September 1993 unterbreitete der Vermittler Quezada Toruño einen Vorschlag zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, der u.a. die Teilnahme der Zivilgesellschaft an den Verhandlungen und eine aktivere Rolle der UNO vorsah. De León Carpio reagierte Anfang Oktober 1993 mit einem „Nationalen Friedensplan", der einen zweigeteilten Friedensprozess entwarf. Im Mittelpunkt stand die Aufnahme eines „Nationalen Versöhnungsprozesses", der alle gesellschaftlichen Sektoren – auf nationaler, regionaler, departamentaler, munizipaler und kommunaler Ebene – einbeziehen sollte.[196] Im Rahmen eines „Permanenten Forums für den Frieden", an welchem auch die URNG nach einer Waffenniederlegung teilnehmen dürfe, sollten die dringlichsten gesellschaftlichen Probleme des Landes diskutiert werden. Der zweite Strang des Nationalen Friedensplanes bestand in einer vom Nationalen Versöhnungsprozess getrennten Verhandlung über Waffenstillstand, Demobilisierung und Wiedereingliederung der Guerilla.

Damit hatte die Regierung versucht, das vor nunmehr 2½ Jahren vereinbarte Modell substantieller Verhandlungen durch ein Konzept zu ersetzen, welches die Waffenniederlage zur Voraussetzung der Diskussion von Reformen machte. Die URNG lehnte folglich den Vorschlag der Regierung ab. Letztere entschied im November 1993, die Nationale Versöhnungskommission aufzulösen und der UNO die Vermittlerrolle zukommen zu lassen. Die URNG stimmte grundsätzlich zunächst zwar der UNO-Vermittlung, nicht jedoch der Absetzung von Quezada Toruño zu. Nach mehrtägigen Gesprächen, die am 10. Januar 1994 in Mexiko endeten, war eine Rahmenvereinbarung über die Modalitäten der Wiederaufnahme der Gespräche erreicht. Vorgesehen war die Ersetzung Quezada Toruños durch einen Vertreter des UN-Generalsekretärs, die Verhandlungsführung auf der Grundlage des Abkommens von Mexiko und die Institutionalisierung der Rolle der Zivilgesellschaft, welche eine Versammlung bilden sollte, um stimmrechtslos Vorschläge sowohl zu diskutieren als auch in den Verhandlungsprozess einzubringen. Als Vorsitzender der Versammlung der Zivilgesellschaft (ASC – *Asamblea de la Sociedad Civil*) sollte Quezada Toruño weiterhin in den Verhandlungsprozess eingebunden sein. Den Vereinten Nationen sollte neben der Moderation der Friedensgespräche auch die Aufgabe der Verifizierung des Friedensprozesses zukommen. Zudem wurde die Rolle der „Gruppe der Freunde" (Kolumbien, Spanien, USA, Mexiko, Norwegen und Venezuela) umrissen, die die Arbeit der Vermittlerin durch entsprechende Vorschläge unterstützen sollte.

---

[195] Einerseits wurde der institutionalistische Flügel des Militärs gestärkt, als General Mario Enríquez (der als Nachfolger Gramajos galt) zum Verteidigungsminister ernannt wurde. Andererseits verschlechterte sich die Menschenrechtssituation im »Landesinneren«. 1994 verwies der neue Menschenrechtsprokurator, Jorge García, darauf, dass 1992 insgesamt 6.730 auf die Aktivität von PAC bezogene Anzeigen in seiner Institution eingegangen seien, 1993 seien es 13.339 solcher Anzeigen gewesen (vgl. poonal, Nr. 123, 31.1.1994).

[196] Vgl. Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 202ff.

Nach einer ersten erfolglosen Verhandlungsrunde endete eine zweite am 29. März 1994 mit der Unterzeichnung des ersten substantiellen Abkommens gemäß der 1991 vereinbarten Verhandlungsagenda. Das Menschenrechtsabkommen enthielt in einem ersten Teil grundsätzliche Verpflichtungen beider Konfliktparteien zur Achtung der Menschenrechte, die Betonung des Rechts auf Organisationsfreiheit sowie den Verzicht auf Zwangsrekrutierungen. Im zweiten Teil des Abkommens erhielt die Selbstverpflichtung des Staates zur Achtung der Menschenrechte durch die Schaffung einer Überwachungsinstanz, der UN-Mission für Guatemala (MINUGUA – *Misión de Naciones Unidas para Guatemala*), einen verbindlichen Charakter.[197] Mit dem Menschenrechtsabkommen wurde eine von URNG, Regierung und UNO-Moderator unterzeichnete Deklaration verabschiedet, welche die Verschiebung der Diskussion um die Wahrheitskommission auf den Monat Mai festlegte. Das Abkommen über eine Wahrheitskommission wurde vertagt, da nach wie vor keine Übereinstimmung hinsichtlich der Kernfragen bestand. Während die Delegation der URNG mit der Forderung, eine Kommission nach dem salvadorianischen Vorbild einzurichten und somit die Namensnennung in das Mandat einzubeziehen, nach Oslo gereist war, bestand die harte Linie innerhalb der Regierungsdelegation nach wie vor darauf, überhaupt keine Kommission einzurichten.[198]

Die Euphorie, die sich angesichts der Unterzeichnung des Menschenrechtsabkommens und somit des ersten fundamentalen Verhandlungsfortschrittes eingestellt hatte, versiegte schnell. Am 2. April 1994, nur wenige Tage nach der Unterzeichnung des Menschenrechtsabkommens, wurde der Präsident des Verfassungsgerichtes, Eduardo Epaminondas González Dubón, von Unbekannten ermordet. González Dubón hatte knapp ein Jahr zuvor den Selbstputsch Serranos und die beabsichtigten Kongressneuwahlen für verfassungswidrig erklärt. Wie auch die in diesen Monaten kursierenden Putschgerüchte war diese Tat ein Zeichen für die unnachgiebige Haltung einiger Sektoren der Gesellschaft.[199] Noch vor Beginn der für Ende Mai angesetzten Verhandlungsrunde hatte sich die Versammlung der Zivilgesellschaft unter Nichtbeteiligung des CACIF konstituiert und auch eine Vorhut der künftigen UNO-Mission zur Vorbereitung derselben das Land bereist.

Die auf die Unterzeichnung des Menschenrechtsabkommens folgende Verhandlungsrunde, die abermals nicht das Thema der Wahrheitskommission betraf,

---

[197] Vgl. auch Aguilera Peralta; Realizar un Imaginario, a.a.O., S. 136.

[198] Vgl. Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 129.

[199] Nachdem der das öffentliche Leben in den ersten Monaten des Jahres dominierende Streik am 8. April 1994 beendet worden war, trat die Menschenrechtsproblematik wieder mehr in den Vordergrund, das Augenmerk richtete sich u.a. auf die von der katholischen Kirche und der FAFG (*Fundación de Antroplogía Forense de Guatemala*) durchgeführte Untersuchung geheimer Friedhöfe in Plan de Sánchez (Baja Verapaz).

sondern die „Wiederansiedelung der entwurzelten Bevölkerung“[200], endete ohne ein Abkommen. Auch in diesem Punkt forderte die Regierung eine Waffenniederlegung als Voraussetzung für substantielle Diskussionen. Bezüglich der „Wiederansiedelung der entwurzelten Bevölkerung“ unterbreitete die „Versammlung der Zivilgesellschaft“ den Verhandlungsparteien erstmals eine Diskussionsvorlage, die u.a. die Demilitarisierung der Wiederansiedlungsgebiete, die Zwangsrekrutierungen und die Landfrage thematisierte und der Regierungsdelegation zu weitreichend war. Nach einer weiteren Verhandlungsrunde wurde am 17. Juni in Oslo das Abkommen zur „Wiederansiedelung der entwurzelten Bevölkerung“ unterzeichnet. Vor dem Hintergrund der bestehenden Praxis von Menschenrechtsverletzungen gegen Rückkehrer und Mitglieder der Widerstandsdörfer war das Abkommen auf den ersten Blick weitreichend. Es zeichnete die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen in Würde und Sicherheit vor: Die Rückkehrenden sollten nicht nur hinsichtlich ihrer Menschenrechte respektiert, sondern auch ökonomisch, sozial und politisch integriert werden. Auch wurde das Recht der indigenen *comunidades* auf eine eigene Lebensweise, kulturelle Identität und Tradition, sowie auf soziale und politische Organisation festgeschrieben (§ 2, Abs. 3). Die Unterzeichnung dieses Abkommens in einer gesellschaftlichen Atmosphäre, die durch die repressive Haltung der Militärs im »Landesinneren« und durch die Existenz diametraler vergangenheitspolitischer Positionen gekennzeichnet war, ließ sich indes nicht nur auf den steigenden nationalen und internationalen Druck zurückführen, sondern auch auf die Tatsache, dass dieses Abkommen (im Gegensatz zum Menschenrechtsabkommen) nicht sofort in Kraft trat.[201]

Als somit das zweite substantielle Abkommen unterzeichnet worden war, kursierten Gerüchte, dass auch die Unterzeichnung eines Abkommens hinsichtlich der Bildung einer Wahrheitskommission bevorstünde. Vor dem Hintergrund der bestehenden diametralen Verhandlungspositionen und der abermals drohenden Blockade des gesamten Verhandlungsprozesses übte nun vor allem die „Gruppe der Freunde“ starken Druck auf die Verhandlungsparteien aus. Einerseits entwickelte sich das Engagement der „Gruppe der Freunde“ vor dem Hintergrund der Bedeutung des Menschenrechtsthemas in der Welt der internationalen Beziehungen. Die Tatsache, dass Mónica Pinto als Menschenrechtsexpertin der UNO für Guatemala in ihrem letzten Bericht an die UNO-Menschenrechtskommission nicht nur die anhaltende Praxis der Menschenrechtsverletzungen verurteilt, sondern zudem das Thema der Wahrheitskommission in ihre Darstellung einbezogen hatte, wurde als Zeichen dafür gewertet, dass die Einrichtung

[200] Das Thema der Wiederansiedelung wurde vorgezogen, da der Rückkehrprozess bereits 1993 (mit erheblichen Schwierigkeiten) begonnen hatte.

[201] Abgesehen von der Einrichtung einer „technischen Kommission“, zu deren Aufgaben die Analyse der Situation und die Entwicklung und Supervision von Rückkehrerprojekten gehörten, trat das gesamte Abkommen erst mit der Unterzeichnung des finalen Friedensschlusses in Kraft.

einer derartigen Institution eine verbreitete und generelle Forderung sei, vor der die Augen nicht mehr verschlossen werden könnten.[202] Weitaus bedeutsamer für den vormals nicht ausgeübten Druck seitens der „Freunde" war jedoch die veränderte regionalpolitische Lage.[203] Am 1. Januar 1994 hatte das „zapatistische Befreiungsheer" EZLN seinen medienwirksamen Aufstand im unmittelbar an Guatemala angrenzenden Chiapas begonnen. Es handelte sich um einen Aufstand von *indígenas* unter der Leitung des inzwischen legendären *Subcomandante* Marcos, der den Guerillakampf weniger auf den gewaltsamen Aufstand als auf die Legendenbildung und eine ungekannte Form der internetbasierten Öffentlichkeitsarbeit stützte und somit sogleich Hoffnungen auf eine modernisierte Form der Rebellion im 21. Jh. entfachte. Impulse für die nach wie vor aktive URNG und ihre soziale Basis waren folglich nicht ausgeschlossen. Die „Gruppe der Freunde", der u.a. die USA und Mexiko angehörten, räumte der schnellen Befriedung des Nachbarstaates vor diesem Hintergrund eine zuvor nicht vorhandene Dringlichkeit ein.

Nachdem die „Gruppe der Freunde" erheblichen Druck auf die Konfliktparteien ausgeübt hatte und die Verhandlungen mehrmals kurz vor dem Abbruch standen, wurde schließlich am 27. Juni 1994 das Abkommen über die Institution unterzeichnet, die den Namen Kommission zur historischen Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten, die bei der guatemaltekischen Bevölkerung Leid verursacht haben" trug. Die jahrelang diametralen Verhandlungspositionen waren binnen kurzer Zeit zu einem Kompromiss zusammengeführt worden. Am 20. Januar 1994 hatte der US-Botschafter das *Secretary of State* über die Situation informiert:

> Die Guerillavertreter haben gesagt, dass eine solche Kommission unerlässlich ist und Teil des Friedensabkommens sein muss. Darin werden sie von einigen Politikern und Menschenrechts- und linken Organisationen unterstützt. *Wichtiger noch, die URNG-Forderung wird (aus moralischen Gründen) von der katholischen Kirche unterstützt* [...]. Außerdem werden es die Kommandanten, die sich jahrelang als Verteidiger der Menschenrechte positioniert und öffentlich eine Kommission gefordert haben, schwierig (*wenn auch aufgrund des Chiapas-bezogenen Druckes nicht unmöglich*) finden, von dieser Forderung abzuweichen. Dies würde ihre Legitimität in Guerillakreisen, Volksorganisationen und in internationalen Unterstützerorganisationen unterminieren. Damit ist auch das *Candy and Child*-Problem verbunden. Unter Serrano wurde der URNG eine Kommission zur Untersuchung vergangener Verbrechen angeboten [...]."[204]

Die Regierungsdelegation hatte das Thema vor dem Hintergrund der sich u.a. in Putschgerüchten andeutenden Haltung „harter" militärischer Zirkel unnachgiebig verhandelt.[205] Ihrerseits motiviert von verhandlungstaktischen Erwägungen,

---

[202] Vgl. Arlena Cifuentes; La Comisión sin Apellido, in: Noticias de Guatemala, Mai 1994.
[203] Vgl. dazu auch REMHI, Bd. III, S. 343.
[204] Zit. nach Grandin; Denegado en su Totalidad, a.a.O. (Hervorhebung A.O.).
[205] Vgl. Aguilera Peralta; Realizar un Imaginario, a.a.O., S. 138.

hatte die Delegation der Guerilla der Einrichtung einer Wahrheitskommission zugestimmt, die aufgrund mangelnder Kompetenzen von der »organisierten Zivilgesellschaft« als „kastriert" bezeichnet wurde. Die „Versammlung der Zivilgesellschaft" hatte zwar, da dieses Thema nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fiel,[206] hinsichtlich des Abkommens zur Einsetzung einer Wahrheitskommission keine Diskussionsvorlage in den Verhandlungsprozess eingebracht, aber dennoch ihre Vorstellungen deutlich artikuliert.[207]

Vor drei Jahren hatte die Regierung der von der URNG eingebrachten Forderung nach der Verhandlung eines breiten thematischen Spektrums nachgegeben, und nun stellte die vereinbarte Gestalt der Wahrheitskommission die erste Konzession der URNG an die Regierung dar. Mit der CEH war eine Kommission vereinbart worden, die der internationalen Öffentlichkeit als akzeptabel erscheinen musste.[208] Zudem zeigte sich im Nachgeben der Verhandlungsdelegation der URNG, dass andere Punkte der Verhandlungsagenda für die Grundlegung des Friedens eine größere Priorität besaßen als die Einrichtung einer Kommission, in deren Mandat auch die Aufklärung der von der Guerilla verübten Verbrechen fallen sollte.

Der gesamte Friedensprozess hatte 1994 durch die aktive Beteiligung des UN-Vermittlers Jean Arnault, der „Gruppe der Freunde" und der „Versammlung der Zivilgesellschaft" eine andere Dynamik entwickelt. Nach dem immer wieder unterbrochenen Verhandlungsmarathon der vergangenen Jahre standen nun tatsächlich die 1991 vereinbarten thematischen Blöcke auf der Tagesordnung der Verhandlungen. Im Kontext der bereits verhandelten Themen (Menschenrechte, Wiederansiedelung der entwurzelten Bevölkerung) und der künftig zu verhandelnden Reformen bezüglich der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Fundamente der guatemaltekischen Gesellschaft führten die Verhandlungen über die zuvor erbittert umstrittene Einsetzung einer Wahrheitskommission zu einem überraschend schnellen Kompromiss.

---

[206] Im Rahmenabkommen vom 10. Januar 1994 wurde der ASC explizit die Aufgabe zugeteilt, die Themen des 2.-7. Abkommens von Mexiko zu diskutieren (vgl. Tabelle 2).

[207] Ponciano verweist auf ein von der SSRI (*Coordinadora de Sectores Surgidos por la Represión y la Impunidad*) in den Verhandlungsprozess eingebrachtes Dokument (vgl. Ponciano Castellanos; El Rol de la Sociedad Civil en Guatemala y El Salvador, a.a.O., S. 88. Die *Coordinadora de Sectores Surgidos por la Represión y la Impunidad* war ein 1991 gegründeter Zusammenschluss, dem GAM, CONDEG, CERJ, CONAVIGUA, CPR-Ixcán, CPR-Sierra, CCPP und Mama Maquín angehörten). Mehrfach wurde indes darauf verwiesen, dass Nineth Montenegro als Vertreterin der ASC und in Begleitung eines von GAM erarbeiteten Positionspapiers an den Verhandlungen teilgenommen hatte (vgl. Richard Wilson; The people´s concience? Civil groups, peace and justice in the South African and Guatemalan transitions, CIIR, 1997, S. 16). Diese Version bestätigte Mario Polanco im Interview.

[208] Vgl. Aguilera Peralta; Realizar un Imaginario, a.a.O., S. 138.

3.2.5 Kritik an der Vertragsunterzeichnung

Nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens wogte eine Welle harscher Kritik durch die guatemaltekische Hauptstadt. Nachdem die Verhandlungsdelegation der Regierung die Einsetzung einer Kommission mit einem sehr eingeschränkten Mandat durchgesetzt hatte,[209] bewahrte die Militärspitze in den auf die Vertragsunterzeichnung folgenden Tagen Stillschweigen. Noch Ende April hatte General Julio Balconi Turcios die Position der Streitkräfte umrissen und auf dem „II. Ökumenischen Treffen für den Frieden" deklariert:

> das Militär lehnt weiterhin die Wahrheitskommission in der Form ab, wie sie bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorgeschlagen wurde, weil sie negative Auswirkungen haben könnte und, anstatt die Gesellschaft zu versöhnen, diese noch mehr polarisieren und weitere Auseinandersetzungen hervorrufen könnte. [...] Wir wären bereit, eine Untersuchung zu akzeptieren, wenn wir eine Lösung finden, die die negativen Aspekte streicht und die positiven zusammenstellt. Wenn die Kommission gebildet wird, sollte in den konstitutiven Bestimmungen des Abkommens all das enthalten sein, was notwendig wäre, damit die Untersuchung für die Personen zufriedenstellend ist, die sie für rein moralische Zwecke benötigen.[210]

Das Ergebnis der Verhandlungen entsprach den hier vorgestellten Erwartungen der Militärspitze insofern, als zwar eine moralische Verurteilung der Verbrechen zu erwarten war, jedoch weder die Offenlegung der Täteridentitäten noch strafrechtliche Konsequenzen. In der kurzen Debatte, die nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Einsetzung der CEH geführt wurde, richtete sich die Kritik hauptsächlich an die Verhandlungsdelegation der URNG, die einem Konzept die Zustimmung erteilt hatte, welches wesentlichen Forderungen der »organisierten Zivilgesellschaft« nicht entsprochen hatte. Die Kritik entzündete sich an den beiden zentralen Negativbestimmungen des Vertragstextes, dem Verbot, die Schuldigen namentlich aufzuführen und dem Verweis darauf, dass die Kommission ihre Arbeit weder mit strafrechtlichen Intentionen noch Konsequenzen aufnehmen solle. Wie die Entstehungsgeschichte der guatemaltekischen Wahrheitskommission zeigte, waren die Forderungen nach einer Bestrafung der Täter und nach der Aufdeckung der Wahrheit seit den 1980er Jahren aneinander gekoppelt. Vor diesem Hintergrund war die Kritik einhellig.

> Anfangs waren wir, die Menschenrechtsorganisationen und Akteure der Zivilgesellschaft im Allgemeinen, in Bezug auf die Wirksamkeit, die Lückenlosigkeit dieses Abkommens skeptisch. [...] Und wir waren besonders skeptisch, da wir den Eindruck hatten, dass sie, wenn man Aufklärung als Teil des Rechtes auf Gerechtigkeit versteht, nichts aufklären würde. Da das Abkommen festgelegt hatte, dass die Kommission zur

[209] Zum Mandat vgl. Kapitel 5.2.1.
[210] Zit. nach: Inforpress Centroamericana, Nr. 10777, 5.5.1994.

historischen Aufklärung die Verantwortlichen nicht beim Namen nennen dürfte, schien es uns, als nehme man der Wahrheit einen großen Teil.[211]

Ferner wurde ein Widerspruch zwischen dem Verbot der Namensnennung und dem Gebot, die Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten ganz und bis in die Einzelheiten aufzuklären, ausgemacht und die Vollständigkeit der Wahrheit über ein Verbrechen, welche die Identität des Täters ausklammere, bezweifelt.[212] Auch andere Forderungen, welche die »organisierte Zivilgesellschaft« in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Ausgestaltung der guatemaltekischen Wahrheitskommission formuliert, eingefordert und in die Verhandlungsposition der URNG hatte einfließen lassen, fanden sich im schließlich unterzeichneten Abkommen nicht wieder. Neben der Zusammensetzung der Kommission war es vor allem die Bestimmung hinsichtlich des Arbeitsbeginns, die die Gemüter erregte. Entgegen der oftmals formulierten Forderung nach einem unverzüglichen In-Kraft-Treten des Abkommens und somit nach einem sofortigen Beginn der Kommissionstätigkeit, war ein solcher erst in der Folge der Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens vorgesehen.

Die »organisierte Zivilgesellschaft« hatte im Juni 1994 eine neue Erfahrung gemacht. Erstmals hatte die URNG, die sich in den Friedensverhandlungen bisher als Vertreterin zivilgesellschaftlicher Forderungen präsentiert hatte, der Regierung bedeutende Konzessionen eingeräumt. Deshalb begannen nun auch prominente Vertreter der »organisierten Zivilgesellschaft«, öffentlich den Willen der in den Friedensprozess involvierten Akteure zu bezweifeln. Rosalina Tuyuc, Vorsitzende der Witwenorganisation CONAVIGUA, äußerte sich in diesem Zusammenhang äußerst skeptisch:

Als Opfer ist es schwer, dies [das Abkommen] zu unterstützen und zu entscheiden, ob ihre Einrichtung [CEH] einem wirklichen Willen der Parteien entspricht oder nicht, scheint es doch, als sei es ein Ergebnis des Druckes, den die ´befreundeten Länder` ausübten.[213]

Die Unterzeichnung des Osloer Abkommens hatte indes nicht nur die von der »organisierten Zivilgesellschaft« geäußerte Kritik hervorgebracht; auch in den Reihen der URNG wurde erbittert protestiert. Die interne Kritik war so vehement, dass Differenzen sowohl innerhalb der URNG-Generalkommandantur als

---

[211] „En un primer momento los organismos de derechos humanos y los actores de la sociedad civil en general, fuimos escepticos al respecto de la efectividad, de la coherencia de ese acuerdo [...]. Y fuimos escepticos en particular porque nos parecía que no iba a esclarecer nada, entendiendo esclarecimiento como parte del derecho a la justicia [...]. Y esto porque el acuerdo estipula que la Comisión de Esclarecimiento Histórico no nombraría, por nombre, los responsables, entonces nos parecía como que era quitarle gran parte a la verdad“ (J.A., Interview).

[212] Vgl. Molina; ¿Qué se puede esperar del Acuerdo?, a.a.O.

[213] Zit. nach Inforpress Centroamericana Nr. 1085, 30.6.1994.

auch zwischen dieser und nachgeordneten Rängen nach außen traten und sich deshalb ein erneuter Verhandlungsstillstand abzeichnete.[214]

Der einhelligen Kritik an den beiden zentralen Negativbestimmungen des Abkommens begegnete Miguel Ángel Sandoval, Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der URNG, indem er sie mit dem Verweis auf den Kontext des gesamten Friedensprozesses relativierte.[215] Zunächst verwies er auf die grundsätzliche Funktion einer Wahrheitskommission, die nicht in der Rechtsprechung, sondern vielmehr in der Dokumentation der Vergangenheit (*registro histórico documental*) bestehe und eine politisch-moralische Verurteilung der Täter nach sich zöge. Hingegen fiele es in den Aufgabenbereich des Justizsystems, Strafverfahren einzuleiten. Ausdrücklich verwies Sandoval darauf, dass erstens das Abkommen über die Einsetzung der CEH Betroffenen nicht die Möglichkeit nehme, strafrechtliche Schritte einzuleiten, und dass zweitens Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einer Amnestie ausgenommen seien. Im Kern der Argumentation Sandovals stand die Betrachtung des Abkommens über die Wahrheitskommission im Kontext des gesamten Friedensprozesses. In diesem Zusammenhang sei zu konstatieren, dass die Unterzeichnung des Osloer Abkommens einen wichtigen Erfolg im Hinblick auf den gesamten Verhandlungsverlauf, der aufgrund der Diskussionen um die Wahrheitskommission jahrelang blockiert gewesen war, darstellte. Diesbezüglich sei zu beachten, dass weitere zentrale Themen wie die Bestimmung des „Verhältnisses von militärischer und ziviler Gewalt“ verhandelt werden müssten und dass dabei die Frage der „Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung“ den wahren historischen Scheidepunkt (*el verdadero parteaguas histórico para Guatemala*) darstelle.

Und in der Tat musste das Abkommen über die Einsetzung der Wahrheitskommission im Zusammenhang mit dem gesamten Verlauf des Friedensprozesses bewertet werden. Nicht nur die URNG diskutierte das Thema vor dem Hintergrund der noch folgenden Verhandlungsschritte; auch die »organisierte Zivilgesellschaft« war bereits zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens über die CEH mit den inhaltlichen Vorbereitungen für die kommenden Verhandlungsrunden befasst. Die „Versammlung der Zivilgesellschaft“, die ihre Arbeit offiziell im Mai 1994 aufgenommen hatte, war nach der Erarbeitung des Positionspapiers zur „Wiederansiedelung der entwurzelten Bevölkerung“ in einen kontroversen Diskussionsprozess hinsichtlich der „Rechte und Identität der indigenen Völker“ eingetreten.[216] Das Osloer Abkommen war im Kontext eines

---

[214] Vgl. Inforpress Centroameriana Nr. 1093, 25.8.1994.

[215] Vgl. dazu im folgenden: Miguel Ángel Sandoval; Valoración del Acuerdo de la Comisión de la Verdad, in: Noticias de Guatemala, Juli 1994.

[216] Das Thema der „Rechte und Identität der indigenen Völker“ rief in der „Versammlung der Zivilgesellschaft“ heftige Kontroversen hervor, die von den weitreichenden Forderungen einiger Maya-Organisationen ausgelöst wurden (vgl. Ponciano; El Rol de la Sociedad Civil en Guatemala y El Salvador, a.a.O., S. 107ff.).

Friedensprozesses unterzeichnet worden, der in den vergangenen Jahren nur von wenigen Verhandlungserfolgen gekrönt gewesen war. Der Unterzeichnung des Menschenrechtsabkommens und seines sofortigen In-Kraft-Tretens im März 1994 war keine spürbare Verbesserung der Menschenrechtssituation gefolgt.[217] Vor allem die Zwangsrekrutierungen im »Landesinneren« und die Drohungen, welche die Entdeckung geheimer Friedhöfe in diesen Monaten des Jahres 1994 begleiteten, waren mit der Rhetorik der Verhandlungen unvereinbar. Vor diesem Hintergrund geriet die Verzögerung des Arbeitsbeginnes der UN-Überprüfungsmission ins Visier der Kritik. Während das Abkommen zur Einsetzung der Wahrheitskommission bei der »organisierten Zivilgesellschaft« auf Ablehnung stieß, bezeugten wichtige internationale Akteure ihre Zustimmung. Nach der Bekanntgabe der Vertragsunterzeichnung kündigte der norwegische Kanzler die Bereitstellung von US-$ 1,2 Mio. für Friedensprojekte an, und auch der US-amerikanische Präsident Clinton ließ verlautbaren, beim US-Kongress um die Einrichtung eines „Friedensfonds" von ca. US-$ 7 Mio. zu ersuchen.[218]

Die harsche Kritik an der Unterzeichnung des Osloer Abkommens trat in den folgenden Jahren in den Hintergrund und wich der Unterstützung für die Kommissionstätigkeit.[219] Der Vorsitzende des GAM, der im Interview ebenfalls das Verbot der Namensnennung und die juristische Konsequenzlosigkeit kritisierte, leitete eine rückblickende Bewertung des Abkommens mit dem Verweis darauf ein, dass, nachdem GAM mehrere Vorschläge zum Mandat der künftigen Wahrheitskommission in den Verhandlungsprozess eingebracht hatte, selbst der Namensvorschlag abgelehnt worden war: Wir haben sie 'Wahrheitskommission' genannt und sie benannten sie 'Kommission…, ein langer, langer Name, 'Kommission für die historische Aufklärung der Taten' und ich weiß nicht, was noch.[220] Trotz aller Schwachpunkte habe es sich jedoch um ein von der UNO gestütztes Instrument gehandelt. „Es war ein sehr, sehr wichtiges Instrument, nicht wahr? Es war das einzige, das wir hatten und so war es wichtig, es mit seinen Schwächen zu unterstützen".[221] Die Haltung vieler Vertreter der »organisierten Zivilgesellschaft« zeichnete sich sowohl durch Skepsis und Enttäuschung als auch durch die Bereitschaft aus, die „zahnlose" Kommission zu unterstützen.

---

[217] Der Menschenrechtsprokurator Jorge García verwies auf 10.053 Anzeigen, die in den ersten sieben Monaten des Jahres in seiner Institution eingegangen seien. Davon bezogen sich 171 auf extralegale Hinrichtungen (vgl. poonal, Nr. 159, 6.9.1994).

[218] Vgl. Inforpress, Nr. 1085, 30.6.1994.; auch: Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 98f.

[219] So schätzte auch der Vorsitzende der CEH die harsche Kritik und die Auseinandersetzungen der vorangegangenen Jahre ein: „das war eine ziemlich akademische Debatte, also: es kommt doch darauf an, was man aus der Sache macht." (Tomuschat, Interview).

[220] „no tomaron ni el nombre..nosotros la llamabamos Comisión de la Verdad y la pusieron Comisión.., un nombre largo, largo, Comisión para el Esclarecimiento Histórico de los hechos, y no sé que más." (R.M., Interview).

[221] „era un instrumento muy, muy importante este, no?, era lo único que teníamos y entonces lo importante era […] fortalecerlo con sus debilidades." (ebda.).

4 Krieg und Frieden

Am 5. Oktober 1995 marschierte eine Militärpatrouille in die auf der Finca Xamán (Alta Verapaz) gelegene *comunidad* „Aurora 8 de Octubre“ (Morgenröte 8. Oktober), in der etwa 90 Familien lebten, die im Oktober 1994 aus dem mexikanischen Exil zurückgekehrt waren. Nachdem sich immer mehr Bewohner versammelt hatten und lautstark den Abzug der Soldaten einforderten, begannen letztere, in die wehrlose Menge zu schießen und töteten dabei elf Personen.[222]

Das Massaker von Xamán war die Übertretung einer gesellschaftlichen Normalität, die sich vor allem im »Landesinneren« durch den Fortbestand militärischer Strukturen und der damit verbundenen Bedrohung auszeichnete. Es zeigte auch, dass Verhandlungen auf nationaler Ebene keineswegs die Willkür auszuschließen vermochten: Die Bewohner der *comunidad* „Aurora 8 de Octubre“ befanden sich am Tag des Massakers inmitten der Vorbereitungen für die Festivitäten anlässlich des ersten Jahrestages des Bestehens ihrer *comunidad* und des dritten Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der guatemaltekischen Regierung und der Vertretung der Flüchtlinge in Mexiko vom 8. Oktober 1992. „Die guatemaltekische Regierung verpflichtet sich“, hieß es in diesem Dokument, „alle Mechanismen zu schaffen und anzuwenden, die notwendig sind, um den Schutz, die Sicherheit, Integrität und Freiheit der Rückkehrer und ihrer *comunidades* zu garantieren [...]“.[223]

Als das Massaker von Xamán verübt wurde, lag die Unterzeichnung des Abkommens über die Einsetzung der Wahrheitskommission CEH 15 Monate zurück. Zu diesem Zeitpunkt hatte das katholische Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung bereits seine Arbeit aufgenommen und damit begonnen, die künftigen Interviewer (*animadores*) auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Als die offizielle Wahrheitskommission im Juli 1997 ihre Büros für Zeugen öffnete, hatte sich, da inzwischen das „feste und dauerhafte“ Friedensabkommen unterzeichnet worden war, eine entscheidende politische Variable verändert. Die Rahmenbedingungen der Projekttätigkeit unterschieden sich folglich bei beiden Bemühungen um historische Aufklärung signifikant: Während REMHI mit der Untersuchung vergangener Menschenrechtsverletzungen noch vor dem vertraglichen Abschluss der »bewaffneten Auseinandersetzung« begonnen hatte, fiel der Arbeitsbeginn der offiziellen Kommission bereits in die postkonfliktive Ära. Der unterschiedliche Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme bedeutete jedoch nicht, dass das katholische Projekt und die offizielle Wahrheitskommission nacheinan-

[222] Vgl. CEH, Bd. VI, S. 37ff. (*caso ilustrativo* N°3). Vgl. auch Carlos Martín Berístain; Viaje a la memoria. Por los caminos de la milpa, Barcelona 1997, S. 163ff.

[223] Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 175.

der arbeiteten. Beide Bemühungen um die historische Aufklärung der vergangenen Gräueltaten verliefen vielmehr ab Juli 1997 parallel und teilweise verschränkt. Für die Arbeit der offiziellen Kommission wurde das kirchliche Projekt nicht nur zum praktischen und theoretischen Bezugspunkt, sondern zudem zu einem bedeutenden vergangenheitspolitischen Kontext.[224] Die Dynamik der Bemühungen zur historischen Aufklärung entwickelte sich in einem gesellschaftlichen Kontext, der von einer Vielfalt von Reformvorhaben und -prozessen, der Einbindung der »organisierten Zivilgesellschaft« in die diesbezügliche Diskussion und schließlich von einem nur eingeschränkten Abbau der lokalen Repressionsstrukturen gekennzeichnet war.

4.1 Der Friedensschluss

Die Friedensverhandlungen, deren Verlauf in Kapitel 3.2 bis zur Unterzeichnung des Abkommens über die Einsetzung der Wahrheitskommission skizziert wurde, brachten erst im Dezember 1996 ein abschließendes Ergebnis hervor. Nachdem unmittelbar nach der Unterzeichnung der Abkommen über die Einsetzung der CEH und über die „Wiederansiedelung der entwurzelten Bevölkerung" ein Verhandlungsstillstand zu verzeichnen war,[225] entfaltete der Verhandlungsprozess nach der Arbeitsaufnahme der UN-Mission Ende 1994 eine neue Dynamik.

Mit dem Abkommen über die „Identität und Rechte der indigenen Völker" wurde im März 1995 ein viertes substantielles Abkommen unterzeichnet und damit das ideologische und praktische Fundament der postkonfliktiven guatemaltekischen Nation. Es wurde nicht nur der „multiethnische, plurikulturelle und multilinguale" Charakter der territorial unteilbaren Nation niedergelegt, sondern auch die Identität der indigenen Völker definiert.[226] Das Abkommen enthielt ferner einen Katalog von ca. 100 Absichtserklärungen, politischen Projekten und Gesetzes- und Verfassungsänderungen, die auf eine umfassende Reformierung des Gesellschaftsgefüges und die Anerkennung der lingualen, religiösen, politischen und rechtsprechenden Traditionen der indigenen Bevölkerung zielten.[227] Die folgenden Monate standen im Schatten der Präsidentschaftswah-

[224] Vgl. Kapitel 7.1.

[225] Ausschlaggebend waren u.a. die durch die Unterzeichnung des CEH-Abkommens ausgelösten URNG-internen Dispute, die Zunahme der Kampfhandlungen und die Verschlechterung der Menschenrechtssituation. Von besonderer Bedeutung waren in diesem Zusammenhang die mangelnde Bereitschaft der Regierung, das bereits in Kraft getretene Menschenrechtsabkommen umzusetzen und die Verzögerungen bei der Arbeitsaufnahme der UN-Überwachungsmission.

[226] Vgl. Kapitel 9.

[227] Das Spektrum reichte dabei von Projekten zur Beseitigung der ethnischen Diskriminierung (gesetzliche Bestimmung der ethnischen Diskriminierung als Straftat, Einrichtungen zur Verteidigung der Rechte von *indígenas* und von indigenen Frauen [*defensorías*], Offiziali-

len zum Jahreswechsel 1995/1996. Aus den Wahlen ging im Januar 1996 der vom Unternehmerverband CACIF unterstützte Kandidat des PAN (*Partido de Avanzada Nacional*), Álvaro Arzú, mit dem Versprechen auf eine baldige Beendigung der »bewaffneten Auseinandersetzung« siegreich hervor.[228] Vor dem Hintergrund der Wahlen, des internationalen Druckes und der Aktivität der UN-Überwachungsmission wurde der Verhandlungsprozess im Jahre 1996 beschleunigt. Im Mai 1996 wurde das Abkommen über die „sozioökonomischen Aspekte und die Agrarsituation" unterzeichnet. Das Abkommen wurde sogleich von der »organisierten Zivilgesellschaft« harsch kritisiert, da es substantielle Reformen, insbesondere eine umfangreiche Landreform, vermissen ließ. Dennoch enthielt das Abkommen das Potenzial grundlegender Reformen im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik sowie Ansätze zu einer „Modernisierung"[229] der Landverteilung.

Im September 1996 folgte die Unterzeichnung des Abkommens „zur Stärkung der Zivilgewalt und zur Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft". Vorgesehen waren die Auflösung der Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen, des präsidialen Generalstabs (EMP) und der ambulanten Militärpolizei. Sowohl Truppenstärke als auch Militärhaushalt sollten reduziert und eine neue zivile Polizei aufgebaut werden. Das Militär sollte eine neue Militärdoktrin erarbeiten und sich künftig auf die Verteidigung der nationalen Souveränität beschränken. Das Abkommen sah ferner die umfassende Reformierung des Justizwesens vor.[230] Viele der in den Verträgen skizzierten Reformen waren an Verfassungsreformen und somit an die Zustimmung von 2/3 der Kongressabgeordneten und ein anschließendes Referendum gekoppelt. Für die meisten der anvisierten Reformen galt, dass sie einer Gesetzesgrundlage und einer Finanzierung bedurften. Mit der Unterzeichnung des Abkommens zur „Stärkung der Zi-

---

sierung der indigenen Sprachen, Stätten und Kleidung, Bereitstellung von Radiofrequenzen und kostenlosem Rechtsbeistand), einer umfassenden Bildungsreform (Zugang, Inhalte, Budgetierung) bis hin zu Reformen hinsichtlich der Landfrage, der politischen Partizipation und des Gewohnheitsrechtes. Vgl. Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 253-274).

[228] Auch die URNG wurde durch den Wahlausgang politisch gestärkt, da die neugegründete linke Partei FDNG (*Frente Democrático Nueva Guatemala*) ein unerwartet hohes Ergebnis erzielt hatte.

[229] Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 158. Vorgesehen war neben der Einrichtung eines Landfonds und eines Katasterprogrammes die Schaffung einer zentralen Stelle zur Lösung von Landkonflikten. Diese Mechanismen bildeten mit den in den Abkommen zur „Wiederansiedelung der entwurzelten Bevölkerung" und der „Rechte und Identität der indigenen Völker" ein Gesamtpaket (vgl. auch Rosalinda Hernández-Alarcón; Problemática de la tierra reclama soluciones efectivas, Guatemala 2000.).

[230] Die Schwachpunkte des Abkommens lagen darin, dass keine „Säuberung" der Streitkräfte vorgesehen war und eine Verfassungsreform vorgeschlagen wurde, welche dem Präsidenten in Ausnahmefällen das Recht zusprechen sollte, das Militär zur Wahrung der inneren Sicherheit einzusetzen.

vilgewalt“ war der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der Friedensverhandlungen erreicht. Gemäß dem Abkommen von Mexiko, welches bereits 1991 die Liste der substantiellen Themen festgelegt hatte, waren nun noch die Verfassungsreformen und das Wahlsystems, die Grundlagen der Wiedereingliederung der URNG in das politische Leben, die Regelung eines endgültigen Waffenstillstandes sowie der Zeitplan für die Umsetzung der Abkommen zu verhandeln. Die entsprechenden Abkommen wurden im Dezember 1996 unterzeichnet.

Am 29. Dezember 1996 fand die »bewaffnete Auseinandersetzung« mit der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften“ Friedensabkommens nach zehn Jahren zäher Verhandlungen ein Ende, und dieses Ereignis wurde von Tausenden von Menschen nicht nur auf dem Hauptplatz von Guatemala-Stadt, sondern auch im »Landesinneren« enthusiastisch gefeiert.[231] Wenige Tage vor der Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens hatte der Kongress das Gesetz zur Nationalen Versöhnung beschlossen und damit den Enthusiasmus derjenigen gedämpft, die gegen die Praxis der Straffreiheit ankämpften. Das Gesetz stellte nicht nur demobilisierten Mitgliedern der URNG Straffreiheit in Aussicht, sondern all jenen, die sich in den Jahren der »bewaffneten Auseinandersetzung« politisch motivierte Menschenrechtsverletzungen hatten zuschulden kommen lassen. Auch wenn Folter, Verschwindenlassen und Genozid von der Regelung ausgenommen wurden, wurde die Verabschiedung des Amnestiegesetzes als ein Markstein in der Geschichte der Straflosigkeit bewertet.[232]

4.2 Die Abwesenheit des Krieges

Der im Dezember 1996 unterzeichnete Zeitplan zur Umsetzung der Friedensabkommen enthielt mehr als 170 Einzelbestimmungen zur Implementierung des gesamten Reformwerkes. In den ersten Monaten des Jahres 1997 wurden in erster Linie die organisatorischen Strukturen zur Umsetzung und Überprüfung der Reformen geschaffen. Neben der übergeordneten „Begleitkommission“ (*Comisión de Acompañamiento*)[233] wurde eine Vielzahl der multisektoralen Kommissionen zur Vorbereitung von legislativen oder politischen Reformen eingerichtet.[234] Die ersten Monate nach dem Ende der »bewaffneten Auseinandersetzung«

---

[231] Vgl. Werner Lamottke; Es herrscht Frieden in Guatemala, in: ila Nr. 202, Februar 1997.

[232] Zur Auslegung der *Ley de Reconciliación Nacional, Decreto N°145-96* vgl. William Ramírez; Amnistía y Constitución. Ley de Reconciliación Nacional, Guatemala 1998.

[233] Diese setzte sich aus je zwei Vertretern der Regierung und der URNG, einem Kongressabgeordneten, vier zivilgesellschaftlichen Mitgliedern und dem Vorsitzenden von MINUGUA zusammen und war für die Überwachung des Friedensprozesses zuständig.

[234] Dazu zählten u.a. die Kommission zur Eingliederung der URNG (Januar 1997), die paritätische Kommission für die Bildungsreform (März 1997), die Kommission zur offiziellen Anerkennung der indigenen Sprachen (April 1997), die Kommission zur Bestimmung der heiligen (indigenen) Stätten (April 1997), der Nationale Rat zur landwirtschaftlichen Ent-

waren zudem von einer Demobilisierung geprägt, die Kombattanten beider Seiten ins zivile Leben entließ. Insgesamt 2940 Guerilleros legten im März 1997 ihre Waffen nieder und begaben sich auf den steinigen Weg in die Legalität.[235] Noch vor der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens hatte auf der anderen Seite der »bewaffneten Auseinandersetzung« ein Demilitarisierungsprozess eingesetzt. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1996 wurden die noch bestehenden „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen" formal aufgelöst.[236] Insgesamt wurden 271.000 ihrer Mitglieder demobilisiert und 14.000 Waffen eingezogen. Da es sich dabei jedoch ausschließlich um die Waffen handelte, die der Staat ausgegeben hatte, war auch nach der formalen Auflösung der Patrouillen ein erheblicher Teil der Landbevölkerung bewaffnet. In der Folgezeit wurden immer wieder sowohl Versuche der Reorganisierung, u.a. in Komitees für Frieden, Entwicklung oder Verbesserung, als auch die Ausübung von Gewalttaten durch ehemalige *Patrulleros* beobachtet.[237]

Die im Abkommen über die „Stärkung der Zivilgewalt" vorgesehene Reduzierung des militärischen Apparates wurde indes weder umfassend noch langfristig durchgeführt. Obwohl die Militärführung zunächst der Verpflichtung zu einer generellen Reduzierung der Streitkräfte nachgekommen war und ein Drittel der Militärangehörigen entlassen hatte, war der Offizierskorps weitgehend unberührt geblieben. Skeptisch stimmte außerdem, dass fast alle der in den ersten Monaten des Jahres geschlossenen Militärbasen noch 1997 mit dem Verweis auf die steigende Kriminalität und Unsicherheit wiedereröffnet wurden. Zudem wurden z.B. im Ixil-Gebiet mehrere Stützpunkte aufrechterhalten (Bisán, Chiul, Chajul), die gemäß der neuen Aufgabenstellung des Militärs hätten geschlossen werden müssen. In manchen Stützpunkten arbeiteten nach wie vor „Einheiten für psychologische Operationen" und dokumentierten u.a. die politischen Haltungen, Vergangenheiten und Aktivitäten von Zivilisten. 1998 wurde die *Fuerza de Tarea Maya* im Petén gegründet, die u.a. über fünf neue Stützpunkte (Caribe Salinas, Guayacán, El Zacatal, Km. 107, Km. 86) verfügte und deren Aufgabengebiet den Schutz des „kulturellen Erbes" und die Kriminalitätsbekämpfung um-

---

wicklung (April 1997), die Kommission zur technischen Unterstützung des Kongresses (April 1997), die Kommission zur Stärkung des Justizwesens (März 1997), die Kommission für die Wahlreform (Februar 1997), die technische Kommission zur Wiederansiedelung (Juli 1997), und die Kommission für Landfragen (April 1997). Vgl. Sistema de Naciones Unidas en Guatemala; Guatemala: El rostro rural del desarollo humano, a.a.O., S. 253.

[235] Vgl. Comisión Especial de Incorporación; Incorporación, Guatemala, November 1998, S. 4.

[236] „Am 13. September 1996 wurden wir aufgrund der Friedensverträge demobilisiert und sie nahmen uns unsere Waffen. Einige *Patrulleros* haben geweint, weil sie ihre Waffen nicht übergeben wollten" (CEH, Bd. II, S. 234 (§ 1402) [Zeugenaussage]).

[237] Vgl. MINUGUA; 5.°Informe del Secretario General de las Naciones Unidas sobre la Verificación de los Acuerdos de Paz de Guatemala (1.11.1999-30.6.2000). In den Berichten zur Umsetzung des Menschenrechtsabkommens finden sich zudem ausführliche Beschreibungen von Gewalttaten, in die Ex-PAC verwickelt waren.

fasste. Fünf Militärstützpunkte wurden nach dem Friedensschluss im Petén, einer in Alta Verapaz und einer in El Quiché neu eröffnet. Obwohl insgesamt 30 Stützpunkte geschlossen wurden, reduzierte sich die Gesamtzahl der Stützpunkte damit lediglich von 104 auf 95.[238] Schließlich wurde weder der präsidiale Generalstab EMP noch die Geheimdienstabteilung *El Archivo* (oder *La Regional*) aufgelöst.

Als einer der Pfeiler der neuen Rechtsstaatlichkeit galt die Einrichtung der neuen „Zivilen Nationalpolizei" (PNC – *Policía Nacional Civil*). Die Gesetzesgrundlage für ihre Konstituierung wurde im Februar 1997 – noch vor der Einsetzung der „Begleitkommission" – vom Kongress verabschiedet. Daran wurde insbesondere das Fehlen einer Bestimmung, welche die Übernahme von Mitgliedern der alten Polizei und des Militärs in die neue demokratische Institution ausschlösse, kritisiert.[239] In der Folgezeit traten gravierende Probleme bei der Rekrutierung, Ausbildung und Anleitung der Polizisten auf, die von einer mangelhaften internen Disziplin ergänzt wurden. Zudem spiegelte sich die multiethnische Zusammensetzung der Nation nicht in der Polizei wider.[240] Die „Zivile Nationalpolizei" war von Beginn an mit strukturellen Mängeln behaftet und schien unzureichend zu sein, um die grassierende Kriminalität und die Straflosigkeit einzudämmen und um Machtmissbrauch und Korruption in den eigenen Reihen zu verhindern. Noch im Jahre 1997 wurde das Militär im Kampf gegen die Kriminalität eingesetzt und der Polizei auf Patrouillengängen zur Seite gestellt.

Als somit bereits wenige Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens zur „Stärkung der Zivilgewalt" politische Entscheidungen getroffen wurden, die die Schwäche der Zivilgewalt zu zementieren drohten, wurden die ersten Bestimmungen der Friedensabkommen unterlaufen. Die »organisierte Zivilgesellschaft« und insbesondere die indigene Bewegung waren nach der Unterzeichnung der Friedensverträge in eine Vielzahl von Foren eingebunden, in denen an der legislativen Grundlegung der Reformprojekte gearbeitet wurde. Dabei war ein Spektrum von Reformen zu konzipieren, das von der Stärkung des Justizsystems, der Anerkennung indigener Sprachen, heiliger Stätten und des indigenen Gewohnheitsrechtes, der Stärkung der Rechte von (indigenen) Frauen bis zur Veränderung des Wahlsystems (Rolle von Bürgerkomitees) reichte. Zusätzlich

---

[238] Vgl. MINUGUA; 4.°Informe del Secretario General de las Naciones Unidas sobre la Verificación de los Acuerdos de Paz de Guatemala (1.8.1998-31.10.1999).

[239] Vgl. Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 289ff.

[240] Vgl. Washington Office on Latin America (WOLA); Rescuing Police Reform: A Challenge for the New Guatemalan Government, Washington, D.C. 2001. (Im Oktober 1999 stammten 36,5% der 17.339 Polizisten nicht aus den alten Sicherheitsorganen und waren in 6-monatigen Kursen ausgebildet worden. Die Einbeziehung von *indígenas* scheiterte u.a. an der Körpergröße der Bewerber, die den polizeiinternen Richtlinien nicht entsprach). 1998 waren landesweit 7.862 Polizisten angestellt, um die grassierende Kriminalität zu bekämpfen und Vertrauen in die neue demokratische Institution herzustellen (vgl. Sistema de Naciones Unidas en Guatemala; Guatemala: El rostro rural del desarollo humano, a.a.O., S. 95.)

waren mit der Reformierung des Bildungs- und Justizsystems sowie einer gerechteren Landverteilung weitere Fundamente der guatemaltekischen Gesellschaft neu zu verhandeln. Im Zentrum der Diskussionen stand 1997 die in den Friedensverträgen skizzierte Steuerreform, die dem gesamten Reformpaket zu einer finanziellen Grundlage verhelfen würde. Eine umfassende Steuerreform würde sowohl das Steueraufkommen[241] als auch die monetären Transfers durch internationale Geldgeber erhöhen. Vor dem Hintergrund der Steuerresistenz der guatemaltekischen Eliten und des von internationalen Geldgebern ausgeübten Druckes wurde Ende 1997 eine erbitterte Debatte um eine Immobilien- und Landbesteuerung (*Impuesto Único sobre Inmuebles*) geführt. Angesichts der Remilitarisierung, der finanzpolitischen Debatten und der Tätigkeit der multisektoralen Foren war „im ersten Halbjahr 1998 eine Verlangsamung festzustellen"[242]. Im April 1998, als REMHI seinen Abschlussbericht präsentierte, wurde zwar bereits an der Konzeption der substantiellen Reformen gearbeitet, doch lag deren tatsächliche Durchführung noch weit hinter dem Horizont der Tagespolitik. Erst nach der Präsentation des offiziellen Wahrheitsberichtes und im Vorfeld des Verfassungsreferendums sollte das Thema der in den Friedensverträgen anvisierten Reformen eine tagespolitische Konjunktur erfahren.

Der zweigleisige Prozess der historischen Aufklärung entwickelte sich in einem gesellschaftlichen Kontext, der einerseits von der ökonomischen Misere[243] und andererseits von der Dynamik des Friedensprozesses gekennzeichnet war. Mit den Friedensverträgen hatten Regierung und URNG eine in ihren politischen und kulturellen Fundamenten grundlegend reformierte Gesellschaft entworfen. Das weitere Schicksal des Reformwerkes war indes ungewiss, als REMHI und CEH begannen, die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« aufzuarbeiten.

4.3 Vergangenheitspolitik

Als der Friedensschluss auf der nationalen Ebene die ersten Wirkungen zeigte und die Gesetzesgrundlagen für die anvisierten Reformen unter Einbeziehung der »organisierten Zivilgesellschaft« vorbereitet wurden, waren im »Landes-

---

[241] Der Anteil der direkten Steuern betrug 1998 fast 80% des gesamten Steueraufkommens. Auch war das Steueraufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt mit unter 10% wesentlich niedriger als im lateinamerikanischen Durchschnitt (vgl. Sistema de Naciones Unidas en Guatemala; Guatemala: El rostro rural del desarollo humano, a.a.O., S. 38-42).

[242] MINUGUA; 9. Informe sobre Derechos Humanos (Período 1 de Abril-31 de Diciembre de 1998), März 1999.

[243] Auch nach dem Friedensschluss bestimmten weiterhin Landkonflikte die Situation in einigen Regionen des Landes. Zu verzeichnen waren Grenzstreitigkeiten zwischen *comunidades*, Probleme bei der Bereitstellung von Land für Rückkehrergemeinden und schließlich eine Reihe von Fincabesetzungen.

inneren« die Inhalte der Abkommen (und auch mancherorts der Friedensschluss selbst) größtenteils unbekannt.[244] In diesem Kontext näherten sich die Mitarbeiter der Kommission zur historischen Aufklärung einer Bevölkerung, deren Erfahrungshintergrund von einer prekären ökonomischen Situation und den lokalen Mechanismen von Angst und Terror geprägt war.[245] Als das kirchliche Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung begann, um Zeugenaussagen zu bitten, war der Ausgang des Verhandlungsprozesses noch ungewiss. Doch auch nach der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens wurden für die Opfer der »bewaffneten Auseinandersetzung« nur wenige Tendenzen sichtbar, die ihren vergangenheitspolitischen Forderungen entsprachen.[246]

Reparationen

Das Thema der Entschädigung für die Opfer der »bewaffneten Auseinandersetzung« war im Gesamtpaket der Friedensabkommen ein nachrangiger Gegenstand. Im Menschenrechtsabkommen von 1994 wurde auf die humanitäre Pflicht der Entschädigung und/oder Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen verwiesen und die Konzeption entsprechender Programme in Aussicht gestellt.[247] Zwei Jahre später, im Dezember 1996, wurde im „Abkommen über den Zeitablauf" festgelegt, dass *unter Berücksichtigung der Empfehlungen der CEH* Entschädigungsgesetze zu entwerfen und zu verabschieden seien.[248] Somit lagen während des gesamten Zeitraumes der historischen Aufklärung sowohl die Konzeption als auch die Durchführung von Entschädigungsmaßnahmen noch in weiter Ferne. Abgesehen von der durch ein Entschädigungsprogramm zu leistenden materiellen Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen bestand grundsätzlich auch die Möglichkeit der symbolischen oder moralischen Reparation. Weder staatliche Institutionen noch die URNG-Führung hatten die Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens zum Anlass genommen,

---

[244] Vgl. Gudrun Molkentin; Los difíciles senderos de la paz en Guatemala: resultados de un estudio empírico con énfasis local, Guatemala 2001, Kapitel 3.1.

[245] Vgl. Matilde González; Se cambió el tiempo. Conflicto y poder en territorio K´iche´ 1880-1996, Guatemala 2002. Die Autorin weist darin mit den Methoden der *oral history* die Entstehung und Verfestigung der lokalen Repressionsnetze für ein *municipio* nach.

[246] Die von Mitarbeitern des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung mit den Zeugen geführten Gespräche endeten oft mit der Frage nach den Forderungen der Zeugen in Bezug auf die Verhinderung einer Wiederholung des Geschehenen. Zu den am häufigsten aufgestellten Forderungen zählten Respektierung der Menschenrechte, Enthüllung der Wahrheit, Gerechtigkeit, Demilitarisierung, sozioökonomische Verbesserungen, soziale Reparationen und Wiedergutmachung (vgl. REMHI, Bd. I, S. 265).

[247] Vgl. Acuerdo Global sobre Derechos Humanos, Kapitel VIII (Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 226).

[248] Vgl. Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 389 (III/A/§ 70).

öffentlich zu den Gräueltaten der Vergangenheit Stellung zu nehmen. Auch andere Formen der moralischen Rehabilitierung wie etwa die Errichtung von Mahnmalen oder die Unterstützung von Exhumierungen wurden nicht zum Bestandteil staatlichen Handelns. Die Opfer, jahrzehntelang als subversiv kriminalisiert, blieben weiterhin stigmatisiert.

Gerechtigkeit

Bereits am 12. Dezember 1996 hatte Guatemala mit der Unterzeichnung des Abkommens zur „Wiedereingliederung der URNG", welches das künftig zu verabschiedende Gesetz zur Nationalen Versöhnung skizzierte, den vergangenheitspolitischen Weg der Amnestierung eingeschlagen. Als dieses noch im Dezember desselben Jahres vom Kongress verabschiedet wurde, war die strafrechtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen mit einem weiteren Hindernis versehen worden.

Bereits vor dem Friedensschluss hatte es zahlreiche Bemühungen gegeben, die Verantwortlichen für extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen oder Massaker strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Dabei zeigten sich immer wieder die strukturellen Mängel des guatemaltekischen Justizsystems, welche die Durchführung korrekter strafrechtlicher Verfahren verunmöglichten. Einerseits waren die geographischen und sprachlichen Zugangsmöglichkeiten zum Justizsystem begrenzt und andererseits hatten die schlechte Ausbildung des juristischen Personals, die finanzielle Unterausstattung und – in den frühen 80er Jahren – das Bestehen konkurrierender Rechtsprechungsorgane zur Schwächung der guatemaltekischen Justiz beigetragen. Das gesamte strafrechtliche Procedere war, von der Aufnahme polizeilicher Ermittlungen bis zum Urteilsspruch, von Repression und Korruption überschattet. Viele der Prozesse, die nationales und internationales Aufsehen erregten, verliefen jahrelang schleppend und waren von massiven Bedrohungen von Zeugen, Richtern und Anwälten begleitet.[249] Auch nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Nationalen Versöhnung bedeutete der Kampf gegen die Straflosigkeit im Wesentlichen den Kampf um die Anwendung bestehender Gesetze und gültiger Verfahrensregeln. Das Bestehen der Amnestieregelung implizierte weder grundsätzlich die Unmöglichkeit der Einleitung von Verfahren gegen die materiellen oder intellektuellen Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen noch die Verurteilung im Falle von Folter, Genozid und Verschwindenlassen. Doch auch nach der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens wirkten die Strukturen der Straflosigkeit fort. Dies zeigte sich etwa in der Weigerung des Öffentlichkeitsministeriums (*Mi-*

[249] Zu einigen Fällen vgl. CEH, Bd. VI.: Massaker von Panzós (S. 19f.; CI 9), Massaker von Saguachil Chisec (S. 28; CI 2), Massaker von Xamán (S. 41; CI 3), extralegale Hinrichtung von Myrna Mack (S. 242f.; CI 85), Massaker von Dos Erres (S. 406f.; CI 31). Zum Fall Gerardi vgl. Kapitel 8.4, zum Problem der Straflosigkeit vgl. Kapitel 6.

nisterio Público), Untersuchungen von Massengräbern anzuordnen[250] und in der polizeilichen und gerichtlichen Untätigkeit in Fällen von Lynchjustiz.[251]

Das Problem der Straflosigkeit stellte sich nicht nur in Bezug auf die strafrechtliche Ahndung vergangener Menschenrechtsverletzungen, sondern war auch ein Merkmal der postkonfliktiven Gegenwart. Die Anzeigen, die nach dem Friedensschluss in den Büros von MINUGUA eingingen, verwiesen „auf das Bestehen schwerer Menschenrechtsverletzungen wie extralegalen Hinrichtungen, Bedrohungen und Folter und auf eine besorgniserregende Zuspitzung sozialer Konflikte im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Versammlungsrechtes und mit Arbeitskonflikten sowie auf ein alarmierendes Ansteigen von sogenannten „sozialen Säuberungen" und von Lynchjustiz".[252] Das letztgenannte Phänomen entwickelte sich vor dem Hintergrund einer sprunghaft angestiegenen Kriminalitätsrate. Entführungen, Überfälle und Raub wurden zu blühenden Wirtschaftszweigen und bedeuteten den Einzug einer Gewaltform, die sich als ebenso willkürlich erwies wie die Gewalt der Kriegsjahre. Die Gefahr, überfallen und womöglich ermordet zu werden, bestimmte den Alltag[253] und damit schloss sich an „die Gewalt" eine weitere traumatische Sequenz an.

Vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Panoramas, in dem sich die Forderungen nach Gerechtigkeit, Demilitarisierung, sozioökonomischen Verbesserungen, sozialer und materieller Reparation und einer Respektierung der Menschenrechte nicht oder nur partiell zu verwirklichen schienen, entsprach einzig die Tätigkeit des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung und der Kommission zur historischen Aufklärung den vergangenheitspolitischen Wünschen der Opfer.

---

[250] Vgl. MINUGUA; Informe de Verificación: Procedimientos de Exhumación en Guatemala (1997-2000), Guatemala 2001 (Art. 195 des guatemaltekischen Strafgesetzbuches legt fest, dass verscharrte Skelette auf Verbrechen schließen ließen und vom *Ministerio Público* die entsprechenden Untersuchungen einzuleiten seien).

[251] Vgl. MINUGUA; Informe de Verificación: los linchamientos: un flagelo contra la dignidad humana, Guatemala 2001, §§ 19-27. Die Zahl der Fälle von Lynchjustiz stieg von 35 (1996) auf 78 (1997) und 105 (1999). Dabei waren die meisten Opfer in El Quiché und in Alta Verapaz zu beklagen (vgl. ebda., § 5, § 9).

[252] MINUGUA; 9. Informe sobre Derechos Humanos, a.a.O.

[253] Als im Januar 2000 auf einem Treffen mit Witwen in einer abgelegenen *comunidad* ein Pfarrer fragte, was der Frieden gebracht habe, war die unmittelbare Antwort Schweigen. Zögernd bemerkte eine Witwe, dass es etwas ruhiger geworden sei. Diese Bemerkung wurde von einer zweiten zum Anlass genommen, davon zu berichten, dass kurz zuvor eine Jugendgang ihr Haus überfallen, geplündert und die Einrichtung zerstört habe. „Und die Polizei?" „Die Ärmsten! (*Pobrecitos*)".

5 Methodik und Umsetzung der institutionalisierten Wahrheitsfindung

Mit der Kommission zur historischen Aufklärung, dem Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung und der Konvergenz für die Wahrheit wurden in der unmittelbaren guatemaltekischen Nachkriegszeit drei Versuche unternommen, die Geschichte der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten zu dokumentieren. Der folgenden Darstellung der Arbeitsweise der Kommission zur historischen Aufklärung, in deren Zentrum die Analyse der Qualität ihrer Informationsbasis steht, ist zunächst die Beschreibung der Entwicklung des kirchlichen Projektes vorangestellt. Dabei geht es vor allem darum, die ersten beiden Projektphasen zu untersuchen, deren Dynamik nachhaltig auf die kirchliche Form der Erinnerungsarbeit wirkte.

5.1 „Was wäre geschehen, wenn die ersten Christen geschwiegen hätten?“ (Die Entwicklung des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung – REMHI)

5.1.1 Die Entstehung der Projektidee

Als Regierung und URNG das Abkommen zur Einsetzung der Wahrheitskommission im Juli 1994 unterzeichnet hatten, reihte sich auch das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro (ODHAG – *Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala*) in den Chor der kritischen Stimmen ein. So wurde im ersten Halbjahresbericht der ODHAG vermerkt, dass die Abkommen über die Wahrheitskommission und die entwurzelte Bevölkerung

> nicht ganz die Erwartungen erfüllt haben, insbesondere das Abkommen über die Wahrheitskommission, da sie weder individuelle Verantwortlichkeiten feststellen noch ein juristisches Mandat haben wird.[254]

Edgar Gutiérrez, Koordinator von REMHI, beschrieb im Interview die Entstehung des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung und verwies darauf, dass die Unterzeichnung des CEH-Abkommens bei einigen Personen, die der Kirche und Bischof Juan Gerardi nahe standen, widersprüchliche Gefühle ausgelöst hätten. Einerseits sei die Wahrheitskommission mit einem schwachen Mandat ausgestattet gewesen, welches sich insbesondere in dem

[254] ODHAG; erster Halbjahresbericht 1994; dokumentiert in: Inforpress Centroamericana, Nr. 1089, 28.7.1994.

Verbot, Namen zu nennen, in der kurzen Arbeitsspanne von sechs bzw. zwölf Monaten und dem Gebot, die Taten bis in die Einzelheiten aufzuklären, zeige. Da die Wahrheitskommission andererseits das einzige zur Verfügung stehende Instrument gewesen sei, wurde die Idee entwickelt, die Archive des Menschenrechtsbüros, das über Jahre hinweg Menschenrechtsverletzungen dokumentiert hatte, zu überarbeiten und sie der Kommission zur Verfügung zu stellen.

Als diese anfängliche Initiative geboren war, fanden erste Sondierungsgespräche mit verschiedenen Diözesen statt. „Sehr bald", so Gutiérrez,

> haben wir erkannt, dass das, was eine Schreibtisch- und Archivarbeit sein sollte, in Wirklichkeit eine lebendige Arbeit erforderte, eine ausdrückliche Arbeit mit den Menschen. Im Oktober dieses Jahres, 1994, haben wir der Bischofskonferenz den Vorschlag für ein Projekt vorgelegt, das zum Ziel hatte, in allen Diözesen Geschichten der Gewalt wiederzugewinnen und diese in einen Bericht zu fassen.[255]

Am Anfang von REMHI stand folglich die Idee, die Wahrheitskommission durch die Beibringung eines ebenfalls auf Zeugenaussagen basierenden Berichtes zu unterstützen. Es ging darum, der Wahrheitskommission den Weg zu ebnen und ihr dazu zu verhelfen, die Restriktionen des Mandats zu überwinden. Diese Idee konnte vor dem Hintergrund des politischen Richtungswechsels, welcher sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten innerhalb der Kirchenhierarchie abgezeichnet hatte, umgesetzt werden.

Mit der Veröffentlichung der Erklärung „Vereint in der Hoffnung" (*Unidos en la Esperanza*) hatten die guatemaltekischen Bischöfe 1976 erstmals ihre soziale Verantwortung anerkannt und sich damit gegen den Erzbischof Casariegos gestellt, welcher das verheerende Erdbeben von 1976 als Strafe Gottes interpretiert hatte: „Die Bischöfe verstehen das Erdbeben auch als eine Mahnung Gottes an die Kirche, sich mit der guatemaltekischen Wirklichkeit kritisch auseinanderzusetzen".[256]

Nachdem Casariegos Mitte 1983 verstorben war, wurde im Januar 1984 Monseñor Próspero Penados del Barrio zum neuen Erzbischof ernannt. Der Personalwechsel implizierte einen Wandel der offiziellen Position der katholischen Kirche, die seit dessen Amtsantritt öffentlich soziale Missstände und die Repression anzuprangern begann. Die Geistlichen, die ihre Aufgabe allein im Bereich der Seelsorge sahen, waren seitdem eine Minderheit, ebenso wie die Befürwor-

---

[255] „fuimos viendo entonces lo que pudo haber sido un trabajo de escritorio, de archivos, en realidad exigía un trabajo vivo, un trabajo más explícito con la gente, en octubre de ese año 94, nosotros presentamos a la conferencia episcopal un bosquejo de un proyecto que tenía como propósito el […] recuperar historias de la violencia en todas las dióceses y ponerlos en un informe." (R.E., Interview).

[256] Zit. nach: Prien, Hans-Jürgen; Die Geschichte des Christentums in Lateinamerika, Göttingen 1978, S. 719. Zur politischen Geschichte der katholischen Kirche in Guatemala vgl. auch Kapitel 6.2.5.

ter einer Theologie radikalster Befreiung. Mitte der 1980er Jahre hatte sich der reform- und demokratieorientierte Flügel in der Kirchenhierarchie durchgesetzt.

Die kommenden Jahre waren von einer umfassenden Vermittlungstätigkeit geprägt. Neben der vermittelnden Einflussnahme auf die Friedensverhandlungen waren es vor allem die Bereiche der Landverteilung, der Menschenrechte und der Rückkehr der Flüchtlinge, in denen die katholische Kirche zwischen Regierung und »organisierter Zivilgesellschaft« zu vermitteln suchte.[257] Einen institutionellen Ausdruck erhielt das öffentliche Engagement mit der Einrichtung des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros, das zu einem bedeutenden Zentrum für die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und für die vehemente Kritik an der Repressionspraxis wurde. Die politische Haltung entsprach dabei den Ergebnissen der lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Puebla im Jahre 1979, die in einer vorsichtigen Relativierung der in Medellín formulierten Positionen bestanden hatten. Die katholische Kirche, so das nun auch in Guatemala gültige moderatere Verständnis, sei als eine Instanz zu verstehen, die auf der Basis der Soziallehre Kritik übe und vermittelnd in die Geschicke des Landes eingreife.[258] Ein herausragendes Moment des so umrissenen Selbstverständnisses war das Motiv der „Versöhnung", welches eines der Grundanliegen der Arbeit mit rückkehrenden Flüchtlingen bildete. Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Einsetzung der Wahrheitskommission zeichnete sich die guatemaltekische katholische Kirche durch eine Struktur aus, die aus einer versöhnungsorientierten Spitze der Kirchenhierarchie, einer Gruppe reformorientierter Bischöfe im »Landesinneren« und einer Gruppe apolitischer Bischöfe gebildet wurde.

1994 besetzten mehrere Bischöfe, deren Biographien eng mit dem Friedensprozess und einem langjährigen Eintreten für die Menschenrechte verwoben waren, vergangenheitspolitisch relevante kirchliche Ämter. Monseñor Penados del Barrio (Erzbischof von Guatemala), Monseñor Quezada Toruño (langjähriger Vorsitzender der Nationalen Versöhnungskommission und 1994 Vorsitzender der guatemaltekischen Bischofskonferenz) und schließlich Monseñor Gerardi Conadera (Weihbischof von Guatemala-Stadt, ehemaliger Bischof der Diözese El Quiché, Begründer der guatemaltekischen „Kirche im Exil" und schließlich Leiter des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros) waren Personen, die die Idee einer Unterstützung für die CEH befürworteten und diese auch aktiv umzusetzen suchten.

---

[257] Wie bereits skizziert, verlieh die Unterstützung durch die katholische Kirche, welche GAM in den Anfangsmonaten seines Bestehens genossen hatte, der Menschenrechtsbewegung Auftrieb. Einen bedeutenden Einfluss übte die katholische Kirche während der Verhandlungen bezüglich der Rückkehrbedingungen für Flüchtlinge aus, die zwischen der Regierung und der Vertretung der Flüchtlinge in Mexiko (CCPP) geführt wurden.

[258] Vgl. auch „La Iglesia, conciencia crítica de la sociedad" (in: Noticias de Guatemala, Juli 1992).

Als in der Folge der Unterzeichnung des Abkommens über die Einsetzung der guatemaltekischen Wahrheitskommission die Idee aufkam, die Archive des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros aufzuarbeiten und in den katholischen Gemeinden des Landes selbst Zeugenaussagen aufzunehmen, nahmen die Projektinitiatoren an, dass es sich dabei um ein zeitlich begrenztes Vorhaben von wenigen Monaten handeln würde.

„Ich weiß auch noch", so eine hauptstädtische Mitarbeiterin von REMHI rückblickend,

> dass sie von ungefähr sechs Monaten sprachen, als sie mir die Arbeit anboten. Ich lachte, und dachte, dass es mindestens ein Jahr dauern würde, und auch das war angesichts der Tatsache, dass REMHI schließlich gute drei Jahre dauerte, sehr knapp bemessen.[259]

Zwischen der Annahme des Projektes durch die in der Bischofskonferenz vertretenen geistlichen Würdenträger und der Präsentation des Abschlussberichtes „Guatemala – Nie wieder!" sollten 36 Monate liegen. Zudem war das Projekt mit der Erarbeitung des Abschlussberichtes und dessen Veröffentlichung noch nicht beendet: Die letzte Projektphase dauerte im Jahre 2002 in einigen Diözesen des Landes noch an. Die anfängliche Idee, die Arbeit der Wahrheitskommission durch die Erarbeitung eines kirchlichen Berichtes über die während der »bewaffneten Auseinandersetzung« begangenen Verbrechen zu unterstützen, sollte sich in den folgenden Jahren zu einem Projekt mit einer eigenständigen Dynamik entwickeln. Im Laufe der ersten Monate des Projektes wurde eine Konzeption entwickelt und angewandt, die sich von der herkömmlichen Methodik der institutionalisierten Wahrheitsfindung insofern absetzte, als sie nicht deren Produkt – den Abschlussbericht – in den Mittelpunkt stellte, sondern den kommunikativen Prozess der Aufarbeitung des Vergangenen.[260]

Am 20. Oktober 1994, vier Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Wahrheitskommission, wurde der Bischofskonferenz der erste Entwurf zu einem Dokumentationsprojekt vorgelegt. Dieser wurde nicht gemeinsam und bindend verabschiedet, sondern einige Bischöfe erklärten sich individuell zur Mitarbeit bereit. Daraufhin wurde im Menschenrechtsbüro des Erzbischofs ein kleines Arbeitsteam gebildet, um die Struktur und Arbeitsweise

---

[259] C.G., Interview: „Recuerdo también que cuando me ofrecieron el trabajo me hablaron de algo de seis meses. Me reí y pensaba, por lo menos un año va a ser y de verdad era también una versión muy corta porque al final REMHI llevó sus buenos tres años, ¿verdad?." Auch in einem Schreiben der ODHAG vom April 1995, welches eine Kurzdarstellung des Projektes enthielt, wurde eine Gesamtdauer des Projektes von zwölf bis 18 Monaten veranschlagt (vgl. ODHAG; Hablemos la Verdad – Recuperemos nuestra Historia, Guatemala, 24.4.1995).

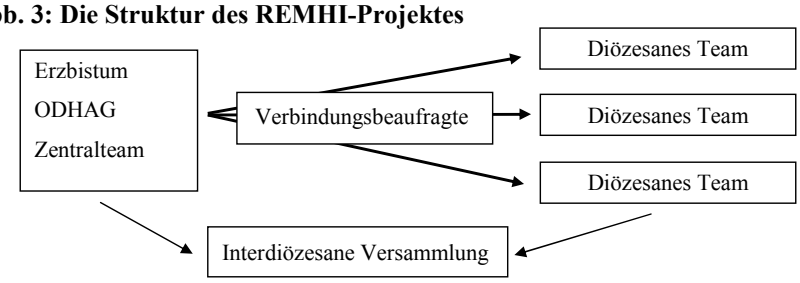
[260] Dieses Kapitel stützt sich auf Seminarprotokolle und Unterlagen aus drei diözesanen REMHI-Büros und andere schriftliche Dokumente. Die bedeutendste Quelle sind jedoch die mit REMHI-Mitarbeitern geführten Gespräche und Interviews.

von REMHI zu entwickeln. Die drei Personen, die sich anfangs abends, später halbtags und schließlich ganztägig der Aufgabe widmeten, befassten sich zunächst mit der in anderen Wahrheitskommissionen verwandten Methodologie und entwarfen erste Konzepte für die Projektstruktur, für Interviewbögen und Datenbanken sowie für die „Schulungsphase", in der die künftigen Interviewer auf ihre Aufgaben vorbereitet werden sollten.

Das Jahr 1995 begann mit einer Rundreise der ersten Mitarbeiter des künftigen Zentralteams (in der Projektterminologie auch: „technisches Sekretariat") durch die einzelnen Diözesen des Landes. Dabei wurden, wie eine Mitarbeiterin von REMHI im Interview sarkastisch formulierte, zunächst die Bischöfe an ihre Zusage erinnert. Die anfängliche Aufgabe bestand jedoch nicht nur darin, Gespräche mit den Bischöfen zu führen, sondern auch mit Gemeindevertretern, Geistlichen und Mitarbeitern der diözesanen *pastorales sociales*. Im April/Mai hatten sich die meisten diözesanen Teams von REMHI, die überwiegend aus hauptamtlichen Mitarbeitern bestanden, konstituiert. Dabei konnten weite Teile des westlichen Hochlandes abgedeckt werden; schwach vertreten war REMHI hingegen in den östlichen und südlichen Regionen des Landes.[261]

Die Dynamik in den einzelnen Diözesen war, da die Teams in die Struktur der diözesanen *pastorales sociales* eingebunden waren, von Beginn an unterschiedlich und schlug sich in verschiedenen Arbeitsschwerpunkten, -stilen und -tempi nieder. Konzipiert war ein interdiözesanes Projekt. Die Aktivität in den einzelnen Diözesen wurde einerseits durch mehrere Mitarbeiter des Zentralteams koordiniert, die als „Verbindungsbeauftragte" (*enlaces*) beratend zur Seite standen und andererseits durch eine interdiözesane Versammlung der hauptamtlichen Mitarbeiter.

Abb. 3: Die Struktur des REMHI-Projektes



Quelle: Eigene Darstellung.

[261] Diözesane Teams konnten in El Quiché, La Verpaz, Petén, Los Altos, Huehuetenango, San Marcos, Sololá, Izabal, Esquintla und Guatemala gebildet werden. Die Arbeit in Izabal und Sololá zeichnete sich nicht durch ein starkes Engagement der Bischöfe aus. In Sololá hatte sich der Bischof geweigert, die Arbeit von REMHI zu unterstützen, und so basierte diese auf dem Engagement von NGOs und Nonnen (vgl. REMHI, Bd. I, S. XIXf.).

Die Mitarbeiter des Zentralteams hatten eine Projektstruktur entwickelt, die vier Phasen umfasste. Beginnen sollte die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ mit einer Vorbereitungsphase, in der sowohl die diözesanen Teams als auch die als *animadores* bezeichneten ehrenamtlichen Mitarbeiter auf ihre künftigen Aufgaben vorbereitet werden sollten. Die zweite Phase der Materialsammlung beinhaltete im Wesentlichen die Aufnahme von Zeugenaussagen. Während der dritten Phase sollte der Abschlussbericht erstellt werden. Die abschließende vierte Phase sollte der Rückgabe der Ergebnisse an die *comunidades* dienen und sich in den kommenden Jahren zum eigentlichen Kern des Projektes entwickeln.

5.1.2 Die erste Phase: Schaffung von Kommunikationsräumen

1995 wurden einerseits in der Hauptstadt Seminare für die diözesanen Teams und andererseits in den Diözesen Vorbereitungsseminare für die ehrenamtlichen Mitarbeiter aus den *comunidades* veranstaltet. Bei diesen Gelegenheiten wurden die Mitarbeiter des Zentralteams sowohl mit der Vielfalt der Gewalterfahrung im »Landesinneren« als auch mit den auftretenden praktischen Problemen konfrontiert. Dadurch erhielt das Projekt immer weitere Impulse, und die Seminarveranstaltenden wurden zur permanenten Weiterentwicklung der Projektkonzeption angeregt.

Für den Verlauf der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ sollten sich die Seminare als prägend erweisen, die mit den *animadores* durchgeführt wurden. Die Projektinitiatoren hatten um die im »Landesinneren« bestehenden Mauern aus Angst und Schweigen gewusst und daraufhin die Idee entwickelt, die Zeugenaussagen nicht von professionellen Interviewern, sondern von Personen durchführen zu lassen, die das Vertrauen vieler Bewohner der *comunidades* genossen.[262] REMHI als Projekt der katholischen Kirche vermochte es, sich die Kirchenstrukturen und somit das innerhalb der Gemeinden bestehende Vertrauensverhältnis zu Nutzen zu machen. Vor dem Hintergrund, dass sich die seelsorgerische und auch soziale Arbeit der katholischen Kirche auf die ehrenamtliche Tätigkeit von Laien stützte, begannen sich allmählich Menschen für das Projekt zu interessieren, die i.d.R. in die ruralen kirchlichen Strukturen eingebunden waren.

Entscheidend für das Verständnis des gesamten REMHI-Prozesses ist die Tatsache, dass es sich bei den *animadores* selten um gebildete mittelständische Katholiken handelte, sondern zumeist um „einfache“ Bauern, die häufig des Schreibens und Lesens nicht mächtig waren, Spanisch nicht muttersprachlich sprachen und mehr dem Volkskatholizismus als dem Katholizismus westlichen

[262] Das fehlende Vertrauen sollte sich als eines der größten Hindernisse erweisen, als Monate später die Mitarbeiter der Wahrheitskommission aufbrachen, um in den entfernten Winkeln des Landes Zeugenaussagen aufzunehmen (vgl. Kapitel 5.2; Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 47).

Zuschnitts anhingen. Es handelte sich um Menschen, die mitten aus dem Kreis derer stammten, deren Erfahrungen aufgezeichnet werden sollten. Die *animadores* waren und sind Mitglieder ihrer *comunidades*, die sowohl um religiöse und kulturelle Traditionen als auch um die lokalen Probleme wussten – und dies weit besser als die Mitglieder des Zentralteams, die sehr bald feststellen mussten, dass ihr Konzept der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" nicht greifen konnte.

Im Verlauf der ersten Seminare im »Landesinneren« zeichnete sich eine methodologische Krise ab. Als die *animadores* begannen, von ihren eigenen Erfahrungen zu berichten, wurde deutlich, dass diese den Rahmen der Methodik sprengten, die gemeinhin der Arbeit von Wahrheitskommissionen zugrunde lag:[263] In welche Kategorie des internationalen humanitären Rechtes wären etwa öffentliche Martern einzuordnen, in deren Ausübung die Bewohner einer *comunidad* insofern eingebunden waren, als sie gezwungen wurden, ein Opfer mit Stöcken zu schlagen, bis es starb?[264] Wie sollte eine Erfahrung behandelt werden, die z.B. die Bedrohung durch das Militär, selektive Morde, Vergewaltigung, Massaker, die Flucht in die Berge, erneute Morde, Überleben unter minimalsten Bedingungen und die Rückkehr in militärisch überwachte Modelldörfer einschloss, und die sich teilweise über Jahrzehnte erstreckte? Viele der Leidensgeschichten, die in den ersten Seminaren erzählt wurden, waren so komplex und überwältigend, dass sie sich nicht in vorgegebene Kategorien von Menschenrechtsverletzungen einordnen ließen, ohne sie ihres eigentlichen Gehaltes zu berauben. Deshalb schien es geboten, eine Methodologie zu entwickeln, mit der sich auch die komplexen Leidensgeschichten dokumentieren ließen.

Doch nicht nur die Konfrontation mit den Erfahrungswelten der Betroffenen brachte eine Modifizierung der Anfangskonzeption hervor: Es hatte sich schnell herausgestellt, dass das Engagement der *animadores* kein Produkt einer theoretischen Erörterung der Projektidee und somit des Wissens um psychosoziale Kriegsfolgen, den Friedensprozess und die Bedeutung historischen Wissens war. Aufgrund dieser Erfahrung wurden die theoretischen Seminarbausteine zunehmend durch theologische Aspekte ergänzt, die dem gesamten Projekt im Laufe des Jahres 1995 eine gewichtige theologische Dimension verleihen sollten.

Eine Seminarreihe, die 1995 in einer der von der „Gewalt" meistbetroffenen Diözesen des Landes durchgeführt wurde, zeigte die im Vorangegangenen nur angedeutete Modifizierung des Konzeptes der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung", die sich in den ersten Monaten und im Zuge der ersten Seminarerfahrungen vollzog. An zwei aufeinanderfolgenden Wochentagen im Au-

---

[263] Zur Methodik von Wahrheitskommissionen vgl. Patrick Ball; Who Did What to Whom? Planning and Implementing a Large Scale Human Rights Data Project, Washington, D.C. 1996.

[264] Vgl. REMHI, Bd. I, S. XXIff.

gust 1995 waren die an einer Projektmitarbeit Interessierten erstmals zu einem Seminar zusammengekommen. Bereits die (unbezahlte) Teilnahme an einem zweitägigen Seminar, die für die zumeist armen *animadores* einen zweitägigen Arbeits- und somit Einkommensausfall bedeutete, deutete auf das Engagement hin, welches für die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" aufzubringen war. Neben den 17 Interessierten nahmen drei Mitglieder des diözesanen REMHI-Teams sowie zwei Vertreter des Zentralteams am einführenden Seminar teil.

Die Ausbildung der *animadores*

Am Beginn des ersten Seminars, das 1995 für die künftigen Interviewer veranstaltet wurde, stand der kommunikative Austausch der Gewalterfahrungen, die die *animadores* selbst gemacht hatten. Dabei wurden Geschichten erzählt, in denen sich die Komplexität des Erlittenen und auch die Hoffnungslosigkeit, die in den Dörfern Einzug gehalten hatte, widerspiegelten. Es wurde mehrfach von Priestern und Geistlichen berichtet, die sich nicht gegen das Unrecht gewandt hatten und so auch heute dem Projekt jegliche Unterstützung versagten. Vielfach wurde vom Misstrauen und vom Schuldbewusstsein derer, die sich am Grauen beteiligt hatten, berichtet. Auch das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung selbst wurde kritisiert: Bezweifelt wurde die Möglichkeit des Verzeihens und verwiesen auf das weit verbreitete Misstrauen hinsichtlich eines Projektes, welches von oben (von den Bischöfen) käme.

Die geäußerten Zweifel zeugten von der Zerrissenheit der *comunidades* und von der Angst und dem Misstrauen, die sich in den Herzen der Menschen festgesetzt hatten.

> Ich kann noch nicht einmal einem Freund erzählen, was passiert ist. Vielleicht lohnt es sich nicht, davon zu erzählen; welche Lösungen, welche Hoffnung gibt es? Und was, wenn er es dem Militärkommissar erzählt? Es gibt viel Misstrauen.
>
> Wir haben unseren Nachbarn verloren, sie haben ihm das Herz herausgerissen. Das war vor einem Monat. Was nützt es, zu erzählen, wenn es keine klare Antwort gibt? Und ich weiß nicht, welches Gesicht gezeigt wird, ob er [der Zeuge] auf der Seite der Guerilla steht oder der des Militärs. Die Leute wechseln ihr Gesicht. Das, was die Menschen erzählen, wechselt aufgrund der Angst.
>
> Was bringt es, zu sagen, was passiert ist? Ich mache ein Interview: was bekomme ich im Gegenzug? Wird man mir meinen Vater wiedergeben? Das bringt nichts, nichts. Vielleicht nur, um es herauszulassen […].[265]

Die grundsätzlichen Zweifel konnten nicht immer abgebaut werden, und auch in den folgenden Seminaren sollte sich immer wieder die Mutlosigkeit einiger

[265] „[...] ya nada, nada sirve. Tal vez sólo para sacar […]" (Seminarprotokoll, vgl. FN 260).

animadores zeigen, die die Befürchtung hegten, in der bedrückenden Atmosphäre von Angst und Misstrauen keine Zeugen zu finden, die bereit wären, über das Vergangene zu sprechen.

Auf die Erarbeitung der Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« und des Friedensprozesses, die sich auf Vorträge[266] und Gruppenarbeit stützte, folgte schließlich die Vorstellung des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung. Dabei traten sowohl das Motiv der Hilfestellung für die offizielle Wahrheitskommission als auch das der Berichterstattung in den Hintergrund. In den drei grundsätzlichen Zielen des Projektes, die in einem kurzen Vortrag präsentiert wurden, spiegelte sich die theologische Komponente wider, die dem Projekt zur Verankerung in weiten Teilen des »Landesinneren« verhelfen sollte. Ziel des Projektes sei es erstens, „unsere Märtyrer [zu] erlösen und uns mit ihnen wieder[zu]versöhnen". Dieses Ziel implizierte auch die Wiederversöhnung mit den nicht oder unangemessen Bestatteten.[267] Das zweite Ziel der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" war es, die Angst zu überwinden und sich des Geschehenen bewusster zu werden. Als drittes Ziel des REMHI-Projektes wurde schließlich die Wiederversöhnung „in einer neuen Zeit der Auferstehung"[268] genannt. Dieses Motiv wurde konkretisiert, als die Anwesenden im Anschluss gebeten wurden, in der Bibel nach Textstellen zu suchen, in denen die Themen Schmerz, Differenzen, Hass, Schuld und Versöhnung der Gemeinde behandelt werden. In den ausgewählten Bibelstellen wurden Parabeln präsentiert, die das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung nachhaltig theologisch untermauerten. Mit der Auswahl einiger Textstellen wurde versucht, die »bewaffnete Auseinandersetzung« zu charakterisieren:

- Als der neue König von Ägypten festgestellt hatte, dass das Volk der Söhne Israels bereits größer und stärker als das ägyptische war, setzte er Fronvögte über die Israeliten ein, um letztere mit den Frondiensten zu bedrücken. Doch je mehr es unterdrückt wurde, desto größer wurde das Volk. Daraufhin gebot der König den Hebammen der hebräischen Frauen, die neugeborenen Söhne zu töten. Diese verweigerten unter einer fadenscheinigen Ausrede den Befehl und so befahl der Pharao, alle neugeborenen Knaben in den Nil zu werfen (Exodus 1, 8-22).

---

[266] Diese Vorträge wurden oftmals von Mitgliedern des Zentralteams gehalten, die auf der Basis eines politisch linken Standpunktes und vor dem Hintergrund des aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschungsstandes argumentierten.

[267] Die Weltanschauung der Maya ist von der Gleichzeitigkeit der Zeiten gekennzeichnet, die sich u.a. in einem lebendigen Verhältnis zwischen Toten und Lebenden manifestiert. Dieses Verhältnis wurde durch die Unmöglichkeit, die Massakrierten, Hingerichteten und Verschwundenen angemessen zu bestatten, empfindlich gestört. Um das Verhältnis zwischen den Lebenden und den Toten wiederherzustellen, bedarf es einer symbolischen Wiedervereinigung, eines Begräbnisrituals auf der Basis des Wissens um das Schicksal der Toten. Vgl. Carlos Y. Flores; Apuntes sobre el impacto cultural del conflicto armado entre los Q´eqchi´ de Guatemala, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, 2001.

[268] „un nuevo tiempo de resurrección".

- In einer anderen Geschichte wird davon berichtet, dass Gott das Stöhnen der Kinder Israels gehört habe und Moses auftrug, dem Volk zu sagen, er werde sie aus der niederen Fronarbeit hinausführen, aus der Knechtschaft befreien und sie mit ausgestrecktem Arm und gewaltigen Strafgerichten erlösen. Außerdem wolle er sie in das versprochene Land nicht nur führen, sondern es ihnen als Erbbesitz zuteil werden lassen (Exodus 6, 2-8).[269]

- Eine dritte Bibelstelle, die von den Seminarteilnehmern herangezogen wurde, um das Phänomen der Gewalt zu beschreiben, stammt aus dem Neuen Testament: „Es wird aber der Bruder den Bruder in den Tod liefern und der Vater das Kind; und die Kinder werden sich auflehnen gegen die Eltern und sie in den Tod bringen" (Matthäus 10, 21).

Das Motiv der Erfahrungen der zwölf Apostel sollte in den folgenden Monaten und Jahren im »Landesinneren« zu einem tragenden Pfeiler des gesamten Projektes werden. In diesem Zusammenhang wurden von den Seminarteilnehmern auch bekannte Stellen aus der Bergpredigt angeführt, die tröstend und hoffnungsfroh zugleich auf die Leiden vorbereiten: „Freuet euch und frohlocket, denn euer Lohn ist groß im Himmel. Denn ebenso haben sie die Propheten verfolgt, die vor euch waren" (Matthäus 5,12)[270].

Die Jünger Jesu waren, als sie miterlebt hatten, wie der Bauer aus Galilea von staatlichen Bediensteten und Angehörigen seiner eigenen Religion misshandelt, gekreuzigt und ermordet wurde, zunächst traurig, hoffnungslos und desorientiert zurückgeblieben. Zudem waren sie beschämt und voller Schuld, dass sie nichts gegen die Hinrichtung unternommen hatten, und insbesondere Judas hatte nach seinem Verrat Gewissensbisse. Nach seiner Auferstehung schenkte Jesus, der Gefolterte, Ermordete und von seinen Freunden Verlassene, letzteren seine Vergebung. Daraufhin verloren die Jünger ihre Angst und begannen, zu predigen und auch von der Ermordung Jesu, deren Zeugen sie gewesen waren, zu sprechen. Das Bemühen, dem Beispiel der Jünger zu folgen, wurde zu einer der wesentlichsten Motivationen für viele *animadores*.

Alle weiteren genannten Textstellen, insgesamt neun,[271] beinhalteten das Thema der Versöhnung. Im Zentrum des biblischen Versöhnungskonzeptes stehen ein positiver kategorischer Imperativ („Vergib, und auch dir wird verge-

---

[269] Der folgende neunte Vers, in welchem Moses dem Volke berichtet, dieses jedoch aufgrund der Mutlosigkeit und des harten Dienstes nicht auf ihn hören will, wurde im Seminar nicht angegeben.

[270] Neben den ersten Versen der Bergpredigt wurden noch zwei weitere Stellen angeführt, die unter den Oberbegriff des Trostspendens zu subsumieren wären (2. Korinther 1, 3-5 und Lukas 12, 4-5).

[271] Lukas 6, 27.35; Lukas 17, 3-4; Matthäus 18, 23-35; Matthäus 5, 38-48; Matthäus 6, 12.14.15; Matthäus 18, 21-22; Johannes 13, 34-35; Johannes 15, 12-13; 1. Johannes 3, 1-24.

ben.“) und die von Jesus praktizierte versöhnende Liebe.[272] Das Verzeihen, welches den Grundstein der Versöhnung bildet, wurde jedoch von den biblischen Vorbildern nur dann gewährt, wenn der Sündige seine Schuld eingestanden hatte. Zudem bildete die Veränderung des Handelns die Voraussetzung des Verzeihens. „Wenn dein Bruder sündigt, so weise ihn zurecht, und bessert er sich, so vergib ihm. Auch wenn er siebenmal des Tages sündigt gegen dich und siebenmal zurückkommt und spricht: ich bessere mich, so vergib ihm“ (Lukas 17, 3-4).

Mit einer Bewertung des Seminars seitens der Teilnehmer wurde selbiges abgeschlossen, und in den Beiträgen offenbarte sich das Schwanken zwischen Zustimmung und Vorsicht:

> Dieses Seminar war gut, um die ganzen Probleme auszusprechen und sie weiterzugeben. Mir hat es gefallen, weil ich nicht wusste, wie das ganze Problem angefangen hatte.

> Ich habe von diesen Dingen noch nie gehört. Ich glaube, dass die Bischöfe in diesem Projekt den Vorstellungen Gottes folgen […]. So Gott mich schützt, werde ich an den Seminaren teilnehmen.

> Ich habe nicht alles gut verstanden. Ich habe gut verstanden, was Edgar erklärt hat. Es wird gemacht, um die Geschichte unserer *comunidades* und Guatemalas kennen zu lernen.

Die weiteren Vorbereitungsseminare

Die Seminare für die *animadores* gingen inhaltlich weit über die Vermittlung von Interviewtechniken hinaus. In dem im Vorangegangenen beschriebenen Fall wurden auch im Anschlussseminar, das im September stattfand, keine Interviewtechniken vermittelt. Bei dieser Gelegenheit erfuhren die späteren Interviewer zunächst etwas über „die Geschichte“.[273] Zunächst wurde der Sinn historischen Wissens dargestellt und darauf verwiesen, dass „die Geschichte“ ein *recordatorio* [Erinnerung, Mahnung, Erinnerungszeichen, Gedächtnishilfe] sei, und dass sich durch sie Probleme der Gegenwart erklären ließen. Dadurch, dass die Geschichte schriftlich fixiert sei, gerate sie nicht in Vergessenheit und böte somit den Kindern die Möglichkeit, aus der Vergangenheit zu lernen.

---

[272] Vor dem Hintergrund der guatemaltekischen Erfahrungen sind der hohe Stellenwert des Märtyrertums (Johannes 15, 12-13; 1. Johannes 3,16) und die Gleichsetzung von Hass mit Mord (Matthäus 5, 20-26; 1. Johannes 3, 15) besonders bemerkenswert.

[273] Im REMHI-Projekt trafen zwei Traditionen der Geschichtsvermittlung aufeinander: die von den hauptstädtischen Mitarbeitern repräsentierte Tradition der Schriftlichkeit und die Tradition oraler Geschichtsvermittlung in vielen der *comunidades*. Dieses Aufeinandertreffen erfuhr in der Basisarbeit der katholischen Kirche eine besondere Ausprägung, da Laien, die oftmals des Lesens und Schreibens nicht mächtig waren, mit der Vermittlung der Bibelinhalte betraut waren.

Von den Seminarveranstaltern wurde die Bedeutung eines historischen Grundlagentextes für die Tradierung von Geschichtsbewusstsein unterstrichen und andererseits auf vielfältige Möglichkeiten der Geschichtsvermittlung verwiesen: Geschichte könne auf verschiedenen Wegen, etwa durch die Wissensvermittlung, das Aussprechen des Erlebten, die kommunikative Wiederherstellung der Erinnerung, durch Dokumente, die Geschichten der Alten und durch Exhumierungen rekonstruiert werden.

In einem zweiten Seminarabschnitt wurde über den Sinn von Zeugenaussagen gesprochen und betont, dass es sich dabei nicht nur darum handele, die Taten zu rekonstruieren, sondern auch um die Möglichkeit, das Herz zu erleichtern, die Angst abzustreifen und zu verzeihen (!). In diesem Zusammenhang wurde auch verdeutlicht, dass mit der Zeugenaussage weder materielle Entschädigungen noch strafrechtliche Verurteilungen der Täter verbunden seien. Schließlich wurde betont, dass mit der Zeugenaussage nicht zwingend ein Schuldeingeständnis seitens der Täter und somit eine Grundbedingung des Verzeihens verbunden sei. Abschließend wurde ausführlich die Angst behandelt, die sowohl Zeugen als auch Interviewer haben würden. Die Angst der Interviewer wurde nicht nur hinsichtlich möglicher Drohungen durch „Militärkommissionare“, Mitglieder der „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“ oder Guerillaangehörige antizipiert, sondern auch auf die Angst davor bezogen, schrecklichsten Schilderungen zuzuhören oder die Projektidee nicht hinreichend vermitteln zu können. Diesbezüglich wurde betont, dass die Interviewer ihre Kraft aus Gottes Wort, dem Zusammenschluss der *animadores* und dem Rückhalt durch die ODHAG und die Überwachungsmission der Vereinten Nationen würden schöpfen können.

Das dritte Vorbereitungsseminar im Oktober beschäftigte sich erstmals mit der Aufnahme von Zeugenaussagen. Im Mittelpunkt standen dabei zunächst die im Interview ausgelösten Emotionen, die in Rollenspielen deutlich gemacht wurden. Die späteren Interviewer, oftmals selbst Opfer der Repression, erfuhren so am eigenen Leibe, welche Erleichterung das Sprechen über die grauenhaften Erlebnisse bieten kann. Sie erfuhren zugleich, welche Belastung (und auch Stärkung) sich mit dem Zuhören verbindet. Anknüpfend an das Erfahren einer interviewgleichen Gesprächssituation schloss sich die Auseinandersetzung mit optimalen Interviewbedingungen an, in der insbesondere die Bedeutung einer vertrauten Umgebung für die Opfer unterstrichen wurde. Schließlich wurden sieben Fragen erläutert, die in den Interviews in einer offenen und keineswegs „verhörgleichen“ Form zu beantworten waren. Diese sieben Fragen dienten als Grundlage sämtlicher Interviews, die in den folgenden Monaten landesweit durchgeführt wurden:

Tab. 3: Interviewfragen (REMHI)

1. Wer war das Opfer?
2. Was ist wann und wie passiert?
3. Wer waren die Verantwortlichen?
4. Warum ist es passiert?
5. Was waren die Folgen? (für Opfer, Familien, *comunidades*)
6. Wie wurde mit der Situation umgegangen, was ist nach der Tat passiert?
7. Was soll gemacht werden, damit es nie wieder passiert?

Quelle: REMHI, Bd. 1, S. XXIII.

Die sieben Fragen zeugen von der gewandelten Konzeption des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung, in deren Zentrum nicht mehr die Erfassung und Dokumentation von Taten, sondern die Aufzeichnung komplexer Erfahrungen stand. Mit der Aufnahme von Zeugenaussagen sollte ferner eine Geschichtsschreibung vorbereitet werden, die den „Chor der Betroffenen" widerspiegelt. Gefragt wurde nicht nur nach der Beschreibung der Ereignisse, sondern auch nach der Sinngebung seitens der Opfer und den Vorstellungen derselben von einer friedlichen Zukunft.

Im letzten Vorbereitungsseminar wurde schließlich die konkrete Interviewführung trainiert. Das korrekte Ausfüllen der Interviewbögen stellte dabei das größte Problem dar. Vom Zentralteam waren inzwischen die anfänglichen Entwürfe der Interviewbögen modifiziert worden, um sie für die Interviewer handhabbarer zu machen. So wurden zum Beispiel die Leerzeilen in den Bögen vergrößert, damit sie für *animadores*, die wenig geübt im Schreiben waren, leichter auszufüllen waren. Auch wurden die insgesamt fünf Interviewbögen in verschiedenen Farben erstellt.[274] Die Interviews konnten, wenn der Zeuge einwilligte, aufgenommen und sowohl in Spanisch als auch einer indigenen Sprache geführt werden. Nach dem Interview wurde dieses transkribiert und/oder eine Zusammenfassung verfasst und in vielen Fällen eine Übersetzung angefertigt. In dem erwähnten finalen Vorbereitungsseminar wurde insbesondere das Schreiben einer Zusammenfassung geübt.

Allen Vorbereitungsseminaren war gemein, dass die theologische Komponente einen breiten Raum einnahm. Nachdem recht schnell deutlich geworden war, dass viele der *animadores* sich nicht vorrangig dafür interessierten, die Arbeit

[274] Die Interviewbögen selbst finden sich im Anhang von: Oliver Mazariegos; The Recovery of Historical Memory Project of the Human Rights Office of the Archbishop of Guatemala: Data Processing, Database Representation, in: Patrick Ball et al.; Making the Case. Investigating Large Scale Human Rights Violations Using Information Systems and Data Analysis, Washington, D.C. 2000.

der CEH zu unterstützen (die ein abstraktes Vorhaben auf nationaler Ebene darstellte), sondern mehr von dem Wunsch motiviert waren, anderen im Sinne christlicher Nächstenliebe zu helfen, änderte sich allmählich das Gesamtkonzept. Die Arbeit der *animadores* wurde nunmehr als ein Beitrag zur Wiederherstellung des sozialen Netzes verstanden. Das Durchbrechen des Schweigens und das Reden über die grauenhaften Erlebnisse sollten einen Versöhnungsprozess einleiten, der die atomisierten Mitglieder der *comunidades* erneut zusammenführen sollte. Hatten die Projektinitiatoren anfangs noch beabsichtigt, sich die Gemeindestrukturen der katholischen Kirche zu Nutzen zu machen, um Zeugenaussagen über die beschwiegene Vergangenheit aufnehmen zu können, sollte nun die Arbeit in den Gemeinden dazu dienen, die gesamte *comunidad* in den Prozess der Versöhnung einzubeziehen. Wenngleich das Projekt von der katholischen Kirche getragen wurde, sollten auch andersgläubige Mitglieder der *comunidades* in den kommunikativen Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit eingebunden werden.

Mit der Wandlung des Selbstverständnisses von REMHI rückte allmählich die vierte Phase der Rückübermittlung in den Mittelpunkt der Projektkonzeption. Die Aufnahme der Zeugenaussagen wurde zum Auftakt eines sozialen Prozesses, der erst mit der Diskussion der Ergebnisse der Wahrheitsfindung in den *comunidades* sein Ziel erreichen würde. Doch bis zum Beginn der vierten Phase sollten noch viele Monate verstreichen. Ende November 1995 war für die Teilnehmer der skizzierten Seminare die Vorbereitungsphase beendet, und sie wurden mit ihren Arbeitsmaterialien „ins Feld“ geschickt.

5.1.3 Die zweite Phase: Kontakt mit den Zeugen

1996 begann die zweite Projektphase, die Phase der Materialsammlung. Für das Zentralteam bedeutete dies die Zusammenstellung von Informationen über den Verlauf der »bewaffneten Auseinandersetzung». Insbesondere wurden Informationen über medial bedeutende Verbrechen der letzten Jahrzehnte, über militärische Strukturen, Persönlichkeiten des öffentlichen und militärischen Lebens und strategische Pläne der „Aufstandsbekämpfung“ gesammelt. Gleichzeitig waren die Mitglieder des Zentralteams damit betraut, die Entwicklung der zweiten Phase im »Landesinneren« beratend zu begleiten.

Im Mittelpunkt der zweiten Projektphase stand die in den einzelnen Diözesen unterschiedlich schnell und intensiv verlaufende Aufnahme von Zeugenaussagen.[275] Die gesamte Vorbereitungsphase hatte etwa 800 Personen einbezogen, die an den insgesamt 220 Seminaren in 18 Departments des Landes teilgenommen hatten.[276] 200 Personen waren als ehrenamtlich arbeitende Gemeindemit-

[275] Aufgrund der sehr unterschiedlichen Dynamik in den einzelnen Diözesen stellt die Unterteilung des Projektverlaufs in temporäre Phasen lediglich einen Richtwert dar.

[276] Vgl. dazu im folgenden REMHI, Bd. I, S. XXIV.

glieder nicht an einer Projektmitarbeit interessiert, sondern betrachteten die Teilnahme an den Seminaren als Weiterbildung und Unterstützung für ihr Engagement in sozialen Projekten im Gesundheits-, Bildungs- oder Menschenrechtssektor. Von den verbleibenden 600 Personen arbeiteten schließlich 400 regelmäßiger (*con más constancia*) als *animadores*.

Die Vorbereitungsphase, so hieß es im REMHI-Bericht, könne auf den ersten Blick ineffizient erscheinen. Insgesamt sollten schließlich 6494 Zeugenaussagen gesammelt werden.[277] Dies bedeutete, dass die 400 „konstanter mitarbeitenden" *animadores* durchschnittlich 16,2 Zeugenaussagen aufgenommen hatten. Angesichts der im „Handbuch für die empirische Arbeit von Wahrheitskommissionen" genannten Richtwerte erschien die Tätigkeit der *animadores* auf den ersten Blick ineffizient.[278] Eine nähere Betrachtung der Interviewleistung enthüllt jedoch, dass diese einen Prozess umfasste, der die vorsichtige Kontaktaufnahme, das Interview und eine Phase der Begleitung beinhaltete. Im Falle der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" sollte die Zeugenaussage sich nicht auf eine einmalige Gesprächsgelegenheit beschränken, sondern die Möglichkeit eines dauerhaften Kommunikationsprozesses einschließen. REMHI versuchte, in den an das Projekt angebundenen *comunidades* Kommunikationsräume zu schaffen. Die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" war im Laufe der ersten Projektphasen „semibewusst"[279] zu einem sozialen Prozess geworden, der auf die Wiederherstellung des Sozialen abzielte. Die Zeugenaussage war dabei nicht mehr und nicht weniger als eine Schlüsselszene eines langen Bühnenstückes.

---

[277] Dies ist lediglich ein Richtwert. Viele Aussagen wurden überhaupt nicht in die hauptstädtische Zentrale geschickt, und mancherorts dauerte die Aufzeichnung von Zeugenaussagen noch im März 2000 (Ende meines Forschungsaufenthaltes) an.

[278] Ball gibt einen ungefähren Richtwert von zwölf Interviews/Woche an, die ein Interviewer realisieren könne. Diese Quantität sei u.a. von den Möglichkeiten, Zeugen zu finden, vom Umfang der Fragebögen und schließlich vom ausgelösten emotionalen Stress abhängig. Vgl. Patrick Ball; Who did What to Whom?, a.a.O. Gemäß diesen Richtwerten hätte die Zeugenaussagenaufnahme durch 400 Interviewer und mit einem Endsaldo von 6500 Interviews in 1½ Wochen abgeschlossen sein können. Wenn den 400 Interviewern 12 Monate für die Aufnahme der Zeugenaussagen zur Verfügung standen, hätten 250.000 Zeugenaussagen beigesteuert werden können. Eine derartige statistische Aufschlüsselung abstrahiert jedoch von der eigentlichen Interviewleistung.

[279] C.G., Interview („semiconscientemente").

El compromiso[280]

Mit der Aufnahme der Zeugenaussagen waren für viele *animadores* und Projektkoordinatoren emotionale Erfahrungen verbunden, die sich für den weiteren Fortgang des Projektes als bedeutend erweisen sollten. Die Motivationen, die die *animadores* dazu bewogen hatten, am REMHI-Projekt teilzunehmen, waren unterschiedlich, und doch berichteten viele der *animadores*, die im Verlaufe des Projektes zu angestellten Mitarbeitern desselben wurden, von einem grundsätzlichen Wandel ihrer eigenen Weltanschauung. Viele der *animadores* verfügten, als sie aktiv im Projekt mitzuwirken begannen, bereits über Erfahrungen im Bereich der Sozialarbeit, und vor allem die Mitglieder der diözesanen *pastorales sociales* waren mit den Problemen der Menschen vertraut.

Trotz der bereits zuvor bestandenen Sensibilisierung für die Probleme der Menschen verwiesen einige der jungen diözesanen REMHI-Mitarbeiter im Interview darauf, die Geschichte Guatemalas zwar in groben Zügen gekannt zu haben, nie jedoch eine genauere Vorstellung von den weit verbreiteten Praktiken des Horrors besessen zu haben.

> Ich kannte einige sehr spezielle Fälle, und ich kannte einen Teil der Geschichte des Konfliktes in Guatemala, aber nicht von Grund auf. Und als ich die Möglichkeit hatte, für REMHI zu arbeiten, war es für mich sehr wichtig, weil ich dort viele Dinge entdeckte, die mich für lange Zeit […] niemand hat sehen lassen.[281]

Die Konfrontation mit den Dimensionen und Auswirkungen des Terrors rief unterschiedliche Reaktionen hervor, deren Gemeinsamkeit jedoch darin bestand, das Zuhören als emotionale Belastung zu verstehen.

> Die anfängliche Erfahrung war ein bisschen schwierig, weil ich selbst keine Gewalt erlebt hatte. Ich wusste schon von einigen Dingen, aber auch nicht mehr...Und eine der härtesten Sachen war es, Zeugenaussagen aufzunehmen, weil viele Leute geweint haben, viele Leute haben darum gebeten, dass man ihnen hilft, und man fühlt sich in so einer Situation hilflos.[282]

---

[280] „El compromiso con la gente“ wird von vielen *animadores* und REMHI-Koordinatoren als wichtigste Motivation angegeben, um weiterhin im Projekt zu arbeiten. Die „Verpflichtung gegenüber den Menschen“ ist in der Phase der Zeugenaussagenaufnahme entstanden und keineswegs, wie es die deutsche Übertragung des Begriffes nahe legt, mit negativen Aspekten verbunden.

[281] „[...] conocí a varios casos, muy particulares, ¿verdad?, y conocí a parte de la historia del conflicto en Guatemala, pero no así a profundidad..y al tener esta oportunidad de trabajar en REMHI para mi fue algo muy importante porque fue ahí donde yo fui descubriendo muchas cosas que por mucho tiempo ..no: nadie me los ha hecho ver.“ (A.M., Interview).

[282] „La experiencia del principio fue un poco difícil porque...sea, yo no viví nada de las violencias, sí, sabía unas cosas, pero nada más..y..después, una de las cosas más fuertes fue

Die Auseinandersetzung mit dem Grauen führte bei vielen nicht zu einer Fluchtreaktion, sondern – im Gegenteil – zu einer Identifikation mit dem Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung, die in dem Maße zuvor nicht bestanden hatte. Aus einem anfänglichen unverbindlichen Interesse für das Projekt wurde in vielen Fällen eine dauerhafte emotionale Verbindlichkeit. Aufgrund des *compromiso* fühlten sich in einigen Regionen Guatemalas die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter des Projektes für die längerfristige Betreuung der entstandenen Reflexionsgruppen verantwortlich. Von der durch das Zu- und Wiederhören ausgelösten emotionalen Anspannung berichteten viele der *animadores*. Zwei Beispiele sollen dies im Folgenden illustrieren. In beiden Fällen handelte es sich um Männer, die den emotionalen Stress im Interview nicht nur offen ansprachen, sondern zu Schlüsselelementen der Erzählung über die eigene Projekttätigkeit machten. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass in beiden Fällen den Interviewten das Gespräch dazu diente, endlich einmal selbst Gehör zu finden.

Im ersten Fall berichtete der Interviewte, wie er ein Jahr lang „alleine, alleine" in seinem winzigen Büro saß und Interviews transkribierte. Auf die Frage, ob ihm dabei *animadores* geholfen hätten, antwortete er:

> Nein, einigen hat man es in der Vorbereitungsphase beigebracht, einigen hat man beigebracht, eine Zusammenfassung zu schreiben: Die Zeugenaussage anzuhören und zusammenzufassen, das hat viel geholfen. Ich habe das auch gemacht, es war ermüdend, äußerst ermüdend, weil es Zeugenaussagen gab, die ein bis zwei Stunden lang waren; zwei Kassetten musste man hören [lacht], es war ermüdend, ermüdend und auch traumatisierend, und ab einem gewissen Moment begann ich, aufgrund des Anhörens der vielen Zeugnisse Brechreiz zu bekommen, ich fühlte mich schon ein wenig kraftlos/verrückt, ich fühlte mich ein bisschen stark angespannt [...].[283]

Im zweiten Fall erzählte ein Projektangestellter, dass er im Büro aufgrund ständiger Störungen nicht die Ruhe finden konnte, um die Interviews zügig zu transkribieren und so die Erlaubnis einholte, je zwei Wochentage zu Hause zu arbeiten. Auch dort begann die Arbeit, ihn zu bedrücken, und er fühlte „fast einen körperlichen Schmerz und eine körperliche Müdigkeit". In der Schlüsselszene der erzählten Geschichte fährt er mit der Bemerkung fort, dass es bei der Transkription der Interviews manchmal schwierig gewesen sei, Worte oder Satzteile zu verstehen. Daraufhin habe er seinen elfjährigen Sohn gebeten, zuzuhö-

---

levantar testimonios..porque mucha gente lloraba, mucha gente..pedía que uno le ayudara y así como uno se siente impotente ante una situación como eso". (H.T.)

[283] „No, algunos..se les enseñó cuando estabamos en la etapa de la preparación, algunos se les enseñó hacer un resumen, escuchar el testimonio y resumir, eso ayudó bastante, yo también hacía eso que era cansado, supercansado porque habían testimonios de una hora hasta de dos horas, dos casettes tenía uno que escuchar allá [risa], era cansado, cansado y traumante también..y hubo un momento también en que yo también comenzé a tener bascas, ya me sentía un poco..débil, me sentía un poco así, muy tenso" (S.X.).

ren und dieser habe – als kleiner Schlingel (*patojito*) – sofort die fraglichen Stellen verstanden. Dies wiederum wurde zum Anstoß, den Jungen zu bitten, bei der Interviewtranskription mitzuhelfen, und tatsächlich wurde so eine Interviewabschrift erstellt. Das Ergebnis war ein fürchterlicher Albtraum: Der Sohn träumte, dass „sie" kamen, nach seinem Vater fragten und er es „ihnen" hatte sagen müssen. Der Traum wurde damit fortgesetzt, dass der Vater das Haus verließ, in ein Auto gezerrt wurde und der Sohn weinend zurückblieb. Die Moral von der Geschichte und somit auch die Erzählabsicht folgten unmittelbar. Es habe keinen Sinn, die Arbeit an die Kinder weiterzugeben, da sich mit derlei Zeugnissen nur reifere Menschen mit einem klaren Bewusstsein (*gente más maduro que tengan una conciencia clara*) auseinandersetzen könnten.

Während so für einige bereits in der Phase II eine fast unerträglich werdende Einsamkeit einsetzte, war für andere eben diese Phase des Projektes eine sehr positiv besetzte. Viele *animadores* berichten davon, durch die Konfrontation mit den Erfahrungen der Opfer zu einem neuen Selbstverständnis gefunden zu haben. Für sie war die Phase der Zeugenaussagenaufnahme die Phase, in der sich durch das Zuhören eine stärkere Sensibilisierung für das Mitmenschliche einstellte. Für andere hingegen verband sich mit der Aufnahme von Zeugenaussagen nicht nur die starke emotionale Belastung, sondern auch eine Überforderung, die aus dem Missverhältnis zwischen eigenen Kenntnissen und den Fragen der Menschen in den *comunidades* resultierte.

Mit einer Reihe von Folgeseminaren wurde die Arbeit der *animadores* auch 1996 begleitet. In diesen Seminaren wurden immer wieder die Grundlagen der Arbeit erklärt, Diagnostiken der *comunidades* erstellt, Fragen beantwortet und historisch-politische Kenntnisse vermittelt. Gegenstand der Seminare war zunächst die Vertiefung der theologischen und psychosozialen Fundierung des Projektes. Hinzu kamen Vorträge, die die Inhalte der verschiedenen, mittlerweile unterzeichneten Friedensabkommen, die rechtlichen Schritte einer Exhumierung sowie die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit von MINUGUA vorstellten. Ein zweiter Baustein der Seminare waren gemeinsame Reflexionen über die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« in den *comunidades*. So wurden etwa Filmvorführungen zum Anlass für den Erfahrungsaustausch über die „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen" genommen. Die bei diesen Gelegenheiten geschilderten Erlebnisse wurden häufig schriftlich gebündelt und ergaben zusammengefasst ein Panorama der Auswirkungen einzelner Terrorstrategien. Als Diagnostiken flossen diese Erfahrungsbündel in die vom Zentralteam durchgeführte Analyse der Gewalt ein und bildeten einen wesentlichen Informationspool. Insofern dienten die Seminare nicht lediglich der Informationsübermittlung „von oben nach unten", sondern von der Basis strömten ebenfalls Informationen, die die individuellen und kollektiven Zeugenaussagen ergänzten, in die Hauptstadt.

Schließlich dienten die Seminare einem Informationsaustausch zwischen den *animadores* und den Projektevaluierern. Besonders in den Anfangsmonaten hat-

te sich herausgestellt, dass es selbst für aktive Gemeindemitglieder nicht leicht war, Betroffene dazu zu bewegen, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Im April 1996 hatten viele der *animadores* noch keine Zeugenaussagen aufgenommen, und manche hatten bereits mit dem Gedanken gespielt, das zeitaufwändige Projekt wieder fallen zu lassen. Häufig hatte die Tätigkeit der *animadores* darin bestanden, *comunidades* und Familien zu besuchen, das Projekt vorzustellen und um Zeugenaussagen zu bitten. Zumeist reagierten die angesprochenen Familien mit der Feststellung, man wolle das Vergangene vergessen, oder aber mit dem Verweis darauf, sich später entscheiden zu wollen. In den Sitzungen auch der folgenden Seminare wurden immer wieder die Gründe für den nur schleppend anlaufenden Prozess der Zeugenaussagenaufnahme gesucht. Ein erster wesentlicher Grund war die Angst der Menschen, die, selbst wenn sie sich grundsätzlich zum Reden bereit erklärt hatten, weder die Interviewbögen unterschreiben noch eine Tonbandaufnahme des Gesprächs zulassen wollten. Auch wurde bemerkt, dass die Unterschrift unter einer Zeugenaussage der Unterschrift unter einem Testament vergleichbar sei. Und tatsächlich darf weder außer Acht gelassen werden, dass die Friedensverträge erst im Dezember 1996 unterzeichnet wurden, noch dass die lokalen Strukturen der Repression immer noch weitgehend intakt waren.

Zu der Angst der potenziellen Zeugen gesellte sich häufig die Unsicherheit der *animadores*. Diese waren zunächst selbst direkten und indirekten Drohungen ausgesetzt, die etwa in Gestalt der Bemerkung, die *animadores* sollten sich vorsehen, auftraten. Im generellen Klima der Angst agierten Interviewer, die sich ihrer Sache oftmals selbst nicht sehr sicher waren. Vielfach wurde in den Folgeseminaren kritisiert, dass die in der Vorbereitungsphase erhaltene Ausbildung nicht ausreichend gewesen sei, um die Menschen in den *comunidades* zur Mitarbeit bewegen zu können. Dieser Sachverhalt führte neben der Forderung nach weiteren Seminaren und psychologischer Betreuung zu dem Vorschlag, dass die hauptstädtischen Koordinatoren die Aufgabe übernehmen sollten, die Betroffenen zur Aussage zu bewegen, derweil die *animadores* weiterhin als Interviewer tätig sein könnten. Auch wurde häufig darauf verwiesen, bei der Arbeit in den *comunidades* keinerlei Unterstützung von den jeweiligen Priestern zu erhalten. Vielerorts hatten auch die Priester Angst, offen ein Projekt zu unterstützen, welches die lokalen Machtstrukturen anzugreifen drohte und so möglicherweise die gewalttätige Reaktion derer, die nach wie vor von den Strukturen der Repression profitierten, provozierte.

Abgesehen vom Schatten der Repression, der gleichermaßen auf potenzielle Zeugen, aktive *animadores* und engagierte Priester und Ordensleute fiel, war ein weiterer Grund für das langsame Anlaufen der zweiten Projektphase der grundsätzliche Mangel an Ressourcen. Die Besuche in den *comunidades*, die mit dem Ziel unternommen wurden, für das Anliegen des Projektes zu werben, waren für die ehrenamtlichen *animadores* sehr zeitaufwändig. Zu den mit den Besuchen verbundenen Aktivitäten gehörten Gespräche mit den Priestern, die Teilnahme

an Versammlungen von Katecheten und vor allem das Wandeln von Haus zu Haus. Die Zeugenaussagenaufnahme bedeutete, im Vorfeld mit den Menschen über die Dinge des täglichen Lebens zu sprechen und erst im Verlaufe des Gesprächs sowohl die Absichten von REMHI als auch die religiösen Fundamente zu erklären. Viel später, häufig nach einem gemeinsamen Abendessen, begann das eigentliche Interview. Viele der *animadores* gelangten zu Fuß in die abgelegensten Winkel oder aber reisten mit öffentlichen Transportmitteln, die sich in manchen Gegenden nur selten auf den schotterigen Straßen bewegen. Einige *animadores*, die nach eigener Aussage je zwei Wochentage für REMHI opferten, sprachen sich auf mehreren Seminaren für eine finanzielle Aufwandsentschädigung aus. Das so eingeforderte Tagegeld jedoch hätte REMHI nicht zu zahlen vermocht. Eine weitere Form der ökonomischen Hilfe hätte in Fahrtkostenzuschüssen bestehen können. Die Arbeit als *animador* war nicht nur mit emotionalen, sondern auch mit zeitlichen und ökonomischen Kosten verbunden. Dennoch fühlten sich viele der *animadores* bereits so stark mit REMHI verbunden, dass sie weiter am Projekt fest hielten. „Dieses Projekt", so einer der Seminarteilnehmer abschließend, „lohnt die Mühe, auch wenn es viel abverlangt".[284]

Die *animadores* des Projektes zur „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" hatten schließlich insgesamt 6500 Zeugenaussagen aufgenommen. Während der zweiten Phase hatten die diözesanen Koordinatoren zusätzlich kollektive Zeugenaussagen dokumentiert, da vielerorts die Menschen nicht bereit waren, individuelle Aussagen abzulegen. Mit den kollektiven Zeugenaussagen, die eine große Bedeutung für Q´eqchi´-*comunidades* in Alta Verapaz besessen hatten, verband sich zugleich ein sozialer Prozess, der kathartische Züge trug.[285] In den Zusammenkünften, die der Dokumentation der Geschichte der *comunidades* dienten, wurde die Geschichte der Gewalttaten, die jahrelang der militärischen Interpretation unterlag, in dem Sinne wieder angeeignet, dass sie öffentlich bezeugt und in einen anderen Interpretationsrahmen eingefügt wurde.

Im Unterschied zum *modus operandi* anderer Wahrheitskommissionen und auch in Absetzung von der ursprünglichen Konzeption führten die Vorbereitungs- und die Interviewphase im »Landesinneren« zu einer Dynamik, die zum Kern des Gesamtprojektes wurde. Die Teilnahme an den Vorbereitungs- und Folgeseminaren bot vielen nicht nur die erstmalige Gelegenheit, über das ihnen selbst Widerfahrene zu sprechen, sondern auch die Möglichkeit, an den Erfahrungen anderer *comunidades* teilzuhaben. Der somit einsetzende Prozess einer „Vergemeinschaftung von Erfahrungen"[286] implizierte die Möglichkeit einer neuen Sinngebung des Erfahrenen. Da es sich hier um ein Schlüsselmoment im

---

[284] „vemos que este proyecto vale la pena aunque cueste" (aus einem Seminarprotokoll).

[285] Die kollektiven Zeugenaussagen waren zugleich die wenigen Gelegenheiten, bei denen Täter öffentlich über ihre Handlungen sprachen.

[286] „socialización de experiencias" (C.G., Interview).

Verständnis der Wirkungsweise von REMHI handelt, soll an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, dass der Wissenshorizont vieler *animadores* anfänglich stark begrenzt war. Das historische Wissen umschloss vielfach zwar noch die Ereignisse in benachbarten *comunidades*, nicht jedoch die Geschehnisse auf regionaler, departamentaler oder nationaler Ebene. Durch den Erfahrungsaustausch während der Seminare und die Konfrontation mit der Geschichte des Landes „konnten die *animadores* ihre persönliche Erfahrung in eine breitere und von mehreren geteilte Erfahrung einbetten".[287] Mit der Erweiterung des Wissenshorizontes verband sich für die Koordinatoren des REMHI-Projektes die Hoffnung auf einen „trickle down-Effekt", der sich einstellen würde, wenn die *animadores* ihr erweitertes Wissen ihrerseits an die *comunidades* weitervermittelten. Eine der bedeutendsten Erfahrungen in der Phase der Zeugenaussagenaufnahme war die Möglichkeit, das Schweigen aufbrechen zu können, welches sich mit der Angst in den Familien eingenistet hatte. Die Erfahrung des gemeinsamen Erinnerns, Erzählens und Interpretierens wurde jedoch nicht in allen Winkeln des Landes gemacht und nicht in allen Diözesen brachte die Initiierung des Projektes dauerhafte Strukturen hervor.[288]

5.1.4 Die dritte Phase: Analyse der Zeugenaussagen

Während sich die Darstellung der ersten beiden Projektphasen vornehmlich auf die Ereignisse im »Landesinneren« konzentrierte, soll nun der Schauplatz gewechselt werden und die dritte Phase, in der das Material bearbeitet wurde, anhand der konzeptionellen Erwägungen und methodischen Schritte des hauptstädtischen Zentralteams geschildert werden.

Die Analyse und Erarbeitung des Berichtes war ein Vorgang, welcher lediglich für wenige Projektmitarbeiter den Rang eines wichtigen Bestandteils ihrer Erfahrungswelt besaß. In den dieser Arbeit zugrunde liegenden Gesprächen wurde die Analysephase von allen diözesanen REMHI-Mitarbeitern kurz erwähnt und zumeist in dem Satz zusammengefasst, dass zwischen den (ausführlich geschilderten) ersten beiden Phasen und der (ebenfalls detailliert dargestellten) vierten Phase eine dritte Phase der Analyse stattgefunden habe. Das Aussparen einer diesbezüglichen Schilderung verweist darauf, dass diese Projektphase sich nur für einen kleinen Personenkreis mit beeindruckenden und lebendigen Erfahrungen verband.

Die zeitliche Einordnung der dritten Phase (Januar 1997 bis April 1998) ist, wie auch die temporäre Abgrenzung der übrigen Phasen, lediglich ein Richtwert. In manchen Diözesen dauerte die zweite Phase 1997 noch an, in anderen hatte bereits die vierte Phase begonnen, und in einigen Diözesen schließlich hatten

---

[287] Die *animadores* „pudieron ubicar su experiencia personal en una experiencia más amplia, más compartida" (C.G., Interview).

[288] Eine Analyse der Gründe für die unterschiedliche Wirksamkeit folgt in Kapitel 8.

sich die REMHI-Teams aufgelöst. Im »Landesinneren« wurden, wie bereits an anderer Stelle bemerkt, die Interviews einer ersten Behandlung unterzogen. Von allen Interviews wurden Zusammenfassungen verfasst, ein großer Teil der Tonbandaufzeichnungen transkribiert und in der Regel Übersetzungen von den vielen Interviews angefertigt, die nicht auf Spanisch geführt worden waren. Insgesamt 61% der Zeugenaussagen wurden in 15 Maya-Sprachen aufgenommen, vornehmlich in Q'eqchi' (19%), Ixil (15,2%) und K'iche (11,8%).[289] Für die zeitaufwändigen Übersetzungen konnten in der Diözese El Quiché eigens Übersetzer eingestellt werden,[290] in anderen Landesteilen wurden sie von *animadores* und diözesanen Koordinatoren angefertigt. Das in den Diözesen zusammengetragene Material wurde schließlich in die Hauptstadt transferiert. Dabei ist zu betonen, dass, da die Dynamiken in den Regionen sehr unterschiedlich waren, nicht alle Zeugenaussagen in der ODHAG ankamen und in die Analyse einflossen. Zudem waren sie unterschiedlich stark bearbeitet. Letztlich war es die in den Diözesen vorhandene Arbeitskapazität, die darüber entschieden hatte, ob und in welchem Umfang Interviews transkribiert werden würden. Eine endgültige diesbezügliche Entscheidung wurde in der ODHAG gefällt; insgesamt wurden Abschriften etwa jedes fünften Interviews angefertigt.[291] Die Analyse sollte folglich auf ca. 1300 Transkriptionen und den Daten der 6500 Interviews basieren.

Als noch 1996 die ersten dieser Interviews in der Hauptstadt eintrafen, wurde damit begonnen, das Datenbanksystem zu testen und die Informationen zu übertragen. Bereits bei der Eingabe der auf den Interviewbögen vermerkten Daten ergaben sich erste Unklarheiten, da z.B. mehrere Personen über einen Fall berichteten, die Zuordnung zu Kategorien von Menschenrechtsverletzungen uneindeutig war oder aber Angaben fehlten. Die ersten Probleme konnten mit der Schaffung von Querverweisen schnell gelöst werden.[292] Die Koordinatoren von REMHI, die mit dem Wunsch angetreten waren, die Erfahrungen der Menschen zu veröffentlichen, waren mit der Tatsache konfrontiert, dass eine gewöhnliche quantitative Datenanalyse nicht an den Kern des Erlebens gelangen konnte. Um diese Hürde zu überwinden, wurde anhand der eintreffenden Interviews ein Instrumentarium zur qualitativen Inhaltsanalyse entwickelt. Drei Personen übernahmen die Aufgabe, eine erste Stichprobe von 50 Interviews anzuhören und einen Katalog von Schlüsselbegriffen zu entwickeln. Dieser Katalog, der die Bezeichnung „Thesaurus" erhielt, umfasste 270 thematische Oberbegriffe aus dem soziopolitischen, psychosozialen, kulturellen, juristischen und genderanaly-

---

[289] Vgl. REMHI, Bd. I, S. XXVI.

[290] L.S., Interview.

[291] Vgl. REMHI, Bd. I, S. XXVII.

[292] Vgl. dazu Mazariegos; The Recovery of Historical Memory Project of the Human Rights Office of the Archbishop of Guatemala: Data Processing, Database Representation, a.a.O.

tischen Bereich. Der Thesaurus enthielt weit mehr als Eckdaten zu den bezeugten Menschenrechtsverletzungen (z.B. Art des Verbrechens, verantwortliche Kräfte).[293] Die Schlüsselbegriffe sollten Anhaltspunkte für die Analyse des Erlebten bieten und waren von besonderer Bedeutung, als sich die Untersuchung den Auswirkungen der Gewalt auf Individuen, Familien und *comunidades* zuwandte. Neben den greifbaren Auswirkungen der Menschenrechtsverletzungen waren es vor allem die Themen der kurz- und längerfristigen Umgangsweisen mit dem Erlebten, die Interpretationen seitens der Opfer und schließlich die Wünsche in Bezug auf erinnerungs- und vergangenheitspolitische Mechanismen, um die die Begriffe des Thesaurus kreisten. Die Liste der Schlüsselbegriffe wurde im Laufe der Dateneingabe immer wieder um neue Aspekte erweitert und legte trotz ihrer Offenheit einen Rahmen für die Analyse fest.

Die Dateneingabe, die sowohl aus dem Übertragen der Angaben aus den Interviewbögen als auch aus der Kodifizierung der Interviews anhand des Thesaurus bestand, war ein Prozess, der insgesamt 15-18 Personen involvierte[294] und sich über 20 Monate hinziehen sollte. Die Kodifizierungsarbeit erforderte nicht nur die Befähigung, mit einem Computer umzugehen, sondern das Verständnis der zugrunde liegenden Problematik. Insofern umfasste auch die Vorbereitungsphase für die Kodifizierungsgruppe mehr als das Erlernen der notwendigen Technik. Es wurden etwa gemeinsam ausführlich Fälle analysiert, um die richtige Anwendung des begrifflichen Instrumentariums sicherzustellen. Zudem fanden regelmäßige Workshops des Kodifizierungsteams statt, die zwar bisweilen als nervtötend und langweilig empfunden wurden,[295] aber auch als hilfreich. Die mit der Kodifizierung Betrauten stellten eine unschätzbare Informationsquelle für die Autoren des Abschlussberichtes dar, da sie sich schlichtweg am besten mit dem in den Interviews ruhenden Material auskannten.

Nicht nur von der Quellenlage war die thematische Schwerpunktsetzung abhängig, sondern in erheblichem Maße auch von der politischen Situation. Ende 1996 stand die Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens und somit auch die Einsetzung der Wahrheitskommission unmittelbar bevor. Die ODHAG mischte sich aktiv in die neu aufflammende Diskussion ein, die abermals um die Möglichkeiten und Grenzen der künftigen Kommission sowie um die Zusammensetzung derselben kreiste. Ende November 1996 veranstaltete die ODHAG zusammen mit der Allianz gegen die Straflosigkeit (ACI – *Alianza contra la impunidad*) eine Tagung zur Methodologie der vereinbarten guatemaltekischen Wahrheitskommission, welche sich insbesondere durch das Auftreten prominen-

---

[293] Insofern ist der Auszug aus dem Thesaurus, der sich bei Mazariegos; The Recovery of Historical Memory Project of the Human Rights Office of the Archbishop of Guatemala, a.a.O. findet, irreführend.

[294] Vgl. dazu ebda., sowie REMHI, Bd. I, S. 1.

[295] Vgl. Mazariegos; The Recovery of Historical Memory Project of the Human Rights Office of the Archbishop of Guatemala, a.a.O.

ter Figuren der internationalen Diskussion um die Aufarbeitung der Vergangenheit auszeichnete.[296]

Zu diesem Zeitpunkt begann die Erstellung des Abschlussberichtes „Guatemala – Nie wieder!“. Als die mit der Erarbeitung des kirchlichen Abschlussberichtes betraute Gruppe ihre Arbeit aufnahm, richtete sie das Konzept des gesamten Berichtes an den antizipierten Ergebnissen der offiziellen Wahrheitskommission aus. Es sollte ein Bericht erarbeitet werden, der den künftigen Bericht der offiziellen Kommission durch die Dimensionen ergänzen sollte, welche letzterer nicht würde erfassen können. Aufgrund der Legitimierung der Wahrheitskommission durch die Friedensverträge stand zu erwarten, dass diese sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene einen wesentlich besseren Zugang zu offiziellen Dokumenten finden würde und zudem ein umfassendes und fundiertes Bild der in Menschenrechtsverletzungen verwickelten Institutionen erstellen könnte. Die Stärke von REMHI indes bestand darin, aufgrund der Bindung zu den Opfern nicht nur Verbrechensstatistiken auflisten zu können, sondern die Verarbeitung der Ereignisse in ihrer Komplexität erfasst zu haben.

Als im April 1998 die feierliche Abschlusszeremonie in der Kathedrale stattfand, hatten die Mitarbeiter einen Bericht erarbeitet, dessen Schwerpunkt auf der Darstellung der Gewalterfahrung lag.[297] Vor dem Hintergrund der inhaltlichen Ausrichtung des Projektes stand der erste Band von „Guatemala – nunca más!“ im Zentrum der Berichterstattung, die sich auf die Dokumentation und Analyse der psychologischen und sozialen Folgen der Terrorstrategien in den indigenen Hochlandregionen konzentrierte. Der zweite analytische Teil, der die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« beschreibt, stand indes nicht im Mittelpunkt der Berichterstattung.

Im Abschlussbericht spiegelte sich die Erfahrung wider, die auch die Autoren in den vergangenen Monaten in den Gesprächen mit den Opfern und Ausführenden des Terrors gemacht hatten. Die „Aufstandsbekämpfung“ der letzten Jahrzehnte hatte unvorstellbare Leiden hervorgebracht, aber vielen der Menschen nicht die Kraft zu nehmen vermocht. Dokumentiert wurden nicht nur die

---

[296] Es sprachen Priscilla Hayner (die die erste umfassende Darstellung der Geschichte der Wahrheitskommissionen verfasste), Yasmin Sooka (Mitglied der südafrikanischen Wahrheitskommission), Benjamín Cuellar (Direktor des Menschenrechtsinstitutes der salvadorianischen Jesuitenuniversität UCA), Douglas Cassell (u.a. Berater der salvadorianischen Wahrheitskommission), Javier Giraldo (Kolumbien) sowie José Zalaquett (chilenischer Politologe, Spezialgebiet: demokratische Transitionen). Vgl. ODHAG/ACI; Memoria del taller internacional „Metodología para una Comisión de la Verdad en Guatemala“, 20 y 21 de noviembre de 1996.

[297] Die Geschichte von REMHI soll an dieser Stelle unterbrochen werden. Weitere Ausführungen zur Methodologie finden sich in der Darstellung der Abschlussberichte, eine ausführliche Schilderung der Präsentationszeremonie folgt in 7.2 und eine Darstellung der vierten Phase des Projektes ist in Kapitel 8 situiert.

Erfahrungen von Zerstörung und Auflösung, sondern auch die „Erfahrung des Widerstandes, die es in jedem Zeugnis gibt. Die in Handlung gewandte Erinnerung“.[298]

5.2 Zur Entstehung der offiziellen Wahrheit

5.2.1 Das Mandat der „kastrierten“ Kommission

Mit dem „Abkommen über die Einrichtung der Kommission zur historischen Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten, die bei der guatemaltekischen Bevölkerung Leid verursacht haben“ hatten Regierung und URNG das Modell einer Wahrheitskommission vorgesehen, das von vielen Protagonisten der »organisierten Zivilgesellschaft« als „zahnlos“ oder „kastriert“ wahrgenommen wurde.[299] In dem vierseitigen Vertragstext wurden einerseits wesentliche Merkmale einer „schlagkräftigen“ Wahrheitskommission – wie die namentliche Nennung der für die Verbrechen Verantwortlichen – explizit aus dem Mandat der künftigen Kommission ausgenommen. Andererseits wurden der Kommission implizit und explizit Funktionen zugeschrieben, die sich nicht auf *fact finding* beschränkten und somit die Kommissionsmitglieder vor eine gewaltige Herausforderung stellen würden.

Der Auftrag der Kommission zur historischen Aufklärung

Das erste der drei im Vertragstext genannten Ziele der Kommissionstätigkeit war es,

> mit aller Objektivität, Ausgewogenheit und Unparteilichkeit die Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten aufzuklären, die im Zusammenhang mit der »bewaffneten Auseinandersetzung« Leiden für die guatemaltekische Bevölkerung verursacht haben.[300]

Damit bezog das Mandat die von beiden Kriegsparteien begangenen Verbrechen ein: Die Kommissionsmitglieder leiteten ihre Untersuchungen drei Jahre nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens auf der Grundlage einer Definition von „Menschenrechtsverletzungen“ ein, die erstens Handlungen und Unterlassungen von staatlichen Akteuren und zweitens solche, deren Taten vom Staat gefördert oder gebilligt wurden, umschloss. Zusätzlich waren Gewalttaten, die von organisierten (Guerilla-)Gruppen ausgeübt wurden, in die Untersuchungen

---

[298] Carlos Martín Berístain; Viaje a la memoria. Por los caminos de la milpa, Barcelona 1997, S. 162.

[299] Vgl. Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 129; Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O.; S. 46. Die Kritik am Mandat der guatemaltekischen Wahrheitskommission ist der Gegenstand des folgenden Kapitels.

[300] Zit. nach Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 248.

eingeschlossen.[301] Für die Eingrenzung der der CEH angetragenen Aufgabenstellung war ferner die Bestimmung ausschlaggebend, dass nur solche Taten Gegenstand der Untersuchung sein sollten, die im Zusammenhang mit der »bewaffneten Auseinandersetzung« begangen wurden. „Gewöhnliche" Gewalttaten waren somit von einer Untersuchung ausgenommen. Wie nun konnte bestimmt werden, welche Verbrechen im Zusammenhang mit der »bewaffneten Auseinandersetzung« begangen wurden? Raubmorde und „Verbrechen aus Leidenschaft" schienen ebenso wenig in den Rahmen des Arbeitsauftrages zu fallen wie die Ermordung von Straßenkindern, Transvestiten und Prostituierten. Doch wie verhielt es sich mit Morden, die im Zusammenhang des sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer wesentlichen Einnahmequelle des Militärs entwickelnden Drogenhandels begangen wurden? Fielen Massaker und illegale Hinrichtungen, die von Fabrik- oder Fincabesitzern veranlasst worden waren, um gewerkschaftliche Proteste einzudämmen, in das Mandat der Kommission?

Die Mitglieder der CEH einigten sich auf eine breite Auslegung des Mandates. Als Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten, die im Zusammenhang mit der »bewaffneten Auseinandersetzung« begangen worden waren, wurden nicht nur solche untersucht, die unmittelbar im Zusammenhang mit Kampfhandlungen standen. Die im Zusammenhang mit der »bewaffneten Auseinandersetzung« verübte Gewalt umschloss hingegen, so die CEH, all die Taten und Verbrechen, die erstens von der Strategie oder Ideologie einer der Konfliktparteien motiviert waren, in die zweitens Personen involviert waren, die aus ihrer Verbindung zu einer der Konfliktparteien einen persönlichen Nutzen gezogen hatten oder die drittens Opfer von Verbrechen wurden, weil eine enge Verbindung zwischen ihnen und einer Konfliktpartei unterstellt wurde.[302] Die Bestimmung ihres Arbeitsauftrages wurde für die Kommissionsmitglieder noch zusätzlich dadurch erschwert, dass im Vertragstext die der Untersuchung zugrunde liegende Zeitspanne nicht klar umrissen wurde. Zu untersuchen sei die Periode zwischen dem Beginn der »bewaffneten Auseinandersetzung« und der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens. Der Beginn des Untersuchungszeitraumes konnte in einem zeitlichen Intervall von nicht weniger als 30 Jahren situiert werden.[303]

Das zweite Ziel der Kommission sollte es sein,

> einen Bericht zu erarbeiten, der die Ergebnisse der Untersuchungen enthält und objektive Urteilsmaßstäbe (*elementos objetivos de juicio*) über das in dieser Periode Geschehene, die alle internen und externen Faktoren berücksichtigen, bietet.

---

[301] Vgl. CEH, Bd. II, S. 303f. (§ 1656). Das Mandat der salvadorianischen Kommission legte die Untersuchungen schlicht auf „Gewalttaten" fest und implizierte dabei beide Kriegsparteien.

[302] Vgl. CEH, Bd. I, S. 47f (§ 79-81).

[303] Vgl. Kapitel 6.1.3.

Mit der Formulierung des zweiten Zieles der Kommissionstätigkeit weiteten die Vertragsunterzeichnenden den Arbeitsauftrag erheblich aus. Nicht mehr nur die Untersuchung und Dokumentation konkreter Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten fielen in das Mandat der Kommission, sondern auch deren Beurteilung auf der Basis „aller internen und externen Faktoren“.[304] Damit wurde der Kommission zur historischen Aufklärung das hermeneutische Recht zugesprochen, die historischen Ereignisse zu interpretieren. Als die CEH in ihrem Abschlussbericht das ihrer Arbeit zugrunde liegende Mandat beschrieb, verwies sie darauf, dass sowohl die Aufklärung der Taten als auch eine Erleichterung des Verständnisses dessen, was während des Untersuchungszeitraumes geschehen war, Bestandteil des Mandats sei.[305]

Ein letztes Ziel hatte die guatemaltekische Kommission zur historischen Aufklärung mit allen anderen Wahrheitskommissionen gemein: sie sollte Empfehlungen formulieren. Diese sollten den Frieden und die nationale Eintracht (!) fördern und insbesondere auf die Bewahrung des Andenkens der Opfer, auf die Festigung einer Kultur des gegenseitigen Respekts und der Einhaltung der Menschenrechte und schließlich auf die Stärkung des demokratischen Prozesses zielen. Nicht explizit im Vertragstext aufgeführt, aber auch nicht untersagt waren Empfehlungen hinsichtlich rechtlicher und administrativer Maßnahmen oder Reparationen. Bei den von den Verhandlungsparteien formulierten Zielvorgaben handelte es sich bezüglich der Empfehlungen um einen Grundkanon der empfehlenden Tätigkeit von Wahrheitskommissionen.

Modalitäten der Kommissionstätigkeit

Die Untersuchungen der Kommission sollten auf der Annahme von Informationen basieren, die ihr einerseits von sich betroffen fühlenden Personen und Institutionen und andererseits von den Konfliktparteien angetragen würden. Die der Kommission angetragenen Fälle sollten sodann „in vollem Umfang und bis in die Einzelheiten“ geklärt und dabei alle relevanten Faktoren und Umstände mit aller Unparteilichkeit (!) analysiert werden. Bei der Unterzeichnung des Abkommens war bereits bekannt, dass die Opferzahlen der jahrzehntelangen »bewaffneten Auseinandersetzung« in die Hunderttausende gingen und zudem von einer noch höheren Zahl von Menschenrechtsverletzungen ohne Todesfolge flankiert waren. Angesichts der Tatsache, so der spätere Kommissionsvorsitzende Tomuschat,

> dass sich selbst in einem gut organisierten Rechtsstaat unter günstigen Umständen ein Gerichtsverfahren in einer politisch gefärbten Strafsache über Jahre hinziehen kann,

[304] Auch diesbezüglich wurde eine „weite“ Interpretation des Mandatstextes gewählt, die die „internen und externen“ Faktoren nicht ausschließlich auf konkrete Fälle beschränkte.

[305] Vgl. CEH, Bd. I, S. 43 (§ 61).

musste man eigentlich davon ausgehen, dass man die Kommission auf eine von vornherein zum Scheitern verurteilte Reise geschickt habe.[306]

Am Ende des Vertragstextes fand sich der Verweis darauf, dass die Kommission bis zur Beendigung ihrer Arbeit keinesfalls sämtliche ihr angetragenen Fälle würde untersuchen können, und dass diese Tatsache jedoch nicht die Gültigkeit des Berichtes mindere. Damit wurde im Abkommen paradoxerweise ein unerreichbares Ziel aufgestellt. Anstatt die Kommission, wie etwa in El Salvador, mit der Untersuchung ausgewählter Fälle zu betrauen, wurde das Ziel einer umfassenden Untersuchung im Vertragstext verankert und zugleich betont, dass die Nichterreichung des Zieles keine Beanstandung der Arbeit selber erlauben würde.

Im Vertragstext wurde ferner darauf verwiesen, dass die Kommission zwar alle Personen und Institutionen einladen werde, um ihre Version der Geschehnisse zu präsentieren, dass jedoch die Nichtbeteiligung an diesem Prozess nicht die „Urteilsfindung" verhindere. Mit diesem Passus sollte einer Ablehnung des Endergebnisses seitens der Täter vorgebeugt werden. Dem Arbeitsauftrag der Kommission wurden schließlich mit der Formulierung von zwei Negativbestimmungen enge Grenzen gesetzt: Festgelegt wurde, dass die Kommission weder Verantwortlichkeiten zu „individualisieren" befugt sei noch dass ihre Arbeit mit strafrechtlichen Intentionen oder Konsequenzen verbunden sei. Die Untersuchungen der Kommission, die sowohl den Prozess der Zeugenaussagenaufnahme als auch die Erarbeitung des Abschlussberichtes umschließen würden, sollten nicht öffentlich durchgeführt werden, um sowohl die Geheimhaltung der Quellen als auch die Sicherheit der Zeugen und Informanten zu garantieren. Wenige Monate vor der Einsetzung der südafrikanischen Wahrheitskommission, die ihre Arbeit auf öffentliche *Hearings* stützen sollte, wurde im guatemaltekischen Verhandlungsprozess die in Lateinamerika übliche Verfahrensweise des Nichtöffentlichen unterstrichen.

Bei der Zusammensetzung der Kommission wurde ein „gemischtes" Modell gewählt. Die Kommission sollte weder ausschließlich aus Guatemalteken noch ausschließlich aus ausländischen Mitgliedern bestehen. Hintergrund dieser Entscheidung war die Erfahrung, dass eine rein national zusammengesetzte Kommission mit gravierenden Sicherheitsproblemen zu kämpfen haben würde und dass andererseits eine „ausländische" Kommission die Akzeptanz der Ergebnisse schmälern könnte.[307] Im Osloer Abkommen wurde festgelegt, dass die Kom-

---

[306] Christian Tomuschat; Friedenssicherung durch Wahrheitsfindung. Die Kommission zur Aufklärung der Vergangenheit in Guatemala, in: Vereinte Nationen, 6/1999, S. 193.

[307] In El Salvador hatte die UNO nicht nur im Friedensprozess vermittelt, sondern auch die Wahrheitskommission eingerichtet. Alle drei Kommissionsmitglieder, der ehemalige kolumbianische Präsident Betancur, der venezolanische Ex-Außenminister Figueredo und der Ex-Präsident des Interamerikanischen Menschengerichtshofs Buergenthal, wurden vom

mission aus drei Mitgliedern bestehen solle. Bereits namentlich genannt wurde der aktuelle Moderator der Friedensverhandlungen, Jean Arnault, dessen Designierung beim UN-Generalsekretär ersucht werde. Hinsichtlich des zweiten Kommissionsmitgliedes wurde lediglich festgelegt, dass es sich um einen unbescholtenen Bürger (*un ciudadano de conducta irreprochable*) handeln sollte, der mit der Zustimmung beider Konfliktparteien vom Moderator zu ernennen sei. Das dritte Mitglied sollte schließlich ein aus einer von den Universitätsrektoren erstellten Dreierliste auszuwählender Akademiker sein. Die Kommission würde mit einem Mitarbeiterstab arbeiten, dessen Größe sie selbst zu bestimmen habe (und dessen Finanzierung ebenso wie die des gesamten Unternehmens nicht vertraglich vorbestimmt wurde). Die Zusammensetzung der Kommission war in den vorangegangenen langjährigen Diskussionen ein Hauptstreitpunkt gewesen. Das im Abkommen niedergelegte Verhandlungsergebnis war indes sehr schlicht. In den diesbezüglichen Vorschlägen der vergangenen Jahre war vor dem Hintergrund der ersten beiden guatemaltekischen „Untersuchungskommissionen" durchweg ein vielköpfiges Modell eingefordert werden. In der Kommission sollten alle relevanten gesellschaftlichen Sektoren vertreten sein, um die Objektivität der Ergebnisse sicherzustellen. Im Osloer Abkommen waren hingegen sehr vage Anforderungen an die beiden guatemaltekischen Kommissionsmitglieder niedergelegt worden: Unbescholtenheit und ein akademischer Abschluss.

Neben der Verpflichtung beider Konfliktparteien zur Mitarbeit und der Unterstützung durch MINUGUA wäre, schließlich und endlich, noch ein entscheidendes Element des Vertragstextes zu nennen. Die Kommission sollte ihre Arbeit erst mit der Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens aufnehmen. Für die Arbeit der Kommission wurden sechs Monate vorgesehen, die, falls es sich als notwendig erweisen sollte, noch um weitere sechs Monate verlängert werden könnten.

Zwischen den Zeilen

Die Kommission war mit der im Mandatstext niedergelegten triadischen Anforderung einer „objektiven, ausgewogenen und unparteilichen" Aufklärung der während der »bewaffneten Auseinandersetzung« begangenen Verbrechen konfrontiert. Im Vorangegangenen wurde bereits angedeutet, dass der Arbeitsauftrag weit mehr als die Aufklärung von mehreren Hunderttausend Verbrechen umfasste und auf die Ausarbeitung eines offiziellen Geschichtsbildes zielte. Rückblickend wurde dies vom Kommissionsvorsitzenden selbst dargelegt, als er

---

UN-Generalsekretär ernannt. Die Ergebnisse der salvadorianischen Kommission wurden grundsätzlich anerkannt, obwohl die Auswahl der Fälle auf Kritik stieß (vgl. Sabine Kurtenbach; Verdrängen, Vergessen, Versöhnen: Vergangenheitsbewältigung in Zentralamerika, in: Nolte; Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika, a.a.O., S. 218f.) Somit bot sich in Guatemala die zumindest partielle Übernahme des salvadorianischen Modells an.

feststellte: „Es ging [...] darum, ein Kapitel der Geschichte des Landes zu schreiben und nicht um die autoritative Entscheidung von Einzelfällen“.[308]

Das im Vertragstext nicht explizit formulierte Ziel einer nationalen Geschichtsschreibung war in dem Auftrag angelegt, in die Aufklärung der Fälle alle internen und externen Faktoren einzubeziehen und objektive Urteilsmaßstäbe zu liefern.

In der Präambel des Abkommens wurden generelle Vorstellungen vom Zweck einer Wahrheitskommission und vom Adressaten der Bemühung um die Aufklärung der vergangenen Verbrechen formuliert. Die mit der Einsetzung einer Wahrheitskommission verbundene Intention fand sich im zweiten Absatz der Präambel: Die Aufklärung der Verbrechen werde dazu beitragen, „dass sich *diese traurigen und schmerzvollen Seiten* nicht wiederholen und dass der Demokratisierungsprozess im Land gestärkt wird“.[309] In der Präambel wurde ferner auf die „jüngste Geschichte (*historia contemporánea*) unseres Vaterlandes“ und auf ein „neues Kapitel der Nationalgeschichte“ verwiesen. Damit bestand der Auftrag der Kommission nicht darin, die Geschichte der Opfer offiziell zu bestätigen, sondern darin, die Geschichte der nationalen *imagined community* zu verfassen.

Guatemala wurde in der Präambel als nationale Einheit vorgestellt.[310] In diesem Zusammenhang besaß die begriffliche Wendung der für den „festen und dauerhaften“ Frieden unabdingbaren „Kultur der Eintracht“ eine besondere Bedeutung. Diese Begrifflichkeit bezog sich nicht auf die Eintracht in den durch den Terror zerrissenen Familien und *comunidades*, sondern auf die der Nation. In der Präambel wurde weder auf die Leiden der Opfer noch auf die Situation der indigenen Bevölkerung verwiesen. Die Betonung der Nation als Subjekt der Aufarbeitung der Vergangenheit war insofern bemerkenswert, als in den Präambeln anderer Teilabkommen der guatemaltekischen Friedensverträge die Grundanliegen anders bestimmt wurden.[311] Im Abkommen zur Einsetzung der CEH

---

[308] Christian Tomuschat; Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung: Die Arbeit der Wahrheitskommission in Guatemala, in: Fastenrath, Ulrich (Hrsg.); Internationaler Schutz der Menschenrechte. Entwicklung – Geltung – Durchsetzung. Aussöhnung der Opfer mit den Tätern, Dresden/München 2000, S. 151.

[309] Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 247 (Hervorhebung A.O.).

[310] Dies belegt die Verwendung weiterer Formulierungen wie „die Leiden *der* Bevölkerung“ und „das Recht *des* guatemaltekischen Volkes auf Wahrheit“. (Hervorhebung A.O.).

[311] In der Präambel des Menschenrechtsabkommens vom März 1994 fanden sich keine vergleichbaren Begriffe; sie begnügte sich mit der Betonung internationaler Abkommen und beschrieb den Willen der Vertragsparteien (der in diesem Falle nicht als Wille des Volkes vorgestellt wurde) zur Stärkung der Menschenrechte. Zu den Bestimmungen des Abkommens über die „Identität und Rechte der indigenen Völker“ vgl. Kapitel 4. Ferner sei auf die Präambel des Abkommens zur „Stärkung der Zivilgewalt und zur Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft“ vom September 1996 verwiesen, welche die historische Möglichkeit, auf der Basis des Friedensschlusses die Folgen der bewaffneten und

wurde auf den Begriff der (Wieder-)Versöhnung, der zum Grundvokabular der Diskussion um Wahrheitskommissionen zählt, verzichtet.

5.2.2 Die Vorbereitungsphase

Als im Oktober 1996 die Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens in greifbare Nähe gerückt war, flammte in den guatemaltekischen Medien die Diskussion um die Grenzen des Kommissionsmandats erneut auf und unterschied sich nur geringfügig von der bereits 1994 geführten Debatte. Neben der Kritik an der juristischen Folgelosigkeit der Kommissionstätigkeit und dem kurzen Untersuchungszeitraum geriet vor allem die Zusammensetzung der Kommission in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Derweil etwa die „Allianz gegen die Straflosigkeit" forderte, dass die Kommission fünf Mitglieder haben und keineswegs Personen einbeziehen solle, die in die »bewaffneten Auseinandersetzung« oder den Friedensprozess involviert gewesen seien,[312] verwies der Vorsitzende der Agrarkammer, Humberto Preti, darauf, dass er eine rein nationale Kommission bevorzuge. Dies begründete er damit, dass genügend kompetente Guatemalteken zur Verfügung ständen und es sich zudem um ein rein nationales Problem handele.[313]

Obwohl bereits Anfang Dezember verschiedentlich auf die Konstituierung und Arbeitsaufnahme der Kommission gedrängt worden war, geschah in den ersten Wochen des Jahres 1997 auf der öffentlichen Bühne wenig. Hinter geschlossenen Vorhängen begann die Suche nach einem Kommissionsvorsitzenden, die notwendig geworden war, nachdem Jean Arnault, im Vertragstext als Kommissionskoordinator aufgeführt, zum Vorsitzenden der UN-Mission für Guatemala bestellt worden war. Erst am 24. Januar 1997 wurde öffentlich bekannt gegeben, dass Jean Arnault nicht Vorsitzender der Kommission werden würde.[314] Bereits im Vorfeld kursierten Gerüchte über potenzielle Kommissionsmitglieder. Insbesondere der deutsche Völkerrechtsprofessor Christian Tomuschat, der von 1992 bis 1993 UN-Menschenrechtsberichterstatter für Guatemala gewesen war, wurde als künftiges Kommissionsmitglied gehandelt.[315] Die (mögliche) Ernennung von Tomuschat rief eine breite Zustimmung hervor, die sich durch entsprechende Äußerungen prominenter Personen der Zivilgesell-

---

auch ideologischen Auseinandersetzung zu überwinden, nannte. Hier fanden sich die Begrifflichkeiten der „Wiederversöhnung des guatemaltekischen Volkes" und der „*authentischen* Versöhnung der Guatemalteken". (Hervorhebung A.O.).

[312] Vgl. Prensa Libre, 27.11.1996.

[313] Vgl. Siglo XXI, 28.11.1996.

[314] Vgl. Crónica, 24.1.1997.

[315] Am 5. Februar 1997 hatte der Außenminister Eduardo Stein in den Abendnachrichten (*Teleprensa*) erklärt, dass er keine Informationen darüber besäße, ob Tomuschat Kommissionsvorsitzender werde. Knapp einen Monat später konnte er bekannt geben, dass Tomuschat als Vorsitzender der CEH angefragt sei (vgl. Siglo XXI, 3.2.1997).

schaft ausdrückte. Einzig Humberto Preti sprach sich mit dem Verweis, Tomuschat sei tendenziös und bestimmten Gruppen zugewandt, gegen diesen aus.[316] Mitte Februar schließlich verkündete der UN-Generalsekretär öffentlich die Ernennung Tomuschats. Dieser traf am 19. Februar in Guatemala ein und kündigte, mit dem Verweis auf die noch ausstehende Finanzierung und Rekrutierung von Mitgliedern und Personal, den Arbeitsbeginn der Kommission für den 15. April 1997 an.[317] Tomuschat führte während seines ersten Aufenthaltes in Guatemala mit einem breiten Spektrum von Personen Sondierungsgespräche und erhielt so einen Einblick in die vergangenheitspolitischen Haltungen und die zu erwartenden Unterstützungsleistungen von Regierungsvertretern, Kongressabgeordneten, Mitarbeitern des Menschenrechtsprokurators sowie Vertretern der »organisierten Zivilgesellschaft».

Am 22. Februar 1997 gab er schließlich die Ernennung von Otilia Inés Lux García de Cotí und Edgar Alfredo Balsells Tojo als die beiden weiteren Kommissionsmitglieder bekannt. Die beiden guatemaltekischen Kommissionsmitglieder waren keine Personen, die zuvor im Rampenlicht gestanden hatten. Balsells Tojo hatte sich einen Namen als Jurist und Vorsitzender der guatemaltekischen Anwaltskammer gemacht, zählte jedoch nie, wie etwa der im Zuge der vorangegangenen Spekulationen genannte Monseñor Quezada Toruño, zu den schillernden Personen des öffentlichen Lebens.

> Die Señora Otilia Lux García de Cotí kennen wir [die Menschenrechtsbewegung] nicht, man hat uns über ihre Fähigkeiten und Qualitäten informiert, und wir vertrauen darauf, dass sie eine gute Arbeit macht, insbesondere in Bezug auf die Sektoren, die sie repräsentiert; Frauen und *indígenas*.[318]

Mit Otilia Lux de Cotí wurde eine indigene Pädagogin mit Erfahrungen in der bilingualen Erziehung in die Wahrheitskommission berufen.

Die Wochen zwischen der Konstituierung der Kommission am 22. Februar 1997 und dem Arbeitsbeginn am 16. April 1997 waren sowohl von den privaten Vorbereitungen der Kommissionsmitglieder gekennzeichnet als auch von der professionellen Planung der Kommissionstätigkeit. Im Mittelpunkt stand die Erarbeitung eines Konzeptes für die Arbeit der CEH, die binnen eines Jahres sämtliche Menschenrechtsverletzungen der vergangenen 36 Jahre detailliert zu untersuchen beabsichtigte. Um einen Rahmen und eine Struktur für die Kommissi-

---

[316] Vgl. Siglo XXI, 16.2.1997. Positive Äußerungen stammten von Vertretern der CDHG (Gráfico, 5.2.1997), der ODHAG (Gráfico, 6.2.1997), der Nationaluniversität USAC (*Universidad de San Carlos de Guatemala*; Teleprensa, 6.2.), des GAM (Radio Sonora, 7.2.1997), des Menschenrechtsprokurators (Gráfico, 10.2.1997) und CALDH (Teleprensa 19.2.1997).

[317] Vgl. Prensa Libre, 20.2.1997.

[318] Miguel Ángel Albizures; ¿Buscará la verdad la comisión?, in: Noticias de Guatemala, März 1997.

onsarbeit zu schaffen, wurden abgesehen von Vertretern guatemaltekischer Organisationen und Institutionen insbesondere Personen konsultiert, die bereits Erfahrungen mit dem Projekt einer Wahrheitskommission hatten. Die chilenische und die salvadorianische Kommission waren, so Tomuschat rückblickend im Interview, besonders ausschlaggebend für das sich allmählich entwickelnde guatemaltekische Projekt der Wahrheitsfindung:

> Wir haben uns vor allem in die Praxis und Methodik der Kommissionen von El Salvador und Chile sehr intensiv eingearbeitet. Wir hatten auch Leute, die in der chilenischen Kommission mitgewirkt haben, und deren Erfahrungen sind in unsere Arbeit eingeflossen. Es war wichtig, Leitbilder zu haben, um zu wissen, in welche Richtung man eigentlich gehen soll und wie das Ganze aufzubauen ist. Es musste ja gleich vom ersten Tage an zielstrebig auf die Schaffung einer Organisation hingearbeitet werden.[319]

In kürzester Zeit waren die Organisation, Struktur und Arbeitsweise eines Apparates zu entwerfen, der zum Zeitpunkt seiner größten Ausdehnung 270 Mitarbeiter (incl. Sicherheitspersonal, Sekretärinnen, Fahrer) umfassen sollte. Als die Kommission am 16. April 1997 ihre Arbeit offiziell aufnahm, begann jedoch noch nicht die im Mandat vorgeschriebene Laufzeit. Die Wochen zwischen dem 16. April und dem 30. Juli 1997 wurden zur weiteren Vorbereitung des Projektes genutzt, welches Mitte April zwar eine vage Gestalt angenommen hatte, aber noch nicht über finanzielle Ressourcen verfügte.

Eine der beiden wesentlichen Tätigkeiten in der Vorbereitungsphase des Projektes war die Schaffung einer logistischen Basis und die Rekrutierung von Personal. Benötigt wurden nicht nur Büroräume und deren Ausstattung, sondern ebenso eine Verwaltungsstruktur. MINUGUA hatte, als sich die Kommission noch in einem Embryonalstadium befand, das Fehlen jeglicher Logistik mit der Bereitstellung eines höheren Beamten, einer Sekretärin, eines Wagens sowie wenigen Büroräumen überbrückt. Allmählich entwickelte sich eine organisatorische Struktur, die u.a. von den Vereinten Nationen gestützt wurde. Noch weit über das Bestehen der CEH hinaus sollte dem Projektbüro der Vereinten Nationen UNOPS (*United Nations Office for Project Services*) eine tragende Rolle bei der Verwaltung und Durchführung der Arbeit zukommen. Trotz dieses Entgegenkommens standen die drei Kommissionsmitglieder vor einem erheblichen Finanzierungsproblem, da im Mandat der CEH nicht festgelegt worden war, wer die Kosten des Unternehmens zu tragen habe und weder die guatemaltekische Regierung noch die Vereinten Nationen die Bereitschaft zur Finanzierung der historischen Aufklärung zeigten. Nach der Ernennung der drei Kommissionsmitglieder hatte die Regierung lediglich zugesagt, US-$ 50.000 beizusteuern und rief damit harsche Kritik hervor.[320] Angesichts der Aufgabe, die Tausende von

[319] Tomuschat, Interview.
[320] Vgl. Albizures; ¿Buscará la verdad la comisión?, a.a.O.

Taten der vergangenen 36 Jahre aufzuklären, sei, so der Menschenrechtsaktivist Albizures, die finanzielle Zusage seitens der Regierung weniger als Unterstützung denn als Versuch zu werten, der Kommission die Hände zu binden.[321]

Im Gegensatz zur CEH hatten andere Wahrheitskommissionen mit keinen Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen. Abgesehen von der „Internationalen Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Ruanda seit Oktober 1990", die von internationalen NGOs finanziert worden war, hatte bislang ein Finanzierungsmodell dominiert, welches der jeweiligen Regierung die Sorge um die finanziellen Mittel übertrug. Dabei handelte es sich, wie etwa im chilenischen Fall, zumeist um Kommissionen, die von der Regierung eingesetzt worden waren.[322] Die einen großen Einfluss auf das Modell des Nachbarlandes ausübende salvadorianische Kommission hingegen war die erste Kommission, die von den Vereinten Nationen nicht nur personell bestückt, sondern auch finanziert worden war.[323]

Im guatemaltekischen Fall erklärten sich die Vereinten Nationen nicht als zuständig, und so mussten sich die Kommissionsmitglieder auf diverse Bittgänge zu Botschaftern und internationalen Organisationen begeben. Schließlich konnte die Kommission über ein Budget von US-$ 9.796.167 verfügen. Wie auch in El Salvador, stellten die USA mit US-$ 1.500.000 den höchsten Betrag zur Verfügung. Die weiteren Finanzierungsquellen waren, gestaffelt nach der Höhe des eingezahlten Betrages: Norwegen, Niederlande, Schweden, Dänemark, Guatemala, Japan, Deutschland, Kanada, EU, Österreich, Italien/PNUD (*Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo*), Großbritannien, Belgien, die Ford-Stiftung (die sich auch im Falle der Wahrheitskommission für Uganda als großzügig erwiesen hatte) und die Schweiz.[324] Balsells Tojo erwähnte rückblickend,

---

[321] Ebda.

[322] Vgl. Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 223f. Die chilenische Kommission verdankte ihre Entstehung einem präsidialen Dekret, das auch Bestimmungen zur Finanzierung enthielt. In Artikel 9 wurde festgelegt, dass die Kommissionsmitglieder ihr Amt ehrenhalber übernehmen sollten, das Personal unter Vertrag genommen und alle Ausgaben vom Staat bzw. vom Justizministerium zu übernehmen seien. (Decreto Supremo N° 355 vom 25.4.1990. Vgl. Informe Rettig; www.derechoschile.com/basicos/ddhhchile/rettig/ rettig1.htm; Stand 4.4.2001).

[323] Bemerkenswert war, dass im salvadorianischen Fall die Form der Finanzierung weder im Vertragstext noch im Abschlussbericht erwähnt wurde. Über einen speziellen UN-Fond, in den insbesondere die USA und europäische Staaten einzahlten, konnten der salvadorianischen Kommission und ihren 25 Angestellten US-$ 2,5 Mio. zur Verfügung gestellt werden. Vgl. Buergenthal; The United Nations Truth Commission for El Salvador, a.a.O., S. 296; auch: Douglas Cassell; La responsibilidad de las violaciones a los derechos humanos en Comisiones de la Verdad, in: ODHAG/ACI (Hrsg.); Taller Metodología para una Comisión de la Verdad en Guatemala, a.a.O., S. 76.

[324] Vgl. CEH, Bd. XII, S. 201.

dass er das Amt vermutlich nicht angenommen hätte, wenn er zuvor um die Notwendigkeit der Bittgänge gewusst hätte.[325]

Ebenfalls in die Vorbereitungsphase fiel die Zusammenstellung des Arbeitsstabes. Die gemischte Zusammensetzung der Kommission spiegelte sich in der Personalstruktur wider. Von den insgesamt 273 Mitarbeitern waren 142 Guatemalteken und die weiteren 131 Angehörige von insgesamt 31 Nationen. Im Verlaufe der Tätigkeit der Kommission sollte sich sowohl die Zahl der Mitarbeiter als auch deren Einsatzgebiet immer wieder ändern, da sich die landesweit operierende Kommission allmählich auf wenige Abteilungen in der Hauptstadt reduzierte. Einige der Mitarbeiter, die anfangs als Interviewer tätig waren, sollten später Aufgaben in der Datenverarbeitung oder Analyse übernehmen, für viele andere endete die Mitarbeit jedoch nach der ersten Projektphase. Anvisiert war anfangs eine Projektdauer von zehn Monaten und somit die Inanspruchnahme der im Mandat angelegten Verlängerung. Der in der Anfangskonzeption gesetzte temporäre Rahmen konnte aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten werden. Die nun folgende Darstellung, deren Aufbau durch die Phasen der Kommissionstätigkeit strukturiert ist, zeichnet den Weg der historischen Aufklärung nach.

Infrastruktur der Beweisaufnahme

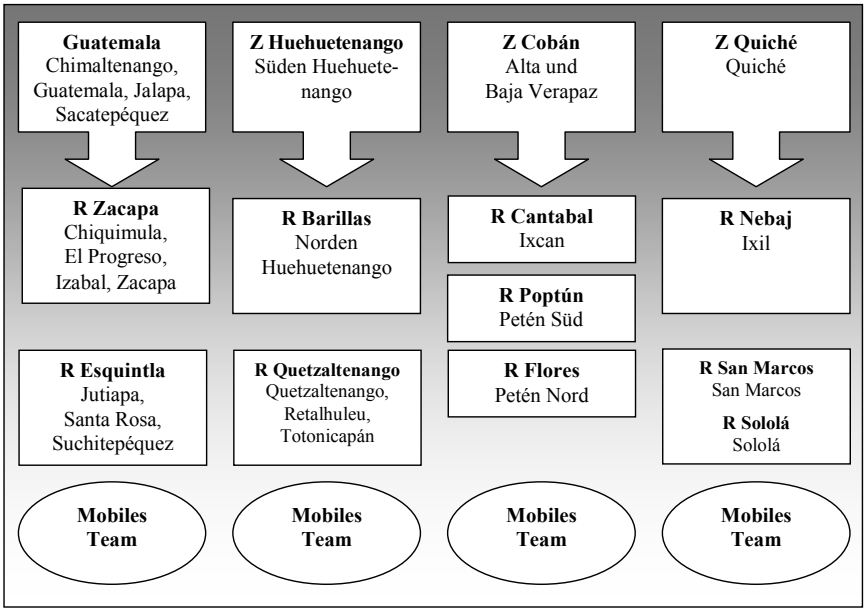
Um landesweit Zeugenaussagen aufnehmen zu können, hatte die CEH neben der hauptstädtischen Zentrale drei Zweigstellen (*subsedes* – **Z**) und zehn Regionalbüros (*oficinas de enlace* – **R**) eingerichtet, die ab August 1997 ihre Türen für potenzielle Zeugen öffneten.

Die Zweigstellen und Regionalbüros wurden anhand zweier Kriterien eingerichtet: Ausschlaggebend waren einerseits die in Grundzügen bereits bekannten geographischen Schwerpunkte der flächendeckenden Repression der späten 1970er/ frühen 1980er Jahre. Aufgrund dieser Kenntnis wurde insbesondere versucht, den Zeugen im westlichen Hochland Guatemalas den Zugang zu den Büros zu ermöglichen. Umgekehrt schien es den Kommissionsmitgliedern ausreichend, den gesamten Süden und Osten des Landes sowie die Hauptstadt, in der 1/10 der Bevölkerung ansässig ist, von der hauptstädtischen Zentrale und zwei Regionalbüros betreuen zu lassen. Die regionale Verteilung der Büros implizierte bereits eine Vorentscheidung hinsichtlich der Arbeitsergebnisse, da die der Phase der massiven Repression vorangehende Repressionserfahrung, die ihren geographischen Schwerpunkt im ladinischen Osten Guatemalas hatte, kaum von Zeugenaussagen abgedeckt werden würde.

---

[325] „lo peor [...] tener que conseguir el dinero, si yo hubiera sabido eso,..creo que no había aceptado porque fueron unos ratos horribles de estar buscando dinero“ (Interview).

Abb. 4: Regionalstruktur CEH (angegeben sind die regionalen Zuständigkeiten der Büros)



Quelle: Eigene Darstellung nach: CEH, Bd.I, S.33.

Die relativ breite Streuung von Büros in den übrigen Landesteilen war zudem das Ergebnis praktischer Erwägungen. Ein wesentlicher Faktor für die Einrichtung eines Büros war dessen Erreichbarkeit. Um nicht per se vielen Zeugen den Zugang zu den Zweigstellen der CEH zu erschweren, wurden für die Departments Huehuetenango, El Petén und El Quiché jeweils zwei Büros eingerichtet.[326] Auch die Einrichtung der insgesamt 13 Büros in den verschiedenen Departments des Landes garantierte noch nicht die Zugangsmöglichkeit für die in abgelegenen *comunidades* lebende Bevölkerung, und so wurden zusätzlich mobile Teams eingerichtet, deren Aufgabe es zum einen war, auf die Menschen in abgelegenen Gegenden des Landes zuzugehen und somit aktiv nach Zeugenaus-

[326] Um z.B. von Santa Cruz del Quiché nach Cantabal (Luftlinie ca. 110 km) zu gelangen, muss ein Umweg über Guatemala-Stadt und Cobán genommen werden, da keine Straße durch die Berge führt. Für den Weg von nunmehr ungefähr 420 km werden mit einem PKW mindestens 10 Stunden benötigt; die Fahrt mit öffentlichen Transportmitteln ist nicht nur teuer, sondern verschlingt auch ungleich mehr Zeit.

sagen zu suchen. Ein zweiter Pfeiler ihrer Tätigkeit bestand darin, Fälle, die sich als uneindeutig erwiesen, vor Ort zu überprüfen und etwa Unklarheiten hinsichtlich der Namen von Opfern aufzulösen.

Die Einrichtung der Büros im »Landesinneren« erfolgte häufig in enger Kooperation mit der UN-Mission MINUGUA, welche 1994 auf der Grundlage des „Menschenrechtsabkommens" mit der Aufgabe entsandt worden war, über die Einhaltung der Friedensabkommen zu wachen. Die Mission, die über einen uniformierten und zivilen Personalstab von ca. 300 Mitarbeitern verfügte, hatte landesweit elf Zweigstellen eingerichtet.[327] Die Kooperation mit MINUGUA zeichnete sich sowohl durch die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten und Logistik als auch durch die Bereitstellung von Personal für die historische Aufklärung aus. Die in manchen Regionen sehr enge Zusammenarbeit hatte Vor- und Nachteile zugleich, die auf die ambivalente Haltung der Bevölkerung zur internationalen Mission zurückzuführen waren. Einerseits wurde MINUGUA vielerorts als Garant für die persönliche Sicherheit wahrgenommen, da das Regime der Straflosigkeit gleichsam omnipräsent war und mit der internationalen Mission die Eindämmung (para)militärischer Übergriffe und alltagskrimineller Verbrechen zu erwarten stand. Andererseits wurde das Eintreffen einer militärischen Schutztruppe von vielen mit Angst und Skepsis betrachtet; die Mission der Vereinten Nationen wirkte in einem Umfeld, in dem die lokalen Strukturen der Repression noch intakt waren und viele Menschen schlichtweg Angst hatten. In manchen Gegenden war die Kunde von der Beendigung der »bewaffneten Auseinandersetzung« Mitte 1997 noch nicht ins öffentliche Bewusstsein gedrungen und MINUGUA folglich nicht als Einrichtung verstanden worden, welche die Interessen der Zivilbevölkerung zu vertreten suchte.[328] Das gemeinsame Auftreten von Wahrheitskommission und UN-Mission wurde für diejenigen, die uniformierte Menschen fürchteten, mehr zu einem Angstsignal denn zu einem vertrauensfördernden Zeichen.

Eine weitere Form der Zusammenarbeit, die insbesondere im »Landesinneren« für den Erfolg des gesamten Unternehmens ausschlaggebend war, fand mit REMHI statt. Neben der Beeinflussung der inhaltlichen Ausrichtung des Abschlussberichtes, die an späterer Stelle noch zu behandeln sein wird, wirkte REMHI in nicht unerheblichem Maße auch auf die Praxis der Beweisaufnahme. Unter den ersten Personen, die Tomuschat nach seiner Ernennung zum Kommissionsvorsitzenden konsultiert hatte, waren die Initiatoren von REMHI, die insbesondere über die Barrieren der Angst und die Möglichkeiten ihrer Überwindung referieren konnten.

---

[327] MINUGUA verfügte Ende 2001 über 164 Mitarbeiter aus 36 Ländern und 139 guatemaltekische Mitarbeiter. Zweigstellen befinden sich in Huehuetenango, Nebaj, Santa Cruz del Quiché, Cantabal, Cobán, Zacapa, Coatepeque, Quetzaltenango, Sololá, Guatemala und Esquintla.

[328] Vgl. Berístain; Viaje a la Memoria, a.a.O., S. 105f. und S. 167f.; vgl. auch Kapitel 5.1.

> Ich habe gleich nach meiner Ankunft versucht, mit den Leuten von REMHI Kontakt aufzunehmen. Wir sind dann hingefahren: ich habe sie nicht kommen lassen, sondern bin bewusst zu ihnen gefahren. Ich bin auch zu Schulungskursen gegangen.[329]

Die Gespräche mit REMHI-Mitgliedern zogen in vielen Fällen die Sensibilisierung für die Dimensionen des Grauens, die sich hinter den bloßen Schreckensdaten verbargen, nach sich. Insbesondere die Interviewer der Wahrheitskommission, die keine Erfahrungen in Menschenrechtsprojekten und/oder der psychologischen Betreuung von traumatisierten Menschen besaßen, erfuhren durch die Kontakte mit REMHI eine wichtige Hilfestellung für die Bewältigung ihrer Aufgabe.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich die Übernahme von REMHI-Personal durch die CEH. Auf allen Ebenen der Wahrheitskommission begannen Personen zu wirken, die bereits zuvor mit der Philosophie des kirchlichen Projektes gearbeitet hatten und dazu beitrugen, dass im Februar 1999 ein Bericht vorgelegt wurde, der weit über eine empirische Analyse von Menschenrechtsverletzungen hinausging.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit der Eröffnung der Büros im August 1997 war zunächst nicht mehr als ein Ort für die Abgabe von Zeugenaussagen geschaffen worden. Die Einrichtung von Räumlichkeiten und deren personelle Bestückung waren von einer Öffentlichkeitskampagne flankiert, die bereits vor Beginn der Beweisaufnahme für das Anliegen der Wahrheitskommission zu sensibilisieren suchte. Während der 18 Monate ihres Bestehens lancierte die CEH 14 Anzeigen in den wichtigsten Zeitungen des Landes und ließ 12 Spots und 6 kleine Radioprogramme produzieren, die in insgesamt 9 Maya-Sprachen und in Spanisch von 142 Radiosendern gesendet wurden.[330] Für die Öffentlichkeitsarbeit waren alternative Kommunikationsmedien wie Faltblätter und Poster ebenso bedeutend. Insgesamt 1.460.000 Exemplare wurden von CEH-Büros, UN-Einrichtungen, Universitäten, NGOs und *cofradías* zur Sensibilisierung der Bevölkerung verwandt.

In einem Land, in dem auch das Militär immer mit Faltblättern und Aufklebern für die „Mitarbeit" der Bevölkerung geworben hatte, regte allerdings die bloße Existenz von Faltblättern und Postern kaum zur Zeugenaussage an. Die verschiedenen Flyer wurden deshalb als Hilfsmittel produziert. Für die Sensibilisierung für das Projekt der historischen Aufklärung waren Gelegenheiten unabdingbar, die Ziele der Kommission im öffentlichen Raum kennen zu lernen. Eine große Rolle bei der Verbreitung des Wissens um das Projekt der historischen Aufklärung spielten so auch Veranstaltungen, die von NGOs, Universitäten und kirchlichen Kreisen durchgeführt wurden.

---

[329] Tomuschat, Interview.

[330] Vgl. CEH, Bd. I, S. 35f. (§§ 47-52).

Bereits in der Vorbereitungsphase hatten die Kommissionsmitglieder ihre Arbeitsweise vor Vertretern der »organisierten Zivilgesellschaft« erläutert, um für Unterstützung zu werben. Viele Organisationen der Zivilgesellschaft hatten im Vorfeld ihre Unterstützung für die Arbeit der CEH zugesagt und mobilisierten nun in unterschiedlichem Ausmaß ihre Mitglieder im »Landesinneren«. In der Mobilisierung zeigte sich zugleich die teilweise ambivalente Haltung zum Projekt der Wahrheitsfindung. FAMDEGUA, eine der großen Angehörigenorganisationen von Verschwundenen, ließ z.B. bereits 1994 eine Broschüre drucken, deren äußere Form der gewöhnlich im Bildungssektor für analphabetische Erwachsene eingesetzten entsprach, und in der die Arbeit der künftigen Wahrheitskommission vorgestellt wurde. Der Darstellung der Arbeitsweise der CEH war eine generelle Bewertung des Abkommens vorangestellt, welche die bereits ausführlich geschilderte Haltung der »organisierten Zivilgesellschaft« widerspiegelte:

> Dieses Abkommen ist ein Fortschritt. Das Abkommen, das die URNG und die Regierung unterzeichnet haben, entspricht weder unserem Hunger nach Gerechtigkeit noch den Forderungen der Volksorganisationen, aber es ist ein erster Schritt. Wir müssen es ausnutzen![331]

Die Kommission stützte ihre Öffentlichkeitsarbeit auf traditionelle Medien, auf alternative Druckerzeugnisse und in entscheidendem Maße auf die Informationsvermittlung durch verschiedene Sektoren der »organisierten Zivilgesellschaft». Damit vermochte sie es in der kurzen ihr zur Verfügung stehenden Zeit, die Bevölkerung so weit zu mobilisieren, dass insgesamt mehr als 20.000 Personen Informationen zum Projekt der Wahrheitsfindung beisteuerten.[332]

5.2.3 Beweisaufnahme

Die Büros der CEH begannen im August 1997 mit der Zeugenaussagenaufnahme und beendeten diese nach acht Monaten, in einigen Regionalbüros erst nach neun Monaten. Insgesamt traten ca. 150 Interviewer[333] mit der Bevölkerung in Kontakt und begannen, die Geschichten des Grauens zu dokumentieren. Grundpfeiler der Dokumentation waren, wie auch im Falle von REMHI, Interviewbögen, die vom Interviewer auszufüllen waren und auf denen die Angaben über die

---

[331] „Este acuerdo es un avance. El acuerdo que firmaron la URNG y el gobierno no responde a nuestras necesidades de justicia ni a lo que pidieron las organizaciones populares, pero es un primer paso. ¡Tenemos que aprovecharlo!“. FAMDEGUA/Colectivo para todos; Acuerdo sobre el esclarecimiento histórico de las violaciones a los derechos humanos, Guatemala, August 1994.

[332] Vgl. CEH, Bd. I, S. 33.

[333] Patrick Ball via E-Mail.

Opfer, Täter, Zeugen und die Fälle von Menschenrechtsverletzungen oder Gewalttaten festgehalten wurden[334]:

Ein „Fall“ wurde von der CEH als eine sich zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort ereignende Handlungsabfolge definiert, die eine oder mehrere Gewalttaten, ein oder mehrere Opfer umfasste und in Verbindung mit der »bewaffneten Auseinandersetzung« stand. Von den Interviewern wurden zunächst die Angaben über jede einzelne der zu einem Fall gehörenden Menschenrechtsverletzungen (Ort, Zeit, Opfer, Täter) dokumentiert. In einem zweiten Schritt wurde der „Gewissheitsgrad“ des Bezeugten festgehalten. Nicht nur angesichts der Tatsache, dass ein großer Teil der Verbrechen bereits mehr als 15 Jahre zurücklag, erschien es angebracht, über die Gewissheit des Zeugen hinsichtlich des Verbrechens und auch des Täters zu entscheiden. Der Gewissheitsgrad der Zeugenaussage ließ nicht auf ihren Wahrheitsgehalt schließen, und dennoch enthielt die Festlegung des Gewissheitsgrades eine psychologische Doppelbödigkeit. Zeugen, die „ihren Fall“ später im Bericht suchten, waren mit der Entscheidung über einen Gewissheitsgrad und daher mit einer nur eingeschränkten Anerkennung „ihrer Wahrheit“ konfrontiert.

Einer der Interviewbögen war für die Zusammenfassung der Aussage vorgesehen. Angesichts der Tatsache, dass nur ein Bruchteil der von der Wahrheitskommission gesammelten Aussagen aufgenommen oder vollständig mitgeschrieben wurde, kam der Zusammenfassung eine besondere Bedeutung für die Erarbeitung der analytischen Teile des Abschlussberichtes zu. Bereits beim Ausfüllen der Interviewbögen traten mannigfaltige Unklarheiten auf, die bezeugten, wie kompliziert das Projekt der Aufklärung vergangenen Unrechts durch eine nur zeitlich befristet eingesetzte Wahrheitskommission ist. Unklarheiten ergaben sich etwa bei der schriftlichen Erfassung der Opfernamen. Ein wesentlicher Teil der Interviewer beherrschte keine Maya-Sprachen, viele der Zeugen waren Analphabeten, und so wird verständlich, dass selbst die Auflistung der Opfernamen eine zeitaufwändige Angelegenheit war. Das Analyse-Team musste etwa recherchieren, ob es sich bei den im Jahre X in der *comunidad* Y ermordeten Roberto Pop Caal und Roberto Pop Cal[335] um eine oder tatsächlich zwei Personen handelte. Um die ethnische Zugehörigkeit festzustellen, wurde nach der „Muttersprache“ gefragt.[336] Als sich im Laufe der Auswertung herausstellte, dass viele Interviewer immer dann „spanisch“ eingetragen hatten, wenn grundsätzlich in

[334] Drei der fünf Bögen finden sich im Anhang von Rocio Mezquita; The Guatemalan Commission for Historical Clarification: Data Processing, in: Ball et al.; Making the Case, a.a.O., S. 205-221.

[335] Die Namen sind erfunden.

[336] Die folgenden Beispiele stammen aus: Sonia Zambrano; The Guatemalan Commission for Historical Clarification: Database Representation and Data Processing, in: Ball et al.; Making the Case, a.a.O., S. 287-300.

der betreffenden *comunidad* auch (!) Spanisch gesprochen wurde, ließ sich die Statistik nicht mehr eindeutig interpretieren.

Hinsichtlich der Bestimmung der Täter wurde auf dem entsprechenden Interviewbogen die Antwortvorgabe „bewaffnete Gruppe“ aufgeführt. Diese Kategorie erwies sich insofern als problematisch, als einige Interviewer diese Vorgabe ankreuzten, wenn sich die Täter nicht feststellen ließen, es sich jedoch um mehrere bewaffnete Personen gehandelt hatte. Andere Interviewer hingegen verwendeten die Kategorie der „bewaffneten Gruppe“ wenn zwar bekannt war, dass eine Todesschwadron für das Verbrechen verantwortlich war, jedoch deren Name nicht genannt wurde.

Auch hinsichtlich des „Gewissheitsgrades“ ergaben sich Unklarheiten. Bei der Einschätzung der Gewissheit über den/die Täter fand sich als Erklärung für den „Gewissheitsgrad 3“ die Angabe, dass es sich um „allgemeines Wissen“ handele. Nun interpretierten manche Interviewer diese Vorgabe dahingehend, dass fast die gesamte *comunidad* eine Vermutung habe, wer der/die Täter waren; andere gingen davon aus, dass die Kategorie anzukreuzen sei, wenn alle Mitglieder der *comunidad* gesehen hatten, was passiert war. War bereits die „bloße“ Datenerfassung der Interpretation seitens der Interviewer unterworfen, so galt dies für die Abfassung der Zusammenfassungen erst recht. Manche Interviewer verfassten diese unmittelbar nach dem Gespräch mit dem Zeugen; andere schrieben die Zusammenfassungen mit einem (unterschiedlich langen) zeitlichen Abstand und mussten sich noch stärker auf ihre Erinnerung stützen, welche als rekonstruktive immer schon selektiert und interpretiert.

Das Verfassen der Resümees war in einem noch umfassenderen Sinne problematisch: „Jede(r) Interviewer(in) richtet seine/ihre Interviews nach seinem/ihrem Training und persönlichen Interessen aus“.[337] Das Team der Interviewer war hinsichtlich der geographischen Herkunft, des Bildungshintergrundes und der Motivation keineswegs homogen, und so entstanden Zusammenfassungen, die die unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen seitens der Interviewer widerspiegelten. So unterschieden sich etwa die Blickwinkel von Juristen, politisch Interessierten und Soziologen fundamental.[338]

Anfangs wurde der Schwerpunkt der Feldarbeit auf die Zusammenstellung quantitativer Informationen gelegt, so dass die Interviewer sich vorrangig um das Ausfüllen der Interviewbögen bemühten. Im Zuge der Informationsverarbeitung stellte sich jedoch heraus, dass die pure Ansammlung von Fällen für eine tiefgehende Analyse nicht ausreichen würde. Die zusätzlich benötigten qualitativen Informationen wurden noch während der Phase der Materialsammlung ebenfalls von den Mitarbeitern der 14 Büros der Wahrheitskommission zusammengetragen. Neben der Sammlung von Zeugenaussagen war es Aufgabe aller

[337] Ebda.
[338] Ebda.

Büros, Regionalberichte zu verfassen, in denen die Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte in einen regionalen Zusammenhang gestellt wurden. Die erstellten Regionalberichte umfassten neben politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen, militärischen Strategien und Guerillataktiken auch Erkenntnisse über die Auswirkungen der erlebten Gewalt. Letztere konnten schlechterdings nicht anhand der in den Interviewbögen niedergelegten Daten und Zusammenfassungen fixiert werden, sondern ließen sich nur anhand detaillierter Schilderungen der Erlebnisse induzieren. In den jeweiligen Regionalbüros der CEH wurde die Entscheidung über die Quantität ausführlicher Interviews sowie über die Anzahl der Transkriptionen getroffen. Und somit gelangte in der Abschlussphase der Beweisaufnahme qualitatives Material in die Zentrale der CEH, welches eine große Rolle bei der Abfassung des Abschlussberichtes spielen sollte.

Die Informationsbasis

Als die Zweigstellen und Regionalbüros ihre Pforten nach durchschnittlich acht Monaten schlossen, hatten mehr als 8000 Personen[339] ihre Aussage vor den Mitarbeitern der Kommission abgelegt. Die Gesamtzahl von 7338 Aussagen vereint individuelle Zeugenaussagen mit den etwa 500 kollektiven Aussagen, die nach dem Besuch von ca. 2000 *comunidades* entstanden waren.[340] Wie auch die Mitarbeiter von REMHI, machten die Interviewer der CEH die Erfahrung, dass vielerorts die Menschen nicht dazu bereit waren, alleine vor der Kommission zu erscheinen und ihre Aussage mit ihrer Unterschrift oder ihrem Fingerabdruck zu besiegeln. Dabei handelte es sich zumeist um Mitglieder von *comunidades*, die besonders stark von den Auswüchsen der Repression betroffen waren und tatsächlich eine kollektive Geschichte von Massakern, Vertreibung und Wiederansiedelung zu erzählen hatten.

Ergänzt wurden die Aussagen von Opfern durch die Aussagen von „Schlüsselzeugen". (Ex-)Mitglieder des Militärs, der Guerilla, staatlicher Institutionen, von Parteien und sozialen Organisationen sowie Intellektuelle steuerten Informationen bei, welche die Kommissionsmitglieder gleichsam hinter die Kulissen der Kriegshandlungen blicken ließen. Zu den Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit besondere Einblicke in die Eingeweide der Repression ermöglichten, gehörten sowohl Mitglieder der Selbstverteidigungspatrouillen als auch ehemalige Staatspräsidenten. Weitere Aussagen, die das Spektrum vervollständigten, wurden von verschiedenen NGOs in den USA, Kanada, Mexiko und einigen europäischen Ländern aufgenommen und der Kommission zur Verfügung gestellt.

Doch auch alle mündlichen Zeugnisse zusammengenommen machten lediglich einen Teil des insgesamt zu verwertenden Materials aus. In die Analysen der Kommission flossen ebenfalls die in zahlreichen Archiven und Dokumenten

[339] Vgl. Tomuschat; Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung, a.a.O., S. 159.
[340] Vgl. CEH, Bd. I, S. 33 (§ 36).

konservierten Informationen ein, die der Kommission von Organisationen, Institutionen und bisweilen auch von Einzelpersonen zur Verfügung gestellt wurden.

Eine erste reichhaltige Informationsquelle waren die in den Archiven der ODHAG eingelagerten Informationen. Der Zeitpunkt der Beendigung der Beweisaufnahme seitens der CEH deckte sich fast exakt mit der Übergabe des REMHI-Abschlussberichtes. Die von REMHI ermittelten Fälle von Menschenrechtsverletzungen vermochten die Informationen der CEH etwa hinsichtlich der Regionen zu komplementieren, in welche das offizielle Projekt zur Wahrheitsfindung nicht hatte dringen können, wohl aber die Mitarbeiter der katholischen Gemeinden. Besonders wertvoll für die Analysen der Kommission waren zudem die qualitativen Informationen, die in den in voller Länge aufgezeichneten Aussagen des kirchlichen Projektes ruhten.

Neben dem kirchlichen Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung wurde im Vorfeld der offiziellen Aufklärung vergangener Menschenrechtsverletzungen ein zweites inoffizielles Projekt zur Wahrheitsfindung initiiert. In der „Konvergenz für die Wahrheit" hatten sich die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen, die an die Dachverbände CONADEGUA (*Coordinadora Nacional de Derechos Humanos de Guatemala*) und ACPD (*Asamblea Consultativa de la Población Desarraigada*) angebunden waren.[341] Die „Konvergenz für die Wahrheit" hatte sich mit dem Ziel konstituiert, der Wahrheitskommission eine gemeinsame Datenbank mit den in den Archiven der Mitgliedsorganisationen gesammelten Fällen von Menschenrechtsverletzungen zu übergeben.

Die in den Archiven der Menschenrechtsorganisationen eingelagerten Informationen sollten indes nur einen Teil des schließlich der CEH übermittelten Materials darstellen. Das CIIDH, eine der Mitgliedsorganisationen von CONADEGUA, übernahm die führende Rolle bei der Umsetzung des genannten Dokumentationsprojektes. In die Datenbank flossen 4000 Fälle ein, die von den Menschenrechtsorganisationen GAM, CDHG und kirchlichen Organisationen (guatemaltekische Kirche im Exil) dokumentiert worden waren. Zudem hatten die Mitarbeiter des CIIDH 10.000 Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen, über die in den vergangenen 36 Jahren in den guatemaltekischen Zeitungen berichtet worden war.

Schließlich flossen in die Datenbank 5000 Zeugenaussagen ein, die größtenteils zwischen 1994 und 1996 von Mitgliedern der Mitgliedsorganisationen der „Konvergenz für die Wahrheit" aufgenommen und auf Interviewbögen schriftlich festgehalten worden waren. Im Vorfeld der Zeugenaussagenaufnahme durch die CEH hatten folglich nicht nur *animadores* des kirchlichen Projektes zur

[341] Selbstdarstellung der *Convergencia por la Verdad*. Siehe auch: Peace Brigades International; Organisations in Guatemala (www.peacebrigades.org/guate.html – Stand: 15.06.2004). Der guatemaltekische Menschenrechtssektor zeichnet sich durch das Nebeneinander zweier großer Dachverbände, CONADEGUA und ACI (*Alianza Contra la Impunidad)* aus.

Wiederaneignung der historischen Erinnerung Kontakt zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen gesucht. Viele bedeutende guatemaltekische Menschenrechtsorganisationen hatten bereits in *comunidades* Zeugenaussagen gesammelt, in denen ihre langjährige Arbeit eine Vertrauensbasis geschaffen hatte.[342] Das von der „Konvergenz für die Wahrheit" gesammelte Material stellte einerseits die empirische Basis der eigenständigen Studie *State Violence in Guatemala, 1960-1996: A Quantitative Reflection* dar.[343] Andererseits lag die Bedeutung des vom Menschenrechtssektor zusammengestellten Materials darin, dass es eine der drei Quellen war, anhand derer die Zahl der guatemaltekischen Bürgerkriegsopfer von der CEH geschätzt wurde.[344]

Zu den wesentlichen nationalen Informationsquellen zählten ferner die Einblicke, die Regierung, Militär und Guerilla gaben. Der Schriftwechsel zwischen Regierung, Militär und CEH, der im abschließenden Band der „Erinnerung an das Schweigen" in Auszügen dokumentiert ist, vermittelt eine recht lebhafte Vorstellung von der Sisyphosarbeit, offiziellen Stellen Informationen zu entlocken. Die Regierung weigerte sich beharrlich, Dokumente zu übergeben, die eine endgültige Aufklärung verschiedener Fälle von Menschenrechtsverletzungen ermöglicht hätte und verwies immer wieder darauf, keine Informationen zu besitzen. Das Militär stellte der Kommission einzig die Operationspläne der letzten Jahre zur Verfügung und erleichterte somit die Analyse der Ideologie und Planung der Antisubversion. Bereitwilliger zeigte sich hingegen die Guerilla, die in verschiedenen Treffen mit den Kommissionsmitgliedern die Entwicklungen der revolutionären Strategie und der Kriegshandlungen zu erläutern suchte, selbst jedoch auch viele Fragen unbeantwortet ließ.

Ein wesentlicher Beitrag zur Aufklärung der vergangenen Verbrechen kam aus dem Land, welches Guatemala jahrzehntelang als Teil seines „Hinterhofes" betrachtet hatte. Die Regierung der USA reagierte positiv auf die Bitte der Kommission, Archivmaterial zur Verfügung zu stellen. Das schließlich bereitgestellte offizielle Material konnte in vielen Fällen dazu verhelfen, Sachverhalte endgültig aufzuklären. Die Regierung der Vereinigten Staaten überstellte freilich nicht das gesamte Material, das in den Archiven der Geheimdienste lagerte. Viele Dokumente waren teilweise geschwärzt und legten somit nur einen Bruchteil des in den Archiven lagernden historischen Wissens offen.[345] Die US-

---

[342] Zu den in der „Konvergenz für die Wahrheit" organisierten Gruppierungen gehörten u.a. GAM, CERJ, CCPP, CPRs, CONDEG, CONAVIGUA, Mama Maquin und Madre Tierra. Der Zusammenschluss wurde ergänzt durch eine Reihe von regionalen indigenen Organisationen.

[343] Vgl. Patrick Ball/Herbert F. Spirer; State Violence in Guatemala, 1960-1996: A Quantitative Reflection, Washington, D.C. 1999 (auch: http://hrdata.aaas.org/ciidh/qr/english/part1.html – Stand: 3.9.2001).

[344] Vgl. CEH, Bd. XII, S. 236-261: Metodología Intermuestra (AAAS).

[345] Vgl. die Internetseiten des *National Security Archive* (www.gwu.edu/~nsarchiv).

amerikanische NGO *National Security Archive*, die sich der Bearbeitung und Veröffentlichung deklassifizierter Geheimdienstakten verschrieben und z.B. die salvadorianische Wahrheitskommission durch die Analyse von Geheimdienstdokumenten unterstützt hatte, analysierte viele der von der US-Regierung bereitgestellten Akten.[346] Einen Monat nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Einsetzung der CEH nahm das Guatemala-Projekt des *National Security Archive* die Arbeit auf und begann mit der Auswertung der deklassifizierten Akten. Die Arbeit der CEH wurde zunächst mit der Übergabe einer Datenbank unterstützt, welche detaillierte Informationen über militärische Befehlsstrukturen, sowie Namen und Karriereverläufe von führenden Militärs enthielt.

Zu den weiteren Informationsquellen der CEH zählten bereits existierende Untersuchungen zur Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« sowie eine Pressedokumentation, die insbesondere regionale Entwicklungen leichter nachzuvollziehen erlaubte. Schließlich wären, um die Liste des der Analyse zugrunde liegenden Materials zu vervollständigen, die durch Exhumierungen zu Tage geförderten Tatsachen zu nennen. Neben den Ergebnissen von Exhumierungen, die von der Menschenrechtsorganisation CALDH (*Centro para Acción Legal en Derechos Humanos*) und der ODHAG durchgeführt wurden, flossen insbesondere die Resultate von vier Exhumierungen ein. Während des Untersuchungszeitraumes führte die CEH gemeinsam mit den forensischen Anthropologen der FAFG in Panzós (Alta Verapaz), Belén (Suchitepequéz), Acul (Quiché) und Chel (Quiché) Exhumierungen durch, die ausschlaggebend für die Aufklärung mehrerer, besonders gravierender Fälle von Menschenrechtsverletzungen waren.

Die bloße Auflistung des der CEH zur Verfügung stehenden Materials lässt erahnen, dass es sich sowohl bei der Bearbeitung, Auswertung und Selektion des Materials als auch bei der Erstellung eines Abschlussberichtes, welcher die Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und die Umstände ihrer Verübung zu erläutern beabsichtigte, um eine Aufgabe handelte, die kaum in wenigen Monaten zu bewältigen war. Deshalb verhandelte die CEH mit der „Begleitkommission“ (*Comisión de Acompañamiento*), die befugt war, den zeitlichen Rahmen für die Umsetzung der Friedensabkommen zu modifizieren. Schließlich legte die „Begleitkommission“ den Endtermin für die Erarbeitung des Abschlussberichtes auf den 31. Januar 1999 fest.

Das Gros der Beweisaufnahme war beendet, als sich die Regionalbüros der CEH Mitte April 1998 aufzulösen begannen. Dennoch sollten auch in den kommenden Monaten Mitarbeiter der CEH immer wieder ausschwärmen, um Fälle zu überprüfen und zusätzliche Beweismittel zu beschaffen.

---

[346] Vgl. Interview mit Kate Doyle, in: *El Periódico*, 11.4.1999.

5.2.4 Die Auswertungsphase

Das Ende der Feldarbeit bedeutete die Umstrukturierung der CEH, die sich nun der Analyse und Auswertung des Materials widmete. Neben einer Abteilung, die den Arbeitsablauf unterstützte (Verwaltung, Sicherheit) und einer Stelle für Öffentlichkeitsarbeit bestand die Kommission nunmehr aus drei Bereichen.

Ihre Arbeit bereits aufgenommen hatte die Abteilung, die sich mit der Formulierung der Empfehlungen befasste. Eine zweite Abteilung war mit der Abfassung von drei der insgesamt fünf großen Kapitel des Abschlussberichtes befasst.[347] Eine Gruppe guatemaltekischer Historiker erarbeitete den historischen Teil des Abschlussberichtes und skizzierte die Ursachen des bewaffneten Konfliktes sowie die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte. Dabei waren sie, im Gegensatz zu den Verfassern der übrigen Kapitel, nicht (!) auf die Ergebnisse der Datenauswertung angewiesen. Im Zuge der Datenauswertung entstanden allmählich die Kapitel, die die Strategien und Mechanismen des Terrors sowie die Auswirkungen der Gewalt beinhalteten.

In den Monaten, die auf die Phase der Beweisaufnahme folgten, stand jedoch die Arbeit der dritten Abteilung, die mit der Systematisierung der eingegangenen Informationen betraut war, im Mittelpunkt des gesamten Projektes. Neben den Arbeitsteams, die sich mit der Auswertung der eingegangenen schriftlichen Materialien und der Bearbeitung der Aussagen der Schlüsselinformanten befassten, waren mehrere Gruppen entstanden, die die Gesamtheit der Zeugenaussagen bearbeiteten. Im Zentrum stand die Einrichtung einer zentralen Datenbank. Dabei wurden einerseits alle Fälle analysiert, die der Kommission angetragen worden waren und deren Zusammenstellung vier der zwölf Bände des Abschlussberichtes ausmachen sollte.

Andererseits wählte die Kommission aus der Gesamtheit der Verbrechen hundert Fälle aus, die besonders geeignet erschienen, um Aufschluss über die Strukturen und Mechanismen der Gewalt zu geben. Diese Fälle wurden als illustrative Fälle detailliert untersucht und Berichte verfasst, die auf wenigen Seiten die Untersuchungsergebnisse zusammenfassten. Am Beginn der Bearbeitung der Fälle standen die Analyse und die Dateneingabe. Dabei handelte es sich um eine Aufgabe, die sich zu einer komplizierten Prozedur entwickelte. Anfangs waren fünf Personen mit der Aufgabe betraut, die Interviewbögen zu analysieren und für die Dateneingabe vorzubereiten. Die Analysetätigkeit erwies sich jedoch als so zeitraubend, dass vier weitere Personen eigens für diese Arbeit eingestellt werden mussten. Die Schwierigkeiten bei der Analyse der Interviewbögen be-

[347] Die Kapitel beinhalteten (1) die historische Entwicklung, (2) die Strategien und Mechanismen des Terrors, (3) die Auswirkungen, (4) die Schlussfolgerungen und (5) die Empfehlungen. Vgl. zu den folgenden Ausführungen auch die im ersten Band der „Erinnerung an das Schweigen“ abgedruckten Schaubilder zur Organisationsentwicklung (CEH, Bd. I, S. 36-40).

ruhten auf der Uneindeutigkeit zugrunde liegender Kategorien, auf widersprüchlichen Aussagen in manchen Interviews sowie auf Unklarheiten bei der Zuordnung von Opfern zu Fällen.

Auch die CEH hatte eine umfangreiche Liste von Schlüsselbegriffen erstellt, um auch solche Informationen statistisch erfassen zu können, die in den Zusammenfassungen niedergeschrieben waren und über die Angaben auf den übrigen Interviewbögen hinausgingen. Damit war es möglich, detaillierte qualitative Informationen in den Abschlussbericht einfließen zu lassen.[348] Anhand der Schlüsselkategorien konnten jeweils alle Zeugenaussagen aufgefunden werden, die im Zusammenhang mit einer Variabel standen und somit wurde es einfacher, bestimmte Taten mit Ursachekomplexen oder verantwortlichen Institutionen in Verbindung zu bringen.[349]

Die insgesamt 21 Mitglieder des Datenbankteams waren nicht nur für die Eingabe der Daten verantwortlich, sondern spielten auch bei der Bereitstellung und Aufarbeitung der in der Datenbank eingelagerten Informationen eine Schlüsselrolle. Erstens entwickelte das Datenbankteam eine Reihe von statistischen Analysen und graphischen Darstellungen, die in den Analyseprozess einflossen und viele der Schlussfolgerungen fundierten. Zweitens wurden insgesamt über 200 Listen erstellt,[350] die Fälle nach verschiedenen Kriterien sortierten und damit die Verknüpfung von Sachverhalten erleichterten. Schließlich war das Datenbankteam dafür zuständig, die statistischen Anhänge und die Zusammenstellungen der illustrativen Fälle und der insgesamt vorgebrachten Fälle in eine druckfertige Form zu bringen sowie eine Darstellung der Methodik zu verfassen.

Das Finale

Vier Monate nach der Schließung der Regionalbüros begann ein zweiter allmählicher Prozess der Reduzierung des Kommissionsumfangs. Das Voranschreiten der Analyse zog die Verkleinerung des gesamten Unternehmens sowie die Auflösung von Untereinheiten nach sich. Die Arbeit in und für die CEH fand für viele in einer Atmosphäre von Unsicherheit statt, da beständig Mitarbeiter entlassen wurden und andere in oftmals neukonstituierten Arbeitsgruppen und somit anderen Themenfeldern mitarbeiteten.

Die Aufgabe der detaillierten Aufklärung einer 36-jährigen Geschichte von Grausamkeiten war nicht von einem eingespielten Team übernommen worden,

---

[348] So wurde etwa die Analyse der gegen Frauen ausgeübten Gewalt mit Zitaten illustriert, die 90 verschiedenen Zeugenaussagen entnommen wurden und auf erschreckendste Weise Zeugnis von der Globalität der geschlechtsspezifischen Repression ablegten.

[349] Vgl. etwa CEH, Bd. 3, S. 106 (§ 2611). Festgestellt wird hier die Verantwortlichkeit von Todesschwadronen für illegalen Freiheitsentzug. Die der CEH angetragenen Fälle erlaubten es, diese Praxis in Huehuetenango, Izabal, Esquintla und Zacapa nachzuweisen.

[350] Vgl. Zambrano; The Guatemalan Commission for Historical Clarification: Database Representation and Data Processing, a.a.O.

sondern von einer zusammengewürfelten Gruppe von Menschen, die unterschiedlichste persönliche und berufliche Hintergründe besaßen. Im Gegensatz zum Bericht des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung, der eine Zusammenstellung von Analysen einzelner Autoren darstellt, sollte mit der „Erinnerung an das Schweigen“ eine Sammlung thematischer Einzelessays entstehen, die von ständig neu zusammengesetzten Autorenteams verfasst wurden.[351] Die Arbeit in den beengten Räumlichkeiten der CEH vollzog sich unter einer extremen Anspannung, die nicht nur den externen Vorgaben geschuldet war. Die bis zur Präsentation des Abschlussberichtes Mitarbeitenden sahen sich tagtäglich mit den Auswüchsen des Terrors konfrontiert und sollten innerhalb weniger Monate einen Bericht verfassen, der den unzähligen Stimmen der Opfer Gehör verschaffte und sämtliche Facetten des Horrors verhandelte. Das Tagtägliche der Arbeit bedeutete für die meisten Mitarbeiter eine nervenbelastende Anstrengung, die sich an sieben Tagen der Woche und zwar von früh bis spät vollzog.

Die verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeiteten die Unterkapitel des Abschlussberichtes, dessen generelle Struktur zu Beginn der Kommissionstätigkeit entwickelt worden war. Das Vorhandensein eines thematischen Gerüstes bedeutete einerseits nicht, dass auch die Arbeitsergebnisse ex ante festgestanden hatten: Zentrale Hypothesen des Abschlussberichtes, die sich etwa in den Kapiteln über Genozid und Freiheitsentzug finden, nahmen erst im Zuge der Analyse der Zeugenaussagen Gestalt an. Andererseits war die Erarbeitung der „historischen Wahrheit“ in den unterschiedlichen Stadien der Analyse von den Interpretationen der Kommissionsmitarbeiter beeinflusst. Neben der Tatsache, dass eine Gruppe von Historikern den historischen Teil der „Erinnerung an das Schweigen“ unabhängig von den Zeugenaussagen und auf der Basis des aktuellen historischen Forschungsstandes erarbeitet hatte, galt dies sowohl für die interpretative Formung der Zeugenaussagen durch die Abfassung von Zusammenfassungen als auch für die Erarbeitung und Anwendung von „Schlüsselkategorien“. Schließlich berichteten die Zeugen selbst über ihre Erlebnisse vor dem Hintergrund ihres aktuellen Selbst- und Weltverständnisses. Drei Monate vor der Präsentation des Abschlussberichtes wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die für den Zusammenhang des Ganzen zuständig war und die einzelnen Kapitel und Unterkapitel aufeinander abstimmen sollte. In den letzten Monaten arbeitete eine weitere Gruppe an den Schlussfolgerungen der Kommission, die den entscheidenden fünften Band des Abschlussberichtes und, wie später noch zu zeigen sein wird, ein eigenständiges Kapitel, bilden sollten.

Neben den Arbeitsgruppen, die sich der Systematisierung der Informationen und der Erarbeitung und Abfassung der thematischen Kapitel widmeten, war eine gesonderte Arbeitsgruppe gebildet worden, um die Empfehlungen der

[351] Vgl. Ball/Chapman; The Truth of Truth Commissions, a.a.O.

Kommission zu konzipieren und zu formulieren. Diese Gruppe nahm ihre Arbeit nicht erst auf, als die Analyse der Zeugenaussagen und des weiteren Materials beendet war, sondern entwickelte erste Entwürfe bereits während der Phase der Beweisaufnahme. Die Empfehlungen können, da sie sich aus mehreren Quellen speisten, nicht als unmittelbare Ableitung der Analyse gelten.[352] Die Kommissionsmitglieder bemühten sich, die Zivilgesellschaft in die Formulierung der Empfehlungen einzubeziehen und veranstalteten am 27. Mai 1998 ein „nationales Forum zu den Empfehlungen der CEH", um allen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Möglichkeit zu geben, ihre diesbezüglichen Vorschläge zu artikulieren und zu diskutieren. Die Stimmen der Opfer flossen jedoch nicht ausschließlich durch die hauptstädtischen Vertreter von Menschenrechts- und indigenen Organisationen in die Formulierung der Empfehlungen ein. Die Zeugenaussagen und die darin enthaltenen Vorstellungen von einer besseren Zukunft wurden bei der Entwicklung der Empfehlungen ebenso berücksichtigt wie die Erfahrungen der Interviewer und Kommissionsmitglieder. Schließlich sollte das Gedenken an die Opfer am Anfang der Empfehlungen stehen.

In den letzten Wochen der Kommissionstätigkeit, als der gesamte Bericht überarbeitet und insbesondere der fünfte Band redigiert wurde, organisierte ein Team die Berichtsübergabe. Die verbliebenen Mitarbeiter der Kommission beendeten die Arbeit an der „Erinnerung an das Schweigen" am 24. Februar 1999 um 2.00 Uhr nachts. Nach einem intensiven Arbeitsprozess, der den von den Konfliktparteien vorgesehenen Zeitrahmen von max. zwölf Monaten gesprengt hatte, veranstaltete die Kommission am 25. Februar 1999 eine Abschlusszeremonie, die bei den Anwesenden einen bleibenden Eindruck hinterlassen sollte.

[352] Vgl. Kapitel 6.5.

6 Zwei historische Werke

Mit der „Erinnerung an das Schweigen“ und „Guatemala – nunca más!“ lagen zwei Versuche vor, die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« analytisch aufzuarbeiten. Als normative Grundlagentexte bergen beide Berichte das Potenzial, zu bedeutenden Bezugspunkten für die gegenwärtige und zukünftige Erinnerungsarbeit zu werden.[353] Vor diesem Hintergrund werden im folgenden Kapitel die Dimensionen der guatemaltekischen Geschichte beschrieben, die zum Gegenstand der kirchlichen und der offiziellen Berichterstattung wurden. Dabei ist intendiert, sowohl einen Überblick über die Reichhaltigkeit und damit Tragweite der „historischen Wahrheit“ zu vermitteln, als auch die Kontradiktionen und Schwachstellen der Berichterstattung aufzuzeigen.

6.1 Zur Einführung

6.1.1 Lesen

Eine Inhaltsanalyse von Wahrheitsberichten wäre unvollständig, wenn sie nicht die Erfahrung des Lesenden und die Spezifika dieser Art des historischen Berichtes berücksichtigte. Die Erinnerung an eine grausame Vergangenheit wird auf vielerlei Art bewahrt. Der Fundus des kulturellen Gedächtnisses speist sich vornehmlich aus drei Quellen: Denkmälern der bildenden Künste, autobiographischen Darstellungen sowie wissenschaftlichen Untersuchungen. Ein Wahrheitsbericht ist eine historisch neue und andere Form, in der sich Elemente des Autobiographischen und des Wissenschaftlichen vermengen. Einige Wahrheitsberichte wurden zu nationalen Bestsellern, andere blieben weitgehend unbeachtet. Wenn es sich um Werke handelt, die nicht nur das Bücherboard im aufgeklärten bürgerlichen Haushalt schmücken, sondern tatsächlich gelesen werden, richten sie *etwas* im Leser an.

Als das Hamburger Institut für Sozialforschung die deutschsprachige Ausgabe des argentinischen Wahrheitsberichtes veröffentlichte, führte Jan-Philipp Reemtsma aufrichtig an die Lektüre heran.

> Wenn Sie dieses Buch lesen, wenn Sie in ihm lesen diese unermeßlichen Quantitäten der Qual der ungezählten Einzelnen, Unterworfenen, Zerstörten, werden Sie merken, dass Sie beginnen, schneller und schneller zu lesen, flüchtiger, denn Ihre Augen werden

[353] Auch die Titel der Berichte verweisen auf ihre normative Funktion. Der in der Tradition vieler lateinamerikanischer – offizieller und inoffizieller – Wahrheitsberichte stehende Titel des kirchlichen Berichtes enthält ein normatives zukunftsbezogenes Gebot: „Nie wieder!“. Mit „Erinnerung an das Schweigen“ wurde hingegen ein Titel gewählt, der die bewahrende Funktion kultureller Artefakte betont.

> sich, stellvertretend für Sie, auf die Flucht begeben. Sie sollten das bemerken, und Sie sollten dem Bedürfnis, die Lektüre zu unterbrechen, nicht nachgeben. Nicht, weil ich Ihnen etwas zumuten wollte, nicht, weil ich moralisieren wollte, dass andere schließlich erleben mußten, was Sie sich bloß zu lesen weigern. Aus einem anderen Grund.
>
> Wer ein Buch liest, in dem von Schmerzen die Rede ist, wird, soweit er nicht ganz unempfindlich ist, etwas wie einen von sehr weit geworfenen Schatten dieser Schmerzen fühlen. So wird es Ihnen beim Lesen [...] auch gehen, aber nur kurze Zeit, denn die dort geschilderten Qualen sind so unvorstellbar, dass die Phantasie ihres Körpers sich der Identifikation versagen muß.[354]

Im Falle der guatemaltekischen Berichte setzt die Flucht weit früher ein, bereits vor Aufnahme der Lektüre. Diese Flucht ist Ausdruck des enormen Unbehagens angesichts eines Papierberges, der im Falle von „Guatemala – nunca más!" fast 900 Seiten, im Falle der „Erinnerung an das Schweigen" fast 1700 Seiten umfasst. Nicht mitgezählt sind die insgesamt vier Bände, die die Auflistungen der Opfer enthalten und die zwei Bände, in denen sich die illustrativen Fälle der Kommission versammeln. Die Perspektive, sich mehr als 2500 mit Grausamkeiten angefüllte Seiten *zu Gemüte* führen zu müssen, lässt unweigerlich den Wunsch aufkommen, das möge schon *bewältigt* sein.

2500 Seiten – wie auch im Falle anderer Wahrheitsberichte ist es unmöglich, die beiden guatemaltekischen Werke in einem Zuge zu lesen, und so vollzieht sich die Lektüre in Abschnitten, die mit den letzten Zeilen eines Kapitels enden und bisweilen dann, wenn die Grenzen des noch irgendwie Erträglichen erreicht sind.

Einige Kapitel lesen sich leichter als andere. Die Darstellung der historischen Entwicklungen und die Analysen der militärischen Strategien und Strukturen beleuchten das Panorama des Schreckens von einer Seite, die eine größere Distanz zum Geschehen erlaubt. Zwar schnürt sich auch hier bisweilen die Kehle zu, doch werden eher Gefühle der Wut als des blanken Entsetzens ausgelöst. Es entsteht das Bild einer durch und durch beschädigten Gesellschaft. Die Lektüre anderer Kapitel ist unerträglich: Die Darstellung der Massaker etwa oder die der Gewalt gegen Frauen und Kinder. Bei diesen Kapiteln trifft zu, was Reemtsma beobachtet hat. Nach einem ersten Entsetzen wird der Lesefluss schneller und schneller und reißt an irgendeinem Punkt plötzlich ab. In dem Moment ist das Denken wie lahm gelegt, und es dominieren Gefühle des Grauens, der Ohnmacht und einer physischen Übelkeit. Der Verlauf von immer flüchtigerem Lesen zu einem Innehalten und gleichzeitigem Gewahrwerden des eigenen Entsetzens stellt sich oftmals bei autobiographischen Zeugnissen von Überlebenden des Terrors ein. Die guatemaltekischen Wahrheitsberichte unterscheiden sich, wie bereits bemerkt, von autobiographischen Zeugnissen durch die Verquickung von persönlichen Zeugnissen und Analyse, und genau diese Vermischung er-

[354] Jan Philipp Reemtsma; u.a. Falun. Reden und Aufsätze, Berlin 1992, S. 189.

möglicht an manchen Stellen die Fortsetzung einer als unerträglich empfundenen Lektüre. Für beide Berichte gilt, dass sie wie ein *Vexierbild* behandelt werden können und womöglich sogar müssen.[355] Bei der Betrachtung eines solchen Bildes gleitet das Auge von einer in die andere Perspektive. Dieser Wechsel geht halbautomatisch vonstatten und stellt sich auch bei der Lektüre eines Wahrheitsberichtes ein. Nach einer Weile, und wenn sich jene beschriebene Zäsur des Entsetzens schon einmal eingestellt hatte, werden ebenso halbautomatisch die Zeugnisse der Opfer aus dem Gesichtsfeld gebannt. Dabei werden sie nicht übersprungen, sondern überlesen – eine Verdrängung im Sinne einer Erhaltung des Rezipierten außerhalb des in dem Moment lesenden Bewusstseins. Erst nach mehreren Seiten vollzieht sich ein weiterer halbautomatischer Wechsel und das Überlesen fällt auf. Das Überlesen fällt schuldhaft auf, „da andere [es] schließlich erleben mußten" (Reemtsma; u.a. Falun, a.a.O.). Es stellt sich unweigerlich eine Art moralische Verpflichtung ein, die Stimmen der Opfer auch zu hören, nachdem sie selbst die Kraft aufbrachten, ihr Schweigen zu brechen. Und dennoch ist nicht mehr als der von Reemtsma angedeutete Schatten der Schmerzen zu erfahren, die den Menschen zugefügt wurden.

Augenzeugenberichte vermögen kein reales Bild des Schreckens widerzuspiegeln, sondern zeichnen sich durch die Unmöglichkeit aus, das Unfassbare in Worte zu fassen.

Die Freiheit der Augenzeugen hat etwas Beschädigtes, der Apathie Verwandtes. Der psychische Organismus gleich dem Leib ist auf Erlebnisse einer Größenordnung eingestimmt, die ihm selber irgend entspricht. Steigert der Gegenstand der Erfahrung sich über die Proportion zum Individuum hinaus, so erfährt es ihn eigentlich gar nicht mehr, sondern registriert ihn unvermittelt, durch den anschauungslosen Begriff, als ein ihm Äußerliches, Inkommensurables, zu dem es so kalt sich verhält, wie der katastrophische Schock zu ihm.[356]

Dies gilt für Augenzeugenberichte gleich welcher Couleur und gewinnt eine besondere Färbung bei Zeugenaussagen, die, wie im Falle etwa der CEH, aufgenommen wurden, um Tatsachen festzustellen. An vielen Stellen wirken die zitierten Aussagen der Opfer schier unheimlich, unfassbar und weit, weit entfernt, wenn in wenigen Worten Grausamkeiten wie erzwungener Kannibalismus, das Aufschneiden der Bäuche von Schwangeren oder das Zerschellenlassen von Säuglingen an Bäumen beschrieben werden.

---

[355] Die Lektüre gleicht dabei z.B. der Betrachtung eines Werkes von M. C. Escher. Berühmt wurden seine graphischen Experimente mit Scheinarchitekturen, die unterschiedliche Perspektiven zu einem fluktuierenden Ganzen zusammenfügten.

[356] Theodor W. Adorno; Minima Moralia, Baden-Baden 1973, S. 237.

6.1.2 Schwerpunkte der Berichterstattung

In ihren Analysen näherten sich die Mitarbeiter der beiden Projekte zur historischen Aufklärung mit unterschiedlichen Blickwinkeln der Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« an. Da im Mittelpunkt des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung die Schaffung kommunikativer Räume und die Begleitung und Unterstützung eines diskursiven Austausches von Gewalterfahrungen standen, bildeten auch die Gewalterfahrungen, die die Mitarbeiter des kirchlichen Projektes durch Zeugenaussagen hatten dokumentieren können, den thematischen Fokus des Abschlussberichtes. Dabei waren sich die Autoren dessen bewusst, dass sie in den ersten Projektphasen vornehmlich betroffene *comunidades* aus dem »Landesinneren« erreicht hatten und ihre Analyse sich somit auf eine Phase der »bewaffneten Auseinandersetzung« konzentrierte: auf die massive staatliche Repression der frühen 1980er Jahre.

> REMHI entwickelte sich zu einer Bemühung, die sich zu dem, was die CEH erreichen konnte, alternativ und komplementär verhielt. Es würde uns leichter fallen, uns den *comunidades* anzunähern, während die Kommission in den offiziellen und staatlichen Stellen erfolgreicher sein könnte.[357]

Mit der detaillierten Untersuchung der Gewalterfahrungen lieferte REMHI eine wichtige Vorlage für die offizielle Berichterstattung, die neben der Sozialpsychologie des Terrors und der Entstehung von Widerstandsformen vor allem das tabuisierte Thema der sexuellen Gewalt übernehmen sollte.

Die Kommission zur historischen Aufklärung konzentrierte sich auf den Nachweis der strategischen Planung des Terrors und auf die Aufdeckung institutioneller Verantwortlichkeiten. Zudem zielte die offizielle Wahrheitsfindung auf die Erarbeitung eines umfassenden Bildes der in den vergangenen Jahrzehnten begangenen Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten. In ihre quantitative und qualitative Analyse flossen insgesamt drei Datensätze ein, die die Kommission selbst, das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung und schließlich die „Konvergenz für die Wahrheit“ erstellt hatten. Trotz dieser unterschiedlichen Schwerpunkte waren beide Berichte nur bedingt als komplementär zu bezeichnen, da sie jeweils auch die Schwerpunkte des anderen enthielten. Mit der „Erinnerung an das Schweigen“ wurde vielmehr eine *Kombination* der Ergebnisse beider Bemühungen zur Wahrheitsfindung vorgelegt. Grundsätzlich spiegelte sich die unterschiedliche Schwerpunktsetzung in der reziproken Anordnung der Teile wider.

[357] REMHI, Bd. I, S. XX.

Tab. 4: Inhaltsstruktur der Berichte von REMHI und CEH

REMHI	CEH
Bd. I: Auswirkungen der Gewalt	Kap. I: Historischer Hintergrund
Bd. II: Mechanismen des Horrors	Kap. II: Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten (Bde. II + III)
Bd. III: Geschichtlicher Hintergrund	Kap. III: Auswirkungen der Gewalt (Bd. IV)
Bd. IV: Die Opfer des Konfliktes	Kap. IV: Schlussfolgerungen (Bd. V)
	Kap. V: Empfehlungen (Bd. V) Kap. VI-XI: Die Opfer Kap. XII: Schriftwechsel und Dokumente

Beide Berichte waren keine stilistisch kohärenten Werke, sondern Zusammenstellungen von Einzelanalysen.

Am Anfang des kirchlichen Berichtes „Guatemala – nunca más!“ stand die sozialpsychologisch angelegte Analyse der Gewalterfahrungen und Traumatisierungen, die in den Zeugenaussagen sichtbar geworden waren. Die im zweiten Band des Berichtes situierte Analyse der lokalen Repressionsstrukturen und der Terrorpraktiken knüpfte daran sowohl stilistisch als auch inhaltlich an und zielte auf die Offenlegung der individual- und sozialpsychologischen Terrorfolgen und der (gruppendynamischen) Mechanismen, die die unvorstellbaren Dimensionen der Gewaltausübung ermöglicht hatten. Die Autoren setzten sich in erster Linie mit den Formen der Überwachung auseinander, die sich auf die Aktivität von „Militärkommissionaren“ und „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“ sowie auf die Einrichtung von „Modelldörfern“ gestützt hatten. Im Mittelpunkt standen auch diesbezüglich weniger die strategischen Planungen als vielmehr die Erfahrungen der Menschen.

Die sozialpsychologisch orientierte Analyse der Gewaltfolgen wurde durch eine Analyse der Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« und der militärischen Strukturen ergänzt, die auf einer Makroebene angesiedelt war und sich einerseits auf Organigramme und Analysen der US-amerikanischen NGO *National Security Archive* und andererseits auf Veröffentlichungen von Historikern, Anthropologen, Sozialwissenschaftlern, Menschenrechtsorganisationen und Protagonisten der Konfliktparteien stützte. Diese drei Bände wurden durch einen vierten Band ergänzt, der den Titel „Die Opfer des Konfliktes“ trug. Darin fand sich eine Zusammenstellung aller Opfer der »bewaffneten Auseinandersetzung», die durch die Zeugenaussagen hatten ermittelt werden können, eine knappe statistische und juristische Analyse der Ergebnisse sowie die Empfehlungen des REMHI-Projektes.

An die Darstellung von Mandat und Methodik der historischen Aufklärung schloss sich im ersten Band der „Erinnerung an das Schweigen“ das Kapitel „Gründe und Ursprünge der internen »bewaffneten Auseinandersetzung«“ an.

Dieses von einem Team guatemaltekischer Historiker erarbeitete Kapitel bot eine geraffte Darstellung der Landesgeschichte, die insbesondere historische Kontinuitäten der Unterdrückung und die Geschichte der ethnischen Beziehungen fokussierte. Damit wurde die „Erinnerung an das Schweigen" von einer Analyse eingeleitet, die *unabhängig* von den Zeugenaussagen erarbeitet wurde und die den Mitarbeitern der Kommission selbst als Referenzpunkt ihrer Analyse diente.[358] Mit der historischen Analyse der Landesgeschichte wurde der Versuch unternommen, das sich aus den Zeugenaussagen ableitende Geschichtsbild gleichsam präventiv zu relativieren und um die historischen Entwicklungen zu ergänzen, die der Politik der verbrannten Erde vorangingen und folgten.[359]

Die Analyse der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten bestand aus zwei sich ergänzenden Teilen, der Erläuterung der militärischen Strategien und Strukturen beider Konfliktparteien[360] und der Analyse der Verbrechen. Letztere wurde vor dem allgemeinen Hintergrund der nationalen und internationalen Menschenrechtsgesetzgebung und einer knappen statistischen Synthese der Untersuchungsergebnisse entwickelt. Untersucht wurden

- extralegale Hinrichtungen
- Verschwindenlassen
- Folter und andere inhumane Behandlungsmethoden
- Gewalt gegen Frauen
- Gewalt gegen Kinder
- Freiheitsentzug
- Verweigerung von juristischem Beistand
- Einschränkung der Meinungsfreiheit
- Verletzungen der Rechte auf Existenz, Integrität und kulturelle Identität der indigenen Völker
- Vertreibung
- Massaker
- Genozid

Die Analyse der unterschiedlichen Kategorien von Menschenrechtsverletzungen folgte einem Leitfaden, der in unterschiedlicher Breite in allen Einzelanalysen Anwendung fand. Einleitend wurde die jeweilige Form der Menschenrechtsver-

---

[358] So enthält etwa die Analyse der Guerillastrategie mehrere Verweise auf das erste Kapitel: CEH, Bd. I, S. 235 (§ 1405, FN 605), S. 239 (§ 1421, FN 615), S. 240 (§ 1422, FN 617), S. 245 (§ 1441, FN 633), S. 272 (§ 1548, FN 748).

[359] Im historischen Teil umfasst die Analyse der Regierung Ríos Montt lediglich knapp neun Seiten und tritt somit bereits quantitativ in den Hintergrund.

[360] Auch hier zeigte sich, dass der Berichterstattung die analytische Arbeit mehrerer Teams zugrunde lag. Im Gegensatz zu allen anderen Unterkapiteln besaß die Darstellung des Geheimdienstapparates die Form von Thesen und ihrer Erläuterung (vgl. CEH, Bd. II, Kapitel III, La Inteligencia).

letzung definiert und der juristische Rahmen der Untersuchung bestimmt. Auf eine statistische Analyse der temporären und geographischen Verteilung folgte die Schilderung der Ziele, Methoden und speziellen Repressionstechniken. Dieses Panorama wurde um die Bestimmung institutioneller Verantwortlichkeiten und die Beschreibung besonderer Szenarien ergänzt. Am Schluss der einzelnen Analysen standen in der Regel die statistische Aufschlüsselung der Opfer nach Geschlecht, Ethnie und sozialer Zugehörigkeit sowie die Schilderung der unterlassenen juristischen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen. Dabei wurden die Ergebnisse der Analyse jeweils mit Ausschnitten aus Zeugenaussagen illustriert, die Opfer oder Schlüsselzeugen formuliert hatten.

Die gesamte Analyse der Menschenrechtsverletzungen folgte einer Dramaturgie, die auf die Feststellung genozidaler Tatbestände zusteuerte. So ließen sich die Einzelanalysen zum überwiegenden Teil als Expositionen zur Genozidanalyse verstehen. In ihrer Genozidanalyse untersuchte die Kommission die Politik der verbrannten Erde in drei Regionen des Landes und griff dabei auf die vorangegangenen Analysen zurück. Durch die regional spezifizierte Schilderung von extralegalen Hinrichtungen, Verschwindenlassen, Folter, Gewalt gegen Frauen und Kinder, Diskriminierung und Zerstörung indigener Formen des Zusammenlebens, Zwangsrekrutierungen, Vertreibung, Überwachung und schließlich Massakern wurde eine Doppelung der Darstellung vorgenommen, in der die Einzelanalysen in einem übergeordneten Tatbestand aufgehoben wurden. Die Einzelanalysen waren von unterschiedlicher Qualität. Während die Analyse der gegen Frauen ausgeübten Gewalt und die Untersuchung der Massaker und der regionalen Ausprägungen der Politik der verbrannten Erde zu den stärksten und sorgfältigsten Kapiteln des gesamten Berichtes zählten, waren etwa die Analysen von Freiheitsentzug und Meinungsfreiheit hastig zusammengestellte Dokumentationen.

Der Überblick über die von der Guerilla verübten Gewalttaten lehnte sich an die Struktur der vorangegangenen Analysen an und schilderte extralegale Hinrichtungen, Massaker, Verschwindenlassen, Entführungen, Erpressungen, Zwangsrekrutierungen, Folter, Einschränkungen der Meinungsfreiheit, Anschläge gegen öffentliche und infrastrukturelle Einrichtungen sowie die Tötung von Zivilisten in Kampfhandlungen oder aufgrund von Minenexplosionen oder der Lebensbedingungen auf der Flucht. Angehängt an die Darstellung des staatlichen Terrors schien die Untersuchung der von der Aufstandsbewegung zu verantwortenden Verbrechen sich darum zu bemühen, jede Facette der Gewalttaten aufzuzeigen. Und gerade aufgrund des umfassenden Charakters der Darstellung, welche ein Sechstel des Seitenumfangs der vorangegangenen Analyse der Menschenrechtsverletzungen erreichte, traten die Gewalttaten deutlich in den Hintergrund der historischen Schuld.

Auf die Analyse der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten folgte im vierten Band der „Erinnerung an das Schweigen“ die Auseinandersetzung mit den psychologischen, sozialen und ökonomischen Folgen der »bewaffneten

Auseinandersetzung». Eigenständige Kapitel bildeten die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Kommission, die in dem nur knapp Hundert Seiten umfassenden fünften Band der „Erinnerung an das Schweigen" vorgelegt wurden.[361] Mit der Zusammenstellung von insgesamt 152 Schlussfolgerungen präsentierte die Kommission das Substrat ihrer Analyse und somit die Grundzüge des historischen Narrativs über die Periode der »bewaffneten Auseinandersetzung».[362] Die Schlussfolgerungen entsprachen dabei weder hinsichtlich ihrer Reihenfolge der Struktur des Gesamtberichtes noch hinsichtlich der vermittelten „historischen Wahrheit" den Inhalten desselben. Insbesondere bei der Darstellung der Akteure, die den Verlauf der »bewaffneten Auseinandersetzung« entscheidend mitbeeinflusst hatten, übten die Autoren im fünften Band starke Zurückhaltung. Ein bedeutender Unterschied der im fünften Band und im Gesamtbericht vermittelten „historischen Wahrheit" bestand in der unterschiedlichen Gewichtung der sozialen Differenzierungs- und Politisierungsprozesse, die in den 1970er Jahren die entscheidende Wende im Verlauf der »bewaffneten Auseinandersetzung« herbeigeführt hatten.

Den Abschluss der „Erinnerung an das Schweigen" bildeten schließlich die insgesamt sieben Bände, welche die präsentierten Fälle, die illustrativen Fälle, eine Dokumentation des Schriftwechsels mit offiziellen Stellen sowie einen Empirieteil enthielten.

6.1.3 Anfang und Ende der »bewaffneten Auseinandersetzung»

Beide Projekte zur Aufklärung der Vergangenheit hatten die Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten, die im Zusammenhang mit der »bewaffneten Auseinandersetzung« standen, zum Gegenstand. Somit war der Endpunkt der zu untersuchenden Periode eindeutig. Mit der Unterzeichnung der Friedensverträge war die »bewaffnete Auseinandersetzung« Ende Dezember des Jahres 1996 beendet.[363] Der Anfang des aufzuklärenden historischen Intervalls war hingegen schwerer zu bestimmen. Bereits unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Einsetzung der Wahrheitskommission war über den Zeitpunkt spekuliert worden, den die CEH als Beginn der »bewaffneten Auseinandersetzung« ansehen würde. Die Entstehung der ersten Guerillaorganisationen Anfang der 1960er Jahre hätte ebenso als Beginn der Auseinandersetzung gelten

---

[361] Zu den Empfehlungen vgl. Kapitel 6.5.

[362] In „Guatemala wurden durch die »bewaffnete Auseinandersetzung« zwischen Brüdern *Seiten* der Schande und der Infamie, der Entehrung und des Terrors, des Schmerzes und der Klage geschrieben" (CEH, Bd. V, S. 11, Hervorhebung A.O.).

[363] Für REMHI fiel der Endpunkt der Untersuchung mit der Arbeitsaufnahme des Projektes zusammen. Die Zeugen wurden gebeten, von den Ereignissen zu sprechen, die sich bis 1995 zugetragen hatten. Die Analyse selbst reicht im historischen Teil bis zur Unterzeichnung der Friedensverträge und im psychosozialen Teil bis in die Nachkriegszeit.

können wie die Gründung der URNG Anfang der 1980er Jahre.[364] Angesichts des internationalen Kontextes des Kalten Krieges wäre es auch nachvollziehbar gewesen, die Auseinandersetzung, die zu dem Zeitpunkt zwar noch keine bewaffnete im Sinne eines Aufstandes und seiner Niederschlagung war, dennoch aber bereits unter dem Vorzeichen des Antikommunismus stand, mit dem CIA-geleiteten Putsch von 1954 beginnen zu lassen.

REMHI hatte „individuelle und kollektive Zeugenaussagen über die Gewalt [gesammelt], die die Zivilbevölkerung zwischen den Jahren 1960 und 1995 als Konsequenz der »bewaffneten Auseinandersetzung« erlitt“[365] und den Beginn der »bewaffneten Auseinandersetzung« mit der November-Erhebung von 1960 datiert.[366] Die schnell niedergeschlagene Erhebung junger Offiziere markierte für die offizielle Kommission noch nicht den Beginn der »bewaffneten Auseinandersetzung». Nach einer langen Diskussion unter den für den historischen Teil des Abschlussberichtes zuständigen Historikern wurde dieser mit einer Ende Februar 1962 gesendeten Erklärung des *Frente Rebelde Alejandro de León Aragón 13 de Noviembre* (MR-13) gleichgesetzt. Im Gegensatz zum Aufstandsversuch von 1960, der vornehmlich militärpolitische Ziele verfolgte, hatte es sich zwei Jahre später um eine keimende revolutionäre Guerillabewegung gehandelt, die sich dem Umsturz des Systems verschrieben hatte.[367]

Die Fixierung eines Anfangsdatums der »bewaffneten Auseinandersetzung« war für REMHI, insbesondere jedoch für das offizielle Projekt zur Wahrheitsfindung, entscheidend für die Datenerhebung. Die Zeugenbefragung hätte zu anderen Ergebnissen geführt, wenn ein Zeitraum von 15 oder 55 Jahren zugrunde gelegen hätte. Die Bestimmung der Grenzen des zu untersuchenden Zeitintervalls beeinflusste somit vornehmlich die Statistiken des Horrors. Für die Interpretation der Daten war die Fixierung eines Anfangs der »bewaffneten Auseinandersetzung« jedoch in zweierlei Hinsicht nachrangig. Erstens kamen beide Berichte nicht ohne eine Vorgeschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung«

---

[364] Vgl. Francisco Molina; ¿Qué se puede esperar del acuerdo?, in: Noticias de Guatemala, Juli 1994.

[365] Schreiben der ODHAG „Cinco preguntas sobre el proyecto interdiocesano ‚Recuperación de la Memoria Histórica‘“, ohne Zeitangabe (1995), S. 1.

[366] Der erste bemerkenswerte Aufstandsversuch nach dem kurzen demokratischen Intermezzo fand am 13. November 1960 statt, als eine Gruppe junger Offiziere die Militärführung abzusetzen versuchte. Damit intendierten sie sowohl eine Rückkehr zu moralischen Werten (und somit eine Säuberung der korrupten obersten Ränge) als auch eine Besinnung auf die nationale Souveränität Guatemalas. Anlass des Aufstandes war die von der Regierung gegebene Zusicherung, exilkubanische Truppen könnten auf guatemaltekischem Terrain für die Invasion in der Schweinebucht trainieren.

[367] Gründungsväter der Guerillaorganisation MR-13 waren zwei Mitglieder der November-Erhebung von 1960: Marco Aurelio Yon Sosa und Luis Turcios Lima. MR-13 schloss sich noch 1962 mit dem bewaffneten Arm des PGT zu den Rebellischen Streitkräften (FAR – *Fuerzas Armadas Rebeldes*) zusammen.

aus. Im Falle von REMHI setzte die Darstellung mit der Machtübernahme des Diktators Justo Rufino Barrios und der Durchsetzung der liberalen Reformen im Jahre 1871 ein. Die von REMHI vorgestellte Vorgeschichte schien den Historikern der offiziellen Kommission unzureichend für ein Verständnis der Ereignisse in der zweiten Hälfte des 20. Jh., und so begann ihre Darstellung mit den Auswirkungen der Eroberung Guatemalas im 16. Jh.[368] Zweitens sprengte die offizielle Kommission in ihrer Analyse den Rahmen des im Mandatstext niedergelegten Zeitraumes. Besonders auffällig war dies im Falle der Analyse des Justizsystems, die mit den antikommunistischen Säuberungen in der Folge des CIA-Putsches von 1954 einsetzte.

6.2 Das historische Narrativ

Das Mandat der Kommission zur historischen Aufklärung umfasste nicht nur die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, sondern zielte darauf, „ein Kapitel der Geschichte des Landes zu schreiben."[369] Damit ist eine Funktion der offiziellen Wahrheitsfindung angedeutet, die in der politischen und wissenschaftlichen Debatte bestenfalls am Rande behandelt wird: die historiographische Funktion. Im Verlaufe der Kommissionstätigkeit waren ihre Mitarbeiter nicht nur damit betraut, Fakten zusammenzutragen und zu dokumentieren, sondern auch damit, aus dem Fundus der Archive relevante Fakten auszuwählen und in eine Analyse der Vergangenheit zu integrieren.[370] Wahrheitskommissionen erstellen auf dem Fundament ihrer Ermittlungen und im Kontext des jeweiligen hegemonialen Weltverständnisses ein historisches Narrativ, welches die Vergangenheit interpretiert und zugleich die Zukunft entwirft.

Da die CEH beauftragt war, die »bewaffnete Auseinandersetzung« zu bearbeiten, hätte sie ein Kapitel der Landesgeschichte schreiben können, welches mit der Formierung der ersten Guerilla begonnen hatte. Diese hatte sich vor dem Hintergrund der zentralen politischen Auseinandersetzung des „kurzen 20. Jh."

---

[368] Als die ODHAG nach dem Erscheinen der „Erinnerung an das Schweigen" daranging, eine Populärversion ihres Berichtes zu erstellen, erweiterte sie die historische Darstellung von „Guatemala – nunca más!" um die Zeitspanne von der Eroberung bis zu den liberalen Reformen.

[369] Tomuschat; Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung, a.a.O., S. 151, vgl. auch Kapitel 5.2.

[370] Zur historiographischen Funktion von Wahrheitskommissionen vgl. Charles S. Maier; Doing History, Doing Justice: The Narrative of the Historian and of the Truth Commission, in: Rotberg/Thompson; Truth vs. Justice, a.a.O. Der Aufsatz basiert auf einer vom Autor vorgenommenen Untersuchung zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und auf der „unsystematischen Lektüre" (S. 261) über die außereuropäischen Wahrheitskommissionen: Daher ist der Aufsatz in erster Linie eine Einführung in eine funktionale Facette des vergangenheitspolitischen Instruments der Wahrheitskommission.

gebildet, um das System zu stürzen. Dieses Kapitel hätte mit dem Friedensschluss geendet, der vor dem Hintergrund der Beilegung der zentralen politischen Konfrontation des „kurzen 20. Jh." erfolgte und sowohl die Vereinbarung von Reformen als auch den Fortbestand der Produktionsverhältnisse bedeutete. Dieses Kapitel der Landesgeschichte hat die Kommission zur historischen Aufklärung nicht geschrieben, sondern die Geschichte der guatemaltekischen Nation. Mit der „Erinnerung an das Schweigen" wurde ein historisches Narrativ vorgelegt, das aus der Vergangenheit die Elemente auswählte, die den gegenwärtigen Bedürfnissen der politischen Akteure entsprachen.

„Die Tragödie der »bewaffneten Auseinandersetzung«"[371] endete mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen, die das Fundament des friedlichen Zusammenlebens legten.

> Um die wahrhafte Versöhnung zu erreichen und eine neue demokratische und partizipative Nation zu errichten, die ihren multiethnischen und plurikulturellen Charakter achtet, muss die gesamte Gesellschaft – unter anderem – die Verpflichtungen des Friedensprozesses annehmen.[372]

Die Tragödie endete mit der doppelten Herausforderung der Versöhnung und der Konstruktion eines neuen nationalen Projektes. Dabei hatte die Maya-Bewegung das Fundament dafür geschaffen, dass „die gesamte Gesellschaft ihre Geschichte überprüft und sich zur Konstruktion eines neuen nationalen Projektes verpflichtet [...]".[373] Die Kommission, die die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung», deren blutiger Höhepunkt die Massakrierung indigener *comunidades* im »Landesinneren« gewesen war, untersuchen sollte, führte die Entstehung der »bewaffneten Auseinandersetzung« auf Ursprünge zurück, die bis in die Kolonialzeit zurückreichten. In ihrer Analyse verwies die Kommission einleitend darauf, „dass dies eine ökonomisch, sozial und kulturell zutiefst heterogene und polarisierte Gesellschaft ist, ohne ein nationales Projekt, das die Chancengleichheit aller Bürger in Taten umsetzt".[374] Als historische Ursachen der »bewaffneten Auseinandersetzung« wurden erstens die Agrarstruktur und die ökonomische Exklusion, zweitens der Rassismus, die Unterwerfung und die Ausschließung der indigenen Bevölkerung und drittens die Tradition von Diktatur und Autoritarismus benannt. Die der Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« zugrunde liegende Geschichte beginnt in den Ausführungen der CEH mit der spanischen Invasion und der Ausbeutung und Unterdrückung der indigenen Bevölkerung, die

[371] Titel des ersten Kapitels der Schlussfolgerungen.
[372] CEH, Bd. V, S. 57 (§ 151).
[373] CEH, Bd. V, S. 41 (§ 79). Mit diesem Verweis endet das Kapitel „Die Tragödie der »bewaffneten Auseinandersetzung«".
[374] CEH, Bd. I, S. 77 (§ 214).

ihr ideologisches Fundament in der Vorstellung von der biologischen und kulturellen Unterlegenheit der indigenen Bevölkerung fand.

> Die Geschichte des Landes zeigt, dass Formen der Unterordnung und Ausschließung mit der spanischen Invasion entstanden und sich bis zum heutigen Tage erhalten haben. Erst der Kolonialstaat und später der republikanische Staat – zunächst kontrolliert von *Criollos* und danach von einer ladinischen Elite – wurden auf einer Gesellschaft errichtet, in der das Volk der Maya immer den letzten Platz einnahm.[375]

6.2.1 Die Einheit der Nation

Das von der Kommission zur historischen Aufklärung erarbeitete historische Narrativ suggeriert eine Kontinuität der guatemaltekischen Geschichte, die von der Tatsache abstrahiert, dass die territoriale Einheit Guatemalas das Produkt politischer und militärischer Auseinandersetzungen war.

Nach der Eroberung des unter indigenen Königreichen aufgeteilten zentralamerikanischen Raumes errichtete Spanien ein Generalkapitanat mit Sitz in Guatemala, welches sechs Provinzen umschloss: Guatemala, Honduras, El Salvador, Nikaragua, Costa Rica und Chiapas. Der Unabhängigkeitsbewegung, die schließlich 1821 zur Abspaltung von der spanischen Krone führen sollte, war die Entstehung der Idee eines „zentralamerikanischen Vaterlandes der Kreolen“ vorangegangen.[376] Die Entscheidung über die Unabhängigkeit wurde weder vom gesamten Generalkapitanat noch von den Provinzen gefällt, sondern von den *ayuntamientos* (Munizipalregierungen), die die grundlegende Verwaltungseinheit der infrastrukturell kaum erschlossenen Kolonie bildeten. Das erste Ergebnis der Unabhängigkeit war der umstrittene Anschluss an das mexikanische Königreich, das zwei Jahre später zusammenbrechen sollte. Die zentralamerikanischen Provinzen spalteten sich in der Folge 1823 als „Vereinigte Provinzen von Zentralamerika“ von Mexiko ab. Die folgenden Jahre waren in erster Linie von Spannungen zwischen der von der Aycinena-Familie und ihren Freihandelsinteressen dominierten Munizipalregierung von Guatemala und den übrigen *ayuntamientos* geprägt. Die „republikanische Bemühung litt von Anfang an unter gravierenden persönlichen, fraktionellen und territorialen Rivalitäten, die keine Regierung einzudämmen vermochte“[377]. Die Interessenkonflikte, die zwischen 1826 und 1829 in einen Krieg der Provinzen mündeten, führten den Zusammenbruch des kurzlebigen zentralamerikanischen Vaterlandes herbei. Neben mehreren indigenen Aufständen, die sich zumeist an Tributzahlungsforderungen ent-

---

[375] CEH, Bd.I, S.86 f. (§242).

[376] Vgl. Rodolfo Cardenal; Manual de historia de Centroamérica, Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (UCA), San Salvador, ca. 1995, S. 121ff.

[377] Ralph Lee Woodward Jr.; Changes in the Nineteenth Century Guatemalan State and its Indian Policies, in: Smith (Hrsg.); Guatemalan Indians and the State, a.a.O., S. 59. Vgl. auch Torres-Rivas; Historia General de Centroamérica, a.a.O., Bd. III.

zündeten, stellte der von Rafael Carrera angeführte Volksaufstand im Osten Guatemalas ein weiteres destabilisierendes Moment dar. Dem jungen *casta* schlossen sich sowohl *ladinos* als auch *indígenas* an, um eine Regierung zu stürzen, der sowohl die 1837 wütende Cholera-Epedemie als auch vor allem die wirtschaftliche und politische Bedrohung weitgehend autonomer *comunidades* zugeschrieben wurde.[378] Der nach mehreren Etappen schließlich siegreiche Aufstand zog 1839 die Gründung der Republik Guatemala nach sich. Doch auch die neu gegründete Republik entsprach nicht von Anbeginn der territorialen Einheit des heutigen Guatemala, da sich 1838 Sololá, Totonicapán und Quetzaltenango abgespalten und den unabhängigen Staat „Los Altos" ausgerufen hatten. Erst 1840 hatte Carrera die abtrünnigen Gebiete zurückerobert und sie der guatemaltekischen Republik einverleibt. Die guatemaltekische Nation, deren jüngere Geschichte von der Kommission zur historischen Aufklärung verfasst wurde, war das Produkt von Kämpfen, die in der offiziellen Berichterstattung unberücksichtigt bleiben.

6.2.2 Die Kontinuität der Repression

Die von der Kommission zur historischen Aufklärung verfasste Nationalgeschichte enthielt den Verweis auf die Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen, die die 50 Jahre zwischen der Machtübernahme durch Rufino Barrios (1872) und der Unabhängigkeit (1921) geprägt hatten. Mit der Herrschaft Rafael Carreras legte die CEH den Beginn der autoritären Tradition fest,[379] die nur von kurzen demokratischen Episoden unterbrochen war und die Inexistenz von politischen Partizipationssphären für die Zivilgesellschaft und eine lange Geschichte der repressiven Unterdrückung politischer, sozialer und kultureller Forderungen bedeutete.[380]

General Manuel Estrada Cabrera (1898-1920), der ein „wahres Regiment des Terrors" etabliert hatte, stand noch im Schatten des mit „eiserner Faust" regierenden Generals Jorge Ubico (1931-1944).[381] Die Regierungen reagierten damit auf einen punktuell aufbrechenden Widerstand gegen die Auswirkungen der „liberalen Politik", der sich u.a. in mehreren *indigenen* Aufständen zeigte.[382] Auf

---

[378] Vgl. Carol Smith; Origins of the National Question in Guatemala, in: dies. (Hrsg.), Guatemalan Indians and the State, a.a.O., S. 80.

[379] Vgl. CEH, Bd. I, S. 95 (§ 269).

[380] Vgl. CEH, Bd. I, S. 94 (§ 266).

[381] Vgl. CEH, Bd. I, S. 95f. (§ 270).

[382] Momostenango (1877), San Juan Ixcoy (1898), Totonicapán (1905), San Agustín Acasaguastlán (1921). In der Hauptstadt standen die politischen Entwicklungen bereits zu Beginn des 20. Jh. unter dem Vorzeichen der Revolution. Die oppositionelle Bewegung wurde, wie auch in den Nachbarländern, blutig zerschlagen, und führende Mitglieder von Gewerkschaften, Studentenverbänden und politischen Parteien wurden erschossen. Unter

den Sturz Ubicos im Jahre 1944 folgte der kurze demokratische Frühling der Regierungen von Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz Guzmán, die ein breit gefächertes Reformprogramm umzusetzen suchten. Im Zentrum stand dabei eine Landreform, von der ca. 138.000 mehrheitlich indigene Familien und somit ein Sechstel der auf drei Mio. Einwohner geschätzten Gesamtbevölkerung profitierten.[383] Nach einem CIA-geleiteten Putsch wurden die meisten Ländereien den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben. Für die ehemals und nun abermals landlosen Bauern bedeutete die Rückkehr zur Diktatur gleichzeitig die Bedrohung ihres eigenen Lebens, wie es ein Zeuge der CEH formulierte:

> Auf der Finca Caobanal mussten 1954, als Castillo Armas kam, alle die, die vorher Arbenz unterstützt hatten, sofort fliehen, weil sie befahlen, die Häuser in Brand zu stecken, in denen sie mit allem und ihren Familien lebten...mit viel Glück rettete sich meine Familie.[384]

Die Niederschlagung des ersten sozialen und demokratischen Reformprojektes hinterließ sowohl bei vielen Bauern als auch bei Akteuren der sozialen Bewegung das „Trauma von ´54".[385]

Die politischen Entwicklungen der folgenden Jahre standen unter dem Vorzeichen des Antikommunismus. In den ersten Monaten nach der Machtübernahme durch Castillo Armas wurden die (vermeintlichen) Anhänger des vorigen Präsidenten interniert, des Landes verwiesen oder ermordet.[386] Außerdem wurden Gewerkschaften und politische Parteien verboten, das Arbeitsrecht außer Kraft gesetzt und Tausende von Arbeitern entlassen. Auch die folgenden Staatsoberhäupter, die mit bewaffneten Aufstandsbewegungen konfrontiert waren, legten den Schwerpunkt ihrer Regierungspraxis auf den Ausbau des repressiven Apparates. Die Militarisierung des Staates zeigte sich neben dem personellen und infrastrukturellen Ausbau des Militärs in der Einrichtung neuer geheimdienstlicher Abteilungen und in der verstärkten Einbindung der Zivilbevölkerung in die antisubversive Aktivität.[387] In den 1960er Jahren entstand bereits ein

---

Ubico wurden 1938 erstmals „Militärkommissionare" eingesetzt und mit der Rekrutierung von Soldaten, der Festnahme von Kriminellen und der Denunziation betraut.

[383] Vgl. CEH, Bd. I, S. 102 (§ 294).

[384] CEH, Bd. I, S. 110 (§ 322). Diese Aussage ist ein Beispiel dafür, dass die historische Aufklärung die Periode der »bewaffneten Auseinandersetzung« transzendierte.

[385] CEH, Bd. I, S. 107 (§ 311). Während REMHI sich bei der Darstellung der unmittelbaren Folgen des Coups auf die Angabe von Opferzahlen konzentrierte, benannte der Bericht der CEH detailliert die traumatische Wirkung dieser historischen Episode.

[386] Ergänzt wurde die Machtdemonstration des Siegers durch eine breit angelegte Kampagne und ein Register zur antikommunistischen Säuberung (vgl. REMHI, Bd. III, S. 17).

[387] Bereits 1958 war die in ländlichen Gebieten operierende „Ambulante Militärpolizei" (PMA – *Policía Militar Ambulante*) gegründet worden. Mitte der 1960er Jahre traten 15 Todesschwadronen als illegales Repressionsinstrument in die »bewaffnete Auseinandersetzung« ein.

informelles Netz der Gewalt, das zunächst im Osten des Landes verankert war. Bevorzugte Opfer der Militärkommissionare waren Mitglieder der „Revolutionären Partei", aber auch Bauern, die von den Agrarreformen unter Arbenz profitiert hatten.[388] In den 1960er Jahren überzog eine „erste Welle des Terrors"[389] das Land.

Die 1970er Jahre waren zunächst von der „Reorganisierung der Akteure der Auseinandersetzung" geprägt.[390] Die Kommission zur historischen Aufklärung zeichnete diesbezüglich einerseits ein detailliertes Bild der Entstehung der zweiten Guerillaorganisationen und der sozialen Differenzierungs- und Politisierungsprozesse im »Landesinneren«. Dort hatte bereits mit der Einführung der Kaffeeökonomie im 19. Jh. ein tiefgreifender Transformationsprozess eingesetzt, welcher die zivil-religiösen Hierarchien und die traditionellen Strukturen der *comunidades* modifizierte. In vielen *comunidades* hatte die Veränderung der Produktions- und Vermarktungsstrukturen in der zweiten Hälfte des 20. Jh. zur Entstehung sozialer Ungleichheiten und zur Auflehnung gegen die traditionellen Autoritäten beigetragen.[391] Dieser Prozess erfuhr einen wesentlichen Anschub durch die religiöse Wiedereroberung (*reconquista*) des lange vernachlässigten »Landesinneren«.[392] Die Missionstätigkeit der in den 1950er Jahren angeworbenen ausländischen Ordensleute ließ innerhalb weniger Jahre eine Parallelstruktur in den *comunidades* entstehen, die vom wachsenden sozialen Engagement des kirchlichen Personals und einer Generation junger, engagierter Laienprediger getragen wurde. Die Katholische Aktion und, in eingeschränkterem Maße auch protestantische Missionen, beschleunigten den Machtverfall der traditionellen Autoritäten.[393] Diese Spaltungen wurden durch die Ausweitung der von den lokalen Militärkommissionaren angelegten Spitzelnetze noch forciert.

---

[388] Vgl. CEH, Bd. II, S. 159ff. (§ 1196).

[389] CEH, Bd. I, S. 145 (§ 448). Die Zahl der Opfer ist nicht genau bekannt; die Angaben schwanken zwischen 550 und 5000 Opfern für den Zeitraum von 1966-1968. Bereits in der ersten Phase der »bewaffneten Auseinandersetzung« wurden Massaker verübt. Die CEH wies für den Zeitraum von 1962-1970 sieben Massaker nach, von denen eines in Quetzaltenango, die übrigen im Osten des Landes stattfanden, und die in den Operationsgebieten der Guerilla Terror verbreiten sollten (vgl. CEH, Bd. III, S. 274f. (§ 3110). 1966 wurden innerhalb weniger Tage zwei Dutzend führende Kader der kommunistischen Partei und der Guerilla entführt. Diese Entführungen, bekannt geworden als der „Fall der 28" entwickelte sich zum ersten „Fall massiven selektiven Verschwindenlassens in der Geschichte des lateinamerikanischen Staatsterrorismus" (CEH, Bd. I, S. 135 (§ 416)).

[390] So die entsprechende Kapitelüberschrift im historischen Teil der „Erinnerung an das Schweigen", vgl. CEH, Bd. I, S. 147.

[391] Vgl. Yvon Le Bot; La guerra en tierras mayas. Comunidad, violencia y modernidad en Guatemala (1970-1992), México 1995, S. 92ff.

[392] Vgl. ebda., S. 136.

[393] „Die Verdrängung der *costumbristas* Mitte der 1960er Jahre bedeutete die allmähliche Verdrängung der Landwirtschaft als Modus Vivendi der indigenen Bevölkerung" (Arturo

Die Fragmentierung vieler *comunidades* wurde durch einen Organisierungsprozess verstärkt, der sich in der Gründung erster Kooperativen in den 1960er Jahren und der kirchlich begleiteten Kolonisierung der unbesiedelten Landstriche des Ixcán manifestierte.[394] Die 1970er Jahre brachten eine Selbstorganisierung von *indígenas* hervor, die erstmals zu einer nationalen Bewegung heranwuchs. Bereits zu Beginn des Jahrzehnts gründeten sich indigene Organisationen und begannen, die Probleme der kulturellen, sozialen und politischen Exklusion der indigenen Bevölkerung auf einer regionalen oder auch nationalen Ebene zu diskutieren. Die „Bauernligen" (*ligas campesinas*), in denen sich landlose und landbesitzende Bauern im »Landesinneren« organisiert hatten, verfolgten einerseits lokale Zielsetzungen wie die Lösung konkreter Landkonflikte oder die Aufhebung der Zwangsarbeit für die jeweilige Munizipalverwaltung. Dennoch wurden, als sich Delegierte der einzelnen Ligen auszutauschen begannen, allmählich auch Forderungen an den Nationalstaat in die Protestagenda inkorporiert.[395] Erstmals wurde die Stärke der Protestbewegung im November 1977 deutlich, als streikende Bergarbeiter aus Ixtahuacán (Huehuetenango) in die Hauptstadt marschierten, um ihre Rechte einzufordern. Der 350 km lange Weg führte sie durch die Zentren des indigenen Lebens Guatemalas und als sie nach neun Tagen in der Hauptstadt eintrafen, war der Zug auf 150.000 Menschen angeschwollen. Aufsehenerregend war neben der Größe des Demonstrationszuges in erster Linie dessen Zusammensetzung. In das Herz des Nationalstaates hatte eine Menschenmenge Einzug gehalten, die zum überwiegenden Teil aus *indígenas* bestand, die selbstbewusst in ihren Trachten und im Schulterschluss mit ladinischen Arbeitern auftraten.[396]

Als sich noch im selben Monat viele Q´eqchi´s aus der nahen Umgebung auf dem Hauptplatz von Panzós (Alta Verapaz) zusammenfanden,[397] um für die Vergabe von Land und gegen die Willkür von Fincabesitzern und lokalen Autoritäten zu protestieren, antwortete das Militär mit einem Kugelhagel, der 53 Menschen tötete und 47 verletzte. Das Massaker markierte einen Wendepunkt in der Geschichte der Aufstandsbekämpfung, die sich von Praktiken der selektiven

---

Arias; Changing Indian Identity: Guatemala´s Violent Transition to Modernity, in: Smith; Guatemalan Indians and the State, a.a.O., S. 235).

[394] Vgl. Le Bot; La guerra en tierras mayas, a.a.O., S. 102ff.

[395] Vgl. CEH, Bd. I, S. 138 (§ 423).

[396] Vgl. Arias; Changing Indian Identity, a.a.O., S. 249. Ein halbes Jahr später reihte sich ein Block des kurz zuvor gegründeten CUC in die traditionelle Demonstration zum 1. Mai ein. Ein mehrere Häuserblocks langer Demonstrationsteil bestand aus *indígenas* und trug Klassenkampfparolen vor.

[397] Dieser Fall stellte einen der illustrativen Fälle (Nr. 9) der CEH dar und ist ausführlicher dokumentiert in: CEH, Bd. VI, S. 13ff. Die Schätzungen der Teilnehmerzahl schwanken zwischen 700 und 3000; es ist einzig belegt, dass der Platz voll war.

Repression ab- und der Eliminierung der indigenen Bevölkerung des westlichen Hochlandes zuzuwenden begann.

Auf der nationalen Ebene gewann das Militär in den 1970er Jahren eine zunehmende Bedeutung für die politische Praxis. Gestützt von Unternehmern, US-amerikanischen Beratern und antikommunistisch gefärbten Parteien, dominierte es mehr denn je das staatstragende Kräfteverhältnis. Der beständige Zuwachs des Militärhaushaltes, die Gründung militäreigener Unternehmen (z.B. 1971 die Bank des Heeres) und die Einrichtung neuer militärischer Stützpunkte waren nur einige Indizien für die wachsende Autonomie der Institution.[398] Die Aufstandsbekämpfung prägte bereits Anfang der 1970er Jahre das öffentliche Leben Guatemalas.[399]

Unter den Generälen Lucas García (1978-1982) und Ríos Montt (1982-1983) erreichte die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung undenkbare Ausmaße. Für die Strategen der Aufstandsbekämpfung, die sich seit den 1960er Jahren auf die Doktrin der Nationalen Sicherheit berufen hatten, wurde mit dem „revolutionären Triumphalismus“ und der zunehmenden Unterstützung der Guerilla durch die indigene Bevölkerung der flächendeckende Terror zum taktischen Ansatz des Kampfes. Unter General Lucas García richtete sich die Repression sowohl zunehmend gegen Mitglieder von Gewerkschaften, Kirchen, Bauernverbänden und intellektuellen Zirkeln als auch gegen die im »Landesinneren« lebende Bevölkerung.[400] „In der Erinnerung des guatemaltekischen Volkes sind diese Jahre als eine der schwärzesten Epochen seiner Geschichte präsent: *die Lucas-Epoche*“.[401]

6.2.3 Die genozidalen Dimensionen des Terrors

81% der in einem Zeitraum von 36 Jahren verübten Menschenrechtsverletzungen wurden in nur drei Jahren, zwischen 1981 und 1983, begangen.[402] In diesem kurzen Zeitraum bombardierte das Militär in den Hochlandregionen unzählige

---

[398] Vgl. REMHI, Bd. III, S. 75.

[399] Im öffentlichen Raum sichtbar waren Repressionspraktiken wie Ausgangssperren und Hausdurchsuchungen. Eine der wenigen Studien nannte für den Zeitraum zwischen 1970 und 1974 eine Zahl von 1286 Opfern der Repression, von denen 562 spurlos verschwanden (vgl. REMHI, Bd. III, S. 75f.).

[400] Die Titel der Jahrespläne der Aufstandsbekämpfung, die vom Nationalen Verteidigungsstab (*Estado Mayor de la Defensa Nacional*) formuliert wurden, zeugten von der Strategie des Terrors: „Asche 81“, „Sieg 82“, „Stärkung 83“, und „institutionelles Wiedersehen 84“ (vgl. CEH, Bd. II, S. 68 (§ 925).

[401] REMHI, Bd. III, S. 242 (kursiv im Original).

[402] Vgl. CEH, Bd. II, S. 320 (§ 1740). Die regionale Verteilung der Menschenrechtsverletzungen zeigte ebenfalls deutlich die Auswirkungen der neuen Politik: Zwischen 1962 und 1996 wurden 42% aller Menschenrechtsverletzungen im Quiché verübt, 16% in Huehuetenango und 9% in Alta Verapaz (vgl. CEH, Bd. II, S. 321 (§ 1742)).

Dörfer, metzelte ganze *comunidades* nieder, vergewaltigte die Frauen, verbrannte die Häuser und die Felder, schlachtete das Vieh und zerstörte die religiösen Stätten. 150.000 Menschen flohen über die Grenzen, vornehmlich nach Mexiko, und 500.000 Menschen waren Vertriebene im eigenen Land. In der Folge wuchsen der Elendsgürtel der Hauptstadt und in geringerem Maße die der kleinen Departmentshauptstädte. Hunderte von Vertriebenen suchten Zuflucht in den Bergen und (über-)lebten dort unter widrigsten Umständen lange Zeit.

Diese Periode der Aufstandsbekämpfung stellte den dramaturgischen Höhepunkt einer Nationalgeschichte dar, die von der Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit geprägt war. Im Mittelpunkt der Analyse der CEH standen die Massaker an der indigenen Bevölkerung.

Ein Massaker[403] stellte mehr als die kollektive Exekution von Menschen dar, sondern war mit einer Vielzahl von Grausamkeiten verbunden. Von den Überlebenden und von einigen Tätern wurde berichtet, wie Menschen gezwungen wurden, Angehörige ihrer eigenen Familie zu töten. Wie Menschen mit Macheten zerhackt oder bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Wie Greise entwürdigt, gefoltert und ermordet wurden. Wie Frauen vergewaltigt und ihnen die Föten aus dem Leib gerissen wurden. Wie Frauen für Soldaten kochen und tanzen mussten und anschließend bestialisch ermordet wurden. Wie die Opfer ihre eigenen (Massen-)Gräber ausheben mussten. Wie Frauen und Männer in Kirchen getrieben und diese anschließend angezündet wurden. Wie Soldaten und Mitglieder der Zivilpatrouillen feierten, lachten und tranken, bevor sie mordeten und nachdem sie gemordet hatten. Wie geraubt und geplündert wurde und anschließend Felder zerstört und religiöse Stätten vernichtet wurden.

Grundsätzlich konnte die Kommission drei verschiedene Typen von Massakern nachweisen, die der Strategie der Aufstandsbekämpfung in den verschiedenen Phasen der »bewaffneten Auseinandersetzung« entsprechen. Selektive Massaker wurden, wie bereits an anderer Stelle vermerkt, bereits in den 1960er Jahren im Osten des Landes verübt und später zu einer verbreiteten Form der Repression. Anfang der 1980er Jahre wurde eine neue Qualität der Verfolgung erreicht und ganze *comunidades* zerstört. Im Visier stand nunmehr die soziale Basis der Guerilla, die Männer, Frauen, Greise, Kinder und Ungeborene gleichermaßen umschloss. Ein dritter Typ des Massakers schließlich wurde ab Mitte der 1980er Jahre gegen rückkehrende Flüchtlinge verübt.

Bereits das kirchliche Projekt hatte darauf hingewiesen, dass die analysierten Gewaltformen „gewisse Merkmale eines Genozids“[404] besäßen. Die Genozid-

---

[403] Ein Massaker wurde von der CEH als eine extralegale Hinrichtung von mehr als fünf Personen definiert, die an einem Ort und als Teil einer Operation vollzogen wurde. Die Opfer waren absolut oder relativ wehrlos (CEH, Bd. III, S. 251 (§ 3058)). Mit der relativen Wehrlosigkeit ist z.B. eine Situation gemeint, in der die Bewohner einer *comunidad* sich mit Macheten gegen eine schwerbewaffnete Militäreinheit zu wehren versuchen.

[404] REMHI, Bd. IV, S. 490.

analyse der CEH begann mit einer Zeugenaussage: „Zwischen 1981 und 1982 hörte man [...] von der Weisung, die der erste und zweite Kommandant ausgegeben hatten: alle *indios* zu töten [...]“.[405] Die offizielle Kommission untersuchte auf der Grundlage der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948[406] die zwischen 1981 und 1983 angewandte Strategie der Massaker und konzentrierte sich dabei auf vier ethnische Gruppen:

- Maya-Q'anjob'al und Maya-Chuj im Norden Huehuetenangos in Barillas, Nentón und San Mateo Ixtatán;
- Maya-Ixil in Nebaj, Cotzal und Chajul im Department Quiché;
- Maya-K'iche' in Zacapula im Department Quiché;
- Maya-Achi in Rabinal, Baja Verapaz“[407]

In der Auswahl der ethnischen Gruppen zeigte sich die Konstruktion von Ethnizität, da die CEH, obwohl sie darauf verwies, vier ethnische Gruppen ausgewählt zu haben, fünf Gruppen aufführte. Q'anjob'al, Chuj, Ixil, K'iche' und Achi sind fünf der über 20 in Guatemala gesprochenen Sprachen. Unter Zuhilfenahme des Oberbegriffs „Maya“ wurde aus jeder Sprachgruppe eine eigenständige Ethnie konstruiert. Doch angesichts der Zusammenfassung der Maya-Q'anjob'al und Maya-Chuj wurde die Bestimmung der ethnischen Zugehörigkeit nicht ausschließlich anhand der Sprache vorgenommen, sondern zudem anhand der geographischen Verortung.

Die Analyse der menschenrechtsverletzenden Praxis in den vier Regionen wurde in eine Analyse der militärischen Strategien und eine Untersuchung des Procederes der Verfolgung unterteilt. Dabei kam die CEH zu dem Ergebnis, dass in der Ixil-Region im Untersuchungszeitraum zwischen 70% und 90% der *comunidades* dem Erdboden – im wahrsten und erschreckendsten Sinn des Wor-

[405] CEH, Bd. III, S. 314 (§ 3198 vorangestellt).

[406] In Artikel II wird Genozid als „eine der folgenden Handlungen [bestimmt], die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe; (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe; (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“ Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.); Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen, Bonn 1991, S. 41.

[407] CEH, Bd. III, S. 317 (§ 3208).

tes – gleichgemacht wurden.[408] Die Tatsache, dass die Flucht der Überlebenden von systematischer Verfolgung begleitet und oftmals von weiteren Massakern gefolgt war, wurde als weiteres Indiz dafür gewertet, dass das Militär die Absicht verfolgte, die jeweilige ethnische Gruppe zu vernichten. In diesen Zusammenhang ordnete sich ferner die Praxis der Wiederansiedelung der Überlebenden in Modelldörfern oder verlassenen *comunidades* ein, die auf die Zerstörung der kulturellen Identität, die ideologische Indoktrinierung und Militarisierung abzielte.

Aus dem gesamten Panorama des Grauens zog die Kommission zur historischen Aufklärung den Schluss, dass in den untersuchten Regionen genozidale Taten mit dem Ziel, ethnische Gruppen ganz oder teilweise zu zerstören, begangen wurden.[409]

Das von der Kommission zur historischen Aufklärung vorgelegte historische Narrativ enthielt einerseits historische Ursachen der »bewaffneten Auseinandersetzung», die in den autoritären, rassistischen und ausschließenden Traditionen verortet wurden und andererseits die Geschichte der kontinuierlichen Zuspitzung der ökonomischen, sozialen und politischen Konfrontation, die zur Entstehung des bewaffneten Aufstandes geführt hatte. In dem Versuch, die ethnische Mehrheit des Landes zu vernichten, erhielt die Geschichte der Auseinandersetzung ihren dramatischen Höhepunkt. Somit bestand das historische Narrativ in der Tragödie der Unterdrückung der indigenen Bevölkerung, die genozidale Ausmaße erreicht hatte. Insbesondere die ladinische Bevölkerung wurde damit konfrontiert, in einem Land zu leben, in dem es den „guatemaltekischen Holocaust“[410] gegeben hatte.

6.3 Die Zurechnung von Schuld

6.3.1 Die Guerilla

> Obwohl nicht außer Acht zu lassen ist, dass die Ursachen der »bewaffneten Auseinandersetzung« [...] eine Gruppe von Personen dazu veranlasst haben, das Recht zum Widerstand gegen die Unterdrückung umzusetzen und von Waffen Gebrauch zu machen, hatte diese Option schmerzvolle Konsequenzen für die Guatemalteken. Der bewaffnete

---

[408] Vgl. CEH, Bd. III, S. 345 (§ 3311). Die Ungenauigkeit der prozentualen Angabe ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der vormals existierenden *comunidades* niemals erfasst worden war!

[409] Vgl. CEH, Bd. III, S. 422 (§ 3601). Die genozidalen Charakteristiken der Ziffern a)-c) (Absatz II) der Konvention über die Verhinderung und Bestrafung des Völkermordes werden für den Zeitraum und die Regionen der Untersuchung als gegeben erachtet.

[410] Die Wendung vom „guatemaltekischen Holocaust“ wird in Guatemala oft verwendet und ist mehr ein Verweis auf die unfassbaren Dimensionen der Aufstandsbekämpfung als ein Ergebnis eines historischen Vergleichs. Der Holocaust ist die Chiffre des Grauens.

> Kampf [...] wurde von Gewalttaten begleitet, die die fundamentalen Rechte vieler Menschen verletzten.[411]

Die Kommission zur historischen Aufklärung hatte die Entscheidung, angesichts der sozialen Exklusion breiter Bevölkerungsteile und der Inexistenz politischer Partizipationsräume den bewaffneten Kampf aufzunehmen, nicht verurteilt. Während sich die *Kritik* gegen die ideologischen Fundamente des bewaffneten Aufstands richtete, bezog sich die von der Wahrheitskommission ausgesprochene *moralische Verurteilung* auf die Praxis der Kampfhandlungen. In der „Erinnerung an das Schweigen" wurde dargelegt, dass die verschiedenen Guerillaorganisationen sich zwar ideologisch an der „marxistischen Doktrin" orientierten, jedoch kein kohärentes ideologisches Fundament errichtet hatten. Dieser Mangel war in erster Linie auf die Dynamik der »bewaffneten Auseinandersetzung« zurückzuführen, da die steigende Intensität der staatlichen Repression und Aufstandsbekämpfung die Konzentration auf die Erarbeitung der Strategien des bewaffneten Kampfes erfordert hatte.[412]

In der Auseinandersetzung mit der Ideologie des bewaffneten Aufstandes wurde deutlich, dass die Kommission zur historischen Aufklärung eine historische Periode bearbeitete, die als abgeschlossen verstanden wurde.

> Unter dem Einfluss des Marxismus stützte die Linke dieser Jahre ihre Analyse auf die Existenz der so genannten „historischen und universalen Klassen" des Kapitalismus: das Proletariat und die Bourgeoisie, mit ihren unversöhnlichen Widersprüchen. Dieser Ansatzpunkt förderte nicht die Diskussion über die Wichtigkeit anderer Identitätsformen, die anders als die aus den Widersprüchen zwischen sozialen Klassen sind, wie das Geschlecht, die Ethnie, die religiösen, kulturellen und regionalen Identitäten. Auch wurden weder die aus diesen Identitäten resultierenden Unterschiede und Konflikte noch die soziale Subjektivität im Allgemeinen berücksichtigt.[413]

Die nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Staatengefüges eingesetzte Wahrheitskommission urteilte aus dieser postkonfliktiven Perspektive und auf der Basis des aktuellen Weltverständnisses über die Ideologie des bewaffneten Aufstandes. Mit dem Verweis auf die „so genannten ‚historischen und universalen Klassen' des Kapitalismus" und auf bedeutendere Identitätsformen suchte die Kommission in nur wenigen Sätzen ein philosophisches Konzept zu korrigieren, welches als „historischer Materialismus" den Grundgedanken vertreten hatte, dass die geschichtlich treibende Kraft der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen ist. Das „kurze 20. Jahrhundert" war sowohl in der politischen Praxis als auch in der gesellschaftstheoretischen

---

[411] CEH, Bd. II, S. 235 (§ 1406). Das Recht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung wird im dritten Absatz der Präambel der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 erwähnt.

[412] Vgl. CEH, Bd. I, S. 26 (§ 19), S. 173 (§ 549).

[413] CEH, Bd. I, S. 171 (§ 543).

Debatte von der Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“ in seinen verschiedenen Ausformungen geprägt. Dass wenige Jahre später die guatemaltekische Wahrheitskommission in nur wenigen Sätzen die „Wahrhaftigkeit“ des Klassenkonzeptes demontieren konnte, zeugte von der Niederlage dieser „geschichtlichen Wahrheit“.

Im Zentrum der Kritik der Kommission stand der theoretische und praktische Umgang der Guerilla mit der in Guatemala bestehenden ethnischen Vielfalt. In der von FAR und PGT vertretenen revolutionären Theorie war die gesellschaftliche Auseinandersetzung vom Klassenkampf bestimmt. Historischer Protagonist war die (ladinische) Arbeiterklasse. Die Einbeziehung der (semi-)proletarisierten *indígenas* in den revolutionären Kampf besaß eine strategische Funktion, die nicht auf der Anerkennung der *indígenas* beruhte. Die beiden guatemaltekischen Guerillaorganisationen, die der ethnischen Diskriminierung mehr als die Bedeutung eines Nebenwiderspruchs beimaßen, waren ORPA und EGP (*Ejército Guerillero de los Pobres*). Die Kommission zur historischen Aufklärung hatte betont, dass sich auch in den Reihen des EGP die Theorie deutlich von der diskriminierenden Praxis unterschied.[414] Die Schuld der Guerilla wurde in der Praxis des bewaffneten Aufstandes verortet. Sowohl die Kommission zur historischen Aufklärung als auch das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung wiesen verschiedene Formen der Gewalt nach, die die Guerilla gegenüber der Zivilgesellschaft ausgeübt hatte. Neben der Hinrichtung von Unternehmern, Diplomaten, Fincabesitzern und (vermeintlichen) Mitgliedern des lokalen Repressionssystems zählten Zwangsrekrutierungen, Folterungen und Massaker zu den Verbrechen, die sich die Aufständischen hatten zuschulden kommen lassen.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der revolutionären Praxis standen indes die Entwicklungen, die sich zu Beginn der 1980er Jahre in den vornehmlich indigen besiedelten Regionen des Landes zugetragen hatten. Nach dem Scheitern der Aufstandsbewegung der 1960er Jahre trat in den 1970er Jahren eine junge Generation von Guerilleros an, die ihre revolutionäre Strategie auf die Einbeziehung der indigenen Bevölkerung stützte. Die Operationsgebiete der Guerilla wurden aus den östlichen Regionen Guatemalas in die indigenen Hochlandregionen verlegt.[415] Die anfängliche Strategie des EGP bestand im Ixcán und im Ixil-Dreieck darin, lokale Unterdrücker anzugreifen und dadurch die Unterstützung der ansässigen Bevölkerung zu gewinnen. 1979, auf dem Höhepunkt der sozialen Bewegung, fühlte sich das EGP soweit in der Bevölkerung verankert, dass es die „Generalisierung des Guerillakrieges“ ausrief. Die Stimmung

[414] CEH, Bd. II, S. 273f. (§§ 1551-1555).

[415] Während das EGP sich auf Huehuetenango und El Quiché konzentrierte, konzentrierte sich die ORPA auf San Marcos, Sololá, Quetzaltenango und Chimaltenango. Die Aufstandsbewegung wurde durch die im Petén operierende FAR und einen bewaffneten Arm des PGT ergänzt.

dieser Zeit war von einer Welle der Euphorie getragen, die über ganz Zentralamerika wogte, als die Sandinisten 1979 die Macht ergriffen und Somoza vertrieben hatten. Auch im Nachbarland El Salvador schien der Sieg der Revolution eine Frage von wenigen Monaten zu sein. Die Intensivierung des Kampfes zog in Guatemala indes eine Aufstandsbekämpfung nach sich, die sich in steigendem Maße gegen die Zivilbevölkerung richtete. Vielerorts riefen die Operationen der Guerilla immer grausamere Maßnahmen hervor. Zunächst führte dies zu einer ansteigenden Mobilisierung und zur Vervielfachung der aufständischen Aktionen.[416]

In den *comunidades* wurde der Ausbruch des Krieges unterschiedlich aufgenommen. Spaltungen, die sich bereits in den vergangenen Jahrzehnten abgezeichnet hatten, mündeten vielerorts in einen endgültigen Bruch. Die in den *comunidades* lebenden *ladinos* stellten sich mehrheitlich auf die Seite des Militärs, häufig auch die *costumbristas*.[417] Für eine bedeutende Minderheit hingegen führte die gegen den gewaltlosen Widerstand ausgeübte Repression zu einer Radikalisierung. Als im Januar 1980 die Besetzung der spanischen Botschaft durch Mitglieder des CUC in ein Massaker mündete, dem einzig der Botschafter selbst entkam, integrierten sich viele *indígenas* in die Reihen der Guerilla. Einer Schätzung zufolge beteiligten sich zwischen 250.000 und 500.000 *indígenas* auf unterschiedliche Weise am bewaffneten Kampf. Die Beteiligung bestand meistens in der Versorgung von Guerillaeinheiten, der logistischen Unterstützung oder auch in unterstützenden Sabotage- und Blockadeaktionen.[418]

Als die Guerilla ihre Unterstützungsbasis ausgeweitet und ganze *comunidades* für den bewaffneten Aufstand mobilisiert hatte, reagierte das Militär mit der flächendeckenden Massakrierung und Vertreibung der indigenen Bevölkerung. Die „Guerilla besaß nicht die Fähigkeit, die Bevölkerung zu verteidigen“[419]. REMHI verwies explizit darauf, dass das EGP die Einbeziehung der indigenen Bauern zum integralen Bestandteil seiner militärischen Strategie gemacht hatte, obwohl die Führungsriege sich bewusst gewesen sei, dass die Zivilbevölkerung zur Zielscheibe der militärischen Angriffe und zum Opfer von Massakern werden würde.[420]

Auch die CEH wies darauf hin, dass die Guerilla viele Dörfer besetzte, um ihre Stärke zu demonstrieren oder Anhänger zu gewinnen, und sich vor dem Ein-

---

[416] Vgl. Le Bot; La guerra en tierras mayas, a.a.O., S. 190.

[417] Ein Anthropologe vermutete, dass zwar ein Teil der Bevölkerung mit der Guerilla sympathisierte und logistische Hilfe und Alimentation bot, die überwiegende Mehrheit jedoch angesichts der Intensivierung der Gewalt unentschlossen und verwirrt gewesen sei (vgl. ebda., S. 192).

[418] Vgl. Arias; Changing Indian Identity, a.a.O., S. 255 und REMHI, Bd. III, S. 117.

[419] Zeugenaussage eines Mitglieds eines „klandestinen örtlichen Komitees“ des EGP, zit. nach CEH, Bd. II, S. 297 (§ 1632).

[420] Vgl. REMHI, Bd. III, S. 116.

treffen des Militärs zurückzog. Dabei „ließ sie die *comunidades* wehrlos und verletzlich zurück“[421]. In dem Unvermögen, die von ihr mobilisierte Bevölkerung vor den Auswüchsen des Terrors zu schützen, wurde von REMHI die historische Schuld der Guerilla verortet. Dieser Schuldvorwurf wurde von der CEH zwar nicht explizit erhoben, war jedoch in den entsprechenden Ausführungen angelegt. Im Zentrum der Kritik stand hier nicht die faktische Unmöglichkeit, den Schutz zu gewähren, sondern vielmehr die Nichteinhaltung von Versprechen.

> Sie haben uns ein Datum genannt, und an diesem Tag würden sie Guatemala befreien, am 9. März 1981, ja, an diesem Tag würden sie Guatemala befreien, dann würde die Bevölkerung frei sein. Aber es verging ein Jahr, es vergingen zwei Jahre […].[422]

6.3.2 Der Staat

In den Untersuchungen des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung und der Kommission zur historischen Aufklärung wurde die Verantwortlichkeit für begangene Verbrechen zwischen zwei historischen Akteuren aufgeteilt. REMHI kam zu dem Ergebnis, dass für 89,65% der untersuchten Fälle der Staat verantwortlich sei und für 4,81% die Guerilla. Auch die offizielle Kommission stellte vergleichbare Relationen der Verantwortlichkeit fest und bestimmte die staatliche Verantwortlichkeit mit 93% und die der Guerilla mit 3%.[423]

Ausgestattet mit ihrem offiziellen Mandat, vermochte die CEH die Entstehung und Entwicklung des repressiven Apparates weit ausführlicher als REMHI darzustellen: Ihre Analyse beruhte auf deklassifizierten Dokumenten der CIA und auf militärstrategischen Handbüchern und Operationsplänen. Die Analyse wurde dadurch besonders wertvoll, dass Hypothesen über Befehlsstrukturen und die strategische Planung der „verbrannten Erde“ durch Zeugenaussagen von Militär- und Geheimdienstangehörigen sowie von Mitgliedern „Ziviler Selbstverteidigungspatrouillen“ belegt werden konnten. Da die Befehle zur Auslöschung von Dörfern nicht schriftlich sondern verbal erteilt wurden, war die Dokumentation diesbezüglicher Zeugenaussagen entscheidend für die Qualität der ermittelten historischen Wahrheit.[424] Insbesondere bei der Darstellung der *modi operandi* des Terrors kam den Zeugenaussagen von Tätern und von Opfern ein zentraler Stellenwert zu. Die Zeugenaussagen illustrierten dabei nicht nur die Verbrechensstatistiken, sondern führten an die Dimensionen des Grauens heran, die für

---

[421] CEH, Bd. V, S. 29. (§ 34).
[422] Zeugenaussage, zit. nach CEH, Bd. II, S. 298 (§ 1634).
[423] Vgl. REMHI, Bd. IV, S. 488 und CEH, Bd. II, S. 324 (§ 1754).
[424] Vgl. CEH, Bd. II, S. 28 (§ 793).

viele Überlebende unauslöschlicher Bestandteil ihrer traumatischen Erinnerung waren.

In ihrer Darstellung des weit verzweigten Repressionssystems konnte die CEH sowohl die strenge Befehlsstruktur als auch die erbitterte Konkurrenz nachweisen, die zwischen den beteiligten militärischen und geheimdienstlichen Abteilungen bestanden hatte. Skizziert wurden neben der Entstehung und institutionellen Entwicklung der Zweige des Repressionssystems vor allem die Funktionen und speziellen Charakteristika der einzelnen Institutionen des Terrors. An der Aufstandsbekämpfung waren das Zentrum für militärische Studien (*Centro de Estudios Militares*), die *Fuerzas de Tarea* und *Fuerzas Especiales*[425], die Ambulante Militärpolizei, die Luftwaffe, der Generalstab des Präsidenten (*Estado Mayor Presidencial*), der Nationale Verteidigungsstab *(Estado Mayor de la Defensa Nacional*), Präsidenten und Verteidigungsminister, die *Guardia de Hacienda*, die Nationalpolizei, Militärkommissionare, „Zivile Selbstverteidigungspatrouillen" und die Geheimdienste (*El Archivo/El Regional*, G-2, D-2) beteiligt. Wie der Kommissionsvorsitzende Christian Tomuschat im Nachhinein bemerkte, hat die CEH

> an keiner Stelle wirklich [...] aufzeigen können, wo das Herz des Übels schlug [...] selbst Staatspräsidenten [haben gesagt], sie wüssten selbst nicht, wo eigentlich während der Zeit der Diktatur das Machtzentrum gelegen habe, ob es da ein Machtzentrum gegeben habe oder mehrere voneinander unabhängig.[426]

Im Zentrum der Macht begegneten und bekämpften sich nicht nur verschiedene militärische Fraktionen und Institutionen, sondern weitere staatstragende Kräfte.[427]

In beiden Berichten wurde die aufstandsbekämpfende Funktion weiterer Akteure dargelegt und somit weitere Bereiche staatlichen und nichtstaatlichen Handelns untersucht, in denen sich politische und auch kriminelle Schuld bildete. Der aufstandsbekämpfende Staat war ein Feld, auf dem diverse Politiken auf-

---

[425] Bei Ersteren handelt es sich um temporär aufgestellte Sondereinheiten, die seit 1982 für „militärische Operationen" in den indigenen Regionen des Landes eingerichtet wurden. Die für ihre Brutalität berüchtigten Einheiten wurden nach Maya-Städten (Iximché, Gumarcaj, Quiriguá, Xancatal), heiligen Tieren/*nahuales* (Quetzal, Tigre) oder mythischen Figuren (Cabracán, Sinacán) benannt. Bei Letzteren handelte es sich um Spezialeinheiten, die seit Anfang der 1970er Jahre eingerichtet wurden und im Gegensatz zu den *Fuerzas de Tarea* konstante Einheiten von Spezialisten darstellten, die im kontinentalen Kontext der Aufstandsbekämpfung trainiert wurden (vgl. CEH, Bd. II, S. 55ff. (§ 880ff.).

[426] Tomuschat, Interview.

[427] „Kurz, den Staat als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses begreifen, heißt, ihn auch als strategisches Feld und strategischen Prozess zu fassen, in dem sich Machtknoten und Machtnetze kreuzen, die sich sowohl verbinden als auch Widersprüche und Abstufungen zeigen" (Nicos Poulantzas; Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg 1978, S. 126).

einander trafen, zu einer kohärenten Politik verschmolzen oder auch gegeneinander wirkten. Entscheidende nationale Akteure in diesem strategischen Feld waren politische (antikommunistische) Parteien, militärische Fraktionen und Unternehmersektoren, die allesamt eine konfliktive Allianz bildeten.

Seit 1954 hatte in Guatemala ein „begrenzt kompetitives" „Mehrparteiensystem unter den Bedingungen einer Fassadendemokratie"[428] bestanden, welches sich durch einen hohen Fragmentierungsgrad und geringe ideologische Differenzen der legalen Parteien auszeichnete. Die legalen Parteien stellten einen institutionellen Ausdruck von konkurrierenden Interessengruppen (Unternehmern, militärischen Flügeln) dar und zeichneten sich durch sehr eingeschränkte Handlungsspielräume aus. Dennoch waren sie – als Fassaden der militärischen Herrschaft und als Arbeitsplatz für Berufspolitiker – ein Ort der Verstrickung in die Praktiken des Terrors.[429] Somit war die Verantwortung für die menschenrechtsverletzende politische Praxis nicht ausschließlich in der Exekutive zu verorten, sondern auch in der Legislative.

Weit bedeutsamer noch als die Verstrickung der Parteien in die Aufstandsbekämpfung erschien den Mitgliedern der offiziellen Kommission jedoch die Schwäche des Justizsystems.

Das Versagen der Justiz

Sowohl REMHI als auch CEH zeigten auf, dass die Wirkungen der staatsterroristischen Praktiken sich einem gesellschaftlichen Klima potenzierten, das von Straflosigkeit geprägt war.[430] Die Institutionen des Justizsystems „ermöglichten es, dass die Straflosigkeit zu einem der wichtigsten Mechanismen bei der Entstehung und Beibehaltung des Terrorklimas wurde".[431] In ihrer Analyse war die Wahrheitskommission darum bemüht, einerseits die historischen Gründe für die Schwäche des Justizsystems und andererseits die bis in die Gegenwart hinein bestehenden strukturellen Mängel desselben aufzuzeigen. Mit der Beschreibung der historischen Entwicklungen, die zur Ausbreitung der Straflosigkeit führten, bezog die Kommission Ereignisse in ihre Analyse ein, die sich weit vor dem Beginn der »bewaffneten Auseinandersetzung« zugetragen hatten und zeigte

---

[428] Vgl. Petra Bendel; Parteiensysteme in Zentralamerika: Typologien und Erklärungsfaktoren, Opladen 1996, S. 112f.

[429] REMHI und CEH hatten insbesondere die aktive Unterstützung dokumentiert, die die Bewegung zur Nationalen Befreiung (MLN), die Christdemokratische Partei (DC), die Revolutionäre Partei (PR – *Partido Revolucionario*) und die Demokratische Institutionelle Partei (PID) bei der Implementierung des Antikommunismus und der Stabilisierung des diktatorischen Systems leisteten. Vgl. REMHI, Bd. III, S. 39; CEH, Bd. I, S. 113 (§ 331), S. 134 (§§ 412ff.).

[430] Vgl. REMHI, Bd. I, S. 41f.

[431] CEH, Bd. V, S. 35 (§ 56).

damit, dass sich die historische Aufklärung nicht auf die im Osloer Mandat vorgesehene zeitliche Periode beschränken ließ.

Mit dem Coup von 1954 und der „Säuberung“ der staatlichen Institutionen begann der Antikommunismus seinen Einfluss auch innerhalb des Justizsystems auszuüben. Die zweite Hälfte des 20. Jh. war dadurch gekennzeichnet, dass einerseits das Personal des Justizsystems bedroht und terrorisiert wurde, und dass sich andererseits eine bedingungslose Unterordnung des Justizsystems unter die menschenrechtsverletzende politische Praxis vollzog. Die „dritte Gewalt“ wurde mit der Einrichtung von Militärtribunalen und der durch „Zivile Selbstverteidigungspatrouillen“ ausgeübten paramilitärischen Justiz zusätzlich ihrer Möglichkeiten zur Einflussnahme beraubt.

Die Kommission zur historischen Aufklärung machte das Justizsystem insbesondere für die Weigerung oder die Unfähigkeit verantwortlich, ihrer Aufgabe nachzukommen. Im Fokus der Kritik stand dabei die Nichteinleitung von Untersuchungen und Prozessen. Neben der Untätigkeit des Justizsystems in zahlreichen Fällen von Verschwindenlassen und extralegalen Hinrichtungen[432] trug vor allem die Straflosigkeit im »Landesinneren« zum Misstrauen in die gerichtliche Wiederherstellung von Gerechtigkeit bei.[433] Die Weigerung, offensichtliche Falschinformationen seitens der Polizei und des Militärs zu überprüfen oder Verfahrenseinstellungen aus Mangel an Beweisen zählten zu den wichtigen Momenten des justiziellen Beitrags zur Straflosigkeit.

Die Kommission zur historischen Aufklärung beschrieb ferner strukturelle Mängel des Justizsystems, die die Einleitung und Durchführung fairer Prozesse erschwerten.[434] Dabei wurde das Bestehen einer bestrafenden und verurteilenden Parallelstruktur von weiteren Faktoren ergänzt, die das gesamte Justizsystem *per se* schwächten. Deutliche Mängel waren hinsichtlich der ökonomischen Ressourcen, der Ausbildung des juristischen Personals, der Verbreitung und Erreichbarkeit von Gerichten und schließlich hinsichtlich der Bereitstellung von kostenlosem Rechtsbeistand und von Übersetzern auszumachen. Im gesamten System der staatlichen Gerichtsbarkeit offenbarte sich deutlich die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung.[435] Richter, Anwälte und Staatsanwälte waren

---

[432] So wurden z.B. 2000 Habeascorpus-Anträge im Fall der 28 verschwundenen Gewerkschaftsmitglieder als unbegründet abgelehnt (§§ 2662ff.). Die CEH wies insbesondere die Verweigerung des Rechtes auf einen fairen Prozess nach. (CI 72: Bámaca, CI 33: Maritza Urrutía, CI 42: Emeterio Toj).

[433] Es wurden weder die Eigentumsrechte von *indígenas* verteidigt (Panzós, vgl. CEH, Bd. III §§ 2686-2687) noch Untersuchungen gegen Mitglieder von Todesschwadronen eingeleitet (ebda., §§ 2703/04).

[434] Vgl. CEH, Bd. III, S. 116 (§§ 2642-2644).

[435] In der „Erinnerung an das Schweigen“ wird diese als „Rassendiskriminierung“ (*discriminación racial*) bezeichnet. Es ist zu vermuten, dass der Begriff mit dem der „rassistischen Diskriminierung“ (*discriminación racista*) verwechselt wurde. Die Autoren der „Erinne-

in die Vertuschung und Nichtahndung von Menschenrechtsverletzungen verstrickt. Zugleich waren sie auch selbst Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Die Wahrheitskommission konnte eine Vielzahl von Fällen nachweisen, in denen Richter, die Untersuchungen oder Strafprozesse eingeleitet hatten, nicht nur bedroht, sondern auch ermordet wurden. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Mordanschläge gegen Richter, Anwälte, Juradozenten und -studenten breitete sich die Angst innerhalb der Gerichtsbarkeit aus. Eine ganze Generation von Juristen wurde paralysiert.[436] Die Kommission zur historischen Aufklärung hatte einerseits die antikommunistische Gerichtsbarkeit im Rahmen der »bewaffneten Aufstandsbekämpfung« beschrieben, die der „Säuberung" und der Legitimierung schwerer Menschenrechtsverletzungen diente.[437] Andererseits hatte sie mit den strukturellen Mängeln des Justizsystems die Grundlagen der Straflosigkeit beschrieben, die auch nach dem Friedensschluss weitgehend fortbestanden. Mehr noch als in anderen Kapiteln der „Erinnerung an das Schweigen" zeigte sich in der Analyse des Justizsystems der Gegenwartsbezug der historischen Aufklärung.

6.3.3 Unternehmen – Profiteure des Terrors

Beide Projekte zur Wahrheitsfindung bezogen die Haltungen und Aktivitäten des Unternehmersektors, der als einer der drei nationalen Akteure der staatstragenden Allianz großen Einfluss auf die Entwicklung der »bewaffneten Auseinandersetzung« genommen hatte, in ihre Analysen ein. Die Positionen und Praktiken von Teilen der Landwirtschafts-, Handels- und in zunehmendem Maße – der Finanzeliten nahmen im kirchlichen Bericht einen breiten Raum ein. Die diesbezüglichen Ausführungen waren zwar sehr detailliert, entwarfen jedoch im Vergleich mit der „Erinnerung an das Schweigen" kein kohärenteres Bild von den Verstrickungen der ökonomischen Elite. Der Detailreichtum zeigte sich vor allem in der Nennung der Namen derer, die als Besitzende für die extreme Ungleichheit verantwortlich zeichnen, die als Unternehmer/Fincabesitzer Posten in Regierungen übernahmen oder die Befehle zur Ausübung des Terrors erteilten. Von den Autoren des kirchlichen Berichtes wurden damit die Verantwortlichen aus der Anonymität des Kollektivs gerissen.[438]

---

rung an das Schweigen" waren nicht nur Historiker oder Sozialwissenschaftler, sondern auch Juristen und Statistiker, die mit der gegenwärtigen Debatte um Ethnizität und Multikultur nicht vertraut sein mussten (CEH, Bd. III, S. 116 (§ 2642)).

[436] Vgl. CEH, Bd. III, S. 134 (§§ 2718-2729).

[437] Die diesbezügliche Analyse setzt im Jahre 1954 mit dem Erlass eines Dekretes an, welches die Todesstrafe für kommunistische Aktivitäten [und Haltungen] vorsah (vgl. CEH, Bd. III, S. 118 (§§ 2651 und 2652)).

[438] Vgl. z.B. REMHI, Bd. III, S. 226f. Skizziert werden hier Veränderungen innerhalb der organisierten Führungsriege des Unternehmersektors. In einem erweiterten Direktorium des CACIF hatte der Kaffeesektor nach wie vor ein entscheidendes Gewicht – und konkre-

In beiden Berichten wurde die ambivalente Haltung des Unternehmersektors hinsichtlich der Militärregierungen skizziert. Grundsätzlich wurde die antikommunistische Politik in den 1950er Jahren angesichts der vorangegangenen Reformbestrebungen nicht nur begrüßt, sondern auch unterstützt. Dennoch stellte die staatstragende Allianz, in der unterschiedliche ökonomische Interessen aufeinander trafen, niemals eine harmonische Einheit dar. Bereits während der Amtszeit von Ydígoras Fuentes traten, als die Ankündigung einer Steuerreform harschen Protest seitens des organisierten Unternehmersektors hervorgerufen hatte, erste Spannungen auf.[439] Während sich zu Beginn der 1970er Jahre die Interessen von Militärregierungen und ökonomischen Eliten noch weitgehend gedeckt hatten,[440] zeigten sich im Verlauf der 1970er Jahre im Zuge der Ausdifferenzierung und Verselbstständigung des militärischen Apparates in zunehmenden Maße Differenzen. Der Staat entwickelte sich zu einem „System der Privilegienvergabe" und diente nicht mehr vornehmlich den Interessen der eingesessenen wirtschaftlichen Elite, sondern der Bereicherung einer ökonomisch aktiven militärischen Riege. Durch die Intensivierung des Terrors in den späten 1970er/frühen 1980er Jahren geriet Guatemala zunehmend in eine ökonomisch nachteilige internationale Isolation und damit stieß die Forderung nach einer demokratischen Transition auch innerhalb der ökonomischen Eliten auf Widerhall.[441]

Mit der Unterstützung autoritärer und menschenrechtsverletzender Regime bestimmten REMHI und CEH die politische und moralische Schuld eines Personenkreises, der die Praktiken des Terrors wissend unterstützt hatte. Die Kommission zur historischen Aufklärung ging außerdem über die Feststellung einer vagen Mittäterschaft hinaus, indem sie aktive Formen der Verstrickung in menschenrechtsverletzende Praktiken nachwies. Ein besonderer Stellenwert kam diesbezüglich dem illustrativen (!) Fall der Bedrohung und Ermordung von Aktivisten der *Coca-Cola*-Gewerkschaft zu.[442] Dieser Fall zeige, so die Schlussfolgerung der CEH,

---

te Gesichter: Antonio Aycinena, José Luis Ralda, Ladislao Feldmar, Carlos Mirón, Ronald Dent. Ebenso namentlich genannt werden Mitglieder, die führende Positionen innerhalb der Unternehmerverbände besitzen.

[439] Vgl. CEH, Bd. I, S. 116 (§ 343).

[440] Die erste Guerillabewegung war zerschlagen, und die Wirtschaft florierte vor dem Hintergrund der Einbindung in den gemeinsamen zentralamerikanischen Markt und hoher Kaffee- und Baumwollpreise.

[441] Vgl. McCleary; Imponiendo la Democracia, a.a.O., S. 111f.

[442] Dieser trug sich vor dem Hintergrund harscher Arbeitskämpfe zu. Nach der Entlassung von 154 Arbeitern wurde 1976 die Konzernniederlassung besetzt und anschließend gewaltsam geräumt. Als sich andere Gewerkschaften solidarisierten, den Dachverband CNUS (*Comité Nacional de Unidad Sindical*) gründeten und Kontakte zu PGT und FAR geknüpft wurden, trafen sich Mitglieder der Unternehmensführung mit ranghohen Militärs und Staatsbeamten. Ein Schlüsselzeuge berichtete von dem Angebot, welches letztere der Unternehmens-

nicht nur die offene Kollaboration und enge Beziehung, die zwischen den Führungskräften des Unternehmens und staatlichen Sicherheitskräften bestand, sondern auch die Ausübung einer offen antigewerkschaftlichen und aufstandsbekämpfenden Politik seitens des Staates.[443]

In ihrer Analyse verwies die CEH sowohl auf Überschneidungen der Partikularinteressen und auf die kriminelle Zusammenarbeit von Unternehmern, Fincabesitzern und Militärangehörigen, als auch auf legale Fundamente dieser Zusammenarbeit. Skizziert wurden die von Unternehmern und Fincabesitzern übernommenen Polizeifunktionen, die sich auf jede Form der Delinquenz erstreckten und somit einen Beitrag zur willkürlichen Verfolgung der vermeintlichen Subversion leisteten.[444] Mit der ambulanten Militärpolizei wurde ein Repressionsorgan eingerichtet, das zum repressiven Instrument des Unternehmersektors wurde.[445] Für die Terrorisierung der Bevölkerung waren schließlich die Praktiken der Todesschwadronen bedeutend, die in vielen Fällen von Unternehmern und Fincabesitzern finanziert[446] oder beauftragt wurden, „Probleme“ mit Angestellten oder Landarbeitern zu „lösen“.[447]

Mit dem nachdrücklichen Verweis auf die Kooperation zwischen Unternehmern und den Agenturen des Terrors hatte die CEH das Panorama der Akteure der »bewaffneten Auseinandersetzung« um einen gewichtigen Sektor der Zivilgesellschaft erweitert.

6.3.4 Internationale Akteure

Auf den Verlauf der »bewaffneten Auseinandersetzung« hatten internationale Akteure einen entscheidenden Einfluss genommen. Die Wahrheitskommission und in eingeschränktem Maße auch REMHI dokumentierten insbesondere die Einmischung der USA in die guatemaltekischen Angelegenheiten. Wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas wurde die Strategie der Aufstandsbekämpfung durch die Schulung von Militärangehörigen, durch die ideologische Untermaue-

---

führung unterbreiteten: „[...] wenn Sie möchten, dass die Gewerkschaftsbewegung verschwindet und wir das übernehmen, müssen Sie nur zwei Dinge tun, uns die Liste der Leute und eine gewisse Menge Geld geben, und wir machen für Sie die Arbeit“ (CEH, Bd. VI, S. 112 (*caso ilustrativo* 67), Fußnote 349). Zwischen 1978 und 1980 wurden sieben Angehörige der Firma *Coca-Cola* und eine weitere Person ermordet, zwei weitere verschwanden, und mehrere Rechtsberater und Gewerkschaftsmitglieder wurden offen bedroht.

[443] CEH, Bd. VI, S. 118.

[444] Vgl. CEH, Bd. II, S. 44 (§ 849).

[445] Eine der beiden Unterorganisationen, die „Spezielle Ambulante Militärpolizei“ übernahm für Privatunternehmen und Fincabesitzer Sicherheits- und für den Staat Geheimdienstfunktionen und wurde von den privaten Auftraggebern entlohnt (vgl. CEH, Bd. II, S. 62 (§ 904)).

[446] Vgl. CEH, Bd. II, S. 112 (§ 1085).

[447] Vgl. CEH, Bd. II, S. 120 (§ 1109).

rung der staatsterroristischen Praktiken und schließlich durch technische und monetäre Transfers unterstützt. Die Kommission zur historischen Aufklärung wies nach, dass die Brutalität der Aufstandsbekämpfung nicht auf die Exzesse einiger Militärs zurückzuführen war, sondern der in der Doktrin der Nationalen Sicherheit angelegten Strategie gehorchte. Einen großen Einfluss auf die Ausbildung der Vollstrecker des Terrors hatte die *Schule der Amerikas* in Panama ausgeübt. Die CEH beschrieb, wie Mitglieder der aufgrund ihrer Brutalität berüchtigten Eliteeinheit *Kaibiles*[448] von Vietnamveteranen (und kolumbianischen, peruanischen und chilenischen Militärangehörigen) in Panama unterrichtet wurden.

> Dieses Training umfasste hauptsächlich Überlebenstechniken in extremen Kampfsituationen, Foltertechniken (um von Kriegsgefangenen schnell Informationen über die Aufständischen zu erhalten), antikommunistische ideologische Indoktrinierung und Techniken psychologischer Operationen etc. Als Teil des Trainings wurden Attacken, die Einnahme und die Zerstörung von Dörfern simuliert.[449]

US-amerikanische Strategen der Aufstandsbekämpfung lieferten zudem nicht nur das ideologische Rüstzeug, sondern auch praktische Hilfen zur Terrorisierung. So war die Verbindung von physischer Repression mit psychologischen Operationen Teil der aufstandsbekämpfenden Strategie nach US-amerikanischem Zuschnitt. Als sich herausstellte, dass Guatemala über keine entsprechenden Spezialisten verfügte, übernahmen US-amerikanische Spezialisten die Ausbildung guatemaltekischer Offiziere.[450] Eine andere Art der Hilfeleistung bestand in der Einrichtung der technischen Installationen der Geheimdienstabteilung *La Regional* und der hohen indirekten und direkten monetären Unterstützung. Die Militärhilfe stieg von US-$ 1,7 Mio. (1966) auf US-$ 9,8 Mio. im Jahre 1971.[451] Als in der US-amerikanischen Öffentlichkeit die guatemaltekische Menschenrechtslage zunehmend kritisiert wurde, wurde die direkte Militärhilfe ab 1977 allmählich verringert. Dennoch blieb ein monetärer Transfer aufrechterhalten, der das guatemaltekische Militär noch 1980 mit US-$ 2,2 Mio. versorgte.[452]

Auch andere Länder hatten auf die »bewaffnete Auseinandersetzung« Einfluss genommen. Neben der praktischen Unterstützung des guatemaltekischen Militärs durch Argentinien, Kolumbien, Chile und Taiwan dokumentierte die Wahrheitskommission in erster Linie die israelische Schützenhilfe. Israel hatte

---

[448] Benannt nach dem Mam-König Kaibil Balam, der sich in den Kämpfen gegen die Konquistadoren durch besondere Tücke auszeichnete und nie gefangengenommen werden konnte.

[449] CEH, Bd. II, S 57 (§ 888).

[450] Vgl. CEH, Bd. II, S. 36 (§ 821).

[451] Vgl. CEH, Bd. I, S. 257 (Anhang 7).

[452] Vgl. CEH, Bd. I, S. 186 (§ 596).

insbesondere durch den Verkauf militärischer Ausrüstung (Flugzeuge, Gewehre) und durch die Entsendung von Technikern zur Einrichtung geheimdienstlicher Datenverarbeitungssysteme zur Stärkung des repressiven Apparates beigetragen.[453]

Die historische „Wahrheit“ als das Produkt von Auslassungen hatte im Gesamtbericht und in seinem Extrakt, dem fünften Band hinsichtlich der Schuld internationaler Akteure eine andere Gestalt. In den Schlussfolgerungen der CEH wurde einzig auf die ideologische, logistische und edukatorische Unterstützung verwiesen, die die USA gewährt hatten.[454] Bei der Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen“ am 25. Februar 1999 verwies der Kommissionsvorsitzende, nachdem er die Rolle der USA und Kubas benannt hatte, explizit darauf, dass die CEH zwar fragmentarische Hinweise auf die Einmischung anderer Staaten besessen habe, diese jedoch nicht ausreichend habe nachprüfen können.[455] In den Kurzfassungen der ermittelten Wahrheit wurden somit wesentliche Dimensionen der Internationalität der »bewaffneten Auseinandersetzung« *intentional* unberücksichtigt gelassen. Die Erwähnung der US-amerikanischen Verstrickung war vor dem Hintergrund, dass offizielle US-amerikanische Einrichtungen begonnen hatten, ihre Rolle bei der Verbreitung des Terrors offen zu legen, möglich. Die Darstellung der Unterstützungsleistungen, die Israel für die Aufstandsbekämpfung erbracht hatte, war hingegen angesichts der Tatsache, dass die guatemaltekische Wahrheitskommission von einem Deutschen geleitet wurde, diplomatisch unmöglich.

Wie schon bezüglich der internationalen Unterstützung für die Aufstandsbekämpfung, zeigten sich auch hinsichtlich der internationalen Unterstützung für die Aufstandsbewegung deutliche Unterschiede zwischen dem Gesamtbericht und der Zusammenfassung der „Erinnerung an das Schweigen“. Der Einfluss Kubas wurde im fünften Band mit der politischen und logistischen Unterstützung sowie mit der Hilfe bei der Ausbildung und Unterweisung der Guerilleros näher bestimmt und als „wichtiger externer Faktor“ für den Verlauf der »bewaffneten Auseinandersetzung« charakterisiert. Im Gesamtbericht wurde die Beeinflussung der »bewaffneten Auseinandersetzung« durch Kuba anders gewichtet: Die Vorbildfunktion sowie die ideologische und militärische Ausbildung der Guerillabewegung hatte in den beiden Kapiteln, welche sich mit der Entwicklung der Guerilla befassen, zwar einen wichtigen Bestandteil der Entstehungsgeschichte der Guerillaorganisationen dargestellt, trat jedoch insgesamt hinter den nationalen Entwicklungen zurück.[456] Im Gesamtbericht erhielt die

---

[453] Vgl. CEH, Bd. I, S. 186 (§ 597) und Bd. II, S. 99 (§ 1035f.).

[454] Vgl. CEH, Bd. V, S. 24 (§ 13).

[455] So Christian Tomuschat, Koordinator der CEH, bei der Übergabe des Berichts, § 8.

[456] Es wird erwähnt, dass 1961 und 1962 Mitglieder der Jugendorganisation des PGT nach Kuba reisten und dort trainiert wurden (CEH, Bd. S. 128 (§ 385). Auch die zweite Gueril-

Unterstützung der Guerilla durch die realsozialistische Staatenwelt den Stellenwert einer Randbemerkung und in der Zusammenfassung den Rang eines gewichtigen Faktors.[457]

6.3.5 Die katholische Kirche

Mit der Durchführung eines kirchlichen Projektes zur historischen Aufklärung hatte die Chance einer umfassenden Auseinandersetzung mit der Rolle der eigenen Institution bestanden. Das Sich-Auseinandersetzen hätte die Darlegung einer zweifachen Unterstützung bedeutet: die langjährige Unterstützung der antikommunistischen Politik und die Unterstützung des bewaffneten Aufstands.

Die Rolle der katholischen Kirche wurde im historischen Kapitel des REMHI-Berichtes für die 1950er Jahre auf zwei, für die 1960er Jahre auf vier und für die 1970er und frühen 1980er Jahre auf 26 Seiten abgehandelt. Dargestellt wurde darin die Wende einer antikommunistisch eingestellten Kirche zu einer sozial engagierten, die schließlich zum Opfer der Repression wurde. Der in Guatemala oftmals erhobene Vorwurf, REMHI betreibe eine Form der Viktimisierung, traf nicht auf die Analyse der Erfahrungen der Opfer, sondern auf die Auseinandersetzung mit der Kirche selbst zu. Die Auseinandersetzung mit der Rolle der katholischen Kirche im Zusammenhang mit der Beendigung des „demokratischen Frühlings“ war außerordentlich kurz, dennoch unmissverständlich deutlich.

> In den 50er Jahren durchzog ein antikommunistisches Klima die gesamte Kirche. In der praktischen Theologie vieler Würdenträger fungierte er [der Antikommunismus] als weiteres Dogma. Rossell [der Erzbischof] betrachtete den Kampf gegen den Kommunismus als einen Kreuzzug.[458]

Nachdem die Autoren des REMHI-Berichtes auf eine aktive und eigenständige antikommunistische politische Praxis verwiesen hatten, relativierten sie diese am Ende des Kapitels mit dem Verweis auf die geänderte erzbischöfliche Haltung, die sich bereits 1954 in der öffentlichen Kritik an den ausbeuterischen Praktiken vieler Unternehmer gezeigt hätte.

---

lageneration wurde in Kuba ideologisch und praktisch unterstützt (ebda., S. 172 (§ 548), S. 174 (§ 552)). Im Gesamtbericht wird zudem explizit auf die Vorbildfunktion Nikaraguas verwiesen.

[457] Im fünften Band folgt auf das Kapitel „Kalter Krieg, Doktrin der Nationalen Sicherheit und die Rolle der Vereinigten Staaten“ (CEH, Bd. V, S. 24 (§§ 13-14)) – nicht unmittelbar – das Kapitel „Die guatemaltekische Aufstandsbewegung, der bewaffnete Kampf und der kubanische Einfluss“ (ebda., S. 25f., §§ 17-20).

[458] REMHI, Bd. III, S. 12. In den darauffolgenden beiden Absätzen wurde die konkrete Form des Kreuzzuges und die im Gegenzug wiedererhaltenen Privilegien beschrieben: Um gegen Arbenz zu mobilisieren, hatte Rossell 1953 eine Wallfahrt organisiert, bei der das Christusbildnis von Esquipulas – ein wichtiges Artefakt des Volkskatholizismus – durch das Land getragen wurde.

Vergleichbare Relativierungs- oder auch Generalisierungstendenzen enthielten auch die den 1960er Jahren gewidmeten Seiten des REMHI-Berichtes. Die Autoren nahmen auf entscheidende externe Einflüsse (Medellín), das wachsende Bewusstsein der Bischöfe für soziale Probleme und die sprunghafte Vergrößerung des kirchlichen Personals Bezug. Betont wurde das Entstehen verschiedener Strömungen innerhalb des Klerus und angedeutet das Bestehen eines Spannungsverhältnisses zwischen guatemaltekischen und ausländischen Geistlichen.[459] Die Darstellung der verschiedenen Strömungen innerhalb der katholischen Kirche schloss mit einem Fazit, welches die zuvor konstatierte Differenz in einer Einheit aufhob: „Am Ende dieses Jahrzehnts erschien die Kirche in der nationalen Landschaft als eine der sozialen Entwicklung der Bauern und marginalisierten Bevölkerung verpflichtete.“[460]

Für die 1970er Jahre thematisierte REMHI die Konversion der Kirche hin zu einem Raum für die Bewusstseinsbildung. Benannt wurden u.a. die Entstehung von Bildungszentren, die Hinwendung zu Maya-Sprachen und das wachsende soziale Engagement der Bischofskonferenz. In ihrer Darstellung des Verhältnisses zwischen Kirche und Guerilla verzichteten die Autoren des REMHI-Berichtes auf wichtige Facetten der historischen Entwicklung. Unter der Überschrift „Die politische Polarisierung“ wurde zunächst eine Analyse geboten, die sich an Untersuchungsergebnisse des französischen Soziologen Yvon Le Bot und des britischen Anthropologen Richard Wilson anlehnte und eine deutliche Sprache sprach.

> Zweifelsohne entwickelte sich ein von der Theologie der Befreiung inspirierter Sektor der katholischen Kirche [...] zu einer der stärksten Komponenten des Aufschwungs der revolutionären Bewegung am Ende der 70er Jahre.[461]

Durch die religiöse Interpretation des Befreiungskampfes erhielt die Guerillabewegung Ende der 1970er Jahre einen gewaltigen Aufschwung. Die Umformung marxistischer Ideen in religiöse Wertvorstellungen erreichte bisweilen chiliastische Färbungen und machte den bewaffneten Kampf für viele *indígenas* attraktiv.

---

[459] Als die drei wesentlichen Strömungen wurden die sich auf die seelsorgerische Betreuung beschränkenden Sakramentalisten, die Vertreter der Laienbewegung und schließlich die an einer entwicklungsorientierten Arbeit Interessierten genannt. Letztere riefen Kooperativen, Bauernligen, Schulen etc. ins Leben. Zudem verwies REMHI auf die Eingliederung in die Guerilla, welche Mitglieder des (ausländischen!) Maryknoll-Ordens in den 1960er Jahren vollzogen und propagiert hätten.

[460] REMHI, Bd. III, S. 72. (Hier wird, obwohl der Ausdruck *mapa político* – die politische Landschaft – gebräuchlicher ist, auf eine nationale Ebene Bezug genommen und gleichzeitig keine ethnische Zuordnung der Bauern und marginalisierten Bevölkerung vorgenommen!)

[461] REMHI, Bd. III, S. 132.

Trotz dieser grundsätzlichen Bewertung der Aktivität der katholischen Kirche blieb die Darstellung unvollständig. In der Schilderung der Entstehung und Tätigkeit des Zentrums für Forschung und soziale Aktion (CIAS – *Centro de Investigación y Acción Social*), das Anfang der 1970er Jahre von Jesuiten gegründet worden war, wurde darauf verzichtet, die Einflussnahme des CIAS auf die Entwicklung des EGP zu thematisieren. An der Frage des Eintritts in den Guerillakampf hatte sich im CIAS eine heftige Debatte entzündet, und mindestens zwei Mitglieder übernahmen in den 1970er Jahren führende Positionen innerhalb des EGP, wo sie insbesondere für die ideologische und propagandistische Verzahnung des Aufstands mit religiösen Motiven verantwortlich waren.[462]

Der „retuschierende" (Halbwachs) und instrumentelle Charakter des sozialen Gedächtnisses zeigte sich auch in dem Abschnitt, der sich der Schließung der Diözese El Quiché widmete. Diese wurde von den Autoren des REMHI-Berichtes auf die untragbare Bedrohung und zunehmende Repression gegen Mitarbeiter der Diözese zurückgeführt. Aufgrund der Tatsache, dass die Namen fast aller Mitarbeiter Gerardis in Todeslisten auftauchten, Unzählige bedroht und viele Geistliche ermordet worden waren, wurde die schwere Entscheidung gefällt, die Diözese zu schließen. Der Bericht verwies darauf, dass Gerardi mehrere Jahre im costa-ricanischen Exil habe verbringen müssen und endete mit der auch nach der Schließung fortgesetzten Repression. Nicht erwähnt wurden die Verbindungen, die vor der Schließung der Diözese zwischen vielen Geistlichen und dem EGP bestanden hatten. Ebenfalls wurde die Gründung der „katholischen Kirche im Exil", die nach wie vor Kontakte zum EGP unterhielt, nicht in die Darstellung einbezogen.

Insgesamt wurde eine Opferrolle der katholischen Kirche unterstrichen, die angesichts der Radikalisierung eines beträchtlichen Teils der Geistlichen kritischer zu hinterfragen gewesen wäre. Tendenzen zur Viktimisierung überlagerten aufgrund der Quantität der diesbezüglichen Schilderungen immer wieder ausgewogenere Passagen wie die folgende:

> Einige Pfarrer und Geistliche empfingen die revolutionäre Option mit offenen Armen und andere – auch eine Minorität, jedoch weniger militant – schlugen sich auf die Seite des Militärs und übergaben sogar Listen von Katecheten und Pfarrern, die der Kollaboration mit der Guerilla verdächtigt wurden. [...] Aber es gab auch die, deren Option die

[462] Dabei handelte es sich um Fernando Hoyos (comandante Carlos) und Enrique Corral (comandante Abel). Ursprünglich hatte das EGP „Neue Revolutionäre Kampforganisation" heißen sollen (vgl. CEH, Bd. I, S. 174 (§ 552)), und es ist nicht abwegig, dass die Namensänderung in „Guerillaarmee der Armen" auf den Einfluss der befreiungstheologischen Guerilleros zurückging (vgl. Le Bot; a.a.O, S. 265).

> Menschen waren und nicht die Ideologien oder die politischen Interessen. Auch diese wurden zu Opfern und bezahlten ihre Loyalität zu den *comunidades* mit ihrem Leben.[463]

In der Populärversion von „Guatemala – nunca más!“ fehlte die Auseinandersetzung mit der Bedeutung der katholischen Kirche für die Entwicklung der Aufstandsbewegung vollständig. Zwar wurde hier auf die Existenz verschiedener Strömungen innerhalb des Klerus in den 1960er Jahren verwiesen, doch für die 1970er Jahre wurde einzig auf die Rolle der katholischen Kirche als Opfer und als kritische und vermittelnde Instanz verwiesen.[464] Die katholische Kirche unterstrich in ihrer historischen Analyse der »bewaffneten Auseinandersetzung« ihr Selbstverständnis als sozial engagierte, verfolgte und kritische Instanz und interpretierte somit die Geschichte vom Standpunkt ihrer gegenwärtigen Interessen. Mit „Guatemala – nunca más!“ wurde ein Bericht erarbeitet, der nicht nur eine Analyse der „Gewalt“, sondern zugleich ein Grundlagentext für die Tradierung des Selbstverständnisses der Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaft der katholischen Kirche ist.

Die offizielle Kommission füllte die Leerstellen, die REMHI in der Auseinandersetzung mit der Rolle der Kirche hinterlassen hatte, nur bedingt. Die Analyse der Rolle der katholischen Kirche in den 1950er Jahren war in der „Erinnerung an das Schweigen“ ebenfalls kurz:

> In diesem Klima starker politischer und ideologischer Polarisierung [1944-1954] tauchte die katholische Kirche als ein Akteur ersten Ranges auf, und ihre Einflussnahme wuchs bis zur klaren und energischen Unterstützung des antikommunistischen Komplotts gegen Arbenz.[465]

Im Mittelpunkt des investigativen Interesses der guatemaltekischen Historiker, die die Kommission zur Erarbeitung des historischen Teils kontraktiert hatte, stand die Frage, welche Wandlungsprozesse sich in den *comunidades* im »Landesinneren« vollzogen hatten und wie sich diese auf die Entwicklung der »bewaffneten Auseinandersetzung« auswirkten.

> Das Auftreten (*irrupción*) der Maya als ein neuer sozialer Akteur war die Folge eines langen und unebenen Veränderungsprozesses der sozialen Beziehungen in den *comuni-*

---

[463] REMHI, Bd. III, S. 138. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die schriftliche Auseinandersetzung mit der Rolle der katholischen Kirche in den 1970er Jahren, die in der Originalfassung 26 Seiten umfasst, in der deutschen Übersetzung auf ein Volumen von nur knapp drei Seiten gekürzt wurde und somit der deutschen Leserschaft jene Auseinandersetzung als noch generalisierter und (selbst-)kritikloser erscheinen muss.

[464] Vgl. ODHAG; Memoria, Verdad y Esperanza: Versión popularizada del Informe “Guatemala: Nunca Más”, Guatemala 2000, S. 206, S. 212/213, S. 216.

[465] CEH, Bd. I, S. 104 (§ 303).

dades und der Form, wie diese sich untereinander und mit dem Rest der guatemaltekischen Gesellschaft verbanden.[466]

Diese Entwicklungen waren eng mit den Aktivitäten der katholischen Kirche, deren Missionstätigkeit zu einem Machtverlust der traditionellen Autoritäten beigetragen hatte, verbunden. Zudem hatten sich katholische Geistliche erfolgreich um die Förderung einer Generation junger Maya-Intellektueller bemüht, welche zunehmend die ethnische Gleichberechtigung einzufordern begannen. Schließlich hatte die Katholische Aktion die Entstehung des CUC, der ersten indigenen Bauernorganisation mit nationaler Verbreitung, gefördert.

Die katholische Kirche war, mit anderen Worten, ein entscheidender Faktor im Prozess der Fragmentierung vieler *comunidades* und der Radikalisierung der sozialen Bewegung. Im Zentrum der offiziellen Berichterstattung stand indes weder die Teilnahme katholischer Geistlicher am bewaffneten Kampf noch die ideologische Verknüpfung von Befreiungstheologie und Klassenkampf, sondern vielmehr die Bedeutung der indigenen Bewegung für den Aufschwung der Aufstandsbewegung und die repressive Reaktion des Staates. Die Schilderungen der CEH waren insgesamt nicht ausführlicher als die des kirchlichen Projektes, jedoch an vielen Stellen deutlicher. Von der offiziellen Kommission wurde der Machtverfall der *costumbristas* in den Vordergrund gestellt und somit die von der Kirche mit (!) verursachte Spaltung und Radikalisierung der ländlichen Bevölkerung fokussiert.

6.3.6 Zivilbevölkerung

Das Panorama der nationalen und internationalen Akteure wurde in den Berichten beider Projekte noch entscheidend erweitert. In den Teilen der Berichte, welche die Mechanismen und Auswirkungen der Gewalt beleuchteten, stand ein weiterer Akteur der »bewaffneten Auseinandersetzung« im Zentrum: die Zivilbevölkerung. Durch ihre Einbindung in die Ausübung des Terrors wurde eine in Lateinamerika einmalige Qualität desselben produziert.

Die Einbindung von Zivilisten in die Aufstandsbekämpfung begann bereits unter Ubico mit der Einführung von Militärkommissionaren, doch erst Anfang der 1980er Jahre wurde sie mit der Etablierung der Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen (PAC) zu einer totalen Struktur im »Landesinneren«. 1982 verfügten die PAC schätzungsweise über eine Million Mitglieder, und somit waren in den indigenen ländlichen Regionen etwa 80% der männlichen Bevölkerung zwischen 15 und 60 Jahren in dieser Form zwangsorganisiert.[467] In den von REMHI und CEH aufgenommenen Zeugenaussagen wurde vielfach der Zwangscharak-

---

[466] CEH, Bd. I, S. 166 (§ 526). Diese Aussage impliziert, dass *die* Maya zuvor kein sozialer Akteur gewesen waren. Natürlich waren Maya zuvor auch Akteure im gesellschaftlichen Ganzen, jedoch nicht auf nationaler (!) Ebene bzw. in der Hauptstadt.

[467] Vgl. REMHI, Bd. II, S. 119; CEH, Bd. II, S. 190 (§ 1291).

ter der Patrouillen thematisiert. Von den Mitgliedern der Patrouillen wurde ein so zeitaufwändiges Engagement eingefordert, dass oftmals die Felder nicht mehr bestellt werden konnten. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der PAC standen die Überwachung der Bevölkerung und die Bestrafung derer, die vermeintlich die Subversion unterstützten. Die Überwachung zielte auf die „Lebenstotalität“[468] der Bewohner der *comunidades*, da sämtliche Aktivitäten des alltäglichen Lebens kontrolliert wurden. Häufig war es so nicht mehr möglich, Produkte in anderen *comunidades* oder Städten zu verkaufen, Freunde und Verwandte zu besuchen oder sich im Umfeld der eigenen *comunidad* zu bewegen.

Die PAC waren an 18% aller Menschenrechtsverletzungen, die die CEH dokumentierte, beteiligt,[469] und damit erhielt die Inkorporation der Zivilbevölkerung in die Praktiken der Repression eine besondere Dramatik. Dabei war zwischen zwei Formen der Gewaltausübung zu unterscheiden: der erzwungenen Beteiligung an Gewalttaten und der selbstständigen Ausübung des Terrors. 85% der Menschenrechtsverletzungen, in die Mitglieder der Patrouillen verwickelt waren, wurden gemeinsam mit Militärs ausgeübt. Die Patrouillen als verlängerter Arm des Militärs wurden nicht nur verwendet, um Guerilleros aufzufinden (und dabei als menschliche Schutzschilde missbraucht) oder Ruhe und Ordnung in den *comunidades* zu gewährleisten. Wie beide Berichte unverhüllt schilderten – und hierin bestand eine der wesentlichen Leistungen der historischen Aufklärung –, wurden die Mitglieder der PAC systematisch in die Mechanismen der Gewaltausübung hineingezogen. In den Berichten wurden das System ideologischer Indoktrinierung und ein Panorama des Gruppenzwanges beschrieben. Von der Androhung von Bestrafung, exemplarisch ausgeübten Bestrafungen bis hin zu dem gemeinschaftlichen Erlebnis des Folterns und Tötens wurden die Mitglieder der PAC allmählich in eine männerbündlerische Komplizenschaft hineingezogen.

Wie beide Berichte drastisch vor Augen führten, bestand die Besonderheit der Militarisierung der Bevölkerung nicht nur darin, den Terror unter Einbeziehung von Zivilisten zu verbreiten. Die Qualität des Grauens steigerte sich angesichts der Handlungsspielräume der militarisierten Bevölkerung ins Unermessliche. Handlungsspielräume bestanden nicht nur für die Militärkommissionare und Anführer der PAC, sondern in mehr oder weniger eingeschränktem Maße für alle Mitglieder der Patrouillen. In den Zeugenaussagen wurde immer wieder darauf verwiesen, dass die Selbstverteidigungspatrouillen vielerorts zu einem System

---

[468] Dies hatten die PAC, wie auch die automatische Zuordnung von Nicht-Mitgliedern zu Feinden, mit Geheimgesellschaften gemein (vgl. Hannah Arendt; Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1991 (erstmals 1951 erschienen), S. 593.)

[469] CEH, Bd. II, S. 227 (§ 1379).

persönlicher Bereicherung oder Machtausübung wurden.[470] Ein sehr einfaches Mittel zur persönlichen Bereicherung stellte die Denunziation dar, die zur Aneignung der Besitztümer des ermordeten oder geflohenen Nachbarn verhalf.[471] Insbesondere Massaker, die zumeist gemeinsam mit Militäreinheiten verübt wurden, verhießen Belohnung. Vielfach konnte nachgewiesen werden, dass sich Mitglieder der PAC die Habe der Massakrierten aneigneten, bevor sie die Häuser in Brand steckten. Ein besonderes Moment der „persönlichen Bereicherung" war die Teilnahme an Massenvergewaltigungen, die integraler Bestandteil von Massakern waren. In einigen Landstrichen zeichneten sich die PAC durch ein großes Maß an Selbstständigkeit bei der Planung und Durchführung von Gräueltaten aus. In einigen Fällen, in denen den Patrouillen der Umgang mit Gefangenen selbst überlassen wurde, schienen sich die Mitglieder der PAC in der Ersinnung grausamer Folter- und Tötungsmethoden schier übertreffen zu wollen. Die Kommission zur historischen Aufklärung konnte eine Mehrzahl von Massakern nachweisen, die von Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen autonom initiiert und begangen wurden, und die sich nicht weniger durch phantasievolle Brutalität auszeichneten als andere.[472]

REMHI und CEH kamen hinsichtlich der Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu vergleichbaren Ergebnissen, und dennoch wurden unterschiedliche Untersuchungsschwerpunkte gelegt. Die Analyse der offiziellen Kommission kulminierte in der Bestimmung der Quantität der auf die Selbstverteidigungspatrouillen zurückzuführenden Menschenrechtsverletzungen und in der Festlegung der Verantwortlichkeit.

> Unabhängig von der Handlungsweise und der Verantwortung, die den *Patrulleros* als direkten Akteuren der gegen die Bevölkerung verübten Verbrechen zukommt, ist der guatemaltekische Staat der Verantwortliche für die von den Selbstverteidigungspatrouillen begangenen Menschenrechtsverletzungen, da er sie förderte und legalisierte.[473]

REMHI hingegen formulierte eine konkrete Zuweisung von Verantwortlichkeit und wies darauf hin, dass in den Zeugenaussagen die Patrouillen von Rabinal (Xococ, Vegas de Santo Domingo, Patixlán, Chuaperol, Nimacabaj, Panacal, La Ceiba, Pichec), Huehuetenango (Pojom, Chiantla) und Quiché (Chacalté) als die gewalttätigsten aufgetreten seien. Die CEH nannte lediglich die *municipios*, in denen die gewalttätigsten Patrouillen bestanden hatten (z.B. Rabinal).[474] Mit der Auflistung der einzelnen Patrouillen näherte sich die kirchliche Berichterstat-

---

[470] In besonderem Maße galt dies für Militärkommissionare und Anführer der PAC, die u.a. Strafgelder einforderten, wenn Mitglieder der *comunidades* es nicht schafften, an den Patrouillengängen teilzunehmen.

[471] Vgl. CEH, Bd. II, S. 212 (§ 1343); CEH, Bd. III, S. 277 (§ 3119); REMHI, Bd. II, S. 132.

[472] Vgl. CEH, Bd. III, S. 265 (§§ 3092ff.).

[473] CEH, Bd. II, S. 227f. (§ 1381).

[474] Vgl. REMHI, Bd. II, S. 135; CEH, Bd. II, S. 230 (§ 1387).

tung sowohl einer Namensnennung der Täter als auch der Lebenswelt vieler Betroffener an. Die Einbeziehung der Zivilbevölkerung verweist auf den eigentlichen Kern des Terrors.

6.4 Sozialpsychologie des Terrors

> Es gibt keine Statistik über die Seele [...] wir können nicht erfahren, wie tief sie uns im Innern vergiftet haben, wie weit unser Gewissen, unsere Identität und die Erinnerung amputiert wurden. (Eduardo Galeano)[475]

Beide Projekte zur historischen Aufklärung standen vor der Herausforderung, die Erfahrungen der Menschen angemessen darzustellen. In der Analyse der Gewaltfolgen griffen die Autoren beider Berichte auf eine noch junge sozialpsychologische Schule zurück, für deren Entwicklung das chilenische ILAS federführend gewesen war. Einige chilenische Therapeuten hatten noch während der Diktatur damit begonnen, aus der therapeutischen Praxis heraus eine Theorie der Folgen des Staatsterrorismus zu entwickeln. Zu ihren wesentlichen Bezugspunkten zählten Untersuchungen zum Zusammenhang von extremen Gewaltverhältnissen und nachfolgend auftretenden psychologischen Störungen, die vor dem Hintergrund von NS-Verbrechen oder der Behandlung von Vietnam-Veteranen entstanden waren. Auf dieser Grundlage wurde das Spezifische der Gewaltverhältnisse im *Cono Sur* zu ermitteln versucht. Die Repressionstechnik des Verschwindenlassens wurde als diejenige analysiert, welche die Entstehung und Verbreitung dauerhafter Angststrukturen hervorrief.[476]

Die Analyse der Gewaltfolgen, die das Zentrum des REMHI-Berichtes bildete, trug unverkennbar die Handschrift der genannten sozialpsychologischen Schule. Besonders charakteristisch für die sozialpsychologischen Studien des ILAS ist ein theoretischer Dreischritt, der die Auswirkungen der Gewalt auf den Ebenen des Individuums, der Familie und der Gesellschaft zu analysieren sucht. Diese Ebenen wurden in der Analyse des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung noch um die Ebene der *comunidades* ergänzt.

---

[475] Eduardo Galeano; Von der Notwendigkeit, Augen am Hinterkopf zu haben, Wuppertal 1992, S. 50.

[476] Einen Einblick in die sozialpsychologische Theorie des lateinamerikanischen Staatsterrorismus liefert der von Ignacio Martín-Baró herausgegebene Sammelband „Psicología social de la guerra“. Der 1989 in dem Massaker an der Jesuiten-Universität von El Salvador ermordete Herausgeber zählte zu den wenigen zentralamerikanischen Psychologen, die an der Theoriebildung beteiligt waren.

6.4.1 Angst und Widerstand

Jede Straßenecke hat ihr Verbrechen gegen die Menschlichkeit.[477]

Die sozialpsychologische Analyse des kirchlichen Projektes nahm in der Untersuchung der individuellen Folgen der Gewalt ihren Ausgang. Geschildert wurde, wie sich die Angst in den Herzen der Menschen eingenistet hatte und Ohnmacht, permanente Alarmzustände und das Unheimliche gebar.[478] Auf der Grundlage der Zeugenaussagen wurde eine Analyse der Gewaltfolgen vorgenommen, die neben der Angst vor allem Verhaltensstörungen, Gesundheitsprobleme, Schuldgefühle und gestörte Trauerprozesse thematisierte. Dabei wurden sowohl kulturübergreifende Traumatisierungssymptome nachgewiesen als auch Gewaltfolgen, die erst in der Verbindung mit den weltanschaulichen Konzepten der Maya sichtbar wurden.[479] In der Analyse der individuellen Gewaltfolgen wurde deutlich, dass das aus der Angst entstandene Schweigen, der Rückzug in die Privatsphäre und das Misstrauen Elemente der *sozialen* Isolierung waren. Beschrieben wurden soziale Folgen der Angst, die in anderen nationalen Kontexten bereits als soziale Isolation, Apathie, Schweigen, Passivität und Konformismus bestimmt worden waren.[480]

Obwohl die Autoren des kirchlichen Berichtes die sozialen Folgen des Terrors vornehmlich für die Regionen des Landes untersuchten, die von der Politik der verbrannten Erde betroffen waren, verwiesen sie auch auf die Gewaltfolgen in den urbanen Zentren: „In den städtischen Gebieten bestanden die offensichtlichsten sozialen Folgen in der Auflösung der Organisationen und in dem Klima der Angst“.[481] Mit der Diagnose verbreiteter Angststrukturen griffen die Autoren

---

[477] Berístain; Viaje a la Memoria, a.a.O., S. 17.

[478] Das Unheimliche (*lo siniestro*) wird von REMHI nicht ausdrücklich genannt, wohl aber umschrieben: Die Zerstörung der Grenzen zwischen Realität und Unwirklichkeit ist Kern des Unheimlichen. Freud zufolge entsteht das Unheimliche, „wenn die Grenze zwischen Phantasie und Wirklichkeit verwischt wird, wenn etwas real vor uns hintritt, was wir bisher für phantastisch gehalten haben, wenn ein Symbol die volle Leistung und Bedeutung des Symbolisierten übernimmt.“ Die allgegenwärtige Präsenz des Grauens lässt neben der Ohnmacht ein Gefühl der „Heim(at)lichlosigkeit“ entstehen (Sigmund Freud; Das Unheimliche, in: Gesammelte Werke, Bd. XII, London, S. 229-268).

[479] Vgl. REMHI, Bd. I, S. 16f.

[480] Vgl. z.B. Elizabeth Lira Kornfeld; Psicología del miedo y conducta colectiva en Chile, in: Martín-Baró; Psicología social de la guerra, a.a.O., S. 176-196. Beeindruckende Zeugnisse von der Globalität der Angst präsentiert Patricia Politzer in ihrem Band „Miedo en Chile“ (Santiago de Chile 1985). Vorgestellt werden Erfahrungen aus unterschiedlichsten Lebenswelten.

[481] REMHI, Bd. I, S. 100. Dieser These folgte ein längeres Zitat aus der Zeugenaussage eines Gewerkschafters, der die Geschichte der Verfolgung erzählte, der er und seine Familie zwischen 1961 und 1981 ausgesetzt waren. In dieser Aussage wurde die Angst nicht thematisiert.

die lateinamerikanische Theorie zu den Auswirkungen des Staatsterrorismus auf, welche aus der Auseinandersetzung mit den Folgen des Verschwindenlassens entstanden war. Mit der spurlosen Entführung von Menschen wurde das familiäre und soziale Umfeld der Opfer in eine Spirale der Angst versetzt. Insbesondere die suchenden Angehörigen gerieten in eine ausweglose Situation, in der die Angst um die Verschwundenen von der Angst um die Verbliebenen ergänzt wurde und die psychologische Unmöglichkeit, den Tod des Opfers *anzunehmen*, sowohl individuelle als auch soziale Pathologien hervorrief.[482]

Im Mittelpunkt des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung standen jedoch sowohl praktisch als auch theoretisch die Gewalterfahrungen der Menschen im »Landesinneren«, die von den Terrorpraktiken der Massaker und der Militarisierung des täglichen Lebens geprägt waren. Die Störung des Trauerprozesses erhielt in den von der Politik der verbrannten Erde betroffenen *comunidades* eine neue Qualität, da sie die Zerrüttung der kollektiven Identität zu befördern vermochte. „Man musste die Vorfahren zurücklassen, die Toten entfernten sich und die heiligen Orte auch".[483]

Insbesondere die von unvorstellbaren Grausamkeiten begleiteten Massaker hatten extremtraumatische Konsequenzen. Zurück blieben (oftmals nur wenige) Überlebende, deren Selbstverständnis nunmehr von Schutz- und Hilflosigkeit geprägt war. Mit den Massakern endete der Leidensweg der Überlebenden nur selten, da sie jahrelang als Vertriebene der permanenten Bedrohung des eigenen Lebens ausgesetzt waren oder einem militarisierten Lebensstil unterworfen wurden. Es bestand die Notwendigkeit, die eigene kulturelle Identität zu verbergen und indigene Sprachen und Trachten abzulegen.

In vielen *comunidades* regierten Misstrauen und Angst, und solidarische Netzwerke brachen zusammen. In den Zeugenaussagen fand sich häufig der Verweis auf die Ermordung der Alten, die nicht nur Träger der kollektiven Erinnerung waren, sondern auch das indigene Rechtssystem aufrechterhalten hatten. Dieses System beruhte auf den Prinzipien der Wiedergutmachung und erachtete die Bestrafung des Delinquenten als zweitrangig.[484] Dennoch war der Zusammenbruch der traditionellen Formen des Zusammenlebens nicht einzig auf die Repression zurückzuführen.

---

[482] Vgl. Becker; Ohne Haß keine Versöhnung, a.a.O., S. 88f.

[483] REMHI, Bd. I, S. 17 (Zeugenaussage). Das indigene Weltverständnis zeichnet sich durch ein dynamisches Verhältnis zwischen Lebenden und Toten und insofern wiegen die Verstümmelung der Körper, das Verbot, die Toten zu bestatten und vor allem auch das Unwissen über deren Verbleib besonders schwer.

[484] vgl. REMHI, Bd. I, S. 126, Claudia Dary F.; El derecho internacional humanitario y el orden jurídico maya: una perspectiva histórico-cultural, Guatemala 1997, S. 310ff. (Der Zusammenbruch des traditionellen Rechtssystem begünstigt die Zunahme von Formen der Lynchjustiz in der Gegenwart).

> Obwohl sich in vielen ländlichen *comunidades* die Rolle der Alten im Wandel und in einer Krise befand, die auf das Auftauchen neuer junger Führungspersönlichkeiten der Katholischen Aktion oder auf die Präsenz bewaffneter Gruppen zurückzuführen ist, wird der Effekt des traumatischen Verlustes von den Überlebenden wie ein Beweis der Zerstörung und Erniedrigung gesehen, die die betroffenen *comunidades* erlitten.[485]

Die Erfahrungsberichte der Betroffenen zeigten jedoch auch eine gegensätzliche Wirkung der Repression, die nicht nur die Zerstörung solidarischer Bande, sondern auch die Schaffung neuer hervorbrachte. Aus der Not der Vertreibung heraus entstanden neue Formen solidarischen Zusammenlebens, die sich am offensichtlichsten in der Erfahrung der Widerstandsdörfer manifestierte. Doch auch bezüglich vieler *comunidades*, deren Bewohner nicht geflohen waren, konnte nachgewiesen werden, dass die Repressionsziele von Apathie und sozialer Isolation nicht flächendeckend erreicht wurden.

> Obwohl die sozialen Folgen von Zerrüttung (*decohesión*) und Demobilisierung enorm gewesen sein mögen, haben die Willkür und Brutalität bei vielen auch ein stärkeres Bewusstsein von der Gewalt und dem Handeln des Militärs erzeugt. Paradoxerweise hat dieses Bewusstsein vom Terror dazu beigetragen, Widerstandsformen zu entwickeln.[486]

Trotz der flächendeckenden Terrorisierung der Bevölkerung hatten sich verschiedene informelle und formelle Hilfsnetzwerke gebildet. Das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung konnte nachweisen, dass die Entstehung von Widerstandsformen eine herausragende Bedeutung für die politische Entwicklung Guatemalas in den 1980er Jahren besessen hatte. Sowohl in der Hauptstadt als auch im »Landesinneren« hatten sich Menschenrechtsorganisationen gegründet, die entweder für das „lebendige Wiedererscheinen der Verschwundenen“ oder aber gegen die lokalen Repressionsnetze kämpften. Diese zumeist von Frauen gegründeten Zusammenschlüsse markierten die Wiedergeburt der sozialen Bewegung und somit den Beginn der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme auf den Friedensprozess und auf die nationale Politikgestaltung.

6.4.2 Sexuelle Gewalt

In der sozialpsychologischen Analyse des Terrors wurde in beiden Berichten ein Schwerpunkt auf die Untersuchung der sexuellen Gewalt gegen Frauen gelegt und damit eine grundsätzlich andere Betrachtung der Dramatik des Terrors ermöglicht. Wie eingangs bemerkt, stellte die Veröffentlichung dieses Themas

---

[485] REMHI, Bd. I, S. 107. Die hier abermals eingeleitete Auseinandersetzung mit der Rolle der katholischen Kirche für den sozialen Wandel wird im Folgenden nicht umfassend fortgesetzt: Thematisiert wird lediglich die Unmöglichkeit, Anfang der 1980er Jahre sowohl katholische als auch Maya-Religion zu praktizieren. Zusammen mit dem Anwachsen evangelischer Sekten hatte dies erhebliche Auswirkungen auf die soziale Identität, vgl. REMHI, Bd. I, S. 121ff.

[486] REMHI, Bd. I, S. 12.

einen entscheidenden Tabubruch in der guatemaltekischen Gesellschaft dar.[487] Die diesbezügliche Analyse nahm ihren Ausgang nicht in der statistischen Auswertung der Zeugenaussagen, da die mit Schuld und Scham konnotierte sexuelle Gewalt gegen Frauen nur selten direkt bezeugt wurde. Sexuelle Gewalt trat in den Zeugenaussagen am Rande auf: Die Beschreibungen der Massaker enthielten häufig den Verweis darauf, dass die Frauen der *comunidad* vor ihrer Ermordung vergewaltigt wurden. Die offizielle Kommission thematisierte in ihrer Analyse die weit verbreitete Verwendung von Euphemismen[488] und hob diese im Text hervor. Die Verwendung von Euphemismen verwies nicht nur auf die Tabuisierung von Sexualität, sondern auf einen Kern des Geschlechterverhältnisses, der unabhängig von der »bewaffneten Auseinandersetzung« existierte und von dieser nur potenziert wurde: „Die Truppe hat nicht an Exzesse gedacht, sie haben mehr daran gedacht, zu vergewaltigen und zu rauben [...] die Plünderungen und die Vergewaltigungen haben ihnen mehr bedeutet".[489] Vergewaltigung wurde als Bestandteil „normalen" Verhaltens wahrgenommen. Massenvergewaltigungen galten, wie sowohl REMHI als auch CEH nachwiesen, nicht nur als Instrument zur psychosozialen Kontrolle von militärischen Einheiten und Zivilpatrouillen, sondern auch als Geschenk, als Belohnung für die willige Vollstreckung von Massakern. Obwohl auch die Weigerung, an Massenvergewaltigungen teilzunehmen, dokumentiert wurde, wurden diese auffallend oft als „unschuldiges Vergnügen", das mit einem erheblichen Lustgewinn für die beteiligten Männer verbunden war, beschrieben.[490] Die von Militärangehörigen oder Mitgliedern der Selbstverteidigungspatrouillen begangenen Vergewaltigungen waren sowohl psychische Kompensation als auch Machtdemonstration.

> Die verschiedenen Umstände und Momente, in denen diese Gewalt auftritt, spiegeln eine gesellschaftliche Auffassung und Praxis wider, die über die »bewaffnete Auseinandersetzung« selbst hinausweist.[491]

---

[487] In beiden Abschlussberichten finden sich keine Verweise auf die Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung von Männern, die etwa in Argentinien einen (nachgewiesenen) fundamentalen Bestandteil der Folter darstellte. Homosexualität war ein weit größeres Tabu als die sexuelle Gewalt gegen Frauen.

[488] Vgl. CEH, Bd. III, S. 21 (§ 2381). Der Begriff der *violación sexual* (Vergewaltigung) taucht in den Zeugenaussagen selten auf. Es werden Wendungen wie „los soldados *pasaron* con ellas" oder „las *usaron*" verwendet.

[489] CEH, Bd. III, S. 29 (§ 2404) (Aussage eines Schlüsselinformanten).

[490] Vgl. insbesondere REMHI, Bd. II, S. 213f. Ausführlich schildert ein Mitglied des Geheimdienstes eine Massenvergewaltigung nach einem Massaker und verleiht dabei seiner Begeisterung Ausdruck. Einzig mit einer Praktik sei er nicht einverstanden gewesen: der Weisung, dass geschlechtskranke Truppenmitglieder erst zum Schluss „dran seien" (zum Belohnungscharakter s. auch CEH, Bd. III, S. 34 (§ 2421, Zeugenaussage)).

[491] REMHI, Bd. I, S. 212.

Die wenigen Zeugenaussagen von Tätern belegten, dass es sich bei Vergewaltigungen um Gewalttaten handelte, die sich zwar in den Kontext der erzwungenen Vollstreckung von Grausamkeiten einschrieben, zugleich aber Gelegenheiten zum Ausagieren sexueller Phantasien und sexuellen Verlangens darstellten. Damit zeigten die Zeugenaussagen, dass sexuelle Gewalt als Moment männlicher Kriegslust „nicht erst durch das Militär erzeugt wird, sondern zur allgemeinen Ausstattung von Normalmännlichkeit unter den gegebenen kulturellen Bedingungen gehört.“[492]

Auch zuvor war die umfassende Vergewaltigungspraxis integraler Bestandteil der Schilderung des Grauens gewesen. So hatte bereits Ricardo Falla in seiner Beschreibung des mehrtägigen Massakers von Cuarto Pueblo (1982), welches als eines der grauenhaftesten in die Geschichte eingehen sollte, sowohl die Tatsache von Vergewaltigungen als auch den „Belohnungscharakter“ derselben dokumentiert[493]. Auch die CEH berichtete von der systematisch angewandten Vergewaltigungspraxis als Element dieses Massakers, das alle Facetten der Strategie der verbrannten Erde enthielt. Am Ende des zweiten Tages des Massakers waren alle älteren und schwangeren Frauen umgebracht worden, nur die jungen hatten überlebt. Um zehn Uhr morgens gab der Offizier bekannt:

> Es ist besser, die Frauen aufzuteilen, eine für fünf Soldaten. Diese Frauen werden das Essen machen und ansonsten zum Vergnügen da sein. 15 Tage werden wir da sein und diese 15 Tage werden wir sie benutzen. Und wenn ihr Geduld habt, werdet ihr nicht ruhen.[494]

In der reinen Beschreibung des Procederes eines Massakers wichen weder REMHI noch CEH wesentlich von früheren Schilderungen ab. Die Differenz bestand in der Gewichtung und Perspektive. REMHI und CEH nahmen die Perspektive der terrorisierten Frauen ein und ergänzten ihre eigenen Analysen der Folterpraktiken und Massaker, in denen sexuelle Gewalt gegen Frauen als ein Moment einer übergeordneten Praxis untersucht wird, durch eine dezidiert genderanalytische Betrachtung.

REMHI erläuterte zunächst die psychischen und physischen Folgen einer Vergewaltigung, zu denen neben dem Verlust an Sicherheit und Vertrauen sowie der Abweisung des eigenen Körpers und der Sexualität vor allem die schier übermächtigen Scham- und Schuldgefühle zählen. Damit waren bereits Folgen angedeutet, die auf gesellschaftliche Moralvorstellungen und Praktiken zurückzuführen waren. Während verletzte oder getötete Männer und Frauen als Märty-

---

[492] Rolf Pohl; Massenvergewaltigung. Zum Verhältnis von Krieg und männlicher Sexualität, in: Mittelweg 36 2/2002, S. 53-75.

[493] Vgl. Falla; Masacres de la selva, a.a.O., S. 83-106.

[494] CEH, Bd. XII (CI N°4). „Benutzen“ (*usar*) war eines der verbreitetsten Euphemismen für Vergewaltigungen.

rer oder Helden verehrt wurden, wurden die Opfer von Vergewaltigung stigmatisiert. Vergewaltigung als eine „Art der sozialen Schande“[495] war mit Tabuisierung und sozialem Ausschluss verbunden. Dieser Aspekt, von REMHI nur angedeutet, wurde von der offiziellen Kommission detaillierter dargelegt. Das Wissen um eine Vergewaltigung führte häufig dazu, dass die Frauen selbst für das Geschehene verantwortlich gemacht wurden. Die Opfer, in vielen Fällen Überlebende von Massakern, waren mit einem Stigma versehen, das erneute Heiraten unmöglich machte und zum sozialen Ausschluss aus der *comunidad* führte.[496]

Mit der Benennung der sexuellen Gewalt und der Stigmatisierung vergewaltigter Frauen erhielt das „Projekt der Versöhnung“ eine zusätzliche Brisanz. In ihm enthalten sein müsste nicht einzig die Versöhnung zwischen Opfern und Tätern, sondern auch die zwischen Frauen und Männern.

Vergewaltigung stellte für das Gros der Frauen einen Aspekt einer umfassenden Gewalterfahrung dar. Diese war oftmals durch den Verlust oder das Verschwinden von Angehörigen gekennzeichnet und somit mit einer Wandlung der Familienstruktur verbunden. Frauen waren durch die Gewaltverhältnisse gezwungen, die ökonomische Versorgung der Familie und somit die traditionelle Rolle des Mannes zu übernehmen. Diese Situation führte nicht nur zu einer mit Resignation gepaarten Überlastung, sondern leitete in vielen Fällen einen Bewusstseinsprozess ein. Die Gewaltverhältnisse trugen zur Auflösung traditioneller Rollenkonzepte bei und stärkten in vielen Fällen das Selbstbewusstsein der Frauen. Damit wurde eine Entwicklung gestärkt, die bereits vor der Politik der verbrannten Erde mit dem zunehmenden Engagement von Frauen in sozialen Projekten eingesetzt hatte.

Die Notwendigkeit, verschwundene Angehörige zu suchen, die Angst vor der Zwangsrekrutierung der eigenen Kinder und schließlich die Angst vor der Willkür der Zivilpatrouillen brachten in Guatemala eine von Frauen getragene Bewegung gegen die Militarisierung der Gesellschaft und gegen die Straflosigkeit hervor.[497]

---

[495] REMHI, Bd. I, S. 219.

[496] Vgl. CEH, Bd. III, S. 42ff. (§§ 2444ff.), S. 47f. (§ 2459, Zeugenaussage), S. 51 (§ 2470, Zeugenaussage), S. 55 (§ 2477, Zeugenaussage).

[497] Mit der Konsolidierung dieser Bewegung begannen sich jedoch auch die Geschlechterverhältnisse innerhalb der Organisationen zu verändern. Zwei der größten Angehörigenorganisationen, GAM und FAMDEGUA, werden gegenwärtig von Männern geleitet und repräsentiert (vgl. dazu auch Marianne Braig; Frauenangelegenheiten und Politik oder Politik als Angelegenheit der Frauen, in: Hengstenberg, Peter et al. (Hrsg.); Zivilgesellschaft in Lateinamerika. Interessenvertretung und Regierbarkeit, Frankfurt a. M. 2000).

6.4.3 Brüchige Fundamente der Demokratie

Wenngleich sich die sozialpsychologischen Untersuchungsergebnisse von REMHI und CEH weitgehend deckten, traten die Autoren der offiziellen Kommission mit einem anderen Ansatz an die Analyse der Gewaltfolgen heran. Die von REMHI erarbeitete Diagnostik der Gewaltfolgen für Individuum, Familie, *comunidad* und – in eingeschränktem Maße – für die Gesamtgesellschaft wurde von der offiziellen Kommission in eine Betrachtung der Fundamente des postkonfliktiven Staates eingebettet. Einleitend wurde auf die augenscheinlichsten Tragödien der »bewaffneten Auseinandersetzung« verwiesen: die enormen Verluste an Menschenleben und somit an Möglichkeiten und Träumen, die Verarmung des gesamten Landes, die Zerrüttung der demokratischen Institutionen und schließlich die Auflösung der Normen des (Zusammen-)Lebens.

> All diese Folgen werfen eine fundamentale Frage für die *Konstruktion und Konsolidierung des Friedens* auf: Was sind die Auswirkungen der [bewaffneten] Auseinandersetzung auf die Gesellschaft und die sie bildenden Personen, *comunidades* und Institutionen?[498]

Als die Autoren der CEH im ersten Teil ihrer Analyse die Folgen des Terrors verhandelten, wiesen sie mehrmals darauf hin, dass aufgrund der Terrorpraktiken der Wille zur Veränderung gelähmt werde. Neben der Störung des Trauerprozesses, der Straflosigkeit und der Einbeziehung der Zivilbevölkerung wurde ein besonderes Augenmerk auf die Wirkungen der aufständischen Gewalt und auf die Kriminalisierung der Opfer gerichtet. Wenngleich die Quantität der von der Guerilla in Form öffentlicher Exekutionen etc. ausgeübten Gewalt im Vergleich zum Ausmaß staatlichen Terrors verschwindend gering war, besaß sie für die Ausbreitung von Apathie, Schweigen und Ohnmachtsgefühlen eine große Bedeutung. Die Kriminalisierung der zu Kommunisten und Subversiven erklärten Opfer beeinflusste ebenfalls den Zustand der gegenwärtigen und künftigen guatemaltekischen Gesellschaft.

> Die systematische Indoktrinierung hat Spuren im *kollektiven Unterbewusstsein* der guatemaltekischen Gesellschaft hinterlassen. Die Apathie und die Interesselosigkeit an politischer Partizipation repräsentieren einige der wichtigsten Folgen der Kriminalisierung und stellen ein Hindernis für die aktive Partizipation der Bevölkerung bei der Konstruktion der Demokratie im Land dar.[499]

Die *postkonfliktive* Demokratie („Volksherrschaft“) ruhte auf einer Gesellschaft, in welcher der politische Wille gebrochen war. Mit dieser Schlussfolgerung stellte die offizielle Kommission die Qualität der guatemaltekischen Demokratie grundsätzlich in Frage!

---

[498] CEH, Bd. IV, S. 11 (§ 3883, Hervorhebung A.O.), s. auch: ebda., S. 12 (§ 3887).
[499] CEH, Bd. IV, S. 43 (§ 3956), Hervorhebung A.O.

> Der Vorsatz, in der Gesellschaft kurz- und auch langfristig die Möglichkeit und den *Willen zur Veränderung* zu vernichten, ließ die Zivilgesellschaft zum hauptsächlichen Opfer der Aufstandsbekämpfung werden.[500]

Der Terror zielte auf die Erzeugung politischer Passivität, Apathie und Konformität. Im Visier der Strategen der Aufstandsbekämpfung stand nicht nur die Organisation, die einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen suchte, sondern jegliche Bemühung zur Verbesserung der Lebensmöglichkeiten auf nationaler Ebene.

Im zweiten Teil der Analyse wurde diese Argumentation fortgeführt und untersucht, welche Auswirkungen Straflosigkeit und Militarisierung nicht nur für Individuen und *comunidades*, sondern für das gesellschaftliche Ganze hatten. „Ein historisch schwaches [staatliches] Institutionengefüge verlor für die Bevölkerung weiter an Glaubwürdigkeit: conditio sine qua non für einen konsolidierten und legitimen Staat".[501] Straflosigkeit wurde in diesem Zusammenhang nicht nur als Mittel der Repression, sondern als eigentliches Ziel derselben untersucht. Die jahrzehntelang regierende Straflosigkeit führte zu einem weit verbreiteten und wohl begründeten Misstrauen in das Justizsystem. Damit wurde ein Stützpfeiler einer funktionierenden Demokratie langfristig zerstört. Die Militarisierung des Staates, die sich diskursiv in den Argumentationsmustern des Kalten Krieges und praktisch in der Organisierung der Bevölkerung in bewaffneten Patrouillen manifestierte, hatte ebenso dauerhafte Folgen für die Einrichtung eines demokratischen Modells. Soziale Konflikte wurden jahrzehntelang durch ideologisch legitimierte Gewalt gelöst. Die Folgen dieses Modells für Individuen und die Gesamtgesellschaft waren so gravierend, dass das Bestehen einer Grundbedingung der Möglichkeit von Demokratie bezweifelt werden konnte: die Einsicht in den Vorrang legaler Mittel.

Im Zusammenhang der *politischen* Folgen des Terrors wurden ausführlich die Auswirkungen der Repression auf die urbane soziale Bewegung im Allgemeinen und auf Gewerkschaften, katholische Kirche und Nationaluniversität im Besonderen untersucht. In der »organisierten Zivilgesellschaft« führte die Eliminierung aktiver Mitglieder zu einem politischen Vakuum und zur Diskontinuität der sozialen Bewegung. Der Terror bewirkte die Fragmentierung der sozialen Bewegung und den Verlust der akkumulierten Erfahrung der »organisierten Zivilgesellschaft».[502] Auch mit dieser These wurde die Qualität der postkonfliktiven Demokratie relativiert.

---

[500] CEH, Bd. IV, S. 42 (§ 3952), Hervorhebung A.O. Zu betonen ist, dass es sich nicht um eine Randbemerkung der Autoren handelt, sondern um ein Leitmotiv in der Darstellung der psychosozialen Konsequenzen der Gewalt. Vgl. auch § 3888, § 3900, § 3904, § 3918, § 3924, § 3925, § 3926, § 3927, § 3936 (Zeugenaussage), § 3951, § 4102, § 4127, § 4128.

[501] CEH, Bd. IV, S. 60 (§ 4004).

[502] Vgl. CEH, Bd. IV, S. 118f. (§ 4187).

Leser, die der Reihenfolge der Kapitel folgen, stolpern von der sensiblen Darstellung der Folgen für Kinder in eine thematische Sektion, die den ökonomischen Kosten der »bewaffneten Auseinandersetzung« gewidmet ist. Ökonomisch bedeutete die »bewaffnete Auseinandersetzung« erstens Produktionsverluste aufgrund von Tod und Verschwindenlassen (US-$ 600 Millionen), internen Vertreibungen (US-$ 1600 Millionen), Flucht (US-$ 900 Millionen), zusätzlicher Rekrutierung in die Armee (US-$ 800 Millionen), Rekrutierung in die PAC (US-$ 3000 Millionen) und Rekrutierung in die Guerilla (US-$ 100 Millionen). Zweitens verursachte die materielle Zerstörung von Häusern, Arbeitsgerät, Feldern, Tieren (US-$ 340 Millionen), von Kooperativen und Fincas (US-$ 150 Millionen) und Infrastruktur erhebliche Kosten. Zusammen mit dem zusätzlichen Militärhaushalt (US-$ 740 Millionen) und dem „geopferten" (*sacrificado)* Wirtschaftswachstum (US-$ 1070 Millionen) belief sich die Summe der geschätzten Kosten der »bewaffneten Auseinandersetzung« auf US-$ 9300 Millionen.[503] In einem Bericht, welcher erhebliche Mühe darauf verwendete, der Würde der Opfer und den kulturellen Vorstellungen der Maya Rechnung zu tragen, war eine makroökonomische Auswertung, die Menschen als Humankapital und Felder lediglich als tote Materie begriff, im Zusammenhang mit der sozialpsychologischen Analyse der Gewaltfolgen fehl am Platz.[504]

Wie auch der REMHI-Bericht schloss die Analyse der offiziellen Kommission mit den Widerstandsformen, die sich gegen Repression und Straflosigkeit entwickelten. *Gewürdigt* wurde so einerseits die Menschenrechtsbewegung und andererseits die indigene Bewegung.

Aus dem Tod entsteht das Leben. (Popol Wuj)[505]

6.5 Die Herkunft der Empfehlungen

Die Verhandlungsparteien hatten die Wahrheitskommission mit einem Mandat ausgestattet, das neben der Aufklärung vergangener Menschenrechtsverletzungen auch die Formulierung von Empfehlungen beinhaltete. In der „Erinnerung an das Schweigen" wurde betont, dass die Ausarbeitung des Empfehlungskataloges wesentlich von der Zivilgesellschaft angeregt wurde, die vielfältige Vorschläge eingebracht hatte.[506] Um diese Vorschläge zu bündeln, hatte die CEH

[503] Vgl. Bd. IV, S. 226 (Tabelle 16).

[504] Im fünften Band wurden die zentralen Thesen zur Schwächung der demokratischen Fundamente in die einleitende Darstellung der »bewaffneten Auseinandersetzung« integriert und dort jeweils am Ende der Darstellung einer Dimension des Terrors untergebracht (vgl. CEH, Bd. V, S. 33 (§§ 48-49), S. 35f (§§ 58-61)). Die ökonomischen Kosten der »bewaffneten Auseinandersetzung« wurden indes direkt als solche betitelt (vgl. ebda., S. 39f (§§ 72-76)).

[505] Mit diesem Zitat wurde das Kapitel über die Wirkungen der Gewalt eingeleitet.

[506] vgl. CEH, Bd. V, S. 59.

am 27. Mai 1998 ein „Nationales Forum“ im hauptstädtischen Hotel *Marriott* durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war es, die Vielzahl existierender Vorstellungen und Forderungen themenzentriert zu diskutieren und einen Empfehlungskatalog zu erarbeiten, der der Kommission als gewichtiger Input dienen würde. Dabei wurden die zivilgesellschaftlichen Organisationen im Vorfeld gebeten, Vorschläge für Empfehlungen einzureichen, die sich folgenden Oberthemen zuordnen ließen:

Tab. 5: Vorgaben für Vorschläge zu den Empfehlungen der CEH

1) Empfehlungen zur Förderung des Friedens und der nationalen Eintracht (Maßnahmen zur Überwindung der sozialen Exklusion, zur Schaffung sozialer Gleichheit und zur Stärkung der ökonomischen und sozialen Menschenrechte; Maßnahmen zur Überwindung von Diskriminierung in allen Bereichen und zur Förderung der kulturellen Rechte; Maßnahmen zur Sicherung der zivilen und bürgerlichen Rechte)
2) Maßnahmen zum Andenken an die Opfer der »bewaffneten Auseinandersetzung«
3) Maßnahmen zur Bildung einer Kultur des gegenseitigen Respektes und der Wahrung der Menschenrechte (Friedenserziehung, Verbreitung der Wahrheit, Förderung der Multikultur, Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte, Mechanismen zur Konfliktlösung, Verhandlungsführung und konzertierten Aktion [*concertación social*])
4) Maßnahmen zur Stärkung des demokratischen Prozesses (Rechtsprechung, Zugang zur Justiz, Gewohnheitsrecht, Vorrang der Zivilgewalt und Rolle der Streitkräfte, öffentliche Sicherheit, demokratische Partizipation, Stärkung lokaler Autoritäten)
5) Maßnahmen zur Reparation für die Opfer (öffentliche Anerkennung der Verantwortlichkeiten und andere Formen moralischer Reparation, individuelle und kollektive materielle Entschädigung, Gesetzgebung bezüglich der Konsequenzen der »bewaffneten Auseinandersetzung»: Exhumierungen, Verschwindenlassen, vermuteter Tod etc., psychosoziale Reparation und Wiederherstellung des sozialen Netzes, präventive Maßnahmen bezüglich der untersuchten Fälle und zur Vermeidung von Straflosigkeit)
6) *Follow-Up*-Mechanismen (nationale und internationale)

Quelle: CEH; Foro Nacional sobre Recomendaciones de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico, Einladung an die Organisationen der Zivilgesellschaft und an (internationale) Beobachter.

An diesem Muster eines Empfehlungskataloges, das sich an den Vorgaben des Mandats orientierte, war bereits ersichtlich, dass die Diskussionsräume für die »organisierte Zivilgesellschaft« stark eingeschränkt waren. Als die Kommission zur historischen Aufklärung neun Monate nach der Durchführung des „Nationalen Forums zu den Empfehlungen der CEH“ ihren Abschlussbericht präsentierte, enthielt dieser einen sehr umfangreichen Katalog von Empfehlungen.

> Bei der Formulierung ihrer Empfehlungen hat sich die Kommission starke Zurückhaltung auferlegt. Viele der notwendigen Reformvorhaben waren bereits in dem Paket der Friedensverträge vorgezeichnet worden.[507]

In dem von der CEH vorgelegten Katalog von insgesamt 84 Empfehlungen standen die Friedensverträge in zweierlei Hinsicht an zentraler Stelle. Erstens fand sich in der Einleitung zum Empfehlungsteil der „Erinnerung an das Schweigen“ der Hinweis darauf, dass die Umsetzung der Friedensverträge für die Errichtung rechtstaatlicher Fundamente der guatemaltekischen Demokratie unabdingbar sei.[508] Grundsätzlich – so der Mandatstext – sei die Arbeit der CEH eng mit dem demokratischen Transitionsprozess verbunden; ihre Empfehlungen sollten u.a. auf die Stärkung des demokratischen Prozesses zielen und, grundsätzlicher noch, die historische Aufklärung selber sollte dazu beitragen, „dass sich diese traurigen und schmerzvollen Seiten [der Geschichte] nicht wiederholen und dass der Demokratisierungsprozess im Land gestärkt wird.“[509] Somit waren die Empfehlungen der Kommission per se eng mit den in den Friedensverträgen anvisierten Reformen verwoben. Obwohl es „sinnlos gewesen [wäre], alle diese Vereinbarungen zwischen der Regierung und der Guerilla nochmals als Empfehlungen der Kommission auszuformulieren“[510], bezogen sich die Empfehlungen der CEH nicht nur mehrmals explizit auf die Friedensverträge, sondern erläuterten und bekräftigten die darin vorgesehenen Reformvorhaben. Der Empfehlungsteil enthielt zudem detaillierte Anmerkungen zu mehreren Kernelementen der Friedensverträge. Die als explizite Verstärkung der in den Friedensverträgen vorgesehenen Reformen zu verstehenden Empfehlungen bezogen sich auf strukturelle demokratische Reformen (Militär, Justiz, Polizei, Steuern) und auf die Umsetzung des Postulats einer multikulturellen Gesellschaft. Insgesamt hatte die Kommission ein breites Spektrum von Empfehlungen vorgestellt, die sich mehrheitlich an die Regierung, aber auch an Kongress und Zivilgesellschaft richteten. Der folgende Überblick, der einer Charakterisierung des gesamten Empfehlungspaketes vorangestellt ist, mag sowohl die Bandbreite der in den politischen Diskurs eingebrachten Empfehlungen anzeigen als auch die Orientierung erleichtern:

---

[507] Tomuschat; Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung, a.a.O., S. 169.
[508] Vgl. CEH, Bd. V, S. 59.
[509] Acuerdos de Paz; a.a.O., S.247.
[510] Tomuschat; Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung, a.a.O., S. 169f.

Tab. 6: Der Empfehlungskatalog der CEH

I.	**Maßnahmen zur Würdigung der Opfer**
1-3	Öffentliche Stellungnahme/Entschuldigung von Präsident, Kongress und URNG-Kommandantur
4	Gedenken an die Opfer (Gedenktage und -stätten, Umbenennung von öffentlichen Gebäuden und Plätzen)
5-6	Erinnerungsformen der Maya-Kultur (Wiederherstellung und Anerkennung heiliger Stätten)
II.	**Reparationsmaßnahmen**
7-21	Nationales Entschädigungsprogramm (ökonomische Entschädigung, psychosoziale Reparation inkl. psychische Betreuung, juristischer Beistand, moralische und symbolische Reparation); Zielgruppe: Opfer (oder Familienangehörige) von Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten im Zusammenhang mit der »bewaffneten Auseinandersetzung», Laufzeit: 10 Jahre, Finanzierung: nationale und internationale Mittel
22-31	Verschwindenlassen (aktive staatliche Exhumierungspolitik, Informationsfreigabe, Einrichtung einer Nationalen Kommission für die Suche nach verschwundenen Kindern, Festlegung des rechtlichen Status von Verschwundenen
III.	**Maßnahmen zur Stärkung einer Kultur des gegenseitigen Respekts und der Achtung der Menschenrechte**
32-38	Verbreitung des Berichtes (Übersetzungen, Einbeziehung in Curricula) und der Konzepte von Menschenrechten, Demokratie und Multikultur
39-45	Ratifizierung internationaler Abkommen, gesetzliche Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtlern, Einrichtung einer Kommission zur Prüfung des Verhaltens hoher Militärs
IV.	**Maßnahmen zur Stärkung des demokratischen Prozesses**
46-52	Justizsystem (Umsetzung der Friedensabkommen und der Empfehlungen der Kommission zur Stärkung der Justiz, Anwendung des Gesetzes zur Nationalen Versöhnung: Strafverfolgung von Folter, Verschwindenlassen und Genozid, Habeas-Data-Recht, Integration traditioneller indigener Formen der Konfliktlösung in das Rechtssystem)
53-72	Funktion der Streitkräfte (Auflösung der Präsidentengarde EMP, neuer Militärkodex, Reduzierung der Geheimdienste, militärische Doktrin und Ausbildung, Zivildienst)
73-78	öffentliche Sicherheit (Funktion, Struktur und Ausbildung der Nationalen Zivilpolizei)
V.	**weitere Empfehlungen zur Förderung des Friedens und der nationalen Eintracht**
79	Fortgesetzte historische Untersuchungen
80-82	Politische Partizipation der indigenen Bevölkerung und Überwindung des Rassismus
83	Steuerreform
VI.	***Follow-Up***
84	Einrichtung einer „Stiftung für den Frieden und die Eintracht“ (Umsetzung, Überwachung, Unterstützung der Empfehlungen)

Quelle: CEH, Bd.V, S. 59-85.

Wie der Überblick über den Katalog von 84 Empfehlungen zeigt, präsentierte die Wahrheitskommission Vorschläge zur Politikgestaltung, die auf der anfänglich entworfenen Struktur basierten und weitestgehend sozioökonomische Reformvorhaben ausklammerten. Dringliche Reformen aus dem Bereich der sozialen und ökonomischen Menschenrechte waren jedoch andererseits durch die explizite Betonung der Notwendigkeit einer Umsetzung der Friedensverträge zu einem Bestandteil der Empfehlungen geworden.

Der schließlich präsentierte Empfehlungskatalog war um die politischen und kulturellen Menschenrechte zentriert und stellte in mehrerlei Hinsicht eine Ableitung aus den Untersuchungsergebnissen der Kommission dar. Erstens standen die Möglichkeiten einer Wiederherstellung der Würde der Opfer und die Maßnahmen zur „Wiedergutmachung" am Beginn des Empfehlungskataloges. Das Gedenken an die Opfer, die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und die ehrenvolle Bestattung der Toten eröffneten – als Momente moralischer Reparation – die vergangenheitspolitischen Vorschläge der Kommission. Auch die Konzeption des Nationalen Reparationsprogramms entsprach den Arbeitsergebnissen der Kommission, da dieses nicht ausschließlich individuelle Entschädigungszahlungen an Opfer und deren Familienangehörige vorsah, sondern auch auf die Verbesserung der sozioökonomischen Situation in den gespaltenen Gemeinden zielte. Damit entsprach die Konzeption des Entschädigungsprogramms der Charakterisierung der »bewaffneten Auseinandersetzung« als eines Krieges, der auf lokaler Ebene stattfand und die Grenzen zwischen Opfern und Tätern verwischte.

Mit der Positionierung der auf die Reformierung des Justizsystems zielenden Empfehlungen ließ sich eine zweite Form der Ableitung aus den Untersuchungsergebnissen erkennen. Das Thema der Justizreform stand am Anfang der auf die Stärkung des Demokratisierungsprozesses gerichteten Empfehlungen. Die Reformierung von Militär und Polizei folgte an zweiter und dritter Stelle. Damit hatte die Kommission ihrer zentralen These Rechnung getragen, dass die Straflosigkeit eines der bedeutsamsten Mittel gewesen sei, um das Klima von Furcht und Terror zu schaffen und aufrechtzuerhalten.[511]

Drittens enthielten die Empfehlungen eine Reihe von Maßnahmen, die der Konstruktion und Festigung einer multikulturellen Nation dienen sollten. Das „Bestehen des Rassismus als Doktrin der Superiorität" war, so eines der zentralen Ergebnisse der Kommission, für die unvorstellbar brutale Art der Ausübung der Massaker im westlichen Hochland ausschlaggebend.[512] Die Bedingung der Möglichkeit einer Überwindung des tief verwurzelten Rassismus wurde in der Förderung der multikulturellen Nation gesehen. Dabei war sich die Kommission der Problematik bei der Überwindung ethnischer Gräben bewusst und legte ein

[511]Vgl. CEH, Bd. V, S. 35 (§§ 56-57).
[512]Vgl. CEH, Bd. V, S. 29 (§ 33).

besonderes Gewicht auf die Erziehung zu einer Kultur des gegenseitigen Respekts. Die von der Kommission vorgestellte multikulturelle Nation war eine auf der Anerkennung der kulturellen Differenz beruhende, und in diesem Sinne wurde eine staatliche Bildungspolitik vorgeschlagen, die „die Toleranz und den Respekt stärkt und die Selbsterkenntnis und die Kenntnis des anderen fördert“.[513] Neben bildungspolitischen Maßnahmen zur Überwindung rassistischer Haltungen enthielten die Empfehlungen eine Reihe von Vorschlägen zur stärkeren Einbeziehung der indigenen Bevölkerung in staatliche Institutionen im Allgemeinen und in die Nationale Zivilpolizei im Besonderen.

Die unmittelbare Anlehnung der Empfehlungen an die Ergebnisse der historischen Aufklärung war viertens bezüglich der Überwindung der Straflosigkeit auszumachen. Vor dem Hintergrund der von wesentlichen Akteuren des Friedensprozesses geteilten Ansicht, die Einsetzung einer Wahrheitskommission sei eine Alternative zur Strafverfolgung, stand die Haltung der Wahrheitskommission hinsichtlich der Überwindung faktischer oder gesetzlich fixierter Straflosigkeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die salvadorianische Wahrheitskommission hatte sich wenige Jahre zuvor entschieden, auf eine Empfehlung zur Strafverfolgung zu verzichten, da das salvadorianische Justizsystem unfähig sei, Prozesse in gravierenden Fällen von Menschenrechtsverletzungen unparteiisch und konsequent durchzuführen. Auch die chilenische Kommission hatte auf eine solche Empfehlung verzichtet. Angesichts einer vom Präsidenten unangefochtenen Amnestieregelung hatte sie den Schwerpunkt der Empfehlungen auf die Durchführung eines Reparationsprogramms gelegt. Zudem hatte sie die fortgesetzte Suche nach Verschwundenen und die Verabschiedung eines Gesetzes, welches die Zurückhaltung von Informationen unter Strafe stellen würde, vorgeschlagen.

Die guatemaltekische Wahrheitskommission entschloss sich trotz des Bestehens einer Amnestieregelung (LRN – *Ley de Reconciliación Nacional*) dazu, nicht auf die Empfehlung der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen zu verzichten. Dabei zielte die entsprechende Empfehlung nicht auf die Aushebelung der Amnestieregelung, sondern auf die konsequente Anwendung derselben. Das Gesetz zur Nationalen Versöhnung hatte, wie an anderer Stelle bereits bemerkt, die Straftatbestände Folter, Genozid und Verschwindenlassen ausdrücklich von der Amnestie ausgenommen. Die Wahrheitskommission empfahl die auf die Spitzen der Befehlshierarchie fokussierte strafrechtliche Ahndung dieser Verbrechen. Angesichts des brisanten Ergebnisses der historischen Aufklärung – in bestimmten Regionen Guatemalas seien zwischen 1981 und 1983 genozidale Taten verübt worden – gewann die Empfehlung der

[513] Vgl. CEH, Bd. V, S. 69 (§ 38). Zu einer auf der Anerkennung der Differenz beruhenden Konzeption des Multikulturellen vgl. Charles Taylor; The Politics of Recognition, in: ders. et al.; Multiculturalism, Princeton 1994, S. 38f.

strafrechtlichen Ahndung von Folter, Genozid und Verschwindenlassen ein besonderes Gewicht für die auf die Tätigkeit der Wahrheitskommission folgende vergangenheitspolitische Debatte.

Als die Kommission bei der Formulierung ihrer Empfehlungen gewichtige Prioritäten auf die Situation der Opfer, die Reformierung des Justizsystems, die Bildung einer multikulturellen Nation und die Ausschöpfung der prozessualen Möglichkeiten des Amnestiegesetzes legte, folgte sie damit in zentralen Punkten ihren Arbeitsergebnissen. Doch folgte sie damit auch den von der »organisierten Zivilgesellschaft« unterbreiteten Vorschlägen? Der von der Wahrheitskommission vorgelegte Empfehlungskatalog folgte insofern weitestgehend den von der »organisierten Zivilgesellschaft« artikulierten Vorstellungen, als die meisten vergangenheitspolitischen Felder, die in den zivilgesellschaftlichen Organisationen diskutiert wurden, in die offiziellen Empfehlungen Eingang gefunden haben.[514] Viele der zivilgesellschaftlichen Forderungen wurden jedoch von der Kommission lediglich vage oder vergangenheitspolitisch moderat übernommen. Andere Vorschläge der Zivilgesellschaft wurden von der Kommission nicht berücksichtigt. Drei Beispiele mögen die Abschwächung vergangenheitspolitischer Maßnahmen, wie sie von der »organisierten Zivilgesellschaft« eingefordert wurden, belegen.

Die Wahrheitskommission empfahl die Einrichtung einer Kommission, die das Verhalten hochrangiger Mitglieder der Streit- und Sicherheitskräfte untersuchen solle. Auf der Basis der Untersuchungsergebnisse sollten – und hier blieben die Empfehlungen ausgesprochen vage – administrative Maßnahmen ergriffen werden, die mit der von der UN-Menschenrechtskommission deklarierten „Gesamtheit der Prinzipien für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte mittels des Kampfes gegen die Straflosigkeit“ in Einklang standen.[515] Auch die »organisierte Zivilgesellschaft« hatte die Untersuchung menschenrechtsverletzender Aktivitäten eingefordert. Eine solche Untersuchung sollte indes nicht nur das Verhalten hochrangiger Mitglieder der Streit- und Sicherheitskräfte untersuchen, sondern auch das von Zivilisten. Die Ergebnisse der Untersuchungen sollten öffentlich zugänglich sein und eine Namensliste publiziert werden. Im Zusammenhang mit der Untersuchung zivilen, polizeilichen und militärischen Personals sollte zudem die Absetzung nachweislicher Menschenrechtsverletzer stehen. Die Kommission zur historischen Aufklärung folgte in ihren diesbezüglichen Empfehlungen somit einem „versöhnlichen“ Weg, welcher kein militärisches Säbelrasseln provozieren würde.

---

[514] Quelle der folgenden Ausführungen sind die im Vorfeld des „Nationalen Forums“ zusammengefassten Vorschläge, die protokollarisch zusammengefassten Ergebnisse einer Zusammenkunft zivilgesellschaftlicher Organisationen vom 21. Mai 1998 („En busca de la verdad“) sowie eine von CONADEGUA erarbeitete Diskussionsvorlage.

[515] Vgl. CEH, Bd. V, S. 71 (§ 45).

Mit der Begrenzung des Untersuchungsobjektes der genannten Kommission auf die Mitglieder der Streit- und Sicherheitskräfte wurde bereits ein zweiter Bereich angesprochen, in welchem die Kommission den Vorschlägen der Zivilgesellschaft nicht vollständig entsprochen hatte. Die Empfehlungen der Kommission sahen vergangenheitspolitische Maßnahmen vor, die auf wenige gesellschaftliche Sektoren zielen. Deutlich wurde dies insbesondere in Bezug auf die Forderung nach öffentlichen Stellungnahmen und Entschuldigungen. Während die Kommission entsprechende Äußerungen von Präsident, Kongress und URNG-Kommandantur verlangte, bezog die »organisierte Zivilgesellschaft« auch das Ausland, die Wirtschaft und die Justiz in die Forderung ein. Die Reduzierung auf wenige Akteure auf der Täterseite fand ihre Entsprechung in den Empfehlungen, die auf die Würdigung und Reparation der Opfer zielten. Das von der Kommission vorgeschlagene Nationale Entschädigungsprogramm war explizit an Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten und deren Familienangehörige adressiert. Mit der Ausweitung des Empfängerkreises auf ganze *comunidades* versuchte die Kommission, wie an anderer Stelle bereits angemerkt, den tiefen Spaltungen innerhalb derselben Rechnung zu tragen. Im Gegensatz zu der von der Kommission zur historischen Aufklärung vorgestellten Konzeption des Entschädigungsprogramms sahen die Vorschläge der »organisierten Zivilgesellschaft« auch therapeutische und materielle Hilfsprogramme für ehemalige Kombattanten beider Seiten vor. Angesichts der Struktur des guatemaltekischen Terrorsystems, welche auf der Einbeziehung ganzer Dorfbevölkerungen in die Ausübung von Gewalt beruhte, entspräche die explizite Einbeziehung der oftmals zwangsrekrutierten Kombattanten in die Entschädigungsprogramme den Ergebnissen der historischen Aufklärung.

Auch bezüglich des Rechtes auf *habeas data* blieb der Empfehlungskatalog der Kommission hinter den Forderungen der Zivilgesellschaft zurück. Während die Kommission die Erarbeitung und Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes empfahl, welches die geheimdienstliche Überwachung der »organisierten Zivilgesellschaft« regulieren sollte, hatte die »organisierte Zivilgesellschaft« neben dem öffentlichen Zugang zu staatlichen Archiven die Umwandlung des Archivs der CEH in eine öffentlich zugängliche Dokumentationsstelle und die Erstellung einer Liste derjenigen Personen, die im Rahmen der Doktrin der Nationalen Sicherheit ausgebildet worden waren, eingefordert.[516]

Neben den Empfehlungen, welche die Kommission nur in abgeschwächter Form in ihren Empfehlungskatalog aufgenommen hatte, existierten mindestens zwei zivilgesellschaftliche Empfehlungen, die überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Einerseits hatte die »organisierte Zivilgesellschaft« vorgeschlagen, die Geschichte der gegen HIV-Infizierte, Transvestiten, Homosexuelle und Prostitu-

[516] Dabei sollten Sicherheitsvorkehrungen geschaffen werden, um die Zeugen der CEH zu schützen.

ierte ausgeübten Gewalt aufzuarbeiten und gesetzliche und institutionelle Mechanismen zu schaffen, um die Rechte dieser Personengruppen zu schützen. Zweitens hatte die Kommission, die in ihrem Abschlussbericht die gegen Frauen ausgeübte Gewalt ausführlich geschildert hatte, keinerlei Empfehlungen in ihren Katalog integriert, welche daraus politische Konsequenzen gezogen hätten. Die Kommission bezog weder die Empfehlung nach Bildungsprogrammen für öffentliche Angestellte zu Frauenrechten, nach speziellen Hilfsprogrammen und -einrichtungen für vergewaltigte Frauen noch die gesetzliche Anerkennung von Vergewaltigung als Folter und „Delikt gegen die Menschlichkeit“ in ihren Empfehlungskatalog ein.

Insgesamt zeigte sich in der Abhaltung des „Nationalen Forums“ das Muster einer Konzertierung, welche zwar die Zivilgesellschaft in Diskussionsprozesse einband, jedoch vom Entscheidungsprozeß selbst ausschloss. Insbesondere die Ausblendung der weiblichen Opfer zeigte außerdem, dass die Formulierung der Empfehlungen sich in den Rahmen eines hegemonialen Diskurses über „die Gewalt“ und ihre Folgen einschrieb.

7 Geschichtsstunden und ihre Folgen

7.1 Die Bedeutung des öffentlichen Aktes

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion um die Einsetzung von Wahrheitskommissionen wurde vielfach darauf verwiesen, dass eine der wesentlichen Intentionen dieser Form des Umgangs mit der Vergangenheit die öffentliche Anerkennung einer zuvor verleugneten Geschichte von Menschenrechtsverletzungen sei.[517] Wahrheitskommissionen sind, so Timothy Garton Ash, „öffentliche Geschichtsstunden“ und „eine Art Schauspiel der öffentlichen Moral“[518]. Nachdem Wahrheitskommissionen Tausende von Zeugen angehört und Tausende von Dokumenten ausgewertet haben, gipfelt ihr Projekt in der öffentlichen Präsentation der Untersuchungsergebnisse und der feierlichen Übergabe der Abschlussberichte. Insbesondere wenn die Praxis der Beweisaufnahme nicht von öffentlichen Anhörungen geprägt war, besteht in den Abschlusszeremonien das Kernstück des politischen Theaters.[519]

7.1.1 Die Bedeutung des öffentlichen Aktes I (REMHI)

Das kirchliche Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung trat im April 1998 mit seinem Bericht an die Öffentlichkeit. Im März/April 1998 stand die offizielle Kommission am Ende der Zeugenaussagenaufnahme und kurz vor der Schließung ihrer Büros im »Landesinneren«. Offiziell lief die Frist, die ihr zur Erarbeitung des Abschlussberichtes gestellt worden war, noch bis Ende Juli 1998. Während der gesamten Phase der Beweisaufnahme hatten die Mitglieder der Wahrheitskommission über den Fortgang und die Qualität ihrer Analyse ein Schweigen bewahrt, welches sie bis zur Präsentation des Abschlussberichtes beibehalten sollten. Somit wurde die in „zivilgesellschaftlichen“ Zirkeln zirkulierende Befürchtung, dass der Bericht nicht über eine quantitative Analyse von Menschenrechtsverletzungen hinausgehen werde, aufrechterhalten. Vor diesem Hintergrund kündigte REMHI die Übergabe des Abschlussberichtes an. Dieses Ereignis wurde im Kreis hauptstädtischer Intellektueller in erster Linie als Impuls für den offiziellen Prozess der Wahrheitsfindung wahrgenommen:

---

[517] Vgl. Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 25ff.

[518] Ash; Diktatur und Wahrheit, a.a.O., S. 14.

[519] Die südafrikanische Wahrheitskommission geriet vor allem durch die Praxis der öffentlichen Anhörungen in das Zentrum des öffentlichen Interesses. Über die Ergebnisse und Verläufe der Anhörungen wurde in den Medien ausführlich berichtet. Im Falle der lateinamerikanischen Wahrheitskommissionen wurden öffentliche Anhörungen i.d.R. explizit per Mandat ausgeschlossen.

> Einer der Berichte, in den wir Hoffnung setzen, ist der REMHI-Bericht. Wir gehen davon aus, dass dieser dazu beiträgt, dass die CEH sich nicht mit lauwarmen Umschlägen (*paños tibios*) begnügt, sondern weit über die Beiträge von Organisationen wie FAMDEGUA, GAM, CALDH, CONADEGUA, Fundación Mack, Fundación Menchú, APG oder REMHI hinausgeht.[520]

Noch vor der Bekanntgabe der Ergebnisse des kirchlichen Projekts zur Wahrheitsfindung standen mithin nicht diese selbst im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, sondern vielmehr die mögliche Einflussnahme auf den Arbeitsprozess der CEH. „Werden sie [die Kommissionsmitglieder] über den REMHI-Bericht hinausgehen, oder wird sie die Angst und die Furcht vor Repression besiegen?“[521]

REMHI – als Projekt des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros – präsentierte den Abschlussbericht am 24. April 1998 in der hauptstädtischen Kathedrale. Auf die Vorstellung der Ergebnisse und der theologischen Fundamente des Projektes folgte die feierliche Befestigung der ersten einer Reihe von Gedenktafeln auf dem Vorplatz der Kathedrale.[522] Mit diesem öffentlichen Akt wurde noch am Tag der Übergabe des Abschlussberichtes ein dauerhaftes physisches Zeichen der „wiederangeeigneten“ Erinnerung im Zentrum des öffentlichen Raumes hinterlassen. Die katholische Kirche symbolisierte mit der Anbringung der Gedenktafeln, die einzig die Namen der Opfer der »bewaffneten Auseinandersetzung« enthielten, ihr Selbstverständnis als Gewissen der Nation. Im Zentrum der Zeremonie hatte die theologische Fundierung des Projektes gestanden, die auf dem Grundgedanken beruhte, über die Konfrontation mit der Wahrheit einen gesamtgesellschaftlichen Versöhnungsprozess einzuleiten, in dem die katholische Kirche als moralische Instanz eine tragende Rolle spielen würde.

> Nach den Schrecken der Vergangenheit, die erst jetzt enthüllt werden, soll die Gesellschaft von nun an moralisch eine Epoche des Wandels erleben, die durch einen Reflexi-

---

[520] Miguel Ángel Albizures; ¿Qué posición asumirán Tomuschat, Cotí y Balsells?, in: El Periódico, 22.4.1998.

[521] Ebda. (Es wird explizit auf entsprechende Gerüchte Bezug genommen).

[522] Das geographische Zentrum des öffentlichen guatemaltekischen Raumes bildet der Zentralplatz in Guatemala-Stadt, an dessen nördlicher Seite sich der Nationalpalast und an der östlichen sich die Kathedrale befindet. Der Vorplatz der Kathedrale ist von einem hohen Metallzaun, welcher von zwölf steinernen Säulen durchtrennt ist, umfriedet. REMHI suchte für die Opfer ein Zeichen zu setzen, indem die Namen der im Verlaufe der Projekttätigkeit bekannt gewordenen Opfer in Stein gemeißelt und – getrennt nach Regionen – an den Säulen angebracht wurden. Um die in Stein gemeißelten Inschriften lesen oder auch nur wahrnehmen zu können, bedarf es allerdings einer gewissen Nähe zum Objekt. Auf der Mitte des Hauptplatzes und somit gleich weit entfernt von Kathedrale und Nationalpalast stehend, ist das Denkmal nicht zu erkennen (zur weiteren Geschichte des Denkmals vgl. Kapitel 8.4).

> onsprozess eingeleitet wird, welcher bis in die Tiefen des kollektiven Bewusstseins reicht.[523]

In der Rede des guatemaltekischen Erzbischofs spiegelten sich das Selbstverständnis der katholischen Kirche und ihre historische Interpretation der »bewaffneten Auseinandersetzung». Letztere ließe sich, so Penados del Barrio, auf die soziale Misere und das Nichtvorhandensein politischer Spielräume zurückführen, welche den Zusammenschluss junger Zivilisten und Militärangehöriger zu einer Guerillaarmee motiviert habe. Bei dem Versuch der Niederschlagung des Aufstandes habe das unter internationalem Druck stehende Militär den Rahmen seiner Zuständigkeit verlassen und sich zu einem Instrument des Grauens verwandelt.

> Diese Feststellungen sind nicht gegen das Militär als Institution gerichtet [...], sondern gegen die militärischen Oberbefehlshaber, die sich dem politischen Spiel der regierenden Parteien untergeordnet haben und die gesamte Institution durch Aktionen, die den elementarsten Normen des menschlichen Zusammenlebens widersprechen, kompromittiert haben.[524]

Die katholische Kirche hatte Tausende von Zeugenaussagen aufgenommen, in denen von unvorstellbaren Grausamkeiten als integralen Bestandteilen der militärischen Strategie berichtet wurde. In der Präsentation der Ergebnisse wurde indes auf eine institutionelle Schuldzuweisung verzichtet und das widerrechtliche Handeln von Individuen in den Mittelpunkt der Anklage gestellt. Die sich in den Redebeiträgen offenbarende vergangenheitspolitische Haltung der Kirche war um die Konzepte von Wahrheit und Versöhnung zentriert. Mit der „Wahrheit“ war die Aufdeckung des Leides gemeint, welches die unschuldige indigene Zivilbevölkerung von beiden Seiten hatte erleben müssen und welches die Zerstörung des Sozialgefüges bewirkt hatte. Die „Wahrheit“ schien hingegen nicht die selbstkritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der eigenen Institution zu beinhalten.

> Damit dieser [moralische] Wandel gelingt, müssen wir als Teil der Gesellschaft unsere Schuld durch Tat oder Unterlassung anerkennen [...]. Die Kirchenhierarchie hat bereits das ihrige getan, und zu gegebener Zeit haben wir dafür um Verzeihung gebeten, dass wir die von der Ungerechtigkeit Geschlagenen nicht angemessen verteidigt haben.[525]

Während die Kirche einen gesamtgesellschaftlichen Reflexionsprozess über die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« einforderte, nahm sie gleichzeitig in Anspruch, mit der eigenen Geschichte bereits abgeschlossen zu haben.

---

[523] REMHI, Bd. I, S. XI.
[524] Ebda., S. X.
[525] Ebda., S. XI.

Die „Wahrheit“ beinhaltete in der Präsentation von „Guatemala – nunca más!“ eine blutige Katastrophe, die über die unschuldige Zivilbevölkerung hereingebrochen war, und das Martyrium, von dem die Zeugen berichteten. Auf der Basis dieser Wahrheit, so die Schlussfolgerung des Erzbischofs, sei eine friedliche Gesellschaft zu errichten, eine „[...] gerechte und solidarische Gesellschaft. Mit den Füßen auf dem Boden und den Augen zum Himmel“.[526] Wahrheit und Versöhnung wurden als Fundamente einer remoralisierten und rekatholisierten Gesellschaft präsentiert.

Vor dem Hintergrund der stark religiös inspirierten Redebeiträge wurde die gesamte Zeremonie von vielen Anwesenden als theologische Pflichtübung wahrgenommen.

> Einige von uns haben später angemerkt, dass die Präsentation nichts Dramatisches oder Konfrontatives besaß. Vielmehr betonte ein Redner nach dem anderen den pastoralen Fokus der Arbeit, in erster Linie die Idee, dass das Aussprechen der Wahrheit notwendig für die psychische Gesundheit, Heilung und Versöhnung im Lande sei. […] Die Worte von Bischof Gerardi erklangen weitgehend emotionslos und schienen dazu verurteilt zu sein, hinaufzutreiben und sich für immer in der schlechten Akustik der gewaltigen Kirche zu verlieren.[527]

In diesem Statement einer ausländischen Beobachterin zeigte sich eine Betrachtungsweise, die die Bedeutung der Zeremonie für die nationale Politik zu bestimmen suchte. Die Veröffentlichung der ersten umfassenden Untersuchung über die Auswirkungen der „Gewalt“ auf nationaler Ebene wurde von vielen Kommentatoren in den Zusammenhang der Arbeit der offiziellen Kommission gestellt, die, wie eingangs bemerkt, in nur wenigen Wochen selbst die Ergebnisse ihrer Untersuchung präsentieren würde. Vor diesem Hintergrund wurde bemerkt, dass weder URNG noch Regierung noch Militär offiziell zur Präsentation des REMHI-Berichts Stellung genommen hatten.[528]

Ganz anders wurde die Präsentation von „Guatemala – nunca más!“ von Mitarbeitern des REMHI-Projektes erlebt, die aus dem »Landesinneren« angereist waren.

> Wir haben alle *animadores*, auch ihre Familien eingeladen. Es fuhren auch viele mit, die die Hauptstadt nicht kannten. [...] Wir sind hier am 24. April 1998 um sieben Uhr morgens losgefahren und kamen dort um drei Uhr nachmittags bei der Kathedrale an und es waren viele Leute da und da trafen wir uns. Das war eine sehr schöne Erfahrung, es waren die Koordinatoren aus Quiché, Huehuetenango, dem Petén mit ihren Leuten

---

[526] Ebda., S. XI.

[527] Kathy Ogle; Guatemala Nunca Más: A Closer Look at the REMHI Report, in: Report on Guatemala, Vol. 19, Nr. 2, Summer 1998.

[528] Vgl. Carlos Arrazola; La Recuperación de la Memoria Histórica, in: El Periódico, 25.4.1998.

da, eine Erfahrung! Ein Zusammentreffen! Und alle Menschen glücklich in der Kathedrale, es war eine beeindruckende Erfahrung.[529]

Die vorangegangenen Etappen der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ hatten, wie in Kapitel 5.1 ausführlich beschrieben, in den einzelnen Diözesen des Landes stattgefunden. Lediglich die Koordinatoren des Projektes waren in den ersten Projektphasen mehrmals in die Hauptstadt gereist, um sich in Seminaren gemeinsam auf ihre Aufgaben vorzubereiten oder Erfahrungen auszutauschen. Die *animadores* selbst hatten während der ersten drei Etappen des Projektes im Bezugsrahmen ihrer Diözese gearbeitet. Am 24. April 1998 kamen nun erstmalig die ehrenamtlichen Projektmitarbeiter aus den abgelegenen Regionen des Landes zusammen.

Das war etwas, was mich sehr motivierte und erfüllte. Ich habe niemals zuvor an einer Veranstaltung teilgenommen, die mich so bewegte; wo die Gefühle sich überschlagen. Die Opfer zu sehen; die vier Bände des Berichtes zu erhalten; die Menschenmenge, die in der Kathedrale zusammenkam. Wir hatten einen Raum mit allen *animadores*: es mit ihnen zu teilen, zu zelebrieren! Die Zeremonie wurde schnell sehr emotional, weil die Wahrheit, der Inhalt der vier Bände, nicht mit irgendeinem beliebigen Buch zu vergleichen ist: es sind Zeugnisse der Tränen, des Blutes, der Verluste, des Leides. Viele Leiden, die in diesem Moment abermals gelebt werden. Es sind keine Leiden, die bereits vergangen sind; heute spüren wir die Folgen. Für mich war dieser Moment besonders, vor allem das Teilen, das Aussprechen: heute geben wir eine Geschichte bekannt, die für lange Zeit verschüttet war.[530]

Wie auch in den ersten Projektphasen, zeigte sich in der Abschlusszeremonie die Besonderheit der durch REMHI geschaffenen Form des Umgangs mit der Ver-

---

[529] „Nosotros invitamos a todos, todos los animadores, incluso, si querían llevar su familia, incluso habían muchas personas que no conocían la capital [...]. Salimos aquí a las siete de la mañana, el día 24 de abril de 1998, llegamos a las tres de la tarde allá, a la catedral, y había mucha gente, y fue cuando nos encontramos [...] aquí, los coordinadores del Quiché, de Huehuetenango, hijo, con todo su grupo de gente, pues, ¡una experiencia! ¡Un encuentro!, y toda la gente feliz allí en la catedral, fue una experiencia bastante, bastante, bastante“ (S.X., Interview).

[530] „Para mi fue algo que me motivó bastante y que me llenó. Nunca había participado en una actividad donde yo me había sentido...asi..impactada, en donde los sentimientos se le revuelven a uno. Ver a las víctimas, recibir los cuatro tomos del informe ‚Guatemala – nunca más!’; la cantidad de gente que asistió en la catedral. Tuvimos un espacio con todos los animadores de la reconciliación, compartir con ellos, ¡celebrarlo! Esa celebración que luego se vuelve en sentimiento porque la verdad, el contenido que aparece en los cuatro tomos no es como cualquier libro, son testimonios de lágrimas, sangre, pérdidas humanas, sufrimiento [...]. Muchos sufrimientos que en este momento se están viviendo, pues, no son sufrimientos de 36 años que ya quedaron, sino que son sufrimientos que hoy..sentimos las consecuencias. No, para mi, ese momento fue especial, muy especial, sobre todo..el compartir, verdad, el decir, estamos dando a conocer una historia que por mucho tiempo fue arragada.“ (A. M. Interview).

gangenheit. Mit der Erstellung einer Dokumentation über die im Laufe der »bewaffneten Auseinandersetzung« begangenen Menschenrechtsverletzungen verband sich der Versuch, die Mauern des Schweigens zu durchbrechen und einen öffentlichen Raum zu schaffen, in welchem die Gewalterfahrung offen erinnert und diskursiv durchgearbeitet werden kann. Im Gegensatz zu den zeitlich begrenzten Projekten offizieller Wahrheitsfindung wurde versucht, Betroffene aus den *comunidades* längerfristig in den Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit einzubinden. Bereits während der Vorbereitungsphase im Jahre 1995 hatte sich gezeigt, dass die für das Projekt tätigen Interviewer zumeist selbst auf traumatische Erlebnisse zurückblickten. In den Vorbereitungsseminaren hatten viele der *animadores* erst von den nationalen Dimensionen der »bewaffneten Auseinandersetzung« erfahren. Für diese Gruppe stellte die hauptstädtische Kathedrale während der Präsentation des Abschlussberichtes einen nationalen öffentlichen Raum zur Veräußerung des individuell (oder auch regional) erfahrenen Leides dar. Das, was zuvor in den Seminaren auf diözesaner Ebene theoretisch vermittelt wurde, wurde nun in der gemeinsamen Zeremonie greifbar: „Dass etwas erscheint und von anderen genau wie von uns selbst wahrgenommen werden kann, bedeutet innerhalb der Menschenwelt, dass ihm Wirklichkeit zukommt“.[531]

Die Bedeutung der öffentlichen Präsentation des REMHI-Berichtes lag nicht in erster Linie in der Wirkung auf die nationale politische Öffentlichkeit, sondern im Projektrahmen selber. Durch die Zeremonie wurde nicht nur die Bedeutung des öffentlichen Kommunizierens über die Vergangenheit unterstrichen, sondern auch die Position der *animadores* gestärkt. Mit dem Rückhalt, den die öffentliche Präsentation der Geschichte des erfahrenen Leides bot, fuhren die Projektmitarbeiter anschließend in ihre Diözesen zurück, um weiterhin an der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ zu arbeiten. Der öffentliche Akt in der Hauptstadt war kein Abschluss, sondern vielmehr die Einleitung einer nächsten Etappe der Rückübermittlung. In der politischen Debatte wurde „Guatemala – nunca más“ als eine partielle Wahrheit rezipiert, die vom offiziellen Projekt zur historischen Aufklärung noch zu komplettieren sei. Unmittelbar nach der Präsentation erschien eine Reihe von Zeitungsartikeln, in welchen die Zeremonie, die inhaltlichen Dimensionen des Berichtes sowie die öffentlichen Reaktionen beschrieben wurden. Als nationales Ereignis wurde die Zeremonie gebührend gewürdigt, jedoch nicht als historische Zäsur charakterisiert.

Nur 48 Stunden später wurde die Präsentation von „Guatemala – nunca más“ von einem Verbrechen überschattet, welches das „Nie wieder!“ aufzulösen schien. In der Nacht des 26. April 1998 wurde Bischof Juan Gerardi nach der Rückkehr von einem Abendessen in seiner Garage ermordet. Das Gesicht des 75-jährigen Bischofs, der mit einem Betonklotz erschlagen wurde, war voll-

[531] Hannah Arendt; Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1989, S. 49.

kommen entstellt. Die Neuigkeit verbreitete sich wie ein Strohfeuer und hinterließ allerorts Entsetzen und auch Panik.[532]

Die in diesem Fall drohende Straflosigkeit zeigte sich in der Weigerung der ermittelnden Behörden, einem politischen Motiv nachzugehen. Obwohl mehrere Zeugen ausgesagt hatten, dass ein auf das Verteidigungsministerium zugelassenes Fahrzeug in der Nähe des Pfarrhauses gestanden hatte, und dass ein Mann, der aus der Garage des Pfarrhauses rannte, in selbiges eingestiegen war, wurde nicht nach Tätern aus militärischen oder geheimdienstlichen Institutionen gesucht. Dies musste angesichts des historischen Kontextes und der Stellung des Opfers als Vertuschungsversuch gewertet werden.[533] Präsident Álvaro Arzú äußerte sich am 27. April in einer landesweit ausgestrahlten Fernseh- und Radioansprache, verlieh seiner Betroffenheit Ausdruck und versicherte, „dass alle Instrumente des Staates sich aktiv dafür einsetzen, die Tat aufzuklären, *den* Schuldigen zu ergreifen und ihn der Justiz vorzuführen“.[534]

Während die ermittelnden Behörden unmittelbar nach dem Mord die Untersuchung eines „gewöhnlichen“ Verbrechens aufnahmen, waren sich die Protagonisten der »organisierten Zivilgesellschaft« und internationale Beobachter darin einig, dass einzig ein politisches Motiv der Tat zugrunde liegen könne. Die Ermordung des Bischofs wurde einhellig als Botschaft an die „organisierte Zivilbevölkerung“ verstanden. Der Mord war „ein tiefer Schlag gegen die Möglichkeiten, im Prozess der Konstruktion des Friedens voranzukommen“[535] und zeigte, dass der dauerhafte Frieden, von dem die Verträge sprachen, auf einem rissigen Fundament zu errichten sein würde. Im Verbrechen manifestierte sich die verborgene Existenz von Kräften, die nach wie vor den Wandel nicht zu tolerieren bereit waren.

7.1.2 Auftakte zum Tag der Wahrheit

Als die offizielle Kommission zur historischen Aufklärung am 25. Februar 1999 ihre Ergebnisse vorstellte, lag die Unterzeichnung des „festen und dauerhaften“ Friedens knapp 26 Monate zurück. Bislang hatte sich der Frieden in der Abwesenheit des Guerillakampfes und in der Öffnung politischer Spielräume gezeigt. Nicht vorangeschritten war indes die Umsetzung der in den Abkommen festgelegten Justiz-, Steuer-, Wahlgesetz-, Verfassungs- und Militärreformen; auch

---

[532] Vgl. u.a. Ruth M. Gidley; No Hope without Truth, in: Gidley et al. (Hrsg.); Guatemala: Thinking about the Unthinkable, a.a.O., S. 22.

[533] So auch die Einschätzung, die MINUGUA im Menschenrechtsbericht formulierte. Vgl. Noveno Informe sobre los Derechos Humanos, a.a.O. (Mit dem vorbestraften Alkoholiker Carlos Enrique Vielman, der für die Tatnacht ein Alibi besaß, wurde vier Tage nach dem Mord ein erster Tatverdächtiger festgenommen).

[534] Álvaro Arzú, Declaración del 27 de Abril (www.c.net.gt/ceg – Stand: 1.2.1999), Hervorhebung A.O.

[535] Impunidad ronda la muerte de Monseñor Gerardi, in: Noticias de Guatemala, Juni 1998.

hatten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung im Allgemeinen und der wiederangesiedelten Flüchtlinge und Opfer im Besonderen nicht substantiell verbessert.[536]

Im Vorfeld der Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen“ hatten drei skandalöse Entwicklungen an der Festigung der guatemaltekischen Demokratie zweifeln lassen. Im Rampenlicht des nationalen und internationalen öffentlichen Interesses standen die Ermittlungen im Fall Gerardi. Obwohl alle Anzeichen auf eine politisch motivierte Tat verwiesen, wurden Ende Juli 1998 die Haushälterin Gerardis, Margarita López, der Priester Mario Orantes und dessen Schäferhund Balú verhaftet.[537] Die Ermittlungen hatten eine bizarre Wende genommen, nachdem der spanische Gerichtsmediziner Reverte versichert hatte, auf den ihm zugesandten Photos der Leiche Gerardis eindeutig Spuren von Hundebissen entdeckt zu haben. Auch nach der gerichtsmedizinischen Falsifizierung der Hundebisstheorie blieb Orantes, der (angeblich) homosexuelle Halter eines deutschen Schäferhundes, bis Mitte Februar 1999 in Haft. Mit Mario Orantes, der mit Gerardi im Pfarrhaus der Gemeinde San Sebastián gewohnt hatte, wurde ein Mitglied der katholischen Kirche verhaftet, das in Kirchenkreisen keinen besonders guten Ruf genoss, jedoch auch nicht unmittelbar über ein Motiv zu verfügen schien. Nachdem bekannt gegeben worden war, dass es sich um ein „Verbrechen aus Leidenschaft“ gehandelt habe, kursierten diverse Gerüchte: Orantes und Gerardi hätten beide ein Verhältnis mit derselben Frau gehabt oder beide eines miteinander, und Gerardi habe Orantes nach seiner Rückkehr *in flagranti* mit einem anderen erwischt.[538] Als zum Jahreswechsel 1998/1999 der Richer Henry Godoy und der Staatsanwalt Celvin Galindo den Fall übernahmen, wurde erstmals ein politisches Motiv nicht ausgeschlossen. Neben dem internationalen hatte vor allem der vom Menschenrechtsbüro des Erzbischofs ausgeübte Druck den Wandel der Ermittlungsstrategie bewirkt. Die Zeugenaussagen zweier Wohnungsloser und eines Taxifahrers hatten von Anbeginn an darauf schließen lassen, dass Byron Lima Oliva, Mitglied der Präsidentengarde EMP und sein Vater Byron Lima, ein pensionierter Oberst, in den Mord verwickelt waren. Am 26. Februar 1999, einen Tag nach der Präsentation des CEH-Berichtes, wurde die Durchführung einer Tatrekonstruktion für den 1. März und damit ein Ermitt-

---

[536] Vgl. URNG; Balance del Proceso de Paz 1997-1999, Guatemala, Oktober 1999, S. 6f.

[537] Vgl. Toni Keppeler; Der ungeklärte Tod eines Weihbischofs, in: taz, 27.4.1999.

[538] Das Motiv der Leidenschaft ist und war ein Mittel, um nicht nur die Hintergründe einer Tat zu vertuschen, sondern um die Opfer posthum zu diskreditieren. Der Verbleib von Verschwundenen wurde von staatlichen Stellen in den vergangenen Jahrzehnten häufig damit erklärt, dass sich die Vermissten in anderen Ländern aufhielten, wo sie neue Beziehungen unterhielten. Auch im Falle der im April 2000 verschwundenen Mayra Gutiérrez wurde mit dem Motiv des Verbrechens aus Leidenschaft gearbeitet.

lungsschritt angekündigt, der gewöhnlich am Anfang einer kriminalistischen Untersuchung steht.[539]

Ein zweiter, unmittelbar mit der Arbeit der CEH zusammenhängender Skandal erregte die Öffentlichkeit am 18. Juli 1998.[540] Am Vortag war Oberst Otto Noack Sierra verhaftet und zu einer Disziplinarstrafe von 30 Tagen Haft verurteilt worden, die auf der Basis kaum jemals angewandter militärischer Reglements ausgesprochen worden war. Die der Disziplinarstrafe zugrunde liegende Verfehlung bestand in einem Interview, das am 5. Juli 1998 von *Radio Nederland* ausgestrahlt worden war. Darin hatte Noack erklärt, dass die Tätigkeit der CEH auch Militärangehörigen die Möglichkeit biete, ihre Verantwortung für die während der »bewaffneten Auseinandersetzung« begangenen Menschenrechtsverletzungen anzuerkennen. Nachdem die Arrestierung Noacks bekannt geworden war, erklärte der Vorsitzende der Wahrheitskommission, Christian Tomuschat, öffentlich seine Solidarität mit dem Verhafteten und rief damit einen Eklat hervor: Vertreter der Regierung warfen ihm vor, sein Mandat zu überschreiten und sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. In dieser Episode zeigte sich das Janusgesicht der offiziellen Position zur Wahrheitsfindung; der rhetorischen Bekundung des Willens, die historische Aufklärung aktiv zu unterstützen, stand die praktische Weigerung, Informationen beizusteuern, gegenüber. Im Juli 1998 war ein Konflikt öffentlich ausgebrochen, der bereits seit Monaten schwelte. Die Kommissionsmitglieder hatten seit ihrer Arbeitsaufnahme mit diversen Regierungsstellen einen „Papierkrieg“ um die Übergabe von Schlüsselinformationen geführt. Nicht nur der Verteidigungsminister und sein „Verbindungsbeauftragter“, sondern auch das persönliche Sekretariat des Präsidenten hatten wiederholt zu verstehen gegeben, dass die von der CEH erbetenen Dokumente (u.a. Operationspläne und -berichte) nicht existierten.[541] Nach der Arrestierung Noacks ließen sich weder die Weigerung des Militärs, zur historischen Aufklärung beizutragen, noch die Tatsache, dass es dabei von der Regierung gedeckt wurde, leugnen.

Ein drittes Ereignis führte wenige Monate später zu einer erregten Debatte. Anfang Dezember schlug Präsident Arzú einen offensiven vergangenheitspolitischen Weg ein. Anlässlich des zweiten Jahrestages der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften“ Friedens und kurz vor der Übergabe des CEH-Berichtes, die Ende Januar erwartet wurde, rief Arzú zur Versöhnung auf. „Ich berufe eine große nationale Bewegung der Verzeihung ein, die es uns erlaubt, diese schreckliche Vergangenheit, zu der niemand zurückkehren will, zu überwinden“.[542] Hin-

---

[539] Vgl. La Hora, 26.2.1999. Zum Verlauf der Ermittlungen vgl. auch: Enedelio López; Caso Gerardi: Cerco de Impunidad, in: Noticias de Guatemala, Dezember-Januar 1999.

[540] Vgl. El arresto del Coronel Otto Noack, in: Noticias de Guatemala, August 1998.

[541] Vgl. CEH, Bd. XII, insbes. S. 161-175; CEH, Bd. I, S. 49f. (§§ 87-96).

[542] Zit. nach Prensa Libre, 11.2.1998.

ter der angekündigten „großen nationalen Bewegung“ verbargen sich landesweite Gedenkfeierlichkeiten für den 29. Dezember. Auf dem Programm standen zunächst ein feierlicher Akt in der Hauptstadt und die Enthüllung eines Denkmals für den Friedensschluss. Den Höhepunkt der „Bewegung“ sollte ein feierlicher Akt im Stadion von Santa Cruz del Quiché bilden. Dort wollte der Präsident – und dies kündigte er bereits Wochen vorher an – die Opfer der »bewaffneten Auseinandersetzung« um Verzeihung bitten. Auch das Militär schloss sich der „Bewegung“ an, und Verteidigungsminister Barrios Celada kündigte die Teilnahme am feierlichen Akt an.

Die Ankündigung einer Bitte um Verzeihung, integraler Bestandteil des Forderungskatalogs von Menschenrechtsorganisationen, wurde indes von vielen Protagonisten der »organisierten Zivilgesellschaft« und Kommentatoren des politischen Lebens äußerst skeptisch betrachtet. Ausgangspunkt der Kritik, die vor allem von Vertretern der katholischen Kirche geübt wurde, war der Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Versöhnungsgeste. Juan Gerardi, der inzwischen als „Märtyrer für die Wahrheit“ galt, hatte das Procedere der Versöhnung deutlich definiert: „Aus der Wahrheit wird die Verzeihung geboren, und aus der Verzeihung die Wiederversöhnung“.[543] Wenn die Wahrheit Voraussetzung des Verzeihens sei, so die Kommentatoren, müsse eine präsidiale Bitte um Verzeihung nach der Veröffentlichung des Abschlussberichtes der CEH erfolgen. Die angekündigte Geste wurde somit als taktischer Zug seitens des Präsidenten empfunden, nicht jedoch als Beleg für eine grundsätzlich gewandelte Haltung zu den Geschehnissen der Vergangenheit. „Um Verzeihung erbitten zu können, muss man beichten, den Schmerz der Sünde fühlen und Besserung geloben“[544], ließ der Nachfolger Gerardis aus dem erzbischöflichen Menschenrechtsbüro verlauten. Eine ernstzunehmende Geste der Verzeihung wäre an die Übergabe von staatlichen Archiven an die Wahrheitskommission oder an die Aufklärung des Mordes an Gerardi gekoppelt gewesen. Glaubhaft wäre eine Geste der Verzeihung genau dann – und diesbezüglich waren sich die regierungskritischen politischen Kommentatoren und die Protagonisten der »organisierten Zivilgesellschaft« einig –, wenn die Regierung Erfolge in der Umsetzung der Friedensverträge und in der Achtung der Menschenrechte hätte vorweisen können.

Die „große nationale Bewegung“ fand ohne die »organisierte Zivilgesellschaft« statt, deren prominenteste Vertreter sich vom Vorhaben des Präsidenten distanzierten.[545] Die Haltung der katholischen Kirche war indes nicht eindeutig. Trotz der kritischen Bemerkungen zum Geist der Versöhnung wurde die An-

---

[543] Vgl. *Campo pagado* der ODHAG vom 24.12.1998 (in: El Gráfico, 29.12.1998); und Carlos Orantes Troccoli; Nos piden perdón, in: Siglo XXI; 17.12.1998.

[544] Mons. Mario Ríos Montt (zit. nach Prensa Libre, 10.12.1998).

[545] Darunter etwa der Gewerkschaftsverband CGTG (*Central General de Trabajadores de Guatemala*), die Allianz gegen die Straflosigkeit ACI, die Versammlung der Zivilgesellschaft ASC und die Myrna-Mack-Stiftung (El Gráfico, 21.12.1998).

kündigung von der Bischofskonferenz mit dem Verweis darauf, dass sie von der öffentlichen Anerkennung der eigenen Fehler und der Verpflichtung zur Wiedergutmachung der verursachten Schäden begleitet sein müsse, begrüßt.[546] Die katholische Kirche trat als kritisches Bewusstsein der Gesellschaft auf und ließ sich als nationale Instanz nicht in die „Bewegung“ einbeziehen. Gleichwohl sollte der Bischof der Diözese El Quiché während des öffentlichen Aktes eine Ansprache halten.

Anders als die »organisierte Zivilgesellschaft« reagierte die URNG, die sich kurz zuvor als Partei konstituiert hatte. Obwohl sie als vehemente Kritikerin der schleppenden Umsetzung der Friedensabkommen auftrat,[547] distanzierte sie sich als ehemals kriegführende Partei nicht von der „großen nationalen Bewegung“. Während der Feierlichkeiten, die am 29. Dezember 1998 stattfanden, traten im Stadion von Santa Cruz del Quiché führende Vertreter der URNG als Redner auf.[548] Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen am zweiten Jahrestag der Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens jedoch die Ansprachen des Präsidenten und seines Verteidigungsministers. Die Rede des Präsidenten, die in der Einleitung der vorliegenden Arbeit kurz skizziert wurde, enthüllte vor allem eines: Die öffentliche Bitte um Verzeihung richtete sich nicht an die Opfer, sondern an die hauptstädtische und internationale Öffentlichkeit. Die kurze Rede wurde nicht in die Sprache der Anwesenden übersetzt und nahm nicht zu den zentralen vergangenheitspolitischen Forderungen der Opfer Stellung. Mit der Rede hatte Arzú den Akt der Entschuldigung bereits vor der Enthüllung der historischen „Wahrheit“ vollzogen.

Die drei genannten Entwicklungen waren Indizien dafür, dass sich die Aufarbeitung der Vergangenheit in einem Spannungsfeld vollzog, in dem die Institutionen, die in den vergangenen Jahrzehnten für den Terror verantwortlich waren, Blockaden gegen vergangenheits- und erinnerungspolitische Praktiken errichteten. Außerdem zeigte die zeitgleich entwickelte politische Rhetorik („Bewegung zur nationalen Versöhnung“) die Gefahr einer Überlagerung zentraler vergangenheits- und erinnerungspolitischer Konzepte durch politische Willensbekundungen, die aufgrund des Fortbestandes der Straflosigkeit zu Leerformeln wurden.

---

[546] Vgl. Comunicado de la Conferencia Episcopal de Guatemala, con ocasión de la Navidad y del 50 Aniversario de la Declaración Universal de los Derechos Humanos, in: La Hora, 22.12.1998.

[547] Vgl. La Hora, 21.12.1998 (La URNG exige al gobierno el cumplimiento de compromisos económicos y sociales).

[548] Vgl. Siglo XXI, 29.12.1998.

7.1.3 Die Bedeutung des öffentlichen Aktes II (CEH)

Am 25. Februar 1999 präsentierte die Kommission zur historischen Aufklärung ihren Abschlussbericht. Im Vorfeld zirkulierten Gerüchte über die Ergebnisse der Kommissionstätigkeit, und obwohl vermutet wurde, dass es sich um einen „tiefgreifenden" Bericht handeln würde, hatten die Kommissionsmitglieder bis zum letzten Tag über ihr Endprodukt Stillschweigen bewahrt.[549]

Am „Tag der Wahrheit"[550] hatten sich etwa 10.000 Menschen vor und im Nationaltheater von Guatemala-Stadt versammelt.[551] In der Menschenmenge, die sich vor dem Nationaltheater zusammengefunden hatte, befanden sich mehrere indigene Delegationen, die sowohl religiöse Zeremonien abhielten als auch auf zentrale vergangenheitspolitische Forderungen aufmerksam machten. Das Publikum im bis auf den letzten Platz besetzen Theater zeichnete sich durch die Präsenz von Regierungsvertretern, Kongressabgeordneten, Militärangehörigen, Botschaftern, Vertretern internationaler Organisationen und Geistlichen aus. Zudem hatten mehrere Delegationen von Menschenrechtsorganisationen Platz genommen und ihre Transparente an den Balustraden befestigt. Um 10.15 Uhr – und damit angesichts des grundsätzlich anderen guatemaltekischen Zeitregiments außerordentlich pünktlich – begann die Zeremonie, die die „Außenstehenden" auf Bildschirmen in der Lobby des Theaters oder am heimischen Fernseh- oder Radiogerät verfolgen konnten. Auf einem Podium in der Mitte der Bühne hatten neben den drei Kommissionsmitgliedern die Vertreter der Konfliktparteien und der UNO Platz genommen. Für die URNG war der Ex-*Comandante* der FAR und aktuelle Generalsekretär der Partei, Jorge Ismael Soto (*nom de guerre* Pablo Monsanto) erschienen, die Regierung ließ sich hingegen durch eine zweitrangige Funktionärin, die Direktorin des „Friedenssekretariats" (SEPAZ – *Secretaría de Paz*), Raquel Zelaya, vertreten. Der Präsident hatte in der ersten Reihe des Theaters neben seinem Privatsekretär Platz genommen und verursachte damit, wie später noch zu schildern sein wird, ein erhebliches Maß an Unruhe. Der UN-Generalsekretär Kofi Annan schließlich hatte mit Álvaro de Soto einen seiner Stellvertreter gesandt.

Nach der Nationalhymne, die die Zeremonie eingeleitet hatte, ergriffen zunächst die beiden guatemaltekischen Kommissionsmitglieder, Alfredo Balsells Tojo und Otilia Lux de Cotí, das Wort.[552] Beide Beiträge zeichneten sich durch

---

[549] Im Interview berichtete Balsells Tojo, dass erst wenige Tage zuvor die verschiedenen Teile des Abschlussberichtes zusammengeführt wurden und lediglich acht Personen den Gesamtbericht kannten. Das Stillschweigen wurde nicht nur aus Sicherheitsgründen bewahrt, sondern um den Überraschungseffekt zu steigern.

[550] So titelte El Periódico am 25. Februar 1999 und illustrierte dies mit demonstrierenden Angehörigen Verschwundener und einer langen Reihe von Särgen.

[551] Vgl. Prensa Libre, 26.2.1999.

[552] Alle Redebeiträge sind im Internet einzusehen (http://www.c.net.gt/ceg/doctos/ - Stand 14.6.2001). Die folgenden Zitate aus den Redebeiträgen stammen aus den vom CEG (*Con-*

ihre Kürze aus. Abgesehen von der ausführlicheren Anrede, mit der Alfredo Balsells Tojo seine Ansprache einleitete, verzichteten beide Kommissionsmitglieder auf diplomatische Leerformeln und wortreiche Ausschmückungen.

Alfredo Balsells Tojo richtete wenige persönliche Worte ans Publikum: Wie viele Guatemalteken, die die vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte im Land verbracht hatten, habe er angenommen, über ein breites Wissen hinsichtlich der Geschehnisse zu verfügen. Und wie viele Guatemalteken auch, müsse er diesbezüglich seinen Irrtum eingestehen. Mit diesen einleitenden Worten deutete er zugleich den Wissensstand großer Teile der guatemaltekischen Mittelschichten an, die von den Dimensionen des Staatsterrorismus, die die Wahrheitskommission enthüllt hatte, nicht gewusst hatten. Gegenwärtig, so Balsells Tojo am Ende seiner Ansprache, werde das Schweigen allmählich gebrochen, und dafür sei in erster Linie Monseñor Juan Gerardi zu gedenken. Die Würdigung Gerardis zog einen Applaus nach sich, der drei Minuten währte und in stehende Ovationen mündete. Erst nachdem sich fast das gesamte Publikum erhoben hatte, standen auch der Staatspräsident und in der Nähe sitzende Militärangehörige und zivile Funktionäre auf, um dem Werk des ermordeten Bischofs öffentliche Anerkennung zu zollen.[553] Die Ermordung Gerardis hatte keine dauerhafte Lähmung des Kampfes um die Anerkennung der „Wahrheit" hervorgebracht, sondern – im Gegenteil – eine Märtyrerfigur geschaffen. Als die Mörder den Kopf des Bischofs bis zur Unkenntlichkeit zerschmetterten, hatten sie angedeutet, was denen widerführe, die die Wahrheit aussprächen. Dieses Zeichen wurde von denjenigen begriffen, die eine aktive Erinnerungsarbeit unterstützten, und als solches zur *Legitimierung der aufgedeckten Wahrheit* verwandt. Anstatt den Prozess der Wahrheitsfindung mit der Tat zu schwächen, wurde er gestärkt.

Als Otilia Lux de Cotí zu ihrer Rede anhob, füllten zunächst auf Quiché gesprochene Sätze den Theatersaal.[554] Dies sollten während der gesamten Veranstaltung die einzigen Sätze bleiben, die in einer indigenen Sprache gesprochen wurden. Das indigene Mitglied der Kommission präsentierte sich als Repräsentantin der Maya im Allgemeinen und der indigenen Opfer im Besonderen. Am Beginn ihrer Rede stand der Verweis darauf, dass der Tag der Übergabezeremonie mit dem Beginn des Agrarjahres zusammenfalle und somit einen Neuanfang

---

ferencia Episcopal de Guatemala) veröffentlichten Mitschriften, die mit einem von UNOPS angefertigten Videomitschnitt abgeglichen wurden.

[553] Nachdem Präsident Arzú unmittelbar nach dem Mord die Einrichtung einer Kommission zur lückenlosen und zügigen Aufklärung des Verbrechens angekündigt hatte, waren diesen Worten weder Taten noch öffentliche Stellungnahmen zum Stand der Ermittlungen gefolgt.

[554] In der von UNOPS erstellten Videozusammenfassung des Ereignisses sind diese Sätze herausgeschnitten.

symbolisiere.[555] Im Mittelpunkt der ebenfalls sehr kurzen Rede stand die Verortung der Maya im Gesamtzusammenhang des Friedens- und Versöhnungsprozesses.

> Wir Maya, Männer und Frauen, haben generös das größte Opfer des Blutes geboten, um dem geliebten Vaterland Leben zu schenken, und wir sind da, um die Zukunft zu gestalten und so unsere Kinder zu beerben und ihnen das wundervolle Vermächtnis der Freiheit zu geben. Im Namen der Maya, der Toten und der Lebenden, bitten wir den Gott der Götter und ganz Guatemala um Verzeihung, weil wir in eine aufgezwungene »bewaffnete Auseinandersetzung« involviert waren, die nicht unsere war.

Im Namen der Maya (!) bat Lux de Cotí dafür um Verzeihung, dass ein unschuldiges Volk sich in eine Auseinandersetzung hatte verwickeln lassen, die nicht die seine war. Damit formulierte sie ein historisches Verständnis, welches die »bewaffnete Auseinandersetzung« ausschließlich auf den Kampf zwischen einer ladinischen Guerilla und einem ladinischen Staat reduzierte. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde die indigene Bevölkerung zum Opfer der menschenverachtenden Aufstandsbekämpfungsstrategie. Mit der öffentlichen Präsentation dieses Geschichtsverständnisses abstrahierte Otilia Lux de Cotí von den Untersuchungsergebnissen der Kommission, deren Mitglied sie war.[556] Im Anschluss betonte Lux de Cotí, dass die Maya keine Rache intendierten, sondern als menschliche Wesen gleich allen anderen menschlichen Wesen Respekt und Anerkennung verlangten – und erntete damit den ersten Applaus während ihrer Rede. Es folgte die Aussage, die Maya verziehen all denen, die sie überfallen und den Durst des Hasses über die indigenen Völker gebracht hatten. Dieser Akt des Verzeihens rief keinen Applaus hervor. Dies mochte neben der Tatsache, dass keine prominente Vertreterin der indigenen Bewegung auf der Bühne des Nationaltheaters stand, vor allem der Art des Vortrags geschuldet sein, welche sich mit den Begriffen des „Fortissimo“ und „Stakkato“ andeuten lässt.[557] Als Lux de Cotí am Ende ihrer Rede ihrer Ehrerbietung für die Opfer und für Monseñor Juan Gerardi Ausdruck verlieh, applaudierte das Publikum zum zweiten Mal.

Die beiden anschließenden Redebeiträge der Vertreter der Konfliktparteien waren im Vergleich mit den beiden vorangegangenen Ansprachen weit ausführ-

---

[555] Einer der bis heute verwendeten Kalender der Maya ist der Tzolkin, der die Zeitspanne zwischen der Vorbereitung der Felder im Februar und der Ernte im Oktober misst.

[556] Im Abschlussbericht wurde ein Radikalisierungsprozess geschildert, der von der aktiven Mitarbeit in sozialen Basisorganisationen bis hin zur aktiven Unterstützung für die Guerilla führte. Die indigene Bevölkerung als Hauptleidtragende war nicht ausschließlich Opfer, sondern auch Akteur der »bewaffneten Auseinandersetzung«.

[557] Auch in der Medienberichterstattung wurde die Rede Lux de Cotís nur selten mit mehr als einem Nebensatz bedacht. Eine Ausnahme stellte ein kurzer Artikel in der Prensa Libre vom 26. Februar 1999 dar, welcher aus einer kommentarlosen Aneinanderreihung von Zitaten aus der Rede bestand.

licher und zudem im diplomatischen Duktus verfasst. Raquel Zelaya sprach sowohl über den Friedensprozess als auch über das Recht des Volkes auf Wahrheit und betonte die trotz der politischen Entscheidung für die Einrichtung einer Wahrheitskommission bestehende Möglichkeit zur strafrechtlichen Ahndung von Menschenrechtsverletzungen, welche mit der Ausnahme schwerwiegender Straftatbestände aus der Amnestieregelung gegeben sei. Abschließend verwies sie darauf, dass die Regierung den Bericht der Kommission analysieren werde, um schnellstmöglich den Empfehlungen Rechnung tragen zu können. Auch Pablo Monsanto betonte den Willen der URNG, die Seiten der Friedensverträge mit Leben zu füllen und das Recht der Bevölkerung, die Wahrheit über das Geschehene kennen zu lernen.

Auf die Reden der Konfliktparteien folgte die Übergabezeremonie selbst. Als Tomuschat die Bände des Berichtes an die Regierungsvertreterin übergab, war der Applaus verhalten und von immer lauteren Zwischenrufen durchsetzt. Deutlich waren die Rufe „Guatemala, nie wieder!“ und „Lebend hat man sie uns genommen, lebend wollen wir sie wieder!“, die Schlagworte des langen Kampfes um die historische Wahrheit, zu vernehmen. Bereits am Beginn der Übergabezeremonie hatte eine Frau aus dem Publikum gerufen, dass Arzú den Bericht entgegennehmen solle („¡Señor Presidente, reciba Usted el informe!“). Der Ruf multiplizierte sich, erschallte von den Balkonen und war bis zum Ende der gesamten Veranstaltung zu hören.

Eine historische Rede

Nachdem der UN-Vertreter eine Botschaft Annans verlesen hatte, trat der Kommissionsvorsitzende, dessen Beitrag den Höhepunkt der gesamten Veranstaltung bildete, ans Rednerpult. Christian Tomuschat hielt keine festliche Rede, sondern präsentierte die Hauptergebnisse und die Empfehlungen der CEH. In Anlehnung an den fünften Band des Abschlussberichtes wurde zunächst in 36 kurzen Abschnitten sowohl das Extrakt der ermittelten historischen „Wahrheit“ vorgestellt als auch ein Einblick in die Vielschichtigkeit des Abschlussberichtes gegeben. Mit der Präsentation der Hauptergebnisse legten die Kommissionsmitglieder zugleich das Fundament der folgenden Diskussion um die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung», die sich nicht auf das umfangreiche Gesamtwerk bezog. Während der Abschlusszeremonie wurde deutlich, welche Facetten der Wahrheit das Publikum nicht zu vernehmen erwartet hatte. In den Publikumsreaktionen zeigte sich auch, dass die Forderung nach einer strafrechtlichen Ahndung von Menschenrechtsverletzungen durch die moralische Verurteilung der Täter durch die Wahrheitskommission nicht aufgehoben wurde.

Zunächst stellte Tomuschat die Statistiken des Horrors vor und gab bekannt, dass die CEH durch die eigene Beweisaufnahme 42.000 Opfer habe ermitteln können und dass sie auf der Basis dreier Datenbanken zu dem Ergebnis gelangt sei, dass mehr als 200.000 Personen der »bewaffneten Auseinandersetzung« zum Opfer gefallen seien [im Saal war ein verhaltenes Rumoren zu vernehmen].

Für 93% der Taten habe der Staat verantwortlich zu zeichnen und für 3% die Guerilla [keine erkennbare Reaktion im Publikum]. Die Gewaltausübung sei von extremer Brutalität gekennzeichnet gewesen, die sich vor allem in den Gewalttätigkeiten gegen Kinder und der Folter, Vergewaltigung und Ermordung von (indigenen) Frauen gezeigt habe [Rumoren]. Die »bewaffnete Auseinandersetzung« ließe sich, so fuhr Tomuschat fort, nicht mit dem Konflikt zweier Kriegsparteien erklären, sondern habe ihre Wurzeln in den ökonomischen, kulturellen und sozialen Verhältnissen. Rassismus, zerstörte Partizipationssphären und die Resistenz gegen substantielle Reformen seien die ursächlichen Faktoren der »bewaffneten Auseinandersetzung« [Klatschen]. Den historischen Akteuren seien auch ökonomisch mächtige Gruppierungen, politische Parteien, Universitäten, Kirchen und Sektoren der Zivilgesellschaft zuzurechnen, und auch internationale Akteure hätten entscheidend auf den Verlauf der Auseinandersetzung Einfluss genommen: die Regierung der USA und nordamerikanische Firmen auf der einen [Klatschen], Kuba auf der anderen Seite [Klatschen]. Die Einflussnahme seitens anderer Regierungen habe die Kommission nicht belegen können.

Die Praxis der Aufstandsbekämpfung habe auf der Doktrin der Nationalen Sicherheit, die die enormen Verluste in der Zivilbevölkerung gerechtfertigt hätte, beruht [Klatschen]. In der Kriegsführung sei jegliche menschliche Moral abhanden gekommen [Klatschen]. Tomuschat erläuterte die vier Phasen der »bewaffneten Auseinandersetzung», in denen sowohl die Kriegshandlungen als auch die gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Repression geographisch unterschiedlich zu verorten waren und in denen sich zudem die Quantität und Qualität der Grausamkeiten veränderten.[558] Den höchsten Tribut an die „irrationale Logik“ der »bewaffneten Auseinandersetzung« habe die Maya-Bevölkerung entrichtet, die das Militär als natürliche Verbündete der Guerilla wahrgenommen hatte und auf dieser Grundlage ganze Dörfer zerstörte [kurze Pause, Klatschen]. Die CEH habe 626 Massaker registriert und festgestellt, dass sie einer übergeordneten Politik und strategischen Planung gehorchten. Auf der definitorischen Basis der internationalen „Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord“ sei die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass im Rahmen der Aufstandsbekämpfung zwischen 1981 und 1983 in bestimmten Regionen des Landes Völ-

[558] Die erste Phase der »bewaffneten Auseinandersetzung« (1962-1970) spielte sich im Osten und an der Südküste Guatemalas sowie in der Hauptstadt ab. Die illegalen militärischen Operationen waren in der zweiten Phase zwischen 1971 und 1977 selektiver und verstreuter und richteten sich insbesondere gegen Protagonisten der *comunidades*, Gewerkschaftsführer, Katecheten, Studenten, Intellektuelle und hauptstädtische *ladinos*. In den Jahren zwischen 1978 und 1985 fand die blutigste Periode der »bewaffneten Auseinandersetzung« statt, die die meisten Opfer in den Hochlandregionen, an der Südküste und in der Hauptstadt hinterließ. Während der letzten Phase der »bewaffneten Auseinandersetzung« dominierte eine selektive Repression, die sich gleichermaßen gegen *indígenas* und *ladinos* richtete.

kermord verübt worden sei [Klatschen]. Das Justizsystem habe sich nicht gegen die Straflosigkeit, die sowohl Mittel als auch Zweck gewesen sei, gestellt. Auch die Guerilla habe sich Gewalttaten zuschulden kommen lassen. Neben Hinrichtungen und Entführungen sei sie für 32 Massaker verantwortlich. Für die meisten der begangenen Menschenrechtsverletzungen gelte, dass sie mit dem Wissen oder aufgrund der Weisung hoher militärischer Autoritäten begangen worden seien [Klatschen]. Somit sei die Entschuldigung, es habe sich um Exzesse gehandelt, nicht haltbar [Klatschen! Und Zwischenrufe: „Erst Pinochet, jetzt Ríos Montt!“. Klatschrythmus]. Auch für das Delikt des Völkermordes sei der Staat verantwortlich. Für die von der Guerilla begangenen Gewalttaten gelte ebenso, dass die höchsten Ränge der URNG verantwortlich zeichneten [Klatschen].

Als der Kommissionsvorsitzende die Hauptergebnisse der historischen Aufklärung vorgetragen hatte, war bereits deutlich, dass sich die nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens artikulierte Befürchtung, die CEH werde sich auf die Erarbeitung einer quantitativen Analyse von Menschenrechtsverletzungen beschränken, nicht bewahrheitet hatte. Erstens hatte die Wahrheitskommission die historischen Ursachen der »bewaffneten Auseinandersetzung« und damit Strukturen, die bis in die Gegenwart hinein wirksam waren, aufgezeigt. Mit der Benennung der qualitativen Dimensionen des Terrors hatte sie zweitens den Rahmen einer Untersuchung der Opferzahlen nicht nur gesprengt, sondern mit dem Verweis auf die tabuisierte Praxis der Vergewaltigungen eine Facette des Staatsterrorismus aufgezeigt, die gewöhnlich nicht in die Liste der (politisch motivierten) Menschenrechtsverletzungen aufgenommen wird.[559] Drittens wurde die Einflussnahme anderer Nationen auf den Verlauf der »bewaffneten Auseinandersetzung« aufgezeigt und damit ein wichtiger Beitrag zum Verständnis eines Konfliktes, welcher seine Dynamik innerhalb des weltweit ausgetragenen Kalten Krieges entfaltet hatte, geleistet. Viertens deutete sich bereits bei der Präsentation der Untersuchungsergebnisse an, dass die Wahrheitskommission zwei wesentliche Beschränkungen, die ihr per Mandat auferlegt worden waren, überwunden hatte: das Verbot, Namen zu nennen und die Klausel, keine strafrechtlichen Intentionen zu verfolgen. Die Kommission hatte in ihrem Abschlussbericht sowohl einen großen Teil der in den vergangenen Jahrzehnten begangenen Verbrechen aufgedeckt als auch militärische Strategien und Befehlsstrukturen dokumentiert. Damit hatte sie es vermocht, die Verantwortlichen an den Schaltstellen der Geheimdienste, des Militärs und der Regierung *direkt indirekt* zu benennen. Mit der Feststellung genozidaler Tatbestände hatte sie schließlich dem Kampf um eine Verurteilung der Verantwortlichen einen gewichtigen Impuls gegeben.

[559] Vgl. Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 77ff.

Im unmittelbaren Anschluss an die Präsentation der Hauptergebnisse stellte der Kommissionsvorsitzende die Empfehlungen der CEH vor.[560] Dabei wurde schnell deutlich, dass die Kommission auch bezüglich der Vorschläge für die nachfolgende Politikgestaltung die ihr durch das Mandat gesetzten Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft hatte. Für die unmittelbar auf die Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" folgende politische Debatte waren insbesondere vier Empfehlungen bedeutend. Neben der Auflegung eines Nationalen Reparationsprogramms und der Einrichtung der Stiftung für den Frieden und die Eintracht hatte die Kommission nahegelegt, dass URNG und Regierung ihre Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen öffentlich anerkennen und bei der gesamten Gesellschaft um Verzeihung bitten sollten. Viertens wurde die vollständige Umsetzung des Gesetzes zur Nationalen Versöhnung und somit die strafrechtliche Ahndung der Delikte, welche das Gesetz von einer Amnestierung ausgenommen hatte, empfohlen.

Die empfohlenen erinnerungs- und vergangenheitspolitischen Maßnahmen bildeten, so die abschließenden Bemerkungen des Kommissionsvorsitzenden, einen Gesamtzusammenhang mit dem durch die Friedensabkommen eingeleiteten Reformprozess, der eine spezifische Gestalt der guatemaltekischen Nation hervorbringen sollte:

> Um die wahrhafte Wiederversöhnung erreichen zu können und eine neue demokratische und partizipative Nation aufzubauen, die ihren multiethnischen und plurikulturellen Charakter schätzt, muss die gesamte Gesellschaft die Verpflichtungen des Friedensprozesses annehmen.

Als Christian Tomuschat die letzten Sätze der Präsentation verlesen hatte, war die offizielle Zeremonie beendet, und Musik und Applaus setzten ein. In diesem Moment betrat Präsident Álvaro Arzú die Bühne und schüttelte den sechs Rednern die Hände. Diese Geste wurde unternommen, nachdem Arzú sich im Vorfeld und während der Veranstaltung geweigert hatte, den Bericht persönlich entgegenzunehmen und somit die Verantwortung des Staates einzugestehen. In den folgenden Tagen wurde die Haltung des Präsidenten immer wieder harsch kritisiert, und doch lassen sich die wenigen Sekunden, in denen sich Arzú auf der Bühne aufhielt, auch anders interpretieren. Der Präsident hatte der gesamten Zeremonie zwar regungslos beigewohnt, doch hatte er sich bereits während der Rede Balsells Tojos der öffentlichen Meinung untergeordnet und sich in den Applaus zur Würdigung Gerardis eingereiht. Auch nach Beendigung der gesamten Zeremonie wirkte der joviale Präsident wie vom Gewicht des historischen Befundes niedergedrückt. Als er die Bühne betrat, schien es, als drücke er sich eilig am Blumenbukett vorbei. Das Händeschütteln vollzog sich innerhalb kürzester Zeit, und Arzú wandte sein Gesicht dabei dem Publikum ab. Die Geste

[560] Zum Gesamtkatalog der Empfehlungen vgl. Kapitel 6.4.

ließ sich mithin auch als ein Zeichen der Scham lesen oder als Versuch, in einer Situation zu bestehen, in der er zwischen der öffentlichen Meinung, die nach einer Entschuldigung verlangte, und den Kräften, deren Vertreter er war, stand. Arzú hatte seinen Gang nach einer Zeremonie unternommen, die von einem Höchstmaß an jahrzehntelang aufgestauten Emotionen getragen war. Einer der Anwesenden notierte später, „wie viele Bekannte um mich herum ihre Tränen nicht zurückhalten können, und man fühlt und spürt ein Ambiente, das den traditionellen Politikern nicht gefällt: die Tatsache, dass das Volk mit lebendiger Stimme seine Gefühle ausdrücken kann“.[561]

Die Präsentation des Abschlussberichtes wirkte inmitten eines von Schweigen, Verleugnung und Straflosigkeit geprägten historischen Kontextes wie ein Paukenschlag und hinterließ in all denen, die der Zeremonie beigewohnt hatten, tiefste Bewegtheit. Dadurch, dass die Kommissionsmitglieder auf die Vorbereitung festlicher Reden verzichtet hatten und stattdessen eine präzise und knappe Präsentation ihres historischen Urteils verlasen, geriet die Abschlusspräsentation zu einem öffentlichen Akt, der mehr an eine gerichtliche Urteilsverkündung erinnerte als an eine feierliche Zeremonie.

7.2 Nach der Geschichtsstunde

Als die Kommission zur historischen Aufklärung am 25. Februar 1999 ihren Abschlussbericht vorgestellt hatte, sah sich die nationale und internationale Öffentlichkeit sowohl mit den genozidalen Dimensionen des guatemaltekischen Terrors als auch mit den konkreten Empfehlungen zur Politikgestaltung konfrontiert. Gegenstand dieses Kapitels sind die Anfänge der öffentlichen Debatte, die unmittelbar nach der Veranstaltung im Nationaltheater begann und bis in die Gegenwart geführt wird. Nachgezeichnet werden zunächst die grundsätzlichen Haltungen zur „historischen Wahrheit“, die vornehmlich durch die Stimmen der hauptstädtischen politischen Protagonisten und der Feuilletonisten in den öffentlichen Raum getragen wurden. Bereits nach wenigen Tagen fächerte sich die Diskussion auf und thematisierte insbesondere die Bereiche der offiziellen und öffentlichen Entschuldigung, der Strafverfolgung, der „Wiedergutmachung“ und schließlich der Umsetzung der Kommissionsempfehlungen.

[561] Marco Tulio Alvárez; La catarsis de una jornada donde brilló la Verdad, in: Noticias de Guatemala, März 1999, S. 4.

7.2.1 Unmittelbare Reaktionen

In den ersten Tagen nach der Übergabe des Abschlussberichtes war diese in den hauptstädtischen Zeitungen Tagesthema.[562] In den Artikeln spiegelten sich die Atmosphäre der Zeremonie, die Bewunderung für die Arbeit der Kommission und die Ablehnung der von Arzú zur Schau gestellten Haltung. In manchen Kommentaren jedoch zeigte sich das Fortbestehen alter ideologischer Gräben: Von einigen Autoren wurde die Objektivität der Kommission angezweifelt und behauptet, dass die Kommissionsmitglieder die Ziele und Methodik der Guerilla gerechtfertigt und die Einmischung der europäischen und realsozialistischen Staatenwelt nicht in die Analyse einbezogen hätten.[563] In der durch die Printmedien vermittelten öffentlichen Meinung stellte die genannte Position zwar nur einen kleinen Teil des Meinungsbildes dar, verdeutlichte aber dennoch das Fortbestehen einer historischen Interpretation, die in der Relativierung der Gräueltaten des Militärs durch den Verweis auf andere involvierte Mächte bestand. Diese Gräben hatten sich bereits in dem Moment geöffnet, als der Schlussapplaus für die Kommissionsmitglieder verhallt war. Viele der Anwesenden verließen das Theater mit Tränen in den Augen und trafen draußen mit all denen zusammen, die der Zeremonie bewegt von außen gelauscht hatten. Prominente Vertreter der »organisierten Zivilgesellschaft« äußerten sich einhellig positiv zu den präsentierten Ergebnissen, rückten jedoch unterschiedliche Aspekte der Kommissionstätigkeit in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin und Galionsfigur des in den 1990er Jahren wiederbelebten indigenen Selbstbewusstseins, sagte:

> Ich fühle mich bestätigt. All das wussten wir bereits, es war das offene Geheimnis meines Volkes. Wir, die wir überlebt haben, wussten, was wir überlebt hatten. [...] Ich habe immer noch nicht verziehen und weiß nicht, wann ich verzeihen können werde. Dies ist unsere Wahrheit, es ist das Schweigen, welches wir gebrochen haben.[564]

In dieser Aussage bestätigte sich, dass die Tätigkeit einer Wahrheitskommission nicht vorrangig darauf zielt, unbekannte *Tat*sachen zu ermitteln, sondern darauf, jahrelang geleugnete Taten öffentlich und offiziell anzuerkennen.[565] Die Worte des Kommissionsvorsitzenden wandelten das offene Geheimnis zu einem Wissen, das von einer offiziell anerkannten Institution gebildet worden war, und

---

[562] Analysiert wurden die Tageszeitungen „Prensa Libre“, „El Gráfico“, „Siglo XXI“, „La Hora“ und „El Periódico“.

[563] Entsprechende Kommentare z.B. in: Siglo XXI, 26.2.1999 (El ¿oscurecimiento? Histórico de la verdad); Siglo XXI, 2.3.1999 (¿Esclarecimiento?); Siglo XXI, 3.3.1999 (La historia, según los europeos); El Periódico, 5.3.1999 (La historia depende de quien la escriba); El Periódico, 6.3.1999 (¿Esclarecimiento histórico?).

[564] Zit. nach El Periódico, 26.2.1999.

[565] Vgl. Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 24-27.

somit wurde ein erster Schritt der moralischen Rehabilitierung der Opfer unternommen. Nineth Montenegro, Gründungsmitglied der Angehörigenorganisation von Verschwundenen GAM, die seit Mitte der 1980er Jahre die Einsetzung einer Wahrheitskommission eingefordert hatte, zeigte sich in ihrer ersten öffentlichen Reaktion wenig enthusiastisch:

> Jetzt tragen wir die Verantwortung dafür, die Umsetzung der Empfehlungen einzufordern. Ich bin mit dem Bericht zufrieden. Trotzdem war es für meine Tochter nicht ausreichend. Sie blieb dem Unterricht mit der Hoffnung fern, dass man über den Verbleib ihres Vaters informiert, aber so war es nicht.[566]

Die Äußerung Montenegros verwies auf eine weitere zentrale Funktion des vergangenheitspolitischen Instruments der Wahrheitskommission: Als psychologischer Hintergrund für die Forderung nach der Einrichtung einer Wahrheitskommission wurde in Kapitel 2 die psychologische Unmöglichkeit, im Falle von Verschwindenlassen einen Trauerprozess einzuleiten, angeführt. Das Wissen um den Verbleib und das Schicksal des geliebten Wesens kann es den Angehörigen erleichtern, die Vergangenheit in ihre Schranken zu verweisen. Insofern verbindet sich mit der Arbeit einer Wahrheitskommission immer auch die Hoffnung, das persönliche Leid werde offiziell dokumentiert und somit bestätigt. Der Hoffnung auf die Offenlegung konkreter Schicksale konnte die Kommission zur historischen Aufklärung in ihrer Abschlusszeremonie nicht nachkommen. Auch Nineth Montenegro wird sich dessen bewusst gewesen sein. Mit dem Hinweis darauf, dass ihre Tochter immer noch keine Gewissheit über das Schicksal ihres Vaters besäße, betonte sie die Notwendigkeit, die Veröffentlichung der kollektiven Geschichte der Opfer um die offizielle Bestätigung der individuellen Leidensgeschichten zu ergänzen.

Während die Schlussfolgerungen der Kommission von breiten Teilen der (diesbezüglich informierten) nationalen und internationalen Öffentlichkeit wenn nicht euphorisch, so doch zumindest überaus positiv aufgenommen wurden, wurden am Tag der Zeremonie all jene unter Rechtfertigungszwang gesetzt, die entweder als Apologeten der Antisubversion oder als Mitglieder des Kreises schuldhafter Akteure galten. Vertreter des landwirtschaftlichen Unternehmersektors, des Militärs und der rechtsorientierten Parteien verwehrten sich, ebenso wie der US-Botschafter, gegen die Schlussfolgerungen der Kommission. Einige negierten, dass der von ihnen repräsentierte Sektor in die »bewaffnete Auseinandersetzung« involviert gewesen sei, andere bezweifelten die politische Neutralität der Kommissionsmitglieder und suchten die Aufmerksamkeit auf die his-

[566] Zit. nach El Periódico, 26.2.1999.

torische Schuld der Guerilla und ihrer internationalen Verbündeten zu richten.[567] Zweifelnd äußerte sich auch Verteidigungsminister Barrios Celada:

> Im Moment kann ich nichts dazu sagen, da ich den Inhalt des Berichts nicht ganz kenne. Wir werden ihn innerhalb des Heeres analysieren, und danach können wir uns unterhalten. Trotzdem glaube ich, dass das Ausgesprochene nicht mehr als den Standpunkt der Kommission wiedergibt. Es ist eine partielle Wahrheit.[568]

Obwohl der Verweis darauf, dass der mehrere Tausend Seiten umfassende Bericht vor einer offiziellen Stellungnahme erst gründlich studiert werden müsse, folgerichtig erscheint, focht der Verteidigungsminister in seiner Äußerung bereits die „historische Wahrheit" an. Artikuliert wurde – noch vor dem gründlichen Studium des Berichtes – der grundsätzliche Zweifel an der Objektivität und damit an der Wahrhaftigkeit der „Erinnerung an das Schweigen". Noch wenige Wochen zuvor hatte sich der Verteidigungsminister in die von Arzú ausgerufene „große nationale Bewegung für das Verzeihen" eingereiht und zeigte nun, dass die Kritik an seiner im Stadion von Santa Cruz del Quiché gehaltenen Rede angemessen gewesen war: Die erinnerungs- und vergangenheitspolitische Haltung des Verteidigungsministers ließ weder eine gewandelte Einstellung zu den militärischen Praktiken der vergangenen Jahrzehnte noch das Fundament eines Schuldeingeständnisses erkennen.

Arzú selbst, der das Nationaltheater unmittelbar nach seinem flüchtigen Auftritt verlassen hatte, weigerte sich in den auf die Übergabezeremonie folgenden Tagen, zu den Ergebnissen der Kommission Stellung zu beziehen. Der offiziellen Verkündung der „Wahrheit" folgte zunächst ein offizielles Schweigen. Am Tag nach der Übergabe des Abschlussberichtes hielt sich Arzú in Chimaltenango auf, wo er verschiedene infrastrukturelle Einrichtungen (Schule, Gesundheitszentrum, Straßenabschnitt) einweihte. Um eine Stellungnahme zur histori-

---

[567] Der US-Botschafter Donald Planty zog den Bericht nicht generell in Frage, betonte jedoch, dass es sich um eine rein nationale Auseinandersetzung gehandelt habe und bezeichnete das Einwirken US-amerikanischer multinationaler Konzerne auf die ökonomische Struktur Guatemalas als „falsche Interpretation" (vgl. El Periódico, 26.2.1999). Äußerungen aus dem Unternehmersektor stammten von Humberto Preti (Ex-Präsident der Agrarkammer) und von Gustavo Anzueto Vielman. „Als die CEH eingesetzt wurde, haben wir gesagt, dass es eine unnötige Kommission ist, die neue Wunden öffnen würde. Wir haben und werden zur Versöhnung beitragen, indem wir Arbeit und Reichtum schaffen. Der Unternehmersektor finanzierte seine eigene Verteidigung, aber unterstützte niemals paramilitärische Gruppen" (Preti, zit. nach ebda.). „Was für ein Zufall: die Guerilla, die mordete und die Bevölkerung massakrierte: nun scheint es, als habe sie nichts gemacht. Deshalb verliert der Bericht an Glaubwürdigkeit. Außerdem hat Señor Tomuschat bereits seine Entscheidung, das Militär zu zerstören, kundgetan, Alfredo Balsells hatte immer schon eine Aversion gegen die Streitkräfte, und Otilia Lux de Cotí hat nie ihre Sympathie für die URNG geleugnet. Also schlussfolgern wir, dass der Bericht ein politisches Dokument ist [...]" Vielman, zit. nach Prensa Libre, 26.2.1999.

[568] Zit. nach El Periódico, 26.2.1999.

schen Aufklärung gebeten, ließ er verlauten: „Darüber will ich nicht sprechen, jetzt interessiert mich dieses [infrastrukturelle] Werk“.[569] Damit nahm eine offizielle Strategie ihren Anfang, die darauf abzielte, das politische Gewicht der Kommissionstätigkeit zu negieren.

Die URNG, die ihren Generalsekretär den Bericht hatte entgegennehmen lassen, veröffentlichte zunächst auch keine offizielle Stellungnahme und begründete dies, wie auch staatliche Repräsentanten, damit, den Bericht einer gründlichen Analyse unterziehen zu müssen. In den folgenden Tagen und Wochen äußerten sich weitere nationale und internationale Beobachter sowie Protagonisten der »organisierten Zivilgesellschaft« zu den Ergebnissen der CEH. Die mediale Berichterstattung konzentrierte sich auf die Darstellung der öffentlichen Stellungnahmen, auf die Problematik der Umsetzung der Empfehlungen und auf die im Zusammenhang mit der Kommissionstätigkeit stehenden politischen Ereignisse. Die Inhalte des Berichtes selbst wurden, mit Ausnahme einer Artikelserie in der Tageszeitung *El Periódico*, nicht genauer analysiert.[570]

Die öffentliche Debatte kreiste insbesondere um vier Bereiche, die im Folgenden gesondert behandelt werden: offizielle Stellungnahmen seitens der Regierung, der URNG und der USA, Strafverfolgung, „Wiedergutmachung“ und die (institutionalisierte) Weiterführung der Kommissionstätigkeit.

7.2.2 Zwischen Schweigen und Entschuldigung

Die Kommission zur historischen Aufklärung hatte dem Präsidenten, dem Kongress sowie der URNG-Kommandantur in ihrem Empfehlungskatalog nahegelegt, die Ergebnisse der Wahrheitsfindung öffentlich anzuerkennen und die daraus erwachsene Verantwortung anzunehmen. In den vergangenheitspolitischen Debatten, die seit den 1980er Jahren in anderen Transformationsgesellschaften geführt worden waren, hatte sich gezeigt, dass öffentlichen Erklärungen von Präsidenten, in denen die Ergebnisse der offiziellen Wahrheitsfindung beglaubigt und für die begangenen Taten um Verzeihung gebeten wurde, eine große Bedeutung für die Qualität des Umgangs mit der Vergangenheit zukam. Ist das öffentliche Schuldeingeständnis des höchsten staatlichen Repräsentanten für die

---

[569] Zit. nach Prensa Libre, 27.2.1999.

[570] Die Berichterstattung über den Bericht selber war außerordentlich spärlich gesät und behandelte nur einzelne Aspekte, u.a. die ökonomischen Kosten der »bewaffneten Auseinandersetzung« (Prensa Libre, 16.3.1999). *El Periódico* veröffentlichte eine Reihe von Artikeln zu ausgewählten Aspekten (Todesschwadrone, 3.3.1999; intellektuelle Opfer, 3.3.1999; Gewalttaten des EGP, 4.3.1999; Spanische Botschaft, 5./6.3.1999; ökonomische Kosten, 8.3.1999; CIA, 8.3.1999, CI 45: Castañeda de León, 15.3.1999; El Aguacate, 16.3.1999; Aldea Estancia de la Virgen, 20.3.1999, von Spreti, 30.3.1999, Godoy de Cuevas, 31.3.1999). Dargestellt wurden illustrative Fälle, thematisiert die Vergangenheit der Guerilla und die ökonomischen (nicht die sozialpsychologischen!) Kosten und übergangen das tabuisierte Thema der Vergewaltigung.

Wiederherstellung der Würde der Opfer bedeutend, so gilt dies nicht minder für die öffentlich vorgetragenen Positionen derer, die an der Spitze der Befehlshierarchie gestanden und somit für die Planung der Verbrechen verantwortlich gezeichnet hatten.

Vor diesem Hintergrund soll die Analyse der öffentlichen Stellungnahmen mit der öffentlich vorgetragenen Meinung des Mannes beginnen, der durch die Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" in besonderem Maße von einer möglichen strafrechtlichen Ahndung seiner früheren Aktivitäten bedroht wurde: Als Putschist und Staatspräsident der Jahre 1982 und 1983 galt General Efraín Ríos Montt als einer der Hauptverantwortlichen für die Politik der verbrannten Erde. Der General zählte zu den ersten Personen des öffentlichen Lebens, die ausführlich zu den Ergebnissen der Wahrheitskommission Stellung bezogen. In einem Interview antwortete Ríos Montt am Tag nach der Übergabe des Abschlussberichtes auf die Frage, ob er von den Taten wirklich nichts gewusst habe:

> Ich versichere dies nicht nur, ich bin davon überzeugt, dass ich nicht lügen kann. [...] Das Problem ist, dass mir von Kriegshandlungen berichtet wurde: Tote auf der einen und der anderen Seite. [...] Ich war ein Präsident, der mit den Ministerien, dem internationalen Handel und den wirtschaftlichen Fragen zu tun hatte.[571]

Angesichts der möglichen Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens war einerseits nicht zu erwarten, dass Ríos Montt öffentlich von seiner Verstrickung und persönlichen Verantwortung sprach. Andererseits jedoch leugnete der General im Interview die von der CEH geschilderte Geschichte des Staatsterrorismus. Er verwies etwa auf den Anblick toter Kinder und Frauen und darauf, dass die Guerilla diese als Schutzschilde missbraucht habe:

> Das haben wir nicht gemacht. Mehr noch, wir haben verschiedene Kräfte zwischen das Volk und das Militär gestellt, wir haben eine Dimension lokaler Sicherheit mit dem Ziel kreiert, dass das Militär die *comunidades* verlässt.

Mit dem Verweis auf die „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen" suchte Ríos Montt das Militär als Retter des bedrängten Volkes zu präsentieren und verkehrte damit die Schlussfolgerungen der CEH in ihr Gegenteil. In seiner Schuldzuweisung an die Guerilla vermochte sich der General im Verlauf des Interviews noch zu steigern; auf die Frage, wie er sich gefühlt habe, als er hörte, dass es 200.000 Opfer, darunter schwangere Frauen und Kinder, gegeben habe, antwortete der General:

> Unter dem sentimentalen, emotionalen und humanen Blickwinkel ist es Schmerz und Beklemmung, aber es schmerzt mich auch, dass Sie mir diese Frage stellen. Als ob ich

[571] Dies und die folgenden zwei Zitate stammen aus dem in der Prensa Libre vom 28. Februar 1999 abgedruckten Interview.

ein Stein wäre, der keine Gefühle kennt. Dabei stellte sich das Problem eines Krieges. Wie sollte es mich nicht zu Tränen rühren, wie sollte es mich unberührt lassen, tote Kinder und Frauen zu sehen? Das ist das, was wir die Guerilla fragen sollten. Warum haben sie sie als Schutzschilde benutzt?

Wenige Stunden nachdem die CEH mit der Präsentation ihres Abschlussberichtes eine historische Wahrheit zu etablieren gesucht hatte, welche das Ausmaß und die Dimensionen des guatemaltekischen Staatsterrors umschrieb, trat der General mit Äußerungen an die Öffentlichkeit, die als insolente Verdrehungen historischer Tatsachen erscheinen mussten. Die psychologische Brisanz der Äußerungen lag zudem in der Übereinstimmung mit einer historischen Interpretation der »bewaffneten Auseinandersetzung», die oftmals von Opfern vertreten wurde. Dabei handelte es sich um die Vorstellung, dass die unbeteiligte Bevölkerung zwischen zwei Fronten geraten sei.[572]

Während der ehemalige Staatspräsident die Ergebnisse der CEH öffentlich bestritt, hüllte sich der amtierende Staatspräsident, Álvaro Arzú, in Schweigen. Am 26. Februar 1999 kündigte die Vorsitzende der SEPAZ, Raquel Zelaya, die Einsetzung einer aus vier bis fünf Funktionären bestehenden Kommission an, deren Aufgabe es sei, den Bericht zu analysieren und Arzú Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen zu unterbreiten.[573] Mit dem Verweis auf die Notwendigkeit einer eingehenden Analyse wurde die offizielle Stellungnahme des Präsidenten vorerst verschoben.

Die erste präsidiale Stellungnahme stammte nicht von Arzú, sondern von US-Präsident Bill Clinton, der am 10. März 1999 während eines kurzen Aufenthaltes in Guatemala vor ausgewählten Vertretern staatlicher Institutionen und der Zivilgesellschaft eine Ansprache hielt. Darin bezeichnete er die Unterstützung, die die USA Militär und Geheimdiensten gewährt hatten, als einen Fehler, der sich nicht wiederholen dürfe.[574] Die Veranstaltung, von einem Unternehmer als „historisches Treffen“ bezeichnet, war von Protesten vor dem Veranstaltungsgebäude begleitet. Die von Clinton vorgebrachte Entschuldigung war indes kein

[572] Diese Interpretation schildert ausführlich David Stoll (Between two Armies. In the Ixil towns of Guatemala, New York 1993), der jedoch von der historischen Bedingtheit der Interpretation seitens der Opfer abstrahiert. Das in den 1990er Jahren akzeptierte historische Narrativ (die Bevölkerung sei zwischen zwei Fronten geraten) wird in den Rang des Tatsächlichen erhoben.

[573] Vgl. El Periódico, 27.2.1999. In der Kommission waren, wie dieselbe Zeitung am 5. März 1999 meldete, der Außenminister Eduardo Stein, Vizeminister Gabriel, Raquel Zelaya, der Privatsekretär des Präsidenten Gustavo Porras und Marta Altolaguierre (Präsidentin der präsidialen Menschenrechtskommission COPREDEH) vertreten.

[574] Vgl. Prensa Libre, 11.3.1999.

öffentliches Ereignis, welches in der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der CEH eine breite Debatte hervorrief.[575]

Für die guatemaltekische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der historischen Aufklärung sollte eine zweite offizielle Stellungnahme, die zwei Tage später von der URNG vorgebracht wurde, wesentlich bedeutsamer sein. Am Freitag, dem 12. März 1999, gaben führende Mitglieder der ehemaligen Guerilla die zuvor in Aussicht gestellte Stellungnahme ab. Neben dem ehemaligen Kommandanten der FAR und aktuellen URNG-Generalsekretär Jorge Ismael Soto (Pablo Monsanto) hatten Celso Humberto Morales (Tomás, EGP), Rodrigo Asturias (Gaspar Ilom, ORPA), Pablo Ceto (EGP) und Ricardo Rosales (PGT) auf dem Podium Platz genommen.[576]

> Mit tiefem Schmerz und Demut bitten wir das Andenken der Opfer, ihre Familien und die *comunidades* um Verzeihung, die irreparable Schäden, Ungerechtigkeiten und Kränkungen erlitten haben, die im Rahmen der »bewaffneten Auseinandersetzung« individuell oder kollektiv von Mitgliedern der Streitkräfte der URNG oder ihrer Mitgliedsorganisationen aufgrund jedweden Exzesses, Irrtums oder aus Verantwortungslosigkeit begangen wurden.[577]

In ihrer öffentlichen Erklärung räumte die ehemalige Guerilla ein, dass Gewalttaten verübt worden seien, die den „revolutionären moralischen und ethischen Prinzipien, Hoffnungen und auch Orientierungen“[578] widersprochen hätten.

Obgleich somit widerspruchslos die Schuld für die begangenen Gewalttaten angenommen und um Verzeihung gebeten wurde, ist doch zu betonen, dass die Erklärung auf einer generellen Ebene verblieb. Die ehemalige Guerilla, die sich nach der Präsentation des Abschlussberichtes Zeit für eine eingehende Analyse auserbeten hatte, äußerte sich nicht zu den konkreten Gewalttaten, die ihr von der Kommission zur historischen Aufklärung angelastet worden waren: Insbesondere bezog sie keine Stellung zu den wenigen Fällen, welche als illustrative Fälle in die offizielle Berichterstattung aufgenommen worden waren. Dabei handelte es sich um die Massaker von El Aguacate und Chacalte[579] sowie um

---

[575] Vgl. auch Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 247ff. In der von der US-Amerikanerin Susanne Jonas angefertigten Analyse des Friedensprozesses nimmt die Auseinandersetzung der USA mit ihrer Verwicklung in die guatemaltekische Geschichte einen breiten Rahmen ein. Die mediale Berichterstattung in Guatemala beschränkte sich hingegen auf kurze Artikel und Kommentare.

[576] Es traten ausschließlich Männer auf, die im und mit dem Guerillakampf der vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte gealtert waren. Die physische Präsenz des Alters trug zu dem Eindruck bei, eine historische Epoche sei abgeschlossen.

[577] Zit. nach El Periódico, 13.3.1999.

[578] Ebda.

[579] Illustrative Fälle (*casos ilustrativos*) Nr. 86 und Nr. 110.

insgesamt drei Fälle von Entführungen und extralegalen Hinrichtungen.[580] In ihrem Abschlussbericht hatte die Kommission zur historischen Aufklärung konstatiert, dass extralegale Hinrichtungen von Militärkommissionaren und Fincabesitzern Bestandteil der militärischen Strategie der Aufständischen gewesen seien. Als die URNG im März 1999 für begangene *Irrtümer und Exzesse* um Verzeihung bat, versäumte sie damit die Gelegenheit, fundierte Selbstkritik zu üben.

Durch den Verzicht auf die Darstellung der illustrativen Fälle vermochte es die URNG-Spitze nicht, das Vertrauen in ihre Redlichkeit wieder herzustellen. Obwohl die von der ehemaligen Guerilla vorgebrachte Entschuldigung von vielen Protagonisten des politischen öffentlichen Lebens positiv aufgenommen wurde,[581] waren auch kritische Stimmen zu vernehmen. José Antonio Puac, ein indigener Mitarbeiter des REMHI-Projektes, welcher mit dem Projekt-Team in Chimaltenango besonders eng verbunden war, verwies auf die grundsätzliche Problematik der Vermittlung zwischen der politischen Rhetorik und den konkreten Entwicklungen im »Landesinneren«:

> Der Diskurs ist interessant, aber in den *comunidades* geht man nicht davon aus, dass die Bitte um Verzeihung ernsthaft ist. Das reicht nicht, sie [die URNG-Kommandanten] müssen detailliert erklären, was sie taten und warum sie es gemacht haben.[582]

Besonders deutlich wurde die Notwendigkeit eines konkreten Schuldeingeständnisses und der damit verbundenen Entschuldigung im Falle des 1988 verübten Massakers von El Aguacate. Bis zur Veröffentlichung der „Erinnerung an das Schweigen“ wurde gemeinhin angenommen, dass das Militär für das Massaker, dem 22 Zivilisten zum Opfer gefallen waren, verantwortlich war. Im Prozess der historischen Aufklärung konnte indes belegt werden, dass eine Patrouille der ORPA die Zivilisten exekutiert hatte.[583] In der Phase der Beweisaufnahme waren führende Mitglieder der ORPA vor der Kommission erschienen und hatten die Schuld an der kollektiven Ermordung auf sich genommen. „Das ist der

---

[580] Illustrative Fälle (*casos ilustrativos*) Nr. 32, Nr. 29 und Nr. 97.

[581] Vgl. Prensa Libre und Siglo XXI vom 13.3.1999.

[582] Zit. nach El Periódico, 13.3.1999.

[583] Der militärstrategische Hintergrund des Massakers war der Versuch, eine Guerillaeinheit vom Atitlán-Vulkan auf die Hänge der Vulkane Acatenango und Fuego zu verlegen. Die Vorhut der Guerilla traf in der Nähe der *comunidad* El Aguacate auf einen Bauern und entführte ihn. Nachdem sein Verschwinden bemerkt worden war, brachen drei Suchtrupps auf. Zwei der Suchtrupps trafen auf die Guerillapatrouille, wurden ebenfalls festgehalten und wenig später exekutiert. Um die Geheimhaltung der Guerillaoperation zu gewährleisten, wurden 21 Bauern und ein evangelischer Prediger ermordet. Die Führung der URNG veröffentlichte noch im November 1988 zwei Erklärungen. In der Ersten verwies sie auf Kriegshandlungen, und in der Zweiten bestritt sie jegliche Beteiligung an der Entführung und Ermordung der Bauern. Dieser Fall wurde sowohl vom Menschenrechtsprokurator als auch von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission ergebnislos untersucht.

schlimmste und schwerste Fehler, den wir als ORPA während des gesamten Krieges begangen haben [...] es füllt uns mit Schande".[584] Als die CEH ihren Abschlussbericht veröffentlichte, hatte sie das Massaker als den illustrativen Fall Nr. 86 in ihr Werk aufgenommen. Die Erkenntnis, dass nicht, wie allgemein angenommen, das Militär für das Massaker verantwortlich war, sondern die Guerilla, hatte in der nationalen und besonders der linken Öffentlichkeit Bestürzung und Diskussionen hervorgerufen. Vor diesem Hintergrund erschien der öffentliche Akt der Entschuldigung mehr als rhetorisches Moment denn als der ernstgemeinte Versuch, die Angehörigen der Opfer um Verzeihung zu bitten.

Die Problematik der unzureichenden Vermittlung zwischen einer in der Hauptstadt vorgebrachten allgemeinen Stellungnahme und den Lebenswelten vieler Opfer sollte sich bereits wenige Tage später erneut zeigen. Am 16. März 1999 ließ Arzú in den Tageszeitungen eine „vorläufige Stellungnahme" in Form einer Annonce (*campo pagado*) veröffentlichen. Bereits die Form der Stellungnahme wurde als Affront gegen die im Vorfeld geäußerten Forderungen der »organisierten Zivilgesellschaft« wahrgenommen. Arzú brach das Schweigen nicht *sprechend*, sondern beschränkte sich auf eine abgedruckte Erklärung. Angesichts der Tatsache, dass die Reichweite von Inhalten der Tageszeitungen per se eingeschränkter als etwa die einer von Fernsehen und Radio übertragenen Rede ist, handelte es sich bei der „vorläufigen Stellungnahme" nicht um eine an die gesamte nationale Öffentlichkeit gerichtete Erklärung, sondern um ein Statement, dessen Adressaten in der Hauptstadt und der internationalen Öffentlichkeit situiert waren. Ferner drückte die Form einer Zeitungsannonce aus, dass die Regierung nicht gewillt war, der CEH Bedeutung beizumessen: Die Annonce der Regierung reihte sich in eine Vielzahl von Stellungnahmen ein, welche von Kirchen, dem Menschenrechtsprokurator sowie von nationalen und internationalen Organisationen veröffentlicht worden waren. Nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt der Stellungnahme wurde als Affront gegen die »organisierte Zivilgesellschaft« wahrgenommen.

Die insgesamt 14 Paragraphen umfassende Erklärung konzentrierte sich auf die Auseinandersetzung mit den Empfehlungen der Kommission zur historischen Aufklärung. Lediglich im zweiten Paragraphen, der einen einzigen Satz umfasste, wurde auf die Untersuchungsergebnisse Bezug genommen: Die von der Kommission erarbeitete historische Interpretation stelle einen Beitrag zu einer gerade erst begonnenen Aufgabe dar, welche aufgrund der Komplexität des Themas und dessen kontroversen Charakters permanenter Analysen bedürfe.[585]

---

[584] CEH, Bd. VI, S. 86. (Im Text wird der evangelische Prediger Antonio Olivares Blanco genannt und in der abschließenden Auflistung der Opfer Antonio Olivares Bancés – eines der vielen Beispiele, wie sich durch den enormen Zeitdruck flüchtige, aber doch gewichtige Fehler einschleichen...).

[585] Vgl. Posición inicial del Gobierno de la República ante el informe y las recomendaciones de la Comisión de Esclarecimiento Histórico, in: Siglo XXI, 16.5.1999.

Somit bestand die Stellungnahme des Präsidenten zu den Inhalten der „Erinnerung an das Schweigen“ und zu den von der Kommission aufgezeigten qualitativen und quantitativen Dimensionen des Terrors einzig in der Weigerung, der Arbeit der Kommission politisches und historisches Gewicht beizumessen. Die weiteren zwölf Paragraphen der Stellungnahme bezogen sich auf die Empfehlungen der Kommission. Letztere würden sich, so die Regierung, mit den in den Friedensverträgen vereinbarten Reformen decken und, da die Umsetzung letzterer bereits Bestandteil der Regierungspraxis sei, würde die Regierung dem bereits eingeschlagenen Weg nun mit neuer Kraft folgen.[586] Die Empfehlung der CEH, eine *Follow-Up*-Institution einzurichten, wurde mit dem Hinweis auf eine Verdoppelung von Kompetenzen und Zuständigkeiten abgelehnt.[587] Ebenso abgelehnt wurde, da dies dem Geist der Friedensverträge widerspräche, die empfohlene Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des Verhaltens hochrangiger Militärangehöriger. In Bezug auf Reparationen verwies die Regierung schließlich auf Entschädigungsprogramme, die das präsidiale Friedenssekretariat SEPAZ gemäß den Bestimmungen des Nationalen Versöhnungsgesetzes in Kürze auflegen würde.[588] Abschließend nahm die Regierung zum Thema der präsidialen Entschuldigung Stellung und bekräftigte die Erklärung, die Arzú am 29. Dezember 1998 in Santa Cruz del Quiché abgegeben hatte. Die vorläufige Stellungnahme der Regierung, die auch ihre letzte bleiben sollte, endete mit einem längeren Zitat aus der Erklärung, die Arzú bereits vor der Veröffentlichung der „Erinnerung an das Schweigen“ präsentiert hatte.

Arzú hatte auf einige Empfehlungen mit dem Verweis auf den Inhalt der Friedensverträge reagiert, andere schlichtweg abgelehnt. Auf einen großen Teil der Empfehlungen, die sowohl von Menschenrechtsorganisationen als auch von den Zeugen des kirchlichen Projektes REMHI formuliert worden waren, ging der Präsident indes nicht ein. Er bezog sich weder auf die Empfehlung zur Errichtung von Denkmälern noch auf die empfohlene Politik staatlicher Exhumierungen. Unerwähnt blieben ferner all jene Empfehlungen, die das Problem des Verschwindenlassens betrafen. Dazu zählten die Aufklärung des Schicksals der

---

[586] Bedeutende Erfolge habe der Friedensprozess bereits insofern hervorgebracht, als eine neue soziale und politische Dynamik entstanden sei, die hinsichtlich des Sozialen von einer breiten Partizipation der Bevölkerung und hinsichtlich des Politischen von einem generellen Klima der Freiheiten charakterisiert sei. Verwiesen wurde auf die Umsetzung der sozioökonomischen Vereinbarungen (die mit der Steigerung sozialer Investitionen gleichgesetzt wurden), auf die bereits vollendete Säuberung und Reduzierung des Militärs, auf die Einrichtung einer neuen Polizei und auf die strafrechtlichen Potenziale des „Nationalen Versöhnungsgesetzes“.

[587] Wenig später stellte sich auch der Kanzler, Eduardo Stein, hinter die Position des Präsidenten, als er erklärte, dass die Regierung keine *Follow-Up*-Kommission einsetzen werde und auf die rechtliche Unverbindlichkeit der Empfehlungen verwies (vgl. Prensa Libre, 7.4.1999).

[588] Vgl. Kapitel 8.2.

als „verschwunden“ angezeigten Personen, Nachforschungen über den Verbleib verschwundener und illegal adoptierter Kinder und schließlich die administrative Klärung des Verschwundenenstatus (z.B. Ausstellung von Totenscheinen). Ein letzter Aspekt, der in der Stellungnahme der Regierung keine Erwähnung fand, waren die Empfehlungen zu einer breit angelegten Aufklärungskampagne und zur Integration der Ergebnisse der CEH in schulische Curricula.

Die Erklärung des Präsidenten, dass die „Erinnerung an das Schweigen“ einen subjektiven Beitrag zur historischen Aufklärung darstelle, war eine von mehreren staatlichen „surrealen Reaktionen“[589] auf das Projekt der Wahrheitsfindung. Die Euphorie, die sich nach der in ihrer Deutlichkeit überwältigenden Übergabezeremonie eingestellt hatte, wurde durch die staatliche Reaktion gedämpft. „Der Bericht ist von der Regierung nicht anerkannt worden, wir hoffen, dass die nächste Regierung ihn anerkennt“.[590]

7.2.3 *Justicia*

Als die Kommission zur historischen Aufklärung in ihren Empfehlungen die strafrechtlichen Potenziale des Ende 1996 verabschiedeten Gesetzes zur nationalen Versöhnung unterstrichen und zudem nahegelegt hatte, bei der Strafverfolgung von Tätern ein besonderes Augenmerk auf die unterschiedlichen Verantwortlichkeits- und Hierarchieebenen zu richten und insbesondere die „Förderung und Anstiftung“ der entsprechenden Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich zu ahnden,[591] erhielt der Kampf gegen die Straflosigkeit neuen Auftrieb.

Als die Kommission am 25. Februar 1999 das Fundament des guatemaltekischen Kampfes gegen die Straflosigkeit moralisch und rechtlich stärkte, trieb ein wichtiger internationaler Präzedenzfall allmählich seinem Höhepunkt zu. Am 16. Oktober 1998 war Augusto Pinochet in London verhaftet worden, nachdem die spanischen Richter Manuel García Castellón und Baltasar Garzón Real einen Auslieferungsantrag gestellt hatten. Bereits im Februar 1997 hatte der nationale spanische Gerichtshof Ermittlungen gegen Pinochet eingeleitet, die sich um die Fälle mehrerer Opfer spanischer Nationalität zentrierten. Als Pinochet sich 1998 zu einer medizinischen Behandlung in Großbritannien und somit außerhalb des chilenischen Territoriums aufhielt, wurde er unter Hausarrest gestellt. Die in Spanien eingeleiteten Ermittlungen, der Auslieferungsantrag und die Infragestellung der Immunität des ehemaligen Diktators stellten „eine der wichtigsten Entwicklungen der Menschenrechte seit der Annahme der „allgemeinen Erklärung

---

[589] „vinieron unas reacciones un poco...como lo dijiera yo..surrealistas.“ (Balsells Tojo, Interview).

[590] „el informe no ha sido aceptado por el gobierno, nosotros esperamos que el siguiente gobierno lo acepta“ (R.M., Interview).

[591] Vgl. CEH, Bd. V, S. 72f. (Empfehlungen Nr. 47 und Nr. 48).

der Menschenrechte“ von 1948 dar“.[592] Die Einleitung des strafrechtlichen Procedere erhielt dadurch, dass der Name des chilenischen Diktators zu einem Synonym für lateinamerikanische Diktaturen schlechthin geworden war und sich somit die internationale Öffentlichkeit in hohem Maße am Geschehen interessiert zeigte, eine besondere symbolische Bedeutung. Als die guatemaltekische Wahrheitskommission Ende Februar 1999 ihren Abschlussbericht präsentiert hatte, war noch nicht endgültig über den Auslieferungsantrag entschieden worden. Ende November 1998 hatten die britischen Lordrichter (*House of Lords*), höchstes Rechtsprechungsorgan, mit zwei von drei Stimmen bestimmt, dass Pinochet keine Immunität genieße und somit das Auslieferungsverfahren eingeleitet werden könne. Nachdem die Entscheidung aufgrund eines Befangenheitsvorwurfes Mitte Dezember aufgehoben worden war, wurde eine neue Entscheidungskommission eingerichtet. In der britischen und der internationalen Öffentlichkeit kursierte die Vermutung, dass diese am 24. März 1999, also einen Monat nach der Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen“, die erste Entscheidung der Lordrichter bestätigen würde.[593]

Der Fall Pinochet hatte nicht nur die Möglichkeiten der internationalen Gerichtsbarkeit konkretisiert, sondern zugleich das Prinzip der Immunität aufgeweicht, welche Pinochet als ehemaliger Staatspräsident und Senator und Ríos Montt als ehemaliges Staatsoberhaupt beanspruchten. Vor diesem Hintergrund erhielt die Idee eines in Spanien eingeleiteten Verfahrens unmittelbar nach der Veröffentlichung des Abschlussberichtes Aufschwung. Baltasar Garzón Real, der mit dem Fall Pinochet befasste spanische Richter, signalisierte am 26. Februar 1999 seine Bereitschaft, guatemaltekische Menschenrechtsorganisationen bei der Einleitung vergleichbarer Verfahren zu unterstützen.[594] Am 2. Dezember 1999 sollte Rigoberta Menchú Tum beim spanischen nationalen Gerichtshof eine Klage gegen die Generäle Ríos Montt, Mejía Victores und Romeo Lucas García sowie gegen fünf weitere Hauptverantwortliche für den Terror der frühen 1980er Jahre einreichen. Die Bedrohung durch eine strafrechtliche Verfolgung zeichnete sich jedoch für die militärische Führungsriege bereits Ende Februar 1999 deutlich ab.

Auch Prozesse vor nationalen Gerichten schienen nun in greifbarere Nähe gerückt. Am 26. Februar 1999 kündigte Frank LaRue, Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation CALDH, die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen die Generäle Lucas García und Ríos Montt sowie gegen hohe Funktionäre der zuge-

---

[592] Amnesty International; Introduction Pinochet Case (AR Year 2000) http://web. amnesty.org/802568F200538089/ – Stand: 5.1.2002).

[593] Doch erst nach zwölf Monaten wurde eine endgültige Entscheidung gefällt und Pinochet am 2. März 2000 nach 503 Tagen des Hausarrestes und mehreren ärztlichen Expertisen, die ihm Prozessunfähigkeit attestierten, in sein Heimatland entlassen.

[594] Vgl. La Hora, 26.2.1999.

hörigen Regierungen an. Gegenstand der Anklage sollte die Förderung der genozidalen Politik zwischen 1981 und 1983 sein.

> Wir wollten vorher [vor der Präsentation des CEH-Berichts] nicht darüber reden, aber wir tragen bereits seit fast einem Jahr notwendige Informationen und Daten zusammen. Jetzt, wo Taten und Daten der begangenen Massaker bekannt sind, glauben wir, dass ein großer Schritt nach vorne gemacht wurde und dass es opportun ist, zu handeln.[595]

CALDH hatte bereits seit mehreren Jahren mit Überlebenden von Massakern zusammengearbeitet und die Idee einer kollektiv eingereichten Klage entwickelt.

7.2.4 Reparationen

> *Wie ist „Wiedergutmachung" zu verstehen? Ist es das Problem eines Trinkwasserstrahls, eines Weges, oder elektrischen Lichtes, wie es einige verstehen? Oder ist es, wie wir es verstehen, mehr als das Ökonomische? Für die Angehörigen der Opfer ist es nicht nur die moralische Anerkennung der Taten, sondern auch Gerechtigkeit. Das heißt, dass die Entschädigung und die Würdigung der Opfer ihren Weg über die Justiz nehmen.*[596]

Mit „Wiedergutmachungsleistungen", Reparationen oder Entschädigungen wurden in Guatemala wie auch in anderen Transitionsgesellschaften bereits vor dem Ende der »bewaffneten Auseinandersetzung« staatliche Maßnahmen eingefordert, die von individuellen Entschädigungszahlungen bis zu umfassenden Entwicklungsprogrammen reichten.[597] Die Angehörigenorganisationen von Verschwundenen hatten ihre Forderungen vor der Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" um eine auf Aufklärung und Strafverfolgung zielende Vergangenheitspolitik zentriert und diese um materielle Entschädigungsleistungen ergänzt. Eine auf umfassenden materiellen Entschädigungs- und Entwicklungsprogrammen basierende Form der „Wiedergutmachung" wurde hingegen von den zivilgesellschaftlichen Organisationen betont, in denen sich Opfergruppen zusammengeschlossen hatten, für die die »bewaffnete Auseinandersetzung« die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage bedeutet hatte. So umriss etwa ein Vertreter des Bauernverbandes CNOC (*Coordinación Nacional de Organización Campesina*) das Problem der Versöhnung mit den Worten: „Wir müssen das Vertrauen zwischen den Guatemalteken wiedergewinnen, aber vor allem wird es Versöhnung in dem Maße geben, wie die Grundbedürfnisse der Bevölkerung in den ländlichen Gegenden gedeckt werden".[598]

---

[595] Frank LaRue, zit. nach Siglo XXI, 27.2.1999 (vgl. auch El Periódico, 26.2.1999).
[596] Y.F., Interview.
[597] Vgl. Kapitel 2.
[598] Daniel Pascual (CNOC), in: Hombres de Maíz; La Guatemala que tenemos...la Guatemala que queremos, Nr. 53, Oktober/November 1999, S. 6.

Nach der Veröffentlichung der „Erinnerung an das Schweigen“ wurde das Thema der Entschädigung erneut öffentlich diskutiert,[599] und dabei wurde deutlich, dass sich die Position derer, die individuelle Entschädigungszahlungen mit dem Verweis auf den ausstehenden moralischen und strafrechtlichen Nachweis der Schuld ablehnten, nicht gänzlich mit der Position derer deckte, die trotz der ausstehenden moralischen und strafrechtlichen Schuldzurechnung materielle Entschädigungszahlungen einforderten.[600] Die Forderung nach monetären Entschädigungsleistungen und der moralischen Rehabilitierung der Opfer war indes vor allem im »Landesinneren« verbreitet, wo nicht nur viele Zeugen die Erwartung einer umfassenden Entschädigungspolitik artikuliert hatten, sondern zudem im Zuge der Beweisaufnahme durch das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung, die „Konvergenz für die Wahrheit“ und die Kommission zur historischen Aufklärung die Hoffnung entstanden war, dass sich aus dieser Form der Aufarbeitung der »bewaffneten Auseinandersetzung« Reparationsmaßnahmen *ableiten* würden.

Raquel Zelaya (SEPAZ) kündigte wenige Wochen nach der Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen“ die Durchführung erster Pilotprojekte zur Entschädigung betroffener *comunidades* an und skizzierte dabei ein Entschädigungsprogramm, das sich nicht auf individuelle Entschädigungszahlungen beschränken, sondern sowohl den infrastrukturellen, sozialen und ökonomischen Wiederaufbau betroffener *comunidades* als auch moralische Reparationen (Denkmäler, Exhumierungen) und therapeutische Programme umfassen sollte. Für die Durchführung der Pilotprojekte hatte die Regierung zunächst Q 10 Mio. (ca. € 1,34 Mio.) bereitgestellt, und beabsichtigte, das Budget durch Mittel der internationalen Kooperation zu erweitern.[601] Mit der Durchführung erster Pilot-

---

[599] Der Flüchtlingsverband ARDIGUA (*Asociación de Desplazados Dispersos de Guatemala*) verwies neben der Forderung nach Bestrafung auf die individuelle und kollektive Entschädigung der lebenden und toten Opfer (El Gráfico, 28.2.1999); ein juristischer Berater der CERJ bezeichnete Bestrafung und die Verbesserung der Entwicklungsbedingungen als die beiden Achsen der Wiedergutmachung (Prensa Libre, 2.3.1999); der Verband der Slumbewohner FREPOGUA (*Frente de Pobladores de Guatemala*) klagte Entschädigungen ein (El Gráfico, 19.3.1999), und der Flüchtlingsverband CONDEG nannte einen Forderungskatalog zur Wiedergutmachung, welcher neben Entschädigungszahlungen u.a. auf die Bereiche Land, Wohnung, Bildung und Gesundheit abzielte (La Hora, 22.3.1999).

[600] Vgl. La Hora, 25.3.1999 („GAM: En manos del presidente Arzú queda posibilidad de abrir juicio a militares culpables de excesos durante la guerra“. Zitiert wird die Tochter eines Verschwundenen, die Entschädigungszahlungen mit dem Verweis auf die ausstehende moralische und juristische Zurechnung der Schuld ablehnte.) Zur psychologischen Wirkungsweise von Entschädigungszahlungen, die den Tod des Angehörigen symbolisch legitimieren vgl. Brandon Hamber; Repairing the Irreparable: Dealing with double-binds of making reparations for crimes of the past, in: Ethnicity and Health, Vol. 5, No. 3/4, 2000.

[601] Raquel Zelaya verwies diesbezüglich auf laufende Verhandlungen mit der US-Regierung (vgl. El Periódico, 18.3.1999; Siglo XXI, 23.3.1999).

projekte kam die Regierung zwar insofern den Bestimmungen der Friedensabkommen nach, dass sie mit der Konzeption von Reparationsmaßnahmen, die sich nicht auf einmalige Zahlungen an Individuen beschränkten, einer Empfehlung der CEH folgte, aber dennoch eine Entschädigungspolitik entwarf, die der Tragweite der Empfehlungen nicht folgte. Die CEH hatte die Durchführung eines Entschädigungsprogramms nahegelegt, das auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen, eine Laufzeit von mindestens zehn Jahren haben und schließlich die »organisierte Zivilgesellschaft« in die Direktion des Programms einbinden sollte.

Mit den Ankündigungen der Regierung schien indes nicht gewährleistet zu sein, dass die Entschädigungsprojekte auch nach einem Regierungswechsel fortgesetzt würden. Vor diesem Hintergrund kristallisierte sich bereits wenige Wochen nach dem „Tag der Wahrheit“ heraus, dass der zivilgesellschaftliche Kampf um die Umsetzung der Empfehlungen der CEH vor allem darin bestehen würde, die gesetzliche Verankerung eines Entschädigungsprogramms vorzubereiten und einzufordern, das der Konzeption der CEH sowohl hinsichtlich des Spektrums und Umfangs der Reparationsmaßnahmen als auch hinsichtlich der organisatorischen Ausgestaltung des Entschädigungsprogramms Rechnung tragen würde.

7.2.5 *Follow-Up*

Mit dem Ziel der Unterstützung, Förderung und Überwachung der Empfehlungsumsetzung hatte die Kommission zur historischen Aufklärung die Einsetzung einer aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Repräsentanten zusammengesetzten Stiftung für den Frieden und die Eintracht (*Fundación por la Paz y la Concordia*) empfohlen und dem Kongress nahegelegt, das der Stiftung zugrunde liegende Gesetz in einer Frist von 60 Tagen zu verabschieden. Der Kongresspräsident, Leonel López Rodas, der zunächst die zügige Einrichtung einer *Follow-Up*-Institution in Aussicht gestellt hatte,[602] verwies schon Anfang März 1999 darauf, dass sich ein bereits bestehender Ausschuss des Kongresses mit den Empfehlungen auseinandersetzen werde.[603] Vier Tage vor der Veröffentlichung der „vorläufigen Stellungnahme“ des Präsidenten unterstrich López Rodas schließlich die Weigerung, die an den Kongress gerichtete Empfehlung zur Einsetzung einer *Follow-Up*-Institution umzusetzen und betonte, dass die Wahrheitskommission dies lediglich empfohlen habe und die Empfehlungen rechtlich nicht bindend seien.[604]

Mit der Veröffentlichung der endgültigen „vorläufigen Stellungnahme“ des Staatspräsidenten zeichnete sich bereits wenige Wochen nach der aufsehenerregenden Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen“ ab, dass die Umsetzung

---

[602] Vgl. Congreso creará Comisión de Seguimento, in: Siglo XXI, 2.3.1999.
[603] Vgl. El Periódico, 6.3.1999.
[604] Vgl. El Gráfico, 13.3.1999.

der Empfehlungen einen harten politischen Kampf erfordern würde. Am 6. April war vom Kanzler, Eduardo Stein, und von der Vorsitzenden des Friedenssekretariats, Raquel Zelaya, zu vernehmen, dass keine *Follow-Up*-Institution eingerichtet werde, da dies dem Geist der Friedensverträge widerspräche.[605] Wie auch in der „vorläufigen Stellungnahme“, wurde auf eine unnötige und kontraproduktive Verdoppelung von Funktionen und auf die Aufgaben der „Begleitkommission“ (*Comisión de Acompañamiento*) verwiesen. In den offiziellen Positionen wurde damit von der Tatsache abstrahiert, dass die Wahrheitskommission das in den Friedensverträgen vorgesehene Reformwerk durch zentrale vergangenheits- und erinnerungspolitische Maßnahmen ergänzt und das Konzept einer umfassenden „Wiedergutmachung“ nahegelegt hatte. Als der Kongress seine Verantwortung auf die Exekutive verschoben und selbige ihren Unwillen zur Einrichtung der empfohlenen Stiftung bekundet hatte, zeichnete sich eine Entwicklung ab, die für die vergangenheitspolitischen Ereignisse der kommenden Monate prägend sein sollte. Der Menschenrechtsprokurator Julio Arango Escobar berief Anfang April eine Versammlung der Zivilgesellschaft ein, um konzertiert auf die Umsetzung der Empfehlungen zu drängen.[606]

[605] Vgl. Prensa Libre, 7.4.1999 und El Gráfico, 18.4.1999.
[606] Vgl. Kapitel 8.2.

8 Erinnerungsarbeit und das Gewicht der Vergangenheit

Der Bericht der Kommission zur Aufklärung der Vergangenheit hat Guatemala die Chance eines Aufbruchs gegeben. Bisher lässt sich nicht erkennen, ob diese Chance genutzt werden wird. Offen bleibt insbesondere die Frage, ob der Bericht zur nationalen Aussöhnung beigetragen hat und damit das wichtigste Ziel der Kommissionsarbeit erreicht worden ist.[607]

Mit der Einsetzung einer Wahrheitskommission hatten die Verhandlungsparteien bereits Monate vor der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens einen vergangenheitspolitischen Weg eingeschlagen, der einen Kompromiss bildete zwischen der Forderung nach einer strafrechtlichen Ahndung von Menschenrechtsverletzungen und der Intention, die Verbrechen der Vergangenheit unbearbeitet zu lassen, und zugleich das Potenzial einer diskursiven Auseinandersetzung mit der Geschichte des Landes barg. Damit verbunden war schließlich die Hoffnung, langfristig einen entscheidenden Beitrag zur Wiederversöhnung und zur Reformierung der Gesellschaft zu leisten.

> Wiederversöhnung findet nur selten zügig statt. Einige Länder fangen nicht vor Ablauf mehrerer Dekaden ernsthaft an, die Last der Vergangenheit in Angriff zu nehmen. In anderen Ländern wird zwar bereits durch die Bemühungen einer Wahrheitskommission, durch Entschädigungen oder Prozesse ein Heilungsprozess eingeleitet, aber die Erinnerung an Schmerz und Verletzungen verfolgt auch in diesen Ländern nachfolgende Generationen und verlangt in den folgenden Jahren nach Aufmerksamkeit.[608]

Wahrheitskommissionen können, mit anderen Worten, einen Prozess begünstigen, der sich über Jahre und über Jahrzehnte erstreckt, und dessen Konturen sich schwer bestimmen lassen. Lässt sich bereits ein Jahr nach der Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" bestimmen, welche Auswirkungen das Projekt der offiziellen Wahrheitsfindung auf den Versöhnungsprozess hatte und künftig haben könnte? Ein Jahr nach der Auflösung der Wahrheitskommission zeichneten sich einerseits bereits Grundstrukturen der Rezeption und Weiterbearbeitung der „historischen Erinnerung" ab, die grundsätzlichen Probleme eines intentionalen Eingriffs in den Prozess der Geschichtsvermittlung aufzeigen. Andererseits zeigen die politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen des Jahres 1999 die Gefahr des Untergangs des Prozesses der Aufarbeitung der Vergangenheit in den Fluten einer gewalttätigen sozialen Misere. Mehrere Indikatoren verweisen, so Priscilla B. Hayner, auf den Stand der Versöhnung: die Art

[607] Christian Tomuschat; Eine Wahrheitskommission - und was dann?, in: FAZ, 17.7.2000.
[608] Hayner; Unspeakable Truths, a.a.O., S. 165.

des öffentlichen Umgangs mit der Vergangenheit, die Einigung auf eine gemeinsame Geschichte und das Verhältnis der früheren Kontrahenten. Hinter diesen Merkmalen des politischen Diskurses und der politischen Praxis bedingen weitere Entwicklungen die Möglichkeit eines Versöhnungsprozesses. Das diesbezügliche Spektrum reicht dabei von der Beendigung von Gewalt und Bedrohung, der Anerkennung der Vergangenheit, der Durchführung von Reparationen, der Verbreitung von Projekten, die die früheren Konfliktparteien aneinander binden, dem Umgang mit strukturellen Ungleichheiten und Grundbedürfnissen bis hin zum reinen Vergehen der Zeit.[609]

Die politischen Entwicklungen des Jahres 1999 vollzogen sich in Guatemala vor dem Hintergrund der extremen sozialen Ungleichheiten und der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere der indigenen Landbevölkerung. Für einen erheblichen Teil der Opfer, aber auch der Täter, war der Alltag in den auf die Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" folgenden Monaten von den Mühen der Existenzsicherung und der Furcht vor den Auswirkungen der Alltagskriminalität geprägt. Die soziale Situation sollte den Ausgang der Ende 1999 abgehaltenen Wahlen entscheidend beeinflussen. Doch noch bevor sich das politische Leben um die Wahlen zentrierte, rüttelten zwei Ereignisse die nationale und internationale Aufmerksamkeit auf. Von herausragender vergangenheitspolitischer Bedeutung waren die Veröffentlichung des sogenannten „Dossiers der Todesschwadrone" (oder: „Militärtagebuch") und das im Mai 1999 durchgeführte Verfassungsreferendum.

8.1 Der vergangenheitspolitische Kontext

8.1.1 Das Verfassungsreferendum

28 Monate nach der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens wurde am 16. Mai 1999 ein nationales Verfassungsreferendum abgehalten. Ein solches war im Stockholmer Abkommen über Verfassungsreformen und das Wahlsystem vom 7. Dezember 1996 vereinbart worden und sollte alle Reformen, die in den Abkommen über die „Rechte und Identität der indigenen Völker" und über die „Stärkung der Zivilgewalt und Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft" vorgesehen waren und einer Verfassungsänderung bedurften, zur Abstimmung stellen.[610] Kern des Reformwerkes war die verfassungsrechtliche Charakterisierung Guatemalas als multiethnische, plurikulturelle und multilinguale Nation (Verfassungsartikel 140) und die Anerkennung der indigenen Sprachen (Art. 143) und Spiritualität (Art. 66). In dem genannten Abkommen waren weitere elf Verfassungsänderungen vorgesehen, die die Funkti-

[609] Vgl. ebda., S. 161-165. Vgl. auch Kapitel 9.
[610] Vgl. Acuerdos de Paz; a.a.O., S. 345ff.

onen des Präsidenten (Art. 183, 246) und die Reformierung von Kongress (Art. 157), Justizsystem (Art. 203, 207, 208, 209, 210), Polizei, Militär (Art. 244) und Militärtribunalen (Art. 219) beinhalteten. Nach einem langen und von parteipolitischem Kalkül geprägten multigremialen Diskussionsprozess[611] hatte der Kongress im Oktober 1998 ein Paket von Verfassungsreformen verabschiedet, welches weit über die in den Abkommen vorgesehenen Verfassungsänderungen hinausging und nicht weniger als 49 Änderungsvorschläge enthielt.[612] Der Gegenstand der Abstimmung hatte sich um sozioökonomische Aspekte, Regelungen für die Partizipation der Bevölkerung bei der Distribution von Entwicklungsleistungen sowie um die partielle Anerkennung des indigenen Gewohnheitsrechtes erweitert. Nachdem sich der Schatten, den der Hurrikan Mitch Ende Oktober 1998 auf die gesamte Innenpolitik geworfen hatte, verflüchtigt hatte und Streitigkeiten über die Modalitäten des Referendums beigelegt worden waren, wurde der Termin für das Verfassungsreferendum auf den 16. Mai 1999 festgelegt und vier Themenblöcke (Staat und soziale Rechte, Gesetzgebung, Exekutive und Jurisprudenz) zur Abstimmung vorgelegt.[613]

Die Ergebnisse des Referendums waren ein Schock für die »organisierte Zivilgesellschaft« und die linken Parteien URNG und FDNG. 81,45% der Wahlberechtigten hatten sich der Wahl enthalten, und somit schien Desinteresse den Demokratisierungsprozess zu blockieren. Mit 9,4% der Stimmen überwog das „Nein“ knapp über das „Ja“. 7,5% der Wahlberechtigten hatten für die Annahme der Verfassungsreformen und 1,65% ungültig gestimmt. Damit waren die Verfassungsreformen, die vielen der in den Friedensabkommen vorgesehenen Reformen ein festes verfassungsrechtliches Fundament verliehen hätten, abgelehnt worden. Der Wahlausgang bedeutete zunächst einen Schlag gegen den gesamten Demokratisierungs- und Reformprozess und war vergangenheitspolitisch besonders relevant, da die zur Abstimmung vorgelegten Verfassungsänderungen ein Gesamtpaket von Reformen betrafen, die durch die Umgestaltung der institutionellen und gesellschaftlichen Strukturen das Fundament einer neuen Nation

---

[611] Vgl. dazu ausführlich Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 360ff.

[612] Jonas nennt eine Zahl von 50 Einzelreformen, tatsächlich handelte es sich jedoch um 49. Zu den ursprünglich vereinbarten Reformen gesellten sich weitere 25 Reformen (Art. 1, 70, 204, 205, 206, 213-217, 222, 135, 182, 248, 249, 171, 225, 164, 166, 167, 173, 176, 251, 94, 110) sowie zehn Übergangsbestimmungen (vgl. Noticias de Guatemala, Dezember/Januar 1999, S. 17.).

[613] Der Hurrikan hinterließ Ende Oktober 1998 in Zentralamerika große Verwüstungen. Er galt als die schlimmste Naturkatastrophe, die die Region in den vergangenen Jahrzehnten erlebt hatte. Der Hurrikan hatte vornehmlich in Honduras und Nikaragua gewütet, und obwohl Guatemala nur peripher betroffen war, wurde einzig in diesem Land ein Notstand ausgerufen, der u.a. die Aufhebung garantierter Rechte implizierte (vgl. Jonas; ebda., S. 366). In Bezug auf das Referendum wurde über die zeitgleiche Durchführung von allgemeinen Wahlen und Referendum und über die Zulässigkeit der Abstimmung über ein Gesamtpaket von 49 Verfassungsänderungen debattiert.

schaffen sollten, in der sich die Verbrechen der Vergangenheit nicht wiederholen könnten.

Mit dem Scheitern des Verfassungsreferendums zeigte sich außerdem, welche Hindernisse im Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit zu überwinden sein würden.[614] Zunächst machte das Phänomen der Wahlenthaltung, welches auch auf die Alltagsproblematik der Erreichbarkeit von Wahllokalen zurückzuführen war,[615] die mangelnde Bedeutung, die der demokratischen Abstimmung beigemessen wird, deutlich.

> Ich glaube, dass es mächtige Gruppen und politische Parteien gibt, die um das fehlende Bewusstsein wissen, das die Bevölkerung hinsichtlich der Frage der Verfassungsreformen und auch der Wahlen hat, und dies ausnützen. Also gehen wir [zu den Wahlen], weil sie uns dort eine Machete, ein paar Pfund Mais schenken, und so wählen wir für sie, weil uns das jetzt einfach aus der Klemme hilft...es gibt kein wirkliches Bewusstsein.[616]

Das Fehlen eines Bewusstseins für die Bedeutung demokratischer Wahlen verwies ferner auf den Glauben, die nationale Politik nicht beeinflussen zu können. Mit dem Problem eines fehlenden Bewusstseins für die demokratischen Spielregeln war zudem das Versäumnis vieler Protagonisten der »organisierten Zivilgesellschaft« verbunden, den Kontakt zu den Menschen im »Landesinneren« aufrechtzuerhalten oder auch herzustellen („Interagieren wir wirklich mit den Leuten?“[617]). Das zweite Hindernis, das den Prozess einer Aufarbeitung der Vergangenheit erschweren würde, war die weite Verbreitung rassistischer Grundhaltungen und Ängste. Im Vorfeld des Referendums war ein Wahlkampf geführt worden, der sich auf die Frage der Anerkennung des „multiethnischen, plurikulturellen und multilingualen“ Charakters der guatemaltekischen Nation konzentrierte. Ein Flugblatt der am rechten Rand des politischen Spektrums anzusiedelnden „vaterländischen Liga“ (*Liga Pro-Patria*) zeigte deutlich die Ressentiments, die sich entscheidend auf das Abstimmungsergebnis auswirkten: „Was ist das Ziel der Reformen? Guatemala in einen indigenen Staat zu verwandeln, aus dem die Nicht-*indígenas* ausgeschlossen werden.“[618] Der Wahlausgang in den

---

[614] Eine ausführliche Analyse der Gründe für das Scheitern findet sich bei Jonas; ebda., S. 378-400. Dargestellt werden u.a. die politischen Kampagnen und deren Reichweite.

[615] Die guatemaltekische Wahlgesetzgebung bestimmt, dass Wähler in ihrem Geburtsort wählen müssen. Damit sind de facto all die Saisonarbeiter und die Personen, die in entfernter gelegene Dörfer zogen, von der Wahl ausgeschlossen. Zudem bedarf es oftmals eines zeitlichen Aufwands von mehreren Stunden, um von einer abgelegeneren *comunidad* zum Sitz der Munizipalverwaltung zu gelangen. Der Wahlgang würde somit einen Arbeitsausfall von mindestens einem Tag bedeuten.

[616] Emma Cirix, Vertreterin einer *indígena*-Organisation, zit. nach Hombres de Maiz, Oktober/November 1999, S. 13.

[617] Claudia Samoya, Rigoberta Menchú-Stiftung, zit. nach ebda., S. 14.

[618] Zit. nach Jonas; De Centauros y Palomas, a.a.O., S. 371.

vorwiegend ladinisch besiedelten Gebieten Guatemalas zeugte vom Fortbestehen rassistischer Ängste und Haltungen.

> Durch die Abstimmungsergebnisse ist uns klargeworden, wie feindselig, derb und intolerant ein starker Sektor dieser Gesellschaft – insbesondere in der Hauptstadt – bezüglich der indigenen Rechte ist. Da die Diskriminierung eine Alltagspraxis ist, haben wir das zwar schon immer gewusst, aber wir haben kein vollständiges Bild davon besessen. Jetzt, wo wir es haben, sind wir erschrocken.[619]

Die Wahrheitskommission hatte in ihrem Abschlussbericht Formen von Rassismus und Ausschließung beschrieben, welche die Massaker und genozidalen Züge der Aufstandsbekämpfung wenn nicht hervorgebracht, so doch genährt hatten. Das sich in der Diskussion um die Verfassungsreformen offenbarende Fortbestehen rassistischer Grundhaltungen warf die Frage auf, wie sich die Prozesse des Durcharbeitens der Vergangenheit und somit schließlich der Versöhnung vollziehen könnten.

> Um eine soziale Rekonstruktion abzusichern, die auf einem gefestigten Frieden und Wiederversöhnung basiert, ist es unabdingbar, *eine authentische nationale Einheit in der Vielfalt der Völker*, aus denen sich Guatemala zusammensetzt, zu etablieren.[620]

8.1.2 Das Militärtagebuch

Wenige Tage nach dem Scheitern des Verfassungsreferendums erschütterte eine Enthüllung, mit der die US-amerikanische NGO *National Security Archive* (NSA) aufwartete, die nationale und internationale Öffentlichkeit. Am 19. Mai 1999 wurde in Washington ein „Militärtagebuch“ vorgestellt, welches ein ehemaliger Militärangehöriger in die USA geschmuggelt und dem NSA für US-$ 2000 verkauft hatte.[621] Das Dossier enthielt Angaben zum Verbleib von 182 Personen, die zwischen Oktober 1983 und Juni 1984 mehrheitlich in der Hauptstadt verschwunden waren. Auf den über 50 sorgfältig angelegten Seiten des Dossiers wurden Pseudonyme, Organisationszugehörigkeiten und Kontakte der Opfer sowie Angaben über ihre Verhaftung und ihren Verbleib festgehalten. Auch fanden sich Codes für die extralegale Hinrichtung der Verschwundenen: Der mit einem Datum versehene Vermerk „300“ und „Se lo llevó Pancho“ waren die Signaturen der Exekution. Das Dossier enthielt jedoch keine Angaben darüber, wo die Leichen verscharrt, verbrannt oder weggeworfen worden waren.

---

[619] Marta Juana López, indigene Vertreterin des „Komitees für Reform und Partizipation“, zit. nach Hombres del Maiz, Oktober/November 1999, S. 14.

[620] CEH, Bd. V, S. 60 – Einleitung der Empfehlungen (Hervorhebung A.O.). Vgl. auch S. 68 (IV. 1) zur Kultur des gegenseitigen Respekts und S. 81 zur Überwindung des Rassismus.

[621] In einer Pressekonferenz, die von CNN übertragen und somit auch in Guatemala in den Haushalten mit Kabelanschluss empfangen werden konnte, wurde das Dokument vorgestellt.

Besonders erschreckend waren die Photos, die den jeweiligen Fällen beigefügt und oftmals den Personalausweisen der Opfer entnommen worden waren, und die mehr noch als das geschriebene Wort von der Wahrhaftigkeit des Dokumentierten zeugten.[622]

In der Kombination der photographischen Dokumentation der Opfer mit den verschlüsselten Angaben über ihren Verbleib lag die symbolische Dramatik der Enthüllung. Der lange Kampf der Angehörigen um das Wiedererscheinen der Vermissten – und später: um die Aufklärung der Verbrechen – wurde immer symbolisch von den Photos der Verschwundenen getragen. Die großformatigen Portraits der Vermissten hatten jahrelang die Demonstrationen, Mahnwachen und Ausstellungen begleitet.[623] Diese Photos, die als Signifikanten des Verschwindenlassens galten, traten im Mai 1999 unvermittelt in den öffentlichen Raum zurück und klärten das Schicksal von einigen Vermissten, deren Portraits jahrzehntelang durch die Straßen getragen wurden, endgültig auf. Aura Elena Farfán, Gründungsmitglied des GAM, erhielt an diesem Tag im Mai 1999 über den Tod ihres Bruders Ruben Amilcar Farfán Gewissheit: „15-05-84: Um 16.00 Uhr in der 12. Avenida, Höhe 9. Straße, Zone 1. Wurde entdeckt und, als er sich wehrte, wurde er 300."

> Wir haben gekämpft, um ihn zu finden...in Leichenhallen, Krankenhäusern, Gesundheitszentren und überall. Auch habe ich mehrmals den Staatschef, Mejía Víctores, befragt, dem ich mich fast zu Füßen geworfen und ihm die Zehen geküsst hätte, damit er mir sagt, wo mein Bruder ist. Trotzdem: Er hat mir gesagt, dass er sich in Dinge eingemischt hätte (*entremeterse en babosadas*), und die, die sich in Dinge einmischten, müssten getötet werden. Auch seine eigene Mutter würde er töten, wenn sie sich in Dinge einmischen würde. Wir haben ihn nie gefunden und auch wenn wir vermuteten, dass er tot ist, hat uns die Nachricht von gestern wie ein Schwall kaltes Wasser getroffen. An die Möglichkeit seines Todes haben wir immer gedacht, aber wir haben nicht gewusst, wie wir reagieren würden. Und wir sind traurig, sehr traurig und schmerzerfüllt. Aber jetzt werden wir bis zur Erschöpfung das Auftauchen seines Körpers einfordern.[624]

Für Aura Elena Farfán hatte sich mit der Entdeckung des Militärtagebuches ihr Sehnen nach einer Aufklärung nur bedingt erfüllt. In der militärischen Dokumentation befand sich der codierte Verweis auf die extralegale Hinrichtung ihres Bruders, und dennoch war die Wahrheit nicht gänzlich aus den Fluten der staat-

---

[622] Auf den meisten der Photos sind deutlich die amtlichen Stempel (vgl. Fall 2: Juan Ramiro Estuardo Orozco Lopez) zu sehen. Einem Fall (Allan Gatica Paz, Nr. 60) ist gar eine Photographie des Leichnams beigefügt.

[623] Vgl. Abb. 1 und 2. Die Wände in den Räumen der Angehörigenorganisationen FAMDEGUA sind auch mit etlichen dieser Photos „geschmückt", die als schwarz/weiß-Bilder einen Hauch von Vergangenem vermitteln, andererseits jedoch – und dies ist das überwiegende Gefühl – die Verschwundenen als Individuen mit einem eigenen Gesicht in der Gegenwart halten.

[624] Zit. nach El Periódico, 21.5.1999.

lichen Vertuschung aufgetaucht. Zeugen der Entführung ihres Bruders hatten berichtet, dass sich diese in der Nationaluniversität USAC und somit nicht in der Zone 1 zugetragen hatte. Die Enthüllung war nicht frei von Widersprüchlichkeiten, und somit wurde die Forderung nach physischen Beweisen für das Verbrechen umso dringlicher.

Das Fortbestehen von Uneindeutigkeiten in konkreten Fällen war ein Aspekt, der dazu führte, dass die Angehörigen auch nach dem Auftauchen des Militärtagebuchs keine Ruhe finden konnten. Hinzu kam die Weigerung, die Authentizität des Dokumentierten öffentlich anzuerkennen. Aus den Tiefen der Repressionspraxis war ein Dokument aufgetaucht, dessen Herkunft sich zwar nicht zweifelsfrei belegen ließ, welches aber auf das Wirken einer Todesschwadron zurückgeführt wurde. Auf der Basis dieser Unklarheit hinsichtlich der Urheberschaft negierten Vertreter militärischer und staatlicher Organisationen nicht nur die Authentizität des vorliegenden Dokuments, sondern die Praxis des Verschwindenlassens selber. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Militärtagebuchs ließ die Pressesprecherin des Militärs, Edith Vargas, verlauten, das Dokument werde analysiert und anschließend eine entsprechende Stellungnahme veröffentlicht.[625] Ein paar Tage später bestritt der Verteidigungsminister, Barrios Celada, die Authentizität des Berichtes.[626] Auch das ehemalige Staatsoberhaupt General Mejía Victores reagierte mit einer Rechtfertigungs- und Verleugnungsstrategie. In einem telephonischen Interview erklärte er, er selbst habe sich in dem Zeitraum, den das Dossier umfasse, mit der Rückkehr zur Demokratie befasst. Damals habe eine Kriegssituation bestanden, und somit habe es für mittlere und untere Autoritäten einzig die Alternative gegeben, zu töten oder selbst getötet zu werden. Die *Señores*, die im Tagebuch erwähnt wären, seien keine Kommunionskinder gewesen. Der gesamte Fall sei mit *Alka-Seltzer* zu vergleichen: Es schäume ein wenig und werde sich schnell beruhigen, da es sich bei dem Tagebuch um eine Fälschung handele.[627]

In den Kreisen der »organisierten Zivilgesellschaft« wurde den Äußerungen offizieller Stellen kein Glauben geschenkt. Miguel Ángel Albizures, führendes Mitglied von FAMDEGUA und der „Allianz gegen die Straflosigkeit", bezeichnete das Dossier als „die nicht deklassifizierte Erinnerung der Täter"[628] und spielte damit auf die Praktik der US-amerikanischen Geheimdienste an, einen Teil ihrer Akten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Für die informierte und der Aufstandsbekämpfung kritisch gegenüberstehende Öffentlichkeit war es offensichtlich, dass mit den Seiten des Dossiers lediglich die Spitze eines gewaltigen Eisberges zum Vorschein gekommen war. Der öffentliche Akt der Präsen-

[625] Vgl. El Periódico, 21.5.1999.
[626] Vgl. Prensa Libre und El Periódico, 26.5.1999.
[627] Vgl. Prensa Libre, 21.5.1999.
[628] Miguel Ángel Albizures; El secreto de los archivos, in: El Periódico, 26.5.1999.

tation des Militärtagebuchs ergänzte die Übergabe der „Erinnerung an das Schweigen“. Bei dem nur zwei Monate nach der Präsentation des Wahrheitsberichtes vorgestellten Dossier handelte es sich um eine Zusammenstellung konkreter Fälle von Verschwindenlassen, die sich innerhalb weniger Monate ereignet hatten und zumeist Personen betrafen, die mit der Aufstandsbewegung in Verbindung standen. Der gesamte Skandal wirkte zunächst in der Hauptstadt, in der die meisten der Angehörigen der im Militärtagebuch aufgeführten Verschwundenen lebten und in der die Angehörigenorganisationen ihren Sitz hatten.[629] Zunächst hatte die Enthüllung vielen Angehörigen nochmals die Möglichkeit geboten, öffentlich von dem ihnen Widerfahrenen Zeugnis abzulegen. Die Trauer konnte öffentlich gezeigt, erinnert und wiederholt werden. Nicht nur die führenden Mitglieder der Angehörigenorganisationen erzählten abermals ihre Leidensgeschichte, sondern auch Angehörige von Verschwundenen, deren Leid zuvor nicht im Brennpunkt des öffentlichen Interesses gestanden hatte. Erzählt wurde von der nie verschwundenen Hoffnung auf das plötzliche Wiederauftauchen der Angehörigen, von unveränderten Zimmern, von immer noch gekochten Lieblingsessen – und von der Hoffnung, die nun mit der Gewissheit über den Tod gestorben war.

Die Enthüllungen hatten jedoch, wie bereits bemerkt, nicht aufzudecken vermocht, wo sich die Überreste der Verschwundenen befanden. Somit war eine erste Forderung, die durch das Auftauchen des Militärtagebuchs gekräftigt wurde, die nach einer offiziellen Aufklärung des Verbleibs der Verschwunden. Damit war die Forderung nach einer gerichtlichen Untersuchung und somit nach einer Bestrafung der Schuldigen verbunden. FAMDEGUA reichte zwei Tage nach der Veröffentlichung des Dossiers beim Öffentlichkeitsministerium (*Ministerio Público*) das Gesuch um eine gerichtliche Wiederaufnahme von 17 der 182 im Dossier dokumentierten Fälle ein.[630] In den folgenden Tagen schlossen sich weitere Angehörige diesem Ersuchen an, und das für die Wiederaufnahme der Untersuchungen zuständige Ministerium sicherte die Einrichtung einer speziellen Untersuchungseinheit zu.[631]

8.1.3 Wahlen

Am 7. November 1999 fanden der erste Wahlgang für die Präsidentschaft sowie die Wahlen für den Kongress, die Bürgermeistersitze der über 300 *municipios* und das zentralamerikanische Parlament (*Parlacen – Parlamento Centroameri-*

---

[629] Die Bedingungen der Kenntnisnahme von den Enthüllungen waren zudem in der Hauptstadt eher gegeben als im »Landesinneren«. Das NSA hatte das Militärtagebuch in einer von CNN übertragenen Pressekonferenz vorgestellt, die somit nur von wenigen hauptstädtischen Haushalten mit Kabelanschluss live zu erleben war. Das Dossier selbst war zunächst im Internet und im hauptstädtischen Sitz von FAMDEGUA einsehbar.

[630] Vgl. Prensa Libre, 22.5.1999.

[631] Vgl. Siglo XXI, 27.5.1999.

cano) statt. Bereits im Vorfeld zeichnete sich der Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten des FRG (*Frente Republicano Guatemalteco*) ab. Mit Alfonso Portillo hatte die Partei, deren inoffizielles Oberhaupt der ehemalige Diktator Ríos Montt war, einen populistischen Kandidaten aufgestellt, der insbesondere die unter Arzú entstandenen Unsicherheiten zu instrumentalisieren wusste. Im Wahlkampf trat er als Vertreter der Armen auf, der die grassierende Kriminalität, den wirtschaftlichen Niedergang und insbesondere die sozialen Auswirkungen des Neoliberalismus anzugehen versprach. Als während des Wahlkampfes enthüllt wurde, dass Portillo 1982 in Mexiko einen Mord begangen hatte, brachte dies seine Kandidatur nicht zum Einsturz, sondern steigerte noch seine Popularität:[632] „Ein Mann, der sein eigenes Leben verteidigen kann, kann auch Ihres verteidigen", so Portillo in einem Wahlkampfspot.[633] Weiteren Aufschwung erhielt er dadurch, dass Ríos Montt im Hintergrund wirkte und die populistischen Reden des Kandidaten durch sein Image als gottesgläubiger und redlicher, starker Mann ergänzte.

Der erste Wahlgang brachte eine klare Mehrheit für den FRG im Kongress hervor.[634] Die Partei des ehemaligen Diktators erhielt insgesamt knapp 150 Bürgermeisterämter, jedoch nicht in den beiden größten Städten des Landes. Bürgermeister von Guatemala-Stadt wurde Óscar Berger (PAN), und in Quetzaltenango siegte der Kandidat des parteiunabhängigen Bürgerkomitees Xel-Jú, Rigoberto Quemé Chaj.[635] Der Ausgang der Bürgermeisterwahlen führte vielerorts zu Unruhen, die in der Zerstörung von Rathäusern gipfelten. Anlass waren der Verdacht auf Wahlfälschungen und die Unzufriedenheit mit der Wiederwahl von Bürgermeistern, denen die Veruntreuung von Geldern oder der unrechtmä-

---

[632] Portillo hatte ab 1971 in Mexiko Jura studiert und anschließend im Bundesstaat Guerrero als Dozent für Jura gearbeitet. Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre hatte er von Mexiko aus mit dem EGP zusammengearbeitet. Als er 1989 nach Guatemala zurückkehrte, begann seine politische Karriere, die von der sozialdemokratischen Partei über die christdemokratische (für die er 1990 Kongressabgeordneter wurde) zur Partei des ehemaligen Diktators führte.

[633] Zit. nach El Periódico, 7.1.2000. Bei der Wahl der lokalen Schönheitskönigin in Zumpango del Río, Mexiko, war es am 22. August 1982 zu einem Streit gekommen, in dessen Folge der damals 31-jährige Portillo und ein Freund sich einer wütenden Menge gegenübersahen. Diese ließ sich auch nach einigen Warnschüssen nicht aufhalten und so schoss Portillo zwei Menschen nieder, von denen einer aufgrund seiner Schussverletzungen starb. Portillo floh nach der Tat aus dem Bundesstaat Guerrero und begründete dies damit, dass er aufgrund seiner Tätigkeit in der Studentenbewegung ein Dorn im Auge lokaler Autoritäten gewesen sei und er kein gerechtes Urteil hätte erwarten können. Der Fall wurde schließlich 1995 eingestellt. Es war genau die Verknüpfung zwischen Machismo und ungerechtem Justizsystem, die seine Popularität nach der Enthüllung noch zu steigern vermochte.

[634] FRG: 63 Sitze; PAN: 37 Sitze, DIA-URNG (*Desarollo Integral Auténtico – Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*): 9 Sitze, Lov-DU: 1 Sitz, PLP, 1 Sitz, DC: 2 Sitze (El Periódico, 16.11.1999).

[635] Vgl. El Periódico, 10.11.1999.

ßige Verkauf von Land vorgeworfen wurde. Die Unruhen verwiesen auf fundamentale Probleme des guatemaltekischen Wahlsystems und auf die Frage, inwieweit die Ergebnisse die *volonté de tous* widerspiegelten. Die Wahlergebnisse korrelierten mit den Wahlkampfausgaben und der Anzahl der von den Parteien am Wahltag eingesetzten Busse.[636] Dennoch bestätigten internationale Wahlbeobachter, dass die Wahlen ohne ergebnisverzerrende Fälschungen durchgeführt wurden. Im ersten Wahlgang war eine Wahlenthaltung von 46,11% zu verzeichnen, die sich im zweiten Wahlgang, der am 26. Dezember 1999 durchgeführt wurde, auf 59,14% erhöhte.[637] Portillo gewann den zweiten Wahlgang mit knapp 70% der Stimmen.[638] Trotz der hohen Wahlenthaltung und der genannten Probleme waren die regierungskritischen Protagonisten der Zivilgesellschaft mit dem Faktum konfrontiert, dass die Wahl des Populisten dem Wunsch der Mehrheit entsprach.

Vergangenheitspolitisch war der Wahlausgang äußerst brisant, trat doch Portillo im Wahlkampf offen an der Seite des ehemaligen Diktators auf. Warum wählte die Mehrheit eines vom Krieg gebeutelten Volkes Abgeordnete, Bürgermeister und den Präsidentschaftskandidaten einer Partei, an deren Spitze der Diktator stand, in dessen Amtszeit der staatliche Terror seinen Höhepunkt erreicht hatte? Zunächst war die Wahlentscheidung stark von der Beurteilung der angetretenen Kandidaten und Parteien abhängig. Die bisher regierende Partei, PAN, hatte zwar die Unterzeichnung des Friedensabkommens vollbracht und eine Reihe infrastruktureller Verbesserungen hinterlassen, konnte jedoch den wirtschaftlichen Niedergang nicht aufhalten. Während die Reallöhne rapide sanken, geriet die regierende Elite in erster Linie durch Korruptionsskandale ins Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das Gespann des Populisten Portillo und des ehemaligen Diktators Ríos Montt versprachen hingegen eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich nicht durch persönliche Bereicherung, sondern durch eine Rücknahme der Privatisierungen und eine aktive Arbeitsmarkt- und Landverteilungspolitik auszeichnen würde.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums hatten sich die linken Parteien in den vorangegangenen Monaten weder durch ein starkes alternatives Profil

---

[636] PAN: Wahlkampfausgaben von Q 7.114.400, 300 Busse; FRG: Wahlkampfausgaben von Q 12.544.200, 522 Busse (Quelle: El Periódico, 27.12.1999).

[637] Vgl. El Periódico, 28.12.1999. Beim zweiten Wahlgang gaben 1.821.677 von 4.388.283 eingeschriebenen Wählern ihre Stimme ab. Die angesichts einer Gesamtbevölkerung von über 10 Mio. gering erscheinende Zahl eingeschriebener Wähler relativiert sich angesichts der Altersstruktur der guatemaltekischen Bevölkerung, die insgesamt sehr jung ist.

[638] Auch bei diesen Wahlen wurden viele Stimmberechtigte de facto daran gehindert, ihre Stimme einzubringen. Neben den durch Arbeitsausfall bedingten ökonomischen Kosten, fehlenden Papieren (Rückkehrer, Flüchtlinge) trug dazu auch die Tatsache bei, dass der zweite Wahlgang inmitten der Ferien abgehalten wurde und somit weite Teile der Mittelschichten verreist waren.

noch durch oppositionelle Kohärenz ausgezeichnet. Der Wahlkampf der linken Parteien war von der Spaltung des Linksbündnisses ANN (*Alianza Nueva Nación*) aufgrund des Ausschlusses des 1995 gegründeten FDNG überschattet. Dies hatte Übertritte einiger führender Mitglieder des FDNG in die Reihen der Guerilla-Nachfolgepartei URNG zur Folge. Obwohl er nach wie vor prominente Mitglieder wie Rosalina Tuyuc (langjährige Vorsitzende des Witwenzusammenschlusses CONAVIGUA) besaß, blieb der FDNG geschwächt zurück. Auch die ANN hatte ihr politisches Profil durch die Spaltung nicht zu schärfen vermocht und schickte überdies mit Álvaro Colom einen Unternehmer ins Wahlkampfrennen, der kein populistisches Charisma ausstrahlte. Zusätzlich zu den unzureichenden parteipolitischen Alternativen war die Entscheidung für die Partei des ehemaligen Diktators nicht mit der Bejahung der parteipolitischen Vergangenheit gleichzusetzen. Portillo versprach, die drängenden Probleme der *Gegenwart* durch eine Mixtur von Armutsbekämpfung und starker Hand zu bekämpfen und schlug somit Lösungen vor, die die anderen Parteien nicht repräsentierten.

Die Beeinflussung des Wahlausgangs durch die im Verborgenen fortbestehenden lokalen Netzwerke der Repression lässt sich nicht quantifizieren. Zwar haben die Profiteure der Repression und die ehemaligen Mitglieder der Zivilpatrouillen einen bedeutenden Teil der Wählerschaft des FRG ausgemacht, doch konnte die Ausübung von Zwang auf andere Bewohner der jeweiligen *comunidades* nicht in einem Umfang nachgewiesen werden, welcher den Wahlausgang signifikant beeinflusst hätte.

Erinnerungspolitisch relevant war vor allem jedoch die Tatsache, dass der FRG in einigen der Departments, die von der Politik der verbrannten Erde besonders stark betroffen waren, überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielt hatte.[639] Die Wählbarkeit einer mit den Verbrechen der vergangenen Jahrzehnte belasteten Partei verwies auf verbreitete historische Erinnerungsgehalte. Die Mitarbeiter von REMHI hatten herausgefunden, dass ein überwiegender Teil der Opfer die Gräueltaten nicht nur in einem engen lokalen Bezugsrahmen zu erklären versucht, sondern zudem auf die Präsenz der Guerilla, welche das Wüten des Militärs erst ausgelöst hatte, zurückgeführt hatte. In der postkonfliktiven Periode, die sich durch die Abwesenheit einer bewaffneten Aufstandsbekämpfung auszeichnete, war, so die logische Schlussfolgerung, das den Menschenrechtsverletzungen zugrunde liegende Motiv inexistent. Somit wurde die Partei, die „Bohnen, Dächer, Tortillas und Arbeit“ zu bringen versprach, wieder wählbar.[640] Das politisch-militärische Projekt des Militärs hatte zum Erfolg geführt.[641]

---

[639] Huehuetenango (79,4%), Baja Verapaz (75,8%), Alta Verapaz (75,8%) (Quelle: El Periódico, 27.12.1999).

[640] Erinnert sei an die am Ende der Amtszeit Ríos Montts verbreiteten Parolen: *frijoles y fusiles* und *techo, tortilla y trabajo*.

[641] Jennifer Schirmer zeigte auf, dass von einem Kreis militärischer Strategen bereits Anfang der 1980er Jahre ein politisch-militärisches Projekt entwickelt wurde, welches die Politik

Als Portillo am 14. Januar 2000 sein Amt angetreten hatte, schien sich die Befürchtung eines autoritären *roll-backs* zunächst nicht zu bewahrheiten, sondern sich vielmehr eine zweite Phase oder auch eine „Wiederankurbelung der Friedensabkommen“[642] abzuzeichnen. Andererseits wurde vielfach auch Skepsis geäußert. „Tatsächlich ist das guatemaltekische Volk der Versprechungen müde.“[643] In seiner Inauguralrede nahm der neugewählte Präsident auf alle drängenden Probleme des Landes Bezug und stellte eine Mixtur aus Grundsatzerklärungen und konkreten politischen Vorhaben vor.[644] Bei seinem Amtsantritt kündigte der siegreiche Kandidat der rechten Partei FRG eine vergangenheitspolitische Kehrtwende an, die sowohl den Forderungen der »organisierten Zivilgesellschaft« als auch den Vorgaben der internationalen Geldgeber entsprach. Wahrhafte Versöhnung, so der Präsident, impliziere auch, „die Empfehlungen der Kommission zur historischen Aufklärung und des Projektes REMHI in Verpflichtungen von Staat und Regierungen umzuwandeln.“[645] CEH und REMHI böten die Möglichkeit,

> unsere Fehler anzuerkennen, um Verzeihung zu bitten, Gerechtigkeit walten zu lassen, die Erinnerung an die Opfer zu würdigen und Maßnahmen einer gerechten Wiedergutmachung einzuleiten. Ich bin davon überzeugt, dass nur auf dieser Grundlage eine wahrhafte Versöhnung möglich ist.[646]

Portillo stellte die baldige Aufklärung des Mordes an Gerardi sowie des Schicksals der Verschwundenen in Aussicht und kündigte ein nationales Reparationsprogramm an. Er verwies schließlich darauf, dass der Tag der Ermordung Gerardis, der 26. April, zum nationalen Gedenktag für die Opfer erklärt werden solle. Auch an vielen anderen Stellen enthielt die Rede vergangenheitspolitisch relevante Bezüge. Portillo verpflichtete sich zur Umsetzung der Friedensabkommen und verwies auf die Notwendigkeit einer umfassenden Bildungsreform, auf die baldige Auflösung des gefürchteten EMP und auf die Umstrukturierung

---

der verbrannten Erde mit dem Übergang zur Demokratie verbindet. Entstanden ist ein demokratischer Staat, in welchem das Militär nach wie vor die bestimmende Kraft ist (kurz zusammengefasst findet sich die Idee in: Schirmer, Jennifer; The Guatemalan Político-Military Project: Legacies for a Violent Peace?, in: Latin American Perspectives, Issue 105, Vol. 26, No. 2, March 1999, S. 92-107).

[642] Editorial (Promesas, expectativas y realidades) in: Noticias de Guatemala, Februar 2000, S. 3.

[643] Ebda.

[644] Er nannte Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Wiederversöhnung, Dezentralisierung, ökonomisches Wachstum, den Abbau von Privilegien und politischen, sozialen, ökonomischen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und schließlich die Beseitigung von Korruption und Straflosigkeit als Pfeiler seiner Regierungspraxis (vgl. Alfonso Portillo; Discurso. Toma de Posesión, unveröffentlichtes Manuskript, Guatemala, Januar 2000).

[645] Ebda., S. 7.

[646] Ebda.

des Sekretariats zur strategischen Analyse (SAE – *Secretaría de Análisis Estratégica*) zu einer zivilen Institution. Der kulturelle Reichtum des Landes solle gefördert, Gesetze bezüglich der indigenen Rechte erlassen und das Kulturministerium in „Ministerium der Kulturen“ umbenannt werden. Eine außergewöhnliche Wendung erhielt der Vortrag, als Portillo diesen unterbrach, um eine Schweigeminute für die Opfer der »bewaffneten Auseinandersetzung« einzulegen. Somit schien der neugewählte Präsident – öffentlich schweigend – das offizielle Schweigen zu brechen, welches sein Vorgänger hinterlassen hatte. Das Schweigen stellte zwar eine offizielle Anerkennung des Leides dar, doch haftete diesem öffentlichen Akt etwas Unwirkliches an, da nur wenige Meter neben dem Rednerpult auch der ehemalige Diktator und neue Kongresspräsident Ríos Montt am öffentlichen Gedenken teilgenommen hatte.

Die Schweigeminute, die das Eingeständnis der staatlichen Verantwortung für die in den letzten Jahrzehnten begangenen Verbrechen nicht offen aussprach, aber im Beisein des ehemaligen Diktators andeutete, war ähnlich ambivalent wie die Behandlung der ethnischen Frage. In seiner Rede betonte Portillo das Vorhaben, indigene Rechte gesetzlich verankern zu lassen. Stunden später wurde der öffentliche Akt im olympischen Zentrum von Guatemala-Stadt fortgesetzt, wo Tausende von FRG-Anhängern stundenlang im eisigen Wind ausgeharrt hatten. Erst bei dieser Gelegenheit, nachdem Portillo die populistischen Parolen seines Wahlkampfes wiederholt hatte, wurde auch die indigene Kultur zum Bestandteil des öffentlichen Aktes. Ein Maya-Priester führte eine traditionelle Zeremonie durch und weihte Portillo und seine künftigen Minister. Auch dieses Procedere war zutiefst symbolisch. Die mit der nationalen Elite und der internationalen Öffentlichkeit zelebrierte Amtsübernahme geschah in einem „seriösen“ Ambiente, die Maya-Kultur wurde indes zu einem Element populistischer Annäherung.

In seiner Rede hatte Portillo darauf verwiesen, dass die politische Situation von einer Trennung der Gewalten gekennzeichnet sei. Der Oberste Gerichtshof sei mehrheitlich von PAN-nahen Richtern besetzt, der Kongress von einer FRG-Mehrheit geprägt und die Exekutive parteiunabhängig zusammengesetzt. Tatsächlich beschrieb dies exakt die Ausgangssituation der neuen Legislaturperiode. Die Abgeordneten des Kongresses waren nicht nur mehrheitlich Mitglieder des FRG, sondern zudem Angehörige des Flügels der *Ríosmonttistas* und somit traditionellen autoritären politischen Konzeptionen verhaftet. Die Exekutive war hingegen durch eine Mixtur politischer Ausrichtungen gekennzeichnet. Einige der Minister und Vorsitzende der präsidialen Sekretariate waren ebenfalls Angehörige des rechten Parteiflügels. Dazu zählte vor allem der 61-jährige Vizepräsident Juan Francisco Reyes López, der in einer chilenischen Militärschule ausgebildet worden war, zwischen 1970 und 1980 für die Handelskammer und den Unternehmerverband CACIF gearbeitet und seinen ersten öffentlichen Posten unter Ríos Montt im Sozialversicherungsinstitut IGSS (*Instituto Guatemalteco de Seguridad Social*) bekleidet hatte. Die Ernennung der Riege der Minister

und Sekretäre rief große öffentliche Erregung hervor, da Portillo mehrere Protagonisten der (regierungskritischen) Zivilgesellschaft hatte gewinnen können.[647] Mit Otilia Lux de Cotí wurde das indigene Mitglied der CEH Ministerin für Kulturen und mit Demeterio Cojtí ein prominenter unabhängiger Maya-Intellektueller Vizeminister für Bildung. Mit Juan Francisco Alfaro Mijangos wurde eine führende Persönlichkeit des Gewerkschaftssektors als Arbeitsminister gewonnen, und mit Miguel Ángel Reyes ein Mitglied der Friedensverhandlungskommission der URNG in das Friedenssekretariat berufen. Zum Bildungsminister wurde ein Freund von Portillo, Mario Torres, ernannt.[648]

Von besonderer personal- und vergangenheitspolitischer Bedeutung war die Einsetzung von Edgar Gutiérrez als Direktor des Sekretariats für Strategische Analyse SAE. Damit war ein prominenter Soziologe, Journalist und Mitinitiator des „Projektes zur Wiedergewinnung der historischen Erinnerung" an die Spitze einer staatlichen Institution gelangt, welche für die Umstrukturierung der Geheimdienste mitverantwortlich sein würde. Einen weiteren Schlag versetzte Portillo dem militärischen Korpsgeist, als er mit Juan de Dios Estrada einen Oberst zum Verteidigungsminister ernannte, denn faktisch bedeutete dies die Absetzung von insgesamt 19 Generälen, da nach guatemaltekischem Recht kein Oberst einem höherrangigen Militär Befehle zu erteilen befugt ist.

Die Zusammensetzung des Kabinetts rief bei manchen Beobachtern zunächst Bestürzung und später vorsichtige Zustimmung hervor. Es wurde über Verrat und Kooptierung diskutiert, aber auch über die Möglichkeiten, aus den staatlichen Institutionen heraus Veränderungen zu bewirken. In den Kreisen der Menschenrechtsorganisationen wurde insbesondere über die Entscheidung von Gutiérrez, sich in die Regierung einbinden zu lassen, diskutiert. Dieser betonte, er habe den Posten angenommen, um das Sekretariat für Strategische Analyse in eine zivile Institution umzuwandeln und diese an die Diskussion der Themen der Zukunft heranzuführen: „Etwas Wichtiges, was die Zivilgesellschaft machen sollte, ist, sich nicht von der Partizipation fernzuhalten; anstatt zu kritisieren, sollte sie Lösungen beibringen. Wir müssen konstruktiv arbeiten."[649]

Knapp ein Jahr nach der Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" wurde Guatemala von einer Regierung geführt, die sowohl Verantwortliche für die Gräueltaten der Vergangenheit als auch Protagonisten der Vergangenheitsarbeit in ihren Reihen zählte.

---

[647] vgl. Azarías Perencén; ¿Un Gabinete mixto?, in: Noticias de Guatemala, Februar 2000, S. 12f.; und Claudia Koch; Schaf im Wolfspelz – oder Wolf im Schafspelz?, in: Guatemala Info Nr. 1 2000, S. 4ff.

[648] Luis Rabbé, Direktor mehrerer Fernsehkanäle, erhielt das Amt des Kommunikationsministers. Entgegen der bislang gängigen Praxis wurden ansonsten keine Ministerposten an Personen aus Unternehmerkreisen verteilt.

[649] Zit. nach Noticias de Guatemala, Februar 2000, S. 12.

8.2 Der Kampf um die Umsetzung der Empfehlungen

Nachdem die für die Umsetzung der Friedensabkommen zuständigen staatlichen Institutionen öffentlich erklärt hatten, dass keine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der von der Wahrheitskommission formulierten Empfehlungen bestünde, entsprang die erste Initiative, die Forderungen der »organisierten Zivilgesellschaft« zu kanalisieren, einer staatlichen Institution. Dr. Julio Eduardo Arango Escobar, der Menschenrechtsprokurator, rief die zivilgesellschaftlichen Organisationen auf, gemeinsam auf die Umsetzung der Empfehlungen zu drängen:

> es ist vielleicht das Wichtigste an der Kommission, dass sie uns die Empfehlungen hinterlässt, dass sie uns verantwortlich macht. Wir als Einrichtung des Menschenrechtsprokurators haben die Verantwortung angenommen [...], weil es uns zufiel, aufgrund des Bewusstseins, weil wir die Geschichte kennen, weil wir sie gelebt haben...Aber auch die Zivilgesellschaft muss dies machen. Vielleicht nicht „die Zivilgesellschaft", weil wir nicht wissen, in welchem Grad wir die Zivilgesellschaft organisiert haben, nicht wahr, dies ist etwas diffus, aber dennoch: Das Volk muss sich all diese Empfehlungen zu Eigen machen und zusammen mit den internationalen Organisationen fordern, dass sie umgesetzt werden.[650]

Am 9. April 1999 fanden sich 65 Vertreter eines breiten Spektrums von Organisationen zur ersten Sitzung der „multiinstitutionellen Instanz für den Frieden und die Eintracht" zusammen und diskutierten sowohl das zugrunde liegende Konzept als auch die politische Lage.[651] Da der Menschenrechtsprokurator im Vorfeld neben einer Analyse der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf die „Erinnerung an das Schweigen" und einer Strategie zur Verbreitung des CEH-Berichtes auch bereits Vorschläge zu den Zielen und Arbeitsgruppen der Instanz hatte erarbeiten lassen, wurde über das von einer staatlichen Institution vorbereitete Konzept zur zivilgesellschaftlichen Aktion abgestimmt. Die „multiinstitutionelle Instanz" als zivilgesellschaftliches Forum zur Einforderung und Überwachung der Empfehlungsumsetzung konzentrierte ihre Bemühungen zunächst auf die Einrichtung der Stiftung für den Frieden und die Eintracht, da

---

[650] Arango Escobar, Interview („Quizás lo más importante que tiene la Comisión es que nos deja las recomendaciones, que nos responsabiliza, verdad, a todos. Nosotros como Procuraduría hemos asumido la responsabilidad, verdad [...] porque nos correspondía hacerlo, por conciencia, porque conocemos la historia, porque la vivimos...pero también la sociedad civil tiene que hacerlo, tal vez no la sociedad civil porque no sabemos hasta que punto tenemos organizada la sociedad civil, verdad, es algo difuso, pero si, el pueblo tiene que hacer suyo esto, todas estas recomendaciones y pedir que se cumpla, verdad, junto a los organismos internacionales.").

[651] Die Schilderung der Diskussionsverläufe und praktischen Fortschritte beruht im Wesentlichen auf den unveröffentlichten Protokollen (*minuta, ayuda de memoria* oder *síntesis y acuerdos*) der Sitzungen der „multiinstitutionellen Instanz". Bis Anfang März 2000 fanden insgesamt 13 solcher Sitzungen statt.

diese einen institutionellen Rahmen darstellen würde, in den auch die Zivilgesellschaft eingebunden wäre[652]. Obwohl auf der ersten Sitzung der „multiinstitutionellen Instanz“ alle Anwesenden die Idee zur Gründung einer solchen befürworteten, zeigten sich in den Diskussionsbeiträgen verschiedene Schwerpunktsetzungen und Ansprüche an die kollektive Anstrengung. Zwei Vertreter von indigenen Organisationen (CCPP, COPMAGUA – *Coordinación de Organizaciones del Pueblo Maya de Guatemala*) verwiesen auf das Problem der Verbreitung der „Erinnerung an das Schweigen“, die zwar die Protagonisten der Organisationen bereits in Teilen rezipiert hätten, den *comunidades* im »Landesinneren« jedoch noch unbekannt sei. Mit dem Hinweis darauf, dass der Bericht bereits am „Tag der Wahrheit“ in einer englischen Fassung vorgelegen habe, jedoch in keine Maya-Sprache übersetzt worden sei, wurde zugleich ein Versäumnis der PDH (*Procuraduría de Derechos Humanos*) deutlich, die in ihrer „nationalen Strategie zur Bekanntmachung des Inhaltes des Berichtes der Kommission zur historischen Aufklärung“ zwar die gemeinschaftliche Reflexion, die Bildungsreform und die Popularisierung des Berichtes thematisiert, jedoch an keiner Stelle die Notwendigkeit von Übersetzungen erwähnt hatte. Mehrere Vertreterinnen von Frauenorganisationen (CONAVIGUA, *Comité Bejin*) betonten die Notwendigkeit, die Situation von Frauen zu einem thematischen Schwerpunkt der Instanz zu machen, da die CEH in ihrem Bericht sowohl die Folgen sexueller Gewalt als auch die universelle Anwendung dieser Repressionspraxis aufgezeigt, jedoch keine diesbezüglichen Empfehlungen formuliert habe. Es sei somit Aufgabe der Instanz, auf dieses Versäumnis zu reagieren.

Die »organisierte Zivilgesellschaft», die einen großen Einfluss auf den Verlauf und die Inhalte der Friedensverhandlungen hatte ausüben können, war spätestens mit der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften“ Friedens in eine Krise geraten, die sich insbesondere in der Absorption führender Aktivisten durch Parteien oder staatliche Institutionen und in der schwindenden internationalen monetären Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen zeigte.[653] Vor diesem Hintergrund meinte einer der Redner:

> Ich glaube, dass zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens deutlich ist, dass es seitens des Staates und der Regierung Schwierigkeiten bei der Umsetzung gibt und dass sich auch die Schwäche und Fragilität gezeigt haben, mit denen wir als Organisationen auftreten.[654]

---

[652] Die CEH hatte empfohlen, eine solche Institution in einem Zeitraum von nicht mehr als 60 Tagen einzurichten. Zweck dieser Institution sollte es sein, die Umsetzung der Empfehlungen kritisch und konstruktiv zu begleiten (vgl. CEH, Bd. V, S. 82f. (Empfehlung Nr. 84)).

[653] Vgl. Wilson; The People´s Concience?, a.a.O., S. 37.

[654] Vertreter von COPMAGUA, zit. nach: Minuta de la reunión celebrada el 9/4/1999 en el auditorium de la PDH de acuerdo con la convocatoria del Procurador de los Derechos Hu-

Die breite Partizipation an der Versammlung wurde vor diesem Hintergrund sogleich als Indiz dafür gewertet, dass die Zivilgesellschaft ihre aktive Rolle wieder übernehme, und in diesem Sinne äußerte sich auch der Menschenrechtsprokurator:

> Ich glaube, dass die Zivilgesellschaft in Guatemala bisher etwas diffus organisiert war [...]. Wir sollten uns daran erinnern, dass die Zivilgesellschaft nicht eine ist, die ein festgelegtes Territorium bewohnt. Die Zivilgesellschaft ist eine historische Konstruktion, und dies ist meines Erachtens genau der Moment dafür, dass die Zivilgesellschaft durch diese sich heute gründende Instanz gestärkt hervorgehen kann: nicht nur für die Umsetzung der Empfehlungen der CEH, sondern auch für die Überwachung der staatlichen Institutionen und der öffentlichen Verwaltung.[655]

Mit der Gründung eines neuen institutionalisierten Zusammenhangs verband sich die Hoffnung auf den Zusammenhalt eines zersplitterten Spektrums zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die „multiinstitutionelle Instanz" hatte sich nicht nur im Vorfeld der Wahlen, sondern zudem in einem politischen Umfeld konstituiert, welches sich dadurch auszeichnete, dass zivilgesellschaftliche Institutionen in eine Vielzahl von Reformprozessen eingebunden waren. Die auf die Inauguralsitzung folgenden Wochen und Monate waren von der institutionellen Ausdifferenzierung der „multiinstitutionellen Instanz" geprägt. Auf die Einrichtung einer Kommission zur Ausarbeitung öffentlicher Erklärungen und einer Kommission zur Erarbeitung des Statuts der „multiinstitutionellen Instanz"[656] folgte die Einrichtung von sechs thematischen Arbeitsgruppen, die um die Schwerpunkte der Empfehlungen zentriert waren.[657] Als sich für die Arbeitsgruppe zum Thema der Reparationen deutlich mehr Organisationen als für die anderen Arbeitsgruppen eingeschrieben hatten, war erneut deutlich geworden, dass die „Wiedergutmachung" ein zentrales vergangenheitspolitisches Anliegen der »organisierten Zivilgesellschaft« darstellte.[658] Diese zentrale Arbeitsgruppe fächerte sich später in fünf Untergruppen auf, die die Themen „Reparationsprogramm", „Exhumierungspolitik", „Verschwindenlassen", „verschwundene und illegal adoptierte Kinder" und „Frauen" bearbeiteten. Somit hatte das Anliegen,

---

manos para tratar lo relacionado con las recomendaciones de la Comisión de Esclarecimiento Histórico, S. 6.

[655] Arango Escobar, zit. nach ebda., S. 10.

[656] Sieben von den auf der zweiten Sitzung eingesetzten acht Mitgliedern dieser Kommission besaßen einen Universitätsabschluss (*licenciatura*).

[657] „Erinnerung an die Opfer", „Reparation", „Kultur gegenseitigen Respekts und Achtung der Menschenrechte", „Stärkung des demokratischen Prozesses", „weitere Empfehlungen zur Stärkung des Friedens und der nationalen Einheit" und „Organismus zur Überwachung und Förderung der Empfehlungsumsetzung".

[658] Insgesamt 25 Organisationen hatten sich für die Mitarbeit angemeldet. An den anderen Arbeitsgruppen nahmen jeweils zwischen fünf und neun Organisationen teil (Quelle: Anhang zur Einladung für die 3. Sitzung der „multiinstitutionellen Instanz").

gesonderte politische Forderungen zur Aufarbeitung der gegen Frauen ausgeübten Gewalt zu entwickeln, den institutionellen Ausdruck einer Untergruppe gefunden. Zusätzlich zu den somit insgesamt zehn Arbeitsgruppen wurde im Mai eine provisorische Verhandlungskommission und im Juni eine juristische Kommission sowie der Koordinierungsrat (*Junta Coordinadora*) der Instanz eingerichtet.

Die Teilnahme an der „multiinstitutionellen Instanz" bedeutete für die je zwei Delegierten der Mitgliedsorganisationen, die in vielen Fällen prominente Führungsmitglieder ihrer Organisationen waren, ein erhebliches Arbeitspensum. Die Plenarsitzungen der Instanz fanden anfangs wöchentlich und ab Mai 1999 14-täglich statt. In der Zwischenzeit tagten die verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen. Die Gesetzesentwürfe, öffentlichen Erklärungen und inhaltlichen Positionen der Instanz waren in den jeweiligen Organisationen zu diskutieren, eine je eigene Position zu bestimmen und Änderungsvorschläge einzureichen.

Bei der Erarbeitung des Reparationsprogramms wurde der mit dem demokratischen Procedere verbundene Zeit- und Arbeitsaufwand besonders deutlich. Das Programm zur Entschädigung der Opfer wurde, nachdem drei Entwürfe erstellt und von der zuständigen Arbeitsgruppe in mehreren Seminaren (*talleres*) zur Diskussion gestellt worden war, schließlich auf der Plenarsitzung vom 1. September 1999 verabschiedet. Auch der Gesetzentwurf zur Einrichtung der Stiftung für den Frieden und die Eintracht wurde erst im September fertiggestellt und in die offizielle politische Praxis eingebracht. Wenige Wochen nach der Gründung der „multiinstitutionellen Instanz" wurde deutlich, dass die Zersplitterung der sozialen Bewegung ein bedeutendes Hindernis für eine kohärente und schlagkräftige gemeinsame Politik der Instanz darstellte. Bereits in der ersten Sitzung der „multiinstitutionellen Instanz" hatte sich gezeigt, dass diese nicht das einzige Diskussionsforum zu den Folgen der institutionalisierten Wahrheitsfindung war[659]. Auch auf der vierten Sitzung der Instanz am 13. Mai 1999 wurde über eine Reihe informeller Treffen berichtet, die die UN-Entwicklungsorganisation PNUD, das präsidiale Friedenssekretariat SEPAZ, der Kongress und verschiedene internationale Organisationen einberufen hatten. Während sich der Koordinationsrat der „multiinstitutionellen Instanz" mit Vertretern staatlicher und ziviler Stellen traf, diskutierten auch Vertreter einzelner Mitgliedsorganisationen der Instanz mit ebenjenen Institutionen. Als in der „multiinstitutionellen Instanz" über die Teilnahme an anderen Diskussionsforen diskutiert wurde, verwiesen einige Delegierte darauf, „dass eine jede von ihnen [den Mitgliedsorganisationen der Instanz] eine eigene Natur hat. [...], dass es wichtig ist,

[659] So wurde auf die kommende Sitzung des „Obersten Universitätsrates" (*Consejo Superior Universitario*) und auf eine von MINUGUA einberufene Zusammenkunft zur Diskussion der Ergebnisse der CEH verwiesen. Zudem reihten sich einige Koordinationsinstanzen in die „multiinstitutionelle Instanz" ein (UASP, *Foro Nacional de la Mujer*, ACI), die je eigene Aktivitäten entfalteten und sich teilweise bewusst von anderen Gruppen oder Zusammenschlüssen abgrenzten.

alle sich bietenden Räume zur Verhandlung zu nutzen."[660] Vor dem doppelten Hintergrund einer Überlastung der Delegierten der Mitgliedsorganisationen und des Bestehens einer Vielzahl von Diskussionsforen (was die Überlastung der zivilgesellschaftlichen Organisationen noch verstärkte), hatte die „multiinstitutionelle Instanz" bereits im Juli an Profil und Zusammenhalt verloren. „Wir müssen die politische Strategie [der Instanz] entwickeln, da zuviel der Repräsentativität vergeudet wird, die an diesem Tisch zusammenkommt. Ein Beleg ist die geringe Teilnahme an der Aktivität vom 21. Juni."[661]

Im Dezember 1999 und somit kurz vor dem Regierungswechsel hatte der von der „multiinstitutionellen Instanz" erarbeitete Gesetzentwurf zur Einrichtung der Stiftung für den Frieden und die Eintracht erfolglos eine erste Lesung im Kongress passiert, und somit schien es unwahrscheinlich, dass jene Institution eingerichtet werden würde, die die Wahrheitskommission zur Unterstützung, Förderung und Überwachung der sich an ihre Tätigkeit anschließenden Vergangenheitspolitik nahegelegt hatte. Der Unwille des Kongresses, eine zentrale *Follow-Up*-Institution einzurichten, bedeutete nicht nur die Inexistenz eines nationalen Forums für die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit der staatlichen Vergangenheits- und Erinnerungspolitik, sondern zudem den Versuch, zivilgesellschaftliche Organisationen von der Entscheidung über vergangenheitspolitische Maßnahmen auszuschließen.

Auch in der Reparationsfrage zeichnete sich der staatliche Unwille ab, der Empfehlung eines umfassenden „nationalen Entschädigungsprogrammes" zu entsprechen. Der diesbezügliche Gesetzentwurf, den die „multiinstitutionelle Instanz" Ende 1999 vorgelegt hatte, war noch nicht auf die Agenda der Kongresssitzungen gesetzt worden. Drei Tage bevor sich die Übergabe der „Erinnerung an das Schweigen" zum ersten Mal jährte, ließ der neue Leiter des präsidialen Friedenssekretariats (SEPAZ) verlauten, dass die Entschädigungspolitik der vorigen Regierung in Grundzügen fortgeführt werde: „Wir brauchen Zeit, um die Strategie fertig zu stellen, mit der wir das Problem behandeln."[662] Die Regierung hatte noch 1999 damit begonnen, Pilotprojekte zur Unterstützung von *comunidades*, die von der »bewaffneten Auseinandersetzung« in besonderem Maße betroffen waren, durchzuführen. Zunächst war die Firma *Aragón y Asociados* damit beauftragt worden, eine auf den Berichten von REMHI, CEH und einer Rei-

---

[660] Síntesis y Acuerdos 4a. Reunión de la Instancia Multiinstitucional por la Paz y la Concordia, Guatemala, 13.5.1999, S. 2.

[661] Síntesis y Acuerdos 7a. Reunión de la Instancia Multiinstitucional por la Paz y la Concordia, Guatemala, 7.7.1999, S. 2. Seit Ende der 1980er Jahre wurde der 21. Juni von Menschenrechtsorganisationen als Nationaler Gedenktag zum Verschwindenlassen begangen. Die Kundgebung am 21. Juni 1999 war, obwohl das Thema des Verschwindenlassens durch die Veröffentlichung des Militärtagebuchs neuen Aufwind erhalten hatte, nur sehr spärlich besucht.

[662] Rubén Calderon, zit. nach El Periódico, 23.2.2000.

he von Menschenrechtsorganisationen basierende Diagnose der Bedürftigkeit zu erstellen, anhand derer schließlich acht *municipios* in Chimaltenango[663] und Quiché[664] ausgewählt wurden. Das gesamte Programm, in dessen Durchführung internationale und nationale NGOs einbezogen wurden, wurde von SEPAZ, FONAPAZ (*Fondo Nacional para la Paz*), USAID und der UN-Organisation zur Migration (OIM – *Organización Internacional para la Migración*) dirigiert und in entscheidendem Maße aus externen Mitteln finanziert. Damit wurde ein Konzept fortgeführt, das sich nach der Unterzeichnung des finalen Friedensabkommens etabliert hatte und darin bestand, die Reformierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zum Gegenstand der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu machen[665]. Zu den bedeutendsten bilateralen Unterstützern des guatemaltekischen Reformprozesses gehörten neben den USA Spanien, Deutschland, Norwegen, Schweden und Kanada. Wichtiger noch waren Mittel der Interamerikanischen Bank für Entwicklung (IDB), der Zentralamerikanischen Bank zur Ökonomischen Integration (BCIE – *Banco Centroamericano de Integración Económica*), der Weltbank, der EU und der UN. Ein großer Teil der insgesamt bereitgestellten Mittel in einer Höhe von US-$ 3219 Mio. (2001) wurde zur Durchführung zentraler vergangenheitspolitischer Maßnahmen verwandt. Dazu zählten etwa die Pilotprojekte des Entschädigungsprogramms, Exhumierungen, die Wiedereingliederung der Guerilleros, die institutionelle Lösung von Landkonflikten (Katasterprojekt, CONTIERRA – *Comisión Nacional para la Resolución de Conflictos de la Tierra*), der Landfonds, Alphabetisierungsprojekte und die Steuer- und Justizreformen.[666] Vor diesem Hintergrund wurde ein erheblicher Druck auf die guatemaltekische Regierung ausgeübt, die in den Zusammenkünften des *Grupo Consultativo*, der Geldgeberkonferenz, Rechenschaft über ihre Regierungspolitik ablegen musste.

Die »organisierte Zivilgesellschaft», deren Forderungen auf der Bühne der nationalen Politikgestaltung ungehört zu verhallen schienen, wurde auf den Sitzungen des *Grupo Consultativo* gebeten, ihre Einschätzungen darzulegen und hatte

---

[663] San Martín Jilotepeque, San Juan Comalapa, San José Poaquil (Quelle: Projektbeschreibung im Anhang eines Schreibens des Gouverneurs von Chimaltenango vom 9. August 1999).

[664] San Gaspar Chajul, Santa María Nebaj, San Miguel Uspantán, San Andrés Sajcabajá, San Juan Cotzal.

[665] Bis zum 30. September 1999 wurden die im Rahmen des Friedensprozesses durchgeführten 462 Projekte größtenteils von internationalen Geldgebern finanziert, die insgesamt US-$ 3.216.498.000 bereitstellten (der von der guatemaltekischen Regierung bereitgestellte Betrag belief sich auf US-$ 921.739.000). Quelle: Asamblea de la Sociedad Civil; Balance del Cumplimiento de los Acuerdos de Paz, una visión de la Sociedad Civil 1997-1999, Guatemala, Januar 2000.

[666] Vgl. Banco Interamericano de Desarrollo. Departamento Regional de Operaciones II. División de Paises 3; Guatemala; Cooperación de la Comunidad Internacional. Resumen de los Proyectos con Financiamiento Internacional. Documento presentado a los miembros del Grupo Consultativo de Guatemala, Washington, D.C., 11.-12.2.2002.

somit auf internationalem Terrain die Möglichkeit erhalten, auf die guatemaltekische Regierungspraxis Einfluss zu nehmen. Die Auseinandersetzung um die Durchführung eines umfassenden „nationalen Entschädigungsprogramms" zeigte, dass sowohl Arzú als auch Portillo, die ein solches in ihren öffentlichen Stellungnahmen nie kategorisch abgelehnt hatten, der Forderung nach Reparationsmaßnahmen einzig aufgrund der Abhängigkeit von externer finanzieller Unterstützung nachgegeben hatten. Entscheidende vergangenheitspolitische Schritte wie die Beseitigung der Straflosigkeit, Untersuchungen über den Verbleib von Verschwundenen und von verschwundenen Kindern oder eine *aktive* staatliche Exhumierungspolitik wurden nicht unternommen. Einige Empfehlungen der CEH wurden, wie die der Einbeziehung der Ergebnisse der historischen Aufklärung in schulische und universitäre Curricula, in entsprechenden Kommissionen oder Institutionen diskutiert. Andere Empfehlungen hatten, wie die Ende 1999 erfolgte Veröffentlichung einer neuen Militärdoktrin, nicht die erwarteten Ergebnisse hervorgebracht.[667] Vor dem Hintergrund eines von schweren Rückschlägen gekennzeichneten Friedensprozesses hatten sich Anfang 2000 nur wenige Ansätze zu einer aktiven staatlichen Vergangenheits- und Erinnerungspolitik abgezeichnet.

Am ersten Jahrestag der Übergabe des CEH-Berichtes fand eine Demonstration in der Hauptstadt statt, an der nicht mehr als 2000 Personen teilnahmen. Die Veranstaltung begann mit der Grundsteinlegung eines den Opfern der »bewaffneten Auseinandersetzung« gewidmeten Denkmals an einem *peripheren öffentlichen Ort*.[668] In den Redebeiträgen des Bürgermeisters Fritz García-Gallont, des Stellvertreters des Menschenrechtsprokurators Luis Vargas Bocanegra und der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú wurde auf die große Bedeutung eines Ortes der öffentlichen Trauer verwiesen – aus dem Grundstein ist indes bis zum heutigen Tag kein Denkmal geworden.

Die geringe Teilnehmerzahl ließ zwar nicht auf ein grundsätzlich mangelndes Interesse an der „Erinnerung an das Schweigen" schließen, aber doch auf die Schwierigkeit, eine Demonstration zum Jahrestag der Präsentation des Berichtes zu mobilisieren. Das Thema der historischen Aufklärung und der Umsetzung der Empfehlungen war *ein* Element eines umfassenden Reformprozesses und schien im Februar 2000 nur noch eine untergeordnete Rolle in den politischen Kämpfen zu spielen, die sich in diesen Monaten auf die Diskussion um die Steuerreform und die stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Staatsgeschäften konzentrierten.

---

[667] Das „Manual de Doctrina del Ejército de Guatemala" wurde als unzureichend kritisiert. (vgl. MINUGUA, 5° Informe de Verificación de los Acuerdos de Paz, a.a.O., S. 21).

[668] Die am Übergang zwischen den städtischen Zonen 1 und 2 gelegene Grünfläche (Park „Morazán") ist kein Zentrum des politischen Lebens der Hauptstadt, sondern mehr ein nachbarschaftlicher Treffpunkt.

8.3 Extrahierung und Verbreitung der offiziellen Wahrheit

> *600 Quetzales für den Wahrheitsbericht? Wirklich? [lacht] Es ist so, dass wir den geschenkt bekamen, ich wusste nicht, dass er so teuer ist. Außerdem: wer wird 4000 Seiten lesen? Ich habe das Original, dort ist es [und weist auf eine Kiste auf dem Schrank, in der die ersten Bände liegen], sie haben mir eine Kopie gegeben und es waren 4000 Seiten und ich glaube, jetzt sind es weniger, ungefähr 1800 oder 2000 [Nein, es sind mehr]. Alle 4000? Wer wird in einem analphabetischen Volk 4000 Seiten lesen? Ich glaube, dass noch nicht einmal die Akademiker 4000 Seiten lesen.*[669]

In einem Anfang Dezember 1999 durchgeführten Interview enthüllte der Vorsitzende des GAM den Stand der Verbreitung des Wahrheitsberichtes: in ganzem Umfang war die „Erinnerung an das Schweigen" unbekannt. Knapp ein Jahr nach der Übergabe des Abschlussberichtes war selbiger landesweit in insgesamt acht Buchhandlungen käuflich zu erwerben. Sechs der Buchhandlungen befanden sich in den innerstädtischen Zonen 1, 9 und 10 von Guatemala-Stadt und zwei weitere in Antigua und Quetzaltenango. Der Preis der Gesamtausgabe betrug Q 600 (ca. € 75) und war somit für die Mehrheit der Guatemalteken unerschwinglich.[670] Weit entfernt davon, in allen Winkeln des Landes bekannt zu sein, hatte der Bericht der CEH Ende 1999 lediglich

> eine winzige Gruppe [erreicht], es ist offensichtlich nicht die Gesamtbevölkerung. Wir sprechen von Sektoren von Aktivisten – hauptsächlich hauptstädtischen und in geringem Maße aus dem Landesinnern – von Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen, von Opfern. Aber es ist ein eingeschränktes Publikum.[671]

Die nun folgenden Ausführungen behandeln die Schwierigkeiten und auch die Fortschritte bei der Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahrheitsfindung, wie sie sich ein Jahr nach der Übergabezeremonie abzeichneten. Als die CEH am 25. Februar 1999 ihren Abschlussbericht vorlegte, war ihre Aufgabe vollendet, und sie löste sich auf. Wie im vorangegangenen Kapitel geschildert, wurde ihre Arbeit von keiner *Follow-Up*-Institution fortgeführt, und als immer unwahrscheinlicher erschien im Laufe des Jahres die Einrichtung der empfohlenen Stif-

---

[669] Mario Polanco, Interview „¿600 el informe de la verdad? ¿De verdad? [risa] Es que a nosotros lo han regalado, yo no sabía que era tan caro. Además, ¿quién va a leer 4000 páginas? Tengo el original, allí, están los tomos. Me dieron una copia y eran 4000 páginas y creo que ahora bajó, serán unas 1800, 2000 [A.O.: *No, son más*] ¿Las 4000? ¿Quién va a leer las 4000 en un pueblo analfabeta como el nuestro? Yo creo que ni los académicos leen 4000 paginas."

[670] Der Preis des Abschlussberichtes entsprach etwa dem nominellen monatlichen Mindestlohn im Handel (vgl. Sistema de Naciones Unidas en Guatemala; Guatemala: El rostro rural del desarollo humano, a.a.O., S. 30).

[671] C.G. (Interview): „Es un grupo chiquito, no es la población entera, obviamente, estamos hablando de sectores activistas, básicamente de la capital y un poco del interior, miembros de organizaciones de derechos humanos, de víctimas. Pero es un público reducido."

tung für den Frieden und die Eintracht. Auch die Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung und Verbreitung des Berichtes ließen sich zum Teil auf die vergangenheitspolitische Haltung der Exekutive zurückführen.

In ihrem Abschlussbericht hatte die CEH empfohlen, dass die Regierung in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eine umfassende Kampagne zur Verbreitung des Berichtes einleiten sollte. Vorgeschlagen wurde ferner die öffentlich finanzierte Übersetzung des Berichtes durch Mitarbeiter der „Akademie der Maya-Sprachen" (ALMG – *Academia de las Lenguas Mayas de Guatemala*). Die Wahrheitskommission hatte nahegelegt, den gesamten Bericht in mindestens fünf Maya-Sprachen (K´iché, Kaqchikel, Mam, Q´eqchí, Ixil) zu übersetzen, die Schlussfolgerungen und Empfehlungen schriftlich und oral (!) in die insgesamt 21 Maya-Sprachen zu übertragen und dies durch die staatliche Unterstützung und Finanzierung einer Übersetzung des fünften Bandes in Garífuna und Xinca zu ergänzen.[672] Als die Regierung in ihrer endgültigen „vorläufigen Stellungnahme" bekundet hatte, dem Bericht der CEH keine Bedeutung beimessen zu wollen, war die staatliche Unterstützung für die Übersetzung, Veröffentlichung und Verbreitung des Berichtes ebenfalls nicht mehr zu erwarten. Die somit von der Regierung produzierte Leerstelle wurde allmählich und teilweise von anderen Institutionen und Organisationen ausgefüllt. Dabei spielten zunächst drei Einrichtungen eine tragende Rolle.

Das Projektbüro der Vereinten Nationen UNOPS übernahm die Aufgabe, verschiedene Fassungen des Berichtes drucken zu lassen. Neben der Gesamtausgabe des Berichtes, die schließlich im Juni 1999 in einer Auflage von 3000 Exemplaren erschien, zeichnete UNOPS insbesondere für die Edition des fünften Bandes der „Erinnerung an das Schweigen" verantwortlich, der gratis an NGOs, Universitäten, Schulen, staatliche Institutionen, internationale Organisationen und an das Personal der CEH verteilt wurde.[673] Eine anfängliche Auflage von 10.000 Exemplaren wurde in den folgenden Monaten durch weitere ergänzt und sollte bis zum Juli 2001 eine Gesamtauflage von 355.000 erreicht haben.[674] Der fünfte Band der „Erinnerung an das Schweigen" enthielt das von der CEH selbst angefertigte Extrakt der Untersuchungsergebnisse[675] und stellte gemeinsam mit der Rede des Kommissionsvorsitzenden vom 25. Februar 1999 die Grundlage des vergangenheitsbezogenen öffentlichen Diskurses in Guatemala dar. Dieser

---

[672] Vgl. CEH, Bd. V, S. 69 (Empfehlungen Nr. 33-35).

[673] Zusätzlich wurden 2000 Exemplare einer CD-Rom produziert. Die Veröffentlichung einer CD-Rom konnte dabei angesichts der geringen Verbreitung von Computern nur den kleinen Kreis guatemaltekischer Akademiker und die internationale Öffentlichkeit erreichen.

[674] C.G., Interview und E-Mail vom 17.7.2001.

[675] Vgl. Kapitel 6.

Band war nicht nur der Teil des gesamten Berichtes, der ohne immensen finanziellen Aufwand erhältlich war, sondern auch der tatsächlich rezipierte.[676]

Die internationale Öffentlichkeit hatte, verglichen mit der Mehrheit der *comunidades* im »Landesinneren«, einen wesentlich leichteren Zugang zu den Ergebnissen der Wahrheitsfindung, die bald nach der Übergabe derselben im Internet einzusehen waren. Die in Washington beheimatete *American Association for the Advancement of Science* (AAAS) stellte auf diesem Wege die spanische Gesamtfassung und die englische Übersetzung des fünften Bandes zur Verfügung. Damit waren im „globalen Dorf" bereits zu einem Zeitpunkt die Grundbedingungen der Auseinandersetzung mit der „Erinnerung an das Schweigen" geschaffen worden, als in den realen Dörfern die Wahrheit – im wahrsten Sinne des Wortes – noch in weiter Ferne lag.

Neben einer Übersetzung ins Englische lagen bis Juli 2001 Übersetzungen des fünften Bandes in sieben Maya-Sprachen vor (K´iche, Kaqchikel, Q´eqchi, Mam, Tzutujil, Achi, Popti) und wurden von Menschenrechts- und indigenen Organisationen sowie von der katholischen Kirche verbreitet. Die von UNOPS editierten Auflagen des fünften Bandes wurden durch eine weitere Kurzfassung ergänzt, die die Myrna-Mack-Stiftung mit Unterstützung von UNOPS veröffentlichte. Bereits im März 1999 wurde eine Zusammenfassung der „Erinnerung an das Schweigen" verbreitet, die sich vom fünften Band in einigen wesentlichen Aspekten unterschied. Die vom einstigen Koordinator des REMHI-Projektes Edgar Gutiérrez erarbeitete 32-seitige Zusammenfassung spiegelte die Struktur des gesamten CEH-Berichtes wider und vermittelte einen Eindruck vom Gesamtwerk. Im Gegensatz zum fünften Band waren in den Text der Zusammenfassung Zitate aus Zeugenaussagen eingearbeitet und somit entsprach die von Gutiérrez erarbeitete Fassung mehr der Textgattung eines Wahrheitsberichtes. Zudem widmete die Zusammenfassung den psychischen, sozialen und ökonomischen Folgen der »bewaffneten Auseinandersetzung« einen gesonderten Abschnitt, während im fünften Band die Grenzen zwischen den Beschreibungen der Menschenrechtsverletzungen, Gewalttaten und historischen Ereignissen verwischt waren.

Diese Zusammenfassung, die in einer Auflage von 400.000 Exemplaren gedruckt wurde, fand als Beilage der Tageszeitungen und über die katholische Kirche und unterschiedlichste Organisationen große Verbreitung.[677] Auch mehrere der noch bestehenden diözesanen Gruppen des REMHI-Projektes arbeiteten

---

[676] Oftmals werfen gerade die zunächst unbedeutend erscheinenden Ereignisse des Alltags ein Licht auf den Zustand der Gesellschaft. Im Januar 2000 saß in einem hauptstädtischen Bus eine Schülerin, die in die Lektüre des fünften Bandes versunken war. Bemerkenswert war, dass offensichtlich für (hauptstädtische) Angehörige der Generation, die nach dem Höhepunkt des Terrors geboren wurde, die Möglichkeit bestand, öffentlich ein solches Buch zu lesen, welches noch wenige Jahre zuvor als subversiv gegolten hätte.

[677] R.E., Interview.

nicht nur mit dem Bericht „Guatemala – nunca más!“, sondern ebenso mit anderen Darstellungen der »bewaffneten Auseinandersetzung». Das REMHI-Team aus Chimaltenango etwa bestellte 5000 Exemplare der Zeitungsbeilage, um diese in der Arbeit in den *comunidades* einzusetzen.[678] Zu einem Zeitpunkt, als die ODHAG noch keine Populärversion des REMHI-Berichtes veröffentlicht hatte, griffen die diözesanen REMHI-Mitarbeiter auf eine Zusammenfassung des offiziellen Wahrheitsberichtes zurück, die einer ihrer *compañeros* erstellt hatte.

Eine vergleichbare Verschränkung der beiden Bemühungen zur Wahrheitsfindung zeigte sich hinsichtlich der Populärversionen. Im Dezember 1999 wurde die erste Auflage einer „Populärversion der Zusammenfassung des fünften Bandes“ gedruckt, die ebenfalls Edgar Gutiérrez maßgeblich mitentwickelt hatte[679]. Die Herausforderung bestand dabei darin, historische Zusammenhänge aus der Perspektive der Menschen heraus in einer nicht simplifizierenden Form, die Text und (zumeist graphische) Illustration miteinander verbindet, darzustellen. Die Darstellung wurde an einem fiktiven Zusammentreffen zweier Personen, Doña Tina und Don Maco, aufgehängt. Zwischen beiden entspinnt sich eine Unterhaltung, die ihren Ausgang in der Aussage, es gäbe kaum etwas Erfreuliches, nimmt. Don Maco berichtet von der Trauer und den vielen Fragen, die ihn nicht losließen:

> Was haben sich meine arme Frau und meine Töchter zuschulden kommen lassen? Warum haben sie uns so viel Schmerz zugefügt? Mehr noch, als man Tieren antun würde? Warum sind wir so arm, wenn wir keine Schuld hatten? Wer wird uns das zurückgeben, was wir verloren haben? Wann wird uns Gerechtigkeit widerfahren?[680]

Ausgehend von dieser Fragestellung wandeln die beiden gleichsam durch die Kapitel der „Erinnerung an das Schweigen“ und erläutern die Ursachen, Geschichte und *modi operandi* der Gewalt. Die Auseinandersetzung mit den Hinterlassenschaften der Gewalt leitet schließlich zu den Fragen über, welche Lektionen die Geschichte hinterlassen hat und was getan werden müsste, damit sich diese nicht wiederholt. Diese Populärversion spiegelte weit mehr als die später vom erzbischöflichen Menschenrechtsbüro veröffentlichte die Philosophie des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung wider.

In der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Wahrheitsfindung waren zunächst die Berichte „Erinnerung an das Schweigen“ und „Guatemala – nunca más“ in ihrem ganzen Umfang nachrangig und auch die verschiedenen Kurzfassungen (der fünfte Band, die Zusammenfassung und die Populärversionen) erst

---

[678] A.M., Interview.

[679] Die knapp 80 Seiten umfassende Broschüre ist von der Myrna-Mack-Stiftung herausgegeben und mit 10 Quetzales noch erschwinglich.

[680] Fundación Myrna Mack (Hrsg.); Guatemala – Memoria del Silencio: Versión Popular del Resumen del Informe de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico, Guatemala 1999, S. 3.

von einem Bruchteil der guatemaltekischen Bevölkerung gelesen worden. Sowohl die Debatte um die Ergebnisse der historischen Aufklärung als auch die Diskussion um die von der Wahrheitskommission empfohlenen vergangenheits- und erinnerungspolitischen Maßnahmen konzentrierte sich auf ein Extrakt der „historischen Wahrheit", welches die Gesamtheit der Ergebnisse auf einige wenige Aussagen und statistische Angaben reduzierte. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um die anlässlich der Übergabe des Wahrheitsberichtes vorgestellten Hauptergebnisse, die zu Eckdaten des Diskurses über die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« geworden waren.

Obwohl der Gesamtbericht der CEH am Beginn des neuen Jahrtausends noch weitgehend unbekannt war, setzte bereits ein Prozess der Extrahierung und auch der Verbreitung der „historischen Wahrheit" ein. Mehrere Menschenrechtsorganisationen (GAM, ACI) entwickelten Projekte, um ihre Basis im »Landesinneren« über die Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu informieren. Dabei besaß die historische Aufklärung oder die Vermittlung geschichtlichen Wissens angesichts der prekären gesellschaftlichen Situation keine Priorität. Im Mittelpunkt der Arbeit der genannten Organisationen standen der Kampf gegen die Straflosigkeit und gegen die noch bestehenden lokalen Repressionsnetze sowie die Auseinandersetzung mit den drängenden Problemen der Gegenwart (Armut, Kriminalität, Reformierung des Staates). Nach der Übergabe des Berichtes

> fiel es natürlich der Zivilgesellschaft zu, unsere Schlussfolgerungen zu übernehmen und Druck zu machen, damit dies alles umgesetzt wird. Aber natürlich passiert auch jeden Tag eine ganze Menge; eine Fahrpreiserhöhung interessiert die Leute dann etwa mehr als der Bericht der Kommission. Dann kamen die Wahlen, und die Regierung Arzú war in ihrer letzten Phase.[681]

Die Arbeit der Wahrheitskommission stellte lediglich ein Element innerhalb eines umfassenden Transitionsprozesses dar und war in ihrer kurzfristigen Wirksamkeit von der gesamtpolitischen Lage determiniert. Obwohl die Ergebnisse der Kommission zur historischen Aufklärung und des Projektes REMHI im März 2000 bereits einen Referenzpunkt der kulturellen Erinnerung darstellten, war die kollektive erinnernde Aktualisierung der Vergangenheit nur in begrenzten Kreisen von Opfern, Akademikern und politisch Interessierten zu beobachten.

> Ich glaube, dass es auch ein Bestandteil dieses übergeordneten Prozesses der Vergangenheitsbewältigung ist, dass die Gesellschaft ihre Verantwortung bezüglich der Distribution, Zurückgabe, Diskussion, Interpretation und Anwendung übernimmt. Und dies kann niemand anderes machen.[682]

---

[681] Tomuschat, Interview.

[682] C.G., Interview: „Creo que parte de este proceso mayor del tratamiento del pasado, si se quiere llamarlo así, implica que la sociedad asuma su responsibilidad en cuanto a la distri-

8.4 Formen der Wiederaneignung der historischen Erinnerung

REMHI als der Versuch, im »Landesinneren« kommunikative Prozesse einzuleiten, hing in der konkreten Projektpraxis wesentlich von der Haltung der Bischöfe zur „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" ab. Das Bewusstsein für die Bedeutung des Projektes, welches die Voraussetzung für die Bildung eines diözesanen REMHI-Teams war, fand sich vornehmlich in den Diözesen, in welchen bereits eine längere Tradition sozialen und politischen Engagements bestand. In vielen der von der Politik der verbrannten Erde meistbetroffenen Diözesen hatte die katholische Kirche auch nach dem Ende der »bewaffneten Auseinandersetzung« ihre politische oder befreiungstheologische Grundhaltung nicht aufgegeben. Das Projekt zur „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" fügte sich in das Angebot der katholischen Kirche ein und arbeitete vor dem Hintergrund der prekären sozialen und ökonomischen Situation im »Landesinneren« und den Folgeerscheinungen der traumatischen Erlebnisse, welche die Mehrheit der Bewohner der *comunidades* hatten erleiden müssen.

8.4.1 Folgen eines Mordes

Die Nachricht von der brutalen Ermordung Gerardis hatte in den Kreisen der Kirche, der sozialen Bewegungen, der akademischen Zirkel und der internationalen Öffentlichkeit eine Welle von Schock und Empörung hervorgerufen. Für viele *animadores* und Koordinatoren des REMHI-Projekts führte der durch die Nachricht von der Ermordung ausgelöste Schock indes nicht zu einem Erlahmen oder zum Aufgeben der Arbeit, sondern längerfristig zu einem Erstarken des Willens zur Mitarbeit. Diese auf den ersten Blick paradox anmutende Wirkung des Mordanschlages trat in vielen Diözesen zusammen mit einem langfristigen Anwachsen des Kreises der *animadores* auf. Gerardi wurde zum Märtyrer und verlieh der Bewegung der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" mancherorts neue Impulse. Das Umschlagen des anfänglichen Entsetzens in die Stärkung des Willens zur Weiterarbeit verdeutlicht die folgende Beschreibung einer REMHI-Koordinatorin:

> Das Einschlagendste war, die Nachricht zu erhalten, dass sie den Kopf, das Zentrum dessen ermordet hatten, was das Projekt REMHI war. Es war in Bezug auf die Unsicherheit eine unglaubliche Wirkung: man weiß nicht mehr, wohin...Und viel Wut. Man erlebt wieder das, was viele Menschen erlitten haben, und die Wehrlosigkeit, die man verspürt. Ich musste mehrmals am Nationalpalast vorbeigehen, wo es Militär gibt. Und wenn man dort langgeht, hat man das Gefühl, dass sie folgen, dass der Feind hinterherkommt. Eine sehr starke Spannung, für mich war es sehr einschlagend, auf jeden Fall konnte ich nicht sprechen, ich konnte nicht glauben, was passiert ist. Ich erinnere mich an das Treffen mit den *compañeros* Koordinatoren, bei dem nur geweint wurde, und

---

bución, la divulgación, la discusión, la interpretación, la aplicación. Y no puede ser un otro que este haciendo eso...".

nichts anderes. Das hat uns sehr berührt, vor allem, jemanden ganz Nahen zu sehen...Und das Sprechen über das Sicherheitsthema, wir mussten erneut Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, uns hinter geschlossenen Türen treffen: eine psychologische Frage, die fürchterlich ist. Das lässt einen hilflos und zornig zurück [...] Das, was mir persönlich sehr geholfen hat, ist die Verpflichtung (*compromiso*) für die Menschen, vor allem für die Menschen, die sagen „Heute müssen wir weiterkämpfen," und ich glaube, das ist es, was mich am meisten motiviert hat, aber es war eine sehr harte Zeit. Und ich glaube, was auch geholfen hat, war die Reflexion, die wir gemeinsam mit den *compañeros* gemacht haben: Das Ziel des Militärs war „Nach dem Mord an Monseñor Gerardi werden sie sich hilflos fühlen, sie werden Angst bekommen und nicht mehr weiterarbeiten wollen".[683]

Fast alle der für die vorliegende Arbeit interviewten Mitarbeiter des REMHI-Projekts verwiesen auf die Verpflichtung (*el compromiso)* gegenüber den Menschen, welche das Fundament der eigenen Motivation darstelle. Einige der Interviewten, die auch gegenwärtig noch in den diözesanen Büros arbeiten, waren während des Höhepunktes des Terrors Anfang der 1980er Jahre noch Kinder gewesen und hatten die „Gewalt" selbst nicht bewusst miterlebt. Durch die Aufnahme der Zeugenaussagen und die Gespräche mit den Opfern der »bewaffneten Auseinandersetzung« hatten sie eine zuvor verborgene grauenhafte Geschichte ihres Landes kennen gelernt. Zugleich war der Kontakt mit den Opfern nicht auf einen kurzen Informationsfluss von Interviewtem zu Interviewer beschränkt, sondern entwickelte eine tiefere Dynamik. Die Opfer formulierten Erwartungen an eine vielfältige Fortsetzung der Arbeit (Geschichtsvermittlung, Exhumierungen, Denkmäler etc.) und versuchten zugleich, die *animadores* zu unterstützen. „Wir von der Kirche begleiten nicht nur die Leute, sondern fühlen uns auch von

[683] A.M., Interview: „Lo más impactante fue recibir la noticia que han asesinado a la cabeza, el centro de lo que ha sido el proyecto REMHI, fue un impacto así muy fuerte, una incertidumbre, uno no sabe para donde ahorita, y mucho coraje...uno vuelve a revivir lo que mucha gente sufrió, y lo indefenso que se siente uno, varias veces tuve que pasar frente del palacio nacional, verdad, donde hay militar, y cuando uno camina, uno siente como que lo andan siguiendo, como el enemigo viene atrás, una tensión así muy fuerte, para mí fue muy impactante, por lo menos yo no podía hablar, no podía creer lo que había pasado, yo recuerdo..el encuentro con los compañeros coordinadores, solo era de llorar, verdad, y nada más. Fue un impacto tan fuerte que nos tocó, sobre todo ver a alguien muy cercano..el estar reunidos, hablar del tema de seguridad que nosotros teníamos a volver a tomar nuevamente medidas de seguridad, tener mucho cuidado en hablar, el estar reunidos a puerta cerrada, una cuestión psicológica que impacta, pues..y que a uno lo hace sentirse indefenso y con mucha cólera [...]. Yo pasé mucho tiempo con esto [...]. En lo personal me ayudó bastante el compromiso que se ha hecho con la gente, sobre todo la gente..que dicen, hoy tenemos que..seguir luchando, creo que eso es lo que a mi me motivó más...y creo que lo que ayudó también es la reflexión que hacíamos con los compañeros. Es el objetivo del ejército, de decir, al matar al monseñor Gerardi, ellos se van a sentir indefensos, estos van a experimentar miedo y ya no quieren trabajar."

ihnen begleitet".[684] Die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" war zu einem sozialen Prozess geworden, der von einer starken emotionalen Verbindung zwischen aussagenden Opfern, ehrenamtlichen *animadores* und (semi-)professionellen Mitarbeitern getragen wurde.[685] Der enge Kontakt mit den Menschen, die schier Unglaubliches hatten erleiden müssen, bedeutete nicht nur emotionale Belastung, sondern – ganz im Gegenteil – auch emotionale Erleichterung. Eine Mitarbeiterin der offiziellen Kommission berichtete z.B. davon, dass die Phase der Zeugenaussagenaufnahme sehr viel erträglicher gewesen sei als die anschließende Phase der Erarbeitung des Abschlussberichtes. Im konkreten Kontakt mit den Opfern sei die erleichternde Wirkung des Sprechens fühlbar; die analytische Arbeit mit den niedergeschriebenen Zeugenaussagen hingegen kaum zu ertragen gewesen. Die Dynamik des REMHI-Projektes entwickelte sich nach dem 24. April 1998 in den Diözesen des Landes sehr unterschiedlich. Die Ermordung Gerardis rief nicht nur eine Welle des Entsetzens hervor, sondern beraubte das Projekt zur „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" auch des Mannes, der die vierte Phase der Rückübermittlung als das eigentliche Herzstück des gesamten Unternehmens betrachtet hatte. Bereits in der dritten Projektphase hatte sich die Personalstruktur des Zentralteams entscheidend verändert. Noch vor der Präsentation des Berichtes „Guatemala – nunca más!" hatte die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter des Zentralteams, die sich von Beginn an engagiert hatten und somit die ursprüngliche Konzeption vertraten, das Projekt verlassen und andere Arbeitsstellen angenommen. Mit der Ermordung des Bischofs hatte die ursprüngliche Projektkonzeption ihren wichtigsten, noch verbleibenden Vertreter verloren.

Für die Durchführung der vierten Projektphase war in der hauptstädtischen Zentrale ein neuer Leiter verantwortlich, der die ursprüngliche Projektkonzeption weder vertrat noch die ersten Projektphasen mit*erlebt* hatte. Die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" erhielt bald nach der Ermordung Gerardis in der ODHAG eine andere Gestalt. Der neue Verantwortliche setzte als Psychologe andere Schwerpunkte und gliederte die Rückvermittlung in den Gesamtzusammenhang der Projekte der ODHAG ein. In der ODHAG wurde ein Projektprogramm koordiniert, welches von Exhumierungen, psychischer Betreuung, Methoden zur Konfliktlösung und Fortbildungen bis hin zur Erarbeitung geschichtsdidaktischen Materials und der Durchführung weiterer Untersuchungen

---

[684] Edgar Hernández (Huehuetenango), zit. nach: Die Arroganz der Straffreiheit – Ein Gespräch zu den Hintergründen der Ermordung von Bischof Juan Gerardi, in: Lateinamerika Nachrichten 289/290, Juli/August 1998, S. 33.

[685] Der Begriff der „Semiprofessionalität" bezeichnet in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass einige der diözesanen Mitarbeiter von REMHI zwar in einem Angestelltenverhältnis standen, jedoch beruflich nicht für die Aufgabe einer psychosozialen Betreuung von Opfern ausgebildet waren.

reichte.[686] Insgesamt entzog sich die ODHAG zunehmend ihrer Funktion als zentrale Koordinierungsinstanz des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung. Im Selbstverständnis der nach der Ermordung Gerardis im erzbischöflichen Menschenrechtsbüro wirkenden Mitarbeiter standen die Aktivitäten des hauptstädtischen Teams gleichberechtigt neben den Aktivitäten der REMHI-Büros im »Landesinneren«.

8.4.2 Das „Projekt zur psychosozialen Reparation"

Die neuen Verantwortlichen in der ODHAG hatten, wie bereits angedeutet, eine grundsätzlich neue Arbeitskonzeption entwickelt, welche die Phase der Rückübermittlung in einen umfassenderen Zusammenhang eingliederte. Als neuer Arbeitsschwerpunkt der ODHAG wurde das „Projekt zur psychosozialen Reparation" entwickelt, welches von der ODHAG koordiniert und umgesetzt werden sollte.[687] Für das von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), MISEREOR und der nationalen dänischen Entwicklungshilfeinstanz DANIDA (*Danish International Development Agency*) finanzierte Projekt war eine Laufzeit von vier Jahren (März 1999 bis Dezember 2002) anvisiert. Wie auch REMHI, beruhte das Projekt zur psychosozialen Reparation konzeptionell auf der Tätigkeit einiger professioneller Mitarbeiter, die ein Netz von Freiwilligen aufbauen sollten. Letztere sollten die in lokalen Seminaren angeeigneten Kenntnisse an die Mitglieder ihrer *comunidades* weitergeben und Selbsthilfegruppen (*grupos de reflexión comunitaria*) bilden. Bis Ende des Jahres 2001 sollten insgesamt 350 Freiwillige in den *comunidades* so weit ausgebildet sein, dass sie direkte psychosoziale Unterstützung leisten könnten – die klinische Einzelfallbetreuung von schwertraumatisierten Menschen sollte jedoch den hochqualifizierten Mitarbeitern vorbehalten bleiben. Die Notwendigkeit des Projektes zur psychosozialen Reparation wurde direkt auf das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung zurückgeführt:

> Die erste Reaktion der ODHAG auf die Zeugenaussagen von REMHI, die die Nachfragen nach einer psychosozialen Reparation enthüllten, war es, den ASM [psychosoziale Abteilung der ODHAG] einzurichten und ein Projekt zu entwickeln, welches auf der in der Diözese El Quiché angewandten Methodologie beruhte.[688]

Die Bezüge zum REMHI-Projekt zogen sich durch die gesamte Projektkonzeption. Die Rekrutierungsbasis für den Aufbau der lokalen Freiwilligennetze soll-

---

[686] Gesprächsprotokoll Cabrera. Vgl. auch ODHAG-Webseite: http://www.odhag.org.gt.

[687] Quelle der folgenden Darstellungen: ODHAG; Proyecto de Reparación Psicosocial (unveröffentlichte Projektkonzeption). Außerdem beruht die Darstellung auf Gesprächen mit den Projektmitarbeiterinnen in San Marcos (20./21.1.2000, 9.2.2001) sowie auf einem Vortrag der hauptamtlichen Mitarbeiterin für den Ixcán (Playa Grande, 15.2.2001).

[688] Projektkonzeption: ODHAG; Proyecto de Reparación Psicosocial (7. C.). ASM: *Equipo del Área de Salud Mental de la ODHAG*.

ten „ungefähr 500 *comprometidos* [wörtl.: Verpflichtete (engagierte Gemeindemitglieder)], teilweise bereits als freiwillige Interviewer von REMHI vorbereitet und qualifiziert, sowie eine beträchtliche Anzahl von Gesundheitspromotoren aus strategischen lokalen Institutionen und aus anderen relevanten Gruppen der Kirche“[689] sein. Die lokale Struktur des „Projektes zur psychosozialen Reparation“ sollte somit explizit auf den von REMHI geschaffenen Strukturen fußen. Das REMHI-Projekt wurde jedoch 1999 noch fortgeführt, und die *animadores*, waren, insofern sie nicht die durch die Ermordung Gerardis ausgelöste Angst ferngehalten hatte, immer noch für die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ tätig. Vom erzbischöflichen Menschenrechtsbüro war somit ein Folgeprojekt entworfen und initiiert worden, welches die fortgesetzten Bemühungen der diözesanen REMHI-Teams zu ignorieren schien. Auch wies die Konzeption der „Reflexionsgruppen“ deutliche Überschneidungen mit der lokalen Praxis der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ auf. In der Projektkonzeption wurde dargelegt, dass diese dazu dienen sollten, die Angst zu überwinden und über die Vergangenheit zu sprechen. Damit sollte der Erfahrung Sinn verliehen, die historische Erinnerung rekonstruiert und neue Lebensprojekte entwickelt werden.[690] Ziel war, mit anderen Worten, die diskursive Befreiung einer Erinnerungsgemeinschaft und die Verständigung über die kollektive Vergangenheit. Damit sollte eine von der traumatischen abweichende kollektive Erinnerung konstruiert werden. Der Weg zur psychischen Gesundheit führte über die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“.

Das Projekt sollte in sieben der von den Folgen der »bewaffneten Auseinandersetzung« meistbetroffenen Diözesen und Vikariaten realisiert werden: Guatemala, Los Altos, Verapaz, Zacapa, Santa Cruz del Quiché (Ixcán-Region), San Marcos und Petén. Mit Ausnahme von Zacapa hatten die geistlichen Oberhäupter das psychosoziale Projekt in all den Diözesen angenommen, in denen bereits zuvor REMHI mit aktiver Unterstützung durch die Bischöfe gearbeitet hatte. In

---

[689] Ebda.

[690] Die Gruppen sollen, so heißt es im Projektentwurf, den Raum bieten, um: „*das Schweigen zu brechen*: unter Verwendung verschiedener Ausdruckstechniken und gruppendynamischer Ansätze den inneren Schmerz zu lindern (Katharsis); die Dynamik der Repression zu *verstehen*; die *Gründe* des Krieges anhand historischer und aktueller Informationen über die guatemaltekische Wirklichkeit zu sozialisieren [*socializar*: gedanklich austauschen]; Vertrauen und Selbstwertgefühl wieder herstellen; die spezifischen kulturellen Ressourcen zur Auseinandersetzung mit der Realität zu stärken (Spiritualität); den aus der Repression resultierenden Schaden auf individueller und kollektiver Ebene zu *identifizieren*; die individuellen und gemeinschaftlichen Mechanismen der Auseinandersetzung zu identifizieren; das *Signifikat* [el significado] zu finden *oder der Erfahrung während des Krieges einen Sinn zu verleihen*; Gefühle und Emotionen zu teilen: Angst, Verlust, Schuld, Schmerz; ein Gefühl der Solidarität zu konstruieren; soziale Netzte wieder aufzubauen; *die historische Erinnerung zu rekonstruieren*; neue Lebensprojekte zu erörtern“. (ebda., Hervorhebung A.O.).

Alta Verapaz, San Marcos, Ixcán, Guatemala und im Petén fand somit eine Projektverdoppelung statt. Die Dynamik in den einzelnen Diözesen verlief dabei außerordentlich unterschiedlich. Die sich ab Mitte 1999 konstituierenden psychosozialen Teams trafen in einigen Diözesen auf eine starke und relativ autonome REMHI-Struktur (z.B. El Quiché), in anderen Diözesen auf eine schwach ausgebildete und finanziell unterausgestattete REMHI-Struktur (San Marcos). Die Existenz einer Parallelstruktur implizierte jedoch kein Konkurrenzverhältnis in der Praxis: Vielerorts unterstützten die REMHI-Mitarbeiter die neuen psychosozialen Teams, indem sie letztere in den *comunidades* vorstellten oder gemeinsame Aktivitäten durchführten.

8.4.3 Die Rückübermittlung im »Landesinneren«

Vor dem Hintergrund des personellen Wechsels in der ODHAG und der Arbeitsaufnahme des „Projektes zur psychosozialen Reparation" im Jahre 1999 führten mehrere diözesane REMHI-Teams die Rückübermittlung der „historischen Erinnerung" und somit den eigentlichen Prozess der Wiederaneignung derselben fort. Da die vierte Phase des REMHI-Projektes nicht mehr zentral koordiniert wurde, entwickelte sich die Projekttätigkeit in den einzelnen Diözesen zwar unabhängig, aber doch im Zusammenhang eines informellen Informationsaustausches der hauptamtlichen Mitarbeiter. Einige der REMHI-Büros hatten sich inzwischen aufgelöst (Puerto Barrios/El Estor, Esquintla und Rabinal[691]), nachdem die Koordinatoren das Projekt verlassen hatten. Fortgeführt wurde das Projekt in Huehuetenango, Alta Verapaz, San Marcos, El Quiché, Guatemala und im Petén. Ein neues REMHI-Büro wurde in Chimaltenango eröffnet, wo der zuständige Bischof der Diözese Sololá zwar seine Zustimmung und Unterstützung verweigert hatte, aber die örtliche Pfarrei die Schirmherrschaft übernommen hatte. Nach dem Schock, den die Ermordung Gerardis ausgelöst hatte, entwickelte sich die Dynamik von REMHI in den Diözesen äußerst unterschiedlich.

> Wir dürfen in der politischen Analyse aber nicht die Gegebenheiten eines Landes verallgemeinern. Die Konsequenzen des Friedensschlusses sind unterschiedlich in verschiedenen Teilen des Landes. Im Falle von Huehuetenango hat die Diözese in außergewöhnlich starker jahrelanger Arbeit die Menschen begleitet. In anderen Teilen des Landes ist das anders, die Situation ist dort viel zersplitterter.[692]

Für die Fortführung und Ausgestaltung der Arbeit waren somit einerseits die allgemeine politische Situation in den Regionen des Landes und insbesondere Remilitarisierung, Kriminalität und Armut ausschlaggebend. Andererseits waren die Stärke der diözesanen Struktur und die damit zusammenhängende Geschich-

---

[691] Zum Schicksal des REMHI-Teams in Quetzaltenango ließen sich keine Informationen finden.

[692] Claudia Estrada, zit. nach: Die Arroganz der Straffreiheit, a.a.O. S. 32.

te der Arbeit mit und für die Menschen entscheidend für die erfolgreiche Weiterführung der Arbeit. Grundsätzlich war die Ausrichtung der diözesanen Arbeit von der Person des zuständigen Bischofs abhängig, da aus seiner Haltung und seinem Engagement die spezifische Struktur der *pastoral social* erwuchs. In der Hauptstadt wurde, wie auch in anderen Diözesen, ein Programm der Rückübermittlung entworfen, welches sich von den Entwicklungen im »Landesinneren« grundlegend dadurch unterschied, dass es auf die Bedingungen von Gleichgültigkeit und sozialer Atomisierung reagieren musste. Die hauptstädtischen Priester waren im Allgemeinen nicht bereit, ihre Gemeindestrukturen und das eigene Engagement für die Arbeit an der historischen Erinnerung zur Verfügung zu stellen. In der ODHAG war lediglich ein einziger Mitarbeiter für die Rückübermittlung zuständig, welcher auf kein umfassendes Netzwerk von *animadores* zurückgreifen konnte, da sich der ursprüngliche Kreis von 60 *animadores* auf 15 reduziert hatte. Somit beschränkte sich die Rückübermittlung in der Hauptstadt vornehmlich auf öffentliche Veranstaltungen und auf die Übergabe des Berichtes an Universitäten sowie an nationale und internationale Organisationen und Institutionen.

Der Verkauf des Berichtes „Guatemala – nunca más!“ erfolgte über das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro, und dabei waren weder der Preis noch die Modalitäten des Verkaufs geeignet, eine Verbreitung des Berichtes zu fördern. Um den Bericht zu erwerben, musste noch Ende 1999 zunächst am Portal des in unmittelbarer Nähe des Präsidentenpalastes gelegenen Menschenrechtsbüros um Einlass gebeten werden. Die Empfangsdame händigte ein Einzahlungsformular aus und, nachdem der Betrag von Q 400 (€ 50) bei der schräg gegenüber gelegenen Bank entrichtet wurde, den vierbändigen Bericht. Die Modalitäten des Verkaufs waren somit für traumatisierte Menschen abschreckend – wie die oben zitierte diözesane Koordinatorin bemerkte, erzeugt die Anwesenheit von Militärangehörigen in der Nähe des Präsidentenpalastes unweigerlich das Gefühl, verfolgt zu werden.

Um der Bevölkerung die Inhalte der „wiederangeeigneten historischen Erinnerung“ zu vermitteln, war von Projektbeginn an die Erarbeitung einer Populärversion vorgesehen. Diese Aufgabe übernahm die ODHAG und beauftragte die renommierte salvadorianische Organisation *Equipo Maíz* mit der Erstellung einer popularisierten Fassung.[693] Nach einem längeren Diskussionsprozess wurde schließlich 2000 eine Populärversion gedruckt, die stilistisch aus zwei Teilen zusammengesetzt war. Die den Bänden I, II und IV entsprechenden Kapitel trugen unverkennbar die Handschrift des *Equipo Maíz*; der dritte Band hingegen war von Guatemalteken illustriert worden. Die in einer Auflage von 5000 Ex-

[693] *Equipo Maíz* hatte zuvor bereits eine popularisierte Fassung des salvadorianischen Wahrheitsberichtes sowie mehrere Werke zur Geschichte der dortigen »bewaffneten Auseinandersetzung«, zu den Inhalten der salvadorianischen Friedensabkommen und zu drängenden Problemen der Gegenwart erstellt.

emplaren gedruckte Populärversion umfasste 300 Seiten. Im Gegensatz zu der Populärversion der Zusammenfassung der „Erinnerung an das Schweigen“ handelte es sich hier um ein Werk, dessen Lektüre zeitaufwändiger war, und durch dessen Kapitel keine Gestalten wie Don Maco und Doña Tina führten.[694]

Das Reden über die Vergangenheit: Die vierte Phase in San Marcos

Der Diözese San Marcos stand seit Ende der 1980er Jahre der Bischof und Befreiungstheologe Álvaro Ramazzini vor. Dieser hatte seit seinem Amtsantritt die *pastoral social* kontinuierlich ausgeweitet und neben der *Caritas* Projekte für Landfragen, nachhaltige Landwirtschaft, Trinkwasserversorgung, Menschenrechte, Frauen und Jugendliche eingerichtet und sowohl REMHI als auch dem Projekt zur psychosozialen Reparation einen Raum geboten. Die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ stützte sich in San Marcos in erster Linie auf eine einzige Person, die von einer Sekretärin und bis zum Jahreswechsel 1999/2000 von einem zweiten Mitarbeiter, der für die Erarbeitung didaktischer Materialien zuständig war, unterstützt wurde.[695] Im Gegensatz zu anderen Projekten der *pastoral social* verfügte REMHI in San Marcos weder über ein Auto, noch über Telephon, Internetanschluss, Fernseh- und Videogeräte. Ein Grundproblem bei der Fortführung des Projektes war ferner die Finanzierung, welche bis Ende 1999 über die ODHAG gewährleistet wurde, im Februar 2000 jedoch mittel- und langfristig ungewiss war. Eine Person betreute somit die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ in einem Gebiet von ca. 3800 km^2 mit einer Gesamtbevölkerung von über 700.000 Menschen[696] (die allerdings nur zum Teil Mitglieder der katholischen Kirche waren).[697] Die Aufrechterhaltung bestehender und das Knüpfen neuer Kontakte in den verstreuten *comunidades* implizierten mithin einen immensen Aufwand an Zeit und Energie, der sich durch das Fehlen eines eigenen Transportmittels noch steigerte. Die nach der Ermordung Gerardis einsetzende Dynamik war der eingangs geschilderten vergleichbar:

> Wir haben auch schwierige Momente gehabt. Der schwierigste war, als Monseñor Gerardi ermordet wurde. Viele Leute haben gesagt, dass REMHI aufhören würde, aber es war etwas sehr Wunderbares, weil viele Leute auch aufwachten, und viele Leute haben gesagt „wenn sie schon einen Bischof ermorden, wie können wir uns von unserem Lei-

[694] Vgl. Kapitel 8.3.

[695] Das im Januar 2000 offiziell gestartete psychosoziale Projekt hingegen verfügte von Beginn an über sechs Mitarbeiter.

[696] Quelle: Conferencia Episcopal de Guatemala; Jurisdicciones Eclesiasticas (http://riial.org/guatemala/destpri.htm – Stand: 12.3.2001).

[697] Auch in Huehuetenango, wo sich die *pastoral social* auf die psychologische Betreuung und auf die Schaffung ökologischen Bewusstseins konzentrierte, war das psychologische Projekt, welches auch für die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ zuständig war, personell nur unzureichend ausgestattet: Lediglich drei Mitarbeiter betreuten das von der Bergkette der Cuchumatanes durchzogene Department auf psychosoziale Weise.

> den erzählen?“ und das war der Moment als die Leute anfingen, mehr zu erzählen, mehr Zeugenaussagen, bis heute nehmen wir Zeugenaussagen auf. Es gibt Leute, die heute sprechen. Und besonders, wenn die Phase der Rückübermittlung kommen wird, wenn der popularisierte Bericht übergeben wird: Das wird noch mehr Leute aufwecken, viele werden auch erzählen wollen, was sie erlebt haben.[698]

Der REMHI-Koordinator aus San Marcos nahm Anfang 2000, und somit 21 Monate nach der Präsentation des Berichtes „Guatemala – nunca más!“, immer noch Zeugenaussagen auf. Zudem formulierte er die Erwartung, dass sich mit der Präsentation der popularisierten Fassung der Zulauf der Menschen, die über das Erlebte zu sprechen verlangten, noch erhöhen werde. Dabei vermochte es der (einsame) Koordinator, immer mehr *comunidades* in den Prozess der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ einzubinden. Im nur wenige Kilometer von der Departmentshauptstadt entfernten San Antonio Sacatepequez wurde das REMHI-Projekt z.B. erst 1999 auf einer Versammlung der örtlichen Katecheten vorgestellt und um aktive Mithilfe gebeten. Daraufhin reihten sich drei Katecheten in den Kreis der *animadores* ein. Anfang 2000 arbeitete REMHI in San Marcos mit einer Gruppe von insgesamt etwa 40 *animadores* und somit mit einer Gruppe, die sich nach der Ermordung Gerardis nicht verkleinert, sondern um ca. fünf Personen leicht vergrößert hatte.[699] In San Marcos diente das Projekt zur „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ in erster Linie der Öffnung von Kommunikationsräumen. Im Zuge der Zeugenaussagenaufnahme hatten sich Reflexionsgruppen gebildet, die sich auch in den folgenden Jahren regelmäßig trafen, um über ihre Erlebnisse zu sprechen. Im Mittelpunkt des Projektes, das sich vor allem auch an indigene Frauen richtete, stand ein langer Reflexions- und Kommunikationsprozess, der mit dem Ziel eingeleitet wurde, dem Grauen einen Platz in der Vergangenheit zuzuweisen.[700]

Das „Einmannunternehmen“ der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ funktionierte nur im Kontext der diözesanen *pastoral social.* Das REMHI-Projekt in San Marcos lebte einerseits vom Vertrauen in den Koordinator des Projektes, welcher nicht nur geschichtliches Wissen vermittelte und Kommuni-

---

[698] S.X., Interview („hemos tenido también momentos difíciles, máxime cuando se dio muerte a monseñor Gerardi, mucha gente decía, el REMHI va a terminar, pero fue algo muy hermoso, porque mucha gente despertó también y mucha gente decía si ya mataron a un obispo, ¿cómo nos vamos a contar nosotros lo que sufrimos? Fue cuando la gente comenzó contar más, más testimonios, hasta ahora levantamos testimonios, [...] hay gente que hasta ahora está hablando [...] y máxime cuando viene la etapa de la devolución, que se va a entregar el informe popularizado, eso va a despertar también más en la gente, muchos van a querer también contar lo que han vivido.“).

[699] Diese Angaben machte der Koordinator, welcher durchgängig bemüht war, ein sehr positives Bild seiner Arbeit zu zeichnen. Somit ist es möglich, dass die genannte Vergrößerung der Gruppe von *animadores* mehr dem Wunsch als der Wirklichkeit entspricht und etwa Personen der Gruppe zugerechnet werden, die sich bereits der Mitarbeit entzogen haben.

[700] Vgl. Michael Ignatieff; Articles of Faith, in: Index on Censorship 25,5 1996, S. 121.

kationsräume schuf, sondern zudem an der Durchführung sozialer und ökologischer Projekte beteiligt war. Damit lebte das Projekt andererseits von der Einbindung in den Gesamtzusammenhang der Diözese und von den Bemühungen um eine, wenn auch nur punktuelle Verbesserung der Lebensbedingungen.[701] Die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" war in San Marcos ein sozialer Prozess, der sich allmählich ausweitete und dabei enorme Hürden überwinden musste. Eine Mitarbeiterin eines Gesundheitszentrums für Frauen bezweifelte, dass die Menschen in den *comunidades* REMHI oder die CEH kennen würden[702] und berichtete sehr ausführlich von den nach wie vor bestehenden Barrieren der Angst. Das Grundproblem bestehe darin, dass sich ein Vertrauensverhältnis nur sehr langsam aufbauen lasse. Insbesondere gegenüber Ausländern werde Stillschweigen bewahrt, da „sie denken, dass es Ermittler sind, die plötzlich zurückkommen und sie ermorden könnten. Und deshalb ziehen sie es vor, zu schweigen, und hören lediglich zu".[703] Die Voraussetzung für die Öffnung der Menschen sei ein Vertrauensverhältnis, welches aus gesellschaftlichen Veränderungen und dem Verschwinden von Militarismus, Gewalt und Unsicherheit erwachsen könne: „Wer will heutzutage reden? Keiner..Die Reichen haben Leibwächter, aber die Armen?".[704] Sehr vorsichtig äußerte sich auch der Pfarrer einer Gemeinde, welche lange Zeit Distanz zu REMHI bewahrt hatte und diese erst nach seinem Dienstantritt aufgegeben hatte. Nach der Unterzeichnung der Friedensverträge, so der Pfarrer, seien Überwachung und Verfolgung allmählich zurückgegangen und mehr Ruhe eingekehrt. Somit habe die Furcht allmählich begonnen, sich aufzulösen und es hätten sich Räume (*espacios*) geöffnet, um über das Vergangene zu reden. Die Bearbeitung der Traumata stelle jedoch aufgrund der Größe des Problems eine langsame und schwierige Arbeit dar, für die keine ausreichenden materiellen und humanen Ressourcen zur Verfügung ständen.

---

[701] Der REMHI-Koordinator hatte zuvor im Projekt zur Trinkwasserversorgung gearbeitet und kannte einige der Witwen bereits aus dieser Zeit. Durch die Durchführung des Trinkwasserprojektes in der *comunidad* hatte sich im Vorfeld ein Vertrauensverhältnis entwickelt, welches das Sprechen über die „Gewalt" ermöglichte. An dem Besuch in der *comunidad* nahm ein spanischer Priester teil, welcher erst kurz zuvor die Katechetenausbildung in der Diözese übernommen hatte, sowie ein Mitarbeiter des Projektes zur nachhaltigen Landwirtschaft, der während des Treffens seinerseits ein neues Projekt vorstellte.

[702] Frage: „Como trabajas muy al fondo con la gente, con las mujeres afectadas, ¿tienes la impresión de que la gente conoce al REMHI y a la CEH?", Antwort: "No, poco, casi no...Se les ha hablado, pero no, no conoce..poco, poco..." (O.M., Interview).

[703] O.M., Interview: „ellos piensan que son investigadores y que de repente les puedan ir a matar, entonces por eso ellos prefieren callar y solo escuchan".

[704] O.M., Interview: ¿Quién quiere hablar ahorita? Nadie..es un problema..allí los más ricos, ellos tienen guardaspaldas, ¿pero la gente pobre?".

Exhumierungen und Geschichtsvermittlung: Die vierte Phase in El Quiché

Als in der Diözese El Quiché 1995 die Arbeit an der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" begann, stellte sich schnell heraus, dass das Projekt in vielen *comunidades* auf großes Interesse stieß. REMHI konnte die Zeugenaussagenaufnahme schließlich auf ein breites Netz von *animadores* stützen. In allen *municipios* habe es, so der Koordinator des diözesanen REMHI-Projektes, *animadores* gegeben.[705] Auch im Quiché hatten viele der Zeugen danach gefragt, was sie im Gegenzug erhalten würden, und entsprechende Wünsche geäußert. Schließlich kristallisierte sich heraus, dass in den an die Kirche (und nicht an staatliche Institutionen) gerichteten Forderungen die materielle Entschädigung hinter anderen Vorstellungen zurücktrat. Im Vordergrund standen für viele Opfer vielmehr rechtliche Probleme, welche sich aufgrund hoher Anwaltskosten bisher nicht hatten lösen lassen. Zweitens wurden Forderungen nach dem Wachhalten der Erinnerung an die Opfer anhand von Denkmälern und Formen der Geschichtsvermittlung formuliert. Drittens schließlich zeigte sich, dass die Exhumierung der klandestin Verscharrten vielen ein großes Bedürfnis war. Durch die Praktiken des Terrors waren Trauerarbeit und das Verhältnis zwischen Lebenden und Toten empfindlich gestört worden. Die Welt war nunmehr mit den umherirrenden Seelen der Hingerichteten und Massakrierten bevölkert, die überhaupt nicht oder falsch begraben, in Massengräbern verscharrt oder in den heimlichen Friedhöfen der Widerstandsdörfer versteckt worden waren. Somit war die Forderung nach Exhumierungen und anschließenden Begräbnisritualen für die überwiegende Mehrheit der Zeugen entscheidend.

Als die Phase der Zeugenaussagenaufnahme Ende 1996 in El Quiché allmählich beendet war, wurde dem Bischof die Idee eines Folgeprojektes unterbreitet, welches die genannten drei Forderungen umzusetzen suchte. Daraufhin wurde das „Büro für Frieden und Versöhnung" (*Oficina Paz y Reconciliación*) eingerichtet, welches über drei Abteilungen verfügte: REMHI, Rechtsberatung und Exhumierungen. Anfang 2000 wurde die Phase der Rückübermittlung, die den ersten Schwerpunkt des neu eingerichteten Büros darstellte, noch vorbereitet. Bereits entwickelt und produziert waren verschiedene Arbeitsmaterialien, die in den Seminaren Verwendung finden sollten.[706] Die Phase der Rückübermittlung

[705] In den meisten *municipios* hätten sich zwischen 5 und 25 Personen in den Kreis der ehrenamtlichen Mitarbeiter eingereiht, in Joyabaj seien es 15 und im Ixcán 30 gewesen.

[706] Dazu zählten ein (spanischsprachiges) Radioprogramm über den REMHI-Bericht, sechs kurze Broschüren zu Schlüsselthemen wie Wahrheit und Gerechtigkeit sowie verschiedene Materialien (Videos, Spiele), welche die Vorbereitung von *comunidades* auf Exhumierungen didaktisch unterstützten. Auf einer im Februar 2000 im Ixcán durchgeführten Versammlung von *animadores* wurde darauf verwiesen, dass noch im selben Jahr die popularisierte Fassung von „Guatemala – nunca más!" erscheinen werde. Daraufhin wurde an den diözesanen Koordinator die Frage gerichtet, ob diese auch in indigenen Sprachen publiziert werde. Dies erfordere zu viel Kosten, Aufwand und Energie, erläuterte der Koordinator.

sollte mit der Publikation der Populärversion einsetzen und, wie auch in den anderen Diözesen, anhand von Seminaren durchgeführt werden und auch die Ergebnisse der Kommission zur historischen Aufklärung einschließen. Es standen 5000 Exemplare des fünften Bandes sowie mehrere Videos der Übergabezeremonie zur Verfügung. Damit sollte der öffentliche Akt viele Monate später Teil des öffentlichen Lebens im »Landesinneren« werden. Die Einbeziehung der „Erinnerung an das Schweigen" in die abschließende Phase des REMHI-Projektes wurde damit begründet, dass die CEH viele Massaker, z.B. im Ixcán, sehr viel ausführlicher als das kirchliche Projekt dokumentiert habe. Zudem seien die Empfehlungen der Kommission für die Einflussnahme auf die politische Praxis der Gegenwart bedeutend: Der neue Präsident habe bei seinem Amtsantritt angekündigt, die Empfehlungen von REMHI und CEH umzusetzen. Um die Regierungspraxis zu kritisieren und entsprechende Forderungen aufstellen zu können, sei die Kenntnis der offiziellen Empfehlungen unabdingbar. Für die vierte Phase des REMHI-Projektes wurden nicht nur die von der ODHAG erstellte Populärversion von „Guatemala – nunca más!" und der fünfte Band der „Erinnerung an das Schweigen" eingesetzt, sondern zudem regionale Berichte. Die Auswirkungen des Terrors waren für zwei Regionen nochmals gesondert bearbeitet worden und in zwei regionalen Berichten (Ixcán und Ixil-Dreieck) publiziert worden. In jeder der beiden Regionen war die zugrunde liegende Problematik eine andere, und die Berichte entsprachen sowohl den Bedürfnissen der Menschen, ihren eigenen Fall abgedruckt zu sehen, als auch den Forderungen nach einer gesonderten Dokumentation der Geschichte ihrer Regionen und somit ihrer „*imagined communities*".

Die Rechtsabteilung des „Büros für Frieden und Versöhnung" unterstützte die Opfer in allen rechtlichen Problemen, die auf die »bewaffnete Auseinandersetzung« zurückzuführen waren. Dabei handelte es sich u.a. um Fragen des Grundbesitzes: Viele der Überlebenden von Massakern besaßen keine Dokumente mehr, die ihren Landbesitz absicherten. Ebenso in den Flammen aufgegangen waren Personalausweise und Geburtsurkunden. Eine beträchtliche Zahl der während des Terrorhöhepunktes geborenen Kinder, die nun bereits 15 oder 20 Jahre alt waren, besaßen keine Papiere und somit auch keine staatsbürgerlichen Rechte. Viele Witwen, deren Männer während der »bewaffneten Auseinandersetzung« ermordet worden waren, konnten keine Papiere vorweisen, die ihren Familienstand belegten, und so waren erneute Heiraten ausgeschlossen. Der Tod ihrer Männer bedeutete für einen großen Teil der Witwen schließlich die Vergrößerung ihrer Not, da Landtitel zumeist nur auf den Namen von Männern eingetragen werden konnten. Neben der Unterstützung von Individuen war die

---

Daraufhin wurde der Vorschlag unterbreitet, sich mit der Diözese La Verapaz zusammenzuschließen, um den Bericht zumindest in Q´eqchi´ übersetzen zu können

Rechtsabteilung des „Büros für Frieden und Versöhnung“ zudem für die juristische Vorbereitung und Betreuung der Exhumierungen zuständig.

Die Exhumierungen stellten Anfang 2000 zweifelsohne den Arbeitsschwerpunkt des „Büros für Frieden und Versöhnung“ dar. Zu diesem Zweck war das einzige diözesane Exhumierungsteam Guatemalas zusammengestellt worden, welches in Kooperation mit den psychosozialen Mitarbeitern der Diözese arbeitete. Bei den Exhumierungen handelte es sich um einen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckte. Gewöhnlich trat zunächst das diözesane Projekt für „psychische Gesundheit“ mit den *comunidades*, die um eine Exhumierung klandestiner Gräber ersucht hatten, in Kontakt. Die Vorbereitung der Bewohner auf das, was folgen würde, nahm oftmals acht bis zehn Monate in Anspruch und wurde in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des „Büros für Frieden und Versöhnung“ durchgeführt. Der Fokus lag dabei auf dem Bemühen um eine Wiederherstellung der sozialen Netze. Deshalb wurde versucht, in die Vorbereitung nicht nur die Angehörigen der in den Gräbern vermuteten Toten, sondern die gesamte *comunidad* einzubeziehen. Gegenstand der Vorbereitung war einerseits die antizipierende Auseinandersetzung mit dem Moment, in welchem die Knochen der Ermordeten zu Tage treten würden, und andererseits die Erarbeitung einer Erklärung für das Geschehene. Mit den Mitgliedern der *comunidades* wurde die allgemeine Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« und die lokale Geschichte der Gewalt erarbeitet und erneut durchlebt. Auch die Vorbereitung der Exhumierungen war ein Prozess, welcher Kommunikationsräume öffnete: Es wurde Zeugnis von den vergangenen Verbrechen abgelegt und mit dem Zusammentragen der Namen der Opfer versucht, die Würde der Ermordeten wiederherzustellen. An der Vorbereitung der Exhumierungen waren die Gemeindepfarrer insofern beteiligt, als sie die spirituelle Begleitung der *comunidades* übernahmen und dabei versuchten, die indigene Kosmovision und insbesondere die Vorstellung von der Gleichzeitigkeit der Zeiten und des Miteinanders von Lebenden und Toten einzubeziehen.

Die Exhumierungen selbst waren Prozesse, die sich oftmals über mehrere Wochen erstreckten. Zunächst mussten die Stellen aufgefunden werden, an denen die Leichen verscharrt worden waren. Bei den ersten Grabungen war häufig die gesamte *comunidad* anwesend, und auch in den folgenden Tagen erschienen immer wieder Menschen, um nach Angehörigen zu fragen oder auch nur der Ausgrabung beizuwohnen. Das Exhumierungsteam der Diözese setzte sich sowohl aus professionellen, teilweise ausländischen forensischen Anthropologen zusammen als auch aus Guatemalteken mit anatomischen und technischen Grundkenntnissen. Insbesondere die Integration Letzterer in das Exhumierungsteam kam dem Versuch zugute, mittels der Ausgrabung und nachfolgenden Bestattung der Opfer einen weiteren Schritt zur Aufarbeitung der Vergangenheit zu unternehmen. Die guatemaltekischen Mitglieder des Exhumierungsteams waren überwiegend zweisprachig und konnten so nicht nur die Überlebenden über den Stand der Ausgrabungen informieren, sondern ihnen zudem tröstend zur Seite

stehen. Der technische Vorgang der Freilegung der Knochen wurde so unmittelbar mit der psychologischen Betreuung der *comunidad* verbunden.[707] Nach der Ausgrabung wurden die Knochen untersucht und, soweit möglich, identifiziert. Häufig war dies nicht mehr möglich, da der Zustand der Skelette dies nicht erlaubte oder schlichtweg keine Überlebenden von besonderen Merkmalen der Toten hatten berichten können. Wenn nach der forensischen Untersuchung der Knochen die Bestattung derselben erfolgte, verfügte die *comunidad* über eine Liste der Ermordeten, deren sterbliche Überreste hatten identifiziert werden können, und über eine oftmals wesentlich längere Liste aller vermuteten Opfer. Mit der Bestattung der exhumierten Gebeine vollzogen die *comunidades* einen wichtigen kollektiven symbolischen Akt.

Der eigentliche Sinn von Exhumierungen bestand darin, die Möglichkeit für das Trauern und einen Ort des Gedenkens zu schaffen. In den meisten *comunidades* wussten die Menschen in den langen Jahren der »bewaffneten Auseinandersetzung« sehr wohl, wo sich die geheimen Friedhöfe befanden, näherten sich diesen jedoch aus Angst nicht. Mit der Bestattung der Knochen wurden nach langen Jahren endlich öffentliche Orte geschaffen, an welchen die Überlebenden ihrer Angehörigen gedenken und ihnen Ehre erweisen konnten. Zudem wurde durch die Bestattung der Toten der soziale Zusammenhang der *comunidad* symbolisch wiederhergestellt. Die Praxis der auf zivilgesellschaftliche Initiativen (Kirche, Menschenrechtsorganisationen) zurückgehenden Exhumierungen hatte jedoch enge Grenzen. Die finanziellen und personellen Ressourcen waren bei weitem nicht ausreichend, um der Nachfrage nach Exhumierungen zu entsprechen. Im Februar 2000 berichtete der REMHI-Koordinator aus El Quiché, dass alleine in Nebaj 20 *comunidades* um Exhumierungen gebeten hätten. Damit befand sich die Diözese in der schwierigen Situation, Kommunikationsräume geschaffen zu haben, in denen die Nach*frage* nach einer symbolischen Vereinigung von Lebenden und Toten artikuliert wurde, und gleichzeitig nicht über ausreichende Ressourcen zu verfügen, um selbiger entsprechen zu können.[708] Die Durchführung von Exhumierungen durch ein kirchliches Team von forensischen Anthropologen und psychosozialen Betreuern erhielt eine besondere Bedeutung angesichts der Tatsache, dass der Staat die Empfehlung der CEH, eine aktive

[707] Bei der Guatemaltekischen Stiftung für forensische Anthropologie, die die überwiegende Mehrheit der Exhumierungen in Guatemala (in Kooperation mit der ODHAG und mit Menschenrechtsorganisationen wie GAM und FAMDEGUA) durchführt, ist dies anders. Die forensischen Anthropologen befassen sich ausschließlich mit der Ausgrabung und haben eine auf die psychologische Betreuung spezialisierte Organisation (*Equipo de Educación y Capacitación Psicosocial* – ECAP) engagiert. Die Arbeit des diözesanen Exhumierungsteams in El Quiché ist insofern grundsätzlich anders, als die forensischen Anthropologen und ihre Mitarbeiter selber über das berichten, was sie gerade tun.

[708] REMHI hatte im Zuge der Beweisaufnahme 263 Massaker im Department El Quiché registriert.

Exhumierungspolitik zu betreiben, nicht umgesetzt hatte. Von den 106 zwischen 1997 und 2000 in Guatemala durchgeführten Exhumierungen wurden 10 vom „Büro für Frieden und Versöhnung", 33 von der ODHAG, 49 von der „guatemaltekischen Stiftung für forensische Anthropologie" und 14 von den Menschenrechtsorganisationen CALDH und CAFCA (*Centro de Antropología Forense y Ciencias Aplicadas*) durchgeführt.[709]

Das Procedere einer Exhumierung beginnt damit, dass Angehörige oder *comunidades*, die dabei von der katholischen Kirche oder von Menschenrechtsorganisationen[710] unterstützt werden, einen Antrag beim Öffentlichkeitsministerium einreichen. Dieses ist, da geheime Friedhöfe auf Verbrechen schließen lassen, verpflichtet, die weiteren Schritte einzuleiten und den Fall an den zuständigen Richter zu übergeben. Letzterer ist dafür zuständig, den Termin für die Exhumierung festzulegen und die Beweisaufnahme einzuleiten. Obwohl die Zeitspanne zwischen dem Einreichen des Gesuches und der Anordnung der Exhumierung zwischen drei und sechs Monaten umfassen sollte, hatte sich in den vergangenen Jahren die Durchführung vieler Exhumierungen um Jahre verzögert. Für die Zeugen und Angehörigen wird die psychische Belastung noch dadurch gesteigert, dass der Exhumierungsprozess von Bedrohungen (Telefonanrufen, Beschattungen, Überfällen) begleitet ist. In dieser Situation kommt der psychischen Betreuung der Opfer und der *comunidades* eine große Bedeutung zu. Die von der FAFG, CALDH oder CAFCA durchgeführten Exhumierungen, werden nicht nur von Menschenrechtsorganisationen unterstützt, sondern auch von Organisationen, die psychologische Betreuung anbieten.[711] Exhumierungen werden nicht nur durchgeführt, um den Ermordeten eine würdevolle Bestattung zukommen zu lassen, sondern auch, um Strafverfahren gegen die materiellen und intellektuellen Tatverantwortlichen einzuleiten. Eine dritte Motivation, die mit der Exhumierung geheimer Friedhöfe verbunden ist, ist die Aufdeckung der Wahrheit über die Gräuel, die vor 1½ Jahrzehnten verübt wurden. Mit dem Prozess der Exhumierung ist, von der Befragung von Zeugen in der Vorbereitungsphase, bis hin zur Begräbniszeremonie, das Bemühen verbunden, die Geschichte der *comunidad* aus den Trümmern des Terrors zu bergen. Exhumierungen als eine bedeutende Form der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" stellen einen der Pfeiler des menschenrechtlichen Engagements der katholischen Kirche dar.

---

[709] Vgl. MINUGUA; Informe de Verificación: Procedimientos de Exhumación en Guatemala (1997-2000), Guatemala 2001.

[710] GAM, CONAVIGUA, FAMDEGUA, CALDH, *Movimiento de Desarraigados del Norte de Quiché*, *Defensoría Maya*.

[711] *Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial* (ECAP), *Pro Niño y Niña Centroamericanos* (PRONICE), *Utz k´aslemal*.

8.4.4 Die Formung der kollektiven Erinnerung

Wenngleich sich die Schwerpunktsetzung und Struktur der „vierten Phase“ in den Diözesen stark unterschied, stützte sie sich doch allerorts auf die Bereiche Rechtsbeistand, Exhumierungen, psychosoziale Unterstützung und Geschichtsvermittlung.[712] Bereits in den ersten Projektphasen hatte sich herausgestellt, dass die weit verbreitete Angst das größte Hindernis für den Versuch, Kommunikationsräume zu schaffen, darstellen würde. Auch für die beiden REMHI-Mitarbeiterinnen in der Diözese La Verapaz waren die Angststrukturen eine Barriere, die nur schwer überwunden werden konnte. Nach der Ermordung Gerardis war das Büro zunächst geschlossen und erst im Dezember 1998 wiedereröffnet worden. Dennoch fand im September eine Präsentation des Abschlussberichtes „Guatemala – nunca más!“ statt, an der zwar viele junge Menschen, aber nur drei *animadores* teilnahmen. Die Angst hatte die meisten ferngehalten, und erst allmählich gelang es, erneut Interesse für die Arbeit an der historischen Erinnerung zu wecken.

Mit der „vierten Phase“ wurde ein Prozess fortgeführt, der bereits 1995 mit den ersten Seminaren für *animadores* begonnen hatte und eine institutionalisierte Form von Erinnerungsarbeit darstellte. Die verschiedenen Formen der „Wideraneignung der historischen Erinnerung“ zielten auf die Erarbeitung der eigenen und kollektiven Erinnerung im Kontext einer Gemeinschaft. Vor diesem Hintergrund soll mit dem Begriff der Erinnerungsarbeit die psychologische Dimension des Aufarbeitungsprozesses analytisch gefasst werden. Freud hatte zwar bereits den Begriff der Erinnerungsarbeit verwendet, diesen jedoch nicht definiert.[713] Wenn im Rahmen der vorliegenden Analyse Erinnerungsarbeit als zentraler Begriff verwendet wird, spielt er auf mehrere Dimensionen von Erinnerungsarbeit an. Zunächst verweist Erinnerungsarbeit auf einen schmerzlichen psychischen Prozess, der mit hohen Kosten (und auch mit hohem Nutzen) verbunden ist. Der Begriff der Arbeit hatte für Freud große Bedeutung für die Beschreibung der Funktionsweise des psychischen Apparats,[714] und vor diesem Hintergrund wird der Begriff der Erinnerungsarbeit an der Schnittstelle zwischen Trauerarbeit und psychoanalytischem Durcharbeiten verwendet. Trauerarbeit bezeichnet dabei einen seelischen Vorgang, bei dem der Mensch einen

---

[712] In Chimaltenango arbeiten die REMHI-Mitarbeiter in den Bereichen der Rechtsberatung (incl. Ausbildung von juristischen Promotoren), der psychosozialen Betreuung von Exhumierungen, der psychologischen Unterstützung (insbesondere von Frauen) und der Geschichtsvermittlung. Letztere splittet sich in REMHI-Seminare und in die Erstellung historischer Dokumentationen auf. In anderen Diözesen konzentriert sich die Tätigkeit der REMHI-Mitarbeiter auf den Bereich der Geschichtsvermittlung und wird dabei von anderen Projekten der *pastoral social* ergänzt.

[713] Vgl. Freud; Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten, a.a.O., S. 133.

[714] Verarbeitung, Bearbeitung, Aufarbeitung, Durcharbeiten, Trauerarbeit, Traumarbeit sind zentrale Begriffe der Psychoanalyse.

Verlust mit Hilfe eines wiederholten, schmerzlichen Erinnerungsprozesses allmählich zu ertragen und durchzuarbeiten vermag. Droht bereits bei einem normalen Trauerprozess die Gefahr, Unerträgliches zu verdrängen, zu negieren, oder abzuspalten, ist ein Trauerprozess vor dem Hintergrund traumatischer Erlebnisse noch ungleich schwerer. Die erinnernde Durcharbeitung der Beziehung zum verlorenen Beziehungsobjekt bedeutete nicht nur für Tausende guatemaltekischer Opfer die Erinnerung an unvorstellbare Gräuel, sondern wurde zudem von der Unmöglichkeit geprägt, in einem militarisierten Alltag frei über vergangenes Erleben zu sprechen.

> Trauerarbeit setzt eine besondere Form von Erinnerungsarbeit voraus. Dabei geht es weniger um die Erinnerung von Fakten und Inhalten als vielmehr um die Erinnerung von Verhaltensweisen, Wertvorstellungen, Gefühlen und Phantasien.[715]

Während die CEH und auch die Interviewer der „Konvergenz für die Wahrheit" vordergründig an der Ermittlung von Fakten interessiert waren, zielte das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung darauf, Kommunikationsräume zu öffnen, in denen über das eigene Erleben gesprochen werden kann. Dabei standen die Mitarbeiter vor allem vor der Herausforderung, die Mauern des Schweigens zu durchbrechen, die sowohl durch die reale Bedrohung als auch durch die Einkapselung der Opfer errichtet worden waren.

Durch die verschiedenen Formen der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" (Gesprächskreise, gestaltungstherapeutische Ansätze, Exhumierungsprozesse) wurde versucht, die Erinnerung an das Grauen zu bearbeiten. Dabei handelte es sich vielerorts um semiprofessionelle Versuche, traumatische Erfahrungen zu bearbeiten und in einen übergeordneten Kontext zu stellen. Damit wurde eine bedeutende Variable im Prozess der Herausbildung einer dauerhaften psychischen Störung modifiziert: In der psychologischen Erforschung der „posttraumatischen Belastungsreaktion" (PTSD – *Post-Traumatic Stress Disorder*) hat sich inzwischen ein Ansatz etabliert, der den langfristigen Verlauf von PTSD untersucht und dabei u.a. die Bedeutung des sozialen Umfeldes unterstreicht.[716] Opfer von Katastrophen, Folter- und Vergewaltigungsopfer und Soldaten leiden unmittelbar nach dem traumatischen Ereignis in der Regel unter Symptomen, die als akute Belastungsreaktion bezeichnet werden und meistens langsam zurückgehen. Im weiteren Verlauf entwickelt nur ein Teil der Opfer dauerhafte psychische Störungen, und dabei sind verschiedene Faktoren ausschlaggebend. Neben früheren Erfahrungen und dem persönlichen Bewältigungsstil handelt es sich dabei vor allem um die Reaktionen des sozialen Um-

---

[715] Margarete Mitscherlich; Erinnerungsarbeit: zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern Frankfurt a. M. 1987, S. 14.

[716] Vgl. Bessel A. van der Kolk (Hrsg.); Traumatic Stress: Grundlagen und Behandlungsansätze, Paderborn 2000.

feldes des Opfers. Die soziale Unterstützung durch die Familie und die Gemeinschaft wirkt sich entscheidend auf die Verarbeitung der traumatischen Erfahrung aus. In diesem Kontext erschließt sich die Bedeutung der von REMHI entwickelten Methodologie, die auf den Aufbau und die dauerhafte Stärkung eines sozialen Unterstützungssystems zielte. Damit entfaltete REMHI eine therapeutische Wirkung, die trotz der Tatsache galt, dass die größtenteils therapeutisch nicht geschulten Projektmitarbeiter die tiefen Erfahrungsschichten nicht zu bearbeiten wussten.

Die Ziele des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung weisen bedeutende Schnittmengen mit der Intention der Psychoanalyse auf: In beiden Fällen geht es um die „Auffüllung der Lücken der Erinnerung" und um die Überwindung der Verdrängungswiderstände".[717] Die Ausgangssituation ist vergleichbar, die Erinnerungen sind „abgesperrt". Bei der erinnernden Durcharbeitung der Vergangenheit handelt es sich um einen seelischen und kommunikativen Vorgang, bei dem die Vergangenheit im Kontext ihrer modifizierten Deutung wiederholt wird. Ein solcher Prozess ist immer ein sozialer. Damit ist auf eine weitere Dimension des Begriffes Erinnerungsarbeit verwiesen, der sich im Rahmen der vorliegenden Arbeit auch an das von Fridda Haugg entwickelte „Projekt Erinnerungsarbeit" anlehnt.

> Zwar ist die individuelle Erinnerung nicht denkbar ohne die kollektive, ist jede persönliche Erinnerung eine, die teilhat am historischen Prozess, aber der Umgang mit Erinnerung in diesem Projekt *Erinnerungsarbeit* bezieht sich zunächst auf die eigene Vergangenheit, persönliches Erinnern, Fragen auf der Suche nach sich selbst in eigener Biographie, wie sie einem beim Durchblättern eines Photoalbums entgegendrängt.[718]

Dieses im Kontext der Frauenbewegung entwickelte „Projekt Erinnerungsarbeit" bietet für den guatemaltekischen Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit insofern wichtige Anknüpfungspunkte, als es eine Methodik im Umgang mit eigener und kollektiver Geschichte entwarf, die der des REMHI-Projektes vergleichbar ist. Bei der von Haugg entwickelten Idee handelte es sich im Kern darum, an der persönlichen Erinnerung in einem kollektiven Zusammenhang zu arbeiten und dabei unbewusste Erfahrungsgehalte sichtbar zu machen.[719] Grundpfeiler des Projektes war, um dies nochmals zu unterstreichen, die Arbeit an der eigenen Erinnerung und die „Kollektivität des Verfahrens"[720]. Ziel dieser gemeinschaftlichen erinnernden Durcharbeitung war die „Vertiefung eigener Hand-

---

[717] Freud; Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten, a.a.O., S. 127.

[718] Fridda Haugg; Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit: the Duke Lectures, Berlin (u.a.) 1999, S. 15.

[719] Im Kontext der Frauenbewegung handelte es sich vornehmlich um die Entdeckung der Muster weiblicher Sozialisation.

[720] Haugg; Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit, a.a.O., S. 200.

lungsfähigkeit“[721], die Nutzung der Erinnerung für die Befreiung. Handelte es sich bei dem von Haugg vorgestellten Projekt vornehmlich um die Befreiung der Frau aus den Fesseln ihrer Sozialisation, zielte die Arbeit des REMHI-Projektes auf die Befreiung von einer traumatischen Vergangenheit im Rahmen einer befreiungstheologisch inspirierten religiösen Gemeinschaft.

Für die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ in den isolierten Regionen des guatemaltekischen »Landesinneren« war die Kollektivität von Erinnerungsarbeit insofern entscheidend als es galt, die im lokalen Bezugsrahmen interpretierte Vergangenheit in einen übergeordneten historischen Kontext zu stellen. Unter dem Dach des REMHI-Projektes wurden dort die Bezugsrahmen der Erinnerung modifiziert, wo sich Gruppen von *animadores* nicht nur gebildet hatten, sondern auch in der Lage waren, dauerhafte Kommunikationsräume zu öffnen.

Geschichte im nationalen Bezugsrahmen

Bereits in den ersten Seminaren, in denen die *animadores* 1995 auf ihre künftigen Aufgaben vorbereitet wurden, war die Vermittlung der nationalen Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« ein integraler Bestandteil der Tagesordnung. In den ersten Stadien der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ wurden neben den Eckdaten der guatemaltekischen Geschichte auch theoretische und praktische Grundlagen der Arbeit mit traumatisierten Opfern und eine religiöse Interpretation der mit REMHI verbundenen Intention vermittelt.

Aus der Auseinandersetzung mit der Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« in den von REMHI geschaffenen kirchlichen Kommunikationsräumen entstand ein Geschichtsbild, welches starke religiöse Färbungen aufwies. Mit dem allmählichen Rückgang der eigentlichen Projektpraxis, so bemerkte einer der diözesanen Koordinatoren im Interview, würde sich REMHI in ein religiöses Narrativ verwandeln, „in einen seelsorgerischen Leitfaden, in ein Wort [Gottes], eine neue Verkündigung des Evangeliums, eine Erzählung von Versöhnung, Frieden und Vergebung“[722]. Fünf Jahre nach Projektbeginn war in fast allen Diözesen, die sich aktiv an der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ beteiligten, zu erkennen, wie die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« zu einer Erzählung wurde, die den Kanon der Glaubensinhalte ergänzte. Dieser Prozess fußte indes nicht auf der genauen Kenntnis der Inhalte von „Guatemala – nunca más!“, sondern auf der Wahrnehmung der Projektpraxis, welche mit der Ermordung Gerardis eine entscheidende Wende erhalten hat-

[721] Ebda., S. 16.

[722] Auf die Frage nach den Perspektiven der Weiterarbeit: „Una de las perspectivas es...como prácticamente el REMHI como proyecto deja ser proyecto se convierte ya en una línea pastoral de la iglesia, en una palabra, como una nueva evangelización, en narración de la reconciliación, de la paz y del perdon.“ (S.X., Interview).

te. Die vier Bände des Abschlussberichtes hielten zunächst als physisches Zeugnis des Leides Einzug in die kommunikative Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

> Ja, die Menschen wurden animiert und sie sagen „wir werden mitarbeiten", weil sie „Guatemala – nunca más!" mit der Bibel verglichen haben, es ist fast dasselbe wie die Bibel, nicht wahr?, weil es ein Buch der Auferstehung, ein Buch der Hoffnung und der Reflexion ist.[723]

Die religiöse Färbung der „wiederangeeigneten historischen Erinnerung" offenbarte sich z.B. in einem Seminar, welches mit 90 Teilnehmern Anfang 2000 im Süden Chimaltenangos durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt des Seminars stand die Interpretation der vier Titelbilder des REMHI-Berichtes. Die vier schlichten Schwarzweißbilder des guatemaltekischen Photographen Daniel Hernández Salazar, deren Ästhetik sowohl verelendete *indígenas* als auch die kulturelle Bourgeoisie ansprach, waren seit der Ermordung Gerardis zu Signifikanten des Lebens unter und mit dem Terror geworden. So bemerkte auch der Photograph selber, dass die Teilnehmer einer spontanen Protestdemonstration nach der Mordtat Plakate mit seinen Bildern und der Aufschrift „Aufklärung!" mitführten. „Sie haben sich meine Bilder zu Eigen gemacht und sie in symbolische Figuren für den Kampf um die Menschenrechte in Guatemala gewandelt"[724]. Die Symbolik der Bilder war jedoch mit dem „Kampf um die Menschenrechte" nur unzureichend beschrieben, wie die Teilnehmer des Seminars im Süden Chimaltenangos zeigten.

Der erste Engel, dessen Mund von seinen Händen verschlossen ist, wies für viele Seminarteilnehmer darauf, dass für lange Zeit das Recht zu reden verweigert wurde und sich somit die Geschichten des Volkes nicht verbreiteten. Der zweite Engel mit verschlossenen Augen verbildlichte für die Seminarteilnehmer die Erfahrung, dass „sie" sie für lange Zeit die Realität nicht hatten sehen lassen, dass „sie" ihnen die Augen verdeckt hatten und sie sich somit nicht über das in ihren *municipios* Geschehene bewusst werden konnten. Die Verschlossenheit des dritten, nicht hörenden Engels wurde hingegen nicht auf die Handlungen anderer zurückgeführt: „Lange Zeit hat es uns nicht interessiert, was geschah, wir haben ruhig vor uns hin gelebt, und es hat uns nichts bedeutet; wir haben

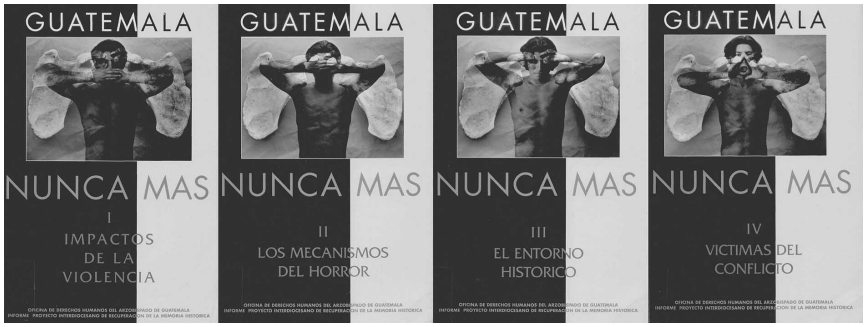
---

[723] „Sí, la gente se animaba, sí, ellos dicen „vamos a trabajar" porque ellos han comparado el Guatemala – nunca más" con la biblia, casi es igual que la biblia, ¿verdad? Porque es un libro de resurrección, es un libro de esperanza y de reflexión." (S.X., Interview).

[724] Hernández Salazar in einer Rede anlässlich der Verleihung des Jonathan-Mann-Preises am 17. November 1998 in Mexiko (zit. nach: Gidley et al.; Guatemala: Thinking about the Unthinkable, a.a.O., S. 90).

den Schmerzen der Menschen kein Gehör geschenkt".[725] Das Nicht-Wissen um die in den eigenen *comunidades* verübten Gräueltaten wurde nicht nur auf den von Militär oder Selbstverteidigungspatrouillen ausgeübten Terror zurückgeführt, sondern auch auf die eigene Haltung.

Abb. 5: Titel der REMHI-Berichte



Auf der Grundlage dieser Einsicht wurde auch der vierte Engel interpretiert, welcher sowohl rufend als auch (schmerzens-)schreiend abgebildet sein könnte. Es sei, so die Seminarteilnehmer, der Moment gekommen, in welchem die Menschen die Notwendigkeit sähen, die Wahrheit auszusprechen. Dabei käme ihnen, den *animadores*, die Aufgabe zu, die Wahrheit zu verbreiten. Auch diejenigen unter ihnen, welche die Gewalt nicht am eigenen Leibe hatten erleiden müssen, seien sich des Geschehenen bewusst geworden und hätten so die Verpflichtung, das Wissen darum zu verbreiten.

Einige Seminarteilnehmer stellten eine weitere Interpretation der Titelbilder vor. Die vier Engel symbolisierten die vier Evangelisten Markus, Matthäus, Lukas und Johannes, welche das Wort Gottes verbreitet hatten. Die zwölf biblischen Apostel seien den zwölf guatemaltekischen Diözesen vergleichbar, deren Engagement das Werk „Guatemala – nunca más!" hervorgebracht habe. Auf das Handeln der ersten Apostel sei die Entstehung einer Glaubensgemeinschaft zurückzuführen, die in der Gegenwart unzählige Mitglieder habe. In vergleichbarer

[725] „[...] dicen que por mucho tiempo no nos interesaba lo que estaba pasando, ¿verdad?, nosotros...vivíamos tranquilos y no nos importaba, no escuchábamos el dolor de la gente". (A.M., Interview).

Weise sei es nun die Aufgabe der *animadores*, den REMHI-Bericht und damit das „neue Neue Testament“ zu verbreiten.

Wie die diözesane Koordinatorin betonte, wurde die Bibel nicht in dem Sinne durch REMHI ersetzt, dass die Inhalte der vier Bände den religiösen Grundlagentext ersetzten. Die Ersetzung beziehe sich vielmehr auf eine *symbolische Interpretation des Gesamtprojektes*: Die Tatsache, dass REMHI die Geschichte der Unterdrückung und Verfolgung des guatemaltekischen Volkes schriftlich niedergelegt hatte, aktualisierte die Erzählungen der Bibel, welche die Geschichte der Unterdrückung und Verfolgung des israelischen Volkes enthielt.[726] Mit dem unterdrückten und verfolgten guatemaltekischen Volk waren die Opfer des Terrors gemeint, die mehrheitlich *indígenas*, jedoch auch *ladinos* waren. Es umschloss ferner sowohl Opfer als auch Täter. Wie in Kapitel 5.1 geschildert, zählte die biblische Geschichte von Kain und Abel zu den für die Deutung der »bewaffneten Auseinandersetzung« immer wieder verwandten Parabeln: „Und Du bist verflucht wegen des Erdbodens, der seinen Rachen aufgerissen hat, deines Bruders Blut aus deiner Hand aufzunehmen“, sprach Gott zu Kain (Genesis, 4,11). Der durch Habsucht motivierte Brudermord zog die Schändung der Erde durch das auf ihr vergossene Blut nach sich – damit entsprach die biblische Parabel dem Geschichtsverständnis vieler *comunidades*.

Das Bild der *animadores*, die ausziehen, um die Wahrheit bis in die hintersten Winkel des Landes zu tragen, verwies auf das entscheidende Ergebnis der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“. Dabei handelte es sich mehr um die Einleitung und Stärkung eines (religiös gefärbten) sozialen Prozesses denn um die Erarbeitung eines komplexen Wissensbestandes; „viele haben gesagt, dass REMHI ein neues Pfingsten war, ein neues Pfingsten, weil es Türen und Herzen geöffnet hat“[727]. Mit dem 50 Tage nach Ostern gefeierten Pfingstfest zelebriert die katholische Kirche die Herabkunft des Heiligen Geistes und ihre eigene Gründung. An jenem Tag

> erschienen ihnen [den zwölf Aposteln] Zungen, wie von Feuer, die sich verteilten und einzeln herabsenkten auf einen jeden von ihnen. Alle wurden erfüllt vom Heiligen Geist und fingen an, in anderen Zungen zu reden, so wie der Heilige Geist ihnen eingab zu sprechen“ (Apostelgeschichte 2, 3-4). [Daraufhin lief eine große Menschenmenge zusammen und alle, gleich welcher Herkunft, vernahmen die Worte in ihrer je eigenen Sprache. Am Ende des Tages wurden dreitausend Menschen getauft: Die Muttergemeinde von Jerusalem war geboren.]

---

[726] Die Bezeichnung des REMHI-Berichtes als „Neues Testament“ erscheint auch angesichts der Etymologie von „Testament“ einleuchtend, da dieses sich aus dem lateinischen „testâre“ (bezeugen, Zeugnis ablegen) ableitet.

[727] „Mucha gente decía que el REMHI fue..un nuevo Pentecostés, un nuevo Pentecostés porque abrió puertas, abrió corazones“ (S.X., Interview).

Das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung konnte insofern mit der Kirchengründung verglichen werden, als es neue kommunikative Zusammenhänge innerhalb der Kirche und somit die Möglichkeit schuf, die guatemaltekische Geschichte in der je eigenen Zunge der lokalen Bevölkerung neu zu konstruieren und weiterzugeben.

Die Ermordung Gerardis hatte, wie an anderer Stelle bemerkt, auf die Teilnahme an der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" zunächst eine paralysierende Wirkung, die sich später in ihr Gegenteil verkehrte: REMHI gewann an Zulauf. „Monseñor Gerardi ist einer unserer gegenwärtigen Märtyrer...Er besiegelt mit seinem Blut den Bericht „Guatemala – nunca más!".[728] Gerardi repräsentierte als ehemaliger Bischof der Diözesen La Verapaz und El Quiché, als bischöflicher Exilant die Geschichte der Repression und als Leiter des erzbischöflichen Menschenrechtsbüros und des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung das Bemühen um Versöhnung, Frieden und Menschenrechte. Sein Leben stand für die von vielen Opfern erzählte Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« und sowohl für die Gewalterfahrung als auch für das Bestreben, die Vergangenheit kommunikativ durchzuarbeiten. Die Mörder des Bischofs hatten einen Märtyrer geschaffen und mit der Tat noch die Wahrhaftigkeit des Erinnerten bezeugt. Anlässlich einer feierlichen Übergabe der vier Bände des REMHI-Berichtes an lokale Repräsentanten von nationalen und internationalen Organisationen, welche am 15. Februar 2000 im Ixcán stattfand, zeigte sich, wie das „Symbol der vier Bände" mit der Verehrung des Märtyrers zu einem lebendigen Mahnmal für den Frieden und die Wahrheit zusammenschmolz. Gerardi und die vier Bände des Abschlussberichtes bildeten in der dekorativen Ausschmückung der Zeremonie eine unzertrennliche Einheit. Das symbolische Grab des Märtyrers wurde aus den Exemplaren von „Guatemala – nunca más!" gebildet, welche im Laufe der Zeremonie an die anwesenden Vertreter von Organisationen und Institutionen übergeben werden sollten.

Die diözesanen Mitarbeiter des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung standen während der „vierten Phase" vor der Herausforderung, säkulare Inhalte zu vermitteln und gleichzeitig dem Bedürfnis nach einer Stärkung des religiösen Glaubens nachzukommen. War die Vermittlung „historischer Tatsachen" und die psychologische Erklärung von Traumatisierungsprozessen das Fundament für eine Festigung des Glaubens oder war die Betonung des Religiösen das Fundament für die Vermittlung von Geschichtsbewusstsein und den Versuch, die Folgen der Traumatisierung zu überwinden?

---

[728] „Monseñor Gerardi es uno de nuestros mártires actuales..el sella con su sangre el informe Guatemala – nunca más!" (A.M., Interview), und: „Das Thema Monseñor Gerardi hat für die Verbreitung gesorgt" („El tema de Monseñor Gerardi, eso es lo que hizo la divulgación") und S.X. „Der Tod Gerardis hat die Türen für REMHI noch weiter geöffnet" („La muerte de Gerardi abrió más las puertas para REMHI").

Abb. 6: Gerardi als Märtyrer

Photo: A. Oettler.

In den auf diözesaner oder lokaler Ebene durchgeführten Projektseminaren stand immer wieder die Vermittlung der Landesgeschichte auf der Tagesordnung.[729] Dabei wurden bedeutende Ereignisse und Entwicklungen von der Kolonialisierung bis zur Unterzeichnung der Friedensabkommen aufgezeigt und dabei versucht ein kritisches Verständnis der Herrschaftsbeziehungen zu vermitteln.[730] Die Qualität der historischen Lehre hing dabei entscheidend vom Wissen und von der Weltanschauung der diözesanen Koordinatoren ab und war somit in unterschiedlichem Maße vom katholischen Glauben getragen. Obwohl in den Vorträgen der Koordinatoren und in den Wortbeiträgen der *animadores* immer wieder betont wurde, dass es die Menschen seien, die handelnd ihr Geschick veränderten, bestand gleichzeitig die Möglichkeit zur Etablierung eines historischen

[729] In Huehuetenango wurden 2000 drei Seminare für *animadores* durchgeführt, in denen die Inhalte des Abschlussberichtes „Guatemala – nunca más!“ vorgestellt wurden. In den ersten beiden Seminaren wurden die „Mechanismen des Terrors“ und die „historische Entwicklung“ gemeinsam erarbeitet und im dritten Seminar die Empfehlungen des REMHI-Projektes und der Kommission zur historischen Aufklärung diskutiert. Dabei sollte den Anwesenden der Raum geboten werden, die eigenen Forderungen zu formulieren und Wege der Umsetzung zu suchen.

[730] Zumeist wurde dabei die Auseinandersetzung mit der antikommunistischen Haltung der Amtskirche in den 1940er/1950er Jahren ebenso vermieden wie die Darstellung des sozialen (bis revolutionären) Engagements der katholischen Kirche in den 1970er/1980er Jahren. Eine popularisierte Darstellung der Landesgeschichte, welche 1996 von der Diözese Huehuetenango publiziert wurde, erwähnte die katholische Kirche (punktuell) bezüglich des Erwerbs von Land für Kleinbauern im Ixcán, der Tätigkeit Quezada Toruños als Vorsitzendem der Nationalen Versöhnungskonferenz und der ASC, und schließlich der Entstehung und Durchführung von REMHI.

Verständnisses, welches die Zivilgesellschaft als Opfer einer »bewaffneten Auseinandersetzung« betrachtete, an der sie selbst nicht handelnd beteiligt war. Anfang 2000 war lediglich auszumachen, dass die beiden Pole eines säkularen und eines religiösen Geschichtsverständnisses existierten. Welches der beiden sich etablieren würde, war noch nicht absehbar: Die Phase der Rückübermittlung und somit die eigentliche Etappe der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" hatte gerade erst begonnen.

Geschichte im lokalen und regionalen Bezugsrahmen

Die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" vollzog sich in „konzentrischen Kreisen"[731], die sich allmählich um die Opfer, die ihre Geschichte bezeugt hatten, öffneten. Das Grundanliegen der meisten Menschen, die den *animadores* die Leidensgeschichten ihrer Familien und ihrer *comunidades* erzählt hatten, war es, sich der Wahrhaftigkeit des Geschehenen zu versichern und die Bestätigung zu erhalten, dass sie schuldlos zu Opfern des Terrors geworden waren. Die Bestätigung der persönlichen Leidensgeschichte war ein bedeutendes Motiv für die Zeugenaussage und die schriftliche Niederlegung dieser Geschichten eine der hauptsächlichen Forderungen.[732] Diesem Bedürfnis hatten sowohl REMHI als auch CEH in ihren Abschlussberichten nur bedingt nachzukommen vermocht, da eine ausführliche Dokumentation aller Fälle den Rahmen der Veröffentlichungen gesprengt hätte.[733] Vor dem Hintergrund des Verlangens vieler Opfer, eine Dokumentation ihrer Geschichte in den Händen zu halten, bemühten sich die diözesanen REMHI-Teams um die Erarbeitung lokaler und regionaler Berichte. Bereits erwähnt wurden die regionalen Berichte für den Ixcán und das Ixil-Dreieck, welche die Diözese El Quiché erarbeitet und publiziert hatte. Auch der diözesane Koordinator aus San Marcos, der nie aufgehört hatte, Zeugenaussagen aufzunehmen und zu transkribieren, hatte die Publikation eines regionalen Berichtes in den Katalog seiner Arbeitsvorhaben aufgenommen.

Mit der Erarbeitung regionaler Berichte wurden grundsätzlich zwei Intentionen verfolgt. Einerseits wurde versucht, die regionale Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung«, welche in den Berichten von REMHI und CEH jeweils nur auf wenigen Seiten hatte verhandelt werden können, zu schildern. Angesichts des regional äußerst unterschiedlichen Verlaufs der »bewaffneten Auseinandersetzung« und der daraus erwachsenen Gegenwartsproblematiken war die gesonderte Dokumentation der regionalen Historie ein wichtiger Pfeiler der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zweitens war die Praxis der regionalen Geschichtsschreibung auf den Wunsch zurückzuführen, die eigenen Erleb-

[731] C.G., Interview (*círculos concéntricos*).

[732] Vgl. REMHI, Bd. I, S. 271ff.

[733] Die CEH hatte sich nicht auf die Veröffentlichung einer Liste der Opfer beschränkt, sondern jeden einzelnen Fall mit einer kurzen Beschreibung des Tathergangs dokumentiert.

nisse und die Geschichte der Familie und der *comunidad* in den Dokumenten wiederzufinden. Um diesem Wunsch zu entsprechen, wurden auch lokale Berichte mit dem Umfang kurzer Broschüren erstellt, so z.B. der vom REMHI-Team aus Alta Verapaz zusammengestellten Band „Es spricht unser Herz. Die *comunidades* erzählen ihre Geschichten". In diesem Band wurden elf kollektive Zeugenaussagen dokumentiert, welche im Zuge der Zeugenaussagenaufnahme oder der Vorbereitung auf Exhumierungen entstanden waren. Während der ersten Treffen, in denen öffentlich und kollektiv Zeugnis von den Gräueln der Vergangenheit und den Problemen der Gegenwart abgelegt wurde, war das Bedürfnis sichtbar geworden, diesen Treffen weitere folgen zu lassen. Auch künftig sollte durch solche Zusammenkünfte die Möglichkeit geschaffen werden, „die Vergangenheit in einer positiven Form anzunehmen; als Motor des Handelns und nicht als Bremse, die sie [die *comunidades*] paralysiert".[734] Die kollektiven Zeugenaussagen wurden in einem feierlichen Akt vorgestellt, welcher die Präsentation des Leids mit einer Messe verband. Für die Opfer des Terrors war mithin dieser öffentliche Akt in der Departmentshauptstadt das Zeichen dafür, dass über ihr Leid nicht nur öffentlich gesprochen werden konnte, sondern dass diesem als schriftlich niedergelegten Erzählungen Anerkennung widerfuhr. Vor dem Hintergrund, dass der nationale Bezugsrahmen in weiten Teilen Guatemalas für die Formung der kollektiven Erinnerung nachrangig ist, besaßen lokale Gedächtnisrituale eine besondere Bedeutung für die Formung eines von der Ideologie der Aufstandsbekämpfung abweichenden Geschichtsbewusstseins und für die Konstruktion regionaler Identitäten.[735]

Eine andere lokale Geschichte der Repression wurde indes von vielen diözesanen REMHI-Teams erst allmählich aus dem Schweigen herausgelöst. Viele der diözesanen Koordinatoren hatten einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit traumatisierten Frauen gelegt und versuchten, Kommunikationsräume zu schaffen, in denen Frauen über ihre tabuisierten Erfahrungen sprechen konnten. In ihren Schlussfolgerungen hatte die Wahrheitskommission sowohl die gegen Frauen ausgeübte Gewalt thematisiert[736] als auch das Tabu und das der Vergewaltigung nachfolgende Drama sozialer Stigmatisierung beschrieben. Als die Kommission zur historischen Aufklärung erklärt hatte, dass sich die „Präsenz der sexuellen Gewalttaten in der sozialen Erinnerung der *comunidades* [...] in ein Moment der kollektiven Schande"[737] verwandelt hatte, hatte sie damit einen wesentlichen Teil der Lebenswirklichkeit der Frauen beschrieben. Die meisten

[734] REMHI Alta Verapaz; Habla nuestro corazón. Las comunidades cuentan su historia. (gedruckt in Huehuetenango, ohne Jahresangabe), S. 2.

[735] Vgl. Rachel Sieder; War, Peace and Memory Politics in Central America, in: Barahona de Brito et al.; Transitional Justice in Democratizing Societies, a.a.O., S. 186.

[736] Vgl. CEH, Bd. V (§§ 29 & 91). Die Darstellung der Massaker sparte die Praxis der Vergewaltigung, welche ein integraler Bestandteil der Massaker gewesen war, aus (§ 87).

[737] CEH, Bd. V, S. 44 (§ 91).

weiblichen Opfer hatten ihre persönliche Leidensgeschichte der Leidensgeschichte ihrer Familie oder *comunidad* untergeordnet und das ihnen Zugefügte auf eigenes Verschulden zurückgeführt. In Huehuetenango konzentrierte sich die psychosoziale Arbeit auf die psychischen und sozialen Probleme der Gegenwart, die als Symptome des vergangenen Leides erkannt wurden. Einen Arbeitsschwerpunkt bildete die Arbeit mit Frauen, die von den Folgen der Gewalt in besonderer Weise betroffen waren, da sie nicht nur unter der Wiederkehr eigener traumatischer Erlebnisse, sondern zudem unter dem Verhalten ihres sozialen Umfeldes, insbesondere der Gewalttätigkeit und dem Alkoholismus der Männer litten.[738] Eine Mitarbeiterin des Projektes berichtete von einer Gruppe von indigenen Frauen, die sich noch vor der Beendigung der »bewaffneten Auseinandersetzung« zusammengefunden hatte, „nur um zu weinen und Gott zu bitten, dass er ihnen in diesem schwierigen Moment helfen möge“[739]. Aus dieser Gruppe war unter behutsamer Anleitung im Laufe der Zeit ein fester Zusammenschluss von Frauen entstanden, die allmählich über das ihnen Widerfahrene zu sprechen begannen und entdeckten, dass sie ein ähnliches Schicksal teilten. Dies half dabei, das eigene Schuldgefühl abzubauen, sich selbst wiederzufinden und ein neues Selbstbewusstsein aufzubauen. Anfang 2000, so die Projektmitarbeiterin, seien die Frauen bereits Ratgeberinnen (*consejeras*) und Anführerinnen (*líderes*) in ihren *comunidades* gewesen.[740] Zudem seien sie nunmehr zur politischen Partizipation bereit und alle Frauen in die Wahlregister eingeschrieben; ihre Töchter besuchten alle die Schule. Dieses Beispiel zeugt von der Möglichkeit, die Folgen des Terrors in einem langen und schmerzhaften Prozess wenn nicht zu überwinden, so doch zu mindern. Die psychosoziale Arbeit zielte auf die Stärkung der Person und auf die Wiederentdeckung der eigenen Potenziale, auf die Realität einzuwirken.

Die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ bestand somit für einen beträchtlichen Teil der von REMHI angeleiteten Gruppen darin, die eigene Erinnerung zuzulassen und im lokalen Bezugsrahmen der Gruppe ein Verständnis für die globale Praxis der gegen Frauen ausgeübten Gewalt zu entwickeln.

---

[738] „Ein Beispiel: kürzlich erzählte eine Frau, dass ihr Mann entführt und gefoltert wurde und dass er sehr aggressiv sei, aber dass sie seine Schläge erdulden würde, da er gelitten hatte. Also, dies ist wie ein Gewaltkreislauf.“ (H.T., Interview) „Tenemos un ejemplo el otro día que dice una señora, es que mi esposo, lo secuestraron, lo torturaron, que él es muy agresivo, pero nosotros lo dejemos que nos pegue porque él sufrió, entonces ese es como un círculo de la violencia.“

[739] H.T., Interview („Ellas se juntaron solo para llorar y pedirle a Dios que les ayudara en ese momento difícil.“).

[740] Im Interview blieb unklar, ob es sich um eine kirchliche Führungsposition in der Gemeinde oder um eine säkulare Führungsrolle im Dorf handelte.

9 Versöhnung und historische Erinnerung

9.1 Der soziale Prozess der Versöhnung

Nachdem im achten Kapitel dieser Arbeit das Panorama der vergangenheitspolitischen Debatten, Blockaden und Praktiken und der zivilgesellschaftlichen Bemühungen um die Fortsetzung von Erinnerungsarbeit entfaltet wurde, soll in diesem Kapitel eine Bilanz der institutionalisierten Wahrheitsfindung gezogen werden, die ihren Ausgang in der Analyse der Bedingungen der Möglichkeit von Versöhnung nimmt. Versöhnung wurde, obwohl dies im Mandat der Kommission zur historischen Aufklärung nicht verankert worden war, zu einem der wesentlichen Ziele der institutionalisierten Wahrheitsfindung.

> Mit der Kenntnis der Wahrheit über das Geschehene wird es leichter sein, die nationale Versöhnung zu erreichen, so dass wir Guatemalteken künftig in einer authentischen Demokratie leben können, ohne zu vergessen, dass die Herrschaft der Gerechtigkeit als Mittel für die Schaffung eines neuen Staates das allgemeine Ziel aller war und ist.[741]

„Versöhnung" als „semantische Molluske" wurde in der vergangenheitspolitischen Diskussion der letzten Jahre zu einer Formel, die aus variablen religiösen und politischen Motiven zusammengesetzt ist.[742] „Wenn 20 Personen dieses Wort benutzen, gibt es mindestens 18 verschiedene Ideen davon, was damit gemeint ist".[743] Für den Prozess der Aufarbeitung der guatemaltekischen Vergangenheit waren zwei Konzepte von Versöhnung bedeutend. Das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung beruhte auf einem biblischen Verständnis von Versöhnung, das sich auf die von Jesus praktizierte Nächstenliebe bezog und die Offenlegung des Fehlverhaltens (die Beichte), das Gelöbnis zur Besserung und schließlich die Gnade oder Vergebung beinhaltete.[744] Damit war eine Interaktion zweier Individuen skizziert, die ein Pendant sowohl auf der Gemeindeebene als auch auf der Ebene der nationalen Politik besaß. Für die Projektpraxis waren verschiedene Formen der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" bedeutend, die, wie kollektive Zeugenaussagen und Exhumierungen, Versöhnungsprozesse in den *comunidades* einzuleiten versprachen. Das Versöhnungskonzept, das im »Landesinneren« der Arbeit mit Opfern und Tätern zugrunde lag, wurde auch im Rahmen der nationalen politischen Debat-

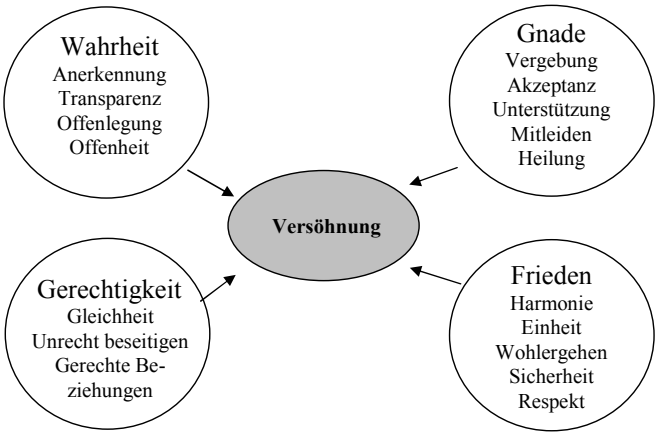
[741] CEH, Bd. V, S. 12 (Prólogo). Vgl. auch ebda., S. 56f. (§§ 150-151).
[742] Vgl. Kapitel 2.
[743] „estoy convencida [...] que de las veinte personas que pueden usar la palabra hay por lo menos dieciocho ideas diferentes de lo que quiere decir." (C.G., Interview).
[744] Vgl. Kapitel 5.

ten artikuliert: In den öffentlichen Stellungnahmen prominenter Vertreter des katholischen Klerus wurde betont, dass Versöhnung an die Offenheit der Täter gekoppelt sei.[745] Das religiös inspirierte Modell gesamtgesellschaftlicher Versöhnung wurde in ein zweites Konzept von Versöhnung integriert, das diese in den Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses einfügte.

> Die »bewaffnete Auseinandersetzung« hat tiefe Wunden in den Menschen, den Familien und der ganzen Gesellschaft hinterlassen. Angesichts dieser unanfechtbaren Tatsache setzt die Realisierung der Friedensabkommen und die Schaffung einer wahrhaften [!] nationalen Versöhnung einen langen und komplexen Prozess voraus.[746]

Mit dieser Bestimmung unterstrich die CEH ein integrales Konzept von Versöhnung, das soziale, politische, ökonomische und symbolische Dimensionen besitzt.[747] Auch John Paul Lederach bestimmte „Versöhnung" als einen Prozess der Begegnung und als einen sozialen Raum, dessen vier Eckpunkte sich nicht nur ergänzen, sondern untrennbar miteinander verwoben sind.

Abb. 7: Versöhnung nach J. P. Lederach[748]



[745] Vgl. Kapitel 7.2.

[746] CEH, Bd. V, S. 57 (§ 151).

[747] Edward Newman; Reconciliation, in: Garretón et al.; Democracy in Latin America, a.a.O., S. 191.

[748] Die Abbildung ist angelehnt an John Paul Lederach; Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Washington, D.C. 1997 (Übersetzung A.O.). Das Schaubild geht auf Seminare zurück, die der Autor in den 1980ern mit Angehörigen von Yatama, der indigenen Widerstandsbewegung an der Atlantikküste Nikaraguas durchgeführt hatte. Die im Schaubild verwandten Begriffe gehen auf Wortbeiträge der Seminarteilnehmer zurück.

Erst aus dem Zusammenspiel dieser vier Elemente kann Versöhnung entstehen. Angesichts der Tatsache, dass die Wirkungsgeschichte der institutionalisierten Bemühungen um eine Aufarbeitung der guatemaltekischen Vergangenheit erst begonnen hat, kann es bei einer abschließenden Auseinandersetzung mit REMHI und der CEH nicht darum gehen, über Endresultate zu urteilen, sondern nur darum, die Potenziale beider Projekte zur historischen Aufklärung für einen sozialen Prozess mit einem ungewissen Ausgang zu bestimmen. Die im Rahmen dieser Untersuchung Interviewten haben bereits am Beginn der Wirkungsgeschichte konstatiert, dass in der guatemaltekischen Nachkriegszeit wesentliche Paradigmen von Versöhnung nicht oder nur bedingt vorhanden sind.

9.1.1 Wahrheit

> *Der wichtigste Aspekt [bezüglich der CEH] ist, dass es eine offizielle Version mit der Unterstützung und der Legitimität der Friedensverträge, der Vereinten Nationen und der an dieser Frage interessierten Sektoren gab [...], dass man zu einer Version dessen, was passiert ist gelangt, die dem, was passiert ist, nahe ist und die die Dinge beim Namen nennt, auch wenn sie die Personen nicht benennt [..]. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind sehr schlagkräftig.*[749]

Die Kommission zur historischen Aufklärung hatte am 25. Februar 1999 einen Bericht präsentiert, der die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« ausführlich dokumentierte und dabei Dimensionen des Terrors aufzeigte, die zuvor in weiten Sektoren der guatemaltekischen Gesellschaft nicht bekannt waren.[750] In den vorangegangenen Jahren hatten bereits die Berichte von Menschenrechtsorganisationen, eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen und vor allem die Testimonialliteratur zur Bewusstseinsbildung beigetragen.[751] Im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen zur Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« wurden mit „Guatemala – nunca más!“ und „Erinnerung an das Schweigen“ erstmals Untersuchungen vorgelegt, die die Dimensionen der Gewalt auf nationaler Ebene nachwiesen. Während frühere Untersuchungsergebnisse noch als regionale Spezifika oder als subjektive Einschätzungen bewer-

---

[749] „el aspecto más importante era que hubiera una versión oficial con respaldo y legitimidad de los acuerdos de paz, de las Naciones Unidas, de las distintas partes interesadas en esa cuestión...que llegara a una versión de lo que había pasado cercana a lo que había pasado [risa] y que nombrara las cosas con sus nombres aunque no nombrara las personas...las conclusiones y recomendaciones son muy contundentes.“ (C.G., Interview).

[750] Vgl. Kapitel 7 und 8.

[751] Mit „Masacres de la Selva“ hatte Ricardo Falla eine Analyse der Repression im Ixcán vorgelegt, die auf Zeugenaussagen beruhte. Das bedeutendste und bekannteste autobiographische Zeugnis stammte von Rigoberta Menchú, die bereits Anfang der 1990er Jahre im Zusammenhang der kontinentweiten (Gegen-)Feierlichkeiten zur „Entdeckung“ Lateinamerikas die Diskussion um die ethnische Dimension der »bewaffneten Auseinandersetzung« entfacht hatte.

tet werden konnten, war die guatemaltekische Öffentlichkeit am 25. Februar 1999 mit einer nachgewiesenen Gesamtzahl von 626 Massakern und mit der Tatsache konfrontiert, in einem Staat zu leben, in dem der Terror genozidale Dimensionen erreicht hatte.[752] Die Offenlegung der Wahrheit über die quantitativen und qualitativen Dimensionen des guatemaltekischen Staatsterrorismus hatte eine besondere Bedeutung angesichts der Isolation vieler *comunidades* im »Landesinneren«, in denen für lange Zeit einzig die Wahrheit der Aufstandsbekämpfung Gültigkeit besessen hatte.

> 15 oder 18 Jahre vor REMHI und der CEH gab es das Militär und die fundamentalistischen Sekten, und sie haben die erste Interpretation etabliert, und diese Interpretation lautete: Diese Gewalt ist das Produkt der Sünde, ihr habt Gott nicht gehorcht, ihr habt den Autoritäten nicht gehorcht und deshalb die Wut und Raserei Gottes, ihr habt die Schuld. Heute kommt eine neue Interpretation.[753]

Von REMHI und CEH wurde das Fundament einer historischen Interpretation der »bewaffneten Auseinandersetzung« gelegt, die nicht den Opfern die Schuld für die Gräueltaten zuschreibt, sondern staatlichen Institutionen. Mit den verschiedenen Formen aktiver Erinnerungsarbeit verband sich die Hoffnung, eine gerechte Erinnerung zu etablieren, die die Würde der Opfer wiederherstellt. Gerechtigkeit wäre in diesem Sinne die (moralische) Wiedergutmachung und die öffentliche Anerkennung des erlittenen Unrechts. Wie die Analyse der Arbeitsprozesse und der ersten Wirkungen der historischen Aufklärung gezeigt hat, ist ein Rückübermittlungsprozess ausschlaggebend dafür, dass auf dem von REMHI und CEH geschaffenen Fundament eine komplexe Wahrheit nicht nur entsteht, sondern auch verbreitet wird.[754]

Für viele der Zeugen war die Ausarbeitung einer nationalen Wahrheit nachrangig[755] und die Einsetzung einer Wahrheitskommission mit der Hoffnung auf die öffentliche Anerkennung der eigenen Leidensgeschichte konnotiert. Vor diesem Hintergrund führte die Tätigkeit des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung und der Kommission zur historischen Aufklärung zu

---

[752] Vgl. Kapitel 9.2.

[753] „15 años antes, 18 años antes que el REMHI y la CEH, estuvo el ejército y estuvieron las sectas fundamentalistas, y ellos ganaron la primera interpretación, y esta interpretación fue, esta violencia es producto del pecado, ustedes han desobedecido a Dios, han desobedecido a las autoridades y por eso la furia de Dios, ustedes tienen la culpa, pero ahora viene otra interpretación." (R.E., Interview).

[754] Das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung hatte bereits vor dem finalen Friedensschluss ein Konzept entwickelt, das die auf die Zeugenaussagenaufnahme folgende Erinnerungsarbeit in den Mittelpunkt des Projektes stellte. Die Vermittlung der historischen „Wahrheit" wird zunehmend im Rahmen der Entwicklungshilfe (GTZ) oder der Tätigkeit internationaler und nationaler Institutionen (MINUGUA, PDH, Bildungsreform) beachtet.

[755] Vgl. Kapitel 5 und 8.

Frustrationen, die sich einstellten, wenn auf die Zeugenaussage keine Reparationen folgten, die Körper der Verschwundenen nicht gesucht wurden, das eigene Leiden nur zur Statistik und die eigene Geschichte nicht im Bericht dokumentiert wurde. Mitarbeiter des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung berichteten davon, dass Zeugen nach dem Verbleib ihrer Aussagen fragten und enttäuscht waren, wenn nur ein kleiner Ausschnitt in den Bericht aufgenommen worden war. Mit dieser Enttäuschung verbindet sich ein strukturelles Problem von Wahrheitskommissionen: Angetreten mit dem Ziel, den Opfern mit der Dokumentation ihres Leides die Würde wiederzugeben, können sie dies mit der Erarbeitung eines nationalen Wahrheitsberichtes nicht erfüllen. Diese Problematik ist im Falle Guatemalas noch gravierender, da sich der Prozess der historischen Aufklärung vor dem Hintergrund der indigenen Formen von Geschichtsvermittlung, die sich auf die orale Weitergabe von historischem Wissen durch die *ancianos* stützt, vollzieht.

> Also ist es für sie wichtig, dass diese Geschichte [des lokalen Terrors] erzählt wird. Sie haben die Geschichte erzählt, damit sie irgendwo schriftlich vorliegt, und wenn sie sterben, können die Nächsten, die kommen werden [...]. Sie wollen die ganze Geschichte.[756]

Die Nation ist als Bezugsrahmen des sozialen Gedächtnisses am Beginn des 21. Jh. in weiten Teilen Guatemalas wenn nicht unbedeutend, so doch nachrangig. Vor diesem Hintergrund steht die Erarbeitung der Geschichte von *comunidades* oder *municipios* für einen großen Teil der Opfer im Mittelpunkt ihres historischen Interesses. Für die Anerkennung und Offenlegung der Wahrheit sind somit vielerorts lokale Gedächtnisrituale, Monumente und das Vorhandensein einer schriftlichen Dokumentation der lokalen Geschichte wesentlich bedeutender als nationale Ereignisse. Vor dem Hintergrund der Inexistenz einer *aktiven* staatlichen Exhumierungspolitik, den juristischen Schwierigkeiten vieler Überlebender von Massakern und vieler Angehöriger von Verschwundenen und dem Fortbestand der Bedrohung durch ehemalige Mitglieder von „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen" bleibt die Anerkennung und Offenlegung unzähliger persönlicher Wahrheiten eine psychologische, ökonomische und soziale Dringlichkeit.

> Ich glaube, dass es sie [Versöhnung] noch nicht gibt, weil die ganze Wahrheit noch nicht bekannt gemacht worden ist, und solange man den Menschen das Recht verweigert, zu erfahren, wo die Verscharrten sind, kann es keine Versöhnung geben.[757]

---

[756] „Entonces para ellos es importante que esta historia estuviera relatada, ellos..habían relatado la historia para que quedara escrito en algún lado y cuando ellos se murieran, los próximos que vinieran...Ellos quieren la historia completa." (A.P., Interview).

[757] „Creo que todavía no porque no se ha dado a conocer exactamente la verdad, y mientras se niegue a las personas el derecho de saber dónde están los enterrados no puede haber reconciliación." (Balsells Tojo, Interview).

> Notwendig sind spezielle Mechanismen, um individuelle Antworten in den Fällen von Verschwindenlassen oder von klandestinen Friedhöfen geben zu können.[758]

Auf die Offenlegung von Hunderttausenden Verbrechen und Hunderten von Massakern durch REMHI und die CEH folgte keine öffentliche Anerkennung der Taten. Präsident Arzú weigerte sich in seiner „vorläufigen Stellungnahme", der Arbeit der Kommission Gewicht beizumessen, und Ríos Montt versuchte, die Ausübung der Gewalttaten nicht nur zu legitimieren, sondern zudem der Guerilla die Verantwortung für die Ermordung von Zivilisten zuzuschieben. Bedeutende Protagonisten der „Sub-Kollektive" des Terrors negierten die Ergebnisse der Wahrheitsfindung oder hüllten sich in Schweigen. Als der Anfang 2000 gewählte Präsident, Alfonso Portillo, in seiner Inauguralrede die Ergebnisse der Kommission anerkannte und die Umsetzung ihrer Empfehlungen in Aussicht stellte, schien sich eine vergangenheits- und erinnerungspolitische Kehrtwende anzukündigen. Als jedoch in den folgenden Monaten den Ankündigungen kaum Taten folgten und weder ein umfassendes Entschädigungsprogramm gesetzlich verankert noch eine aktive staatliche Exhumierungspolitik betrieben wurde, schien die Anerkennung der „Erinnerung an das Schweigen" nur noch ein rhetorisches Moment zu sein und sich zu bestätigen, dass „Theatralik und Farce fraglos zur Ideologie und den politischen Institutionen in Mittelamerika"[759] gehören.

Das Paradox einer Wahrheit, die aufgrund ihrer Legitimierung durch die Friedensverträge und der Unterstützung durch die Vereinten Nationen als offiziell anerkannte galt und gleichzeitig eine offiziell bezweifelte oder bestrittene war, stellte sich wenige Monate nach der Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" mit der Veröffentlichung des „Militärtagebuches" erneut. Der Kampf um die Offenlegung „der Wahrheit, der ganzen Wahrheit" war nach der Präsentation des Wahrheitsberichtes nicht beendet.

9.1.2 Verzeihen

> Um zu einer Versöhnung zu gelangen, müssen wir zuerst zum Verzeihen kommen. Die Versöhnung ist etwas, was einer längeren Arbeit bedarf, die Menschen müssen akzeptieren, was passiert ist...und verzeihen. Wie wird jemand zur Versöhnung gelangen können, wenn der Täter nicht um Verzeihung bitten will, nicht reden will? [...] Die Bitte um Verzeihung muss tief aus dem Inneren kommen...dass ich mich wirklich öffne.[760]

---

[758] „Se necesitan mecanismos más específicos para dar respuestas individuales en casos de desaparecidos o de cementerios clandestinos." (R.E., Interview).

[759] Acuña Ortega; Autoritarismus und Demokratie in Mittelamerika, a.a.O., S. 51.

[760] „Para llegar a una reconciliación, pues, primero tenemos que llegar al perdón, la reconciliación, pues, es un poco más largo a trabajar, la gente tendría que aceptar lo que pasó...y perdonar. Cómo va a llevar uno con reconciliación si el victimario no va a pedir perdón, no

> Das erste, was wir tun müssen, ist, uns selbst zu verzeihen, weil wir sehr viele Schuldgefühle haben, und besonders wir Frauen haben viele Schuldgefühle. Man muss aufhören, wie ein Opfer zu leben, um Mensch sein zu können und an neue Möglichkeiten zu glauben, so funktioniert das Verzeihen![761]

Wie der gesamte Prozess der Versöhnung, findet auch das Verzeihen auf verschiedenen Ebenen statt. Am Anfang steht dabei das traumatisierte Subjekt, das in einem Umfeld der Negation die Gründe für das Leid oftmals im eigenen Verhalten sucht.[762] Den sozial verstärkten Schuldgefühlen von Frauen liegen in vielen Fällen Vergewaltigungen oder die Erfahrung des Unvermögens, die eigene Familie zu beschützen, zugrunde.

Die Versöhnung mit sich selbst als Aufarbeitung traumatischer Erlebnisse ist an ein kommunikatives Umfeld und/oder externe Hilfe angewiesen. „Die soziale Rekontextualisierung erlaubt das Verständnis ihrer Funktion [der Angst und der Schuld] und ihrer subjektiven, individuellen und sozialen Folgen".[763] Sowohl der therapeutische Prozess als auch der Versuch der gemeinschaftlichen, kommunikativen Aufarbeitung der Vergangenheit zielen auf die Einbettung der eigenen Erfahrung in einen „objektiven" Wissensbestand.[764] In der guatemaltekischen Nachkriegszeit wurden therapeutische Hilfestellungen von der katholischen Kirche und einigen nationalen und internationalen NGOs, u.a. im Rahmen der Pilotprojekte des Nationalen Entschädigungsprogramms angeboten, konnten jedoch aufgrund unzureichender Ressourcen und weit verbreiteter Ängste nur punktuell wirken. Sowohl für die individual- als auch die sozialpsychologische Aufarbeitung der Vergangenheit gilt, dass die Fähigkeit, zu verzeihen, der Modus ist, durch den „der Handelnde von einer Vergangenheit, die ihn auf immer festlegen will, befreit wird".[765] Dennoch ist es von einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Vergebung bis zum tatsächlichen Verzeihen ein schwerer Weg, der oft durch das (individuelle und kollektive) Verhalten der Täter blockiert wird.

Wahrheitskommissionen werden, so eine verbreitete Auffassung, eingerichtet, „um Schuldeingeständnisse begangener Menschenrechtsverletzungen gegen die

---

va a querer hablar [...] tendría que salir de muy adentro para pedir perdón...que realmente me abre." (T.C., Interview).

[761] „Lo primero que hay que hacer es autoperdonarse porque tenemos muchas culpas y sobre todo las mujeres tenemos muchas culpas. Uno tiene que dejar de vivir como víctima para poder ser persona y pensar en nuevas posibilidades, ¡así funciona el perdón!" (R.L., Interview).

[762] Vgl. David Becker et al.; Psicopatología y proceso psicoterapéutico de situaciones traumáticas, in: Martín-Baró (Hrsg.); Psicología social de la guerra, a.a.O., S. 295f.

[763] Elizabeth Lira Kornfeld; Psicología del miedo y conducta colectiva en Chile, in: Martín-Baró (Hrsg.); Psicología social de la guerra, a.a.O., S. 190.

[764] Eine andere Art der Auto-Versöhnung ist die Religion. Evangelikale Sekten versprechen die jenseitige Erlösung.

[765] Arendt; Vita activa, a.a.O., S. 232.

Zusicherung von Straffreiheit zu ermöglichen".[766] Mit der Aufdeckung der Wahrheit im Kontext eines Versöhnungsprozesses sind somit nicht nur die investigativen Bemühungen der Wahrheitskommission verbunden, sondern auch die Transparenz, die Offenlegung und die Offenheit seitens der Täter. Weder die Regierung noch das Militär hatten der guatemaltekischen Wahrheitskommission das Archivmaterial zur Verfügung gestellt, das die Kommissionsmitglieder im Zuge der Beweisaufnahme erbeten hatten. Obwohl im Mandat der CEH keine Zusicherung von Straffreiheit gegen Schuldeingeständnisse niedergelegt war und somit keine Anreize für Täter bestanden, vor der Kommission auszusagen, berichtete eine „relativ kleine Gruppe"[767] von Tätern über die Praxis der Menschenrechtsverletzungen. Auch die Mitarbeiter des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung hatten die Aussagen einer Reihe von Tätern aufgenommen. Mit diesen Zeugenaussagen konnte die innere Logik des Terrors dokumentiert und nicht nur die gruppendynamischen Mechanismen und die Brutalität der militärischen Ausbildung, die die unvorstellbaren Grausamkeiten ermöglicht hatten, sondern auch der Lustgewinn und der materielle Vorteil, der mit den Massakern verbunden war, nachgewiesen werden. Insgesamt jedoch blieb die Beteiligung von Tätern am Aufklärungsprozess eine Randerscheinung.

> Wir haben eine Basis für die Versöhnung geschaffen [...]. Es muss einen Prozess der Akzeptanz geben [...] es gibt sehr wenige Erfahrungen des Wieder-Aufeinander-Zugehens in den Exhumierungsprozessen: Es kommen Täter, kleine Täter, nicht die von oben. Die Kleinen nähern sich an.[768]

> Es gibt keine Versöhnung. Du kannst vielleicht einige sehr spezielle Erfahrungen ausmachen, die Ergebnis der Methodologie sind, die REMHI benutzt hat und die mit den kollektiven Zeugenaussagen verbunden sind, aber das sind nur kleine Punkte.[769]

Die Arbeit des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung hat in beschränktem Ausmaße lokale Dynamiken hervorgebracht, die Opfer, Täter und auch Projektmitarbeiter verbanden. Für die Erinnerungsarbeit war nicht nur das Wissen um die Erfahrungen der Opfer ausschlaggebend, sondern auch das Wissen um das Erleben der Täter. Die Täter, die sich zur Zeugenaussage (und zur Beichte) entschlossen hatten, hatten einen genauen Einblick in die Art und

---

[766] Richard J. Goldstone; Frieden und Gerechtigkeit – Ein unvereinbarer Gegensatz?, in: Smith/Margalit; Amnestie oder Die Politik der Erinnerung, a.a.O., S. 40.

[767] Tomuschat; Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung, a.a.O., S. 159.

[768] „Hemos dado bases para la reconciliación [...] tiene que haber un proceso de aceptación [...] hay muy pequeñas experiencias de reencuentro en las exhumaciones, hay victimarios, pequeños victimarios, no desde arriba. Los pequeños se acercan." (L.S., Interview).

[769] „No hay reconciliación, tu puedes, tal vez, estudiar algunas experiencias muy específicas derivadas de la metodología que se empleó el REMHI, de los testimonios colectivos, pero son como pequeños lunares." (R.E., Interview).

Weise der Ausbildung der Soldaten gegeben. „Das Entscheidende ist, dass die Täter Opfer waren“.[770] Aufgrund dieses Wissens konnten vor allem zunächst die Projektmitarbeiter einen Zugang zu den Tätern finden.

Auf der Basis weniger lokaler Versöhnungserfahrungen und innerhalb der Erfahrungsgemeinschaft der katholischen Kirche wurde in einigen der von *animadores* geleiteten Reflexionsgruppen die Bereitschaft zum Verzeihen formuliert.

> Die Menschen können verzeihen [...]. Als wir Zeugenaussagen aufgenommen haben, haben uns viele Leute gesagt…, gut, er hat meinen Mann umgebracht, aber Gott...wird ihn bestrafen, ich kann nichts machen, weil Gott sagt, dass wir uns nicht töten sollen.[771]

Racheakte seitens der Opfer – als die Kehrseite der Vergebung – wurden in den vergangenen Jahren nicht registriert. Racheakte wurden einzig von Tätern verübt, um auf die drohende oder faktische strafrechtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. Wenige Tage nach der Verurteilung von drei Mitgliedern der „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen“, denen die Ausübung des Massakers von Río Negro angelastet worden war, wurde im Dezember 1998 der sechsjährige Sohn einer Vertreterin der Frauen- und Witwenvereinigung von Rabinal erschossen.[772] Angesichts der Straflosigkeit der Gegenwart und der unveränderten Haltung vieler Täter brachten auch nach der institutionalisierten Wahrheitsfindung viele Opfer nicht den Willen zur Vergebung auf. Die Erfahrungsgemeinschaften der Opfer, für die die Wahrheit als *conditio sine qua non* für die Bestrafung der Täter galt, stellten somit den anderen Pol in der Frage nach der Vergebung dar.

> Und ich war bei CONAVIGUA und habe über das Verzeihen gesprochen, davon, dass wir dem Feind verzeihen sollten, und nach einem Weilchen dachte ich, dass ich die Leute bereits motiviert hatte, und als ich sie fragte ‘Seid ihr in der Lage, zu verzeihen?‘, haben sie NEIN! gesagt [lacht].[773]

---

[770] „Lo importante es que los victimarios fueron víctimas.“ (A.M., Interview).

[771] „La gente sabe perdonar [...] cuando levantamos testimonios mucha gente decía, bueno, él mató a mi esposo pero Dios...va a castigar a él, yo no puedo hacer nada porque Dios dice que no debemos matarnos.“ (H.T., Interview).

[772] Im Juli 2000 wurden in der Nähe von Chichicastenango acht Menschen von einer aufgebrachten Menge gelyncht. Den Aussagen mehrerer Einwohner zufolge war mit der Lynchjustiz der Versuch verbunden, die Einleitung von Strafverfahren gegen Mitglieder der örtlichen „Zivilen Selbstverteidigungspatrouille“ zu verhindern. Unter den Opfern befanden sich die potenziellen Kläger. Im Februar 2001 wurde ein Mitglied der *Asociación Justicia y Reconciliación* ermordet. In dieser Gruppe hatten sich Überlebende von zehn Massakern zusammengeschlossen, um – begleitet von der Menschenrechtsorganisation CALDH – kollektive Klagen gegen die Hauptverantwortlichen einzureichen.

[773] „Y estuve en CONAVIGUA hablando del perdón y cuando después de un tiempocito de hablar del perdón, que hay que perdonar al enemigo y pensé yo que había motivado a la

Gnade als ein Akt der Vergebung seitens der Opfer ist an die Offenlegung der Verbrechen seitens der Täter gekoppelt.[774] In einem gesellschaftlichen Umfeld, das sich weder durch Frieden noch durch Gerechtigkeit auszeichnet, erscheint die Forderung, die Opfer sollten den Tätern vergeben, als Zumutung.[775]

9.1.3 Gerechtigkeit

Im vergangenheitspolitischen Diskurs treffen unterschiedliche Interessen aufeinander, und eine der wesentlichen Streitfragen besteht darin, ob der gesellschaftliche Umgang mit der Vergangenheit die strafrechtliche Ahndung von Menschenrechtsverletzungen beinhalten soll. Als in Guatemala, wie in vielen anderen Transitionsgesellschaften, der vergangenheitspolitische Weg der Amnestie gewählt wurde, blieben indes sowohl die Möglichkeit zur Durchführung von Prozessen[776] als auch zur Verurteilung in Fällen von Folter, Verschwindenlassen und Genozid bestehen. Im Unterschied zum südafrikanischen Modell wurde bei der guatemaltekischen Wahrheitskommission auf öffentliche Hearings verzichtet. Damit wurden die Offenlegung der Taten und die öffentliche Zurechnung von Schuld nicht zum Bestandteil des gesellschaftlichen Umgangs mit der Vergangenheit. „Dass die Opfer nach Gerechtigkeit verlangen, ist ein allgemeiner menschlicher Wesenszug“.[777] Diese Gerechtigkeit ist weniger durch die Bestrafung der Täter gekennzeichnet – welches Strafmaß entspräche der Durchführung oder Planung von Massakern? – als vielmehr durch die öffentliche Anerkennung der Schuld. Öffentliche Hearings oder Strafprozesse verbinden Taten mit Tätern.

> Mit dem binären Schema der Zurechnung zur Situation oder zu Personen wird darüber entschieden, welche vergangenen Ereignisse als Schicksal hinzunehmen sind und welche als verantwortbare Handlungen einzelner Personen. [...] Es macht einen Unterschied für das Selbstverständnis der Staatsbürger [und nicht nur der Opfer] aus, ob sie die ver-

---

gente y cuando les pregunté, ustedes están en capacidad de perdonar? No [risa], me dijeron.“ (E.M., Interview).

[774] Zur Problematik einer offiziellen Versöhnungsgeste, die nicht auf einer ehrlichen Offenlegung der Verbrechen beruht, vgl. S. 222 ff.

[775] Ein Beispiel für die Zumutung ist die Äußerung von General Mario Enríquez Morales anlässlich der Präsentation des salvadorianischen Wahrheitsberichtes: Die guatemaltekische Wahrheitskommission dürfe kein „Instrument der Rache“ sein, denn gegenwärtig „interessiert es uns mehr, von Vergebung zu reden als von politischen Meinungsverschiedenheiten.“ (zit. nach Mardoqueo Flores; La verdad, ¿obstáculo para la paz?, in: Noticias de Guatemala, 2.4.1993). Die Forderung nach Vergebung wird nicht an das Angebot der Offenheit gekoppelt.

[776] Die Amnestie bestand im Verzicht auf die Bestrafung, nicht im Verzicht auf die strafrechtliche Untersuchung von Verbrechen.

[777] Goldstone; Frieden und Gerechtigkeit, in: Smith/Margalit (Hrsg.); Amnestie oder die Politik der Erinnerung in der Demokratie, a.a.O., S. 38.

gangenen Ereignisse dem Systemkonflikt des kalten Krieges [...] zuschreiben oder einzelnen Personen nach Maßgabe ihrer je individuellen Handlungsspielräume.[778]

Damit ist Gerechtigkeit unmittelbar an die Wahrheit, die Offenlegung der Taten, gekoppelt. Und genau diese Form der Gerechtigkeit haben die Opfer auch mit der Erarbeitung der Berichte „Guatemala – nunca más" und „Erinnerung an das Schweigen" nicht erfahren. Den Opfern wurde zwar die Möglichkeit gegeben, ihre Erlebnisse zu schildern, und auch wurden die Zeugenaussagen in umfangreichen Berichten verarbeitet, doch handelte es sich dabei um einen Prozess, der weitgehend ohne die Täter (als Kollektive und Individuen) stattfand. Neben der Gerechtigkeit in Bezug auf vergangene Taten stellt die Gerechtigkeit der Gegenwart ein bedeutendes Moment des Versöhnungsprozesses dar. Auch nach der formalen Auflösung der „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen" hatte sich die von ihren ehemaligen Mitgliedern ausgehende Bedrohung nicht verflüchtigt, und in vielen Fällen waren ehemalige *Patrulleros* an Überfällen, Lynchjustiz, Misshandlungen und Entführungen beteiligt.[779] So erhielten z.B. im November 2000 mehrere Mitglieder der Witwenorganisation CONAVIGUA Todesdrohungen, die auf den Versuch reagierten, ein Strafverfahren gegen ein (ehemaliges) Mitglied einer „Zivilen Selbstverteidigungspatrouille" einzuleiten. Der Mann hatte 1999 [!] wiederholt ein 12-jähriges Mädchen vergewaltigt und damit ein Handlungsmuster fortgesetzt, das seinen Ursprung in der Straflosigkeit der »bewaffneten Auseinandersetzung« hatte.[780]

Die Beseitigung von Unrecht war in den auf den Friedensschluss folgenden Jahren dadurch erschwert, dass eine unzureichend ausgestattete und ausgebildete Polizei mit einer kontinuierlich ansteigenden „Alltagskriminalität" konfrontiert war.[781] War angesichts des Anstiegs gewalttätiger Verbrechen (Raubmorde, Überfälle, Entführungen) die Beseitigung des Unrechts Zukunftsmusik, so galt dies ebenso für politisch motivierte Menschenrechtsverletzungen. Die Menschenrechtssituation hatte sich zunächst nach dem Friedensschluss deutlich ver-

---

[778] Klaus Günther; Der strafrechtliche Schuldbegriff als Gegenstand einer Politik der Erinnerung in der Demokratie, in: Smith/Margalit (Hrsg.), ebda., S. 83f.

[779] Vgl. MINUGUA; Informes de Verificación del Acuerdo Global sobre Derechos Humanos.

[780] Vgl. Amnesty International; Guatemala´s Lethal Legacy: Past Impunity and Renewed Human Rights Violations, 2002.

[781] Die diesbezüglichen Statistiken sind nicht aussagekräftig, da ihnen unterschiedliche Definitionen von Verbrechen zugrunde liegen und sie, wichtiger noch, lediglich solche Verbrechen dokumentieren, die zur Anzeige gebracht werden. Wenn statistisch erfasst wird, dass die Zahl der Verbrechen oder der Vergewaltigungen in vorwiegend indigen besiedelten Gebieten niedriger ist als im Süden und Osten Guatemalas, bedeutet dies zunächst nur, dass die Zahl der angezeigten Delikte differiert. (Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung s. Sistema de Naciones Unidas en Guatemala; Guatemala: El rostro rural del desarollo humano, a.a.O., S. 87-97). Die dritthäufigste Todesursache bei Männern war 1997, also nach dem Friedensschluss, die Ermordung (bei Frauen Unterernährung). Vgl. ebda., S. 68.

bessert. MINUGUA dokumentierte in der guatemaltekischen Nachkriegszeit vornehmlich Menschenrechtsverletzungen, die von Polizisten begangen wurden, aber auch Übergriffe gegen Gewerkschaftsaktivisten und Journalisten. Insgesamt hatten sich jedoch politische Spielräume geöffnet, und insbesondere Menschenrechtsorganisationen waren weitgehend von Repression verschont. Die Situation änderte sich jedoch wenige Monate nach der Amtsübernahme Portillos,[782] als Mitte 2000 eine Welle von Überfällen, Drohungen und Entführungen einsetzte, die im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen oder dem Engagement für die Menschenrechte standen. Betroffen waren vor allem Mitglieder von Organisationen, die gerichtliche Schritte gegen die Verantwortlichen für vergangene Verbrechen eingeleitet hatten,[783] aber auch Personen, die gegen die korrupte Regierungspraxis und die Straflosigkeit der Gegenwart protestierten oder kriminelle Praktiken und Strukturen aufdeckten.[784] In allen Fällen folgten weder ernstzunehmende polizeiliche und gerichtliche Ermittlungen noch strafrechtliche Ahndungen der Verbrechen. Die Übergriffe gegen Menschenrechtsorganisationen zeichneten sich neben der Straflosigkeit dadurch aus, dass mit den Überfällen zumeist der Versuch gemacht wurde, Informationen zu vernichten und die Angehörigen der Organisationen zu erniedrigen.[785] Vor dem Hintergrund einer im Umfeld der Straflosigkeit fortgesetzten selektiven Repressionspraxis war ein bedeutendes Moment der Versöhnung unsichtbar, die Gerechtigkeit.[786]

---

[782] Im Juli 2000 wurde der Geheimdienstoffizier Byron Barrientos Innenminister.

[783] Zu den betroffenen Organisationen zählten CALDH (Kollektivklagen), FAMDEGUA (Exhumierungen und Strafverfahren), FAFG (Exhumierungen), PDH, CONAVIGUA, GAM, Myrna-Mack-Stiftung, REMHI-Chimatenango, *Asociación Justicia y Reconciliación* (Massaker-Überlebende).

[784] April 2000: Verschwinden von Mayra Gutiérrez, Dozentin der USAC (Hintergrund evtl. Untersuchung zu illegalen Adoptionen), September: tätliche Übergriffe gegen Mitglieder des *Movimiento Ciudadano por la Justicia y la Democracia* (Protestbewegung gegen die nachträgliche Erhöhung von Getränkesteuersätzen durch FRG-Abgeordnete und das Ausbleiben von polizeilichen/gerichtlichen Ermittlungen). Drohungen gegen Journalisten (CERIGUA – *Centro de Reportes Informativos sobre Guatemala*, El Periódico, lokale Radiosender).

[785] Als im Oktober 2000 vier bewaffnete Männer das Büro der Frauenvereinigung *Asociación de Mujeres Vamos Adelante* überfielen und Computer stahlen, wurde eine Anwesende vergewaltigt.

[786] Als ein Erfolg im Kampf gegen die Straflosigkeit wurde die Verurteilung von drei Militärangehörigen (José Obdulio Villanueva, Byron Miguel Lima Oliva, Byron Disrael Lima Estrada) und des Priesters Mario Orantes im Mordfall Gerardi gewertet. Der Prozess, der am 8. Juni 2001 mit dem Urteilsspruch und der Empfehlung, nachfolgende Ermittlungen gegen führende Militärangehörige einzuleiten, endete, hatte das Exil vieler Zeugen und dreier Staatsanwälte sowie die Ermordung dreier Zeugen bedeutet.

9.1.4 Frieden

> Dieser Umgang mit der Vergangenheit ist für viele Überlebende, viele Angehörige, auch der Umgang mit der Gegenwart, ihrer Gegenwart.[787]

> Es gibt keinen Kontext, es gibt kein Ambiente für Versöhnung, weder ökonomisch, noch politisch. [...] Ich glaube, sie [die Wahrheitskommission] kann ein brauchbares Instrument sein, wenn sie Teil einer umfassenderen Strategie, mit der Vergangenheit umzugehen, ist. [...] Du kannst keine lokalen Dynamiken ersetzen, du kannst keine Strafprozesse ersetzen.[788]

Dass Frieden mehr als die Abwesenheit einer »bewaffneten Auseinandersetzung« ist, gehört zum Allgemeinwissen. Diese Tatsache spiegelt sich etwa auch im Begriff *peacebuilding*, der ein breites Spektrum von (entwicklungs-) politischen Strategien zur Konsolidierung von Friedensprozessen umfasst. Friedensverträge enthalten im Wesentlichen die Einigung auf die Wege und Ziele des Friedensprozesses und sind damit die Materialisierung eines Kompromisses hinsichtlich des erwünschten Zustandes der postkonfliktiven Gesellschaft. Als die guatemaltekischen Friedensparteien mit der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens die jahrzehntelange blutige Auseinandersetzung formal beendeten, blickten sie auf einen langen Verhandlungsmarathon zurück, der ein umfangreiches Vertragswerk und damit die formalen Grundlagen einer weitreichenden Pazifierung der guatemaltekischen Gesellschaft hinterlassen hatte. In den folgenden Monaten und Jahren wurden zwar, wie in den vergangenen Kapiteln mehrmals vermerkt, institutionelle Reformen eingeleitet, jedoch kein *peacebuilding* im umfassenden Sinn betrieben.[789] Neben der sozioökonomischen Exklusion breiter Bevölkerungsschichten im Allgemeinen und der indigenen und rückkehrenden Bevölkerung im Besonderen bestand die größte Hürde für den Friedensprozess in der langen Tradition einer militarisierten Gesellschaft. Diesbezüglich wurde das Problem der unvollständigen Kontrolle des Militärs durch die Zivilgewalt und der Existenz autoritärer Enklaven vor allem vom Fortbestand repressiver Strukturen im »Landesinneren« und von der Explosion krimineller Gewalt ergänzt. Damit blieb ein zentrales Merkmal von Frieden unsichtbar: die Sicherheit des Individuums.

---

[787] „Ese tratamiento del pasado es de algún modo para muchos sobrevivientes, muchos familiares, también un tratamiento del presente, de su presente." (C.G., Interview).

[788] „No hay un contexto, no hay un ambiente de reconciliación, ni económico, ni político [...] creo que puede ser un instrumento útil si forma parte de una estrategia más amplia..para tratar el pasado [...] no puedes sustituir dinámicas locales, no puedes sustituir procesos judiciales". (R.E., Interview).

[789] Eine Bilanz zieht u.a. Sabine Kurtenbach in ihrem Beitrag „Schafft ein Friedensvertrag schon Frieden? Das Beispiel Zentralamerikas", in: Hans Joachim Heintze; Moderner Minderheitenschutz, Bonn 1998.

> Guatemala steht an einem gefährlichen Punkt. Ein machtvolles Erbe der sozialen und politischen Exklusion und Repression hat das Ausmaß und die Tiefe der demokratischen Reformen blockiert und begrenzt, obwohl Reformen (und das gewandelte Umfeld der Welt, in dem sich Guatemala befindet) ausreichend waren, um die Macht der beiden traditionellen Pfeiler der politischen Entscheidungsfindung – des Privatsektors und des Militärs – zu schwächen. Der daraus resultierende politische Schwenk und die entstandene Fragmentierung öffnen Räume für den größeren Einfluss von kriminellen Elementen und anderen illegitimen Akteuren.[790]

Bereits wenige Monate nach der Unterzeichnung des „festen und dauerhaften" Friedens häuften sich erste Anzeichen für einen Stillstand des Friedensprozesses (vgl. Kapitel 4), der nicht nur der titanischen Aufgabe der Behebung der sozialen und ökonomischen Grundübel, sondern vor allem auch einem mangelnden politischen Willen geschuldet war. Diesbezüglich waren insbesondere Verzögerungen bei der Umsetzung der Friedensverträge, die auf die Verbesserung der prekären Lebenssituation von Vertrieben, Demobilisierten und Witwen zielten, auszumachen.[791] Doch nicht nur die 43.000 Menschen, die seit Mitte der 1980er Jahre nach Guatemala zurückgekehrt waren, sondern die marginalisierte Bevölkerung im Allgemeinen stellte die guatemaltekischen Behörden vor das Problem der Bereitstellung von Land, der Schlichtung von Landkonflikten und der „produktiven Wiedereingliederung".

Vor dem Hintergrund der hier nur angedeuteten sozialen Misere, des Fortbestandes der lokalen Repressionsstrukturen und der Stärkung „paralleler Mächte" (*poderes paralelos*) war der Frieden in vielen *comunidades* auch nach dem Ende der »bewaffneten Auseinandersetzung« abwesend. Die Nachkriegssituation, für die sich im Kontext der weltweiten Probleme der Friedenskonsolidierung die Wendung vom „Frieden niedriger Intensität" eingebürgert hat, war in weiten Teilen des guatemaltekischen »Landesinneren« durch die Dominanz der von Militär und „Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen" geschaffenen Angststrukturen geprägt. Das enge Miteinander von Tätern und Opfern in vielen *comunidades* bedeutete für die Opfer sowohl die permanente Erinnerung an die Schrecken der Vergangenheit als auch die oftmals gewalttätige Präsenz der Täter in der Gegenwart.

---

[790] Sieder et al.; Who governs? Guatemala five years after the peace accords. Hemisphere Initiatives, Cambridge Massachusetts, Januar 2002, S. 4.

[791] Vgl. MINUGUA; Informes de Verificación de los Acuerdos de Paz, a.a.O. Zur Wahrnehmung des Friedensprozesses vgl. Molkentin; Los difíciles senderos de la paz, a.a.O.

> Und das Problem ist, dass in den *comunidades* häufig Täter und Opfer zusammenleben [...]. Es müsste das Vertrauen in die *comunidades* zurückkehren...Man muss immer vorsichtig sein.[792]

> Vielleicht nicht, es gibt keine Versöhnung in den *comunidades* oder in den Personen...aber die Leute entwickeln einen Mechanismus, um mit den Tätern leben zu können.[793]

In dem von Lederach vorgeschlagenen Modell wurde die Bandbreite möglicher Merkmale des Friedens mit „Harmonie", „Einheit", „Wohlergehen", „Respekt" und „Sicherheit" angedeutet. Somit bedeutet Frieden nicht nur die Änderung der sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des Alltags, sondern impliziert auch eine Mentalitätsänderung, den gegenseitigen Respekt.

> Uns alle zu versöhnen bedeutet, den anderen als gleich anzuerkennen, zu wissen, dass ich meine Grenzen habe, dass ich nicht höherwertig als der andere bin...dass die Frauen nicht minderwertig sind, dass die *indígenas* nicht minderwertig sind.[794]

9.2 Wissen und Verstehen

Die im vorangegangenen Abschnitt genannten vier Parameter der Versöhnung – Wahrheit, Vergebung, Gerechtigkeit und Frieden – sind alle mit der kommunikativen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und mit der Veränderung von Haltungen verknüpft. Bei einer Betrachtung der Wirkungen der institutionalisierten Wahrheitsfindung auf die diskursive Aufarbeitung der »bewaffneten Auseinandersetzung« lässt sich zunächst konstatieren, dass es sich dabei nicht vorrangig darum handelt, eine gewaltsame politische Auseinandersetzung, die ihre Wurzeln in ökonomischen Ungerechtigkeiten und autoritären Herrschaftspraktiken hatte, aufzuarbeiten. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Auseinandersetzung mit der ethnischen Zweiteilung des Landes (die, wohlgemerkt, eine konstruierte ist).

> Ein Land muss sich als Land mit Identitäten wiederfinden. Was ist die Identität dieses Landes? Vielleicht ist die einzige Identität, die gesehen wird, die ethnische, die der *indígenas*. Aber auch innerhalb der Maya-Völker gibt es Hunderte von Identitäten. Und was ist die Identität der indigenen Frauen? Was ist die Identität der Männer? Was ist die

---

[792] „Y el problema es que muchas veces en las comunidades viven victimarios y las víctimas [...] tendría que volver la confianza en las comunidades...siempre hay que tener cuidado." (T.C., Interview).

[793] „Tal vez no, no hay reconciliación dentro de las comunidades o dentro de las personas...pero la gente desarrolla un mecanismo de que sea aprender vivir con los victimarios." (H.T., Interview).

[794] „Reconciliarnos todos con todos implica reconocer al otro como igual, saber que yo tengo mis limitaciones, que yo no soy superior al otro...que las mujeres no son menos, que los indígenas no son menos" (R.L., Interview).

> Identität der *ladinos*? Wir haben noch nicht einmal eine Identität [...]. Wir haben kein Projekt als Nation. Wie willst Du Dich versöhnen, wenn Du nicht weißt, wer Du bist? Ich glaube, dass Versöhnung ein umfassenderer Prozess ist, es handelt sich um politische, ökonomische, soziale Prozesse, um Prozesse der Gleichheit, der Schaffung von Gerechtigkeit, des Respekts der Differenz. Und dort kann die Versöhnung beginnen.[795]

> Versöhnung ist [...] mit Blick auf die Vergangenheit [...] Vergebung, die individueller Art sein muss, und Versöhnung ist eher kollektiv zu verstehen: Dass es zu einer gegenseitigen Akzeptierung dieser Volksgruppen kommt [...], dass man die Wirklichkeit des Landes akzeptiert, dass die *ladinos* auch akzeptieren, dass die Mayas rechtmäßige Bewohner des Landes sind, Bürger gleicher Klasse, und nicht nur Schuhputzer und Handlanger, ja, und die Mayas müssen auch akzeptieren, dass die *ladinos* nun vor 500 Jahren eingewandert sind, dass man niemanden nach Spanien zurückschicken kann, es gibt ja auch einen umgekehrten Rassismus [...]. Das ist natürlich eine der Befürchtungen der *ladino*-Bevölkerung, dass solche Strömungen die Oberhand gewinnen könnten, das ist unterschwellig immer vorhanden.[796]

Der guatemaltekische Versöhnungsprozess beinhaltet folglich auch das Bemühen, die Fundamente einer auf der Respektierung des anderen beruhenden multikulturellen Nation zu legen.[797] Damit entfaltet der Prozess der historischen Aufklärung eine besondere Bedeutung für die Bevölkerungsgruppe, die nur marginal in die Projekte zur Wahrheitsfindung eingebunden war: die ladinische Bevölkerung. Zunächst hatte die Präsentation der „Erinnerung an das Schweigen" eine große Wirkung auf die Teile der ladinischen Mittelschichten, die die feuilletonistische Debatte um die Ergebnisse der Wahrheitsfindung rezipierten. Durch die Konfrontation mit der Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« wurde der Grundstein eines moralischen Schuldbewusstseins und somit die Bedingung der Möglichkeit einer veränderten Haltung zur indigenen Bevölkerungsmehrheit gelegt. Die extrahierte „Erinnerung an das Schweigen" hatte unmittelbar nach der Auflösung der Kommission zur historischen Aufklärung begonnen, in einem begrenzten Kreis von Erinnerungsgemeinschaften Kommu-

---

[795] „Un país tiene que recuperarse como país, con identidades, ¿cuál es la identidad de este país? Tal vez la única identidad que se reconoce es la étnica, de los indígenas, pero aún dentro de los pueblos indígenas, ¿cuál es la identidad de las mujeres indígenas?, ¿cuál es la identidad de los hombres?, ¿cuál es la identidad de los ladinos? Ni tenemos identidad [...] no tenemos un proyecto de nación, ¿cómo puedes reconciliarte si no sabes quién sois? Entonces, yo creo que la reconciliación es un proceso mucho más avanzado, es todo, procesos políticos, económicos, sociales, de igualdad, de construcción de equidad, de respeto a la diferencia, y allí puede empezar la reconciliación". (R.L., Interview).

[796] Tomuschat, Interview.

[797] Versöhnung bedeutet in diesem Sinne die Harmonisierung divergenter Weltsichten in einem einzigen Universum von Verständlichkeit (vgl. Kapitel 2).

nikation zu erzeugen.[798] Bereits gegenwärtig lassen sich bedeutende Mentalitätsänderungen unter ladinischen Entscheidungsträgern ausmachen.

> Ich glaube, dass die Möglichkeit, die Dinge auszusprechen, bereits ein Schritt zur Versöhnung und zum Frieden ist, dies habe ich an einigen Personen, sagen wir, aus dem ökonomischen Sektor, gesehen. Sie sagen,'Gut, es ist so, dass wir nicht gewusst haben, dass dies passiert ist'. Beziehungsweise, sie sind nicht dahin gekommen, zu verstehen, dass in Guatemala mehrere Völker zusammenleben. Ich glaube, sie haben die Dimensionen des Krieges nicht gesehen. Jetzt akzeptieren sie, dass es eine Tragödie gab. Bereits die einfache Tatsache, es zu akzeptieren, sie stimmen zu, dass sich diese Dinge in Guatemala nicht wiederholen dürfen.[799]

Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass sich die Akzeptanz des Multiethnischen, die bereits in den offiziellen staatlichen Diskurs aufgenommen wurde, nicht auf der Basis von Gleichheit etabliert, sondern dass ein paternalistisches Verständnis fortbesteht. Letzteres zeigt sich z.B. in der ladinischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Lynchjustiz.

> Man könnte annehmen, dass es Versöhnung gibt, weil sich die Dinge mehr oder weniger gut entwickeln. Aber ein Volk versöhnt sich nur, wenn es seine Erinnerung wiedererlangt. Also, man kann nicht wissen, was passieren wird, wir haben zum Beispiel in den Dörfern Fälle von Lynchjustiz. [...] sie wollen sie einsperren und die Strafen verabreichen, die sie für richtig halten, das ist etwas, was sie erlebt haben, was sie kannten, was sie gesehen haben, was man ihnen beigebracht hatte, weil man ihnen beigebracht hat, zu töten, also muss man jetzt...ja, die Methode ist, ihnen beizubringen, zu vergessen, was man ihnen beigebracht hat.[800]

---

[798] Dazu gehörten auch diejenigen, die, wie prominente Vertreter des Militärs oder wichtiger Unternehmerverbände, die Ergebnisse der Kommission kategorisch ablehnten. Der Verteidigungsminister, General Barrios Celada, wies im April 1999 darauf hin, dass Äußerungen von Militärangehörigen zur CEH, die von der offiziellen militärischen Linie abwichen, praktisch unmöglich seien, da diese unmittelbar an Militärtribunale überstellt würden (vgl. La Hora, 14.4.1999).

[799] „Yo creo que ese poder decir las cosas ya es un paso hacia la reconciliación y la paz, yo lo he visto en alguna gente, digamos del sector económico, que dicen, bueno, es que nosotros no sabíamos que esto sucedía, verdad, o no llegaban a entender de que en Guatemala coexistimos varios pueblos [...] creo que no habían visto las dimensiones de la guerra, ahora aceptan de que sí hubo una tragedia [...] ya el simple hecho de aceptarlo, ellos comparten de que esas cosas no deben volver a ocurrir en Guatemala" (Y.F., Interview).

[800] „Se puede pensar que hay reconciliación porque las cosas se mueven más o menos bien, pero un pueblo se reconcilia solo cuando recobra su memoria, verdad, entonces uno no sabe qué puede pasar, por ejemplo, nosotros tenemos linchamientos en los pueblos [...] quieren meterles encarcelados y ponerles las penas que ellos consideren, sea, hay algo de lo que vivieron, de lo que conocieron, de lo que vieron, de lo que les enseñaron, porque les enseñaron a matar, entonces por ejemplo ahora...hay que aprender a desaprender, eso es, la metodología sería aprender a desaprender lo que les enseñaron hacer." (M.S., Interview).

Die indigene Bevölkerung erscheint hier als leicht formbar und als angewiesen auf die erziehenden ladinischen Brüder.[801]

Die Vermittlung der historischen „Wahrheit" war besonders für die Generation, die die »bewaffnete Auseinandersetzung« nicht mehr selbst erlebt, jedoch den Überlebensmechanismus des Apolitischen erlernt hatte, bedeutend. Innerhalb der für die außerparlamentarische politische Praxis bedeutenden Generation der Jugendlichen bestand eine kleine Gruppe, die sich in kirchlichen Projekten, Schüler- und Studentenvereinigungen, indigenen oder Menschenrechtsorganisationen politisch engagierte. Für den überwiegenden Teil dieser Generation galt jedoch, dass der Kampf um das eigene Überleben Dreh- und Angelpunkt der Existenz war.[802] Vor diesem Hintergrund war insbesondere das Bildungssystem gefragt, die „Erinnerung an das Schweigen" zu bewahren und weiterzugeben. „Ich würde es wagen zu behaupten, dass mehr als 90% der Lehrerschaft weder die Empfehlungen noch die Schlussfolgerungen gelesen haben. Also, wie willst Du etwas zurückvermitteln, was Du nicht kennst?".[803] Die Empfehlung der CEH, die Ergebnisse der Wahrheitsfindung in schulische und universitäre Curricula einzubeziehen, führte zu keiner Welle der Entrüstung. Wenn die gegenwärtige Vorbereitung einer umfassenden Bildungsreform tatsächlich zur Reformierung der schulischen und universitären Ausbildung führt, besteht die Möglichkeit, dass Kinder aus Mittelschichtsfamilien und damit diejenige Bevölkerungsgruppe, aus der sich erinnerungspolitisch relevantes staatliches Personal (Lehrer, Juristen, Ärzte etc.) rekrutiert, mit der „wahren" Geschichte Guatemalas sozialisiert werden.

Die Konstruktion und Festigung neuer Identitäten ist, wie die Verbreitung des historischen Wissens, ein Prozess, der mit dem Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung und der Kommission zur historischen Aufklärung erst begonnen hat.

> Wenn der Krieg 36 Jahre gedauert hat, dann braucht man für die Reparation, die Rekonstruktion 72 Jahre, dafür brauchen wir Generationen. Wir müssen den Kindern und Jugendlichen sehr interessante Dinge nahe bringen, wir müssen viel mit ihnen arbeiten,

---

[801] Zum Paternalismus vgl. S.80f.

[802] „Die Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren haben den Krieg nicht kennen gelernt, weil ihre Eltern sie aus Angst vor der Gewalt von der Realität ferngehalten haben und sie dazu erzogen haben, vom Kampf entfernt zu leben". (Ángel Flores, zit. nach El Periódico, 24.12.1998).

[803] „Yo me atrevería decir que más de 90% del magisterio no han leído ni las recomendaciones ni las conclusiones. Entonces, ¿cómo vas a devolver lo que no conoces?" (Y.F., Interview).

> um Werte zu bilden, wir müssen mit ihnen eine Erziehung zur Wahrheit, ein kritisches Bewusstsein und die reale Geschichte unseres Landes erarbeiten.[804]

> Es gibt hier sehr viele militarisierte Menschen, die sehr an das Militär glauben. Das Militär kann nicht Schlechtes tun, sondern es ist da, um den Bürgern zu helfen. Also, sie sind immer noch verschlossen, es ist ein bisschen schwierig, aber...nach und nach.[805]

Beide Bemühungen zur Wahrheitsfindung haben in unterschiedlicher Weise zur Modifikation der Bezugsrahmen des Gedächtnisses beigetragen.

Kommunikatives und kulturelles Gedächtnis

Die unterschiedlichen Wirkungsweisen des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung und der Kommission zur historischen Aufklärung leiten sich bereits aus der Methodologie ab, die beiden Bemühungen zur Wahrheitsfindung zugrunde lag. REMHI ist als Versuch zu verstehen, einen Prozess der diskursiven Aufarbeitung von Vergangenheit einzuleiten und den Menschen die Möglichkeit zu geben, über ihre Erlebnisse zu sprechen. In den *animadores* fanden viele Opfer Gesprächspartner, die ihnen glaubten, und die das individuelle Leid in einen übergeordneten Kontext stellten.

> Zu erkennen, dass es nicht nur eine Person oder eine *comunidad* war, sondern dass es viele *comunidades* waren, das ist auch eine Art, sich ruhiger zu fühlen, weil viele Menschen sich aufgrund des Erlebten schuldig fühlten...diese Schuld nehmen, die die Menschen haben...und die Angst...diesen Raum bereitzustellen, damit die Menschen reden können.[806]

Die Anerkennung der Wahrheit erfuhren die Zeugen zunächst in der Interaktion mit den *animadores*, die ihnen, im Gegensatz zu den Interviewern der offiziellen Kommission, mehr Raum geben konnten.

> […] den Rhythmus der Menschen respektieren...man muss verstehen, dass es Menschen gibt, die...wenn man den Aussagen zuhört und nicht viele Dinge gesagt werden, aber aus Respekt muss man es nehmen, und auch, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Gehör zu finden, dass ihnen jemand Aufmerksamkeit schenkt [...] die Aufmerksamkeit bedeutet, mit einem offenen Gesicht und einem offenen Herzen, und in die Augen zu sehen

---

[804] „Si la guerra llevó 36 años, pues, la reparación, la reconstrucción es de 72 años, o sea, eso nos va a llevar generaciones, tenemos que meter ideas muy interesantes a los niños y a los jóvenes, trabajar mucho con ellos la formación de valores, trabajar mucho con ellos la conciencia crítica, trabajar con ellos la historia real de nuestro país, verdad.“ (E.M., Interview).

[805] „Aquí hay muchas personas..militarizados que creen mucho en el ejército, el ejército no puede hacer nada malo, sino que está para ayudar a la ciudadanía, entonces ellos están todavía encerrados, es un poco difícil, pero...poco a poco.“ (T.C., Interview).

[806] „El reconocer que no es solo una persona o una comunidad sino que fueron muchas comunidades, eso también es como una forma de sentirse más tranquilo, porque mucha gente era culpabilizado por lo que se vivía...quitar esa culpa que la gente tiene...y el miedo...el permitir ese espacio para que la gente pudiera hablar.“ (H.T., Interview).

[...]. Und wenn ich einen Tag verliere, weil ich mit den Menschen spreche: Aber das ist das Entscheidende.[807]

Auf der Grundlage dieser anfänglichen Erfahrungen wurde versucht, in den *comunidades*, die an das Projekt angebunden waren, einen nachhaltigen Prozess zur Aufarbeitung der Vergangenheit einzuleiten. Die vierte Projektphase umfasste neben der Vermittlung des historischen Wissens um den Verlauf und die Ursprünge der »bewaffneten Auseinandersetzung« auch Exhumierungen, juristische Unterstützung und die psychologische Betreuung der Opfer. Die eigentliche Intention dieser Maßnahmen war es, gemeinsam die lokale, regionale und nationale Geschichte zu erarbeiten und moralische Prinzipien und solidarisches Handeln wieder einzuführen.

Rückübermittlung heißt nicht, die Bücher zu überreichen, sondern mit den Menschen wieder in einen Dialog einzutreten, das alles erneut durchzuleben. Es bedeutet, den *comunidades* zu zeigen, dass es nicht nur eine isolierte *comunidad* war, dass es kein Problem von ihnen war, sondern ein nationales Problem.[808]

Eine Besonderheit der wiederangeeigneten Erinnerung war die Umwandlung derselben in ein religiöses Narrativ – ein Prozess, der mit der Schaffung einer Märtyrerfigur noch beschleunigt wurde. Mit REMHI aktualisierte die Erinnerungsgemeinschaft der katholischen Gläubigen im »Landesinneren« ihre moralischen und religiösen Fundamente. Für den gesamten Prozess der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ sind indes die konkreten Inhalte des historischen Narrativs zunächst nachrangig. REMHI stellte insofern ein alternatives Projekt zur historischen Aufklärung dar, „dass die Menschen das Subjekt der Untersuchung sind, nicht das Objekt“.[809] Im Mittelpunkt der Projekttätigkeit stand nicht die Erarbeitung eines komplexen Wissensbestandes, sondern die mit dem Ziel, Schuldgefühle abzubauen und die je eigene Erfahrung in einen umfassenden Rahmen einzuordnen unternommene Begleitung der Menschen. Bei der „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ handelte es sich nicht vorrangig darum, Wissen zu vermitteln, als vielmehr darum, das Verstehen zu fördern.

---

807 „Respetar el ritmo de la gente. Hay que entender que hay gente que...cuando uno escucha los testimonios como no dijeron muchas cosas, pero por respeto hay que tomar eso, y también para darles la oportunidad de escucha, de que alguien le está poniendo atención […] la atención significa, pues, con la frente clara y el corazón así abierto, para entender a esta persona, y ver los ojos y todo [...]. Si pierdo un día por hablar con la gente pero eso es lo, lo esencial, pues.“ (E.M., Interview).

808 „La devolución no es de entregar los libros sino es de volver al diálogo con la gente, de volver a revivir todo eso, es de mostrarles a las comunidades de que no fue una comunidad aislada, que no es un problema de ellos, sino es un problema nacional.“ (Y.F., Interview).

809 „Que la gente sea el sujeto de la investigación, no el objeto“. (L.S., Interview).

> Das Verstehen nämlich ist – im Unterschied zur fehlerfreien Information und dem wissenschaftlichen Wissen – ein komplizierter Prozess, der niemals zu eindeutigen Ergebnissen führt. Es ist eine nicht endende Tätigkeit, durch die wir Wirklichkeit, in ständigem Abwandeln und Verändern, begreifen und uns mit ihr versöhnen, das heißt durch die wir versuchen, in der Welt zu Hause zu sein.[810]

Vor dem Hintergrund der Erfahrung unaussprechlicher Gräueltaten hat der Versuch, sich verstehend mit der Welt zu versöhnen, enge Grenzen.

> Sofern überhaupt aus der Erfahrung der Tortur eine über das bloß Alptraumhafte hinausgehende Erkenntnis bleibt, ist es die einer großen Verwunderung und einer durch keinerlei spätere menschliche Kommunikation auszugleichenden Fremdheit in der Welt.[811]

Trotz des grundsätzlichen Zweifels an der Möglichkeit, durch die kommunikative Aufarbeitung der Vergangenheit in der Welt erneut heimisch zu werden, bleibt doch zu konstatieren, dass REMHI in vielen Regionen tabubrechend wirkte und die Grundlage dafür schuf, dass die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« zum Gegenstand des kommunikativen Alltagsgedächtnisses und des zeremoniellen kulturellen Gedächtnisses wurde. Dabei war das Projekt zugleich mit strukturellen Problemen konfrontiert, die den Wirkungsradius begrenzten. Dazu zählten vor allem die Abhängigkeit von den kirchlichen Strukturen und Ressourcen im Allgemeinen und von dem Willen der guatemaltekischen Bischöfe im Besonderen. Zudem vermochte REMHI sich nur dort zu verankern, wo die Angst oder die Ablehnung der katholischen Kirche die Teilnahme an der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht verhinderte.

> Was war das Ergebnis? Uns bleiben immer noch 85% [der Bevölkerung], mit denen wir hart arbeiten müssen.[812]

Die Bedeutung des Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung ist jedoch auch jenseits der Grenzen der katholischen Glaubensgemeinschaften zu verorten.

> REMHI hat bereits auf den sozialen Bereich gewirkt. REMHI hatte einen Einfluss auf der Ebene der Ausbildung von lokalen Führungspersönlichkeiten. Es spielt keine Rolle, ob sie in einem Wasserprojekt sind oder einem Landkomitee, es spielt keine Rolle, wo sie sind. Das sind Leute, die bereits über historisches Wissen verfügen, die bereits am

---

[810] Hannah Arendt; Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, München 1994 [1968], S. 110.

[811] Jean Améry; Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten, München 1966, S. 69 (Hervorhebung A.O.).

[812] „¿Cuál es el fruto que se dio? Nos quedan todavía 85% para trabajar duro“ (E.M., Interview).

> Thema der psychischen Gesundheit gearbeitet haben, die einen Vorschlag zur sozialen Rekonstruktion ihrer *comunidades* haben.[813]

Die Relevanz von REMHI liegt einerseits in der Bereitstellung kommunikativer Räume und andererseits in der Einwirkung auf die soziale Gegenwart. Mit der Arbeit der offiziellen Wahrheitskommission waren indes andere Wirkungen verbunden. Die Bedeutung der CEH liegt in der Erarbeitung eines Abschlussberichtes, der einen bedeutenden Referenzpunkt des kulturellen Gedächtnisses bildet: In der „Erinnerung an das Schweigen" liegt die offizielle Wahrheit über die Vergangenheit der guatemaltekischen Nation. Die Bedeutung der offiziellen Wahrheitsfindung für die kommunikative Aufarbeitung der Vergangenheit war zunächst auf wenige Erinnerungs- und Erfahrungsgemeinschaften beschränkt. Dabei handelte es sich um die »organisierte Zivilgesellschaft», akademische Zirkel und, in eingeschränktem Maße, um die durch REMHI gebildeten Reflexionsgruppen. Das Problem der offiziellen Wahrheitsfindung war,

> dass die Menschen am Ende wartend zurückblieben und in einigen Fällen sind sie [die Mitarbeiter der CEH] nur gekommen, um Informationen zu sammeln, wie ein technisches Untersuchungsteam, und nicht mit Verbindlichkeit [...] ja, viele Menschen haben gewartet, weil die Menschen dachten, dass aufgrund ihrer Zeugenaussagen ein *Follow-Up*-Programm und ein Entschädigungsprogramm durchgeführt werden...die Wahrheit ist, dass eine Gruppe kam und wieder ging und nie mehr zurückkehrte.[814]

> Das Team der CEH ist bereits verschwunden, wie Señora Otilia Lux, die ein Regierungsamt hat.[815]

Die Ergebnisse der historischen Aufklärung waren zunächst für die nationale Politikgestaltung und den Friedensprozess, der mit dem Scheitern des Verfassungsreferendums einen schweren Rückschlag erlitten hatte, relevant. Der Bericht der Kommission zur historischen Aufklärung hatte den gesamten Friedensprozess neu legitimiert, da auf der Grundlage der historischen Aufklärung Empfehlungen formuliert worden waren, die der Umsetzung der Friedensabkommen einen zentralen Stellenwert beimaßen. Vor diesem Hintergrund erhielt zunächst

---

[813] „El REMHI ya ha tenido un impacto en la agenda social, ya ha tenido un impacto al nivel de formación de líderes comunitarios. No importa que estén en el comité de agua o comité de tierras, no importa donde están, es gente que ya tuvo un conocimiento de la historia, que ya trabajó el tema de salud mental, que tiene una propuesta de reconstrucción social para sus comunidades." (R.E., Interview).

[814] „Que al final la gente se quedó esperando y en algunos casos ellos solo llegaban a recoger información, como un equipo técnico de investigación, verdad, y no de compromiso. Sí mucha gente quedó esperando porque la gente estaba consciente de que a través de su testimonio iba a trabajar un programa de seguimiento y de resarcimiento...la verdad es que ha venido un grupo y se fue y nunca más volvió." (A.M., Interview).

[815] „Lo que es el equipo de la CEH, pues, ya desapareció, como la Señora Otilia Lux que ocupa un cargo en el gobierno." (T.C., Interview).

die zivilgesellschaftliche Forderung nach einer Umsetzung der Friedensverträge einen neuen institutionellen Ausdruck. Mit der „Multiinstitutionellen Instanz für den Frieden und die Eintracht“ gründete sich ein Zusammenschluss, der auf den Nationalen Dialog (1989), die Koordination der Zivilen Sektoren (1990), die Nationale Konsensinstanz und das Soziale Multisektorale Forum (1993) und schließlich die Versammlung der Zivilgesellschaft (1994) folgte. Diese Instanz nahm ihre Arbeit vor dem Erfahrungshintergrund einer Geschichte der Konzertierung auf, in der die »organisierte Zivilgesellschaft« ihre Positionen wiederholt nicht hatte durchsetzen können und in der staatliche Zusagen nur selten eingehalten wurden. Der Zusammenschluss, der 1999 mit dem Ziel gegründet worden war, die Umsetzung der Empfehlungen der CEH kollektiv einzufordern, verlor schnell an Substanz. Dabei stellte sich grundsätzlich das Problem einer überlasteten »organisierten Zivilgesellschaft», deren Protagonisten insgesamt eine überschaubare Gruppe bildeten. Die Organisationen der Zivilgesellschaft waren bereits vor der Gründung der „multiinstitutionellen Instanz“ in eine Vielzahl von Diskussionsforen und Kommissionen eingebunden, in denen an der Umsetzung der Friedensverträge gearbeitet wurde. Einige Protagonisten der »organisierten Zivilgesellschaft« waren zu Parteipolitikern geworden, und andere waren mit der Diskussion der Reformvorhaben befasst, die als das Herz des Transitionsprozesses galten: der Justiz- und der Steuerreform. Vor dem doppelten Hintergrund der Schwäche der „multiinstitutionellen Instanz“ und der Weigerung des neuen Präsidenten, zentrale Empfehlungen der Kommission umzusetzen, schien es unwahrscheinlich, dass die Empfehlungen der CEH in die nationale Politikgestaltung übertragen werden würden. Und dennoch stand die Regierung unter einem großen Druck, der auf einer anderen Bühne ausgeübt wurde. Die Sicherung des Friedens und die Umsetzung der Empfehlungen der CEH hatten sich zu einem Pfeiler der internationalen Zusammenarbeit entwickelt.[816] Die partielle Umsetzung einiger Empfehlungen der Wahrheitskommission, wie z.B. die Durchführung von Pilotprojekten zur Entschädigung, erfolgte vornehmlich aufgrund des externen Druckes auf die guatemaltekische Regierung.

Im unmittelbaren Anschluss an die Arbeit der Kommission zur historischen Aufklärung stand ihre Bedeutung für die in den Friedensabkommen vereinbarten Reformprozesse im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Zugleich begann sich die Bedeutung der „Erinnerung an das Schweigen“ als offiziell legitimierter Wissensbestand bereits abzuzeichnen. Einerseits wurde das Extrakt der von der Kommission ermittelten historischen Wahrheit zu einem geschichtswissenschaftlichen und moralischen Referenzpunkt in der Debatte um die »bewaffnete

[816] „Die Vereinigten Staaten sind an der Förderung des guatemaltekischen Friedens, der Demokratie und des Wohlstandes interessiert, weil dies aus Guatemala einen starken Nachbarn macht, zur Stabilisierung der Region beiträgt, das schnelle Bevölkerungswachstum und die Migration in die Vereinigten Staaten verlangsamt und einen stärkeren Handelspartner und Alliierten schafft.“ (http://www.usaid.gov/country/lac/gt – Stand: 20.5.2002).

Auseinandersetzung«. Auf der anderen Seite hatte die Kommission einen Abschlussbericht erarbeitet, der weit über die statistische Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen hinausging und sowohl ein historisches Narrativ präsentierte und detaillierte Schuldzurechnungen vornahm als auch mit der Sozialpsychologie des Terrors tabuisierte Auswirkungen „der Gewalt" aufzeigte. „Die Erinnerung an das Schweigen" wurde sowohl zum Bezugspunkt der tagespolitischen Debatte als auch der wissenschaftlichen Aufarbeitung der »bewaffneten Auseinandersetzung«. Das prägnanteste Beispiel ist die von Matilde González mit den Methoden der *oral history* erarbeitete Geschichte des *municipio* San Bartolomé Jocotenango, Quiché. Dabei wurde die lokale Geschichte in den Zusammenhang der nationalen Entwicklungen gestellt und die „Erinnerung an das Schweigen" als wesentlicher wissenschaftlicher Referenzpunkt verwandt.[817]

[817] Vgl. González; Se Cambió el Tiempo, a.a.O., Kapitel X-XII. Ein zweiter bedeutender Referenzpunkt sind die Arbeiten von Jennifer Schirmer.

10 Schluss

Die Wahrheitskommission war gegen Ende des „kurzen 20. Jh.“ zu einem konventionellen vergangenheitspolitischen Instrument geworden, welches prinzipiell auf den theologisch und sozialpsychologisch inspirierten Motiven der Aufklärung und Versöhnung basierte und Erwartungen hervorrief, die mit der politischen Realität oftmals unvereinbar waren. Auf der einen Seite des politischen Spektrums versprachen sich Militärangehörige den Verzicht auf Strafprozesse und die unverbindliche diskursive Aufarbeitung; auf der anderen Seite kursierten Hoffnungen, die von einer nachfolgenden strafrechtlichen Aufarbeitung bis hin zu moralischen und materiellen Reparationsleistungen und gesamtgesellschaftlichen Versöhnungsprozessen reichten.

*

In den vorangegangenen Kapiteln wurde der Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit durch die guatemaltekische Wahrheitskommission untersucht und dabei eine analytische Perspektive gewählt, die sowohl der Aufdeckung von Mythen über die Wirkungsweise von Wahrheitskommissionen dient, als auch die Wirksamkeit dieses vergangenheitspolitischen Instruments lokalisiert – eines Instruments, welches Wissen bilden und Verstehen fördern will. Analysiert wurde der unabgeschlossene Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit in Guatemala, wo die blutigste lateinamerikanische »bewaffnete Auseinandersetzung« des 20. Jh. stattgefunden hatte und die staatliche Repression teilweise sogar genozidale Züge trug. Der Aufarbeitungsprozess in diesem von extremen sozialen Disparitäten gekennzeichneten Land illustriert sowohl die Instabilität einer Einigung auf Erinnerungsstrategien und -inhalte in einem Umfeld blockierter Reformen als auch das Potenzial der institutionalisierten Wahrheitsfindung.

Bereits die Analyse der Entstehungsgeschichte der guatemaltekischen Wahrheitskommission, die immer wieder das gesellschaftliche Kräfteverhältnis und die lebendige Kraft, die hinter der aktiven Auseinandersetzung mit der blutigen Vergangenheit stand, in den Blick nahm, stellte das Bild einer umfassenden gesellschaftlichen Einigung auf Erinnerungsstrategien in Frage.

Die Entstehungsgeschichte der Kommission zur historischen Aufklärung (CEH) war vor allem die Geschichte der „Gruppe zur gegenseitigen Unterstützung“ (GAM), die Anfang der 1980er Jahre die Forderung nach einer Wahrheitskommission in die politische Diskussion gebracht hatte. Während der GAM, wie auch andere Menschenrechtsgruppierungen, die Forderung nach einer Untersuchungskommission zunehmend als *conditio sine qua non* für die Bestrafung der Täter verstand, begann die katholische Kirche zu der gesellschaftlichen Kraft zu werden, die eine Wahrheitskommission als Modul gesamtgesellschaftlicher Ver-

söhnung vehement einforderte. Die konkrete Debatte um das Mandat der Wahrheitskommission, die von den Delegationen der Regierung und der Guerilla erbittert geführt wurde, illustriert die Entwicklung von Wahrheitskommissionen zu einem gewohnheitsrechtlichen Bestandteil des politischen Umbruchs. Mit der Einsetzung der CEH erhielten die Interessen verschiedener Akteure (Guerilla, Militär, UN, „Gruppe der Freunde", »organisierte Zivilgesellschaft») einen institutionellen Ausdruck, der vor allem das Kräfteverhältnis dieser Akteure wiederspiegelte. Das Mandat der Kommission verdeutlichte die Dominanz internationaler Vorgaben und die relative Schwäche der »organisierten Zivilgesellschaft», die ihre Vorstellungen nicht hatte durchsetzen können (vgl. Kapitel 3 und 5.2).

Sowohl hinsichtlich der Tätigkeit als auch der Wirkungen der CEH und des wahrheitskommissionsähnlichen kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung (REMHI) zeigte sich, dass eine Analyse nationaler Entwicklungen zwar unabdingbar ist, jedoch die Bedeutung der institutionalisierten Wahrheitsfindung nicht hinreichend zu fassen vermag.

Die Bedingungen der Möglichkeit eines „*Fact-finding*-Prozesses", der weit über eine quantitative Dokumentation von Verbrechen hinausging, lagen sowohl in internen als auch in externen politischen Entwicklungen. Der guatemaltekische Aufarbeitungsprozess stand in einem internationalen Kontext, der von der wachsenden Zuversicht hinsichtlich der Möglichkeiten einer umfassenden Aufarbeitung vergangener Gräuel getragen war. Die Möglichkeiten der strafrechtlichen Ahndung von Menschenrechtsverletzungen schienen sich in den späten 1990er Jahren ausgeweitet zu haben, als Augusto Pinochet Ugarte, der zu einer Chiffre lateinamerikanischer Militärherrschaft geworden war, in London unter Hausarrest gestellt wurde. Mit der südafrikanischen *Truth and Reconciliation Commission*, die etwa zeitgleich mit der CEH ihre Arbeit aufgenommen hatte, schien das Projekt gesellschaftlicher Versöhnung in eine neue Ära eingetreten zu sein. Schließlich hatten Entschädigungsforderungen, die von ehemaligen NS-Zwangsarbeitern oder von chinesischen „Trostfrauen" gestellt worden waren, neue Hoffnungen auf umfassende Reparationen geweckt.[818] Vor diesem Hintergrund und auf der Basis eines „zahnlosen" Mandats entwickelte der Aufklärungsprozess in Guatemala eine ungeheure Dynamik, die im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückgeführt werden kann (vgl. Kapitel 5): die Arbeit des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung (REMHI), die externen Impulse durch die Veröffentlichung und Bearbeitung von CIA-Akten, und drittens die Eigendynamik der Wahrheitsfindung, die dazu geführt hatte, dass die Mitarbeiter von REMHI und CEH motiviert wurden, gesellschaft-

[818] Eine jüngst publizierte Überblicksstudie befasst sich mit der Entschädigungspraxis, die sich mit Opfergruppen des 2. Weltkrieges und mit den Folgen des Kolonialismus auseinandersetzt und dieses in den Kontext eines international gestärkten Menschenrechtdiskurses stellt. Vgl. Elazar Barkan; Völker klagen an: eine neue internationale Moral, Düsseldorf 2002.

liche Tabus zu durchbrechen. Schließlich konfrontierte die CEH die Öffentlichkeit am 25. Februar 1999 mit ihrer Schlussfolgerung, der guatemaltekische Staat habe zwischen 1981 und 1984 in bestimmten Regionen des Landes genozidale Praktiken ausgeübt. Mit der Präsentation der Untersuchungsergebnisse in einer „öffentlichen Geschichtsstunde" (Ash) hatte die diskursive Auseinandersetzung mit der guatemaltekischen Vergangenheit zunächst ihren Höhepunkt erreicht. Vor dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die durch die Blockade einer Neuordnung des zivil-militärischen Verhältnisses und die selektive und straflose Wiederkehr repressiver Praktiken gekennzeichnet war, schwanden indes in der Folgezeit die Chancen für eine stringente Aufarbeitung der Vergangenheit. Gesellschaftliche Kräfte, die auf einer Nichtbearbeitung des Vergangenen bestanden, gewannen zunehmend ihre Dominanz zurück. In der Reformresistenz der guatemaltekischen Eliten und des Militärs und in der unveränderten Haltung bedeutender Protagonisten der militärischen Aufstandsbekämpfung lagen wesentliche Hindernisse für die Umsetzung der von der CEH erarbeiteten Empfehlungen. Dennoch wurde mit der Tätigkeit der CEH nicht nur – neben dem Waffenstillstand – das einzige Friedensabkommen vollständig umgesetzt, sondern die Ergebnisse der Wahrheitsfindung selbst wurden zu einem bedeutenden Legitimationsgrund für den in den Abkommen festgelegten Reformprozess und zu einem Impuls für die politische Praxis (vgl. Kapitel 7 und 8).

Diskurse

> *Die Wahrheit ist von dieser Welt; in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert, verfügt sie über geregelte Machtwirkungen. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‚allgemeine Politik' der Wahrheit, d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt [...].*[819]

Die Kommission zur historischen Aufklärung wurde einerseits als *politisches Instrument* untersucht, das aus einem Fundus möglicher Umgangsweisen gezielt ausgewählt wurde, da es geeignet schien, zwischen internationalen Menschenrechtsstandards und der unveränderten gesellschaftlichen Selbstverortung bedeutender militärischer Fraktionen zu vermitteln. Andererseits wurde die Wahrheitskommission als Instrument der *diskursiven Aufarbeitung* der blutigen Vergangenheit Guatemalas untersucht und dabei die Frage fokussiert, wie die institutionalisierte Wahrheitsfindung auf das kommunikative und kulturelle Gedächtnis Einfluss genommen hat. Wie in den vorangegangenen Kapiteln veranschaulicht, wirkten CEH und REMHI in unterschiedlicher Weise auf diese beiden Register des sozialen Gedächtnisses. Die Bedeutung der CEH ist vor allem in ihrer Modifizierung des kulturellen Gedächtnisses zu verorten: Mit der „Erinnerung an das Schweigen" wurde ein historisches Narrativ erarbeitet, das die

[819] Michel Foucault; Dispositive der Macht, Berlin 1978, S. 51.

postkonfliktive guatemaltekische Gesellschaft fundiert und die Geschichte der guatemaltekischen Nation enthält. Die „historische Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten, die für die guatemaltekische Bevölkerung Leid verursacht haben“ ging weit über eine Dokumentation von Verbrechen hinaus und konnte zu einem Projekt nationaler Geschichtsschreibung werden, weil die CEH das hermeneutische Recht besaß, die Fakten zu interpretieren. Wie im sechsten Kapitel der vorliegenden Arbeit nachgewiesen, hat die Wahrheitskommission nicht die Geschichte des bewaffneten Aufstandes und seiner Niederschlagung geschrieben, sondern ein Narrativ verfasst, welches mit der Kolonialzeit beginnt und die Geschichte der Unterdrückung der indigenen Bevölkerung behandelt. Vor diesem Hintergrund stellte die Politik der verbrannten Erde die Klimax einer Tragödie dar, die mit der doppelten Herausforderung der Versöhnung und der Konstruktion eines neuen nationalen Projektes endet. So schließt das mit „Die Tragödie der »bewaffneten Auseinandersetzung«“ betitelte Kapitel des offiziellen Wahrheitsberichtes mit dem Verweis darauf, dass die Maya-Bewegung das Fundament dafür geschaffen hatte, „dass die gesamte Gesellschaft ihre Geschichte überprüft und sich zur Konstruktion eines neuen nationalen Projektes verpflichtet [...]“.[820]

In der „Erinnerung an das Schweigen“, die einen der wenigen Grundlagentexte zur guatemaltekischen Geschichte darstellt, kristallisierte sich eine *hegemoniale Wahrheit* über die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung«, die den historiographischen Bedürfnissen der Gegenwart entspricht. Die von der CEH verfasste Wahrheit ist in einem „offiziellen, politisch-ideologischen Funktionszusammenhang“[821] entstanden, der nicht nur die retrospektive Legitimation von Herrschaft kennt. „Die *Allianz zwischen Herrschaft und Erinnerung* hat auch eine *prospektive* Seite“.[822] Mit der „Erinnerung an das Schweigen“ wurde zugleich der Entwurf einer „multikulturellen, plurilingualen und multiethnischen“ Nation unterstrichen und eine historische Analyse vorgelegt, die soziale und ökonomische Disparitäten als eine Hauptursache der »bewaffneten Auseinandersetzung« nennt, in der perspektivischen Darstellung einer postkonfliktiven Gesellschaft die Aufhebung dieser Disparitäten jedoch hinter die Überwindung rassistischer Strukturen und die Etablierung eines multikulturellen nationalen Projektes stellt.

In dieser Geschichts- und Gegenwartsauffassung, die von bedeutenden Protagonisten der Aufstandsbekämpfung negiert wurde (vgl. Kapitel 7), spiegelt sich ferner die Hegemonie des internationalen Menschenrechtsdiskurses, der nach der Beendigung des Kalten Krieges zu einem festen Bestandteil internationaler Politik geworden ist. Nachdem das Thema der Exklusion indigener Bevölke-

[820] CEH, Bd. V, S. 41 (§ 79).
[821] Assmann; Das kulturelle Gedächtnis, a.a.O., S. 71.
[822] Ebda. (Hervorhebung im Original).

rungsgruppen Anfang der 1990er Jahre in Lateinamerika sowohl einen enormen Aufschwung als auch internationale Beachtung und Anerkennung erfahren hatte, ist der Bereich des Multikulturellen inzwischen auch zu einem integralen Bestandteil der Förderkonzepte internationaler Entwicklungsorganisationen geworden. Die Schaffung partizipativer Strukturen und die Überwindung kulturell vermittelter Disparitäten stellen zu Beginn des 21. Jh. eine Hauptachse des politischen Diskurses dar.

Auf der Ebene des Diskurses hat sich das Projekt einer multikulturellen Nation zwar durchgesetzt, doch zeigt die politische Praxis, dass Multikulturalität im Rahmen der offiziellen staatlichen Politik vorrangig als folkloristisches Beiwerk benutzt wird.[823] Gewichtige staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen (z.B. der Verband von Kaffeeproduzenten ANACAFE – *Asociación Nacional del Café*) verwenden zwar die multikulturelle Rhetorik und Symbolik, zeigen jedoch keinen Willen zur Veränderung faktischer Ungleichheit. Für die Analyse des Prozesses der historischen Aufarbeitung ist die Beobachtung entscheidend, dass das Produkt der Wahrheitsfindung nicht nur das historiographische Interesse herrschender Eliten spiegelt. Im Anschluss an Gramsci lässt sich vielmehr konstatieren, dass mit der „Erinnerung an das Schweigen" eine hegemoniale Geschichtsauffassung etabliert wurde, die einen gesellschaftlichen Konsens widerspiegelt und nicht nur von herrschenden Eliten, sondern auch von der Zivilgesellschaft produziert und reproduziert wird. In einer Gesellschaft, in der die offizielle Geschichtsschreibung jahrhundertelang einzig die Geschichte spanischer und später ladinischer Herrschaft war, stellt die mit der „Erinnerung an das Schweigen" konstruierte Geschichtsauffassung einen bedeutenden symbolischen Sieg der Maya-Bewegung dar. Die Geschichte der Unterdrückung der indigenen Bevölkerung ist nicht nur zu einem integralen Bestandteil der Geschichte Guatemalas geworden, sondern die Maya-Bewegung selbst ist als bedeutender Motor der Geschichte der Gegenwart anerkannt.

*

Mit der Kommission zur historischen Aufklärung wurde eine Institution zur Wahrheitsfindung geschaffen, die manche Wahrheiten in ihre Geschichtsschreibung integrierte und andere ausschloss. Die von ihr produzierte Nationalgeschichte spiegelte sowohl den siegreichen ideologischen Kampf der Maya-Bewegung als auch die historische Niederlage der bewaffneten Aufstandsbewegung wider. Der marxistisch inspirierte Gedanke des gesellschaftlichen Umsturzes wurde, wie auch das zugehörige theoretische Gerüst, in der Berichterstattung der CEH als illusionäre Ideologie charakterisiert, die ihren Platz in der als abge-

[823] Vgl. Einleitung (Zeremonie in Santa Cruz del Quiché), Kapitel 7.1.3 (Übergabezeremonie der „Erinnerung an das Schweigen") und Kapitel 8.1.3 (Amtseinführung Portillos).

schlossen verstandenen Epoche des Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus hat.

Mit der Thematisierung der sozialpsychologischen Folgen des Terrors und der psychischen und sozialen Folgen der gegen Frauen ausgeübten Gewalt wurden zwei Wahrheiten in die Berichterstattung integriert, die als marginalisiert, und, im letzteren Fall, als unterdrückt zu bezeichnen sind. Die Beschreibung psychischer Störung und die Aufdeckung der Doppelmoral von lustvoller Vergewaltigungspraxis und der nachfolgenden Stigmatisierung der Opfer stellten innerhalb der guatemaltekischen Gesellschaft einen bedeutenden Tabubruch dar. Zugleich zeugt der Umgang mit der ermittelten Wahrheit von der Kraft des bestehenden Tabus. Bereits zu dem Zeitpunkt, als die CEH ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen verfasste, wurden die ermittelten Wahrheiten wieder in ihre marginale Position verbannt. Besonders deutlich wurde dies, als die CEH keine Empfehlung zur Aufarbeitung der gegen Frauen ausgeübten Gewalt formulierte und in der Folgezeit diese Frage auch im zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss der *Instancia Multisectorial por la Paz y la Concordia* an den Rand gedrängt wurde. Die genderanalytische Aufarbeitung der »bewaffneten Auseinandersetzung« zeigt ein Ungleichgewicht, welches auch im Fall der Multikulturalität wirksam ist: Auf der Ebene des Diskurses ist es möglich, die Wahrheit terrorisierter Frauen und die des diesbezüglichen Kampfes in die umfassende „historische Wahrheit" zu integrieren; auf der Ebene der politischen Praxis indes wirkt die politische, ökonomische und kulturelle patriarchale Hegemonie.

*

Durch die Tätigkeit der Kommission zur historischen Aufklärung konnte die guatemaltekische Gesellschaft ihr gegenwärtiges Selbstbild stabilisieren. Als die Kommission die Ergebnisse der historischen Analyse präsentierte, konfrontierte sie die guatemaltekische (ladinische) Öffentlichkeit nicht nur mit der Tatsache, in einem Land zu leben, in dem genozidale Praktiken ausgeübt worden waren, sondern mit einer neuen offiziellen Landesgeschichte. Die öffentliche Diskussion um die Ergebnisse der Wahrheitsfindung, wie sie etwa in den Medien geführt wurde, zeigte, dass sich ein gesellschaftlicher Konsens über die blutige Vergangenheit zu bilden begann. Die von der CEH erarbeitete Geschichtsauffassung wurde, mit anderen Worten, von der öffentlichen Meinung getragen.[824] Diese Beobachtung darf allerdings nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der guatemaltekischen Geschichte vor-

[824] Die Herausbildung einer öffentlichen Meinung impliziert nicht die Unmöglichkeit, dass auch konträre Positionen im öffentlichen Raum artikuliert werden. In Guatemala etablierte sich mit der „Erinnerung an das Schweigen" eine Wahrheit über die als abgeschlossen verstandene Epoche der »bewaffneten Auseinandersetzung«, obwohl die zuvor hegemoniale Wahrheit des Militärs immer noch öffentlich vertreten wurde. Im »Landesinneren« war die Ideologie der Aufstandsbekämpfung indes noch nicht umfassend aufgeweicht.

rangig in hauptstädtischen akademischen Kreisen und innerhalb der »organisierten Zivilgesellschaft« erfolgte.

Horizonte

Für die Wirkungsgeschichte der historischen Aufklärung hatte sich der Rahmen nationaler Reformprozesse insofern als nachrangig herausgestellt, als ein großer Teil der guatemaltekischen Bevölkerung nicht an nationale Ereignisse angebunden war und ist. Die Lebenswelt der Bewohner vieler abgelegener *comunidades* weist nach wie vor kaum Schnittstellen mit der nationalen Politikgestaltung auf. Im Gegenteil, die *comunidad* stellt in weiten Teilen Guatemalas trotz einschneidender Differenzierungsprozesse und erzwungener und freiwilliger Migration die für die soziale Integration relevante Einheit dar. Vor diesem Hintergrund wurde die Analyse der Wirkungsgeschichte auf eine zweite Ebene heruntergebrochen und die Darstellung nationaler Entwicklungen um die kaleidoskopische Skizze des Aufarbeitungsprozesses im »Landesinneren« ergänzt. Diese Skizze fokussierte den zum Jahreswechsel 1999/2000 aktivsten Ort der Aufarbeitung, die im Rahmen des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung durchgeführten Schritte zur längerfristigen Bearbeitung des erlittenen Unheils. Mit den Aktivitäten des REMHI-Projektes, die sich allmählich um Projekte nationaler und internationaler NGOs zu ergänzen begannen, fand die Bearbeitung der traumatischen Erfahrung in der und durch die Zivilgesellschaft statt.[825] Die Darstellung der noch nicht abgeschlossenen letzten Phase des REMHI-Projektes verdeutlichte, dass sich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – und auch die Tabuisierung derselben – vorrangig innerhalb von lokalen Bezugsrahmen vollzieht.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist ein Prozess, der sich – abgesehen von akademischen Kreisen und Einrichtungen der höheren Bildung – vor allem in den Regionen Guatemalas abspielt, die von der Politik der verbrannten Erde besonders betroffen waren und in denen befreiungstheologisch inspirierte Bischöfe und Geistliche einen Ort für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit schaffen. Diese Auseinandersetzung hat viele Gesichter und kennt die Modi der Anleitung von Reflexionsgruppen und Geschichtswerkstätten, der juristischen Unterstützung und psychosozialen Betreuung von Opfern und der Durchführung von Exhumierungsprozessen. Die Auseinandersetzung mit der blutigen Vergangenheit findet im lokalen Rahmen der *comunidades* und damit in einem Kontext statt, der nach wie vor vom Fortbestand alter Repressions- und Angststrukturen gekennzeichnet ist. Die Arbeit des kirchlichen Projektes hat – und dies ist eines der entscheidenden Ergebnisse der historischen Aufklärung – zur Entdeckung des guatemaltekischen Genozids *durch* Opfer geführt, die die »bewaffnete Aus-

[825] Ausnahme ist die Institution des Menschenrechtsprokurators, die als staatliche Organisation zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu koordinieren trachtete.

einandersetzung« zuvor im lokalen Rahmen ihrer *comunidades* erlebt, interpretiert und erinnert hatten. Mit der Einbettung ihrer Erfahrungen in die nationale Geschichte des Terrors wurde es den an REMHI angebundenen Menschen ermöglicht, ihr eigenes Schuldgefühl zu durchbrechen. Außerdem bedeutete die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung" die zumindest partielle Etablierung eines Geschichtsverständnisses, welches die Rechtmäßigkeit des Terrors negiert und das Bemühen der sozialen Bewegung um eine Verbesserung der Lebensumstände legitimiert. Damit wurde zugleich die Legitimität und Hegemonie der militärischen Doktrin der Nationalen Sicherheit erschüttert.

*

Die Entwicklungen im guatemaltekischen »Landesinneren« zeigen, dass die Möglichkeit einer Aufarbeitung, die „den Bann der Vergangenheit durch helles Bewusstsein"[826] bräche, auf den Archipel der »organisierten Zivilgesellschaft« beschränkt bleibt. Vor diesem Hintergrund ist zu konstatieren, dass eine Analyse, die sich auf strukturelle Bedingungen der Möglichkeit von nationalen Aufarbeitungsprozessen und auf die Inhalte der produzierten Diskurse konzentriert, wichtige Fragen nicht zu klären vermag: Setzen sich die Ergebnisse der Wahrheitskommission in Kommunikation um? Inwieweit wird auch im »Landesinneren« ein Wissen um die »bewaffnete Auseinandersetzung« und die Nationalgeschichte produziert? Inwieweit werden die Ergebnisse der Wahrheitsfindung verstanden? Ist dem Wissen um die historischen Zusammenhänge auch in den intellektuellen Kreisen der Hauptstadt ein Verstehen oder gar ein Mitfühlen gefolgt? Kurzum: Hat die institutionalisierte Wahrheitsfindung durch REMHI und CEH tatsächlich zu einer „erinnernden Durcharbeitung" (Mitscherlich) der Vergangenheit geführt? Mit diesen Fragestellungen wurde in der hier vorliegenden Analyse eine Dimension eingeführt, die die Einwirkung der institutionalisierten Wahrheitsfindung auf die individuelle Erinnerung thematisiert und damit die Untersuchung vergangenheitspolitischer Errungenschaften und Blockaden um die Dimension von Erinnerungsarbeit (vgl. Kapitel 8) ergänzt.

Erinnerungsarbeit erfuhr ihren ersten Aufschwung als moralischer Imperativ während der bundesdeutschen Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit in den späten 1960er Jahren. Der Ruf nach einer aktiven Durcharbeitung der Vergangenheit wurde vor allem von Autoren formuliert, die der Frankfurter Schule verbunden waren.[827]

---

[826] Adorno; Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, a.a.O., S. 10.

[827] Neben Adorno, Horkheimer und Marcuse ist in diesem Kontext auf Alexander Mitscherlich zu verweisen, der zwar nicht mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung verbunden war, jedoch von diesem stark beeinflusst wurde.

> Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. Ich kann nicht verstehen, daß man mit ihr bis heute so wenig sich abgegeben hat.[828]

> Spreche ich von der Erziehung nach Auschwitz, so meine ich zwei Bereiche: einmal Erziehung in der Kindheit, zumal in der frühen; dann allgemeine Aufklärung, die ein geistiges, kulturelles und gesellschaftliches Klima schafft, das eine Wiederholung nicht zuläßt, ein Klima also, in dem die Motive, die zu dem Grauen geführt haben, einigermaßen bewußt werden.[829]

Das Vergessen ist die Kehrseite der von Adorno geforderten Erziehung, Aufklärung und Bewusstwerdung. Mit dem Verweis auf die „Motive, die zu dem Grauen geführt haben", ist zugleich angedeutet, dass es sich bei der allgemeinen Aufklärung nur um eine solche handeln kann, die nicht nur die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ursachen des Holocaust benennt, sondern zu den psychologischen Dimensionen vordringt, die das Grauen erst ermöglicht haben. Damit geht es um das Durcharbeiten der eigenen verborgenen Geschichte mit dem Ziel, dauerhafte Einsichten über Verhaltensdispositionen zu gewinnen. Erinnerungsarbeit ist in diesem Sinne vor allem die Arbeit am Unbewussten. Wie nun dies praktisch umsetzen? Die Antwort Adornos wirkt genauso überheblich wie unbeholfen, wenn er überlegt,

> daß etwas wie mobile Erziehungsgruppen und -kolonnen von Freiwilligen gebildet werden, daß sie aufs Land fahren und in Diskussionen, Kursen und zusätzlichem Unterricht versuchen, die bedrohlichsten Lücken auszufüllen. Ich verkenne dabei freilich nicht, daß solche Menschen sich schwerlich beliebt machen werden. Aber es wird dann doch ein kleiner Kreis um sie sich bilden, der anspricht, und von dort könnte es vielleicht ausstrahlen.[830]

Auf den ersten Blick schien sich drei Jahrzehnte nach der Ausstrahlung des Vortrages Adornos im Hessischen Rundfunk die Idee der „mobilen Erziehungskolonnen" in Guatemala materialisiert zu haben. Doch nur auf den ersten Blick. Mit dem Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung wurde erstens versucht, vor allem für die Opfer der »bewaffneten Auseinandersetzung« einen Raum bereitzustellen, in dem Erinnerungsarbeit geleistet werden kann. Im Gegensatz zu der für die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft entwickelten Idee ging es nicht vorrangig darum, das Schweigen in einer Gesellschaft von Tätern zu brechen, sondern darum, die traumatischen Erlebnisse der Opfer zu bearbeiten und in einen nationalen historischen Kontext zu stellen. Zweitens

---

[828] Thedor W. Adorno; Erziehung nach Auschwitz, in: ders.; Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt a. M. 1969, S. 85

[829] Ebda., S. 88.

[830] Adorno; Erziehung nach Auschwitz, a.a.O., S. 91.

entwickelte das Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung bereits in den ersten Monaten seines Bestehens eine Dynamik, die auch die Mitglieder der „mobilen Erziehungskolonnen“ in das „Projekt Erinnerungsarbeit“ einband. Das REMHI-Projekt und, wenige Monate später, die CEH beschäftigten Mitarbeiter, die nicht nur Wissen weitergaben und Informationen zusammentrugen, sondern die durch die institutionalisierte Wahrheitsfindung begannen, ein Verständnis für die Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« zu entwickeln (vgl. insbes. Kapitel 5.1). Vor allem das kirchliche Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung hatte einen kollektiven Rahmen dafür geschaffen, dass auch die ehren- und hauptamtlichen „Erinnerungsarbeiter“ ihre eigene Geschichte überprüfen und die ihres Landes entdecken konnten.

Diesbezüglich konnte herausgearbeitet werden, dass mit dem Projekt zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung eine Methodik erarbeitet wurde, die sowohl an die psychoanalytische Konzeption von Erinnerungsarbeit als auch an das von Frigga Haug im Rahmen der Frauenbewegung entwickelte „Projekt Erinnerungsarbeit“ anknüpft.[831] Mit REMHI wurde versucht, einen sozialen Rahmen für das Erinnern zu schaffen, welcher die Befreiung von einer schuldbehafteten und traumatisierten Erinnerung erlaubt. Die Grenzen dieses Versuchs wurden im Fortbestand lokaler Machtstrukturen, in der materiellen und personellen Unterausstattung des Projektes, in der Abhängigkeit von der Haltung der Bischöfe und schließlich in der Tatsache verortet, dass die katholischen Gemeinden, in denen Erinnerungsarbeit betrieben wird, Erinnerungsgemeinschaften mit einer spezifischen Prägung darstellen. Im sechsten Kapitel der vorliegenden Arbeit wurde erörtert, dass der Bericht „Guatemala – nunca más!“ vor allem auch als Narrativ zu verstehen ist, das die Geschichte der katholischen Kirche unter dem Vorzeichen ihres gegenwärtigen Selbstverständnisses als Instanz der gesellschaftlichen Versöhnung skizziert. Wie schließlich im achten Kapitel dieser Arbeit beschrieben, tendierte die „Wiederaneignung der historischen Erinnerung“ bereits wenige Monate nach der Ermordung Gerardis dazu, die Erinnerungsgemeinschaft der katholischen Gläubigen selbst zu festigen: Der ermordete Bischof wurde als Märtyrer verehrt und der Abschlussbericht des Projektes zu einer Legitimationsquelle für die Ausrichtung der eigenen Arbeit. Damit bestätigte sich die Beobachtung von Halbwachs, dass eine Gruppe aus dem Fundus der Vergangenheit diejenigen Elemente aktualisiert, die ihrem erinnernden Bedürfnis entsprechen.

Vergangenheitspolitik und Erinnerungsarbeit

Mit der Zuspitzung der Analyse des guatemaltekischen Aufarbeitungsprozesses auf das komplexe Geflecht vergangenheitspolitischer Prozesse einerseits und auf die Möglichkeit einer Institutionalisierung von Erinnerungsarbeit andererseits

[831] Siehe dazu ausführlich Kapitel 8.4.4.

wurde versucht, den Diskurs des *comparative past-beating* durch einen dualen analytischen Ansatz zu bereichern, der diese beiden Ebenen – die vergangenheitspolitische Bedeutung von Wahrheitskommissionen und ihr Potenzial für eine aktive Erinnerungsarbeit – zusammenführt. Dieser Blickwinkel ermöglicht es, vergangenheitspolitische Mythen zu dekonstruieren und zugleich die mit der Einsetzung von Wahrheitskommissionen verbundene Möglichkeit der individuellen und gemeinschaftlichen Durcharbeitung der Vergangenheit zu beleuchten.

Vergangenheitspolitik ist dabei mehr als das Synonym für Vergangenheitsbewältigung, zu dem der Begriff sich inzwischen zu entwickeln droht.[832] Der Begriff der Vergangenheitspolitik wurde von Norbert Frei für die konkrete historische Situation der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte der 1950er Jahre entwickelt. An die Säuberungspolitik der Alliierten (1945-1949) habe sich, so Frei, die Phase der Vergangenheitspolitik angeschlossen, die die erste Form des Umgangs mit dem Nationalsozialismus durch die neue Bundesrepublik darstellte. Vergangenheitspolitik sei „der Prozeß der Amnestierung und Integration der vormaligen Anhänger des „Dritten Reiches" und der normativen Abgrenzung vom Nationalsozialismus"[833]. „Vergangenheitspolitik" bezeichnet also drei Elemente einer politischen Praxis in einer historisch einmaligen Situation. In der vorliegenden Untersuchung wurde der Begriff der Vergangenheitspolitik aus dem bundesrepublikanischen Kontext der 1950er Jahre herausgelöst und für die Analyse der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der guatemaltekischen Wahrheitskommission verwendet. Die Bundesrepublik Deutschland und Guatemala lassen sich weder hinsichtlich der zu bearbeitenden Vergangenheiten noch hinsichtlich der Modi der Aufarbeitung vergleichen, und doch ist die Übertragung des Begriffes Vergangenheitspolitik auf den guatemaltekischen Kontext sinnvoll: Als Frei den Begriff der Vergangenheitspolitik einführte, bezeichnete er eine Form des Umgangs mit der Vergangenheit, die nicht in erster Linie den Wünschen der (in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft kaum noch lebenden) Opfer entspricht, sondern, im Gegenteil, auf die Aufhebung der von den Alliierten praktizierten strafrechtlichen Verfolgung und Exklusion der Täter (Entnazifizierung) zielt. Die Kommission zur historischen Aufklärung wurde in der vorliegenden Arbeit als ein *bewusst eingesetztes politisches* Instrument der Transition untersucht, mit dem sich eine Reihe impliziter und expliziter Zielsetzungen verbanden. Wie in Kapitel 3.2 dargelegt, wurde die Einsetzung einer Wahrheitskommission in Guatemala einerseits von ranghohen Militärangehörigen vor allem als Möglichkeit begriffen, der Strafverfolgung zu entgehen. Für

[832] Vgl. Günther Sandner; Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik, in: ÖZP 30, 2001, S. 7. Sandner definiert Vergangenheitspolitik als den „politischen, justiziellen und kulturellen Umgang einer demokratischen Gesellschaft mit ihrer diktatorischen Vergangenheit" und schlägt damit eine Definition vor, die gleichfalls auf den Begriff der Vergangenheitsbewältigung anwendbar wäre.

[833] Frei; Vergangenheitspolitik, a.a.O., S. 397.

die Phase der Friedensverhandlungen gilt, dass mit der Tätigkeit einer Wahrheitskommission zugleich die *Amnestierung* der Straftaten intendiert wurde.[834] Andererseits hatte die CEH, wie vor allem in Kapitel 6 dargelegt, mit der „Erinnerung an das Schweigen" ein offizielles historisches Narrativ über eine als abgeschlossen verstandene Epoche verfasst. Der Prozess der institutionalisierten Wahrheitsfindung diente somit auch der *normativen Abgrenzung* von der Vergangenheit. Mehr noch, mit der Tätigkeit der CEH verband sich das Ziel gesellschaftlicher *Integration*. Im Gegensatz zur bundesdeutschen Praxis handelte es sich dabei indes nicht vorrangig um die administrative Integration der Täter, sondern vielmehr um die ideelle Integration der indigenen und ladinischen Bevölkerung in das Projekt einer neuen multikulturellen Nation. Mit der intendierten Amnestierung, der normativen Abgrenzung von der Geschichte der »bewaffneten Auseinandersetzung« und der Integration der Kulturen in das Projekt einer gemeinsamen Nation finden sich die drei Dimensionen von Vergangenheitspolitik in stark modifizierter Form und in einer wiederum einmaligen historischen Situation auch in Guatemala. Zwei weitere Aspekte sprechen für eine Verwendung des Begriffes Vergangenheitspolitik im guatemaltekischen Kontext. Vergangenheitspolitik wurde in den Anfangsjahren der BRD erstens vor dem doppelten Hintergrund des Beschweigens individueller Geschichten und Verstrickungen und der Untätigkeit der bundesdeutschen Justiz durchgeführt. Die „Pflege des anti-nationalsozialistischen Gründungskonsens"[835] wurde dabei vor allem aufgrund der Drohungen und Vorgaben der Alliierten betrieben. Auch die guatemaltekische Entscheidung für eine aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die Einrichtung einer Wahrheitskommission war, wie auch die rhetorischen Selbstverpflichtungen der guatemaltekischen Regierungen auf die Friedensabkommen und die Empfehlungen der CEH, in hohem Maße das Resultat externer Vorgaben. Zweitens wurde mit dem Begriff der Vergangenheitspolitik eine staatliche politische Praxis bezeichnet, die eine Phase eines unabgeschlossenen Prozesses darstellt. Mit der CEH wurde eine offiziell legitimierte Institution eingesetzt, die nicht mehr als den Auftakt für einen langen Prozess der politischen, kulturellen und psychologischen Aufarbeitung vergangener Gräuel darstellen konnte.

Während der Begriff der Vergangenheitspolitik auf die Sphäre staatlicher Politik verweist, wurde mit dem Begriff der „Erinnerungsarbeit" auf eine Methode der Aufarbeitung verwiesen, die in Guatemala vorrangig von der katholischen Kirche praktiziert wurde und damit von dem Sektor der »organisierten Zivilgesellschaft», der nach der Beendigung der »bewaffneten Auseinandersetzung« im guatemaltekischen »Landesinneren« die größte Verankerung in der Bevölkerung

[834] Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass das Ende 1996 verabschiedete Amnestiegesetz schwerwiegende Straftatbestände aus der Strafverschonung ausnahm.

[835] Frei; Vergangenheitspolitik, a.a.O., S. 400.

besaß. Mit dem Begriff der Erinnerungsarbeit wurde die Diskussion um das vergangenheitspolitische Instrument der Wahrheitskommission gleichsam wieder auf ihren Ursprung zurückgeführt. Als die ersten Angehörigenorganisationen von Verschwundenen die Aufklärung über das Schicksal derselben einzuklagen begannen, war die Diskussion um die institutionalisierte Wahrheitsfindung von der Hoffnung getragen, die offizielle Aufklärung über den Verbleib der Verschwundenen und die offizielle Anerkennung der Taten könne zu einer Überwindung der erlittenen Traumata beitragen. Durch die Arbeit des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung wurde die Notwendigkeit einer langfristigen Bearbeitung der traumatischen Erfahrung in einem kollektiven Zusammenhang unterstrichen. Das REMHI-Projekt verdeutlichte damit die Schwächen der offiziellen Wahrheitsfindung, die den psychischen Notlagen der Opfer in der Regel nicht begegnen kann.

Kollektive Erinnerung, dies hatte bereits Halbwachs hervorgehoben, ist eine soziale Praxis. Mit der „Erinnerung an das Schweigen" wurde ein historisches Narrativ vorgelegt, das die blutige Geschichte des 20. Jh. in den Kontext des aktuell gültigen Konzeptes einer ethnisch zweigeteilten guatemaltekischen Gesellschaft einschreibt und das Projekt einer gemeinsamen Nation entwirft. Als eines der kulturellen Erzeugnisse, die den Fundus des kulturellen Gedächtnisses bilden, besitzt es das Potenzial, die Imagination einer guatemaltekischen Nation zu stützen. Wenige Monate nach der Präsentation des Abschlussberichtes wurde eine Regierung gewählt (und mit ihr die historische Sicht und der politische Diskurs des Militärs gestärkt), die die Ergebnisse der institutionalisierten Wahrheitsfindung nicht als historiographische Strategie einzusetzen beabsichtigte. Die neue Regierung machte sich die „Erinnerung an das Schweigen" nicht zu Eigen, sondern – im Gegenteil – verdunkelte sie erneut durch die Duldung informeller Repressionsstrukturen und durch die Verschleppung zentraler Empfehlungen der CEH. Damit zeigte sich, dass die Einigung auf Erinnerungsstrategien revidierbar ist. Im Kontext eines Friedensprozesses niedriger Intensität wurde die von der Wahrheitskommission niedergeschriebene Geschichte nur punktuell aufgegriffen und gemeinsam angeeignet und rekonstruiert. Dabei vollzogen sich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die Entwicklung vergangenheitspolitischer Strategien innerhalb von demokratischen Spielräumen, die sich nach dem Friedensschluss vor allem im städtischen Umfeld geöffnet hatten. In weiten Teilen des »Landesinneren« bestanden indes die militarisierten Strukturen des Alltags fort, und die gemeinsame Konstruktion einer von der Doktrin der Nationalen Sicherheit befreiten historischen Wahrheit fand innerhalb der Menschenrechts- und Gewerkschaftsorganisationen statt, die der staatliche Terror nicht zu zerstören vermocht hatte. Abgesehen von einigen psychosozialen Projekten wurde Erinnerungsarbeit in der guatemaltekischen Nachkriegszeit vornehmlich von Reflexionsgruppen der katholischen Kirche geleistet. Dabei zeigte sich nicht nur die Tendenz einer Mythologisierung der Geschichte im Rahmen eines religiös gefärbten Narrativs, sondern auch die Prob-

lematik der Einbindung von Opfern, Tätern und Unbeteiligten in den sozialen Prozess des Erinnerns. REMHI konnte vor allem in den *comunidades* arbeiten, in denen engagierte Gemeindemitglieder mit der Unterstützung durch örtliche Priester und diözesane REMHI-Teams stabile Reflexionsgruppen aufbauen konnten. Gelang dies in einigen Diözesen des »Landesinneren«, so war es unter den Bedingungen der anonymen Städte fast unmöglich. Damit konnte der überwiegende Teil der Bevölkerung nicht in das „Projekt Erinnerungsarbeit" eingebunden werden. Weder die Teilnahme an der Abschlusszeremonie einer Wahrheitskommission noch die mediale Vermittlung ihrer Schlussfolgerungen bedeutet den Beginn einer Durchleuchtung der eigenen Geschichte und die Auseinandersetzung mit dem eigenen Leiden oder der eigenen moralischen Schuld. Und darin liegt eine zusätzliche Gefahr: „Eine sogenannte Versachlichung der Vergangenheit kann zu einer erneuten Verdrängung unserer gefühlsmäßigen Beteiligung an ihr führen".[836] Mit der Untersuchung der CEH als vergangenheitspolitischem Instrument wurden die Gefahren angezeigt, die aus der illusorischen Erwartungshaltung politischer Akteure und der Einbettung der Wahrheitsfindung in einen fragilen Übergangsprozess resultieren. Andererseits zeigte die methodologische Entwicklung des kirchlichen Projektes zur Wiederaneignung der historischen Erinnerung das Potenzial auf, welches das vergangenheitspolitische Instrument der Wahrheitskommission für eine Institutionalisierung von Erinnerungsarbeit besitzt.

*

Der schmerzhafte Prozess des Erinnerns und der Rekonstruktion leidvoller Vergangenheiten, der in den 1970er Jahren die Notwendigkeit einer offiziell sanktionierten Wahrheitsfindung begründet hatte, bleibt in der vergangenheitspolitischen Diskussion allzu oft unberücksichtigt. 20 Jahre nach der Konstituierung der argentinischen Nationalen Kommission zum Verschwinden von Personen und nach vielen gegenteiligen Erfahrungen wird die Einsetzung von Wahrheitskommissionen nach wie vor mit dem rhetorischen Dreigestirn „Wahrheit – Gerechtigkeit – Versöhnung" begründet. Eine Analyse des Aufarbeitungsprozesses, die sich nicht auf nationale politische Ereignisse beschränkt, sondern das Geflecht von Aufarbeitungsbemühungen und -restriktionen auf den Ebenen der Individuen, der *comunidades*, der Regionen und schließlich der (imaginierten) Nation in den Blick nimmt, zeigt die engen Grenzen der Wirksamkeit von Wahrheitskommissionen auf. Mit der vorliegenden Arbeit wurde ein analytischer Ansatz präsentiert, der gesellschaftliche Strukturen, politische Diskurse und die Horizonte der Lebenswelt zu erfassen sucht und von der Überzeugung getragen ist, dass sich die Bedeutung von Wahrheitskommissionen nur aus dem Zusammenspiel dieser drei Momente adäquat erschließen lässt.

[836] Mitscherlich; Erinnerungsarbeit, a.a.O., S. 114.

Anhänge

Abkürzungsverzeichnis

AAAS	*American Association for the Advancement of Science.* Amerikanische Vereinigung zur Wissenschaftsförderung.
ACI	*Alianza Contra la Impunidad*. Allianz gegen die Straflosigkeit.
ACAFADE	*Asociación Centroamericana de Familiares de Detenidos. Desaparecidos.* Zentralamerikanischer Verband der Angehörigen von Verschwundenen.
ACPD	*Asamblea Consultativa de la Población Desarraigada.* Beratende Versammlung der entwurzelten Bevölkerung.
ALMG	*Academia de las Lenguas Mayas de Guatemala.* Akademie der Mayasprachen.
ANACAFE	*Asociación Nacional del Café.* Verband der Kaffeeproduzenten.
ANN	*Alianza Nueva Nación*. Allianz für die Neue Nation (linkes Parteibündnis).
ARDIGUA	*Asociación de Desplazados Dispersos de Guatemala.* Vertriebenenorganisation.
ASC	*Asamblea de la Sociedad Civil.* Versammlung der Zivilgesellschaft.
BCIE	*Banco Centroamericano de Integración Económica*. Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration.
CACIF	*Comité Coordinador de Asociaciones Agrícolas, Comerciales y Financieras*. Unternehmerdachverband.
CAFCA	*Centro de Antropología Forense y Ciencias Aplicadas.* Zentrum für forensische Anthropologie und angewandte Wissenschaften.
CALDH	*Centro para Acción Legal en Derechos Humanos.* Zentrum für die juristische Verteidigung der Menschenrechte.
CCPP	*Comisiones Permanentes de Refugiados*. Flüchtlingskommission.
CDHG	*Comisión de Derechos Humanos de Guatemala*. Guatemaltekische Menschenrechtskommission (NGO).
CEG	*Conferencia Episcopal de Guatemala*. Guatemaltekische Bischofskonferenz.
CEH	*Comisión para el Esclarecimiento Histórico*. Kommission zur Historischen Aufklärung (auch: Wahrheitskommission, offizielle Kommission).
CERIGUA	*Centro de Reportes Informativos sobre Guatemala.* Nachrichtenagentur.

CGTG	*Central General de Trabajadores de Guatemala*. Gewerkschaftsdachverband.
CIAS	*Centro de Investigación y Acción Social.* Zentrum für Forschung und soziale Aktionen.
CIIDH	*Centro Internacional para Investigaciones en Derechos Humanos.* Internationales Zentrum zur Untersuchung von Menschenrechtsfragen.
CNOC	*Coordinadora Nacional de Organizaciones Campesinas.* Nationale Koordination der Bauernorganisationen.
CNUS	*Comité Nacional de Unidad Sindical.* Autonomer Gewerkschaftsverband.
CONADEGUA	*Coordinadora Nacional de Derechos Humanos de Guatemala.* Nationale Menschenrechtskoordination.
CONAVIGUA	*Coordinación Nacional de Viudas de Guatemala*. Zusammenschluss von Witwen.
CONDEG	*Consejo de Desplazados de Guatemala*. Verband der internen Vertriebenen.
CONIC	*Coordinación Nacional de Indígenas Campesinos*. Organisation der indigenen Kleinbauern.
CONTIERRA	*Comisión Nacional para la Resolución de Conflictos de la Tierra.* Schlichtungsstelle für Landkonflikte (Exekutive).
COPMAGUA	*Coordinación de Organizaciones del Pueblo Maya de Guatemala.* Verband von Maya-Organisationen.
CPR	*Comunidades de Población en Resistencia.* Widerstandsdörfer.
CSC	*Coordinadora de Sectores Civiles.* Koordination der Zivilen Sektoren.
CUC	*Comité de Unidad Campesina*. Organisation der Kleinbauern und Landarbeiter.
DANIDA	*Danish International Development Agency.* Dänische Entwicklungshilfeagentur.
DC	*Democracia Cristiana*. Christdemokratische Partei.
DIA	*Desarrollo Integral Auténtico.* Authentische Integrale Entwicklung (Linkspartei).
ECAP	*Equipo de Educación y Capacitación Psicosocial.* Team für psycho-soziale Bildung.
EGP	*Ejército Guerillero de los Pobres*. Guerillaarmee der Armen.
EMP	*Estado Mayor Presidencial.* Oberster Generalstab des Präsidenten.
FAFG	*Fundación de Antroplogía Forense de Guatemala.* Stiftung für Forensische Anthropologie.
FAMDEGUA	*Familiares de Detenidos-Desaparecidos de Guatemala*. Angehörigenorganisation von Verschwundenen.

FAR	*Fuerzas Armadas Rebeldes*. Aufständische Streitkräfte (Guerilla).
FDNG	*Frente Democrático Nueva Guatemala*. Demokratische Front für ein neues Guatemala (erste legale linke Partei der 1990er).
FDP	*Fuerza Democrática Popular.* Demokratische Kraft des Volkes.
FEDEFAM	*Federación Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Detenidos-Desaparecidos.* Lateinamerikanischer Dachverband der Angehörigenorganisationen von Verschwundenen.
FMLN	*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional.* Front Farabundo Martí zur nationalen Befreiung (Guerillaverbund, heute Partei).
FONAPAZ	*Fondo Nacional para la Paz*. Fonds für soziale (Friedens-)Investitionen.
FREPOGUA	*Frente de Pobladores de Guatemala.* Vereinigung der Slumbewohner.
FRG	*Frente Republicano Guatemalteco*. Guatemaltekische Republikanische Front (Rechtspartei).
FSLN	*Frente Sandinista de Liberación Nacional.* Sandinistische Front zur nationalen Befreiung.
FUN	*Frente de Unidad Nacional.* Nationale Einheitsfront.
GAM	*Grupo de Apoyo Mutuo*. Gruppe für gegenseitige Hilfe (Angehörigenorganisation von Verschwundenen).
GTZ	*Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.*
IGSS	*Instituto Guatemalteco de Seguridad Social.* Guatemaltekische Sozialversicherungsanstalt.
LRN	*Ley de Reconciliación Nacional.* Gesetz zur Nationalen Versöhnung (Amnestiegesetz).
LOV-UD	*La Organización Verde - Unión Democrática.* Die Grüne Organisation – Demokratische Union.
MINUGUA	*Misión de Naciones Unidas para Guatemala*. UN-Mission zur Überwachung der Friedensabkommen.
MLN	*Movimiento de Liberación Nacional*. Bewegung zur Nationalen Befreiung (rechte Partei).
MR-13	*Movimiento Revolucionario – 13 de Noviembre*. Revolutionäre Bewegung – 13. November (Guerilla der 1960er Jahre).
NGO	*Non-Governmental Organisation.* Nicht-Regierungsorganisation.
NSA	*National Security Archive.* Nationales Archiv für Sicherheit.
ODHAG	*Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala*. Menschenrechtsbüro des guatemaltekischen Erzbischofs.

OIM	*Organización Internacional para la Migración.* Internationale Organisation für Migration (UNO).
ORPA	*Organización del Pueblo en Armas*. Organisation des Bewaffneten Volkes (Guerilla).
PAC	*Patrulla de Autodefensa Civil*. Selbstverteidigungspatrouille.
PAN	*Partido de Avanzada Nacional*. Partei des Nationalen Fortschritts.
Parlacen	*Parlamento Centroamericano.*Zentralamerikanisches Parlament.
PDH	*Procuraduría de Derechos Humanos*. Menschenrechtsprokurator.
PGT	*Partido Guatemalteco de Trabajo.* Guatemaltekische Partei der Arbeit.
PID	*Partido Institucional Democrático.* Institutionelle Demokratische Partei (Rechtspartei).
PLP	*Partido Liberador Progresista.* Progressive Partei der Befreiung (Rechtspartei).
PMA	*Policía Militar Ambulante.* Mobile Militärpolizei.
PNC	*Policía Nacional Civil.* Zivile Nationalpolizei.
PNUD	*Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo.* Entwicklungsprogramm der UNO.
PR	*Partido Revolucionario.* Revolutionäre Partei.
PTSD	*Post-Traumatic Stress Disorder.* Posttraumatische Belastungsreaktion.
REMHI	*Recuperación de la Memoria Histórica*. [Projekt zur] Wiederaneignung der Historischen Erinnerung.
SAE	*Secretaría de Análisis Estratégica.* [Präsidiales] Sekretariat für Strategische Analysen.
SEPAZ	*Secretaría de Paz*. [Präsidiales] Sekretariat für den Frieden.
SSRI	*Coordinadora de Sectores Surgidos por la Represión y la Impunidad*. Koordination der aus Repression und Straflosigkeit hervorgegangenen Sektoren.
UASP	*Unión de Acción Sindical y Popular*. Einheit der Gewerkschaftlichen und Volksaktion.
UCA	*Universidad Centroamericana.* Jesuitenuniversität.
UNO	*United Nations Organisation.* Vereinte Nationen.
UNOPS	*United Nations Office for Project Services.* Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste.
URNG	*Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*. Nationale Guatemaltekische Revolutionäre Einheit (von 1982-1997 Guerilladachverband, ab 1997 politische Partei).
USAC	*Universidad de San Carlos de Guatemala.* Universität San Carlos.

Glossar

Acción Católica	„Katholische Aktion“. 1946 ins Leben gerufenes Projekt der katholischen Kirche, welches zunächst der Missionierung der Hochlandregionen diente, sich in den 1960er/1970er Jahren sozialen Projekten zuwandte.
aldea	Dorf.
ancianos	„Die Alten“. Traditionelle Würdenträger in indigenen *comunidades*.
animadores	Lokale Mitarbeiter des REMHI-Projektes (oftmals Katecheten, Mitglieder von Bibelkreisen oder sozialen Gemeindeprojekten).
ayuntamiento	Stadt. Kleinste und wichtigste Verwaltungseinheit der Kolonialzeit.
»bewaffnete Auseinandersetzung«	*El enfrentamiento armado*. Mit den französischen Pfeilen wird die Unangemessenheit des Begriffes angedeutet. Es handelte sich bei dem 36-jährigen guatemaltekischen „Bürgerkrieg“ nicht nur um den Kampf zweier oder mehrerer bewaffneter Parteien um die Vorherrschaft in einem Territorium. Die Periode der »bewaffneten Auseinandersetzung« begann nicht erst mit der Entstehung erster Guerillaverbände in den 1960er Jahren, sondern hatte in der antikommunistischen Politik der 1950er Jahre entscheidende Vorläufer. Die »bewaffnete Auseinandersetzung« durchlief mehrere Phasen, kannte unterschiedliche Austragungsorte und gipfelte in der Massakrierung unzähliger *comunidades*.
caserío	Weiler.
castas	In der Kolonialzeit Begriff zur Bezeichnung von Mestizen/Mischlingen.
cofradía	Laienbruderschaft. (Verquickung katholischer Elemente mit solchen der Maya-Religionen. Vielerorts Fundament der lokalen Machtstruktur).
comunidad	Wörtlich Gemeinde, Gemeinschaft, Gemeinsamkeit. In ganz Zentralamerika verwandter Begriff mit unterschiedlichen Bedeutungen, der häufig die drei genannten Begriffsebenen mit der des Dorfes vermischt (auch ein Slum kann eine *comunidad* sein). Im guatemaltekischen Kontext ist mit *comunidad* häufig eine indigene *comunidad* gemeint. Dabei umfasst der Begriff „an incredibly diverse set of places“ (Carol A. Smith). Zumeist fallen die territorialen Grenzen einer *comunidad* mit denen des *municipios* oder der *aldea* zusammen. Eine *comunidad* zeichnet sich häufig durch die Existenz einer administrativen Parallelstruktur zu staatlichen Autoritäten aus (z.B. *cofradías*). Die *comunidad* dient vielfach als Bezugspunkt der kollektiven Identität.
costumbre	Die (indigene) Tradition. Die Vertreter konservativer Haltungen und Lebensweisen in den *comunidades* sind die *costumbristas*.
criollos	Kreolen. In der Kolonialzeit verwandter Begriff für die in der Kolonie geborenen Nachkommen von Spaniern.
departamento	Department: Verwaltungseinheit. Guatemala ist in 22 Departments aufgeteilt.
finca	Großgrundbesitz (Großgrundbesitzer = *finquero*).

garífuna	Kleine Bevölkerungsgruppe, die sich ab dem frühen 19. Jh. an der schmalen Karibikküste (Livingston, Puerto Barrios) niedergelassen hatte und die auf die Verschmelzung afrikanischer Sklaven mit den ursprünglichen Bewohnern der karibischen Inseln zurückgeht.
das »Landesinnere«	In Guatemala selbst gebräuchliche Bezeichnung (*el interior*) sowohl für das guatemaltekische Territorium abzüglich der metropolitanen Region um die Hauptstadt als auch für die abgelegenen Regionen im westlichen Hoch- und nördlichen Tiefland.
indígena	Bezeichnung für die ca. 65% der guatemaltekischen Bevölkerung, die der kleinen Gruppe der Xinca oder den 21 verschiedenen Maya-Sprachgruppen angehört: Achí, Akateco, Awakateco, Ch´orti´, Chuj, Itza, Ixil, Jakalteko, Kaqchikel, K´iche´, Mam, Mopán, Poqomam, Poqomchi, Q´anjob´al, Q´eqchi´, Sakapulteko, Sipakapense, Tektiteko, Tz´utujil, Uspanteko.[837]
indio	Herablassende Bezeichnung für *indígena*.
ladino	Vertreter der nicht-indigenen Bevölkerungsgruppe. Der Begriff dient sowohl zur Selbst- als auch zur Fremdzuschreibung und beschreibt das Ergebnis einer kulturellen Abgrenzung (in der Praxis der ethnischen Zuschreibung besteht zusätzlich eine „rassische" Definition).
Maya	Bis Mitte der 1980er Jahre eine von Linguisten, Archäologen und Anthropologen verwandte Bezeichnung für eine in Mesoamerika beheimatete Sprachenfamilie. Seit Mitte der 1980er Jahre ethnische Selbstzuschreibung von guatemaltekischen *indígenas* im Rahmen der aufblühenden indigenen Bewegung.
municipio	Unterste Verwaltungseinheit, die aus einem Verwaltungszentrum (*cabecera municipal*) und umliegenden *aldeas* und *caseríos* zusammengesetzt ist. Es existieren insgesamt ca. 330 *municipios* (vergleichbar mit Landkreisen).
»organisierte Zivilgesellschaft«	(1) In Absetzung vom sozialwissenschaftlichen Diskurs wird „Zivilgesellschaft" in Verbindung mit „organisiert" verwandt, da die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen nicht mit der Einbeziehung *der* zivilen Gesellschaft zu verwechseln ist. (2) Die »organisierte Zivilgesellschaft« meint die im linken/regierungskritischen politischen Spektrum angesiedelten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Somit synonym zu „Volksorganisationen" verwandt, abstrahiert der Begriff von der Tatsache, dass etwa auch der Unternehmersektor zur Zivilgesellschaft gehört.
Pastoral social	Soziale Einrichtungen der katholischen Kirche
Xinca	Kleine Bevölkerungsgruppe im Department Santa Rosa. Die Angehörigen dieser bereits vor der Eroberung auf dem Gebiet des heutigen Guatemala lebenden Bevölkerungsgruppe sprechen eine Sprache, die mit den übrigen Maya-Sprachen nicht verwandt ist.

[837] Quelle: Acuerdo sobre identidad y derechos de los pueblos indígenas I.3. (Acuerdos de Paz; S. 255). Die CEH führt die Sprache „Jakalteko" nicht auf, jedoch die des „Popti´" (CEH, Bd. V, S. 99), Wilson unterteilt „Achi" in „Achi" und „Rabinal Achi" (Wilson; Resurgimiento Maya, a.a.O., S. 19).

Literatur und Quellenmaterial

Literatur

Acuña Ortega, Victor Hugo (1998): Autoritarismus und Demokratie in Mittelamerika: Die „longue durée“, in: Tangermann, Klaus-Dieter (Hrsg.): *Demokratisierung in Mittelamerika. Demokratische Konsolidierung unter Ausschluß der Bevölkerung*, Münster, S. 44-69.

Adorno, Theodor W. (1969): „Erziehung nach Auschwitz“, in: ders.: *Stichworte. Kritische Modelle 2*, Frankfurt a. M., S. 85-101.

--- (1970): „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“ (1959), in: ders.: *Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt a. M.

--- (1973): *Minima Moralia*, Baden-Baden.

Aguilera Peralta, Gabriel (1993): „Las propuestas para la paz”, in: *Debate No. 20*, Guatemala-Stadt.

--- (1998): „Realizar un imaginario: La paz en Guatemala”, in: Torres-Rivas, Edelberto et al.: *Desde el autoritarismo a la paz*, Guatemala-Stadt, S. 113-164.

Agosin, Marjorie (1994): „Patchwork of Memory”, in: *NACLA Report on the Americas* 27/6, S. 1-14.

Albizures, Miguel Ángel (1998): „¿Qué posición asumirán Tomuschat, Cotí y Balsells?“, in: *El Periódico*, 22.4.1998.

Alexander, Neville (2001): *Südafrika. Der Weg von der Apartheid zur Demokratie*, München.

Allebrand, Raimund (Hrsg.) (1997): *Die Erben der Maya. Indianischer Aufbruch in Guatemala*, Unkel/Rhein, Bad Honnef.

Amati, Silvia (1997): „Reflexionen über die Folter“, in: *PSYCHE*, 31/3, S. 228-245.

Americas Watch (1985): *The Group for Mutual Support 1984-1985*, Washington, D.C.

Améry, Jean (1966): *Jenseits von Schuld und Sühne*, München.

Amnesty International (2002): *Guatemala´s Lethal Legacy: Past Impunity and Renewed Human Rights Violations*, 28.2.2002, ai-Index: AMR 34/001/2002.

--- (1982): *Nicht die Erde hat sie verschluckt. „Verschwundene“ – Opfer politischer Verfolgung*, Frankfurt a. M.

--- (1985): *Disappearances in Guatemala under the Government of General Óscar Mejía Victores* (August 1983-January 1985), ai-Index: AMR 34/01/85.

Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, New York.

Arendt, Hannah (1989): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München.

--- (1991): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München (erstmals 1951 erschienen).

--- (1994): *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, München.

Arias, Arturo (1990): „Changing Indian Identity: Guatemala´s Violent Transition to Modernity”, in: Smith, Carol A. (Hrsg.): *Guatemalan Indians and the State 1540 to 1988*, Austin.

Asamblea de la Sociedad Civil (2000): *Balance del Cumplimiento de los Acuerdos de Paz, una visión de la Sociedad Civil 1997-1999*, Guatemala-Stadt.

Ash, Timothy Garton (1997): „True Confessions", in: *The New York Review of Books* 44, 12 (17.7.1997), S. 33-38.

--- (1998): „Diktatur und Wahrheit", in: *lettre*, Nr. 40, S. 10-16.

--- (1998): „The Truth About Dictatorship", in: *The New York Review of Books* 45, 3 (19.2.1998), S. 35-40.

Assmann, Jan (1988): „Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität", in: Assmann, Jan/ Hölscher, Tonio (Hrsg.): *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a. M., S. 9-19.

--- (1991): „Die Katastrophe des Vergessens. Das Deuteronomium als Paradigma kultureller Mnemotechnik", in Assmann, Aleida/Harth, Dietrich (Hrsg.): *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, Frankfurt a. M., S. 337-355.

--- (1999): *Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München.

Ball, Patrick (1996): *Who Did What to Whom? Planning and Implementing a Large Scale Human Rights Data Project*, Washington, D.C.

--- /Kobrak, Paul/Spirer, Herbert F. (1999): *State Violence in Guatemala, 1960-1996: A Quantitative Reflection*, Washington, D.C.

--- /Spirer, Herbert F./Spirer, Louise (2000): *Making the Case. Investigating Large Scale Human Rights Violations Using Information Systems and Data Analysis*, AAAS Science and Human Rights Program, Washington, D.C.

Ballin, Monika (1990): *Die politische Rolle der Kirche in Zentralamerika. Eine vergleichende Länderanalyse*, Frankfurt a. M.

Balsells Tojo, Edgar Alfredo (2001): *Olvido o Memoria. El dilema de la sociedad guatemalteca*, Guatemala-Stadt.

Barahona de Brito, Alexandra/González-Enriquez, Carmen/Aguilar, Paloma (Hrsg.) (2001): *The Politics of Memory: Transitional Justice in Democratizing Societies*, Oxford.

Baranyi, Stephen (1996): „MINUGUA, la ONU y el proceso de paz guatemalteco", in: Leonardo Franco et al.: *La ONU y el proceso de paz en Guatemala*, Guatemala-Stadt, S. 31-78.

Barkan, Elazar (2002): *Völker klagen an: eine neue internationale Moral*, Düsseldorf.

Bastos, Santiago/Camus, Manuela (1996): *Quebrando el silencio. Organizaciones del pueblo maya y sus demandas*, Guatemala-Stadt (FLACSO).

Becker, David et al. (1990): „Psicopatología y proceso psicoterapéutico de situaciones traumáticas", in: Martín-Baró, Ignacio (Hrsg.): *Psicología social de la guerra: trauma y terapia*, San Salvador, S. 286-302.

--- (1992): *Ohne Haß keine Versöhnung. Das Trauma der Verfolgten*, Freiburg (Breisgau).

Bendel, Petra (Hrsg.) (1993): *Zentralamerika: Frieden – Demokratie – Entwicklung? Politische und wirtschaftliche Perspektiven in den 90er Jahren*, Frankfurt a. M.

--- (1996): *Parteiensysteme in Zentralamerika: Typologien und Erklärungsfaktoren*, Opladen.

Beit-Hallahmi, Benjamin (1988): *Schmutzige Allianzen. Die geheimen Geschäfte Israels*, München.

Berístain, Carlos Martín (1997): *Viaje a la memoria. Por los caminos de la milpa*. Lallevir, Barcelona.

--- (1998): „The Value of Memory", in: *Forced Migration Review*, Nr. 2, S. 24-26.

--- (1998): „Guatemala: Nunca Más", in: *Forced Migration Review*, Nr. 3, S. 23-26.

Bettelheim, Bruno (1980): *Erziehung zum Überleben. Zur Psychologie der Extremsituation*, Stuttgart.

--- (1980): „Individuelles und Massenverhalten in Extremsituationen", in: ders.: *Erziehung zum Überleben. Zur Psychologie der Extremsituation*, Stuttgart, S. 58-95.

Birk, Fridolin (Hrsg.) (1995): *Guatemala: Ende ohne Aufbruch, Aufbruch ohne Ende?*, Frankfurt a. M.

Bodemer, Klaus/Kurtenbach, Sabine/Meschkat, Klaus (Hrsg.) (2001): *Violencia y regulación de conflictos en América Latina*, Caracas.

Bolaños, Rodolfo E./AVANCSO (1999): *¿Racismo en Guatemala? Abriendo el debate sobre un tema tabú*, Guatemala-Stadt.

Bourdieu, Pierre (1990): „Die biographische Illusion", in: *BIOS*, Nr. 1.

Braig, Marianne (2000): „Frauenangelegenheiten und Politik oder Politik als Angelegenheit der Frauen", in: Hengstenberg, Peter/Kohut, Karl/Maihold, Günther (Hrsg.): *Zivilgesellschaft in Lateinamerika. Interessenvertretung und Regierbarkeit*, Frankfurt a. M., S. 321-342.

Bude, Heinz (1998): „Die Erinnerung der Generationen", in: König, Helmut/Kohlstruck, Michael/Wöll, Andreas (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jh.*, Leviathan Sonderheft, Opladen, S. 67-85.

Buergenthal, Thomas (1995): „The United Nations Truth Commission for El Salvador", in: Kritz, Neil J. (Hrsg.); *Transitional Justice: how emerging democracies reckon with former regimes*, Washington, D.C., S. 497-544.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1997): *Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen*, Bonn.

Burt, Jo-Marie/Rosen, Fred (1999): Truth-Telling and Memory in Postwar Guatemala, in: *NACLA-Report on the Americas,* 32/5, S. 6-10.

Caballero, José/Caballero, Víctor: „Represión, Sociedad Paranoide y Patologías Represogenas", in: KAIROS (Uruguay): *El Sur también existe. Efectos Psicosociales del Terrorismo de Estado en América Latina* (ohne Orts- und Zeitangabe, ca. 1989), S. 35-45.

Calließ, Jörg (Hrsg.) (1999): *Agenda for Peace: Reconciliation. Agenda für den Frieden: Versöhnung*. Loccumer Protokolle 55/98, Rehburg-Loccum.

Cardenal, Rodolfo (ca. 1995): *Manual de Historia de Centroamérica*, Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (UCA), San Salvador.

Casaús Arzú, Marta Elena (1999): „La Metamorfosis del Racismo en la Élite de Poder en Guatemala", in: Bolaños, Rodolfo E./AVANCSO: *¿Racismo en Guatemala? Abriendo el debate sobre un tema tabú*, Guatemala-Stadt, S. 47-92.

Cassell, Douglas (1996): „La responsibilidad de las violaciones a los derechos humanos en Comisiones de la Verdad", in: ODHAG/ACI (Hrsg.): *Memoria del taller internacional „Metodología para una Comisión de la Verdad en Guatemala"* (20/21 de noviembre de 1996), Guatemala-Stadt, S. 75-86.

Chapman, Audrey R./Ball, Patrick (2001): „The truth of Truth Commissions: Comparative Lessons from Haiti, South Africa, and Guatemala", in: *Human Rights Quarterly*, 23, S. 1-43.

Claussen, Detlef (2000): „Das Verschwinden des Sozialismus. Zur ethnonationalistischen Auflösung des Sowjetsystems", in: Claussen, Detlef/ Negt, Oscar/ Werz, Michael (Hrsg.); *Kritik des Ethnonationalismus*, Hannoversche Schriften 2, Frankfurt a. M., S. 16-41.

Cojtí Cuxil, Demeterio (1999): „Heterofobía y Racismo Guatemalteco. Perfil y Estado Actual", in: Bolaños, Rodolfo E./AVANCSO: *¿Racismo en Guatemala? Abriendo el debate sobre un tema tabú*, Guatemala-Stadt, S. 193-216.

Comisión de la Verdad para El Salvador (1993): *De la locura a la esperanza. Informe de la Comisión de la Verdad para El Salvador*, San Salvador.

Comisión Especial de Incorporación (1998): *Incorporación*, Guatemala-Stadt, November 1998.

Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación (Chile) (1991): „Informe. Texto oficial completo", in: *La Nación*, 5.3.1991.

Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas (CONADEP) (1984): *Argentina Nunca Más*, Buenos Aires 1984 (dt. Fassung s. Hamburger Institut für Sozialforschung).

Comisión para el Esclarecimiento Histórico (CEH) (1999): *Guatemala, memoria del silencio*, 12 Bde., Guatemala-Stadt.

Congreso Internacional contra la Impunidad (10./11.6.1999): *Memorias de Congreso*, ACI/ FMM, Guatemala-Stadt.

Cuya, Esteban (1996): „Wahrheitskommissionen in Lateinamerika", in: Nolte, Detlef (Hrsg.); *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt a. M., S. 33-66.

Dahmer, H. (Hrsg.) (1980): *Analytische Sozialpsychologie*, 2 Bde., Frankfurt a. M.

Dary, Claudia (comp.) (1997): *El derecho internacional humanitario y el orden jurídico maya: una perspectiva histórico-cultural*, Guatemala-Stadt (FLACSO).

--- (1998): *La construcción de la nación y la representación ciudadana en México, Guatemala, Perú, Ecuador y Bolivia*, Guatemala-Stadt (FLACSO).

Derrida, Jacques (1996): *Archive Fever. A Freudian Impression*, Chicago.

Diócesis del Quiché (1994): *El Quiché: el pueblo y su iglesia*, Santa Cruz del Quiché, Guatemala-Stadt.

Dunkerley, James (1994): *The Pacification of Central America. Political Change in the Isthmus. 1987-1993*, London/New York.

Elias, Norbert (1991): *Was ist Soziologie?*, Weinheim/München.

Equipo de Atropología Forense de Guatemala (1997): *Las masacres en Rabinal. Estudio histórico-antropológico de las masacres de Plan de Sánchez, Chichupac y Río Negro*, Guatemala-Stadt.

Extracto & Respuestas de las Fuerzas Armadas y del Orden al Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación (1991), in: *Estudios Públicos*, No 41, S. 449-504.

Falla, Ricardo (1992): *Masacres de la selva, Ixcán, Guatemala, 1975-1982*, Guatemala-Stadt.

FAMDEGUA/Colectivo para todos (1994): *Acuerdo sobre el esclarecimiento histórico de las violaciones a los derechos humanos*, Guatemala-Stadt.

Faúndez, Héctor (1996): „Die Sprache der Furcht. Individuelle und kollektive Dynamiken der Kommunikation unter dem Terror“, in: Riquelme, Horacio (Hrsg.): *Zeitlandschaften im Nebel. Menschenrechte, Staatsterrorismus und psychosoziale Gesundheit in Südamerika*, Frankfurt a. M., S. 134-144.

Featherstone, Mike (2000): „Archiving Cultures”, in: *British Journal of Sociology*, 51/1, S. 161-184.

Figueroa Ibarra, Carlos (1999): *Los que siempre estarán en ninguna parte. La desaparición forzada en Guatemala*, Mexiko-Stadt.

Fleischer, Helmut (1998): „Mit der Vergangenheit umgehen. Prolegomena zu einer Analytik des Geschichtsbewusstseins“, in: König, Helmut/Kohlstruck, Michael/Wöll, Andreas (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts*, Leviathan Sonderheft, Opladen, S. 408-432.

Flores, Carlos Y. (2001): *Apuntes sobre el impacto cultural del conflicto armado entre los Q´eqchi´ de Guatemala*, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.

--- (2001): *Bajo la cruz: memoria y dimensión sobrenatural del gran sufrimiento entre los q´eqchi´ de Alta Verapaz*, Coban/ Guatemala-Stadt.

Forsberg, Tuomas/Teivanen, Teivo (1998): *The Role of Truth Commissions in Conflict Resolution and Human Rights Promotion: Chile, South Africa and Guatemala*. UPI Working Papers No. 10.

Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht*, Berlin.

--- (1989): *Überwachen und Strafen*, Frankfurt a. M.

--- (1997): *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt a. M.

Frei, Norbert (1997): „Amnestiepolitik in den Anfangsjahren der Bundesrepublik“, in: Smith, Gary/Margalit, Avishai (Hrsg.): *Amnestie oder die Politik der Erinnerung in der Demokratie*, Frankfurt a. M., S. 120-137.

--- (1999): *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München.

Freud, Sigmund (1946): „Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten”, in: *Gesammelte Werke*, Bd. X, London, S. 127-136.

--- (1955): „Das Unheimliche“, in: *Gesammelte Werke*, Bd. XII, London, S. 229-268.

Fundación Myrna Mack (Hrsg.) (1999): *Guatemala – Memoria del Silencio: Versión Popular del Resumen del Informe de la Comisión para el Esclarecimiento Histórico*, Guatemala-Stadt.

Galeano, Eduardo (1992): *Von der Notwendigkeit, Augen am Hinterkopf zu haben*, Wuppertal.

Garrard-Bernett, Virginia (1998): *Protestantism in Guatemala: Living in the New Jerusalem*, Austin.

Garretón M., Manuel Antonio/Newman, Edward (Hrsg.) (2001): *Democracy in Latin America: (re)constructing political society*, Tokio/New York/Paris.

Gidley, Ruth M./Kee, Cynthia/Norton, Reggie (Hrsg.) (1999): *Guatemala: Thinking about the Unthinkable*, Oxon (Association of Artists for Guatemala).

--- (1999): „No Hope without Truth“, in: Gidley, Ruth M./Kee, Cynthia/Norton, Reggie (Hrsg.): *Guatemala: Thinking about the Unthinkable*, Oxon (Association of Artists for Guatemala), S. 16-18.

Gobierno de la República de Guatemala (1999): „Posición inicial del Gobierno de la República ante el informe y las recomendaciones de la Comisión de Esclarecimiento Histórico. Campo Pagado”, in: *Siglo XXI*, 16.3.1999.

Goldstone, Richard J. (1996): „Justice as a Tool for Peace-Making: Truth Commissions and International Criminal Tribunals”, in: *New York University Journal of International Law and Politics*, 28, 3, S. 485-505.

--- (1997): „Frieden und Gerechtigkeit – Ein unvereinbarer Gegensatz?“, in: Smith, Gary/Margalit, Avishai (Hrsg.): *Amnestie oder die Politik der Erinnerung in der Demokratie*, Frankfurt a. M., S. 37-47.

González-Ponciano, Jorge Ramón (1999): „Esas Sangres No Están Limpias“. Modernidad y pensamiento civilizatorio en Guatemala (1954-1977), in: Bolaños, Rodolfo E./AVANCSO: *¿Racismo en Guatemala? Abriendo el debate sobre un tema tabú*, Guatemala-Stadt, S. 47-92.

González, Matilde (1998): *La Historia Oral, una vía para la reconfiguración del sentido*, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript.

--- /AVANCSO (2002): *Se cambió el tiempo. Conflicto y poder en territorio K´iche´ 1880-1996*, Guatemala-Stadt.

Gramsci, Antonio (1967): *Philosophie der Praxis*, Frankfurt a. M.

Grandin, Gregory (2002): *Denegado en su Totalidad. Documentos estadounidenses liberados*, Guatemala-Stadt.

Günther, Klaus (1997): „Der strafrechtliche Schuldbegriff als Gegenstand einer Politik der Erinnerung in der Demokratie“, in: Smith, Gary/Margalit, Avishai (Hrsg.): *Amnestie oder die Politik der Erinnerung in der Demokratie*, Frankfurt a. M., S. 48-89.

Gutiérrez, Edgar (1999): „La disputa sobre el pasado”, in: *Nueva Sociedad* (Caracas), Nr. 161, S. 159-173

Gwynne, Robert N./Kay, Cristobal (Hrsg.) (1999): *Latin America Transformed. Globalization and Modernity*, London/New York.

Halbwachs, Maurice (1966): *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Berlin/Neuwied.

Hamber, Brandon (Hrsg.) (1998): *Past imperfect. Dealing with the Past in Northern Ireland and Societies in Transition*, Derry/Londonderry. INCORE. University of Ulster, The United Nations University.

--- /Wilson, Richard (1999): *Symbolic Closure through Memory, Reparation and Revenge in Post-Conflict Societies*, Paper presented at the Traumatic Stress in South Africa Conference, Johannesburg 27.-29.1.1999 (http://www.wits.ac.za/csvr/papers/papbh&rw.htm – Stand: 2.4.2002)

--- (2000): „Repairing the Irreparable: Dealing with double-binds of making reparations for crimes of the past”, in: *Ethnicity and Health*, Vol. 5, No. 3/4, S. 215-225.

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.) (1987): *Nie wieder. Ein Bericht über Entführung, Folter und Mord durch die Militärdiktatur in Argentinien*, Weinheim/Basel.

Harbury, Jennifer (1998): *Geliebter Comandante*, München.

Hauck, Kuno/Huhle, Rainer (1996): „20 Jahre Madres de la Plaza de Mayo. Geschichte, Selbstverständnis und aktuelle Arbeit der Madres de la Plaza de Mayo in Argentinien“, in: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt a. M., S. 108-127.

Haugg, Fridda (1999): *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit: the Duke Lectures*, Berlin (u.a.).

Hayner, Priscilla B. (1995): „Fifteen Truth Commissions – 1974 to 1994: A Comparative Study“, in: Kritz, Neil J. (Hrsg.): *Transitional Justice: how emerging democracies reckon with former regimes*, 3 Bde., Washington, D.C., S. 225-261.

--- (1996): „Commissioning the Truth: further research questions”, in: *Third World Quarterly* 17/1, S. 19-29.

--- (2001): *Unspeakable Truths. Confronting State Terror and Atrocity*, New York/London.

--- (2001); „Unsagbare Wahrheiten. Ein Gespräch mit Martin Jander und Werner Kiontke“, in: *die tageszeitung*, 14/15.7.2001.

Heckt, Meike (2000): *Guatemala. Interkulturelle Bildung in einer ethnisch gespaltenen Gesellschaft*, Münster/New York/München/Berlin.

Hengstenberg, Peter/Kohut, Karl/Maihold, Günther (Hrsg.) (2000): *Zivilgesellschaft in Lateinamerika. Interessenvertretung und Regierbarkeit*, Frankfurt a. M.

Hernández-Alarcón, Rosalinda (2000): *Problemática de la tierra reclama soluciones efectivas*, Guatemala-Stadt.

Hernández Castillo, Rosalva Aida (2001): „Between Civil Disobedience and Silent Rejection. Differing Responses by Mam Peasants to the Zapatista Rebellion”, in: *Latin American Perspectives*, Issue 117, 28/2, S. 89-119.

Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hrsg.) (1997): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*, Opladen.

Hobsbawm, Eric (1996): „Inventing Traditions (Introduction)”, in: ders./Ranger Terence (Hrsg.): *The Invention of Tradition*, Cambridge, S. 1-4.

--- (2000): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München.

Ignatieff, Michael (1996): „Articles of Faith“, in: *Index on Censorship* 25,5 1996, S. 110-122.

--- (2000): *Die Zivilisierung des Krieges. Ethnische Konflikte, Menschenrechte, Medien*. Hamburg.

Index of Censorship (1996): *Wounded Nations, Broken Lives: Truth Commissions and War Tribunals*, 25, 5.

Jaspers, Karl (1963): „Die Schuldfrage (1946)“, in: ders.: *Lebensfragen der deutschen Politik*, München, S. 36-114.

Jelin, Elizabeth (1994): „The Politics of Memory. The Human Rights Movement and the Constitution of Democracy in Argentina”, in: *Latin American Perspectives*, 21, 8, S. 38-58.

Jonas, Susanne (2000): *De Centauros y Palomas. El Proceso de Paz Guatemalteco*, Guatemala-Stadt.

Kaye, Mike (1997): “The Role of Truth Commissions in the Search for Justice, Reconciliation and Democratisation: the Salvadorean and Honduran Cases”, in: *Journal of Latin American Studies*, 29, S. 693-716.

Keilson, Hans (1979): *Sequenzielle Traumatisierung bei Kindern*, Stuttgart.

--- (1997): „Die Entwicklung des Traumakonzepts in der Psychiatrie“, in: *Mittelweg 36*, 6/2, S. 73-82.

Kinloch Tijerino, Frances (1994): „Naciones y Nacionalismo: el debate contemporáneo en las ciencias sociales“, en: Instituto de Historia de Nicaragua/UCA (Hrsg.): Talleres de Historia N° 6: *Nación y Etnia*, Managua, S. 9-31.

--- (1994): „Reseña de Steven Palmer; Una disciplina liberal: inventando naciones en Guatemala (disertación doctoral)“, in: Instituto de Historia de Nicaragua/UCA (ed): Talleres de Historia N° 6: *Nación y Etnia*, Managua, S. 32-38.

Kleber, R. R./Figley, L. R./Gersons, B. P. R. (Hrsg.) (1995): *Beyond Trauma: Cultural and Societal Dynamics*, New York.

Kletten, Ingo (1991): „Durch Terror zum modernen Staat“, in: Reemtsma, Jan Phillipp (Hrsg.): *Folter. Zur Analyse eines Herrschaftsmittels*, Hamburg, S. 37-62.

König, Helmut/Kohlstruck, Michael/Wöll, Andreas (Hrsg.) (1998): *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts*, Leviathan Sonderheft, Opladen.

--- (1998): „Von der Diktatur zur Demokratie oder Was ist Vergangenheitsbewältigung“, in: König, Helmut/Kohlstruck, Michael/Wöll, Andreas (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts*, Leviathan Sonderheft, Opladen, S. 371-392.

Kovalskys, Juana/Lira, Elizabeth (1996): „Trauma Social y Reparación“, in: Lira, Elizabeth (Hrsg.): *Reparación, Derechos Humanos y Salud Mental*, Santiago de Chile, S. 21-56.

Kritz, Neil J. (Hrsg.) (1995): *Transitional Justice: how emerging democracies reckon with former regimes*, 3 Bde., Washington, D.C.

Krystal, John H. et al. (1995): „Post Traumatic Stress Disorder: Psychobiological Mechanisms of Traumatic Remembrance“, in: Schacter; Daniel L. (Hrsg.): *Memory Distortion. How Minds, Brains and Societies Reconstruct the Past*, Cambridge, S. 150-172.

Kurtenbach, Sabine (1996): „Verdrängen, Vergessen, Versöhnen: Vergangenheitsbewältigung in Zentralamerika“, in: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt a. M., S. 213-225.

--- (1998): *Guatemala*. München.

--- (1998): „Schafft ein Friedensvertrag schon Frieden? Das Beispiel Zentralamerikas“, in: Heintze, Hans Joachim (Hrsg.): *Moderner Minderheitenschutz*, Bonn.

Laub, Dori/Weine, Stevan M. (1994): „Die Suche nach der historischen Wahrheit: Psychotherapeutische Arbeit mit bosnischen Flüchtlingen“, in: *Psyche* 48/12, S. 1101-1122.

Lederach, John Paul (1997): *Building Peace: Sustainable Reconciliation in Divided Societies*, Washington, D.C.

Le Bot, Yvon (1995): *La guerra en tierras mayas. Comunidad, violencia y modernidad en Guatemala (1970-1992)*, Mexiko-Stadt.

Lira, Elizabeth (1990): „Psicología del miedo y conducta colectiva en Chile”, in: Martín-Baró, Ignacio (Hrsg.): *Psicología social de la guerra: trauma y terapia*, San Salvador, S. 176-196.

--- /Castillo, María Isabel (1991): *Psicología de la amenaza política y del miedo*, Santiago de Chile.

--- et al. (1996): *Reparación, Derechos Humanos y Salud Mental*, Santiago de Chile.

Lateinamerika Nachrichten 289/290, Juli/August 1998.

Löwenthal, Leo (1988): „Individuum und Terror“, in: Diner, Dan (Hrsg.): *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt a. M., S. 15-25.

Lovell, W.George (1995): *A Beauty that Hurts. Live and Death in Guatemala*, Toronto.

Mack, Myrna /AVANCSO (1988): *Política Institucional hacia el desplazado interno en Guatemala*, Cuadernos de Investigación No. 4, Guatemala-Stadt.

--- /--- (1992): *¿Donde está el futuro? Procesos de reintegración en comunidades de retornados*, Cuadernos de Investigación No. 8, Guatemala-Stadt.

Maier, Charles S. (2000): “Doing History, Doing Justice: The Narrative of the Historian and of the Truth Commission”, in: Rotberg, Robert I./Thompson, Dennis: *Truth vs. Justice: the morality of Truth Commissions*, Princeton, S. 261-277.

Mannheim, Karl (1970): „Das Problem der Generationen“, in: ders.: *Wissenssoziologie*, Neuwied/Berlin², S. 509-565.

Manz, Beatriz/Oglesby, Elizabeth/García Noval, José (1999): *De la memoria a la reconstrucción histórica*, Guatemala-Stadt (AVANCSO).

Martín-Baró, Ignacio (Hrsg.) (1990): *Psicología social de la guerra: trauma y terapia*, San Salvador.

Mazariegos, Oliver (2000): „The Recovery of Historical Memory Project of the Human Rights Office of the Archbishop of Guatemala: Data Processing, Database Representation“, in: Patrick Ball et al.: *Making the Case. Investigating Large Scale Human Rights Violations Using Information Systems and Data Analysis*, Washington, D.C., S. 151-174.

McCleary, Rachel M. (1999): *Imponiendo la democracia: Las élites guatemaltecas y el fin del conflicto armado en Guatemala*, Guatemala-Stadt.

Medico International (Hrsg.) (1998): *Der Preis der Versöhnung. Südafrikas Auseinandersetzung mit der Wahrheitskommission* (medico-Report 21).

Menchú, Rigoberta (1993): *Klage der Erde: der Kampf der Campesinos in Guatemala*, Göttingen.

--- /Burgos, Elisabeth (1988): *Leben in Guatemala*, Bornheim-Merten.

Mezquita, Rocío (2000): „The Guatemalan Commission for Historical Clarification: Data Processing“, in: Ball, Patrick/Spirer, Herbert F./Spirer, Louise: *Making the Case. Investigating Large Scale Human Rigts Violations Using Information systems and Data Analysis*, AAAS Science and Human Rights Program, Washington, D.C., S. 205-221.

MINUGUA (Misión de las Naciones Unidas para Guatemala): *Informes del Secratario General de las Naciones Unidas sobre la Verificación de los Acuerdos de Paz de Guatemala*, N° 1-6, Guatemala-Stadt 1997-2001.

---: *Informes de Verificación del Acuerdo Global sobre Derechos Humanos*, N° 1-12, Guatemala-Stadt 1995-2001.

--- (2001): *Informe de Verificación: El Pacto Fiscal un año después*, Guatemala-Stadt, 5/2001.

--- (2000): *Informe de Verificación: Los Linchamientos: un flagelo contra la dignidad humana*, 12/2000, Guatemala-Stadt.

--- (2000): *Informe de Verificación: Procedimientos de Exhumación en Guatemala (1997-2000)*, 9/2000, Guatemala-Stadt.

Miranda, Ricardo (1999): „Asking for Forgiveness in Another Language", in: Gidley, Ruth M./Kee, Cynthia/Norton, Reggie (Hrsg.): *Guatemala: Thinking about the Unthinkable*, Oxon (Association of Artists for Guatemala), S. 64-65.

Misereor (Hrsg.) (1998): *Guatemala: Nie wieder – Nunca más. Bericht des Interdiözesanen Projekts Wiedergutmachung der geschichtlichen Wahrheit*, Aachen.

Misión de Observadores de las Naciones Unidas en El Salvador (ONUSAL) (Hrsg.) (1993): *Acuerdos de El Salvador: en el camino de la paz*, San Salvador.

Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich, Margarete (1994): *Die Unfähigkeit zu trauern*, München.

Mitscherlich, Margarete (1987): *Erinnerungsarbeit: zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern*, Frankfurt a. M.

Molina Mejía, Raúl (1999): „The Struggle Against Impunity in Guatemala", in: *Social Justice* 26/4, S. 55-83.

Molkentin, Gudrun (2001): *Los difíciles senderos de la paz en Guatemala: resultados de un estudio empírico con énfasis local*, Guatemala-Stadt.

Morales, Mario Roberto (1998): „La Identidad y la Patria del Ladino (o el Síndrome de Maximón)", in: Dary, Claudia (comp.): *La construcción de la nación y la representación ciudadana en México, Guatemala, Perú, Ecuador y Bolivia*, Guatemala-Stadt (FLACSO), S. 411-466

--- (1999): „Esencialismo `Maya´, Mestizaje Ladino y Nación Intercultural. Los discursos en debate", in: Bolaños, Rodolfo E./AVANCSO: *¿Racismo en Guatemala? Abriendo el debate sobre un tema tabu*, Guatemala-Stadt, S. 217-273.

Neier, Aryeh (1990): „What Should be Done About the Guilty?", in: *The New York Review of Books*, 1.2.1990, S. 32-35.

Nelson, Diane M. (1999): *A Finger in the Wound: Body Politics in Quincentennial Guatemala*, Los Angeles/London.

Newman, Edward (2001): „Reconciliation", in: Garretón M., Manuel Antonio/Newman, Edward (Hrsg.): *Democracy in Latin America: (re)constructing political society*, Tokio/New York/Paris.

Niethammer, Lutz (2000): *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek.

Nietzsche, Friedrich (1981): *Unzeitgemäße Betrachtungen*, Frankfurt a. M.

Nolte, Detlef (Hrsg.) (1996): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt a. M.

Nolte, Detlef (1996): „Wahrheit und Gerechtigkeit oder Vergessen", in: ders. (Hrsg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt a. M., S. 7-28.

Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala (ODHAG) (1995): *Cinco preguntas sobre el proyecto interdiocesano ‚Recuperación de la Memoria Histórica'*, (ohne Ortsangabe).

--- (1995): *Hablemos la Verdad – Recuperemos nuestra Historia*, Guatemala-Stadt, 24.4.1995.

--- (1996): *Metodología para una Comisión de la Verdad en Guatemala*. Memoria del taller internacional (20./21.11.1996), Guatemala-Stadt.

--- (1998): *Guatemala: Nunca Más.* Informe Proyecto Interdiocesano de Recuperación de la Memoria Histórica (REMHI), 4 Bde., Guatemala-Stadt.

--- (2000): *Memoria, Verdad y Esperanza: Versión popularizada del Informe „Guatemala – nunca más!"*, Guatemala-Stadt.

Ogle, Kathy (1998): „Guatemala Nunca Más: A Closer Look at the REMHI Report", in: *Report on Guatemala*, Vol. 19, Nr. 2, S. 33-39.

Oglesby, Elizabeth (1999): „Desde los Cuadernos de Myrna Mack. Reflexiones sobre la violencia, la memoria y la investigación social", in: Manz, Beatriz et al.: *De la Memoria a la Reconstrucción Histórica*, Guatemala-Stadt (AVANCSO), S. 23-38.

Padilla, Amado M./Comas-Diaz, Lillian (1987): „Miedo y Repressión Política en Chile", in: *Revista Latinoamericana de Psicología*, Bogotá, 19/2, S. 135-146.

Padilla Ballesteros, Elías (1995): *La memoria y el olvido*, Santiago de Chile.

Plato, Alexander v. (2000): „Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriß", in: *BIOS*, 13/1, S. 5-29.

Platt, Kristin (1998): „Gedächtnis, Erinnerung, Verarbeitung. Spuren traumatischer Erfahrung in lebensgeschichtlichen Interviews", in: *BIOS*, 11/2, S. 242-262.

Pohl, Rolf (2002): „Massenvergewaltigung. Zum Verhältnis von Krieg und männlicher Sexualität", in: *Mittelweg 36*, Nr. 2, S. 53-75.

Politzer, Patricia (1985): *Miedo en Chile*, Santiago de Chile.

Ponciano Castellanos, Karen (1996): „El rol de la sociedad civil en Guatemala y El Salvador: procesos de negociación comparados", in: Instituto Centroamericano de Estudios Políticos (INCEP) (Hrsg.): *Panorama Centroamericano. Temas y documentos de Debate*, Guatemala-Stadt, Nr. 4.

Popkin, Margaret/ Roht-Arriaza, Naomi (1995): „Truth as Justice: Investigatory Commissions in Latin America", in: Kritz, Neil J. (Hrsg.): *Transitional Justice: how emerging democracies reckon with former regimes*, Washington, D.C., Bd. I, S. 262-289.

--- (1998): „La Amnistía Salvadoreña: una perspectiva comparativa. ¿Se puede enterrar el pasado?", in: *ECA*, Nr. 597-598, S. 643-656.

Portillo, Alfonso (2000): *Discurso. Toma de Posesión*, unveröffentlichtes Manuskript, Guatemala-Stadt.

Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg.

Prien, Hans-Jürgen (1978): *Die Geschichte des Christentums in Lateinamerika*, Göttingen.

Quindenau, Ilka (1995): *Trauma und Geschichte. Interpretation autobiographischer Erzählungen von Überlebenden des Holocaust*, Frankfurt a. M.

Ramírez, William (1998): *Amnistía y Constitución. Ley de Reconciliación Nacional*, Guatemala-Stadt.

Reding, Andrew (1998): *Human Rights in Guatemala since the signing of the peace Accords*, Oktober 1998 (http://worldpolicy.org.americas/guatemala/Guatemala98.html – Stand 19.4.1999).

Reemtsma, Jan Philipp (1992): *u.a. Falun. Reden und Aufsätze*, Berlin.

Ribera, Ricardo (1997): *Pinceladas para un cuadro de la transición*, San Salvador.

Riekenberg, Michael (1990): *Zum Wandel von Herrschaft und Mentalität in Guatemala*, Köln/Wien.

Riquelme, Horacio (Hrsg.) (1996): *Zeitlandschaften im Nebel. Menschenrechte, Staatsterrorismus und psychosoziale Gesundheit in Südamerika*, Frankfurt a. M.

--- (1996): „Südamerika: Menschenrechte und psychosoziale Gesundheit", in: ders. (Hrsg.): *Zeitlandschaften im Nebel. Menschenrechte, Staatsterrorismus und psychosoziale Gesundheit in Südamerika*, Frankfurt a. M., S. 37-47.

Rosenberg, Tina (1995): „Overcoming the Legacies of Dictatorship", in: *Foreign Affairs* 74, 3, S. 134-152.

Rotberg, Robert I./Thompson, Dennis (2000): *Truth vs. Justice: the morality of truth commissions*, Princeton.

Sandner, Günther (2001): „Hegemonie und Erinnerung: Zur Konzeption von Geschichts- und Vergangenheitspolitik", in: *ÖZP* 30, S. 5-16.

Schacter, Daniel L. (Hrsg.) (1995): *Memory Distortion. How Minds, Brains and Societies Reconstruct the Past*, Cambridge.

--- (1995): „Memory Distortion: History and Current Status", in: ders. (Hrsg.): *Memory Distortion: How Minds, Brains and Societies Reconstruct the Past*, Cambridge, S. 1-43.

Schirmer, Jennifer (1990): „Herrschaft durch Gesetz oder Gesetz durch Herrschaft? Gesetz, nationale Sicherheit und Menschenrechte aus der Sicht des guatemaltekischen Militärs", in: *Lateinamerika. Analysen–Daten–Dokumente*, Nr. 14, S. 53-60.

--- (1999): *Las intimidades del proyecto político-militar de los militares en Guatemala*, Guatemala-Stadt (FLACSO).

--- (1999): „The Guatemalan Político-Military Project: Legacies for a Violent Peace?", in: *Latin American Perspectives*, 26/2, S. 92-107.

Schlesinger, Stephen/Kinzer, Stephen (1992): *Bananenkrieg. CIA-Putsch in Guatemala*, Fulda.

Schlink, Bernhard (1998): „Die Bewältigung von Vergangenheit durch Recht", in: König, Helmut/Kohlstruck, Michael/Wöll, Andreas (Hrsg.) (1998): *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts*, Leviathan Sonderheft, Opladen, S. 433-451.

Schudson, Michael (1992*): Watergate in American Memory: How we remember, forget and reconstruct the past*, New York.

--- (1995): „Dynamics of Distortion in Collective Memory", in: Schacter; Daniel L. (Hrsg.): *Memory Distortion. How Minds, Brains and Societies Reconstruct the Past*, Cambridge, S. 346-364.

Schulz, Christiane (1999): „Guatemala: Erinnerung an das Schweigen – die Schwierigkeiten der Vergangenheitsbewältigung", in*: Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 6.

Sieder, Rachel (Hrsg.) (1998): *Guatemala after the peace accords*, London.

--- (2001): „War, Peace and Memory Politics in Central America", in: Barahona de Brito, Alexandra/González-Enriquez, Carmen/Aguilar, Paloma: *The Politics of Memory: Transitional Justice in Democratizing Societies*, Oxford, S. 161-189.

--- (2001): „La ley, la justicia y la reconstrucción de posguerra en Alta Verapaz, Guatemala", in: Bodemer, Klaus/Kurtenbach, Sabine/Meschkat, Klaus (Hrsg.) (2001): *Violencia y regulación de conflictos en América Latina*, Caracas, S. 317-340.

--- et al. (2002): *Who governs? Guatemala five years after the peace accords*, Hemisphere Initiatives, Cambridge Massachusetts.

Siegel, Richard Lewis (1998): „Transitional Justice. A Decade of Debate and Experience", in: *Human Rights Quarterly* Nr. 20, S. 431-454.

Sikkink, Kathryn (1993): „Human Rights, principled issue-networks and sovereignty in Latin America", in: *International Organization*, 47/3, S. 411-441.

Sistema de Naciones Unidas en Guatemala (1999): *Guatemala: El rostro rural del desarollo humano*, Guatemala-Stadt.

Smith, Carol A. (Hrsg.) (1990): *Guatemalan Indians and the State 1540 to 1988*, Austin.

--- (1990): „Origins of the National Question in Guatemala", in: dies. (Hrsg.): *Guatemalan Indians and the State 1540 to 1988*, Austin, S. 72-95.

--- (1990): „Social Relations in Guatemala over Time and Space", in: dies. (Hrsg.): *Guatemalan Indians and the State 1540 to 1988*, Austin, S. 1-34.

Smith, Gary/Margalit, Avishai (Hrsg.) (1997): *Amnestie oder die Politik der Erinnerung in der Demokratie*, Frankfurt a. M.

--- (1997): „Ein normatives Niemandsland? Zwischen Gerechtigkeit und Versöhnungspolitik in jungen Demokratien", in: ders./Margalit, Avishai (Hrsg.): *Amnestie oder die Politik der Erinnerung in der Demokratie*, Frankfurt a. M., S. 11-20.

Sterr, Albert (1994): *Guatemala: lautloser Aufstand im Land der Maya. Interviews, Analysen, Reportagen*, Köln.

Stoll, David (1993): *Between two Armies. In the Ixil towns of Guatemala*, New York.

Tangermann, Klaus-Dieter (Hrsg.) (1998): *Demokratisierung in Mittelamerika. Demokratische Konsolidierung unter Ausschluß der Bevölkerung*, Münster.

--- (1998): „Mittelamerikas ungefestigte Demokratien", in: ders. (Hrsg.): *Demokratisierung in Mittelamerika. Demokratische Konsolidierung unter Ausschluß der Bevölkerung*, Münster, S. 11-43.

Taylor, Charles (1994): „The Politics of Recognition", in: ders. et al.: *Multiculturalism*, Princeton, S. 25-74.

Tomuschat, Christian (1999): „Friedenssicherung durch Wahrheitsfindung. Die Kommission zur Aufklärung der Vergangenheit in Guatemala", in: *Vereinte Nationen,* Nr. 6, S. 192-199.

--- (1999): „Fehlschlag oder Erfolg? Eine Bilanz der Arbeit der Wahrheitskommission in Guatemala", in: *Die Friedens-Warte* 74, 4, S. 433-455.

--- (2000): „Eine Wahrheitskommission – und was dann? Guatemalas schwieriger Weg zum inneren Frieden", in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.7.2000.

--- (2000): „Vergangenheitsbewältigung durch Aufklärung: Die Arbeit der Wahrheitskommission in Guatemala“, in: Fastenrath, Ulrich (Hrsg.): *Internationaler Schutz der Menschenrechte. Entwicklung – Geltung – Durchsetzung – Aussöhnung der Opfer mit den Tätern*, Dresden/München, S. 137-178.

Torres-Rivas, Edelberto (1993): „La Sociedad: La Dinámica Poblacional, Efectos Sociales de la Crisis, Aspectos Culturales y Étnicos“, in: ders. (coord.): *Historia General de Centroamérica*, Band VI, Madrid, S. 163-199.

--- (coord.) (1993): *Historia General de Centroamérica*, 6 Bde., Madrid.

--- et al. (1998): *Desde el autoritarismo a la paz*, Guatemala-Stadt.

Trudeau, Robert H. (1993): *Guatemalan Politics: The Popular Struggle for Democracy*, Boulder.

Unidad Revolucionaria de Guatemala (URNG) (1999): *Balance del Proceso de Paz 1997-1999*, Guatemala-Stadt.

Universidad Centroamericana José Simeón Cañas, Instituto Universitario de Opinión Publica (1993): „La Opinión de los Salvadoreños sobre la Comisión de la Verdad”, *Boletín de Prensa*, Año VIII, No.2.

Universidad Rafael Landívar /MINUGUA (Hrsg.) (1997): *Acuerdos de Paz*, Guatemala-Stadt.

Van der Kolk, Bessel A. (Hrsg.) (2000): *Traumatic Stress: Grundlagen und Behandlungsansätze*, Paderborn.

Warren, Kay B. (1998): *Indigenous movements and their critics: Pan-Maya activism in Guatemala*, Princeton.

Weber, Max (1964): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Köln/Berlin.

Weltfriedensdienst e.V. (1998): *Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit. Gesellschaften zwischen Wahrheit, Versöhnung und Gerechtigkeit (Guatemala, Südafrika, Zimbabwe)*, Rundreise-Info, Berlin.

Welzer, Harald (1998): „Erinnern und Weitergeben. Überlegungen zur kommunikativen Tradierung von Geschichte“, in: *BIOS*, , 11/2, S. 155-170.

--- (Hrsg.) (2001): *Das soziale Gedächtnis*, Hamburg.

Werle, Gerhard (1996): „Without Truth, No Reconciliation. The South African Rechtsstaat and the Apartheid Past“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, Jg. 29, S. 58-72

--- (1999): „Neue Wege. Die südafrikanische Wahrheitskommission und die Aufarbeitung von schweren Menschenrechtsverletzungen“, in: Bock, Petra/Wolfram, Edgar (Hrsg.): *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen, S. 269-289.

Wilhelmy, Herbert (1989): *Welt und Umwelt der Maya. Aufstieg und Untergang einer Hochkultur*, München.

Wilson, Richard (1996): „The Sizwe Will Not Go Away: The Truth and Reconciliation Commission. Human Rights and Nation-Building in South Africa”, in: *African Studies*, 55/2, S. 1-20.

--- (1997): „Violent Truths: the Politics of Memory in Guatemala”, in: *Accord*: An International Review of Peace Initiatives N°2 – Negotiating Rights: The Guatemalan Peace Process, London, S. 18-27.

--- (1997): *The people´s concience? Civil groups, peace and justice in the South African and Guatemalan transitions*, CIIR, London.

--- (1999): *Resurgimiento Maya en Guatemala (Experiencias Q´eqchi´es)*, Guatemala-Stadt.

--- (2001): *The Politics of Truth and Reconciliation in South Africa. Legitimizing the Post-Apartheid State*, Cambridge.

WOLA (Washington Office on Guatemala) (2001): *Rescuing Police Reform: A Challenge for the New Guatemalan Government*, Washington, D.C.

Woodward, Ralph Lee Jr. (1990): „Changes in the Nineteenth Century Guatemalan State and its Indian Policies", in: Smith, Carol A. (Hrsg.): *Guatemalan Indians and the State 1540 to 1988*, Austin, S. 52-71.

Zalaquett, Jose (1991): „Derechos Humanos y Limitaciones Políticas en las Transiciones Democráticas del Cono Sur", in: *Estudios CIEPLAN* Nr. 33, Santiago de Chile, S. 147-186.

Zambrano, Sonia (2000): „The Guatemalan Commission for Historical Clarification: Database Representation and Data Processing", in: Ball, Patrick/Spirer, Herbert F./Spirer, Louise: *Making the Case. Investigating Large Scale Human Rigts Violations Using Information systems and Data Analysis*, AAAS Science and Human Rights Program, Washington, D.C., S. 287-300.

Zur, Judith N. (1998): *Violent Memories. Mayan War Widows in Guatemala*, Boulder.

Zuckermann; Moshe (1998): *Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands*, Göttingen.

Quellenmaterial

1. Periodika

Amnesty International – Jahresberichte, London.

die tageszeitung, Berlin

El Gráfico, Guatemala-Stadt.

El Periódico, Guatemala-Stadt.

Estudios Centroamericanos, San Salvador.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M.

Human Rights Watch – Jahresberichte, New York.

ILA, Bonn.

Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt.

La Hora, Guatemala-Stadt.

La Prensa Libre, Guatemala-Stadt.

Noticias de Guatemala, Guatemala-Stadt

Siglo XXI, Guatemala-Stadt

2. Nachrichtendienste und Archive

Archiv der Comisión de Derechos Humanos de Guatemala

Archiv der Informationsstelle Guatemala

Poonal / Cerigua

Pressearchiv der Misión de Naciones Unidas para Guatemala (MINUGUA)

Protokolle der Einführungsseminare (REMHI)

Protokolle der Sitzungen der „Multiinstitutionellen Instanz für den Frieden und die Eintracht“

3. Internetquellen

Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala (ODHAG)

http://www.odhag.org.gt/ (Stand: 10.8.2003)

- Bericht des „Proyecto Interdiocesano de la Recuperación de la Memoria Histórica“ (REMHI)
- Bericht über verschwundene Kinder
- Biographie Monseñor Gerardi
- Urteilsverkündung im Fall Gerardi

American Association for the Advancement of Science (AAAS) – Science and Human Rights Program

http://shr.aaas.org/guatemala (Stand: 10.8.2003)

- Bericht der Kommission zur historischen Aufklärung in spanischer Sprache, sowie englische Übersetzung der „Schlussfolgerungen und Empfehlungen“

The National Security Archive
www.gwu.edu/~nsarchiv (Stand: 10.8.2003)
- Dokumentation deklassifizierter CIA-Akten
- „Militärtagebuch“

Centro de Estudios de Guatemala
http://www.c.net.gt/ceg (Stand: 10.8.2003)
- Linksammlung zu Regierungsstellen und nationalen & internationalen GOs und NGOs
- Täglicher Nachrichtendienst
- Dokumentationen zu zentralen politischen/gesellschaftlichen Ereignissen und Reformvorhaben

Englisches Abstract:
Memory Work and the Politics of the Past in Guatamala

In a world dominated by violent internal conflicts, the possible use of, and limitations caused by political organisations created to treat past atrocities, constitutes an important field of sociological research.

During the past decade the Truth Commission rose to prominence as a key instrument of transitional justice. Customarily established at the end of dictatorships or internal wars, Truth Commissions serve a variety of aims. They have developed into a panacea to heal and reconcile wounded nations and to promote national unity. In this context they not only serve to investigate crimes and to help victims in overcoming trauma, but also to write national history.

In this work, the Guatemalan Commission for Historical Clarification (CEH) and the Catholic Project for the Recovery of Historical Memory (REMHI) are taken as examples to show the limitations as well as the benefits of this method of dealing with the past. Taking into account the national peace process and the international context, this study analyses the origins, work and effects of the Guatemalan Truth Commission and its ecclesiastical equivalent. This analysis focuses on three interdependent units: individuals, communities and the (imagined) society.

Based on Halbwachs' theory of social memory, Egyptologist Jan Assmann developed a theory of collective memory, which distinguishes between communicative memory (being part and product of everyday life) and cultural memory, (that which is created and passed on by specialised personnel). Following this idea, the investigation describes which influences CEH and REMHI did, or could have had, on communicative and cultural memory.

REMHI used a methodology aimed at facilitating a social process of memory work with a fairly long-term perspective. By contrast, the importance of the official CEH has to be seen within the context of its support for the peace and reform process and within its efforts to write national history. The CEH presented a historical narrative which corresponded to the current need for a multicultural national project.

This remarkable Guatemalan experience, which received little scientific attention, shows the purpose of Truth Commissions in a completely new light. Particularly the work of REMHI points to the possibility of Truth Commissions institutionalising memory work. On the other hand, the Guatemalan experience shows the difficulties of treating the past when the democratisation process remains fragile and local structures of repression remain in existence.